D 20930 E

# links

## Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 85
Februar '77 DM 5.–

★ Diese "links"-Sondernummer ist Teil der Antirepressionsarbeit des Sozialistischen Büros und dokumentiert den Pfingstkongreß 1976 gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung ★ Reden, Analysen, Beiträge zu den Kundgebungen und zur Strategiediskussion ★ Referate, Berichte, Protokolle, Diskussionsbeiträge aus den Arbeitsgruppen am Pfingstsonntag ★ Bilder, Lieder, Gedichte vom Pfingstkongreß ★ Einschätzung des Kongresses und Vorschläge zur Fortführung der Antirepressionskampagne ★ Konzeption zur Rotarbeit und des Solidaritätsfonds ★ Nachlese, Zuschriften, Beispiele lokaler Initiativen, Aktuelle Kommentare ★

# links

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

★

IMPRESSUM: Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593 • Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis im Jahresabonnement DM 20.-- zuzüglich DM 5.-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 61041-604 • Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt • Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Günter Pabst + Klaus Vack, 605 Offenbach, Hohe Str. 28 • Druck: hbo-druck Bensheim • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Abonnements-Bestellkarte für "links" + "express"; Spendenaufruf des Sozialistischen Büros zur Finanzierung des Solidaritäts- und Rotarbeitsfonds mit anhängender Zahlkarte; "links"-extrablatt: zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD.

★

Probeexemplare von "links" werden von älteren Ausgaben auf Anforderung kostenlos abgegeben, durch Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

# Vorbemerkung

**Die hier vorgelegte "links"-Sondernummer über den Pfingstkongreß 1976 ist ein Teil der Antirepressionsarbeit des Sozialistischen Büros. Mit der ersten Sondernummer vom Januar 1976 haben wir durch Analysen, Aktionsberichte, Fallbeispiele und strategische Berichte eine den repressiven Verhältnissen in der BRD angemessene politische Praxis der sozialistischen Linken vorbereiten und unterstützen wollen. Diese Orientierungen fanden Eingang und praktische Umsetzung in der lokalen Vorbereitung und der breiten Mobilisierung für den Pfingstkongreß gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung, der durch seine Resonanz und innere Struktur zum Ausdruck bringen konnte, daß die am SB orientierte sozialistische Linke und die darüber hinaus mit dem SB kooperierenden linken Gruppen zu gemeinsamer politischer Diskussion und Aktion sowie zu praktischer Zusammenarbeit in der Lage sind.**

**Die Ermutigung und die zahlreichen politischen Anregungen, die vom Pfingstkongreß ausgingen, haben sich zwar in einzelnen lokalen Aktionen und in einer stärkeren Einbeziehung der Repressionsproblematik in die politische Alltagsarbeit niedergeschlagen, die erhoffte Mobilisierung für eine intensive Fortsetzung der Antirepressionskampagne, für die der Kongreß nur ein Anstoß und Auftakt sein konnte, blieb aber zunächst aus. So schien die anregende, oft euphorische Kongreßstimmung teilweise in einen politischen Katzenjammer umzuschlagen, der die positiven Erfahrungen des Kongresses vor der Alltäglichkeit der eigenen beschränkten politischen Ansatzpunkte zu verdrängen drohte.**

**Nicht zuletzt gegen eine solche Tendenz, den Pfingstkongreß als isoliertes, einmaliges Ereignis zu verarbeiten und damit politisch folgenlosen Verdrängungen oder Idealisierungen zu überlassen, ist die Konzeption dieser zweiten "links"-Sondernummer mit einer Kongreß-Dokumentation gerichtet. In der Auswahl der Beiträge finden auch die Schwierigkeiten, Ungleichzeitigkeiten der vorhandenen politischen Einschätzungen, Erfahrungen und Aktionsperspektiven ihren Ausdruck, und wir haben uns der Versuchung enthalten, diese interpretativ oder mit dem Rotstift einzuebnen. Die Widersprüchlichkeit und Unzulänglichkeit der verschiedenen Beiträge verhindert zumindest, sich etwas vorzumachen, indem ein relativ ungeschminktes Bild vom Zustand der auf dem Kongreß versammelten BRD-Linken gegeben wird. Auch die späte Herausgabe dieser Dokumentation ist Ausdruck der Schwierigkeit, die vielfältigen Erfahrungen und Eindrücke des Kongresses aufzunehmen und weiterzutreiben. Zudem muß festgestellt werden, daß die Dokumentation (trotz ihres Umfangs von 104 Seiten) unvollständig ist; den gesamten Kongreßablauf darzustellen und die vielfältigen, unmittelbaren Eindrücke der Teilnehmer nachzuzeichnen, hätte gewiß eines mehrfachen Umfangs bedurft.**

**Kurz zur Gliederung dieser "links"-Sondernummer:**

**Im ersten Teil (Seiten 3 - 10) wird eine Einschätzung des Pfingstkongresses versucht und werden Vorschläge zur Fortführung der Antirepressionskampagne gemacht. Vor allem**

FORTSETZUNG SEITE 2

# Inhaltsverzeichnis


*ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE FORTFÜHREN!*

*SB-Arbeitsausschuß:*
*Thesen zur Einschätzung des Pfingstkongresses* Seite 3

*Vorschläge zur Fortführung der Antirepressionskampagne* Seite 5

*Rotarbeit und Unterstützungsfonds –*
*Aufruf zur Organisation einer praktischen Solidarität* Seite 7

*KUNDGEBUNGSREDEN*

*Oskar Negt:*
*Wo wir stehen, und was haben wir zu tun?* Seite 11

*Helmut Gollwitzer:*
*Solidarität mit allen Betroffenen!* Seite 11

*Heinz Brandt:*
*Die BRD ist kein neutraler Boden* Seite 13

*Kollektivbeitrag:*
*Frauen gemeinsam sind stark!* Seite 15

*Rudi Dutschke:*
*Die Internationalisierung der "Stammheime"* Seite 16

*Frankfurter Spontis:*
*„Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit..."* Seite 17

*Vertreter der CCOO (Comisiones Obreras):*
*Den Kampf an allen Fronten führen!* Seite 19

*Rede eines Betriebsgenossen:*
*Auch in den Betrieben ist der Ton rauher geworden* Seite 20

*AM RANDE NOTIERT*

*Außerhalb der Tagesordnung* Seite 20

*Stadtaktionen* Seite 22

*BEITRÄGE, BERICHTE, PROTOKOLLE*
*AUS DEN ARBEITSGRUPPEN AM PFINGSTSONNTAG*

*ARBEITSGRUPPE BETRIEB UND GEWERKSCHAFT*

*Hermann Mühleisen:*
*Ausbeutung und Unterdrückung* Seite 23

*Reiner Jendis:*
*Arbeitsintensivierung und Rationalisierung in der Krise* Seite 23

*Repression unterhalb der Ausschlußgrenze* Seite 24

*Kampf gegen die Krise* Seite 25

*Roger Maidorn:*
*Innergewerkschaftliche Repression am Beispiel der IG Druck und Papier* Seite 26

*ARBEITSGRUPPE ÖFFENTLICHER DIENST*

*Johann Schneider:*
*Sparmaßnahmen und Unterdrückung* Seite 29

*Widersprüche ausnutzen!* Seite 31

*Rationalisierung: Eine Form der Unterdrückung* Seite 31

*Linke Christen* Seite 32

*Unterdrückung und Widerstand im Sozialbereich* Seite 33

*Zusammenfassender Bericht der Untergruppe Sozialarbeit* Seite 35

*ARBEITSGRUPPE JUGEND*

*Jugendarbeit in der Krise* Seite 37

*Förderlehrgänge kein Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit* Seite 38

*Koordination und Zusammenarbeit der Jugendzentren* Seite 40

*ARBEITSGRUPPE SCHULE*

*Arbeitsfeld Schule Frankfurt:*
*Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Lehrer* Seite 42

*Lehrer aus Baden-Württemberg:*
*Berufsschule: Ein Meister sieht rot und schlägt zu* Seite 43

*Lehrergruppe im ISZ Heidelberg:*
*Arbeitslose Lehrer organisieren sich* Seite 43

*Ernst Grau und Kollegen:*
*Wie sieht denn euer Schulalltag aus?* Seite 44

*ARBEITSGRUPPE HOCHSCHULE*

*SB-Hochschulgruppe Hamburg:*
*Allgemeine Bedingungen der Hochschulpolitik* Seite 47

*Arbeitsgruppe Hochschule:*
*Organisation von Sozialisten an der Hochschule* Seite 48

*Materialien zur Hochschulpolitik* Seite 50

# ZU DIESER NUMMER

FORTSETZUNG VON SEITE 1

**die Konzeption zur Rotarbeit und des Solidaritätsfonds sind weiterführende praktische Konsequenzen aus dem Pfingstkongreß.**

**Im zweiten Abschnitt (Seiten 11 - 22 und 73 - 81) dokumentieren wir umfassend und fast vollständig die Redebeiträge, die auf den zentralen Veranstaltungen des Kongresses gehalten wurden. In ihnen finden sich politische Lageeinschätzungen und wichtige Aufgabenstellungen für die BRD-Linke, die teilweise erschreckend wenig an Aktualität verloren haben, in vielem noch praktisch aufzunehmen sind. Um Kontroversen sichtbar werden zu lassen, haben wir einzelne Beiträge der Strategiediskussion auch dann dokumentiert, wenn das gesprochene Wort in seiner schriftlichen Fassung an Direktheit und Verständlichkeit eingebüßt hat.**

**An dritter Stelle (Seiten 23 - 72) sind Referate, Auszüge von Diskussionsbeiträgen und Protokollen sowie analytische Beiträge aus den zahlreichen Arbeitsgruppen, die am Pfingstsonntag stattfanden, dokumentiert. Hier findet sich lediglich ein Ausschnitt aus dem umfangreichen Material. Viele für die praktische Arbeit interessante Beiträge und Anregungen fehlen, da sie der Redaktionsgruppe für diese Sondernummer nicht bzw. nicht rechtzeitig vorlagen, in einigen wenigen Fällen auch aus Platzgründen nicht übernommen werden konnten. Manche Teilnehmer am Pfingstkongreß werden ihre Erfahrungen in den Arbeitsgruppen nicht angemessen wiederfinden, da vieles unzulänglich und unvollständig protokolliert und dokumentiert wurde. Wir hielten es jedoch für sinnvoll, in der Regel auch solche Beiträge abzudrucken, die vielleicht in der Darstellung nur unzureichend dem Informationsbedürfnis der Leser entsprechen, um nicht allzu viele Berichte des Arbeitsspektrums ausklammern zu müssen. Auch von den zahlreichen Stellungnahmen und Reaktionen auf den Kongreß (Nachlese/Zuschriften, Seiten 82 - 87) konnten wir nur einige wenige dokumentieren.**

**Im vierten und letzten Teil dieser "links"-Sondernummer (Seiten 88 - 104) sind einige Beiträge versammelt, die teils von Ansätzen und Aktionen berichten, die sich in der Kontinuität der Antirepressionspolitik verstehen, teils aktuelle Kommentare zur Repressionsproblematik darstellen. Die Auswahl dieser Beiträge will keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben; vielmehr sind derartige Artikel, Kommentare, Aktionsberichte und auch kontroverse Diskussionen als ständige Aufgabe in der laufenden Publizistik von "links" zu verstehen.**

**Um wenigstens ansatzweise etwas von der Stimmung des Pfingstkongresses zu dokumentieren, haben wir – soweit es der Platz erlaubt – Bilder, Gedichte, Lieder o. ä. vom Kongreß in diese "links"-Sondernummer aufgenommen. Wie sehr die Repressionsproblematik gerade den Widerstand "mit spitzer Feder" herausfordert, zeigt auch die Vielfalt an Karikaturen, Collagen, Plakaten u. ä., von denen nur eine kleine Auswahl Eingang in diese Dokumentation gefunden hat.**

**DIE REDAKTIONSGRUPPE**

*ARBEITSGRUPPE FRAUEN*

*SB-Frauengruppe Frankfurt:*
*Frauen gegen Repression* Seite 52

*Inge Böhme, Heide Erd-Küchler, Brigitte Hepp-Roethe:*
*Kritik an der Frauenbewegung: Zu leicht gemacht!* Seite 53

*ARBEITSGRUPPE MEDIEN × ÖFFENTLICHKEIT*

*Horst Linder:*
*Zusammenfassende Einschatzung der Arbeitsgruppe* Seite 55

*Linke Gegenpresse und Medienarbeit (Plenumsbericht)* Seite 55

*Oskar Negt:*
*Provinz beginnt am Rande der Städte* Seite 57

*Wir lassen uns nicht kriminalisieren!* Seite 57

*Alexander Kluge:*
*Öffentlichkeit ist ein Produktionsprozeß* Seite 58

*Ansätze linker Gegenöffentlichkeit* Seite 60

*Wir alle spielen Theater* Seite 61

*Video in der politischen Arbeit* Seite 62

*Medien auf dem Kongreß* Seite 63

*ARBEITSGRUPPE BÜRGERINITIATIVEN + STADTTEILARBEIT*

*Roland Roth:*
*Zur politischen Praxis von Bürgerinitiativen* Seite 64

*Ruhe ist fast nirgendwo* Seite 65

*Stadtteilladen Lister Platz:*
*Ein Beispiel erfolgreicher Stadtteilarbeit* Seite 65

*ARBEITSGRUPPE ANTIMILITARISMUS*

*Soldaten nehmen die Repression aufs Korn* Seite 67

*Initiative für ein Arbeitsfeld Antimilitarismus* Seite 68

*SOZIALISTEN + VERFASSUNG*

*Wolfgang Kreutzberger, Wolf-Dieter Narr:*
*Kampf um die Verfassung – Kampf um Verfassungspositionen* Seite 69

*BEITRÄGE ZUR STRATEGIEDISKUSSION*

*Elmar Altvater:*
*Sozialistische Politik und SPD in Westdeutschland* Seite 73

*Alexander Schubart:*
*Der Zusammenhang von SPD-Politik und Repression* Seite 76

*Klaus Vack:*
*Sozialistische Praxis und Widerstand gegen die Repression sind ein und dasselbe!* Seite 77

*Dany Cohn-Bendit:*
*"...andere Organisationsformen, an die wir heute überhaupt noch nicht denken..."* Seite 80

*Gundel Lohmann, Sozialarbeiterin:*
*Brief an Dany Cohn-Bendit* Seite 80

*NACHLESE/ZUSCHRIFTEN*

*Arno Klönne:*
*Anmerkungen zur Berichterstattung über den Pfingstkongreß* Seite 82

*Helge Peukert:*
*Einige Betrachtungen zum Kongreß* Seite 83

*Genossen der Redaktion "Fragezeichen", Hannover:*
*Über Frankfurt hinaus...* Seite 84

*Horst-Dieter Zahn:*
*Politisierung der Berufspraxis zum Ausgangspunkt sozialistischer Politik machen* Seite 86

*BEISPIELE LOKALER INITIATIVEN*

*Berthold Happel:*
*In der Provinz – Dreihausen* Seite 88

*Projektgruppe 16. Dezember:*
*Fortführung der Antirepressionskampagne in Frankfurt* Seite 90

*Helmut Ortner:*
*Linke Alternativen von unten: Gegenpresse in der BRD* Seite 93

*AKTUELLE KOMMENTARE*

*Albrecht Funk:*
*Verschärfte Gewaltanwendung und kein Ende?* Seite 95

*Joachim Hirsch:*
*"Selbstrepression" und Widerstand an den Hochschulen* Seite 97

*Joachim Klein: Auf der Flucht* Seite 100

*Christine Huth, Jürgen Schmidt:*
*"Eine Zensur findet nicht statt" (Artikel 5 GG)* Seite 102

*GEGEN REPRESSION IN DER DDR*

*Offener Brief an die Regierung der DDR*
*Unterschriftensammlung in Sachen Wolf Biermann* Seite 104

SB-Arbeitsausschuß

# Thesen zur Einschätzung des Pfingstkongresses

1. Repression gegen die Linke ist ein ständiger Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft. Auch das Sozialistische Büro hat sich deshalb stets mit ihr auseinandersetzen müssen. Bereits 1972 startete das SB aus Anlaß des Einreiseverbots gegen Ernest Mandel eine bundesweite Kampagne gegen Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten der Linken und gegen Berufsverbote. 1973 wandten sich die Lehrer des SB gegen die Repression im Bereich der Schule und die im Arbeitsfeld Sozialarbeit kooperierenden Genossen gegen Beschränkungen ihrer Tätigkeit. Bis zur Mitte der 70er Jahre wurde es aber unübersehbar, daß Repression in dieser Gesellschaft eine neue Qualität erhalten sollte. Diese bestand in einer seit den Hochtagen des Antikommunismus während der 50er Jahre nicht mehr erfahrenen Hatz gegen den 'inneren Feind', im Ausbau eines Apparates der 'inneren Sicherheit' und nicht zuletzt in der Uminterpretation der Verfassung und ihrer Grundrechte gegen die Bürger und für die Ermessensfreiheit der Exekutive. Die erwiesene Unfähigkeit zu 'inneren Reformen' und der Mangel an demokratischer Willensbildung, der die Stabilität immer prekärer erscheinen ließ, einerseits, Zersplitterung und Schwäche der Linken andererseits, waren die beiden Momente, auf denen die wachsende Repression aufbauen konnte. Radikalenerlaß, Veränderung der Strafgesetzgebung, administrative Maßnahmen usw. waren nur der Ausdruck dieser Tendenz. Mit der zunehmenden Repression verband und verbindet sich die Gefahr, daß Angst, Privatisierung und Entpolitisierung, opportunistische Anpassung an die herrschende Meinung und zunehmende Desintegration der Linken sich ausbreiten. Repression wird so zu einer Bedrohung der politischen Arbeitsmöglichkeiten der Linken, ja sogar möglicherweise zur Bedrohung ihrer gesamten politischen Existenz. Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des SB der Vorschlag eingebracht, sich durch eine gezielte Anstrengung gegen die Repression zu wenden und damit einen Beitrag zum Widerstand gegen den Abbau der erkämpften Freiheitsrechte und gegen lähmende Angst zu leisten.

★

2. Dieser Vorschlag einer Antirepressionskampagne wurde im SB kontrovers diskutiert. Ihm wurde entgegengehalten, daß das SB selbst zentrale Fragen seiner politischen Haltung für eine solche Kampagne bisher nicht geklärt habe, so etwa nach dem Verhältnis zur Verfassung und zur Bündnispolitik. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob der Organisationsgrad des SB ausreiche, um eine Kampagne dieser Art zu bewältigen. Befürchetet wurde, eine solche Anstrengung könne den internen Diskussions- und Selbstverständigungsprozeß behindern, während von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß sie die SB-Gruppen gerade zwingen würde, die Selbstverständigung voranzutreiben, ihr Organisationsniveau zu erhöhen und ihre Mitglieder und Sympathisanten zu aktivieren. Diese Diskussionen ließen den sofortigen Beginn einer Antirepressionskampagne nicht zu, sondern erforderten Klärung in Arbeitsausschußsitzungen und Delegiertenratstagungen. Die Arbeitsgruppe, die Vollversammlung aller Mitglieder des SB, brachte diese Diskussion im November 1975 zu einem vorläufigen Ende, mit dem Beschluß, eine Kampagne und einen Kongreß für das Jahr 1976 vorzubereiten und diese nicht auf das Problem der Berufsverbote zu beschränken, sondern gegen den Gesamtkomplex der politischen und ökonomischen Unterdrückung zu mobilisieren. So wichtig es deshalb war, die mit dem Berufsverbot für öffentlich Bedienstete und mit dem Ausbau des Sicherheitsapparats zusammenhängenden Fragen im Zusammenhang der allgemeinen Unterdrückung zu verstehen und die Kampagne nicht auf einen, ja immer noch privilegierten, Bereich, etwa den öffentlichen Dienst, zu beschränken, so zentral war es doch, die Uminterpretation der Grundrechte als exekutivische Herrschaftsrechte, die bis in den Betriebsbereich hineinwirken muß, zunächst und zuerst anzugehen. Hierdurch sollte erreicht werden, den inneren Zusammenhang von Unterdrückung der Linken in allen Teilen der Gesellschaft begreifbar zu machen und damit auch Solidarität der unterschiedlich Betroffenen, sei es im Betrieb, in der Ausbildung, im öffentlichen Dienst oder in den Gewerkschaften, herzustellen. Damit waren die Weichen für die Antirepressionskampagne und den Pfingstkongreß gestellt.

★

3. Der Pfingstkongreß sollte erster zusammenführender Höhepunkt einer lokalen Mobilisierung und Kampagne werden. Diesem Konzept lag die Absicht zugrunde, Widerstand in den jeweils betroffenen Arbeitsbereichen und sozialen Feldern zu organisieren, dort Vereinzelung zu verhindern, um so der Anpassung an repressive Verhältnisse Boden zu entziehen. Der Kongreß sollte deshalb zeigen, daß wir nicht nur wenige einzelne sind, sondern daß wir den Kampf gegen Repression gemeinsam führen. Er sollte ferner auf die Arbeitsfelder und sozialen Bereiche orientieren, in denen dieser Kampf zu führen ist. Deshalb standen die Diskussionen in den Arbeitsgruppen im Vordergrund, und für sie galt das Motto: "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!" Der Kongreß sollte darüber hinaus demonstrieren, wie notwendig für die Linke eine sozialistische Gegenöffentlichkeit ist und wie weit die Ansätze hierfür schon entwickelt sind. Deshalb sollten kulturelle Mo-

# ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE FORTFÜHREN!

mente auf dem Kongreß deutlich Ausdruck finden.
Diesen Zielsetzungen entsprachen die Gestaltungsprinzipien für den Kongreß: Wir wollten eine offene Veranstaltung, zu der jeder Zutritt haben sollte. Der Pfingstkongreß sollte keine Konkurrenz zu anderen Aktionen gegen Berufsverbote sein, sondern ein Beitrag zu der von vielen linken Gruppen geführten Abwehr von Repression. Schließlich sollte der Kongreß dazu dienen, die Kampagne danach in den Orten, Städten und Regionen verstärkt und verbessert fortführen zu können.

★

4. Auch der Pfingstkongreß und sein Widerhall im In- und Ausland, seine zeitliche Verbindung mit gewichtigen ausländischen Stimmen, die sich gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD wandten, und mit den Anfängen des Wahlkampfes haben vermutlich dazu beigetragen, daß die Kampagne gegen die Repression von den herrschenden Kräften in der BRD nicht ganz links liegen gelassen werden konnte. Die weite Publizierung der Erklärung von Brandt und Schmidt, sie hätten in bezug auf den Radikalenerlaß geirrt, Entschließungen von Parteigremien und Modifikationen in der Durchführung von Überprüfungen sind sicherlich auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Doch handelte es sich hierbei vornehmlich um taktische Anpassungen, nicht um Änderungen der Grundrichtung der repressiven Tendenz. Wir machen uns keine Illusionen, die Linke könne schnell einen Kurswechsel herbeiführen. Deshalb beziehen wir uns im folgenden nicht auf etwaige Auswirkungen der bisherigen Aktivitäten der Gegner der Repression auf Regierungspolitik und Verbändeverhalten, sondern konzentrieren uns auf die Auswirkungen des Kongresses, die für die Situation der Linken in ihrem Kampf gegen Repression von Bedeutung sind. Ein Kongreß kann freilich immer nur ein Fanal setzen, ein Ausgangspunkt sein, nicht Aktionen vor Ort und in den Konfliktfeldern ersetzen, nicht selbst schon als Wirkung oder als Erfolg begriffen werden.

★

5. Das wichtigste Moment des Kongresses lag wahrscheinlich darin, Einschüchterung und Angst der Linken zu durchbrechen. Durch die Erfahrung, daß öffentlich gegen die Repression aufgetreten werden kann, daß man sich nicht ängstlich verkriechen muß, daß man nicht allein ist, sondern viele Genossen hat, die ebenfalls zum Widerstand bereit sind, kann die Lähmung, die die Repression vielfach zu bewirken droht, überwunden werden. Beim Kongreß hat hierzu besonders die Tatsache beigetragen, daß es sich hier nicht um eine Veranstaltung von einzelnen Arrivierten handelte, die relativ ungefährdet Appelle und Resolutionen unterschreiben können, sondern um eine Massendemonstration derjenigen, die potentiell oder bereits tatsächlich betroffen sind.

★

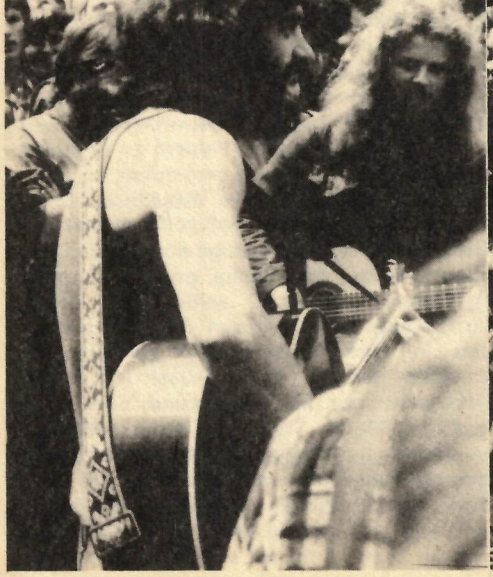
6. Der Fest- und Arbeitscharakter und die Beiträge der spontaneistischen Gruppen haben darauf verwiesen, daß Widerstand gegen Unterdrückung und Kampf für eine andere Gesellschaft, so schwer dies auch im einzelnen fällt, in sozialistischen, d. h. gerade auch solidarischen Formen geschehen muß. Man darf nicht nur die von den Erfahrungen in dieser Gegenwart abgehobene Formel eines besseren sozialistischen Lebens in einer fernen Zukunft gebrauchen und mehr oder minder mächtige Organisationen aufbauen und darüber vergessen, daß es jeweils hier und heute darauf ankommt, sich als Sozialist zu verhalten. Leben und Organisation dürfen dergestalt nicht getrennt werden. Gerade in dieser positiven Bestimmung von Widerstand gegen Repression liegen die motivierenden Momente, die überhaupt erst Durchhalten auch in schwieriger und langwieriger Auseinandersetzung ermöglichen. Damit wird klar, daß der Kampf für eine Umwälzung dieser Gesellschaft in eine sozialistische sich mit menschlichen, emanzipativen Bedürfnissen verbindet, die jenseits der Konsumgesellschaft angesiedelt sind. Damit wird gleichzeitig die Notwendigkeit von Gegenkultur deutlich und diese als ein wichtiger Bestandteil gegenwärtiger sozialistischer Politik zur Veränderung von Bewußtsein gekennzeichnet.

★

7. Weiterführende Bedeutung muß auch den auf dem Kongreß erkennbaren Ansätzen für eine nicht-integrierte sozialistische Gegenöffentlichkeit beigemessen werden. Sie kann nicht allein anhand der vielfältigen neuen Zeitungsprojekte bestimmt werden. Zu ihr gehören auch die vielen anderen Formen politisch-kulturell bestimmter Kommunikation. Diese Gegenöffentlichkeit, die notwendig die etablierten Formen der bürgerlichen Öffentlichkeit mit ihrem riesigen Aufwand und ihrer manipulativen Ferne nicht etwa kopieren kann, sondern subversiv unterlaufen muß, findet ihren Ausdruck etwa im Flugblatt, im satirischen Lied, in der sozialkritischen Karikatur ebenso wie im Straßentheater oder der spektakulären Aktion. Alles dies war in Ansätzen auf dem Kongreß vertreten. Jetzt muß es von den Gruppen und Arbeitszusammenhängen her aufgegriffen, aufgebaut und als wichtiges Instrument der Veränderung von Bewußtsein eingesetzt werden. Eine zielstrebige Entfaltung dieser Gegenöffentlichkeit darf nicht zu einer Vernachlässigung der bürgerlichen Öffentlichkeit durch die Linke führen, aber sie muß dazu beitragen, die immer wieder vorhandenen, manchmal wundergläubigen Orientierungen an dieser zu überwinden. Die fast vollständig unterbundene Fernsehberichterstattung über den Kongreß hat mit aller Deutlichkeit den weitgehenden Abbau von Liberalität durch Zensur und Selbstzensur markiert.

★

8. Der Kongreß hat für sehr viele Teilnehmer erfahrbar gemacht, daß entgegen vielen Befürchtungen Kooperation, rationale Diskussion, Bereitschaft zu gegenseitigem Lernen in einem relativ großen Bereich der bundesrepublikanischen Linken noch möglich sind. Eine solche Kooperation setzt voraus, daß keine Seite Alleinvertretungsansprüche hat, sondern jede bereit ist, die Erfahrungen und Einsichten anderer Strömungen lernend zu verarbeiten, um damit die eigenen Schwächen überwinden und die sozialistische Bewegung insgesamt vorantreiben zu können. Unter diesem Aspekt der solidarischen Auseinandersetzung war die in den Arbeitsgruppen gegebene Orientierung auf Möglichkeiten des Kampfes gegen die Repression in Arbeitsfeldern und sozialen Bereichen wichtig. Nicht abgehobene politische Kontroversen standen so im Vordergrund, sondern die konkreten, sinnlich erfahrbaren Verhältnisse in den Bereichen, in denen die Genossen arbeiten und leben. Daran ist festzuhalten, denn gerade im Zwang zum politisch Konkreten liegen die Möglichkeiten für die Linke,



ihre Erfahrungen auszutauschen und in zunehmendem Maße zu gemeinsamen Auffassungen und Verhaltensweisen zu gelangen. Unberührt davon bleibt freilich die Notwendigkeit, diese Einzelerfahrungen in bestimmten Bereichen immer wieder aus den verschiedensten Aspekten zu politischen Strategien zusammenzuführen. Das große Interesse an den Arbeitsgruppen zeigt, daß begriffen wurde, wie notwendig es ist, diesen Vereinheitlichungsprozeß vom Konkreten ausgehen zu lassen und ihn nicht vorschnell auf die Ebene politischer Abstraktheit zu heben. Mit dem Vorschlag, Rotarbeit zu organisieren, also Kräfte, die von dieser Gesellschaft aus dem Arbeitsprozeß hinausgeworfen worden sind, in politischer Absicht in Projekte der Umgestaltung der Gesellschaft einzubeziehen, ist auf dem Pfingstkongreß eine neue Möglichkeit der Kooperation aufgezeigt worden. Auch der von allen begrüßte Solidaritätsfonds kann in dieser politischen Hinsicht von erheblicher Bedeutung sein. Freilich sind sowohl Rotarbeit als auch der Fonds zunächst noch Aufgabenstellungen. Der Solidaritätsfonds muß so organisiert werden, daß er trotz sicher stets unzureichender finanzieller Mittel an Schlüsselstellungen wirksam wird, von denen vielfache politische Anstöße ausgehen (vgl. hierzu den Beitrag des Arbeitsausschusses des SB "Rotarbeit und Unterstützungsfonds – Aufruf zur Organisation einer praktischen Solidarität" in dieser "links"-Sondernummer).

★

9. So sehr die Beziehungen zwischen der sozialistischen Linken und Sozialisten innerhalb der SPD durch Verständigungsschwierigkeiten gekennzeichnet sind, hat der Kongreß doch für die meisten Teilnehmer zwei Dinge erkennbar werden lassen:
Erstens, daß die Linke außerhalb der SPD sich nicht von denen innerhalb der SPD, die sich als Sozialisten begreifen, trotz aller unterschiedlichen Einschätzungen in Strategie und Taktik trennen lassen darf. Vielmehr muß es das Ziel sein, einen beständigen Diskussionsprozeß zwischen diesen Teilen der linken Bewegung herzustellen, um die politische Sozialisation der Linken in den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft – dazu gehören vor allem die Gewerkschaften – aufrecht erhalten zu können. Dies kann nicht heißen, auf Kritik zu verzichten. Dies muß aber heißen, daß Diffamierung nicht an die Stelle politischer Auseinandersetzung treten darf.
Zweitens hat der Kongreß wohl die Einsicht vermittelt und demonstriert, wie sehr Sozialisten innerhalb der SPD darauf angewiesen sind, daß außerhalb der Sozialdemokratie sich sozialistisches Potential frei entfalten kann. Ein Kongreß wie dieser konnte niemals von der Linken in der SPD organisiert werden, da sie letztlich doch auf die Wahl- und Regierungstaktik der Staatspartei SPD Rücksicht nimmt und somit bestenfalls über einen kleinen Manövrierspielraum verfügen kann. Sozialisten in der SPD können politische Bewegungsfreiheit für sich nur erhalten, wenn eine starke sozialistische Bewegung außerhalb dieser Partei existiert und auch durch Unterdrückung nicht beseitigt werden kann. Anzeichen für die Einsicht in diesen Zusam-

## Einige Vorschläge zur Fortführung der Antirepressionskampagne

Die auf dem Pfingstkongreß zutage getretene Bereitschaft vieler, sich gegen Repression zu wehren und sich zu diesem Zweck in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern und sozialen Zusammenhängen zu engagieren, muß in der Fortführung der Anti-Repressionskampagne nach dem Pfingstkongreß in *dezentraler Arbeit* stabilisiert und konkretisiert werden. Dezentral deshalb, weil nur so die vielen interessierten Genossinnen und Genossen tatsächlich in ihrem Arbeits- und Lebensbereich einbezogen werden können. Stabilisierung kann nur erreicht werden, indem politisch weiterführende Kooperationsformen von Sozialisten gegen die Repression und zur Verbreitung und Ausbildung sozialistischen Bewußtseins entwickelt und praktiziert werden. Wir schlagen deshalb vor, daß die Fortführung der Antirepressionsarbeit im politischen Zusammenhang des Sozialistischen Büros vorwiegend von den lokalen Gruppen und – wo irgend möglich – in regionaler Kooperation und gegenseitiger Unterstützung getragen wird. Antirepressionspolitik des SB muß durch ihre Konkretisierung mehr und mehr mit der Entwicklung sozialistischer Politik zusammenfallen. Abwehr von Repression und Entfaltung sozialistischer Politik in den Arbeitsfeldern und Projekten sind nur verschiedene Seiten derselben Sache. Deshalb sehen wir die Fortführung der Kampagne durchaus auch in Verbindung mit der Organisationsdebatte und den Versuchen, die organisierten Zusammenhänge unserer Arbeit in den Arbeitsfeldern, den Projekten und in lokaler und regionaler Integration zu verstärken. Unter den genannten Gesichtspunkten ist die Erörterung und Erprobung von Strategien zur *Abwehr von Repression und Entfaltung sozialistischer Politik in den Arbeitsfeldern*, auf lokaler und wo sinnvoll auf regionaler Ebene das wichtigste Moment der weiteren Kampagne. (Alles was hier über Arbeitsfelder gesagt wird, gilt in gleicher Weise für die *Arbeitskreise Betrieb und Gewerkschaft*.) Es geht darum, dauerhafte und tragfähige Arbeitszusammenhänge zu schaffen und die Genossen, die bisher noch isoliert waren, einzubinden. Häufig wird es dazu notwendig sein, am Ort bislang nicht vertretene Arbeitsfeldgruppen überhaupt erst ins Leben zu rufen, was zum Teil gerade durch Aktionen zu speziellen Fällen von Repression möglich sein wird. In dieser Phase darf die Tätigkeit der Arbeitsfelder sich jedoch nicht auf interne Diskussion beschränken. Es ist auch notwendig, arbeitsfeldspezifisch an die Öffentlichkeit zu treten und auf diese Weise zu versuchen, sich einen verstärkten Rückhalt in dem jeweiligen Arbeitsfeld zu schaffen. Dabei kann *Rotarbeit* eine wichtige Rolle spielen. Arbeitslose Lehrer können z. B. helfen, Projekte vorzubereiten und auszuführen, Sozialarbeiter können kommunale Verhältnisse untersuchen und mit Zielgruppen zusammenarbeiten, Öffentlichkeitsarbeit kann mit Hilfe von Rotarbeit intensiviert und Schulungsmaterial vorbereitet werden.

Um die Kampagne *örtlich und regional* sichtbar zu machen, ist es erforderlich, auch *allgemein politische Veranstaltungen* durchzuführen. Diese können sich an aktuellen Fällen von Repression festmachen, die exemplarisch behandelt werden. In solche Veranstaltungen müssen aber auch kulturelle Elemente eingebracht werden, um Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Auf dem Pfingstkongreß ist sichtbar geworden, daß vom *kulturellen Bereich* in seinen vielfältigen Formen starke Impulse ausgehen können. Diese müssen genutzt werden! Solche Veranstaltungen können mit Kunstsammlungen und Kunstversteigerungen verbunden werden, deren Erlös in den Solidaritätsfonds fließt. Bei der Organisierung kultureller Veranstaltungen sollen auch regionale Potentiale und Verbindungen genutzt werden. Zusätzlich kann eine zentrale Vermittlung von Künstlern, Theatergruppen usw. wirkungsvoll sein.

Allgemeine Veranstaltungen sollten nach Möglichkeit noch zwei weitere Aspekte aufgreifen: 1) Wie Rechtshilfe organisiert werden kann – wobei es sich hier nicht nur um ein Hilfsangebot, sondern gleichzeitig auch immer um eine Aufforderung an Sachkundige handeln muß, solche Hilfe zu gewähren; 2) müssen die internationalen Zusammenhänge, in denen sich Repressionspolitik entwickelt, thematisch einbezogen werden, um die Notwendigkeit und die Möglichkeit von Kooperation besonders im westeuropäischen Bereich sichtbar zu machen. Die Internationalismus-Projektgruppe sollte prüfen, wie weit von ihr in diesem Sinne Hilfestellung gegeben werden kann. Der Blick in die anderen westeuropäischen Länder kann auch bei den Arbeitsfeldern wichtig sein (z. B. bei Betriebs- und Gewerkschaftsfragen oder bei Unterrichtsproblemen).

Die örtlichen und regionalen Veranstaltungen sollen in jedem Falle auch für den Solidaritätsfonds werben. Dies kann nicht allein durch zentrale Aufrufe erfolgen, da durch sie immer nur ein beschränkter Personenkreis erreicht wird.

Freilich kann dezentrale Arbeit nicht unkoordinierte Aktivität mit möglicherweise unterschiedlichen Zielrichtungen heißen. Deshalb ist es erforderlich, lokale und regionale Rahmenprogramme aufzustellen, für deren Verwirklichung die bestehenden zentralen Möglichkeiten der Vermittlung und Koordination wie auch die unterstützende Tätigkeit der lokalen Gruppen eingeplant werden.

Eine Projektgruppe des lokalen SB ist zu beauftragen, für die *Herstellung von Öffentlichkeit* für alle Aktivitäten am Ort und in der Region zu sorgen. Wenn konkrete Anliegen behandelt werden, die lokal und regional bedeutsam sind, ist es gegenwärtig meist noch möglich, in den bürgerlichen Medien dazu Informationen unterzubringen. Ferner müssen von der Projektgruppe alle örtlichen und regional vorhandenen Instrumente der Gegenöffentlichkeit sorgfältig informiert und in die geplanten Aktivitäten einbezogen werden. Darüber hinaus ist eine rechtzeitige und umfassende Information des zentralen SB-Büros in Offenbach wichtig (Termine, Verlauf von Veranstaltungen, Berufsverbotsfälle, Bündnisgespräche am Ort, mögliche Hilfen für andere Gruppen usw.), damit von dort Anforderungen koordiniert werden und zusammenfassende Berichterstattung erfolgen kann.

Die hier skizzierten Vorschläge zur Weiterführung der Antirepressionskampagne sollen einerseits dazu führen, Repression öffentlich zu machen, andererseits dazu beitragen, in Verbindung mit neuen Schwerpunkten in der lokalen und regionalen Praxis, die Arbeitsfähigkeit und Interventionsmöglichkeit des SB in möglichst vielen Bereichen zu erweitern und zu stärken. Gerade deshalb ist es auch erforderlich, die lokal und regional gemachten Erfahrungen fortlaufend in den verschiedenen Organen und Publikationen des SB zu verarbeiten.

**SB-ARBEITSAUSSCHUSS**

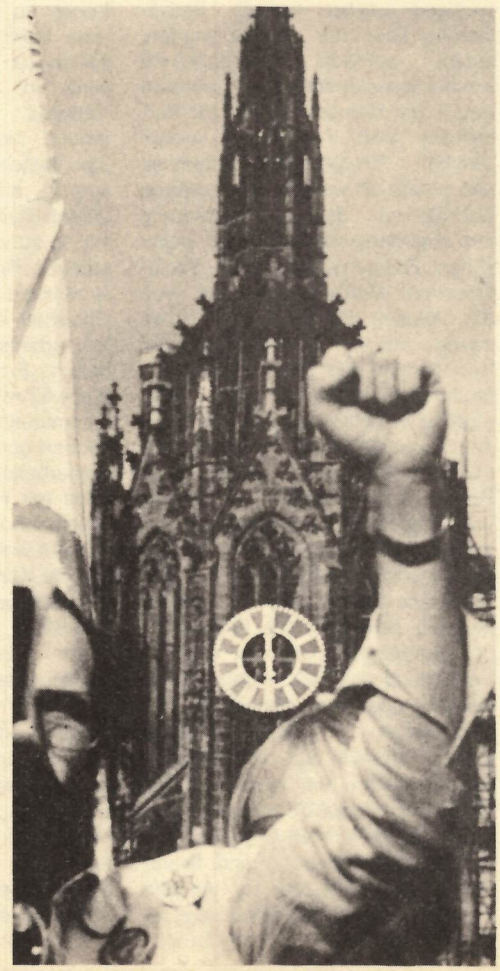
# ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE FORTFÜHREN!

menhang ist die starke Beteiligung von Genossen aus dem Bereich der Jungsozialisten an dem Frankfurter Kongreß. Sie haben vielfach ihre Teilnahme bewußt als Aktion gegen den starken Disziplinierungsdruck verstanden, der seit dem Mannheimer SPD-Parteitag unter dem Kürzel "Gesoldis" (Geschlossenheit, Solidarität, Disziplin) auf die SPD-Linke ausgeübt wird. Es gibt Anzeichen dafür, daß Vergleichbares zu dem, was hier über die Sozialisten in der SPD gesagt wurde, auch für den liberal-demokratischen Flügel in der FDP gilt, und daß der Pfingstkongreß dazu beigetragen hat, solche Einsichten auch dort zu verstärken. ★

10. Wenn auch der Pfingstkongreß die angestrebte Offenheit gegenüber den verschiedenen Strömungen der Linken durchhalten konnte, so konnten sich doch nicht alle Teile der Linken darauf einstellen. Daß der Kongreß für KPD und KBW nur im Sinne eines Forums für ihre Thesen, nicht aber als eine Möglichkeit gemeinsamen Lernens genutzt wurde, kam nicht unerwartet, da sie die Arbeit des SB und den Kongreß bereits vorweg als "Irreführung des politischen Widerstandes gegen die Kapitalistenklasse" (so die "Kommunistische Volkszeitung" des KBW) etikettiert hatten.
Schwerwiegender war allerdings, daß sich die DKP-orientierten Gruppierungen ablehnend verhielten. Anscheinend befürchteten sie, daß die von ihnen angestrebte Bündnispolitik mit SPD, Liberalen und Gewerkschaften durch diese linke Veranstaltung beeinträchtigt wird, und sie konnten mit Recht erwarten, daß ihr Anspruch auf alleinige Vertretung sozialistischer und kommunistischer Positionen auf dem Kongreß nicht respektiert würde. Die unbewegliche Haltung der DKP wird in der Berichterstattung ihrer Tageszeitung UZ ("Unsere Zeit") deutlich. Sie widmete dem Kongreß 16 Zeilen und verstieg sich zu der Behauptung: "Der Kongreß wurde vor allem von maoistischen und anarchistischen Gruppen zu antikommunistischer Propaganda mißbraucht und entfernte sich weitgehend von dem vorgegebenen Ziel des Kampfes um demokratische Rechte" (UZ vom 9. Juni 1976). An diesem Verhalten ist weniger die Diffamierung beunruhigend als die dadurch zum Ausdruck kommende Einstellung gegenüber Gemeinsamkeiten der westdeutschen Linken im Kampf gegen Repression. Doch das Verhalten der DKP darf uns nicht dazu führen, punktuelle Kooperation nun auch von unserer Seite, dort wo Übereinstimmung denkbar ist, auszuschließen. Wir dürfen uns aber nicht Illusionen über die Bereitschaft dieser Partei zu gleichberechtigter, wenn auch Unterschiede anerkennender Kooperation machen. ★

11. Schließlich hat der Pfingstkongreß eine wichtige Funktion im Hinblick auf die westeuropäische Linke. Er hat nämlich zu seinem Teil deutlich gemacht, daß es in der Bundesrepublik mit ihrer schwachen und zersplitterten Linken durchaus Kräfte gibt, die bereit sind, gemeinsamen Widerstand zu leisten und auf die sich eine westeuropäische sozialistische Linke beziehen kann. So ging denn von dem Kongreß an alle Teile der Linken in Westeuropa die Aufforderung, den Kampf gegen die Repression in der BRD dauerhaft zu unterstützen. Dies nicht nur im Interesse der westdeutschen Linken, sondern gerade auch im eigenen Interesse. Kann sich nämlich das westdeutsche Kapital bei seinem Versuch, sich eine ökonomische Vormachtstellung in Europa zu erkämpfen, auf eine antikommunistisch und nationalistisch eingestimmte Arbeiterklasse stützen, so wird es sich in zunehmendem Maße auch politisch in die inneren Entwicklungen der anderen europäischen Staaten einmischen und seinen Einfluß gegen die sozialistische und kommunistische Linke dort ausspielen. Wie real solche Gefahren auch von einer sozialdemokratischen Regierung ausgehen, haben die Interventionen Bonns und der SPD in Portugal, Spanien, Italien und Frankreich bewiesen. Die westdeutsche Linke verteidigt im Kampf gegen Repression somit auch die Interessen der Genossen in Westeuropa und rechnet deshalb auf deren solidarische Unterstützung. Dieser Erwartung entsprachen bereits auf dem Kongreß vorgebrachte Vorschläge verschiedener ausländischer Gruppen und Komitees zur Kooperation. Aufgabe für uns wird es bleiben, Strukturen zu schaffen, in denen diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit politisch wirksam werden kann. ★

12. Alle weiterführenden Momente des Kongresses, die in dieser Einschätzung angesprochen worden sind, stellten nur Ansätze dar. Der Kongreß konnte nicht Strategien für die Auseinandersetzung mit der Repression in den Arbeits- und Lebensbereichen voll entwickeln. Er konnte nicht Gegenöffentlichkeit als einen kulturellen Zusammenhang und Kooperation zwischen der Linken dauerhaft etablieren. Er konnte nicht die internationale Kooperation bereits herstellen. Dies war aber auch realistisch nicht zu erwarten. Der Kongreß konnte nur Perspektiven eröffnen, nämlich sich auf eine sozialistische Politik zu orientieren, die an bestehendem Bewußtsein ansetzt und sich bewußt in die Schwierigkeit der Auseinandersetzung mit den konkreten Lebensbedingungen und -erfahrungen begibt; eine Politik, die begreift, daß Widerstand und aktive und nicht reaktive sozialistische Politik zusammenfallen und verbunden werden müssen mit der organisierenden Kooperation in der alltäglichen Auseinandersetzung. Hier liegen auch die Aufgaben bei der Weiterführung der Kampagne gegen die Repression. Sie bedarf der intensiven Arbeit im lokalen und regionalen Bereich, in den Arbeitsfeldern und Projekten. Dazu werden die erreichte Mobilisierung der SB-Gruppen, die durch Kampagne und Kongreß bewirkte Verdichtung der Kommunikationsstrukturen, die Bereitschaft vieler Genossen, die bisher außerhalb standen, sich aktiv in diese Arbeit einzugliedern, wichtige Voraussetzung sein. ★



Arnfried Astel:
**Kirschblüten-Frühling**

Das ist ein Frühling dieses Jahr,
wo du jeden Kirschbaum
so intensiv ansiehst,
als könnte er morgen verhaftet werden.

SB-Arbeitsausschuß

# Rotarbeit und Unterstützungsfonds – Aufruf zur Organisation einer praktischen Solidarität

**Die mit diesem Beitrag dargestellte Konzeption zu "Rotarbeit und Unterstützungsfonds – Aufruf zur Organisierung einer praktischen Solidarität" entstand in mehreren Diskussionen des Arbeitsausschusses (AA) des SB und wurde auf der AA-Sitzung am 27./28. November 1976 in Dortmund beschlossen. Gleichzeitig wurde die Gründung des "Solidaritätsfonds des Sozialistischen Büros e. V.", in dessen Rahmen die Unterstützungs- und Solidaritätsaktivitäten formal abgewickelt werden sollen, eingeleitet.**

## 1. Wozu braucht es neue Solidaritätsfonds?

Wenn die Beschneidung und Unterdrückung ökonomischer/sozialer Gleichheit und demokratischer Rechte ein solches Ausmaß annimmt wie heute, wenn also denjenigen der Beruf verboten wird, die ihn aufrecht und kritisch ausüben wollen, und wenn bestimmte Positionen, die nicht in das herrschende Konzept passen, gar nicht mehr artikuliert werden dürfen, dann ist es an der Zeit, daß solche Personen existenziell unterstützt, daß alles getan wird, damit solche Positionen gehalten werden. Schikanierung, Behinderung von Berufsausübung und Unterdrückung von bestimmten politischen Positionen bis in die Sprache hinein haben heute ein Ausmaß erreicht, das aktive Gegenarbeit erfordert. Alle diejenigen, die die schon wieder Privileg bedeutende Möglichkeit besitzen, "normaler" Berufsarbeit nachzugehen, trotz aller Schwierigkeiten im einzelnen, und über regelmäßige Verdienste verfügen, alle diejenigen, denen daran gelegen ist, daß kritische Positionen vertreten werden können, sind deshalb gehalten, diese Gegenarbeit organisatorisch und finanziell zu ermöglichen. Hierbei handelt es sich nur um eine Umverteilung des einseitig von wenigen (aber schon wieder viel zu vielen) getragenen Risikos, politische Positionen um den Preis des Berufsverbots zu vertreten. Wenn ein Unterstützungsfonds im Zusammenhang mit der Arbeit gegen politische und ökonomische Unterdrückung organisiert wird, dann versteht es sich von selbst, daß ein solcher Unterstützungsfonds es nicht leisten kann, alle, die vom Berufsverbot betroffen sind und die keine anderen finanziellen Mittel und Arbeitsmöglichkeiten mehr haben, finanziell über Wasser zu halten. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, daß die Mittel begrenzt sein werden, so daß von vornherein die Frage der Schwerpunktsetzung und somit auch der Vergabekriterien geklärt werden muß. Wenn allein erreicht werden könnte, daß existenzielle Angst, die vom Berufsverbot und den mit ihm zusammenhängenden Maßnahmen erzeugt wird, eingedämmt wird, weil der Fonds ein Signal dafür ist, daß wir uns gemeinsam gegen die Berufsverbote zur Wehr setzen und konkrete Hilfe organisieren, und wenn dadurch auch ähnliche Formen materieller Solidarität angeregt werden, dann wäre ein wichtiger Schritt in die Richtung getan, das Berufsverbot in seiner beabsichtigten, nämlich einschüchternden Wirkung zu neutralisieren.

Im Kampf gegen politische (und ökonomische) Unterdrückung gewinnt der Solidaritätsfonds des SB einen zusätzlichen, gesamtpolitisch gesehen noch wichtigeren Stellenwert. Es geht erstens darum, daß der Fonds im Zusammenhang der Rotarbeit zu nutzen ist, um diejenigen, die unterstützt werden, eine sinnvolle und politisch wichtige Tätigkeit in den verschiedenen Bereichen ausüben zu lassen. Zweitens geht es darum, der beabsichtigten Wirkung des Berufsverbots, nämlich nicht nur Personen, die so oder so kritisch tätig werden könnten, an dieser Tätigkeit zu hindern, sondern damit zugleich auch bestimmte politische Positionen, wissenschaftliche Ansätze und Analysen zunehmend unmöglich zu machen, entgegenzutreten. Es müssen also nicht nur Personen, sondern vor allem Projekte durch den Fonds materiell unterstützt werden.

## 2. Von der Notwendigkeit eines bleibenden Arbeitszusammenhangs zur Begründung von Rotarbeit

Politisch bestimmtes Berufsverbot und Arbeitslosigkeit sind keine vorübergehenden Erscheinungen. Wir haben mit ihnen auf absehbare Zeit zu rechnen. Hierbei gilt es zu beachten, daß politisch begründetes Berufsverbot und ökonomisch verursachte Arbeitslosigkeit oft kaum unterscheidbar miteinander verbunden sind. Die Entlassung aus dem Betrieb wird auch deswegen ausgesprochen, weil sich der Kollege zu aktiv im Sinne des Interesses der Arbeitenden verhalten hat. Das Berufsverbot gegen einen Lehrer muß oft gar nicht mehr ausgesprochen werden. Die Behörde begründet ihren Ablehnungsbescheid damit, daß ohnehin zu viele auf der Warteliste stünden. Man mogelt sich also, weil´s so einfacher geht, um eine politische Begründung herum und führt den Tatbestand der Arbeitslosigkeit als scheinbar schicksalsmäßigen ins Feld.

Wenn wir mit Berufsverbot und Arbeitslosigkeit in unterschiedlichen Formen in den verschiedenen Berufsbereichen und je nach ökonomischen und auch politische Zyklen rechnen müssen als einer Dauererscheinung in der kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik, dann ist es für Sozialisten unabdingbar, daß sie sich nicht nur auf den allgemeinen Kampf gegen den Ursachenzusammenhang von Berufsverbot und Arbeitslosigkeit, gegen die kapitalistische Struktur dieser Gesellschaft einstellen und dementsprechend handeln. Vielmehr kommt es darauf an, die tägliche Wirkung von Berufsverbot und Arbeitslosigkeit zu unterlaufen. Denn sonst besteht die Gefahr, daß nur noch ein sozialistischer Anspruch bleibt, diejenigen aber, die ihn tragen und verwirklichen können, kaputt gehen.

Die tägliche Wirkung von Berufsverbot und Arbeitslosigkeit ist oft beschrieben worden. Die meisten haben sie schon selbst erfahren, in ihrem eigenen Verhalten, in ihrer Angst und im Verhalten der anderen. Diese tägliche Wirkung besteht u. a.

- in der existenziellen Not (man kann zwar überleben, aber man kann nicht mehr eigentlich als gleichberechtigtes Individuum leben),
- im Gefühl der Nutz- und Sinnlosigkeit der eigenen Existenz (wozu ist man denn da, wenn man ausgeschlossen und nicht gebraucht wird?),
- in der Isolierung von den normalen Arbeitszusammenhängen, die sich auch im sogenannten Freizeitbereich fortsetzt.

# ANTIREPRESSIONSKAMPAGNE FORTFÜHREN!

Die weiteren Folgen der als dauernde Gefahr erfahrenen Arbeitslosigkeit und der Drohung des Berufsverbots bestehen in der Vorweganpassung, im ängstlichen Sich-Zurückhalten, im Rückzug auf seine privaten Interessen, im unpolitischen, letztlich auch unsolidarischen Verhalten insgesamt.

Berufsverbot und Arbeitslosigkeit können aber im Gegensatz zu den gerade angedeuteten Folgen bei manchen auch als Freisetzung aus der Tretmühle einer entfremdeten Arbeit oder – kommt man gar nicht in den Beruf hinein – als wenigstens zeitweise Möglichkeit, eigenen Interessen nachzugehen, aufgenommen werden. Abgesehen davon, daß eine solche Erfahrung der Arbeitslosigkeit doch nur für wenige gelten dürfte und – flippt man nicht einfach aus – vor allem nur für diejenigen, die schon in festen Gruppenzusammenhängen arbeiten und leben, besteht auch hier die Gefahr, daß man sich privatisiert, privatisieren läßt. Diese Entpolitisierung von Arbeitslosen liegt genau in der Absicht des Systems, ihm könnte nicht Günstigeres passieren.

Wenn man angesichts des dauernd drohenden Berufsverbots – selbst wenn die Verfahrensweisen verdeckt eingesetzt werden – und der dauernd drohenden, in etlichen Sektoren strukturell bleibenden Arbeitslosigkeit und angesichts der vorweggenommenen oder hinterher eintretenden Folgen nicht untätig zusehen und warten will, wie das Kaninchen auf die Schlange, dann ist es erforderlich, nicht nur an den Folgen anzusetzen und sich auf An- und Einpassungshilfen zu verlegen, sondern den Ursachen selbst entgegenzuwirken. Abgesehen vom allgemeinen Kampf zur Veränderung der Verhältnisse (der aber kurz- und mittelfristig nicht bereits durchgängige Resultate haben kann und vor allem nicht erfolgreich sein kann, wenn wir uns nicht alle um jeden einzelnen, um die Träger des Kampfes hier und heute kümmern) muß Gegenwehr, die an den Ursachen jetzt ansetzt, auch darin bestehen, daß wir dafür sorgen, daß diejenigen, die von Repressionsmaßnahmen direkt betroffen sind, nicht aus allen Arbeitszusammenhängen herausfallen. Wir müssen also jenseits einer bloßen Hilfe zur finanziellen Existenzsicherung, die wir aus unseren Mitteln ohnehin nur unzureichend betreiben könnten, dafür sorgen, daß Arbeitszusammenhänge geschaffen werden, in die sich der einzelne sinnvoll einbringen kann. Berufsverbot und Arbeitslosigkeit bedeuten dann, wenn uns dies gelänge, nicht mehr einen schon in der vorausempfundenen Angst erfahrenen Fall ins Bodenlose, in die schiere Vereinzelung.

Solche Arbeit, die auch Berufsarbeit ist, die aber nicht von den in dieser Gesellschaft herrschenden Institutionen getragen und beauftragt wird, nennen wir Rotarbeit. Unter Rotarbeit sind also alle diejenigen Aktivitäten zu verstehen, die nicht ausschließlich innerhalb bestehender Institutionen, ihrer herrschaftsbestimmten Aufgaben und ihrer Finanzierungszwänge in Gang gesetzt und betrieben werden. "Rot" sind diese Arbeiten insofern, als sie schon ein Stück "autonomer" sozialistischer Praxis, wenn auch inmitten der kapitalistisch entfremdeten Gesellschaft, entwickeln. Wenn man Rotarbeit so bestimmt, wertet man die wichtigen und unentbehrlichen Arbeiten in den herrschenden Institutionen nicht im geringsten ab. Im Gegenteil: Berufsarbeit in den herrschenden Institutionen stellt nach wie vor den zentralen Bereich aller sozialistischen Aktivität dar. Rotarbeit kann immer nur als vergleichsweise minimales Auffangnetz und als bestenfalls vorübergehende Alternative für den einzelnen, der sie leistet, begriffen werden. Rotarbeit ist im Prinzip durchgehend auf "normale" Berufsarbeit bezogen. Jeder muß in der Regel einen Beruf innerhalb der herrschenden Institutionen suchen und sich dort allein oder in der Gruppe solange zu behaupten versuchen, wie dies für seine politische und persönliche Identität irgend möglich ist. Wir sind nicht in der Lage, eine Gegengesellschaft und eine Gegenproduktion in großen Umfange zu organisieren.

Die Unterschiede und die verschiedenen Schwierigkeiten, die zwischen "normaler" Berufsarbeit und Rotarbeit bestehen, sollen allerdings nicht übersehen werden. Während sich in der innerinstitutionellen Tätigkeit dauernd das Problem stellt, wie weit kann, ja muß ich gegenüber dem herrschenden Druck zurückstecken, wo und wann muß ich in welcher Weise in jedem Fall Widerstand leisten, ergibt sich für die Rotarbeit die Gefahr, an den Problemen, die sich in der Regel aus der Berufsarbeit in den herrschenden Institutionen ergeben, vorbeizugehen. Rotarbeit ist allemal gefährdet, nur programmatisch zu bleiben, Scheinaktivitäten zu entfalten, die lediglich diejenigen überzeugen, die sie in Gang gesetzt haben und betreiben. Deshalb muß Rotarbeit der beschriebenen Art wesentlich in die herrschenden Berufe, in die herrschenden Institutionen hineinzuwirken versuchen, darf sich also nicht selbst zu einer inselhaft abgehobenen Tätigkeit entwickeln.

Die Aktivitäten, die sich als Rotarbeit dieser Art ansprechen lassen, die, abgekürzt geredet, sowohl Gebrauchswerte für einzelne und für Gruppen schaffen wollen als auch über den Kreis der Akteure hinaus nach außen wirken, können eine große Zahl verschiedener Tätigkeiten umfassen. Beispiele von Rotarbeit sind etwa:

- Arbeitslose Lehrer organisieren sich in einem Projekt, um ihren noch beschäftigten Kollegen zuarbeiten zu können (Materialzusammenstellungen, Nachhilfeunterricht, spezielle Betreuung einzelner Problemfälle, Elternberatung und Elternarbeit usw.; längerfristig ist daran zu denken, daß eigene Unterrichtszentren, von den Kinderläden aufwärts, gebildet werden).
- Arbeitslose Sozialarbeiter organisieren sich in einem Stadtteilprojekt (oder auf dem Dorf), um bürokratisch nicht entfremdete Arbeit, die freilich dauernd mit Entfremdungsproblemen zu tun hat, leisten zu können (auch hier sollte der Kontakt zu Sozialarbeitern, die noch im öffentlichen Dienst sind, unbedingt aufrecht erhalten werden; das Spektrum möglicher Aktivitäten reicht hier von der Hilfe im Umgang mit der Sozialbürokratie – einschließlich der Polizei – bis hin zur Organisation von Veranstaltungen für spezifische Kreise von Betroffenen; es kommt hier wie bei jeder Initiative zur Organisation von Rotarbeit darauf an, daß man nicht "flächendeckend" zu arbeiten sucht, sondern daß man sich zunächst auf einen Problembereich, z. B. die sogenannten verwahrlosten Jugendlichen und ihre Heime konzentriert).
- Arbeitslose Sozialwissenschaftler und Juristen organisieren sich in einem Projekt, um ihre Fachkenntnisse für die Vertretung individueller oder kollektiver Interessen zur Verfügung zu stellen (so etwa im Sinne der "Sozialanwaltschaft", aber auch als Hilfe für Bürgerinitiativen, betriebliche Auseinandersetzungen, Gastarbeiterkonflikte u. ä.).
- Kulturarbeiter organisieren eine Art "Kulturbrigade" (kulturellen Veranstaltungen und der Entwicklung von Gegenkultur fällt im Rahmen sozialistischer Öffentlichkeitsarbeit ein erhebliches Gewicht zu; hierzu gehören u. a. Inszenierung von Theateraufführungen, Aufbau von Ausstellungen, Vorbereitung von Festen).
- Journalisten und überhaupt Leute, die schreiben können, organisieren sich zu Projekten lokaler Gegenöffentlichkeit (hierher gehört die journalistische und organisatorische Unterstützung von lokalen Gegenzeitungen, um der zunehmend konzentrierten und kapitalorientierten Presse alternative Informationsmöglichkeiten entgegenzusetzen).

Rotarbeit muß sich durch zwei Bezugspunkte auszeichnen. Zum einen ist sie nur im Zusammenhang mit den Arbeitsfeldern, die auch die beruflich "etablierten" Mitglieder umfassen muß, in Gang zu setzen. Rotarbeit ist so gesehen Teil der berufsfeldbezogenen Arbeit, sie wächst aus den Berufsfeldern, sie stellt kein eigenes Unternehmen dar. Es gibt deswegen kein Arbeitsfeld "Rotarbeit". Eine Zweiteilung in Rotarbeiten und auf das jeweilige Berufsfeld bezogene Arbeiten wäre verhängnisvoll und würde den Sinn von Rotarbeit von vornherein in Frage stellen. Zum anderen aber darf sich Rotarbeit wie Berufsfeldarbeit insgesamt nicht in einem primären Binnenbezug erschöpfen, so als gelte es vor allem anderen, Probleme der Mitglieder des SB zu lösen. Im Gegenteil: Rotarbeit lebt von ihrem Außen-, ihrem Öffentlichkeitsbezug. Rotarbeit stellt, wie die Be-

## Wolf Biermann
## Ermutigung

Du, laß dich nicht verhärten
In dieser harten Zeit
Die all zu hart sind, brechen
Die all zu spitz sind, stechen
Und brechen ab sogleich

Du, laß dich nicht verbittern
In dieser bittren Zeit
Die Herrschenden erzittern
– sitzt du erst hinter Gittern –
Doch nicht vor deinem Leid

Du, laß dich nicht erschrecken
In dieser Schreckenszeit
Das wolln sie doch bezwecken
Daß wir die Waffen strecken
Schon vor dem großen Streit

Du, laß dich nicht verbrauchen
Gebrauche deine Zeit
Du kannst nicht untertauchen
Du brauchst uns, und wir brauchen
Grad deine Heiterkeit

Wir wolln es nicht verschweigen
In dieser Schweigezeit
Das Grün bricht aus den Zweigen
Wir wolln das allen zeigen
Dann wissen sie Bescheid

rufsfeldarbeit allgemein, eine Chance dar – und diese Chance muß auch ergriffen werden –, in uns zunächst schwerer zugängliche Bereiche hineinzuwirken.

## 3. Solidarische Hilfe zur Selbsthilfe – Zur Organisation der praktischen Solidarität

Es geht also darum, den Berufsverboten und der Arbeitslosigkeit die existenzvergiftenden Zähne zu ziehen, indem Zusammenhänge geschaffen werden, die sinnvolle Arbeit erlauben. Solche Arbeitszusammenhänge werden von kleinen Anfängen aus erst allmählich entwickelt werden können. Ein großer Vorteil einer Reihe von Rotarbeiten besteht allerdings darin, daß sie zunächst keines großen Aufwandes bedürfen und sofort in Gang gesetzt werden können. Wichtig ist hier die Initiative der einzelnen Arbeitsfelder auf örtlicher und regionaler Ebene. Denn es kommt entscheidend darauf an, daß man eben nicht darauf vertraut, daß sich für die von Berufsverbot und Arbeitslosigkeit Betroffenen schon etwas finden wird, und daß es ausschließlich ihre Angelegenheit ist, solche Arbeitszusammenhänge erst zu schaffen.
Solidarische Hilfe muß aber mehr heißen. Sie bedeutet auch, daß diejenigen, in deren Arbeitsfeld und Berufsbereich Rotarbeit organisiert wird, finanziell in die Tasche greifen, um den Aufbau solcher Arbeiten überhaupt zu ermöglichen. Das politische und ökonomische Risiko in dieser Gesellschaft darf nicht allein von denjenigen getragen werden, die ihren Beruf verloren haben, denen ihr Beruf verboten wird. Vielmehr müssen diejenigen, die noch über ein Einkommen, einen Verdienst aus "normaler" Berufsarbeit verfügen, begreifen, daß Solidarität immer auch Verteilung des materiellen Risikos bedeutet. Deswegen werden wir nicht umhin kommen, berufsfeldorientierte und auch über die Grenzen eines Berufsfeldes hinausgehende Fonds zu bilden, die im Rahmen der Berufsfelder und der dort organisierten Rotarbeit auch finanzielle Pflichten übernehmen müssen.
Wenn solcherart von organisatorischer und finanzieller Hilfe die Rede ist, einer Hilfe, die immer zugleich denen nützt, die sie geben und deren Verhaltensunsicherheiten und -ängste in der Berufsausübung abbauen helfen kann, dann bedarf es auch, um keine falschen Erwartungen zu erzeugen und damit Enttäuschungen vorzuprogrammieren, eindeutiger Zielbegrenzungen:
– bei finanziellen Unterstützungen kann es nicht darum gehen, das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe zu ersetzen; alle finanziellen Ressourcen, die öffentlich oder privat flüssig gemacht werden können, müssen bis zur Neige ausgenützt werden; selbstverständlich sind arbeitslose, aber anderweitig finanziell unterstützte Genossen im Kontext der Rotarbeit zu organisieren;
– allgemein gilt – alles andere überstiege bei weitem die Möglichkeiten, die den Fonds gegeben sind –, daß die speziellen Unterstützungsfonds (lokal/regional-berufsfeldspezifisch) und der zentrale Unterstützungsfonds in der Regel nur für Hilfen im Zusammenhang der Rotarbeit und nur für Hilfen zur mittel- und langfristig möglichen Selbsthilfe in Frage kommen.
Diese beiden Begrenzungen bedeuten, daß nicht alle vom Berufsverbot und von Arbeitslosigkeit Betroffenen unterstützt werden können, sondern daß solche Unterstützung primär im Rahmen eines Rotarbeitsprojekts möglich ist. Außer Frage steht dann allerdings, daß als Kriterium für die Auswahl der Personen, die an Projekten teilnehmen, vor allem Betroffenheit von politischer und ökonomischer Repression gelten muß. Hilfen für Projekte der Rotarbeit können aber in der Regel von keinem Unterstützungsfonds auf Dauer gegeben werden. Deshalb ist es wichtig, daß Rotarbeitsprojekte so angelegt werden, daß sie sich auf die Dauer selbst zu tragen vermögen. Jedes nicht nur kurzfristige Projekt muß deshalb von Anfang an auch überlegen, wie es sich mittel- und langfristig zu finanzieren vermag. Der Finanzierungsteil ist ein eigener Projektteil, muß ein eigener Teil der Aktivitäten werden.
Beispiele von Rotarbeit wurden vorstehend genannt. Es geht in den folgenden Monaten und Jahren darum, in den einzelnen Berufsfeldern und auf der lokalen und regionalen Ebene Rotarbeitsprojekte solcher Art zu konkretisieren und zu institutionalisieren. Von den Aktivitäten, die dem Aufbau von Rotarbeitsprojekten dienen, sollte in "links", in den Informationsdiensten der Arbeitsfelder und im Mitgliederrundbrief des SB regelmäßig berichtet werden, so daß die einzelnen Gruppen sich wechselweise stimulieren und aus den positiven und negativen Erfahrungn der anderen lernen können. Binnen Jahresfrist darf es keine Region und kein Arbeitsfeld mehr geben, ohne einen Ansatzpunkt von Rotarbeit, aber auch nicht ohne eine erste Institutionalisierung eines eigenen spezifischen Unterstützungsfonds.

## 4. Zum Verhältnis lokale Fonds/zentraler Fonds

Wie schon angedeutet wurde, hätte es wenig Sinn und würde es auch von der organisatorischen oder von der finanziellen Seite her nicht funktionieren, würde man alle Anstrengungen auf einen zentralen Unterstützungsfonds konzentrieren. Im Gegenteil: Soll Rotarbeit gelingen, bedarf es der lokalen und/oder regionalen sowie projektbezogenen Trägerschaft, bedarf es auch der lokalen/regionalen und/oder berufsfeldspezifischen Unterstützungsfonds, die jeweils gesondert zu organisieren, freilich möglichst gleichartig zu gestalten sind. Es widerspräche dem Prinzip des SB und ebenso dem Prinzip von Rotarbeit im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, wollte man diese nur "zentralistisch" organisieren. Zentral können solche Aktivitäten nur angeregt werden und jeweils in ihrer Anlaufphase unterstützt werden.
Das Verhältnis des zentralen Fonds und der regionalen/lokalen Fonds bzw. Trägerschaften bzw. Aktivitäten wird so bestimmt sein müssen, daß die lokalen und regionalen Aktivitäten nicht zentral "ferngesteuert" werden können, wenn ihnen eine Unterstützung gewährt wird. Allerdings wird es in aller Regel ausgeschlossen sein, daß lokale und regionale Aktivitäten mehr als einmalige oder zeitlich klar begrenzte Zuschüsse aus dem zentralen Fonds erhalten. Über die Zuschüsse an lokale/regionale bzw. projektbezogene Initiativen, die Kriterien der Mittelvergabe bzw. ihrer Ablehnung ist selbstverständlich regelmäßig zu berichten (etwa im Delegiertenrat oder im Mitgliederrundbrief des SB).
Der Solidaritätsfonds auf der zentralen Ebene wird neben dem ebenfalls dem SB angegliederten Arbeiter-Solidaritäts-Fonds eingerichtet. Er stellt keine Alternative, auch keinen Gegensatz zum Arbeiter-Solidaritäts-Fonds dar. Zwar wird der neue Solidaritätsfonds primär auf Betroffene aus dem Reproduktionsbereich bezogen sein; jedoch soll die Trennung zwischen Reproduktions- und Produktionsbereich, die das SB auch sonst nicht gelten läßt, nicht insgeheim durch zwei Fonds repräsentiert werden. Die Bildung eines zweiten, gesonderten Fonds ist vielmehr ausschließlich durch einen unterschiedlichen primären Adressatenkreis und durch organisatorische Gesichtspunkte bestimmt. Legte man beide Fonds zusammen, bestünde die Gefahr, daß die Kriterien zur Nutzung des Fonds ins nicht mehr Entscheidbare zerflössen.
Die Hauptaufgaben des zentralen Solidaritätsfonds sind also:
1) die punktuelle und zeitlich begrenzte Unterstützung lokaler und regionaler Aktivitäten, in der Regel besonders in ihrer Anfangsphase;
2) obwohl die Unterstützung von Aktivitäten im Sinne von Rotarbeit die erste Priorität bildet, gehören zu den Aufgaben des Fonds beispielweise auch Kampagnen, die gefährdeten Berufstätigen helfen sollen oder Kampagnen, aus Anlaß eines Prozesses mit finanziellen Zuschüssen beizuspringen;
3) obwohl die Projektförderung im Vordergrund steht und der Sinn der Rotarbeit u. a. darin besteht, Personen nur über Projekte zu fördern, sind Fälle nicht auszuschließen, wo es geboten sein kann, unmittelbare, repressionsverursachte Not direkt und durch einen individuell adressierten Zuschuß zu lindern.

## 5. Zentrale Projekte von Rotarbeit

Eine weitere Aufgabe – neben den vorstehend in drei Punkten kurz zusammengefaßten Orientierungen – des zentralen Fonds besteht schließlich in der Förderung zentraler Projekte. Auch hier ist eine Schwerpunktorientierung von vornherein zu beachten, da eine Vielfalt von Projektinitiativen nur dazu führen würde, daß alles mögliche angefangen, jedoch kein Projekt durchgehalten werden könnte. Folgende zwei zentralen Projekte sollten jedoch in die Konzeption des Solidaritätsfonds von Anfang an einbezogen werden:

### Sozialistische Bildungsarbeit

Sozialistische Bildungs- und Schulungsarbeit ist gerade dann besonders erforderlich, wenn die dominierenden Träger von Bildungsmaßnahmen (bis in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit hinein) alle Ausbildungsformen, Bildungsinhalte und Bildungsziele inhaltlich und organisatorisch immer enger auf den herrschenden Konsens festlegen. Das bedeutet: wachsender Druck auf die berufliche Verwertbarkeit z. B. der Kurse der Volkshochschulen, immer engere Anbindung der Bildungsarbeit an die Eigen-Interessen der Verbände und Organisationen, und damit ein immer engerer Spielraum für emanzipatorische, an den Interessen und Erfahrungen der Teilnehmer orientierte Projekte und Angebote. Sozialistische Bildungsarbeit in diesem Zusammenhang heißt auch weiterhin, die Probleme der realen Situation der Teilnehmer von Bildungsmaßnahmen in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen; den Blick für solidarische und kollektive Lernprozesse zu öffnen und inhaltliche sowie organisatorische Hilfestellung für praktische Schritte aller Beteiligten zu geben, die auf die Verbesserung ihrer realen Lebenssituation abzielen. Solche sozialistische Bildungsarbeit besteht also nicht in einer abgehobenen

Verhaltensschulung oder bloßer Theorie-Vermittlung, sondern ist darauf orientiert, einen praktischen Beitrag zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in der BRD zu leisten. Deshalb muß sie in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die Probleme und Möglichkeiten einer auf kapitalistische Funktionalität angelegten Berufstätigkeit und Lebensplanung aufzuspüren, sowie Alternativen zu den herrschenden Arbeits-, Ausbildungs- und Lernprozessen zu entwickeln.

Um solche Aufgaben erfüllen zu können, bedarf es einer eigenständigen, kontinuierlichen Arbeit, die unter den heutigen repressiven Bedingungen nicht mehr von den in den Bildungsinstitutionen Tätigen allein geleistet werden kann. Es müssen Formen gefunden und Kurse angeboten werden, die die Vermittlung sozialistischer Fragestellungen und Perspektiven in den beruflichen Alltag erleichtern, sowie die Wechselbeziehung von reduzierter Freizeitgestaltung und ebenso eingeengter Berufstätigkeit aufbrechen helfen. Gleichzeitig muß sich eine sozialistische Bildungsarbeit darum bemühen, die Tagesarbeit in den verschiedenen Berufen und Lebensbereichen theoretisch so zu diskutieren und aufzuarbeiten, daß diese Arbeit nicht zum kurzatmigen Reagieren oder gar zu unmerklicher Anpassung verkommt, sondern im Sinne des Arbeitsfeldansatzes des SB einen Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Strategie leistet.

Rotarbeit in diesem Sinne bedeutet praktisch:

1) Es müssen aktuelle Schulungsmaterialien zusammengestellt und zum Teil neu geschrieben werden, die die gegenüber den 60er Jahren veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen unserer Arbeit berücksichtigen. Es reicht nicht mehr aus, sich vornehmlich auf Schulungsmaterialien aus früheren Jahren und Jahrzehnten zu verlassen, sondern gerade die Integrations- und Repressionsmechanismen der 70er Jahre müssen genau untersucht, dargestellt und gegen den Strich gedacht werden.

2) Es ist eine breite Gruppe von Bildungsarbeitern anzustreben, die regelmäßig für bestimmte Kurse und Projekte bereitstehen und der Bildungsarbeit Qualität und Stetigkeit geben.

### Sozialistisches Forschungsinstitut

Die Bildung eines sozialistischen Forschungs- und Informationsinstituts anzusprechen, erscheint heute angesichts der Mittel und Möglichkeiten des SB als ein kühnes Unterfangen. In der Tat dürfen mittelfristig auch nicht zu große Erwartungen in ein solches Projekt gestellt werden, sowohl was dessen Finanzierung, als auch was dessen Umfang angeht.

Dennoch wäre es falsch, nicht schon heute die Notwendigkeit eines solchen Forschungsinstituts zu sehen. Ein solches eigenes Institut, das in der Lage ist, systematisch die Entwicklung von Theorie zu betreiben, Informationen zu sammeln und im theoretischen Bezugsrahmen analytisch aufzubereiten, wird zur Formulierung einer sozialistischen Strategie und Taktik immer wichtiger: Erfahrung, auch politische Einsicht, kann nicht allein am Arbeitsplatz und im jeweiligen Lebensbereich gebildet werden. Die Erfahrungen, die man dort machen kann, sind in der Regel von ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen abgelöst, oberflächlich und entfremdet. Deswegen ist es gewöhnlich auch so leicht, diese zerrütteten, Selbstbewußtsein nur schwer zulassenden Erfahrungen mit herrschenden Begriffen zu überformen. Deswegen auch die Schwierigkeit bei der Herausbildung von Klassenbewußtsein.

Damit ist schon eine zentrale Aufgabe eines sozialistischen Forschungs- und Informationsinstituts umschrieben. Man kann aufgrund der verhüllten Form der Klassenverhältnisse Klassenbewußtsein nicht als selbstverständlich voraussetzen, das man jeweils nur etwas aufklären müßte, um es mobilisieren zu können. Auch sind die einzelnen Bedingungsfaktoren des bestehenden Bewußtseins und die Ansatzpunkte alternativen Denkens nicht ohne weiteres bekannt. Ein solches Forschungsinstitut muß also die Analyse der Faktoren für die Verhinderung des Klassenbewußtseins ebenso leisten wie die Widersprüche und Bedingungen des bestehenden Bewußtseins herausarbeiten, einschließlich der Ansatzpunkte seiner Veränderung.

Dies kann nur durch eine systematische, langfristig angelegte wissenschaftliche Kritik der kapitalistischen Gesellschaft geleistet werden, ebenso wie es notwendig wird, den Daten und Informationen der herrschenden Öffentlichkeit Gegendaten und Gegeninformationen entgegenzusetzen. Nur aufgrund der detailliert analysierten Widersprüche und Konflikte wird es möglich, eine sozialistische Strategie nicht nur zu fordern, sondern auch zu formulieren.

Ein solches Forschungsinstitut, das am Anfang über fast keinen eigenen Apparat verfügen könnte und nicht mehr als zwei oder drei Personen umfassen dürfte, ist auch deswegen gerade heute, gerade in Zeiten verschärfter, lang anhaltender Repression erforderlich, weil die Möglichkeiten für Sozialisten, im Rahmen der etablierten Institutionen, insbesondere den Universitäten, Strategie und Taktik vorbereitende Arbeit zu leisten, immer mehr beschnitten wurden.

So falsch es also wäre, die Möglichkeiten eines notwendigen kleinen Forschungs- und Informationsinstituts zu überschätzen, so falsch wäre es aber auch, die langfristige Wirkung eines solchen Instituts und seiner Vertreter zu unterschätzen, sowohl was die allgemeine Orientierung, die Bewußtseinsbildung, als auch was die Zuarbeit für die Diskussion politischer Strategien anbelangt. Zunächst wird es nicht darum gehen können, ein solches Institut aufzubauen, sogleich in Angriff zu nehmen, sondern allenfalls erste kleine Projekte in Gang zu bringen. Allerdings sollte dies durchaus schon mit der Perspektive Forschungsinstitut geschehen. Um ein solches Institut nicht von vornherein zu gefährden, bedarf es einer sorgfältigen, alle Aspekte bedenkenden Vorbereitung.

## Spendet für den Solidaritätsfonds

Aktive Bekämpfung von Repression und ihrer Folgen benötigt die politische Arbeit gerade auch derjenigen, die durch Berufsverbote und andere Repressionsmaßnahmen aus dem Arbeitsprozeß hinausgeworfen wurden. Ihre Arbeitskraft kann der isolierenden und individualisierenden Wirkung von Berufsverbot und Arbeitslosigkeit entgegensteuern. Ihre Fähigkeiten und Arbeitskraft müssen zu einem Instrument der kollektiven Organisierung und Politisierung werden. Wirkungsvolle Organisation von Rotarbeit bedarf gerade als Starthilfe von einzelnen Projekten erheblicher finanzieller Mittel. Aktive Gegenwehr erfordert auch finanzielle Unterstützung der direkt und indirekt Betroffenen und Gefährdeten (vor allem Rechtshilfe, Solidaritäts- und Selbsthilfeaktionen). Jeder, der über eine feste Berufsposition verfügt, ist aufgefordert, finanzielle Unterstützung zu leisten. *Überweisungen und Daueraufträge unter Kennwort "Solidaritätsfonds" an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postscheckkonto Nr.295680-605 oder Girokonto Nr. 17413263 bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach.*

### 6. Zur Finanzierung des zentralen Solidaritätsfonds

Vom Pfingstkongreß und aus den danach eingegangenen Spenden hat der Fonds zur Zeit einen Bestand von knapp DM 50.000.--. Da die angesprochenen Aufgaben eher zunehmend als abnehmend Finanzierungsmittel erfordern, kommt es darauf an, über regelmäßige Spenden aller Genossinnen und Genossen den Fonds finanziell halbwegs zureichend auszustatten. Von jedem, der über feste Einkünfte verfügt und der nicht bereits direkt ein konkretes Projekt unterstützt, sollte ein ständiger Beitrag (Dauerauftrag) an den zentralen Solidaritätsfonds des SB erwartet werden können. Zudem müssen verschiedene spezifische Finanzierungsquellen ausfindig gemacht werden, wie besonders Aktivitäten im kulturellen Bereich (Kunstauktion, Plakatwettbewerb, Autorenlesung, Kulturrevue etc.). Für spezielle Projekte könnten gezielte Spenden eingeworben werden (etwa indem sich verschiedene Verlage an einem spezifischen Projekt durch einmalige oder mehrmalige Zuschüsse beteiligen). Erster weiterer Schritt, um den Fonds finanziell auszuweiten: Mit dieser Darstellung wird zu einer allgemeinen Spendenaktion aufgerufen!

### 7. Abschließende Bemerkungen

Organisation von Rotarbeit, von Rotarbeit, die vielleicht auch noch andere Konturen erhält als sie hier angedeutet wurden, und die Bildung von lokalen und zentralen Unterstützungsfonds bilden wichtige Aufgaben, die dem SB in Fortführung der Antirepressionskampagne gestellt sind. Das Versprechen des Pfingstkongresses gilt es, langsam, aber auch Schritt für Schritt, einzulösen. Gerade weil solche Aktivitäten so wichtig sind, wäre es verhängnisvoll, würde man ihre kurzfristigen Möglichkeiten überschätzen. Denn eine solche Überschätzung kann leicht zu einem Überdruck an Erwartungen führen und anschließend, da dieselben nicht erfüllt werden könnten, fast zwangsläufig zu Verärgerungen und schlimmer noch zu Resignation. Rotarbeit kann Arbeitszusammenhänge schaffen lassen, sie stellt aber kein fertiges Arbeitsbett dar, in das man sich ohne eigene Initiative fallen lassen könnte. Die Unterstützungsfonds werden in begrenztem Umfange Rotarbeit ermöglichen, sie werden damit auch einzelnen existenziell helfen können. Sie werden aber keine generelle Existenzsicherung zu garantieren vermögen. Vor allem: auch die Initiierung und Bildung von Projekten, die Organisierung von Unterstützungsfonds, stellen Arbeit dar, die nicht risikolos ist. Diese Wegmarge praktischer Solidarität wird auch zeigen, was es mit dem Anspruch des SB bei jedem einzelnen Mitglied auf sich hat: nicht die Nöte, Ängste und Bedürfnisse der einzelnen organisatorisch zu verdrängen, sondern sie vielmehr in solidarischer Organisation aufzuheben.

Oskar Negt

# Wo stehen wir, und was haben wir zu tun?

Portugal hat das Tor aufgestoßen, durch das der Geist der sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ins Zentrum Europas eingedrungen ist und sich vor unseren Augen tagtäglich fortpflanzt, als gäbe es keine Macht, die ihn aufhalten könnte. Und wenn es, wie schon bei mehreren revolutionären Bewegungen der Vergangenheit, die geschichtliche Tragik auch Portugals sein sollte, daß es als einzelnes Land den vereinigten Ordnungsparteien Europas nicht standhalten kann und in jene Bahnen zurückgelenkt wird, die dem Kapitalismus eine parlamentarische Gnadenfrist sichern, so sollten wir uns dadurch nicht entmutigen lassen; auch Salazar und Franco hatten gedacht, ihre Ordnung *gegen* Sozialismus und Kommunismus für die Ewigkeit gebaut zu haben. Was sie aber mit höchstem Einsatz von Blut und Feuer zustande gebracht haben, hat nur gereicht, die Geschichte um einige Jahrzehnte zurückzudrehen. So wird es allen gehen, die meinen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung sei das Ende der Weisheit, eine Ordnung also, die der menschlichen Natur unmittelbar aufgesetzt ist.

Denn schon geht wieder, wie 1848, als Marx und Engels das kommunistische Manifest schrieben, ein Gespenst um in Europa – das Gespenst des Kommunismus und des Sozialismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst und Kohl, die vom Scheintod erwachte Zweite Internationale und die christlichen Parteien, europäische Liberale und der deutsche Verfassungsschutz. Und immer wieder drängeln sich deutsche Politiker an die Spitze, wenn es darum geht, diese unheilige Alliance der Parteien der alten Ordnung, im gestohlenen Kostüm des Fortschritts, zusammenzuhalten. Es vollzieht sich im europäischen Maßstab eine Polarisierung der Kräfte, wie es sie seit den zwanziger und dreißiger Jahren hier nicht gegeben hat, und wie es sie in den sechziger Jahren nur im Kampf der sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gab.

Die Bundesrepublik nimmt in diesem Prozeß der Unterdrückung sozialistischer Alternativen zum Kapitalismus kraft ihrer wirtschaftlichen Potenz und ihres geschichtlichen Erbes eine Sonderstellung ein. Was sich hier gegenwärtig abspielt, trägt Züge einer präventiven, vorbeugenden Konterrevolution, die das ganze Arsenal der in der deutschen Geschichte reichhaltig ausgebildeten Repressionstechniken mobilisiert; sie ist vorbeugend, weil bei einer nüchternen Einschätzung aller Kräfte der Linken keine Rede von einer revolutionären Situation sein kann, die den Sturz der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse auf die Tagesordnung setzt. Die panische Revolutionsfurcht der herrschenden Klasse, durch welche die eigene Gewalt auf die zum innerstaatlichen Feind erklärten Sozialisten projiziert wird, führt zur Übervergeltung und häufig sogar zur Rache an oppositionellem Verhalten, das sich den Regeln des autoritären Parteienkartells nicht fügt.

Sie schaffen Gesetze, die, wie *sie* sagen, die Propaganda und schließlich, wie *wir* wissen, die Analyse von existierender Gewalt der Gesellschaft unter Strafe stellen. Ein bedeutender und ehrenwerter Jurist der sozialdemokratischen Partei - Adolf Arndt - hat 1956, vermutlich unter dem Eindruck der erwarteten Folgen des KPD-Verbotsurteils, gesagt: "Die schlimmste Form der Abschaffung des Rechts ist die, die im gestohlenen Mantel des Rechts auftritt".

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hatten sich viele geschworen, den alten Fehler nicht mehr zu begehen, in den Wind zu schlagen, was die Nazi-Größen *tatsächlich* sagten. Sie hatten den Vorsatz, mit den Ohren zu denken, sich stärker auf ihr politisches Gehör zu verlassen, aufmerksamer zuzuhören, was Politiker sagen und womit sie drohen. Wer nimmt heute aber noch wahr, welches Maß von Brutalität und Gewaltandrohung in den Reden steckt, die Leute wie Dregger und Strauß, Carstens und Kohl ungestraft halten? Wenn es Propagandisten der Gewalt gibt, die unter die Strafbestimmung des § 88a fallen, so sind es doch in erster Linie die, die keine Gelegenheit auslassen, politisch Andersdenkende aus der Gesellschaft herauszudrängen und in der Bevölkerung Vorurteile gegen sie zu mobilisieren.

Die Freiheit, die *sie* meinen, kann nicht die *unsere* sein; wenn sie von Freiheit sprechen, meinen sie im Grunde Privateigentum. Diese totale Aushöhlung und Verkümmerung selbst der bürgerlich-revolutionären Freiheitsvorstellungen erlaubt es ihnen, die Freiheit auf eine von inhaltlicher Demokratisierung, vom Programm der Abschaffung von Herrschaft und Gewalt abgetrennte Parole zu bringen, die sie gegen die vom Grundgesetz vorgesehenen *politischen* Freiheiten richten.

Wer die letzten Parteitage bürgerlicher Parteien verfolgt hat, wird den auf Volksbetrug ausgehenden Missionseifer nicht überhört haben, in den die Freiheitsparole eingebunden ist. Dieser widerwärtige Mißbrauch einst revolutionärer, auf die Befreiung der Menschen von Angst, Unterdrückung und Ausbeutung gerichteter Freiheitsvorstellungen ist Ausdruck des chronischen Leidens einer Klasse, die ihr ganzes Leben aus der Angst vor dem Tode gewinnt. Als der CDU-Parteitag in Hannover plötzlich zu tanzen anfing, weil sich die Delegierten im Kreis der europäischen Reaktionäre heimisch fühlten, schien für sie eine neue Epoche anzubrechen, und jeder hatte das Gefühl, dabei zu sein. Aber der Altersschwäche dieses abgestandenen, mit technokratischer Rationalität modernisierten Konservatismus ist

## Helmut Gollwitzer: **Solidarität mit allen Betroffenen!**

**Machen wir uns immer wieder klar, warum wir heute zu kämpfen haben: im Vordergrund gegen Radikalenerlaß, Gesinnungsüberprüfung und Berufsverbote. Dahinter steht als Größeres: die Erhaltung der Errungenschaft der bürgerlichen Demokratie und ihre Weiterentwicklung auf die sozialistische Gesellschaft hin.**

**Dem Bundesbürger wird heute eingeredet, der Sozialismus sei ein System wie der Kapitalismus, und wir hätten zu wählen zwischen zwei Systemen wie zwischen zwei paar Stiefeln, zwischen der freien Marktwirtschaft und der sozialistischen Zwangswirtschaft. Aber: Der Kapitalismus ist ein System; der Sozialismus ist kein System, sondern ein Weg: der Weg heraus aus den Zwängen und dem Chaos des Kapitalismus, heraus aus der Verwendung der Menschen als Ware, als Produktionsfutter und Kanonenfutter, der Weg zu mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Chancengleichheit, mehr Mitbestimmung, mehr Vernunft. Diejenigen, die heute "Freiheit statt Sozialismus" rufen, wollen damit ihre Sozialistenverfolgung legitimieren und die Freiheit ihrer Privilegien sichern. Darum hart dagegen die Wahrheit: Freiheit nicht nur für wenige, Freiheit und Mitbestimmung für alle durch Sozialismus!**

**Die Sozialistenhatz hat in Deutschland alte Tradition, von Bismarck über Wilhelm II. bis Hitler. Kein Wunder, daß ganz Europa mißtrauisch beobachtet, was für Geister mit der neuen Sozialistenhatz wieder auf den Plan treten. In allen westeuropäischen Ländern werden Tausende von Schülern durch kommunistische Lehrer unterrichtet und nehmen dadurch keinen Schaden an Leib und Seele. Nur in der Bundesrepublik sollen die Kinder Demokratie lernen, dadurch, daß sie Kommunisten wie Aussätzige fürchten. Halten wir fest:**

**1.) Keine Angst! In den Überprüfungen klug, aber immer offensiv gegen die wahren Feinde der Demokratie.**

**2.) Keine Selbstbefriedigung! Wer seine Wut mit Sprengsätzen ausläßt, handelt politisch falsch.**

**3.) Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse von unserer Seite! Statt dessen Solidarität mit allen Betroffenen.**

**4.) Keine Abkapselung! Statt dessen Bündnis mit allen Bürgerlichen, Liberalen und anständigen Konservativen – ich kenne solche! –, die ebenfalls nicht wollen, daß die Demokratie ein Opfer ihrer falschen Beschützer wird. Ich bin leider an der Teilnahme verhindert und wünsche Euch Stärkung, Ermutigung und Belehrung durch den Pfingskongreß.**

★

auch durch Aufbruchsstimmung keine lebendige Perspektive mehr zu verschaffen; alle innere Kraft ist verloren, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, indem man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt. Vielmehr ist es umgekehrt: die Verhältnisse bringen *sie* zum Tanzen, aber die Melodie, nach der sie tanzen, erreicht nur noch das Niveau eines patriotischen Provinzliedes.

Diese Stimmung einer konterrevolutionären Euphorie gründet sich auf die Bewahrung einer vielleicht reformierten, aber in den Grundlagen unangetastet gebliebenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das ist ihr großer gesellschaftlicher Plan: die *Rettung der Vergangenheit als Zukunftsaufgabe*. Diese Euphorie hat Teile der Sozialdemokratischen Partei angesteckt. Wenn Brandt heute erklärt, er hätte sich bei der Abfassung des Radikalenerlasses geirrt, so muß doch die Frage gestellt werden: wie oft kann sich eine Partei bei der bereitwilligen Schleifung aller Instrumente irren, die zunächst gegen "Linksradikale" gedacht sind, mit Sicherheit am Ende aber auch gegen ihre Miturheber gewendet werden? Sozialdemokraten waren daran beteiligt, das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz zu formulieren, das seinem Sinngehalt nach auf eine gegenseitige Bespitzelung der Beamten hinausläuft. Es bedurfte erst des spektakulären Regierungswechsels, um die in diesem Gesetz steckenden Gefahren auch für sozialdemokratische und liberale Beamte zu erkennen. Die sogenannten Gewaltparagraphen sind Resultat der gegenwärtigen Regierungskoalition, und die Notstandsgesetzgebung war Produkt der Großen Koalition. Jene Sozialdemokraten, die meinen, Gesetze gegen die radikale Linke zu schaffen, sollten wissen, daß für Strauß und Dregger bereits Brandt ein gefährlicher Linksradikaler ist, und daß, wie der Faschismus exemplarisch zeigt, für eine konterrevolutionäre Gewalt das Spektrum von Linksradikalen bis zu liberalen Demokraten sich auf eine einzige Feindposition zusammenzieht: auf die Infragestellung eines autoritären Staates, der die Ausbeutungsbedingungen des Kapitals sichert.

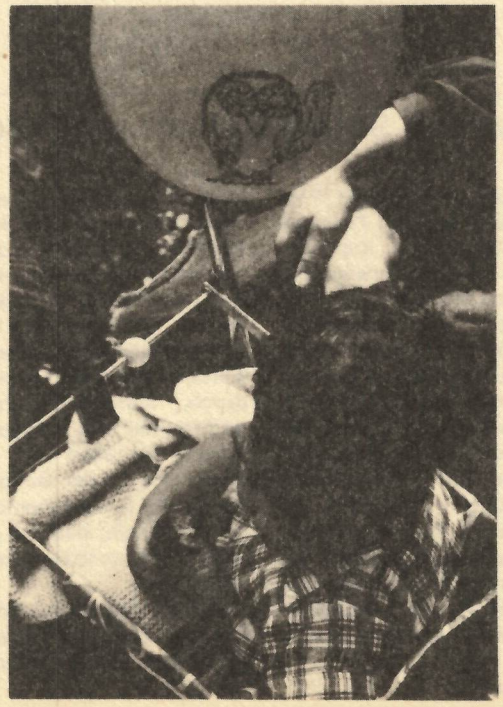
Mehr als in der Vergangenheit ist es für die Linke der Bundesrepublik notwendig, sich als Teilkraft der europäischen sozialistischen Bewegung zu begreifen. Wir dürfen proletarischen Internationalismus nicht länger auf die unverbindliche Ebene einer bloß moralischen Solidarität mit sozialrevolutionären Bewegungen schieben, die andere Kampfbedingungen vorfinden und vielleicht erfolgreicher sind. Weil die Bundesrepublik sich gegenwärtig zu einer europäischen Ordnungsmacht herausbildet, auf die sich die Hoffnungen aller reaktionären Parteien und Kräfte richten, haben die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen der anderen Länder einen Anspruch darauf, daß wir unseren Kampf erfolgreicher führen; das heißt aber in erster Linie: unter den konkreten Bedingungen der westdeutschen Gesellschaft, und uns nicht einfach an die Rockschöße der anderen hängen oder uns mit illusionären Revolutionshoffnungen betrügen. Nötig ist ein *neuer Realismus* der westdeutschen Linken. Sie muß vor allem begreifen, daß ohne vorbehaltlose Kritik der Waffen, die sich auf die Erfahrung der deutschen Geschichte einläßt, kein Schritt wirklicher Bewegung zustande kommt.

Es ist nicht gleichgültig für das Schicksal des Sozialismus in Europa, ob die Bundesrepublik 30 Jahre Restauration (vielleicht mit der kurzen Unterbrechung der zweiten Hälfte der sechziger Jahre) ungehindert fortsetzen und einen autoritären Staat etablieren kann, der zwar alle bürgerlich-demokratischen Institutionen beibehält, in dem es aber eine sozialistische Alternative, ja den Mut zu radikalen Fragestellungen, nicht mehr gibt.

Unbezweifelbar ist, daß die Repression des staatlichen Gewaltapparates in allen Bereichen zugenommen hat. Es besteht die Gefahr einer totalen Verkehrung aller Rechts- und Verfassungsgrundsätze: niemand, der von der Polizei und den Gerichten politischer Aktivitäten verdächtigt wird, kann für sich noch den Rechtsgrundsatz geltend machen: im Zweifel für den Angeklagten. Er muß seine *Unschuld* beweisen, nicht das Gericht, wie bisher, seine Schuld. So geraten Hunderttausende in Verdacht, Staats- und Verfassungsfeinde zu sein und müssen mühsam in ihrer Biographie herumkramen, um sich entlasten zu können. Vor vierzehn Tagen hat sich in Frankfurt die alte preußisch-autoritäre Staatspraxis im Fall von Gerhard Strecker bestätigt, von der der Dichter E.T.A. Hoffmann, ein guter Kenner der preußischen Restauration in der Zeit der Karlsbader Beschlüsse, schon wußte: den Täter haben wir, die Tat werden wir auch noch finden.

Die Sozialisten erfinden nicht die Gewalt, sondern finden sie vor. Zwei Meldungen gingen in den letzten Tagen durch die Presse, die Empörung bei allen auslösen müssen, deren Rechtsbewußtsein nocht nicht verkümmert ist: Freisprüche für SS-Offiziere und Kontroversen über den gezielten Todesschuß. Die SS-Leute wurden, überhaupt erst nach mehr als 30 Jahren angeklagt, mit der Begründung freigesprochen, daß der Verdacht, sie hätten an der Ermordung von über 1 Million Juden teilgenommen, nicht durch *positives* Wissen begründbar sei. Also im Zweifel *für* den Angeklagten. Im anderen Fall geht es um die gesetzliche Verankerung des Todesschusses. Den Bedenken von Ulrich Klug, dem um die Erhaltung liberaler Restbestände bemühten Justizsenator Hamburgs, die Polizisten wenigstens nicht zum Schießen zu verpflichten, hielt der Innensenator Berlins, Neubauer, entgegen, das würde zu einer diskriminierenden Unterscheidung von guten und schlechten Polizisten führen. Die westeuropäischen Länder wissen, warum sie vor Deutschland Angst haben. Sie wissen, daß überall dort, wo sich die gesellschaftlichen Widersprüche nicht in politischen Organisationen ausdrücken können, der Staat Gewaltphantasien ausbrütet.

Dieser Staat arbeitet in gemeingefährlicher Weise mit dem, was die Juristen *dolus eventualis* nennen. Großeinsätze der Polizei, manchmal überfallartig, nehmen schwere Verletzungen, die



auch tödliche Folgen haben können, bewußt in Kauf. Das gilt auch für die Herstellung von Lebensbedingungen, die ihre eigene Gewaltlogik entfalten, indem sie, ohne daß einzelne Verantwortliche noch zu finden wären, langsam aber sicher zur Zerstörung der gesellschaftlichen Fähigkeiten und Verhaltensweisen der Menschen führen, zu einem gesellschaftlichen Tod, der häufig auch den physischen zur Folge hat: in der Isolationshaft von Gefängnissen, in den lebenszerstörenden Ghettos der psychiatrischen Anstalten, in den Schulen, deren repressiver Leistungsdruck selbstzerstörerische oder nach außen gerichtete Angstaggressionen hervortreibt. Es ist diese auf "normales Verhalten" unter völlig anormalen Bedingungen gegründete Inkaufnahme schwerer Verletzungen, die den Selbstmord von Ulrike Meinhof, den Tod von Jürgen Bartsch, die zunehmende Zahl von Schülerselbstmorden hervorgerufen hat und die auch reduzierte Existenzbedingungen einschließt, die das Leben von Karl-Heinz Roth und vieler anderer, von denen nichts in die Öffentlichkeit dringt, bedrohen. Sie alle haben, weil sie Opfer an sich überholter Herrschaftsverhältnisse sind, Anspruch auf unsere menschliche Solidarität, ganz unabhängig von ihren politischen und sonstigen Anschauungen, und sie haben Anspruch auf unseren entschiedenen Protest.

Aber die moralische Empörung reicht nicht aus, eine langfristige Politik der Überwindung des Kapitalismus zu begründen. Wer aus dieser verständlichen Empörung heraus diesen Staat als faschistisch bezeichnet, hat vergessen, was Faschismus ist. Er stellt sich abstrakt *neben* die Gesellschaft, in der er lebt: Faschismus bedeutet Massenvernichtungslager, vollständige Zerstörung aller Arbeiterorganisationen, wodurch der einzelne auf seinen gesellschaftlichen Naturzustand zurückgeworfen wird, der seine Ausbeutungsfähigkeit vergrößert. Faschismus bedeutet, daß eine solche Kundgebung, wie sie hier stattfindet, nicht denkbar ist.

Wer glaubt, den gegenwärtigen westdeutschen Kapitalismus von außen, ohne genaue Kenntnis seiner Widersprüche und seiner vielfältigen Widerstandspotentiale, aufheben zu können, mag die besten Absichten und die ehrenwertesten Idole haben: auf lange Sicht wird er die Reihe der sinnlosen Opfer an Mut und Überzeugungskraft vermehren. Die Realität bewegt sich kein Stück weiter. Es reicht nicht aus, wie Marx sagt, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, es muß sich auch die Wirklichkeit zum Gedanken drängen.

Diese Wirklichkeit in Westdeutschland besteht aber unter anderem darin, daß ein Kampf gegen die Aushöhlung der demokratischen Rechte an allen Fronten geführt werden muß. Je besser es dem Kapitalismus gelingt, die *politischen Rechte* der Menschen, Koalitionsfreiheit, Versammlungs- und Meinungsfreiheit einzuschränken, desto größer ist der Spielraum, über den er in der Bewältigung seiner Krisen und Widersprüche verfügt, ohne daß seine Grundlagen angetastet werden müßten. Wer auf die Verteidigung der politischen Grundrechte glaubt verzichten zu können, arbeitet der zusätzlichen ökonomischen Ausbeutung und politischen Repression in die Arme. Da es in Deutschland keine erfolgreiche bürgerliche Revolution gegeben hat, fehlt hier auch das Bürgertum, das die Verteidigung der liberalen politischen Freiheitsrechte als *seine* Sache betrachtet. Die Verteidigung dieser Rechte ist für uns keine bloß taktische, sondern eine prinzipielle Frage. Sie war und ist für die Arbeiterbewegung eine wesentliche Voraussetzung für die Ausbildung von Formen sozialistischer Demokratie, vor allem auch in den eigenen Reihen der Organisation. Keine wirkliche politi-

FORTSETZUNG SEITE 13

Heinz Brandt

# Die BRD ist kein neutraler Boden

Liebe radikale Schwestern und Brüder! Die Ereignisse zwingen mich, trotz der uns auf den Nägeln brennenden Nöte – der Arbeitslosigkeit, der Schulangst, der Ausbildungssperre, der Bodenspekulation, der Preistreiberei – mit dem faschistischen Ausland zu beginnen, mit Spanien und Südafrika. Wir wissen jetzt, welcher Art von Freiheit die Polizeimaschine des Berufsverbots dient. USA-Präsident Ford und sein Außenminister Kissinger haben soeben das gewerkschaftsfeindliche, antidemokratische Spanien als Land der Freiheit gepriesen und wollen das Nach-Franco-Regime mit unserer Hilfe in die Nato aufnehmen. Freiheitsfreund Kissinger sieht die Berufsverbot-Bundesrepublik bereits als sicheren, als "neutralen" Boden an, um hier mit dem Henker des südafrikanischen Volkes, dem Oberrassisten Vorster, zu mauscheln. (Anmerkung der Redaktion: Einige Tage nach Pfingsten 1976 sollten sich US-Außenminister Kissinger und der Premierminister Südafrikas Vorster in der BRD zu einem Gespräch treffen.) England, Italien und Frankreich haben auf die Ehre verzichtet. Wir haben es weit gebracht. Darum danken wir allen europäischen Vorkämpfern für die Menschenrechte, die Freiheitsrechte, die Bürgerrechte, die sich in Skandinavien und Holland, in Frankreich, England und Italien mit uns solidarisch gegen das Berufsverbot erklärt haben.

Vor allem aber danken wir dem Genossen Mitterrand, der uns durch sein Komitee unterstützt, in Sorge um die europäische Freiheit. Er erkennt die große Gefahr, die ganz Europa aus der reaktionär entartenden Bundesrepublik droht: Wir sind drauf und dran, zum Bollwerk der europäischen Reaktion, zum konterrevolutionären Gendarm zu werden, zum Feldwebel, der Europa

---

FORTSETZUNG VON SEITE 12

sche Organisation der Arbeiterklasse hat je freiwillig darauf verzichtet, die bestehende bürgerliche Öffentlichkeit zur Darstellung ihrer Ziele und zur Diskussion ihrer Erfahrungen zu benutzen.

Diesen Kampf gegen den Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte führen nicht nur Sozialisten; es ist notwendig, eine gemeinsame Front herzustellen, die das ganze Spektrum demokratischer Kräfte abdeckt: von den Liberalen bis zur radikalen Linken.

Das ist aber nur das eine Element des Kampfes für eine sozialistische Demokratie. Dieser Kampf muß weitergeführt werden bis zu den Punkten, wo ihn der Kapitalismus selber als bedrohlich empfindet. Diese Gesellschaft kann alles neutralisieren, was sich auf das Spiel ihrer eigenen Abstraktionen einläßt. Sie hat dazu ihre speziellen Zuständigkeiten ausgebildet: Polizei und Gerichte für Attentäter und Demonstranten, der Verfassungsschutz und seine Spitzel für die Überwachung der Parteien. Läßt sich der Kampf auf diese Zuständigkeitsbereiche isolieren, dann wird an den bestehenden Verhältnissen absolut nichts geändert. Sozialistische Politik muß in den konkreten Produktionsprozeß der Menschen eingreifen, in ihren Lebenszusammenhang, der aus mehr besteht als aus Arbeit und Freizeit. Das hat nichts mit Reformismus zu tun. Im Gegenteil: ein sozialistischer Lehrer, der sich mit anderen Kollegen zusammentut und das Vertrauen von Schülern und Eltern durch eine gute pädagogische Arbeit gewinnt, ist für das System potentiell gefährlicher als die Tätigkeit von Bombenlegern; aber auch schwieriger. So werden die linksradikalen Gruppen nicht verboten: ihre abstrakte Radikalität sorgt von alleine für die politische Neutralisierung ihrer Aktivitäten. Erst dort, wo ihre einzelnen Mitglieder die Mauer zur Realität überschreiten, in ihrem Beruf, stoßen sie auf den entschlossenen Widerstand.

Indem das Sozialistische Büro diese berufsbezogene Basisarbeit in der zweiten Restaurationsphase der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft ins Zentrum rückt, hebt es gleichzeitig die zentrale Bedeutung einer durch Disziplin und Verantwortungsbewußtsein des einzelnen getragenen Organisationsarbeit hervor. Wir wissen, daß sich die über die ganze Gesellschaft verteilten spontanen Aktivitäten nicht von alleine zu einer langfristigen sozialistischen Politik zusammenfügen. Gleichwohl ist und bleibt der konkrete Erfahrungszusammenhang in den einzelnen Tätigkeitsfeldern, in den Betrieben, Schulen, Krankenhäusern, in den Büros und Universitäten die Grundlage eines politischen Organisierungsprozesses, der die Widersprüche des kapitalistischen Systems dort aufgreift und den von ökonomischer Ausbeutung und politischer Repression Betroffenen an Ort und Stelle verdeutlicht, wo sie ihr Leben unmittelbar berühren und wo der einzelne eine konkrete Veränderung erwartet. Daß Selbstbestimmung und die Utopie von einem besseren Leben, die die Phantasie aller Unterdrückten, Beleidigten und Entwürdigten tagtäglich beschäftigt, erst durch die Überwindung des menschlich ruinösen kapitalistischen Systems verwirklicht werden können, ist auch uns klar. Eine Vertagung auf den großen Bastillesturm ist allerdings nicht möglich. Das Einklagen der Rechte auf ein besseres Leben muß heute schon geschehen, oder es gibt auch in Zukunft keine Veränderung.

Aber revolutionäre Geduld ist keine Phrase, und die Überwindung des Kapitalismus wird nicht zustande kommen, wenn sie nicht von Bevölkerungsmehrheiten getragen wird, wenn die herrschenden Klassen und Schichten in der alten Weise nicht mehr regieren können und die unterdrückten Klassen in der alten Weise nicht mehr leben wollen. Die Zeit der Überrumpelungen der Massen durch entschlossene Minderheiten ist, wie Engels schon am Ende des letzten Jahrhunderts sah, endgültig vorbei.

Wir sind in der Bundesrepublik weit davon entfernt, auch nur französische und italienische Verhältnisse zu haben: vielleicht dauert es ein Jahrzehnt, bis wir eine ähnliche breitenwirksame sozialistische Bewegung haben, die aber auch in diesen Ländern nur durch beharrliche Kleinarbeit, durch Vermeidung aller sektiererischen Arroganz und durch ein kluges, Kompromisse durchaus nicht ausschließendes Verhalten zustande gekommen ist.

Unter diesen Bedingungen ist die seriöse Aufklärungs- und Widerstandsarbeit von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, der spontane Protest von Druckern und Setzern, die Weigerung, verleumderische Bild-Zeitungen zu drucken, ist der Ausstand der Arbeiter von Erwitte, die Erzwingung von Gerichtsurteilen, die Berufsverbote rückgängig machen – ist all dieser alltägliche Widerstand (diese Einheit von Widerstand und Leben) ein wirklicher Schritt zur Bildung von Klassenbewußtsein und zur Herausbildung einer autonomen sozialistischen Bewegung.

In dieser Restauration darf kein Millimeter an Boden aufgegeben werden, der unsere kollektive Handlungsfähigkeit aufrechterhält und die individuellen Ängste durch eine entschlossene Solidarität im Kampf für eine menschlichere Gesellschaft überwindet. Die große Lüge der Gegenwart heißt: Freiheit oder Sozialismus. Es ist eine Lüge, weil wir aus geschichtlicher Erfahrung wissen, daß der Kapitalismus langfristig mit Demokratie und Freiheit nicht vereinbar ist.

Was nach diesem Kongreß an Arbeit auf uns zukommt, ist wichtiger als das, was wir hier an drei Tagen machen können. Aber laßt uns diesen Kongreß auch als ein *politisches* Fest nehmen, denn niemand kämpft für den Sozialismus, um dem Kapitalismus seine Lebensunfähigkeit zu beweisen, sondern um besser leben zu können. Und wir sind im Vorteil: wir kennen die Melodie, die die Verhältnisse zum Tanzen bringt; wir müssen sie ihnen nur in angemessener Weise vorspielen. Ausgehen sollten wir aber von der Überzeugung Rosa Luxemburgs: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Kein Sozialismus ohne Demokratie. ★

in eine Kaserne von Arbeitssklaven der Multikonzerne verwandelt. Wir wissen nur zu gut, wohin die Südafrika-Atom-Travellers, die Generäle Rall alias Ball, die Strauß-Dregger-Filbinger, all diese Aliasse des Profits, der Multis, des großen Geldes, marschieren wollen. Wir wissen, wie sehr die gesamte deutsche Linke bedroht ist, wenn wieder einmal – wie in der Weimarer Republik – sozialdemokratische und Gewerkschaftsführer den Fußtritt der Reaktion erhalten, weil sie sich durch Wohlverhalten zu retten glauben, statt durch den radikalen demokratischen Massenwiderstand. Damals hat das Republik-Schutzgesetz der alten Reaktion, den Alt-Faschisten, den Weg bereitet. Nun ebnen das Berufsverbot und die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaftsführung der neuen Reaktion, den Neu-Faschisten, den Weg. Haben wir es denn wieder einmal vergessen? Der Feind steht rechts!

Liebe Radikale! Das ist eine radikale Pfingstbotschaft, die ich hier an Euch richte. Es ist ein Appell zum massenhaften zivilen Ungehorsam und Widerstand, zur Rotarbeit von unten, von der Basis her, in Betrieb, Uni, Schule, Wohngebiet. Überall dort, wo das unmenschliche Profit- und Hierarchie-System sich unserem Lebensinteresse entgegenstellt, der Jugend den Weg ins Leben verstellt, unsere In- und Umwelt vergiftet. Widerstand, das kann nur eine Politik in der ersten Person sein, auf solidarischer Gruppenbasis, von keinem selbsternannten Zentralkomitee dirigiert. Die Systemveränderung kann nur das Werk der System-Betroffenen selbst sein. Das bedeutet also, Revolutionär im Betrieb zu sein, statt Berufsrevolutionär, das heißt den Weg der Massenlinie gehen, der täglichen, alltäglichen, unscheinbaren Veränderungsarbeit mit unseren geschundenen Mitmenschen. Gewiß wird unsere Jugend durch die ständige Einengung ihres Freiheits-, ihres Lebensraumes, durch perfektes polizeiliches Ausspähen auf den verführerischen Weg der Gewalt gedrängt – und gerät damit doch nur in den Teufelskreis der Reaktion: Denn das Werfen von Molotow-Cocktails treibt der Polizeimaschine, der Konterrevolution, den Neofaschisten, die Hasen in die Küche.

Als alter Antifaschist, der unter den Nazis den Judenstern trug und das diffamierende J (Jude) im deutschen Paß, möchte ich diese meine Pfingstworte zunächst dem Faschisten Vorster widmen, der den südafrikanischen Paß der weißen Herrenkasten, den Kolonialherren, vorbehält.

Wir wollen diesen Herrn Vorster von hier aus zur Unerwünschten Person, zur persona non grata erklären. Wir wollen unserem siegreichen Vietnam-Fünfer-Takt einen neuen Text unterlegen: Raus, raus Vorster raus - gleich - gleich - alle gleich! Denn wir stehen auf dem urchristlichen, auf dem ursozialistischen Standpunkt von der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt. Es gibt keinen neutralen Boden zwischen der Folter und den Menschenrechten, dem Rassismus und dem Humanismus, dem Faschismus und der aktiven demokratischen Gesellschaft.

Eben hatten wir den 2. Juni. Der stille Tod des radikalen Christen Benno Ohnesorg war eine lauthallende Anklage gegen das persische Schah-Regime und das deutsche Polizeiregime. Im Namen des hingemordeten Benno Ohnesorg kämpfen wir nun gegen den Vorster-Besuch so wie er gegen den Schah-Besuch demonstrierte. Die Bundesrepublik soll faschistischen Menschenfeinden kein neutraler, sondern ein heißer Boden sein – nur dann ist sie freiheitlich, demokratisch. Willy Brandt und Helmut Schmidt haben sich jetzt in Worten gegen den Radikalen-Erlaß ausgesprochen. Sehr schön. Aber schöne Worte allein machen es nicht. Jetzt wollen wir Taten sehen: Schluß, endgültig Schluß mit der Hexenjagd, der Ausspäherei, der Gesinnungsschnüffelei. Hinweg mit dem Berufsverbot. Die deutschen Lokomotivführer sollen den deutschen Zug in die Freiheit, d.h. in freiheitlichen Sozialismus fahren... Darum laden wir auch zum 23./24. Juni, der Zeit der Vorster-Provokation, zwei Berufsverbotene aus der DDR zu uns zu Besuch ein – in voller Solidarität: Wolf Biermann und Robert Havemann. Sie sollen uns ein Lied singen, einen Text zu Vorster machen, als Solidaritätsadresse an das kämpfende, das schwarze, das südafrikanische Volk, das unser Bruder ist. Wir hoffen auf alle wahrhaften Christen, Sozialisten, Demokraten, aktiven Gewerkschafter der Bundesrepublik. Mehr als je gilt das Wort von Wolf Biermann: Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um!

Wir wollen radikal sein, also die Sache an der Wurzel fassen, und die Wurzel für den Menschen ist der Mensch selbst. Das hat ein guter Deutscher behauptet, kein häßlicher. Karl Marx mußte diese seine Lehre aus London verkünden, denn in Deutschland fiel er unter den Radikalen-Erlaß. Heute steht es nicht anders. Verkünder seiner Lehre haben in West und Ost Einreiseverbot. Siehe den Fall Ernest Mandel. Ja, bei uns hat Karl Marx Berufsverbot. Bei uns gefährdet er die Profitfreiheit, und im Osten wurde er eingemauert, zum Denkmal versteinert. Er gefährdet die Privilegien-Hierarchie, die sich schändlicherweise als Sozialsimus bezeichnet.

Wir deutschen Radikalen könnten einen Hauch österlicher Auferstehung gebrauchen. Neuerdings hat die neue Linke tatsächlich einen allzu matten Geist. Wir sollten uns daher auch ein wenig vom pfingstlichen Heiligen Geist ermutigen, beleben lassen. Warum denn so ängstlich, warum so zaghaft, ihr radikalen Kombattanten in Christo und Marx? Heraus aus den Katakomben ans Tageslicht. Fürchtet Euch nicht! Tatsächlich ist die Bundesrepublik noch lange nicht verloren, solange wir noch leben nämlich. Wir sind stark in dem Maße, wie Angst in Widerstand umschlägt. Laßt Euch von einem narbenreichen Rentner sagen, der immerhin keine seiner Wunden auf dem Rücken trägt: Ihr gehört einer Generation an, deren Kreuz nicht gebrochen ist.

Das hat der Klassenfeind, die kriminelle Vereinigung des abenteuerlichen deutschen Monopolkapitals, offenbar besser begriffen als Ihr selbst. Sie wollen uns einschüchtern, damit wir unsere Kraft nicht ins Spiel bringen. Wollen wir also flüchten oder standhalten? Sie wollen uns von unseren europäischen freiheitlichen Bundesgenossen isolieren, und sie wollen uns gegen unsere ausländischen Arbeitskollegen im Betrieb ausspielen. Deshalb ihre Ausländerhetze, deshalb ihr Berufsverbot. Die Hexenjagd. Das Geschäft mit der Angst: der Angst vor Entlassung, Aussperrung, Maßregelung, der lebenszerstörenden Schulnote. Die Angstmacher sind unter uns. Sie sperren aus, sie sperren ein, solange wir ihnen nicht die Rechnung zeigen. Deshalb auch die schwarzbraune Angstparole "Freiheit oder Sozialismus", mit der sie die gesamte Linke, alles was sich bewegt, erneut zu Untermenschen erklären. Wir alle insgesamt werden zu antichristlichen, linksextremistischen Teufel-Sozialisten dämonisiert. Angesichts dieses deutschen Kesseltreibens erscheinen wir wieder einmal Europa und der Welt als der häßliche Deutsche. Dazu sagen wir: Häßlich allein ist der alte und neue Faschismus. Und das nicht nur in Deutschland, sondern überall. Mit Recht fragte Dimitroff im Leipziger Reichtagsbrand-Prozeß: Wo denn ist der Faschismus nicht barbarisch und wild?

Wir brauchen heute nur auf die beliebtesten Anlageländer des deutschen Großkapitals hinzuweisen, auf die Folterländer Chile, Brasilien, Argentinien und Südafrika. Weil wir für die menschlichen Grundrechte sind, für die Menschenrechte, für das Naturrecht auf menschliche Existenz, sind wir gegen die Multis, die den Profit zum Grundgesetz erheben. Natürlich müssen wir ein System verändern, das der Massenvernichtung, dem Rüstungswahnsinn dient und unseren Planeten unbewohnbar macht, unsere Städte in Slums verwandelt. Weil wir freiheitlich sind, sind wir Sozialisten. Weil wir sozialistisch sind, kämpfen wir für die Freiheit. Freiheit von Existenzangst, Freiheit von Schulterror, Freiheit von Berufsverbot und Ausbeutung, Freiheit am Arbeitsplatz. Es gibt keine Freiheit ohne Sozialismus, ohne existenzielle Gleichheit des einzelnen innerhalb des Gesellschaft. Und es gibt keinen Sozialismus ohne allseitige persönliche Freiheit, denn die Freiheit des einzelnen ist die Voraussetzung für eine freie, eine sozialistische Gesellschaft. Wir wollen alles: Freiheit und Sozialismus.

Das häßliche deutsche Kapital hat uns Deutsche in zwei Inflationen ruiniert, in zwei abenteuerlich angezettelten Raubkriegen als Kanonenfutter verheizt. Es hat Europa ausgeplündert, gebrandschatzt, Millionen Europäer massakriert. Das alles nannte es Neuordnung Europas. Jetzt will das deutsche Kapital wieder einmal Europas heiligste Güter retten, den Profit, und den Kalten Krieg abenteuerlich anheizen. Wieder einmal soll die Welt am deutschen Profitunwesen genesen. Wir warnen die Deutschen, wir warnen die Europäer, wir warnen alle Welt vor der häßlichen, menschenfeindlichen deutschen Reaktion, die das unmenschliche Regime des Berufsverbots bei uns betonieren will, um es dann auf Europa auszudehnen. Wir warnen vor den europäischen Kollaborateuren des deutschen Finanzkapitals. Der häßliche Deutsche, das ist der deutsche Große Bruder, der in Großdeutsch-Europa herrschen will. Das wäre ein einziges Auschwitz, dessen Perfekt-Maschinerie seine Insassen zwar nicht vergasen, aber für das deutsche Herrenmenschen-Kapital unterjochen und verheizen würde.

Die deutsche Linke gehört zum europäischen Widerstand gegen den häßlichen deutschen Großen Bruder. Wir wollen kein Berufsverbots-Europa, wir kämpfen für ein freiheitliches, sozialistisches Europa.

★

## Erich Fried:
## Der eiserne Gustav und Mario der Zauberer

*Zur Erinnerung an die solidarische Unterstutzung der Friedrich-Ebert-Stiftung für Mario Soares*

*und zu Ehren des dadurch ermöglichten Erfolges dieses berühmten Genossen in Portugal*

*schlagen wir vor die Friedrich-Ebert-Stiftung nach einem anderen großen deutschen Sozialdemokraten*

*dessen Vermächtnis besonders Genosse Soares hochhält umzubenennen in Gustav-Noske-Stiftung*

Kollektivbeitrag

# Frauen gemeinsam sind stark!

Dieser Beitrag ist von Frauen im SB und von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung in Frankfurt. Wir nehmen an diesem Kongreß teil, weil wir meinen, daß die Erfahrung der Repression für Frauen eine qualitativ andere Bedeutung hat als für Männer. Wir erfahren die Repression nicht nur so, wie sie Männer trifft und wie sie auch Gegenstand dieses Kongresses sein soll. Alltägliche Repression gegen Frauen bedeutet die Zerstückelung in die Frau als Ehefrau, als Hausfrau, als Mutter, als Frau im Beruf. Wenn wir uns dem kapitalistisch-patriarchalischen Normensystem nicht unterwerfen, werden wir in der folgenden Weise diskriminiert:
Wenn Frauen nicht heiraten wollen, werden sie als Nutten bezeichnet;
Wenn Frauen mit einem Typ nicht schlafen wollen, werden sie frigide genannt;
Wenn Frauen mit Frauen zusammen leben wollen, werden sie als sexuell verkorkst bezeichnet;
Wenn Frauen keine Kinder bekommen wollen, werden sie zu Mörderinnen gestempelt;
Wenn Frauen einen Stundenlohn von DM 3,50 nicht akzeptieren, werden sie als arbeitsscheu beschimpft;
Wenn Frauen qualifizierte Berufe erlernen und ausüben wollen, müssen sie besser sein als jeder Mann.
Wir sollen nicht mehr sein als Gebärmaschinen, treusorgende Mütter, duldende Gefährtinnen. Wir sollen nie an uns selbst denken, immer funktionieren, immer bereit sein (mit Hilfe der Verhütungsmittelindustrie) gefickt zu werden. Frauen, die ihre Situation individuell nicht mehr ertragen, sich entziehen, nicht mehr mitmachen können, werden in psychiatrische Kliniken gesteckt. werden alkohol- oder tablettenabhängig oder begehen Selbstmord. Wir lassen uns aber nicht physisch und psychisch vernichten! Für uns in der Frauenbewegung in Frankfurt bedeutet politische Identität den Versuch, uns aus traditionellen Rollen, aus der Vereinzelung, Isolation und Privatheit zu befreien und kollektiv alternative Lebensformen und Arbeitszusammenhänge zu schaffen. Diese existieren bereits in Wohngemeinschaften, Frauenzentren, Frauencafes, Frauenbuchläden, Frauendruckereien, Frauenwerkstätten, Selbsthilfegruppen etc. Wir versuchen, kollektive Widerstandsformen zu entwickeln gegen die organisierte Staatsgewalt und die unorganisierte männliche Gewalt insgesamt. Wir akzeptieren die uns aufgezwungene Trennung von politischem und privatem Bereich nicht mehr. Weil dies so ist, trifft uns die staatliche Repression umso wütender, weil wir die Grundlagen sowohl des Kapitalismus als auch des Patriarchats angreifen. Die angstvolle Reaktion des Staates darauf ist, die neue Frauenbewegung zu kriminalisieren: dem Frankfurter Frauenzentrum wurde beispielsweise wegen der Organisierung von Abtreibungen der Vorwurf der kriminellen Vereinigung gemacht. Andererseits wird verstärkt versucht, Frauen für die Herrschenden zu funktionalisieren. In der Frankfurter Rundschau vom 3.6.76 wird der namhafte Kriminologe Middendorf zitiert, der über Terrorismus zu sagen weiß: "Die Frau ist in revolutionären Zeiten eine außerordentliche Bedrohung, sie übertrifft Männer im allgemeinen an Entschlossenheit". Middendorf fordert deshalb mehr Frauen für die Polizei, denn nicht nur in der Terroristenszene würde die emanzipierte weibliche Kriminalität zunehmen. Mit dem

Slogan: "Wir brauchen Klugheit und Menschlichkeit der Frauen für die Politik", wirbt die CDU zur Zeit für weibliche Parteimitglieder. Wenn Frauen dem Männerstaat gefährlich werden, versucht man, sie mit der Illusion der Partizipation zu kaufen.
Auf der anderen Seite aber gibt es noch den Zusammenhang zwischen der Verbreitung von sexual-sadistischen Filmen, deren Inhalte oft aus dem 3. Reich stammen, (z.B. "Nachtportier"), den zunehmenden Vergewaltigungen und der Gewalt, die Ehefrauen und Frauen überhaupt in der Beziehung mit Männern widerfährt; den Zusammenhang zwischen der sich zunehmend brutaler äußernden Frauenfeindlichkeit und der verschärften Repression des Staates in der wirtschaftlichen und politischen Krise. Je stärker die staatliche Repression sich entwickelt, desto sexistischer und frauenfeindlicher gebären sich die Männer, die seine Normen verkörpern. Das verstärkte sexistische Verhalten von Männern ist eine offene Gegenreaktion auf die zunehmende Stärke der Frauenbewegung, die nicht nur den Staat, sondern auch die männliche Potenz gefährdet.
Frauen, die sich politisch in unterschiedlichen Formen engagieren, die von pazifistischen bis zu militanten Aktionen reichen, werden insgesamt als frustriert, gescheitert, hysterisch, krank, verrückt oder von Männern abhängig und verführt diskriminiert. Dazu kommt offene sexistische Gewalt, die Frauen z.B. in den letzten Wochen in Frankfurt bei Hausdurchsuchungen zu spüren bekamen. Frauen mußten vor den Augen der Polizei nackt herumlaufen und bekamen den Satz zu hören: "Ihr seid doch sonst nicht so prüde." In einer Wohnung wurde einer Frau die Möse nach Waffen durchleuchtet. Dies ist eine Erniedrigung vor allem als Frau und nicht nur als Linke. Bei Demonstrationen machen wir die Erfahrung, daß die Polizisten mit Vorliebe Frauen in den Unterleib und auf die Brust schlagen oder treten. Wir lassen uns aber weder psychisch noch physisch vernichten! Das Anwachsen der Frauenbewegung und unser kollektiver Widerstand haben uns gezeigt, daß wir stark sind!
In der § 218-Kampagne wehrten sich Frauen in allen Ländern militant gegen den gesellschaftlichen Gebärzwang. Gegen die Verherrlichung der sexual-sadistischen Gewalt gegen Frauen wie in der "Geschichte der O" haben wir uns in Frankfurt und in anderen Städten Europas gewehrt, durch Aktionen in den Kinos mit Stinkbomben, Sitze aufschlitzen und dem Werfen von Schweineschwänzen. In Rom haben Frauen die Kopie des Films geklaut, in Pierburg haben Arbeiterinnen die Fabrik besetzt, in Wyhl haben Bäuerinnen die badische Fraueninitiative gegen Kernkraftwerke gegründet. Dies sind nur einige Beispiele von vielen Frauenaktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
Unsere politische Konsequenz bedeutet weder individuelle noch kollektive Selbstzerstörung. Wir werden weder im Elend des Alltags versacken, noch uns in die Kriminalität abdrängen lassen. Wir wollen nicht nur überleben, sondern leben. Die Geschichte der alten und neuen Frauenbewegung ist die Manifestation des Widerstandes gegen die Repression eines ganzen Geschlechts. Die männliche Linke beginnt jetzt, wo es auch sie betrifft, Berufsverbote zu thematisieren. Für uns Frauen gab es in dieser Gesellschaft schon immer Verbote für bestimmte Berufe. Früher war Heilkunde die Domäne der Frau. Mit der Entwicklung der Naturwissenschaften wurden Frauen zu Handlangerinnen der Medizin degradiert. 90% des medizinischen Pflegepersonals sind Frauen, nur 20% sind Ärztinnen. Für Frauen ist die Ausbildung als Frauenärztin fast unmöglich. Hier in Frankfurt wird z.B. im Nordweststadt-Krankenhaus keine Frau zur Gynäkologen-Facharztausbildung zugelassen. Auch das ist Berufsverbot.
Frauen werden in Zeiten wirtschaftlicher Krise zuerst entlassen, da ihre erste Bestimmung in der gegenwärtigen Gesellschaft Hausfrau und Mutter ist. In Zeiten wirtschaftlicher Konjunktur sind Frauen jederzeit abrufbar, um "dazu zu verdienen". Wird diese "Reservearmee" nicht mehr gebraucht, können sie wieder in den Haushalt zurückgeschickt werden. Frauen erhalten niedrigere Löhne als Männer, arbeiten vorwiegend im tertiären Bereich, in Großraumbüros oder in den Fabriken in Bereichen, die in ihrer Stumpfsinnigkeit und Monotonie nicht mehr zu überbieten sind. Frauen werden auf Ehe und Familie hin, und das heißt zur Identitätslosigkeit und Persönlichkeitsverkrüppelung erzogen. Sie erhalten häufig keine oder nur eine kurze berufliche Ausbildung und sind in der Regel dann gezwungen, die "einfachen" Tätigkeiten auszuüben, genau jene, die in der wirtschaftlichen Krise und bei technischen Innovationen als erste den Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Gewalt gegen Frauen findet überall ihren Ausdruck, nicht nur in Schlägen, Vergewaltigungen und staatlicher Repression, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen, die bestimmt sind durch männliche Normensysteme.
Unser Alltag zeigt uns, daß wir die Trennung von Subjektivität und Politik nicht mitmachen können. Politisch handeln heißt für uns, diese Trennung aufzuheben.

Rudi Dutschke

# Die Internationalisierung der „Stammheime"

Unklare Phantasie, fast Phantasterei, viel Träumerei und wenig konkret-utopischer Real-Traum sind in so manchen Beiträgen zu hören gewesen. Darum scheint es mir notwendig zu sein, von dem den Rahmen der objektiven Möglichkeit phrasenhaft überschreitenden Schwung in den realen Dreck der gesellschaftlichen Tendenzen zurückzukehren. Um überhaupt ermessen zu können, was die konkrete Negation der Verhältnisse bedeutet.

Die Internationalisierung der Stammheime, der Repression, des Versuchs der Brechung von Widerstand in so vielen Ländern mit verschiedenen gesellschaftlichen Namen ist so deutlich wie die Schwäche der internationalen Solidarität. Ganz zu schweigen von dem extrem unterentwickelten Klassenkampf auf deutschem Boden. Stellen wir uns die Frage: ist nach den Verträgen von Helsinki, den Erklärungen der herrschenden Regierungen in den einzelnen Ländern eine Zunahme der realen und nicht formalen Beachtung der Menschenrechte spürbar geworden? Ist die Entspannung gewachsen oder kann eher von einer tendenziellen Zunahme der Spannung die Rede sein? Amnesty international hat gewissermaßen schon eine Antwort auf diese Fragen gegeben. Eine Zunahme und nicht Abnahme der vollen Anerkennung der Menschenrechte wird konstatiert. "Erst kommt das Fressen und dann die Moral", diese Brechtsche Unterscheidung ist so nicht mehr zu halten, besonders nicht in Ländern, in welchen eine herrschaftlich konstituierte "Armut des Geistes" die traditionelle Armut schon längst überwunden hat bzw. durch traditionelle Armut (Arbeitslosigkeit usw.) ergänzt wird. Zwar haben sich Marx und Engels voller Spott und Hohn über die bürgerliche Moral ausgelassen, aber die proletarische Moral des Menschenrechts, welches durch Klassenkampf und Solidarität zu erkämpfen sei, nie aus dem Auge verloren: "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht". Weder die erste, noch die zweite und dritte Internationale sind in dieser Hinsicht wirklich erfolgreich gewesen, das Problem und die Aufgabe bleibt bestehen.

Mich interessiert somit am meisten die reale Situation, die Daseinslage der Menschen in den Gefängnissen. Nirgendwo anders läßt sich der Grad der gesellschaftlichen Entwicklung eindeutiger fassen.

Die Geschichte der Gefängnisse in Chile ist exemplarisch, man braucht nur zu vergleichen die Gefängnisse in der Volksfront unter Allende mit denen nach dem Putsch der Pinochet-Clique im Bündnis mit dem US-Imperialismus. Welten stehen sich da gegenüber. Und dennoch ist die "internationale Öffentlichkeit" in der West-Zone schon längst wieder 'beruhigt'. Wir brauchen nur nach Santiago zu schauen und uns das obszöne Theater einer Konferenz anzuschauen, auf welcher ein Pinochet sich aufspielen darf als der eigentliche Vertreter der demokratischen Rechte in diesem Lande. Nachdem Zigtausende von Menschen liquidiert worden sind, Zigtausende die Heimat verlassen mußten, kann er sich als Vertreter einer "neuen Demokratie" aufspielen und sagen: "Menschenrechte und Pressefreiheit -ja; aber keinen Libertinismus". "Mein Kampf" von Hitler als "Lernmaterial" in den Schulen und Ausweisung des deutschen Bischofs Frenz, die Lage ist eindeutig. In den Gefängnissen wird weiter gestöhnt, fließt weiter Blut, werden Menschen gefoltert, wird alles getan, um revolutionäre, zivile oder andere Formen von Widerstand zu zerschlagen. Und da gibt es kein hin und her, ob eine VR-China mit Pinochet Bündnispolitik betreibt, ob die DDR von der chilenischen Junta Kupfer kauft, ob in der Bundeswehr ein chilenischer Pinochet-Anhänger seine Demagogie verbreiten darf; in all diesen Fällen wird die internationale Solidarität mit den Füßen getreten und nationalen Interessen untergeordnet. Die Bundeswehr erhebt keinen sozialistischen Anspruch, bei den anderen ist das aber der Fall. Von welchem Standpunkt auch immer, sozialistische Öffentlichkeit und Wahrheitsfindung sind untrennbare Bestandteile, so wie Sozialismus ohne direkte Demokratie zu einer Farce werden muß. Die Verwirrung und Vernebelung, die real die Welt durchdringt, erreicht einen Höhepunkt, wenn ein Vertreter des US-Imperialismus –Rockefeller– hier im Lande von der "amerikanischen Demokratie" und vom "sowjetischen Imperialismus" redet. Umgekehrt der selbsternannte Marschall Breschnew von der "sozialistischen Demokratie in der Sowjet-Union" spricht, mit der anderen Supermacht primär zusammenarbeitet und sekundär diese kritisiert. In diesem systematischen Durcheinander sich als Sozialist und Kommunist revolutionärdemokratischen Typus zurechtzufinden und einen der konkreten Wahrheit angemessenen Klassenstandpunkt zu beziehen, ist in der Tat nicht leicht. Von dieser schwierigen und für die Befreiung unerläßlichen Aufgabenstellung Abstand zu nehmen, würde bedeuten, sich mit Moskauer oder Pekingschen Verkürzungsanalysen, mit Legitimationskategorien zufriedenzugeben. Der linken Sektiererei mit Religionsstruktur wären damit Tür und Tor geöffnet. Als dialektische Materialisten, als kritische Materialisten, haben wir die Aufgabe, den jeweils spezifischen Realgehalt der gesellschaftlichen Situation des Menschen herauszuarbeiten. Dabei in der Oberfläche stecken-

zubleiben, ist uns nur zu bekannt. Auch meine Aussage über Chile ist durchaus nicht über einzelne Punkte hinausgekommen. Aber hier mangelt es nicht an sorgfältigen Analysen, die in deutscher Sprache zugänglich sind. Etwas detaillierter will ich es nun an einem anderen exemplarischen Beispiel versuchen, es geht um Gefängnisse in Ländern des "Warschauer Paktes". Eine gesellschaftliche Formation, über die so manche von uns doch lieber schweigen oder als "sozialistische Übergangsgesellschaft" hinnehmen bzw. über einen unkritischen Solidaritätsfetischismus legitimieren. Wir haben in den verschiedensten Beiträgen viel über die Unterdrückung, Beleidigung und Repression in den "West-Zonen" gesprochen, jetzt geht es darum, die Formen der Isolation der Opposition in den "Ost-Zonen" genauer zu betrachten. Denjenigen, die sagen, die beiden Systeme haben wesenhaft nichts miteinander zu tun, kann ich kurz mit G. Lukacs antworten: "Beide großen Systeme: Krise". Dabei hebt er die besondere Bedeutung des "echten Marxismus" hervor: "als Kritik des Bestehenden". Kritik all der Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ausgebeutetes und von sich selbst entfremdetes Wesen ist. Und wenn man nun verfolgt, was sich real in den Gefängnissen der SU und der CSSR mit Oppositionellen abspielt, so muß das für jeden aufrecht und nicht gekrümmt gehenden Sozialisten und Kommunisten ein ausreichender Grund sein, um mit der Kritik des Bestehenden nirgendwo zurückzuhalten, um überhaupt einen Wahrheitsanspruch aufrecht erhalten zu können und den Massen emanzipiert gegenübertreten zu können. An diesem Punkt nicht einen einzigen Meter preiszugeben der Konterrevolution im eigenen Lande, gerade um in der BRD und West-Berlin die Sozialismus-Frage wieder massenmäßig klar und unzweideutig stellen zu können, wird von viel zu wenigen seit der politischen Niederlage der APO begriffen. Auch wenn da ein gewisser Aufschwung wieder positiv und hoffnungweckend feststellbar ist. Jedem DKP-Genossen, jeder DKP-Genossin, die dem Berufsverbot unterworfen sind, die Solidarität anheimkommen zu lassen, muß so eindeutig sein wie die Kritik, wenn dieselben Genossinnen und Genossen das Berufsverbot des Genossen Biermann in der DDR oder das Tausender in der CSSR für richtig halten. Ganz zu schweigen von den Ideologen der DKP-Führung, die die Unterdrückung von solchen Oppositionellen und Reformkommunisten nicht nur hinnehmen, sondern nur zu schnell bereit sind, andere Positionen, die sich nicht instrumentalisieren lassen, zu denunzieren. Man erinnere sich bloß der DKP-Presseerklärung gegen Wolf Biermann vor einigen Monaten. Das gleiche gilt für die Erklärung von Peter Schütt: "Auch die Behauptung, in der SU würden politische Gegner und Andersdenkende in psychiatrische Kliniken abgeschoben, ist oft genug widerlegt worden durch Untersuchungskommissionen der UNO, einen auffälligen Beweismangel – medizinische und psychiatrische Fachzeitschriften haben die Gerüchte nie übernommen – und zuletzt durch die Angaben der Ärzte, die den ausgewiesenen Mathematiker Pljuschtsch nach seiner Ausweisung untersuchten und seine Geisteskrankheit bestätigten". Ja, ja nur mal für einige Jahre gezwungenermaßen

FORTSETZUNG SEITE 17

Frankfurter Spontis

# „Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit..."

Genossinnen und Genossen, was ich hier im folgenden vortragen werde, handelt von dem, was in Frankfurt in den vergangenen drei Wochen sich abgespielt hat. Es ist das Ergebnis mehrerer Diskussionen Frankfurter Spontis.

Am 8. Mai wurde Ulrike Meinhof im Knast von der Reaktion in den Tod getrieben, ja, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet. Daraufhin hat sich - zumindest in Frankfurt - Protest und Widerstand dagegen auf der Straße erhoben. Dreitausend Linke hatten das Gefühl gehabt, daß es jetzt reicht mit dem staatlichen Terror gegen die politischen Gefangenen, daß man jetzt, um den Preis des Verlustes der eigenen Menschlichkeit, seiner Sensibilität für Gewalt und Unterdrückung, seiner linken Identität, auf die Straße gehen muß, handeln muß. Und sie haben gehandelt. Die Kämpfe auf der Straße dauerten über drei Stunden hinweg, die Bereitschaft, sich für die politischen Gefangenen auf allen möglichen Ebenen einzusetzen, war plötzlich massenhaft vorhanden.

Andererseits soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, daß wir mit dieser Demonstration am Montag anläßlich des Todes von Ulrike an die Grenze unserer militanten Aktionsformen gestoßen sind und drauf und dran waren, denselben Fehler wie die Stadtguerilla zu begehen, nämlich unsere militärische Stärke nicht mehr im Zusammenhang mit unserer politischen Isolierung zu sehen. So hart die Auseinandersetzungen an diesem Montag auch gewesen waren, sie können eines nicht überdecken: je isolierter wir politisch wurden, desto militaristischer wurde unser Widerstand, desto leichter wurden wir isolierbar, desto einfacher war es für die Bullen, uns von "Politrockern" zu "Terroristen" umzustempeln und auf den Landfriedensbruch die kriminelle Vereinigung und Mordanklage

FORTSETZUNG VON SEITE 16

in eine sowjetische Nervenanstalt gehen, um dann eine "Geisteskrankheit" bestätigt zu bekommen. Wenn möglich, nach der Ausweisung noch Schwefel im Blut, der westlichen Wissenschaft zur "Verfügung" gestellt, um dann die "Geisteskrankheit" "bestätigen" zu können. "Amnesty International" hat da Klarheit hergestellt, die "Geisteskrankheit", die Oppositionellen unterstellt wird, bzw. der systematische Versuch, Oppositionelle zu "Geisteskranken" in Gefängnissen werden zu lassen, ist nichts anderes als der Versuch der Ausschaltung der jungen Opposition in der UdSSR. Jeder subversive Widerstand soll zu brechen versucht werden. So wie Solschenizyn als konservativer Idealist nicht zu brechen war, so wenig gelang das offensichtlich mit Pljuschtsch. Sich als Kommunist und "Neomarxist" begreifend, hat er uns klare Beschreibungen der Lage der Opposition in den SU-Gefängnissen gegeben. Die Begriffe "Folter" und "Isolationshaft" werden den dortigen Verhältnissen gemäß definiert: "Ganz offensichtlich kann man als Folterung qualifizieren: die Isolierung in kalten Zimmern, eine Ernährung, die einen halb verhungern läßt, der Entzug aller medizinischen Versorgung. Unter gewissen wohlbekannten Isolierungsbedingungen geben die Wärter alle zwei Tage kaltes Essen, anstatt ihnen die tägliche halbe Portion zu geben. Schließlich werden ihnen warme 'Lebensmittel', wenn ich sie mal so nennen darf, verabreicht". Er vermittelt Erfahrungen, die nicht mehr als "antikommunistische Schauermärchen" abgetan werden können. Besonders wohl darum, weil nun auch westeuropäische kommunistische Parteien seit der Okkupation der CSSR durch die Truppen des "Warschauer Paktes" nicht mehr bereit sind, unkritisch zuzuschauen, was sich in diesen Ländern der "Bruderparteien" abspielt. Es würde nämlich verhängnisvoll auf sie zurückschlagen. Die tiefe Kluft zwischen einem "demokratischen Kommunismus" und einem "despotischen Kommunismus" wird immer deutlicher. Der "Brief der Familienangehörigen politischer Häftlinge an Präsident Husak" vom März 1976 ist dafür ein Lehrstück. Es geht um die in der CSSR wegen sozialistisch-kommunistischer Tätigkeit verurteilten Genossen Müller, Hübl, Sabata und Tesar. Fassen wir die Lage der Gefangenen zusammen, soweit das überhaupt hier mögliche ist: Wann dürfen diese politischen Gefangenen ihre Zellen verlassen? 1. Wenn sie mit ihren jeweiligen kriminellen Mitgefangenen täglich für 40-50Min. zum "Freiluftaufenthalt" kommen; 2. Einmal innerhalb von sieben oder zehn Tagen darf jeder für je 15 bis 30 Min. baden. 3. Einmal innerhalb von zwei Wochen in eine Zelle mit Fernsehapparat.

Und wie ist es mit dem Besuch? Die politischen Gefangenen dürfen die nächsten Verwandten im Abstand von drei Monaten "empfangen".

Was ist den Genossen – im Gegensatz zu den "Kriminellen" – nicht gestattet? Es ist nicht gestattet die "Teilnahme an Interessengruppen, Teilnahme an kulturellen Aktionen, wie es Film-Musikvorführungen sind, Ankauf von Büchern in einer fahrbaren Verkaufsstelle, Möglichkeit der Buchauswahl aus der Gefängnisbibliothek, Möglichkeit der Lektüre und des Bezugs von Zeitschriften aller Art, Teilnahme an Vorträgen, praktisch tägliche Teilnahme an Fernsehvorführungen. Teilnahme an Sportaktionen, Besuch der Kantine und Einkauf nach Wahl, Teilnahme an der Selbstverwaltung, freier Zugang zum Ausgeh-Hof in gewissen Stunden, Zugang zum elektrischen Kocher, beispielsweise zum Teekochen. Möglichkeit des Studiums, beispielsweise fremder Sprachen oder eines gewissen wissenschaftlichen Faches, freier sozialer Kontakt mit mehreren Einzelpersonen in der Umwelt des Lagerlebens, geringere Arbeitsnormen."

Ja, Genossinnen und Genossen, ein politischer Gefangener darf nicht Marx, Engels, Lenin usw. erhalten. Müller hatte begonnen, sich persönlich aus Rückerinnerung ein russisches Wörterbuch zu bauen, Sabata ein englisches. Um ihr Gehirn wenigstens auf diese Art und Weise anstrengen zu können. Beides wurde ihnen entzogen. Die einzig zugänglichen Briefe, die Familienbriefe, unterliegen nicht nur der totalen Kontrolle, sie werden auch nur dann ausgehändigt, wenn es den Zensur-Knechten paßt. Offiziell wird gesagt: "Es werden angesichts der Möglichkeit einer doppelten Auslegung sogenannte 'aktualisierte' literarische Genres wie einige Gedichte, Fabeln, Aphorismen, Sprichwörter und ähnliches nicht zugelassen". Aus diesem Grunde durfte der Brief einer der Söhne der Gefangenen mit seinen Eindrücken über "Jugend des Heinrichs IV" von Heinrich Mann den Vater nicht erreichen. Der Genosse Hübl schrieb nicht umsonst im Brief von 1973: "Lies Dir die 'Briefe aus dem Gefängnis' von Gramsci durch. Aber Du solltest keine falschen Vergleiche daraus ziehen. Ebenso nicht aus den Erinnerungen von N. Krupskaja an Lenin, wie er in der Verbannung in Sibirien "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" schrieb und wie ihm die Moskauer Universitätsbibliothek Auslandsliteratur besorgte und sie ihm in das Dorf Schuschenkskoja nachschickte.."Das haben wir schon mitbekommen. Es wird noch klarer, wenn wir einen Blick auf die medizinische Behandlung der Gefangenen werfen: "Dem kranken Häftling werden Antibiotika verschrieben, die er selbst einnehmen soll, es wird ihm jedoch ein Wecker oder eine Uhr verweigert, mit der Begründung, das Zeitintervall soll er selbst abschätzen (im Fieberzustand!)". Im Zustand einer akuten Blutvergiftung (s. Müller) wird eine Krankenschwester, aber kein Arzt herangezogen.

Die Verwandten der politischen Gefangenen sagen darum in ihrer Dokumentation: "Es wurden raffinierte Methoden gewählt, die man mit der Einweisung eines gesunden Menschen in ein Irrenhaus vergleichen kann, die vergleichbar sind mit einem Wassertropfen, der regelmäßig auf den Nacken des Verurteilten fällt und den Wahnsinn hervorruft". Es geht um die Brechung der menschlichen Persönlichkeit, um die Brechung des aufrechten Gangs von Sozialisten und Kommunisten".

Von Land zu Land unterscheiden sich die Versuche der Herrschenden in der Brechung des politischen Widerstandes in Nuancen und Formen, der jeweiligen gesellschaftlichen Klassenkampflage entspechend. Aber es geht ihnen immer um das gleiche: eine befreiende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verhindern.

Beim Lesen des Briefes der Tschechoslowaken dachte ich sofort an Stammheim auf westdeutschem Boden, wurde mir die Nicht-Identität, Ähnlichkeit und Differenz durchschaubar. Ich habe immer die RAF-Politik grundsätzlich abgelehnt, aber das hinderte mich nie, jene Solidarität ihnen gegenüber auszudrücken, die unerläßlich ist, um überhaupt einen Begriff von kritischer Solidarität ernst nehmen zu können.

Zum Schluß noch ein Wort über die politischen Konsequenzen, die sich aus den Verhältnissen in Ländern des "Warschauer Paktes" für uns ergeben. Die gemeinsame Erklärung auf der "Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" in Ost-Berlin kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß viel eher mit einer ideologischen Zuspitzung des Konflikts zwischen dem demokratischen und despotischen Kommunismus zu rechnen ist. Wie überhaupt die chinesischen Kommunisten die Auseinandersetzungen in dem bis 1968 schier geschlossenen, von Moskau bestimmten Block der KPen mit äußerster Genauigkeit betrachten. Neue Bündnismöglichkeiten sind da nicht auszuschließen. Die Neue Linke muß sich darum bemühen, diese sich andeutenden neuen Prozesse nicht nur wahrzunehmen, sondern nach den Bundestagswahlen politisch-organisatorisch zu diskutieren.

★

folgen zu lassen. In diesen Tagen waren wir Spontis sehr nahe an ein wirkliches Zerschlagenwerden herangekommen, und es war allein die politische Antwort, zu der sich die Bewegung nach den Verhaftungen massenhaft mobilisierte, die innerhalb einer Woche das Blatt wenden konnte. Mittels des solidarischen, rückhaltlosen Einsatzes zahlloser Genossinnen und Genossen gelang es, den Angriff von Polizei und Landesregierung auf uns in einen Angriff, in die Befreiung von Gerhard Strecker umzusetzen. Polizeipräsident Müller und Justizstaatssekretär Werner waren politisch ins Wanken geraten, ein gleichgeschalteter Hessischer Rundfunk mußte seine stärkste innere Zerreißprobe seit Jahren bestehen - und dies alles in Zeiten finsterster politischer Repression und Radikalenverfolgung. Ein weiteres Mal hatten gewaltsame Eruptionen einerseits und die Angst andererseits sich als stärkende, überlebensnotwendige und daher untrennbare Korrektive einer Massenbewegung in dieser Stadt gezeigt. Wir haben am Montag ganz in der Tradition der Häuser- und Straßenbahnkämpfe gehandelt, ohne zu merken, daß wir politisch in der Luft hingen. Das hätte uns beinahe das Genick gebrochen. Andererseits ist aber die Spontibewegung offensichtlich noch stark genug, daraus zu lernen.

Und dann kam es - von allen erwartet, von manchen erhofft und von vielen gefürchtet: der Beitrag der Stadtguerilla zu dieser Massenbewegung, ihre Antwort auf die Ermordung von Ulrike - zwei Bomben explodierten im Frankfurter US-Hauptquartier. Die Genossen der Revolutionären Zelle können nicht einen Augenblick ernsthaft über das, was sich in Frankfurt in den vergangenen drei Wochen an Massenbewegung abgespielt hat, nachgedacht haben - und in ihrem Kommunique wird sie ja auch mit keinem Wort erwähnt -, denn anders läßt sich diese Aktion nicht erklären. Sie wollten mit den Bomben ein Signal für den bewaffneten Widerstand setzen und haben den Genossen, die sie zu verstehen suchen, ihre politischen und sonstigen Waffen aus der Hand geschlagen. Sie wollten uns damit Mut zum Kampf und Widerstand machen, und haben die meisten von uns doch nur verschreckt und in einen ohnmächtigen Zorn getrieben. Und schließlich wollten sie uns zeigen, daß bewaffneter Widerstand möglich und notwendig ist und zeigen uns dabei doch nur den Weg zur Selbstvernichtung.

Wir meinen es mit dieser Selbstvernichtung ernst, sehr ernst sogar und keineswegs diffamierend. Das Ankämpfen dagegen, die Weigerung, sich noch nicht selbst politisch aufzugeben, obwohl der Gegner übermächtig und seine Gewalt jeden Tag barbarischer erscheint, macht einen wesentlichen Bestandteil der politischen Identität von vielen von uns aus. War es früher der Neid des Hungernden, den die Bourgeoisie unter ihrem reichlich gedeckten Tisch vermutete, so ist es heute der Wahnsinn gescheiterter Existenzen, die sich in Karriere- und Konsumgesell-

schaft nicht zurechtfinden. Generäle und Politiker, die die globale Selbstvernichtung planen, sind normal. Die Bourgeois, die am millionenfachen Tod verdienen, sind normal. Der Soldat, der Gefängnisdirektor, der Lehrer – alle, die tun, was man von ihnen verlangt, sind normal. Und ein Prolet, der sein dreißigjähriges Fließbandjubiläum begeht, ist auch normal. Und wir Linksradikale, die wir von Glück und Befriedigung reden, von anderen Arbeits- und Lebensformen, die wir nicht einfach wegsehen können, wenn wir Chile sehen, die den Fordstreik 1973 als das kleine Santiago des westdeutschen Kapitalismus erlebt haben, und die auch das schleichende, antiseptisch saubere Santiago in den Knästen nicht vergessen können, wir sind die Wahnsinnigen, die Utopisten. Wir wollen ein anderes Leben, ein revolutionäres Leben. Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltäglichen Widerstand, in unserem Leben. Aber Widerstand und Leben stehen bei uns in einem sehr prekären Verhältnis zueinander. Sobald sich das eine vom anderen isoliert, geben wir entweder auf oder gehen in den Untergrund. Und je stärker der Druck der Verhältnisse auf uns lastet, umso mehr streben Widerstand und Leben auseinander. Die einen denken nur an ihr Überleben und versteinern dabei. Für sie ist Revolution, Sozialismus, Befreiung, Solidarität eine Sache der Theorie, ein politischer Anspruch, der mit ihrer tagtäglichen Lebenspraxis sehr wenig zu tun hat. Für sie sind es eben die "Systemzwänge", denen sie als Lehrer, Professoren, Sozialarbeiter und Betriebsräte nicht entkommen können. Und diese Systemzwänge, dieser "Zwang der deutschen Verhältnisse" macht sie zu dem, was Linke in unserem Lande schon immer geworden sind, zu "Untertanensozialisten" reinsten Wassers. Sozialismus ja, auf dem Papier, aber sobald die Sache konkret wird, sobald es nicht um eine abstrakte Kritik an Familie und Sozialisation geht, sondern um konkrete Lebensalternativen, um andere Formen von Leben und Arbeit, da passen sie und verweisen auf ihre "Systemzwänge". Und taucht irgendwo einmal das Problem der Gewalt von unten praktisch auf, da finden sie zu nichts anderem als zu erschreckender Distanzierung oder maximal zu bürokratischer Belehrung über die Sinnlosigkeit solcher Gewalt.

Die anderen denken nur an Widerstand, an Kampf, und haben sich ein anderes Leben aus dem Kopf geschlagen. Sie treiben ihre vom System erzwungene Selbstentfremdung bis zu physischer und politischer Selbstaufgabe. Ihre Utopie finden sie nunmehr als Soldaten der Weltrevolution in den unterdrückten Massen der Dritten Welt. Ihre Revolution wird zur alleinigen Frage der militärischen Verunsicherung des Hinterlandes des imperialistischen Feindes. Sie handeln wie Techniker, wie Soldaten, wie ein Stoßtrupp im Feindesland, abgeschnitten von den konkreten Bedürfnissen, den persönlichen und politischen Erfahrungen und Problemen jener Menschen, unter denen sie leben. Sie isolieren sich von jeglichem Massenwiderstand, stempeln uns zu Zuschauern ihrer Attentate und setzen dem System einsam und vereinzelt das Messer der militärischen Machtfrage auf die Brust, mit dem ihnen dann jedesmal von den Bullen die eigene Kehle durchgeschnitten wird.

Wir können uns aber nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwanken.

Aber aus demselben Grund müssen wir die Aktionen der Genossen der Stadtguerilla entschieden angreifen, weil wir wissen und fühlen, daß sie die Selbstaufgabe bedeuten, den Verzicht auf Leben, den Kampf bis zum Tod und damit die Selbstvernichtung. Wir meinen, daß Revolutionäre an dieser Einheit von Widerstand und anderem Leben auch unter den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen um jeden Preis festhalten müssen. Nur so kann Befreiung, unsere Befreiung, wirkliche Gestalt annehmen. Wenn unser Programm nur Verzweiflung, Gefängnis und Tod enthält, so sind wir dieser Gesellschaft endgültig unterlegen. Sie hat uns dann unserer Hoffnungen, unserer Kraft zur Utopie und unserer Fähigkeit zum Widerstand beraubt.

Andererseits verstehen wir nur zu gut, wenn Genossinnen und Genossen sagen, daß sie einfach nicht mehr können. Uns treibt nicht mehr der Hunger nach Essen, uns treibt der Hunger nach Freiheit, Liebe, Zärtlichkeit, nach anderen Arbeits- und Verkehrsformen. Und dieser Hunger ist auf die Dauer durch noch so kluge Reden und Analysen nicht aufschiebbar, gar wenn man noch unter den deutschen Verhältnissen der Gegenwart zu leben hat. Wir können sie weder als Agenten noch als Verrückte abtun, als "Desperados, die nichts, aber auch gar nichts mit der Linken zu tun haben", wie das ein linker Professor einmal formuliert hat. Aber wir können ihnen in ihrer Politik auch nicht folgen, da sie für uns alle Entwaffnung und Selbstvernichtung bedeutet.

Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört, weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen, fordern wir sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer "bewaffneten Selbstisolation", die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen.

## Einladungslied zum Pfingstkongreß

*Freunde, kommt zu Pfingsten nach Frankfurt an den Main*
*Kongreß der kleinen Leute wird dort drei Tage sein,*
*weil durch die Unterdrückung im Staat und im Betrieb*
*nicht nur so mancher Rote schon auf der Strecke blieb.*

*Das Kapital, das zieht die Zügel härter an,*
*die Krise zu verdauen, drum sollen wir jetzt ran.*
*Die Bänder laufen schneller, das Tempo wird erhöht,*
*obwohl eine Million noch nach Arbeit Schlange steht.*

*Doch da gibt's ein Problem, vor dem es ihnen graut,*
*die Leute werden sauer, wenn sie dies Spiel durchschaut.*
*Sie könnten einig werden, 'nen Streik organisieren*
*und Lehrer mit den Kindern den Widerstand probier'n.*

*Doch viele sind vereinzelt, noch ist die Linke klein,*
*und auf der andern Seite stehn fast alle der Partein,*
*die SPD, die geht mit Beispiel noch voran,*
*versprach uns erst Reformen schnallt jetzt den Maulkorb an.*

*Nun hör' ich welche sagen: "Haut nicht so auf den Putz,*
*hier darfst du doch frei reden, zieh' das nicht in den Schmutz.*
*Na gut, das mag ja sein beim Skat und auch zu Haus,*
*doch willst du was verändern, drehn sie 'nen Strick dir draus.*

*Laßt uns nicht lange jammern, wie ungerecht das sei,*
*nur offensiver Kampf hält uns den Rücken frei.*
*Der Pfingstkongreß in Frankfurt, das ist der erste Schritt,*
*uns sammeln und beraten, das wollen wir damit.*

*In Schule und Betrieb soll es dann weitergehn,*
*daß wir zusammenhalten, das soll ein jeder sehn,*
*uns streiten, was zu tun ist, auch das wolln wir nicht scheun,*
*nur so wird unsre Einheit im Kampf auch Stärke sein.*

Vertreter der CCOO
(Comisiones Obreras)

# Den Kampf an allen Fronten führen!

Im Namen der CCOO überbringe ich Euch einen brüderlichen Gruß der spanischen Arbeiter, die mutig für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten kämpfen.

Die CCOO sind die soziale und politische Bewegung der Arbeiter, die in Spanien als eine vitale und historische Notwendigkeit für die Verteidigung der Klasseninterssen und als Alternative zu den faschistischen Gewerkschaften entstanden sind.

Die CCOO sind die soziale Bewegung, die in Spanien die großen Kämpfe der Arbeiter im Laufe der letzten Jahre geführt haben. Die Verleumdung durch die Regierung und einige gewerkschaftliche Organisationen in West-Europa, die CCOO seien eine Organisation der Kommunistischen Partei Spaniens, ist eine bewußte Lüge, und diese Lüge bezweckt, die spanische Arbeiterklasse auseinanderzudividieren; den Kampf der Arbeiter und die Solidarität der Völker Europas gegen den Faschismus und für die Erringung der Freiheit zu entkräften. Es ist ein Manöver der multinationalen Konzerne und des Imperialismus, die die Zersplitterung der Arbeiter wünschen, um sie besser unterjochen zu können. Die Arbeiterkommissionen sind eine breite und starke Bewegung, deren Basis in den Versammlungen in den Fabriken und in den Arbeitszentren besteht, und auf diesen Versammlungen werden alle Probleme diskutiert, die die Arbeiterklasse betreffen, und es werden dort alle Entscheidungen getroffen, die für den konkreten Moment des politischen, ökonomischen, sozialen und gewerkschaftlichen Kampfes notwendig sind. An der breiten Bewegung der CCOO nehmen in der Mehrheit Arbeiter teil, unabhängig von ihrer politischen, ideologischen oder religiösen Anschauung und unabhängig auch von ihrer parteilichen Zugehörigkeit. Die CCOO sind nicht der Transmissionsriemen der politischen Parteien, sie sind und vertreten eine gewerkschaftliche und zugleich politische Linie, unabhängig von den politischen Parteien, den Unternehmern und der Regierung.

Die Mehrheit der Arbeiter dieser neuen Arbeiterbewegung sind nicht in irgendeiner politischen Partei organisiert; sie kämpfen für die Linie und die Zielsetzung des CCOO, die sie als ihre eigenen ansehen. Die Arbeiterbewegung, die in unserem Land von den CCOO geschaffen wurde, vereinigt in sich die besten revolutionären und historischen Traditionen der spanischen Arbeiterklasse. Die Tatsache, daß die CCOO keine Transmissionsriemen irgendeiner Partei sind, bedeutet jedoch keineswegs, daß die Parteien der Arbeiterklasse nicht in den CCOO vertreten sein können, und daß sie nicht wesentliche Beiträge zur Verstärkung und Konsolidierung der neuen Arbeiterbewegung leisten können. Neuerdings hat eine bestimmte Presse versucht, die Wirklichkeit zu entstellen, und sie spricht von Tendenzen und Diskrepanzen innerhalb der CCOO. Dieser Versuch und diese Entstellung sind ohne Bedeutung. Es ist durchaus wahr, daß die CCOO auf Grund ihrer Breite und massiven Anteilnahme der Arbeiter in den Versammlungen, und zwar in jedem Bereich, und auch auf Grund der Anteilnahme aller politischen und revolutionären Parteien, eine lebendige Debatte führen, aber gerade das betrachten wir als Stärke unserer Arbeiterklasse.

Die CCOO stellen durch die kombinierte Anwendung sowohl der legalen als auch aller illegalen Möglichkeiten eine Synthese dar, die zu bedeutsamen Fortschritten im Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für die Neuorganisierung und Konsolidierung sowohl der CCOO als auch der Arbeiterbewegung geführt haben. Innerhalb dieser Strategie haben die CCOO es auch für richtig gehalten, an den Gewerkschaftswahlen teilzunehmen, um auf diese Weise eine demokratische, von der Basis her strukturierte gewerkschaftliche Einheit zu erreichen und gegen sämtliche bürokratischen und von den faschistischen Gewerkschaften intendierten Tendenzen anzugehen. Diese Taktik entspricht heutzutage den spanischen Bedingungen. Wo immer noch eine Diktatur an der Macht ist; der Faschismus zerstört nicht nur die Organisation der Arbeiterklasse, erstickt nicht nur ihre Freiheit, sondern der Faschismus schafft gleichzeitig seine eigenen Organisationen und Kontrollorgane zur Repression der revolutionären Arbeiterklasse, des Volkes und sämtlicher fortschrittlicher Kräfte. Unsere bisherigen Erfahrungen im Kampf in Spanien haben uns gezeigt, daß es nicht immer der richtige Weg ist, die frontale Auseinandersetzung zu suchen, sondern daß es oft wirksamer ist, den Kampf an allen Fronten kombiniert zu führen, den Faschismus von innen her zu bekämpfen. Bei den letzten Gewerkschaftswahlen haben die CCOO mutig und entschlossen die Manöver der Regierung zum Scheitern gebracht und gleichzeitig den Sieg der einheitlichen und demokratischen Kandidaten durchgesetzt. Trotz verschiedenartiger Maßnahmen der Regierung, die u.a. zum Ausschluß von über 20.000 Arbeiterführern geführt haben, die nicht als Kandidaten auftreten konnten, konnte die CCOO in den Arbeiterzentren im ersten Wahlgang einen umfassenden Sieg erringen. Die Regierung und die vertikalen Gewerkschaften des Systems greifen zu immer restriktiveren Maßnahmen und versuchen damit, den Sieg der CCOO auch im zweiten und dritten Wahlgang zu verhindern. Es ist heutzutage unmöglich, eine ernsthafte Analyse der Arbeiterkämpfe und der politischen Situation im allgemeinen in Spanien vorzunehmen, ohne den Sieg der CCOO bei den Gewerkschaftswahlen zu berücksichtigen. Unsere Arbeiterklasse kämpft für einen politischen Wandel, für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Das ist von 3 Millionen streikenden Arbeitern, sowie in Hunderten von Fabrikversammlungen und auf kämpferischen Demonstrationen bestätigt worden. Es konsolidiert sich in Spanien eine breite demokratische Bewegung, die gegen die Regierung und für die Freiheit kämpft; und in deren Reihen sowohl Arbeiter, Bauern und Intellektuelle als auch Studenten und Beamte vertreten sind. Die gegenwärtige Regierung und mit ihr die nationale und internationale Presse versuchen, den Anschein von Toleranz und eines Demokratisierungsprozesses zu erwecken. Aber all das, was heute in Spanien geschieht, ist weder ein Geschenk, noch eine wohlwollende Konzession an die Arbeiterklasse, sondern einzig und allein Resultat des Kampfes, der Opferbereitschaft, sowie der jahrelangen Erfahrung der Arbeiterklasse selbst. Nach dem Tod des Diktators Franco wurde bisher in Spanien kein einziges demokratisches Gesetz verabschiedet. Es wird in Spanien weiter gefoltert, gemordet, eingekerkert, wie zum Beispiel in Vitoria, in Elda, in Tarragona, in Basanti und in Montegora. Das ist die Taktik, das ist die Politik der sogenannten Reformisten. Die Regierung kann jedoch den weiteren Vormarsch der demokratischen Kräfte nicht aufhalten. Im Rahmen dieses ständig fortschreitenden Kampfes werden die CCOO weiterhin für den Aufbau einer einheitlichen und demokratischen Klassengewerkschaft kämpfen; und sie werden, sobald die Freiheit wieder hergestellt ist, einen konstituierenden Kongreß einberufen. Man kann zur gewerkschaftlichen Einheit unserer Meinung nach nur dann gelangen, wenn man diese gewerkschaftliche Einheit in einem Prozeß der Vereinheitlichung von unten her begreift und gleichzeitig zu Diskussionen und Übereinkünften auf der höheren Ebene kommt, um damit durch die Diskussion und die Vereinheitlichung von unten und die Übereinkünfte auf der höheren Ebene zu einem einheitlichen Handeln zu gelangen.

Unser Antrag, in die Europäische Gewerkschaftsfoderation aufgenommen zu werden, wird seit langem, vor allem von seiten des DGB, aber auch von anderen westeuropäischen Gewerkschaften, systematisch boykottiert. Die CCOO fordert die westdeutsche Linke auf, alles zu tun, um ihren Beitritt zur Europäischen Gewerkschaftsfoderation zu ermöglichen und sämtliche Boykottmanöver des DGB unmöglich zu machen.

★

## Erich Fried: **Spanische Maskerade – 1976**

*Die Ungeheuer*
*suchen eifrig*
*nach Menschenhäuten*

*auch von Menschen*
*denen sie selbst*
*die Haut abgezogen haben*

*Sie kaufen sie*
*überall auf*
*zu besten Preisen*

*sie schlüpfen*
*in sie hinein*
*Sie füllen sie aus*

*Sie ziehen sich*
*sorgfältig an*
*um auszusehen wie Menschen*

*Sie lernen lächeln*
*sie lernen reden*
*wie Menschen*

*Sie tragen Handschuhe*
*über den*
*harten Krallen*

*damit sie keiner erkennt*
*der sie kannte*
*als Ungeheuer*

*Die Ungeheuer*
*suchen überall*
*Bundesgenossen*

*in USA*
*und bei uns*
*in Bonn und im ganzen Land*

*Die Ungeheuer*
*sind immer noch*
*unternehmend*

*Sie selbst*
*wollen abstimmen*
*über die neue Zeit*

Rede eines Betriebsgenossen

# Auch in den Betrieben ist der Ton rauher geworden

Die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik sind in den Krisenjahren 1975/76 um eine Erfahrung reicher geworden. Sie haben deutlicher als in den letzten 20 Jahren erfahren müssen, daß das Auf und Ab in dieser kapitalistischen Gesellschaft auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Kurzarbeit und Sonderschichten, Entlassungen und befristete Wiedereinstellungen, Umbesetzungen und Versetzungen, Stillegungen von Betriebsabteilungen und ganzen Unternehmen haben die Arbeiter daran erinnert, daß der Kapitalismus nicht abgeschafft ist.

Unmittelbar nachdem in den wichtigsten Industriezweigen, wie bei Metall und im Öffentlichen Dienst, die Lohnverhandlungen abgeschlossen sind, verkünden die Massenmedien, die Regierung und die Unternehmer, daß es wieder aufwärts geht in unserer Wirtschaft. Die Auftragsbücher füllen sich wieder.

Während die Arbeiter und Angestellten Lohnerhöhungen von 5-6% bekommen haben, sagt die Regierung, daß die Unternehmer 12-14% mehr Gewinn machen. Die Gewerkschaften werden *öffentlich gelobt,* weil sie durch niedrige Lohnabschlüsse ein Stabilitätsopfer gebracht haben. Die Lohn- und Gehaltssumme, die Arbeiter und Angestellte insgesamt bekommen, wird sich im laufenden Jahr um etwa 35 Milliarden DM erhöhen, davon müssen jedoch fast 21 Milliarden DM für Abzüge, Steuern und Beiträge abgegeben werden.

In den jüngsten Gutachten der Wirtschaftsinstitute heißt es: *Die längste und tiefste wirtschaftliche Rezession der Nachkriegszeit ist überwunden.*

Das gilt nicht für Arbeiter und Angestellte, denn noch immer haben wir Arbeitslose, werden weiterhin Arbeitsplätze wegrationalisiert trotz blühender Geschäfte, wird mit verringerten Belegschaften mehr produziert als je zuvor. In Fabriken und Werkstätten, in Büros und an Zeichentischen hockt noch immer die Angst, die Angst um den Arbeitsplatz. Der Ton in den Fabriken ist noch rauher geworden und die Arbeit noch härter. Im Krisenjahr 1975 hatte das Kapital in der Bundesrepublik 880 000 Arbeitsplätze vernichtet. Wenn es jetzt auch aufwärts gehen soll, so dürfen wir uns doch nicht täuschen lassen. Die kapitalistische Rationalisierung geht weiter. 900 Arbeitern und 100 Auszubildenen der Ludwigsburger Maschinenfabrik wurde gekündigt, weil das Unternehmen zahlungsunfähig wurde. Mit Steiks protestierten die 450 Beschäftigten des Kabelwerkes Felten Guillaume in Köln gegen die beabsichtigte Schließung ihres Betriebes. 800 Werftarbeiter von HWD in Hamburg und Kiel sollen bis zum 30. September entlassen werden. Nicht mehr weiter produzieren können die 2200 Beschäftigten der Ankerwerke in Bielefeld. 1000 Belegschaftsmitglieder der Kienzle Uhren GmbH demonstrierten aus Protest gegen die beabsichtigte Verlagerung der Teilproduktion nach Südkorea. Mit einer gut angelegten Strategie hat das Kapital in der BRD einen moralischen, einen wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Arbeiterschaft organisiert. Kurzarbeit und Entlassungen haben ihren Eindruck auf die Arbeiter und Angestellten nicht verfehlt. Der Druck des Kapitals auf die Lohnabhängigen ist so stark, daß manche

# Außerhalb der Tagesordnung

**Pfingstmontag in der Frankfurter Innenstadt, 8.30 Uhr: Neben uns an der Ampel hält ein zerbeulter VW mit Hamburger Nummernschild. Vollgestopft mit Genossen. Wir kurbeln die Scheibe herunter: "Wollt Ihr auch zum Ostpark?" "Na klar!" "Fahrt hinter uns her!" An der vierten Ampel hat sich hinter uns ein kleiner Autokorso gebildet. Anscheinend gibt es im Frankfurter Straßenverkehr an diesem Pfingstmontag nur noch beklebte und ausrangierte Fahrzeuge, die jeweils eine geballte Ladung der BRD-Linken in den Ostpark zum Zelt transportieren. Euphorischer Trugschluß: der Straßenverkehr gehört uns. Ein paar flotte Wagen sind auch dabei, Citroen, Alfa Romeo – na klar, das sind die etablierten Genossen. Sollen wir sie als potentielle Korrumpteure oder als unsere eigene Zukunft und Wunschvorstellung betrachten? Wie auch immer: das Festzelt ist voll. Wir drängen uns davor in der 20. Reihe. Drinnen geht die Diskussion der Repräsentanten los. Draußen drängt sich eine lange Schlange vor dem Getränkeausschank. Es ist sehr heiß. Ab und zu schlendert ein Paar vorbei und verschwindet im Ostpark. Im Zelt dröhnen die Lautsprecher und Zwischenrufe.**

**Ende der Veranstaltung. Es gibt vieles aufzuräumen. Die zehntausend Genossinnen und Genossen machen sich auf den Weg nach Hause, suchen einen Verweil, eine Würstchenbude, drängen sich in den linken Kneipen. Niemand will so recht raus aus dem warmen Stallgeruch der Solidarität. Wo ist denn noch etwas los? Wo kann man denn noch etwas gemeinsam in diesem Gefühl, den Mantelzipfel der Geborgenheit angepackt zu haben, erleben? Das kann doch nicht alles gewesen sein!**

**"Also gut, Genossen, wir bleiben noch bei Euch. Wir können ja auch morgen früh nach Hause fahren. Da gibt es eigentlich noch so viel zu diskutieren, auch über das, was wir in der Abschlußdiskussion im Zelt gehört haben, da kann man doch nicht einfach wieder zur Alltagsordnung übergehen! Also: wir treffen uns noch mal heute abend bei Euch im Garten, können wir auch noch mal bei Euch pennen?" „Na klar, nur: die Aktiven vom Büro und die Frankfurter, die an der organisatorischen Gestaltung des Kongresses mitgearbeitet haben, feiern heute abend im Club Voltaire." „Exclusiv?" „Ja, exclusiv, anders ist das nicht möglich." „Na gut, wir kommen später zu Euch."**

**Warme Juninacht. Zwei Uhr. Im Garten des Wohngemeinschaftshauses Nähe Dornbusch hocken etwa 15 Genossinnen und Genossen auf der Wiese. Eine Kerze brennt, Kästen Bier und Apfelwein sind da, gedämpfte Lautstärke, da man ja auf die schlafende Bourgeoisie ringsum Rücksicht zu nehmen bereit ist – um keinen Ärger zu provozieren. Zwei Genossen aus Heidelberg, einer aus Italien, drei aus Hannover, sechs aus Nürnberg, die vier aus dem Haus und der Kater Willi, der sich in einer so beneidenswert vollkommenen Weise entspannt auf einem Stuhl hinlagert, daß einige Genossen sogleich das Thema der Differenz zwischen animalischem Körpergefühl und dem des neurotisch-verspannten linken 'Genossenkörpers' zum Thema der Erörterung machen. Und da ist sehr viel zu er – örtern! „Wie ist denn nun wirklich und nicht ideologisch das Verhältnis von 'Widerstand und Leben' in Euerer Wohngemeinschaft gelöst? Beamter sein, Lehrer, funktionieren als Selektionsbeamter auf lebenslänglich – wie hältst Du denn das aus und vereinbarst das mit Deinem politischen und persönlichen Anspruch?" „Nun gut, irgendwie müssen wir uns ja alle in diesem System verkaufen, als Tauschwert einbringen,**

FORTSETZUNG SEITE 21

Illusionen vom Wirtschaftswunder und der Wohlstandsgesellschaft geplatzt sind.
Da, wo die Arbeiter sich nicht wehrten, wurden übertarifliche Lohnbestandteile abgebaut, wurden Leistungszulagen gestrichen. In über 300 Betrieben der Metallindustrie haben Unternehmer das sogenannte Weihnachtsgeld, soweit es nicht tarifvertraglich abgesichert ist, nicht mehr bezahlt. Fahrgeldregelungen aufgekündigt, Essenszuschüsse für Werkskantinen ganz oder teilweise gestrichen, Gewinnanteile und Gratifikationen gekürzt oder nicht mehr bezahlt.
Mit einer Serie von Änderungskündigungen versuchten als erste die Bauunternehmer und später auch die Metallindustriellen, auf Kosten der Arbeiter die Krise zu überwinden. Sie versuchten, in der Krise einen Lohnabbau durchzusetzen. Arbeiter werden im Zuge der Umorganisierung auf andere, weniger gut bezahlte Arbeitsplätze umgesetzt. Die Betroffenen bekommen einen anderen Arbeitsvertrag, den sie unterschreiben müssen, da ihnen sonst gekündigt werden kann. Umbesetzungen sind in der Regel mit spürbaren Lohnverlusten verbunden.
Die Krise und die Angst um den Arbeitsplatz werden dazu benutzt, die Arbeiter einzuschüchtern und sie gefügig zu machen. In den Betrieben der Metallindustrie, in denen es wegen der geforderten Arbeitsleistungen zu ungewöhnlich hohen Fluktuationen gekommen war, gehen diese zurück. Die Unternehmer stellen mit Befriedigung fest, daß Krankmeldungen zurückgehen. Arbeiter verzichten aus Angst um den Arbeitsplatz auf notwendige Kuren. In fast allen Großbetrieben der Metallindustrie werden an kranke Arbeiter Briefe geschickt, in denen ihnen die Krankheitszeiten vorgehalten werden. Diese Briefe, mit unterschiedlichem Inhalt, enthalten alle gezielte Drohungen mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. In einem der Stahlkonzerne wird jeder Beschäftigte, der vier Krankenscheine im Jahr hat, zu einem Gespräch zum Personalchef bestellt.
Der moralische Druck ist allgemein noch unverschämter. *Seid froh, daß ihr noch Arbeit habt,* heißt es heute wieder. Bei Einstellungen ist teilweise gefragt worden, ob man Mitglied einer Gewerkschaft ist. Frauen müssen sich Fragen nach der Schwangerschaft stellen lassen, wobei diese Fragen oft sehr unverschämt gestellt werden. In den Fabriken hagelt es mündliche und schriftliche Verwarnungen. Beliebt sind Verwarnungen wegen Alkoholgenusses, Anfang und Ende der Arbeitszeit und Anfang und Ende der Pausen werden kontrolliert.
In den Fabriken wird die Leistungsschraube noch fester angedreht. Jahrelang ist bei uns vom Wirtschaftswunder und von der Wohlstandsgesellschaft geredet worden. Jetzt sprechen Minister und Spitzenfunktionäre ständig von der *Humanisierung der Arbeit* oder von der *Qualität des Lebens.* Trotz des Geredes von der *Humanisierung der Arbeit* nimmt der Leistungsdruck zu. Die Erhöhung der Arbeitsintensität, verstärkte Einführung von Mittag- und Nachtschicht, ständig revidierte Vorgabezeiten und die Einführung von Kleinstzeitverfahren haben die Menschen massenhaft krank und nervös gemacht.
Kleinstzeitverfahren und das Zusammensetzen von Akkordzeiten haben den Vorteil, daß in vielen Fabriken der verhaßte Stopper, auch Zeitnehmer und Refamann genannt, nicht mehr unmittelbar am Arbeitsplatz erscheint. In Betrieben, wo an Bändern gefertigt wird, wo in Serien gearbeitet wird, wird heute die Leistung im Büro, fern vom Arbeitsplatz, errechnet.
Die immer neuen Leistungsfindungsmethoden sind zudem ein entscheidendes Hilfsmittel für Ingenieure, Techniker und Kostenplaner. Sie können die Löhne manipulieren, die Löhne noch weiter senken. Sie können den Nutzen der Anlagen und Maschinen noch besser kalkulieren. Sie können damit die Kosten drücken, denn alles steht heute in der Fabrik unter der Losung: *Kosten senken um jeden Preis.*
Die sogenannten Arbeitswissenschaftler im Unternehmerlager, aber auch in den Gewerkschaften, haben bereits erkannt, daß in Fabriken, wo an Bändern und in Serien gearbeitet wird - da wo vorwiegend Frauen arbeiten - heute nicht mehr viel rauszuholen ist, weil dort meistens die Leistungsgrenzen erreicht sind. Daher richtet sich zur Zeit die Aufmerksamkeit der Strategen in den Konzernspitzen und Vorstandsetagen auf alle Verwaltungen und Organisationen. Sie haben errechnet, daß in Planungsabteilungen und Büros, bei Banken und Versicherungen, in öffentlichen Verwaltungen bis hin zu den Kommunen, die Arbeit noch ergiebiger gestaltet werden kann.
Die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik hat mit Unsicherheit auf diese Entwicklung reagiert. Für die Masse waren die Ursachen dieser Krise nicht erklärlich. Sie suchten die Schuld bei den Machern von der Regierung, bei den Ölscheichs oder bei den Unternehmern.
Was für die Arbeiter und Angestellten so außerordentlich wichtig ist, ist das Verhalten unserer sozialdemokratischen Kollegen am Arbeitsplatz. Sie haben die Parole ihrer Funktionäre nachgesprochen und gesagt, was willst Du denn? *Die BRD gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Preissteigerungsrate auf der Welt, die BRD hat die niedrigste Inflationsrate. Sie sagen, das ist eine weltweite Krise, und die trifft auch uns. Und da können wir nichts gegen machen.*
Weil diese Parolen nicht ohne Einfluß auf unsere Kollegen geblieben sind, versuchte der einzelne, seine Haut hinüberzuretten in den Aufschwung, indem er sich möglichst unauffällig verhält, sich vor der Firmenleitung duckt, möglichst gut und fehlerfrei arbeitet, die Fehlzeiten senkt und zum Teil auch Lohnabbau hinnimmt.
Nun hat der Bundeskanzler Schmidt etwas ausgesprochen, was zur Zeit Land auf, Land ab zitiert wird. Er hat gesagt, daß die Investitionen von heute die Arbeitsplätze von morgen schaffen. Wir haben Veranlassung, diese Aussage zu bezweifeln. Denn als im Jahre 1975 diese Regierung den Unternehmern eine Investitionshilfe von 7,5% gewährte, da haben die Unternehmer dieses Steuergeschenk dazu benutzt, um neue Anlagen und neue Maschinen zu kaufen, die in der Regel Arbeitsplätze vernichtet haben.
Müssen wir nicht zornig werden, wenn wir lesen, daß die deutschen Werft- und Schiffahrtsunternehmen 90 Millionen DM an Steuergeldern kassieren und im gleichen Zeitraum 46 Schiffe für 1,2 Milliarden DM in Japan bauen lassen? Und müssen wir nicht zornig werden, wenn eines der größten Versandhäuser in der BRD Investitionshilfe kassiert und im gleichen Zeitraum 1078 Männer und Frauen auf die Straße setzt.

---

**aber wie hältst Du da das denn persönlich und biographisch-historisch aus? Wo ist der Punkt erreicht, wo Du die Grenzlinie ziehst und nicht mehr mitspielst?" „Weißt Du, am 9.5., als die Meldung vom Selbstmord der Ulrike über den Rundfunk kam, da habe ich vor Wut gekotzt! Und ich kenn die Ulrike seit 1960! Was haben die Geier aus ihr gemacht? Sie haben sie fertig gemacht, aber sie hat sich gewehrt, bis zuletzt, bis zum totalen Protest. Sie ist sich selbst irgendwie treu geblieben. Auch unsere Niederlagen und Katastrophen haben ein Stück Selbstachtung und Triumph in sich!" „Aber das kannst Du doch gar nicht in Deiner bürgerlichen Existenz als Sozialarbeiter oder Lehrer realisieren! Du mußt doch Kompromisse machen, überleben, leben, ausleben, wegleben, weggehen, das ist doch die Frage." Der italienische Genosse Paulo, der die ganze Zeit schweigend dabeigesessen hat, meldet sich zu Wort: Er verstehe das alles nicht. Im Klassenkampf, im realen, sei diese Frage völlig irrelevant. Wenn die Beherrschten nicht mehr wollten und die Herrschenden nicht mehr könnten, dann sei eben Revolution. Und die sei kein Deckchenhäkeln und kein Spaziergang, sondern sehr blutig. Mächtiges Palaver entfaltet sich. Gespenstisch anzumuten: Ringum etablierte Bürgerwohnsitze, deren Insassen keine andere Sorge haben, als die bestehende Besitz- und Gesellschaftsordnung zu verteidigen, und mittendrin zwei Handvoll Genossen, die das alles, den Rahmen und den Inhalt beim juninächtlichen Kerzenlicht radikal in Frage stellen. Der Lehrergenosse sagt: „Jawohl, ich bekenne als Mathematiklehrer, daß ich nicht mehr auf dem Boden der Freiheitlich-Demokratischen-Grundordnung stehe, denn ich habe meinen Schülern das Wurzelziehen beigebracht." Alle lachen. Alle sind gelöst. Auf der einen Decke tauschen zwei Genossinnen Zärtlichkeiten aus. Aus dem Casettenrecorder hören wir die schon klassische Janis Joplin-Stimme: 'Freedom is just another word, for nothing left to loose...'. Jetzt sagt jemand: „Wißt Ihr auch, wie Euch der KBW einschätzt? Ihr seid alle miteinander imperialistische Politiker, die der Bevölkerung Sand in die Augen streuen! Ihr müßt im Kampf der zwei Linien nur entschlossen und kämpferisch Position beziehen, dann werden die Klassenkämpfe sich auch schwungvoll entfalten!" „Schon wieder der Deutsche Idealismus, den kenn ich doch vom Gymnasium," murmelt ein Genosse, der den Kater Willi sachte hinterm Ohr krault.
„Was heißt denn eigentlich Anti-Repressionskongreß für mich persönlich? Wo erlebe ich denn Unterdrückung?" – fragt ein Genosse. Schweigen. Es ist mittlerweile vier Uhr geworden. Die Vögel in den Sträuchern und Bäumen trällern. Morgenluft im Luftkurort Frankfurt weht in den Garten. „Was heißt Anti-Repression für uns?" – fragt die Genossin, mit der der Genosse seit vielen Jahren Bett und Tisch teilt. Sie fragt weiter: „Was heißt denn Widerstand und Leben, wie die Spontis es so schön gesagt haben, wenn mein Leben morgens um halb sieben anfängt, Beruf um Viertelvoracht, Feierabend um Halbfünf, dann Wäsche, Kochen, Putzen, von den Kindern ganz zu schweigen, denn da teilen wir, der Genosse Mann und ich uns drin. Widerstand? Soll ich es schaffen, wie Ihr immer sagt, soll ich es endlich schaffen, auszuziehen, alleine zu leben, selbständig zu sein, ich als Frau, die ich mit der doppelten Aufgabe, meine eigene Sozialisation und die meines gesellschaftlichen Seins aufzuheben, belastet werde, von Euch, von Euch Genossen, soll ich das alles alleine schaffen? Wo bleibt Ihr Genossen denn da, Ihr 'starken' Männer, Ihr Kretins, die Ihr Euch mit Eurer beruflichen Identität so abschleppt, daß da kein Gramm mehr übrigbleibt"...? Mittlerweile war die Sonne tatsächlich am Horizont aufgegangen. „Ach, wollen wir denn heute morgen noch darüber grübeln?", sagt der Mann, nimmt noch einen Schluck aus der Äppelwoi-Flasche und schläft ein. Drei bleiben wach. Sie decken die auf der Gartenwiese zu. Die anderen haben sich in die Zimmer des Hauses verzogen. Namenlose Arbeitsgruppen des Pfingstkongresses, starke Arbeitsgruppen, zahllose Arbeitsgruppen, relevante Arbeitsgruppen...**

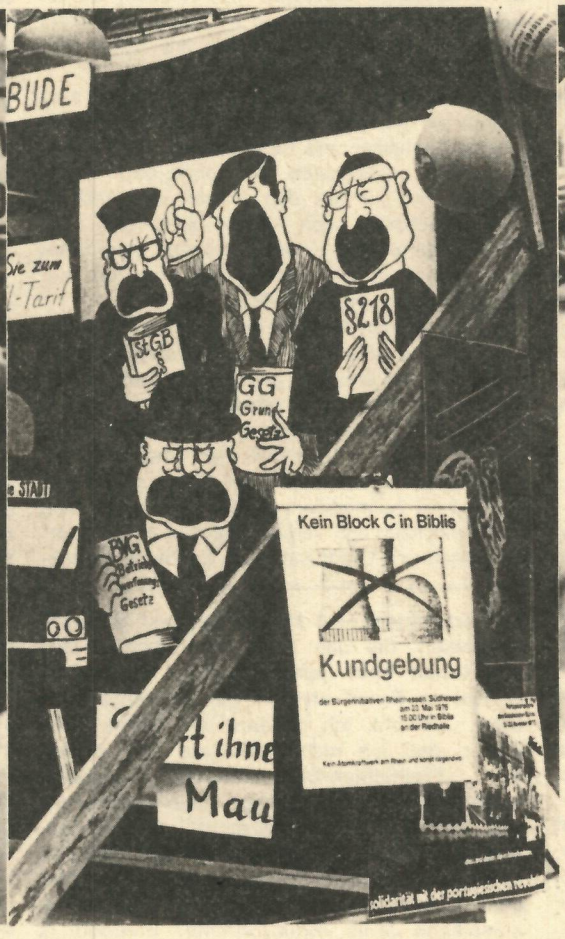
Wenn ich eingangs meiner Ausführungen gesagt habe, daß die Unternehmer eine ganze Strategie entwickelt haben, um die Arbeiterklasse anzugreifen, dann darf ich folgendes hinzufügen. Die zukünftigen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Klassenkämpfe werden von 3 eng miteinander verknüpften Faktoren bestimmt:

1. Von der verschärften Intensivierung der Arbeit und der Senkung der Lohnstückkosten. Mit geringerem Einsatz an Material, mit weniger Menschen und höheren Leistungen sollen die gleichen Mengen an Waren und Gütern erzeugt werden. Dieser Prozeß wird durch die Rationalisierungsinvestitionen noch forciert.
2. Der Kapitalexport ins Ausland wird zunehmend verstärkt. Die kapitalistische Konkurrenz zwingt die Unternehmer, in sogenannten Billiglohnländern Textilien, feinmechanische, optische, elektrotechnische Geräte und vieles andere herstellen zu lassen. Damit werden weiterhin Arbeitsplätze vernichtet.
3. Die Unternehmer schaffen so eine industrielle Reservearmee. Sie wird zur Dauererscheinung in den hochkapitalistischen Ländern. Diese Reservearmee wird zur Disziplinierung der Arbeiterklasse benutzt. Alle diese Maßnahmen werden den Lebensstandard der Arbeiterklasse herunterdrücken, wenn sie sich nicht selbst entschieden dagegen zur Wehr setzt.

Angesichts dieser Situation wird das Bewußtsein der Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen einerseits von der Angst um den Arbeitsplatz bestimmt. Andererseits schafft zunehmende Unterdrückung, Unsicherheit und Ausbeutung den politisch aktiven Kollegen im Betrieb ein größeres Gehör. Die Kollegen begreifen mehr und mehr, daß Anpassung an die Forderungen der Unternehmer nichts nützt, sondern nur ihre solidarische Abwehr aller Angriffe. Doch die Kollegen sind noch vielfach unsicher, ob und wie sie sich wehren sollen. Bei Antworten hierzu spielen natürlich die politisch erfahrenen Kollegen eine große Rolle, denn sie können die Lage erklären, wissen zu organisieren und können Vorschläge für gemeinsame Schritte machen.

Deshalb sind in den Fabriken *heute* die politisch aktiven Kollegen, die schon immer die schlechtesten Arbeiten verrichten mußten, die schon immer schikaniert worden sind, die schon immer am schlechtesten bezahlt worden sind und die man schon immer als Kommunisten abgestempelt hat, um sie zu diffamieren, *am meisten gefährdet.* Die wenigen politisch Aktiven können keineswegs allein gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Leistungsdruck kämpfen. Wir können von ihnen nicht erwarten, daß sie die Gegenwehr aller Kollegen ersetzen. Aber die Arbeit der politisch Aktiven kann dazu beitragen, daß sich die betroffenen Arbeiter und Angestellten nicht einschüchtern lassen und gemeinsam die Abwehr organisieren. *Auch dann, wenn es Rückschläge gibt.*

Der Einschüchterung und Unterdrückung durch die Unternehmer und staatliche Stellen kann nur durch die solidarische Gegenwehr aller Lohnabhängigen begegnet werden. Aktionen wie in Erwitte und im Kalletal, Streiks in vielen Betrieben in der BRD gegen Entlassungen und Betriebstillegungen zeigen uns, wie diese Probleme angepackt werden müssen.



## Stadtaktionen

Erst war´s wie immer: irgendein paar Typen standen mehr oder weniger gelangweilt rum, ,,links-extra" in den Händen, Parka locker, Bart: fast etwas peinlich war es ihnen, schien´s mir, ihr Papier unter die Menschen zu bringen.

Gleich daneben, adrett frisiert, manchmal Krawatte, die diversen Roten-Fahnen-Verkäufer: sie waren, natürlich, pünktlich, behaupteten ihren Platz.

Dann kamen die mit den Luftballons, dann die mit den T-Shirts. Zwei mit Gitarre, einer mit Akkordeon. Und "gestandene Leute", die zu uns gehörten. Das Bild veränderte sich. ,,links" lief, ,,extra" gut.

Die eilig Einkaufenden, Frankfurter Demos gewohnt, waren leicht irritiert: die da waren nicht mehr typisch. Klapptische wurden angefahren. Abzeichen verkauft, noch mehr Luftballons, Gitarren, Trommeln, Orgeln, Flöten, Sänger, Bücher und extra-links. Ein kleiner Straßenmarkt, ein bissel Cohns Basar. Auf der Mülltonne der Lehrling aus dem Pott, dem rührigen, mit großen Bild-Blättern agitierend: endlich mal kein linker Zeuge Jehovas, nicht nur, weil er lauter war, Linke sind schließlich immer lautere Leute.

Sogar das lief, worauf´s ankam: man pickte sich, den Blick auf den Habitus der Umstehenden gerichtet, seine Opfer raus. Viele Neue, dacht´ ich, wurden da angesprochen, stiegen ein, gingen anschließend mit, blieben dabei.

Und dann die Diskussionen, Diskussionen, Diskussionen. Endlich mal nicht *ein* Standpunkt, nicht *der* Standpunkt, nicht *die* richtige Linie, sondern *Dein* Standpunkt, seiner, viele... Und viele gute, vernünftige, ein Abwägen, Eingehen auf die Fragen, Zweifel, das Schimpfen, den Ärger der Leute, kein Abfertigen mit der Erklärung des ZK. Es war, für die Leute, nicht für uns, gar nicht mehr so einfach, dies alles da abzutun, wegzuschmeißen als Bekanntes. Und dann ein Riesendurcheinander. Wer wußte schon, wo´s langging...?

Um´s zusammenzufassen, was mir neu und gut schien: wir haben nicht irgenwen "eingebracht", wie es so schön heißt, sondern uns. Wir haben nicht auf irgendwen gewartet, der für uns singt, Gitarre spielt, Gedichte aufsagt, sondern selbst gesungen, Gedichte gemacht, diskutiert. Während wir sonst oft, zu Hause, unsere Schwächen bestaunen, konnten wir uns hier mal über unsere Stärke freuen. Ich mein: das war eine wichtige Entdeckung. **PG**

# Beiträge Berichte Protokolle aus den Arbeitsgruppen am Pfingstsonntag

## Ausbeutung und Unterdrückung

Wenn in der Bundesrepublik von politischer Repression die Rede ist, denkt jeder zuerst an die Berufsverbote. Die Berufsverbote signalisieren die Vorsorge der Herrschenden, den Staatsapparat von kritischen Bürgern freizuhalten und mit diesem Druck von oben Verhältnisse der Anpassung und des Duckmäusertums zu schaffen. Nicht zuletzt versprechen sich die Herrschenden von ihrer Politik Auswirkungen auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse mit dem Ziel, die durch die Krise entstandene Angst vieler Kollegen und Belegschaften zu vertiefen und mögliche Widerstandsaktionen zu unterbinden.

Es gab in der Nachkriegsgeschichte der BRD Zeiten, in denen der Zusammenhang von Ausbeutung und politischer Unterdrückung nicht so deutlich erkennbar war wie heute. Gewöhnlich waren dies Zeiten blühenden wirtschaftlichen Wachstums und ungehinderter Profitmacherei, in denen den Lohnabhängigen materielle Verbesserungen auch ohne größere Kämpfe zufielen. Ich denke hierbei vor allem an die Adenauer-Ära der 50er und 60er· Jahre. Aber vergessen wir nicht, daß es auch in dieser Zeit nicht an massiver politischer Unterdrückung gemangelt hat:

– gegen die Kommunisten, die den Faschismus überlebt hatten und

– gegen die Pazifisten, die gegen die atomare Aufrüstung protestierten.

Damals gab es weder in der Arbeiterklasse noch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Universität und Schule nennenswerten Widerstand gegen die fortschreitende politische Restauration.

Ich kann mich an diese Jahre gut erinnern, in denen es auch den Arbeitern weitgehend gleichgültig war, daß Kommunisten und Pazifisten verfolgt wurden. Ist es heute anders? Das kapitalistische System zeigt zum erstenmal seit 1945 deutlich sichtbar große Widersprüche. Eine Million Arbeitslose, Kurzarbeit, Arbeitsleistungen werden hochgejagt, ältere Kollegen werden durch jüngere ersetzt, usw. Die Kollegen und ganze Belegschaften werden zur Stellungnahme gezwungen.

Die Arbeiter haben weitgehend erkannt, daß der materielle Wohlstand und die industrielle Überlegenheit der BRD ihrer Arbeit zu verdanken ist. Daraus resultiert ein gesteigertes Interessenbewußtsein, das in den Arbeitskämpfen und spontanen Streiks seit 1969 zum Ausdruck gekommen ist. Die Maßnahmen der herrschenden Klasse sind darauf gerichtet zu verhindern, daß die ökonomische Krise mit ihren Auswirkungen in eine Krise des Systems umschlägt. Gleichzeitig sind die Sozialdemokraten und die von ihr abhängigen Teile der Gewerkschaftsführungen besorgt, daß sich politische Zusammenhänge herstellen könnten, die nicht von der SPD und Gewerkschaftsführung kontrolliert werden.

Wir haben darüber zu diskutieren, über welche Methoden die herrschende Klasse neben der Entfernung von Systemkritikern aus dem öffentlichen Dienst verfügt, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern. Wir haben uns damit zu beschäftigen, wie die bisher geltenden Gesetze, z. B. das Betriebsverfassungsgesetz und die Arbeitsordnungen, angewandt werden, um aufkommenden Widerstand in den Betrieben abzubiegen. Wir haben uns aber ebenso damit zu befassen, auf welchem Wege die bestehenden Gesetze im Interesse der Arbeiter angewandt werden können, z. B. das Recht auf freie Versammlung.

Seit Beginn der Krise treten in den Betrieben Fragen der Rationalisierung und der Leistungsintensivierung mehr und mehr in den Mittelpunkt: Die Rationalisierung führt zur Beseitigung von Arbeitsplätzen, es entsteht Angst um den Arbeitsplatz. Die Leistungsintensivirung in der Massenproduktion hat Ausmaße erreicht, daß an vielen Stellen in den Fabriken nur noch 20-40jährige gefragt sind. Wir haben uns aber auch damit zu befassen, auf welche Weise der Kampf gegen die Auspowerung der Arbeiter aufgenommen werden kann. Das Wort Auspowerung ist nicht übertrieben. Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein kommt zu der Feststellung, daß jeder dritte Kassenpatient durch beruflichen Streß und Angst vor sozialem Abstieg psychisch krank sei. (Stuttgarter Zeitung 2.6.76)

Von Bedeutung ist auch die Frage nach den Kampf- und Schutzorganisationen der Lohnabhängigen – den Gewerkschaften. Wir sollten uns die Analyse nicht zu leicht machen. Wenn auch nicht wenige unter uns die Gewerkschaften als Teil des Unterdrückungsapparates erfahren haben und feststellen mußten, daß konsequenter Interessenpolitik mit Ausschluß oder Ausschlußdrohung begegnet wird, so dürfen wir doch in der Diskussion dreierlei nicht übersehen:

1. Die Masse der Arbeiter ist in den Gewerkschaften organisiert, und die Arbeiter sehen in der Gewerkschaft ihre wichtigste Möglichkeit solidarischen Zusammenschlusses.
2. Die Gewerkschaften stellen keinen einheitlichen Block dar. Es gibt zwischen einzelnen Gewerkschaften und innerhalb jeder einzelnen Gewerkschaft vielfältige Differenzen und Widersprüche, die wir nicht übersehen, sondern für unsere Politik der konsequenten Interessenvertretung nutzbar machen sollen. Der Alleinvertretungsanspruch der sozialdemokratischen Funktionäre in den Gewerkschaften, die Partnerschaftspolitik betreiben, ist bestimmt kein ewiger.
3. Selbst wenn es zu einer politischen Organisierung im Verlauf der nächsten Jahre kommen sollte, sind die Gewerkschaften durch solche Organisationen nicht zu ersetzen.

HERMANN MÜHLEISEN

# Arbeitsintensivierung und Rationalisierung in der Krise

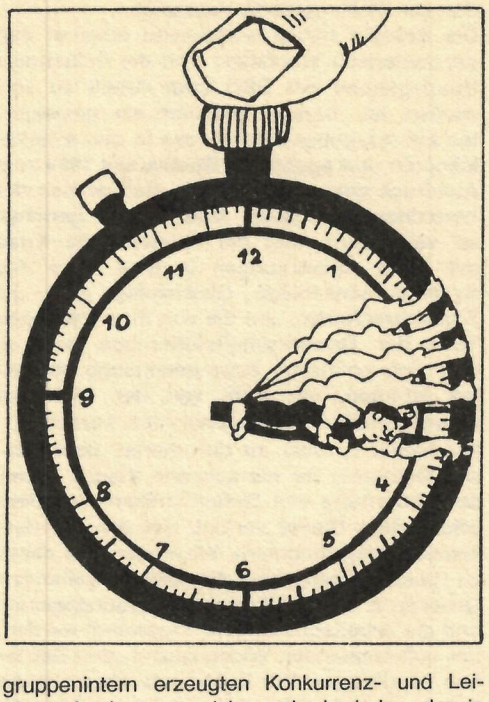
1. Ein wesentliches Moment der Unterdrückung im Betrieb ist die ständige Intensivierung der Arbeit, die besonders in der jetzigen Krisensituation des Kapitals stark vorangetrieben wird. Dabei ist die Arbeitsintensivierung eine doppelte Unterdrückung: Einmal ist die ständige Arbeitsintensivierung selber eine totale Unterdrückung der Persönlichkeit, eine Auslaugung des ganzen Menschen, die auch für die Zeit außerhalb der Arbeit abstumpft, müde und phantasielos macht für andere Gedanken und Beschäftigungen; zum anderen bedarf es zur Durchsetzung dieser Arbeitsintensivierung zusätzlicher Unterdrückungs- und Kontrollmaßnahmen, die den Freiheitsspielraum des einzelnen im Betrieb weiter einengen.

2. Ein wichtiges Mittel zur Intensivierung der Arbeit ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Neben den sogenannten "Mißliebigen" aller Art werden vor allem die sogenannten "Minderleister" von Entlassungen betroffen, wobei Minderleister jeder ist, der wegen Alter, Krankheit, persönlichen Problemen usw. dauernd oder für eine gewisse Zeit nicht in der Lage ist, die Durchschnittsleistung eines 30-jährigen zu erbringen. So trifft die Angst vor "Minderleistung" vor allem ältere und durch jahrelangen Arbeitsstreß krank gewordene Kollegen, die nun versuchen, mit den ständig höher geschraubten Leistungen der Jüngeren mitzukommen. Die vorhin bereits dargestellten verstärkten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen tragen im übrigen dazu bei, daß z. T. mühsam noch erhaltene Arbeitsspielräume mehr und mehr verschwinden. So werden bei Siemens z. B. zunehmend die automatischen Schreibmaschinen mit Einrichtungen zur zeitlichen Erfassung der Maschinenfunktionen versehen, angeblich um den rationellen Einsatz der teuren Schreibgeräte zu überwachen. Daß gleichzeitig die Zahl der Anschläge der an der Maschine sitzenden Frau mit überwacht wird, veranlaßte unseren Betriebsrat zu der Aufforderung an die Geschäftsleitung, "er hoffe, daß das nicht zur Kontrolle der Frauen ausgenützt werde!"

3. Dem Zweck der Arbeitsintensivierung dienen vor allem neue Methoden zur Organisierung und Bewertung der Arbeit. Die Arbeit im Produktionsbereich ist inzwischen soweit durchrationalisiert, daß aus den Arbeitern beim besten Willen nicht mehr herauszuholen ist. In Fließband- und anderen Serienproduktionsabteilungen mit starker Arbeitszergliederung kann der Arbeitsdruck nur aufrecht erhalten werden durch einen schnellen Austausch der Arbeitskräfte, die in diesen Bereichen ja hauptsächlich aus Frauen und Ausländern bestehen. Wenn sie von der Arbeit kaputt gemacht sind (z. B. bei Siemens durch das Arbeiten am Mikroskop die Augen erkrankt sind), werden sie durch neue ersetzt. Für diese Arbeitsplätze steht eine genügend große Reservearmee in Südeuropa zur Verfügung. Kolleginnen und Kollegen, die diese Arbeiten über viele Jahre verrichten müssen, werden spätestens mit 40 Jahren leidend und geraten damit in Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die Versuche, z. B. immer neue Steigerungen der Bandgeschwindigkeit durchzusetzen, zeigen, daß die Unternehmer es in diesem Bereich der

Produktion nicht einmal mehr nötig haben, haushälterisch mit der von ihnen gekauften Arbeitskraft umzugehen. Statt dessen betreiben sie rücksichtslos Raubbau an dem Leben und der Gesundheit dieser Arbeiter, die daher in ihren oft spontanen Kämpfen ums bloße Überleben kämpfen.

Im Bereich des traditionellen Zeit- und Akkordlohnes konzentrieren sich die Unternehmner darauf, das Unterlaufen des Zeiterfassungs- und Akkordsystems durch die Solidarität der Arbeiter zu verhindern. Es werden neue Lohn- und Arbeitsorganisationssysteme erdacht, die die persönliche Konkurrenz der Kollegen zum Hauptpunkt haben. Diese neuen Systeme (Pensum- und Festlohn, auf der Gaus´schen Normalverteilung beruhende analytische Leistungsbewertungssysteme u. a.) werden zunehmend eingeführt. Beispiele sind dafür das Siemens-Entlohnungssystem (SES), das nur vorläufig auf Eis gelegt ist, das Bewertungssystem der Farbwerke Hoechst (Monatslohn) und das Leistungsbewertungssystem in der bayerischen Metallindustrie. Neben der Arbeitsintensivierung haben diese Systeme eine entsolidarisierende Wirkung auf die Kollegen, was auch die Neigung zur gewerkschaftlichen Organisation schwächt. Die Versuche mit sogenannten selbststeuernden Gruppen mit Arbeits-Rotation und Arbeits-Anreicherung, wie es vor allem bei Volvo in Schweden bekannt wurde, widerspricht nur scheinbar dieser Tendenz. Zum einen fallen diese Experimente bis jetzt zahlenmäßig kaum ins Gewicht (auch bei VOLVO umfaßt diese Form der Produktionsorganisation gerade 5 %). Zum anderen ist es der Versuch, durch Wettbewerb der Produktionsgruppen untereinander die Konkurrenz aufrechtzuerhalten und gleichzeitig einen



gruppenintern erzeugten Konkurrenz- und Leistungsdruck zu erreichen, da ja jeder, der in der Gruppe nicht mithält, die Gesamtleistung drückt.

4. Die gewerkschaftliche Politik beschränkt sich darauf, lediglich die Folgen der Arbeitsintensivierung für die Arbeiter zu mildern, etwa im Kampf um Pausenminuten wie beim Manteltarifvertrag in Baden-Württemberg. Durch die Mitarbeit an der Entwicklung und Einführung sogenannter wissenschaftlicher Arbeitsbewertungsmethoden fördert diese gewerkschaftliche Politik die Vorstellung von einem je nach Person und Leistung unterschiedlichen gerechten Lohn. Sie läßt die Kollegen bei ihrem gegenwärtig neben der Arbeitsplatzunsicherheit wesentlichsten Problem, der Steigerung der Arbeitsintensität, im Stich. Zudem zieht sich die Gewerkschaft mit dieser Politik selber den Boden unter den Füßen weg, da die konkurrenzfördernden Systeme die Atmosphäre zwischen den Kollegen vergiften, während gute, weitgehend konkurrenzfreie Beziehungen unter den Kollegen einer Abteilung die Basis für die Bereitschaft zu gewerkschaftlichem Engagement sind. Darüber haben wir keinen Grund zur Schadenfreude, da wir die gewerkschaftliche Organisation und das gewerkschaftliche Denken nicht nur als absolut notwendig für die Durchsetzung grundlegender Lebensinteressen im Kapitalismus, sondern auch als Basis für ein über den Kapitalismus hinausreichendes Bewußtsein ansehen.

5. Die Arbeitsintensivierung hat inzwischen in breiter Front auch die Angestellten erreicht. Vorbei sind die Zeiten, wo sich die Angestellten als die Elite des Betriebes fühlen konnten, die vom Chef automatisch als einzelne ihre Gehaltserhöhung erhielten, schon um den Abstand zu den Arbeitern zu erhalten. Mit steigenden Angestelltenzahlen, die in wenigen Jahren die der Arbeiter übertreffen werden, sind die Angestellten zu einem der wesentlichsten Kostenfaktoren der Betriebe geworden. Im Bereich der kaufmännischen und Organisations-Angestellten wurde die Arbeit vor allem durch den Einsatz von Elektronenrechnern erfaßbar, teilbar, kontrollierbar und damit zeitlich bestimmbar. Die Voraussetzungen zu festen Zeitvorgaben und Leistungskontrollen waren damit gegeben. Die Arbeit wird wie im Produktionsbereich sorgfältig in ein-

## Repression unterhalb der Ausschlußgrenze

**Man kann feststellen, daß Firmenleitungen und Gewerkschaften bei dem Entstehen einer sozialistischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit alle Möglichkeiten wahrnehmen, um solche Entwicklungen im Keim zu ersticken. Werden linke Kollegen von repressiven Maßnahmen der Firmenleitungen getroffen, so bleibt ihnen, wenn sie nicht über einen starken Rückhalt in der Belegschaft verfügen, nur der Weg zum Betriebsrat, der Gewerkschaft oder dem Arbeitsgericht. Hier zeigt sich aber, daß gelegentlich schon bei den Betriebsräten oder doch Teilen davon solche Unterdrückungsmaßnahmen der Geschäftsleitungen unterstützt, ja sogar manchmal gefordert werden. Wenden sich diese Kollegen an ihre Gewerkschaft, so sind unterschiedliche Verhaltensweisen feststellbar. Normalerweise wird die Gewerkschaft den Betriebsrat anrufen und sich dessen Stellungnahme geben lassen, dann den Betriebsrat auf die Unzulässigkeit einer Maßnahme hinweisen und, falls der Betriebsrat nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, die Aufhebung der Maßnahme beim Arbeitgeber zu erwirken, die Kollegen vor dem Arbeitsgericht vertreten.**

**Jedoch bei in der Gewerkschaft und dem Betriebsrat unliebsamen Kollegen wird entweder**

- **der Rechtsschutz abgelehnt mit der Begründung, daß keine Aussicht auf Erfolg einer Klage bestehe,**
- **der Rechtsschutz abgelehnt mit dem Hinweis, daß der Gewerkschaft Informationen vorlägen, die auf die Zugehörigkeit der betroffenen Kollegen zu einer unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fallenden Organisation schließen lassen. Statt der erwarteten Rechtshilfe wird nun ein Schreiben an die Kollegen verschickt, in dem sie aufgefordert werden zu erklären, daß sie keiner der unter den Unvereinbarkeitsbeschluß fallenden Organisation mehr angehören oder diese weiterhin unterstützen. Erfolgt diese Erklärung nicht innerhalb von 14 Tagen, hat das den sofortigen Ausschluß aus der Gewerkschaft zur Folge.**
- **Wird der Rechtsschutz gewährt, so kann es passieren, daß der Rechtsvertreter nicht zur Verhandlung erscheint oder kurz davor bekannt gibt, daß er einen anderen wichtigen Termin wahrnehmen müsse. Im Ergebnis bedeutet das, daß die Gewerkschaften unbequemen Kollegen den Schutz der Organisation versagen.**

**Neuere Praxis ist nun, daß, wenn ein Kollege seinen Arbeitsplatz verloren hat und sich bei einer anderen Firma bewirbt, er dort zwar eingestellt wird, jedoch schon bei der Einstellung feststeht, daß er innerhalb der Probezeit wieder entlassen wird. Selbst in ihrem Beruf hochqualifizierte Kollegen fällt es nach vier- oder fünfmaliger Wiederholung dieses Vorganges schwer, einem selbst unpolitischen Arbeitgeber zu erklären, wie es zu diesem häufigen Stellungswechsel innerhalb der Probezeit gekommen ist.**

**Möglich wird dieses Vorgehen der Firmenleitungen durch den Informationsaustausch zwischen Personalleitern verschiedener Firmen und den Betriebsräten entweder in direktem Kontakt oder in manchen Fällen sogar über die Verwaltungsstellen der Gewerkschaften. Feststellbar ist nicht nur ein Informationsaustausch von Betriebsräten, der über die Gewerkschaften läuft, sondern die linken Kollegen, die innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen Funktionen haben, werden bei deren Ausübung behindert. Das geschieht z. B. dadurch, daß an linke Kollegen keine Informationen gegeben werden oder die Einladungen zu Veranstaltungen verloren gehen, was heißt, daß sie gar nicht erst abgeschickt werden. Benötigtes Material oder Räume sind angeblich zur Zeit nicht vorhanden.**

**Besonders betroffen sind hier die Kollegen, die in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig sind. In zunehmendem Maße werden Kollegen von der Bildungsarbeit ausgeschlossen, weil die von ihnen vertretenen Bildungsinhalte sich nicht mit den sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen der Vorstände decken. Möglichkeiten, unterschiedliche Auffassungen über Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren, bestehen teilweise so gut wie gar nicht.**

**So sehen denn auch Teile der Gewerkschaften die Entstehung von Listen bei den Betriebsratswahlen eher als ein Problem der Einhaltung der Satzung an und nicht als ein Problem der innergewerkschaftlichen Demokratie.**

**Hier entsteht der Widerspruch, daß die Gewerkschaften sich zwar gegen die Berufsverbote im öffentlichen Dienst aussprechen, gleichzeitig aber durch ihr Vorgehen gegen innergewerkschaftliche Kritik an der Politik der Vorstände zur Ausdehnung dieser Berufsverbote auf andere Bereiche beitragen.** ★

zelne Qualifikationsstufen geteilt. In Großbüros werden unter straffer Führung die gleichartigen Tätigkeiten (Schreiben, Zeichnen, Lochen usw.) durchgeführt. Hier wird teilweise bereits Akkord gearbeitet wie in der Serienproduktion. Aber auch die übrigen Arbeiten der Sachbearbeiter werden durch raffinierte Systeme genau erfaßt, zergliedert, analysiert und die Ergebnisvorgaben täglich kontrolliert. So soll etwa durch das VEFAC-System die Arbeitsleistung der Angestellten auf das Doppelte gesteigert werden. Bei der Einführung des Systems hofft die VEFAC-Gesellschaft auf die Hilfe des Betriebsrates, den es frühzeitig zu unterrichten gelte, da er ja, so wörtlich, "am ehesten rebellierende Mitarbeiter aufklären und besänftigen muß". Zudem stehe er solchen Systemen durchaus positiv gegenüber: "Meist ist ihnen der gemütliche Trott in den Büros gegenüber dem straffen Arbeitstempo in den Werkshallen ohnehin ein Dorn im Auge."

6. Neue Technologien ermöglichen jedoch auch im Bereich der technischen Entwicklung, bei den Technikern, Ingenieuren und Diplomingenieuren eine stärkere Aufgliederung, Abgrenzung und Kontrolle der Arbeit. Die Modulartechnik, die vom Elektronikbereich in immer weitere Gebiete vordringt, ermöglicht es zunehmend, ganze Systeme hierarchisch aufzubauen, wobei vom Entwickler auf jeder Stufe Bauteile verwendet werden, die er als schwarzen Kasten betrachten kann, von denen er lediglich die Eingangs- und Ausgangseigenschaften kennen muß. Der Entwickler der Bauteile dagegen weiß nicht, zu welchem System, für welchen Zweck sein Bauteil später mit welchen anderen Bauteilen zusammengefügt wird. Im Bereich der Programmierung hat die neue Technik der strukturierten Programmierung dieselbe Funktion: nämlich die Streuung des technologischen Wissens der kapitalistischen Betriebshierarchie anzupassen. Auf jeder Stufe überblickt nur der Leiter den Zweck und den Zusammenhang der Einzelentwicklungen. Die betriebliche Hierarchie unterlaufenden fachlichen Querverbindungen werden zunehmend ausgeschlossen.

7. Diese Veränderungen haben zur Folge, daß die objektive Situation der Angestellten sich zwar zunehmend der der Arbeiter angleicht, daraus jedoch keineswegs ein gewerkschaftliches Solidaritätsgefühl bei den Angestellten entsteht. Die alte Vorstellung des Angestellten, der glaubt, sein Gehalt entsprechend seiner persönlichen Leistung und Bedeutung für die Firma mit dem Chef auszuhandeln, wird unmittelbar durch neue Formen der Isolation und Konkurrenz zu den Kollegen aufgehoben. Die neuen Formen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsplatz- und Leistungsbewertungssysteme im Angestelltenbereich und die immer mehr verfeinerte psychologische Personalführung halten die wesentlichen Erscheinungen der Konkurrenz und Spaltung unter den Angestellten aufrecht und verschärfen sie sogar noch. Durch Förderung dieser neuen Bewertungssysteme verhindert die Gewerkschaft selber mit, daß die Angestellten sich bei ihr organisieren.

8. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Indem die Gewerkschaftspolitik voll das kapitalistische Leistungs- und Konkurrenzsystem übernimmt und glaubt, damit sogar eine "gerechtere" Lohnverteilung zu erreichen, entzieht sie sich ihre eigenen Grundlagen, da gewerkschaftliche Arbeit auf Solidarität, statt auf Spaltung und Konkurrenz beruht.

9. Daraus ergeben sich einige Ansätze für eine Abwehrstrategie von Sozialisten im Betrieb. Die wichtigste Aufgabe ist es, am Arbeitsplatz die Auswirkung der Arbeitsorganisation auf uns selber gemeinsam mit den Kollegen zu besprechen, sie uns klar zu machen und dadurch zu unterlaufen. Aus der Einsicht in die Zielsetzungen der Systeme, nämlich Arbeitsintensivierung durch Konkurrenz, entspringt auch die Bereitschaft, sich im Betrieb und in der Gewerkschaft dafür zu engagieren, daß diese Probleme endlich auf die Tagesordnung gewerkschaftlicher Politik kommen, nicht als Randproblem wie bisher, sondern als eine zentrale Aufgabe.

Wache Betriebsräte hätten auf diesem Gebiet viele Möglichkeiten, die Belegschaft von der rechtlichen Seite zu unterstützen, da eigentlich diese ganzen Umstrukturierungen der Arbeitsorganisation zum Zweck der Arbeitsverdichtung mitbestimmungspflichtig sind. Die Betriebsräte können jedoch wohl nur durch aktive Kollegen und Vertrauensleute dazu gebracht werden, ihr meistens firmenkonformes Verhalten in allen Fragen der Rationalisierung aufzugeben. Das schließt die Notwendigkeit innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen ein. Es ist ein Irrtum zu glauben, durch innergewerkschaftliche Rücksichtnahmen ("Erst einmal die Kollegen in die Gewerkschaften kriegen, dann erst die gewerkschaftliche Politik problematisieren.") seine Position für die Zukunft zu festigen, wenn diese Rücksichten bedeuten, dabei mitzuhelfen, daß den Kollegen die Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Arbeitsorganisation, Arbeitsintensivierung und sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik auch weiterhin nicht klarwerden.

10. Das heißt, daß es darauf ankommt, die Arbeitsintensivierung in ihrem umfassenden Zusammenhang mit Krise, allgemeiner betrieblicher Unterdrückung, Arbeitsplatzunsicherheit und Lohnabbau zum Thema von Betriebsversammlungen, gewerkschaftlichen Versammlungen, vor allem auf der Abteilungsebene, und von gewerkschaftlicher, besonders betrieblicher, Bildungsarbeit zu machen. Sozialisten sind daran zu messen, wie sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aufgreifen, in allgemeine Zusammenhänge des Kapitalismus stellen und diese Interessen um so konsequenter in ihrem persönlichen Verhalten und Handeln vertreten.

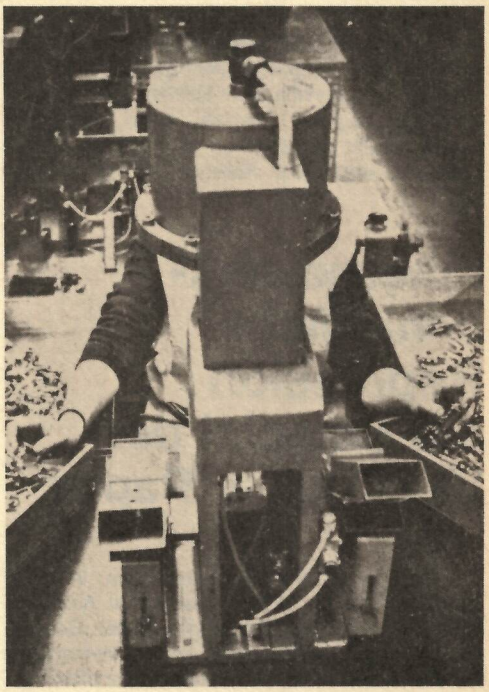
**REINER JENDIS**

# Kampf gegen die Krise

Vielfach sind die Kollegen durch die Krise verängstigt und ziehen sich ins Wohlverhalten zurück, wobei sie hoffen, daß, jedenfalls für sie persönlich, die schlechten Zeiten ohne schlimmere Auswirkungen vorübergehen werden. Darin werden sie oft durch Betriebsräte bestärkt, die gar nicht erst versuchen, Widerstand in den Belegschaften zu mobilisieren und davon auch die Vertrauensleute, die meist von ihnen abhängig sind, abhalten. Dem Hinwegreden (oder -beten) der Krise und der Parole des Stillhaltens, weil dann alles schon wieder werden würde – also der Politik der rechtssozialdemokratischen Mehrheit in der SPD, der sie meist verbunden sind – haben sie sich voll angeschlossen. Wo SPD-Betriebsgruppen arbeiten, unterstützen diese solche Politik. Auf Kritik an diesem Verhalten erfolgen oft massive Drohungen, denen sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre in nicht wenigen Fällen anschließen. Die doppelte Repression, der kritische und linke Kollegen, die an aktiver Gegenwehr interessiert sind, weil sie längst erkannt haben, daß Stillhalten nicht hilft, ausgesetzt sind, kommt so auf ihren Punkt.

Allerdings warnte auch ein Betriebsrat aus dem Ruhrgebiet vor einer allzu groben Verallgemeinerung solcher Einschätzung, vor allem im Hinblick auf die Rolle der Betriebsräte: "Ich möchte etwas sagen zu einer gewissen Tendenz, die sich gegen die Betriebsräte richtet. Wir meinen, daß z. B. in NRW in den letzten Jahren die Krise auch dazu geführt hat, daß es ein besseres Verhältnis gibt zwischen den Betriebsräten und Vertrauensleuten. Gerade in den mittleren Betrieben, wo so 1000 bis 4000 Beschäftigte sind und wo die gewerkschaftlichen Strukturen, die Vertrauensleute also, in Ordnung sind, ist man einfach durch die Krise zusammengerückt. Und auch Sozialdemokraten, die früher so ihre sozialpartnerschaftlichen Dusseleien hatten, haben begriffen, daß das Kapital sie knüppelt."

"Aber wie wir auch geschimpft und gemeckert haben über die Gewerkschaften, ohne die Benutzung der gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb – dort wo sie vorhanden sind – als unterste Basis des Widerstandes, kann man gar nichts machen." Der Genosse – und auch andere Genossen – schilderten auch die objektiven Schwierigkeiten der Betriebsräte: Kurzarbeit und Entlassungen werden von den Kollegen vielfach als unabänderlich hingenommen, weil sie den lauthals propagierten "Sachzwängen" auf den Leim gehen. Dagegen entzündet sich Widerstand



an äußerlich nebensächlichen Fragen, wie z. B. der Verteuerung des Kantinenessens oder Maßnahmen, die das subjektive Rechtsempfinden verletzen. Die Alternative Kurzarbeit oder Entlassung überfordert viele Betriebsräte oft genauso, wie – bei leichten Besserungstendenzen – die Alternative Sonderschichten/Überstunden oder Neueinstellungen. Dazu führte ein Betriebsrat aus: "Wir sind ein Unternehmen, das sehr vom Markt abhängig ist und zudem zu einer überbesetzten Branche gehört. Wir haben einen riesigen Lagerbestand, so daß wir uns ausrechnen können, wenn das ein halbes Jahr so weitergeht, ist der Laden pleite. Wenn uns dann der Konzern, zu dem wir gehören, einen Auftrag gibt, der eilig ist, und nur mit Überstunden geschafft werden kann, dann kann sich der Betriebsrat noch so den Kopf heiß diskutieren, am Ende muß er den Überstunden zustimmen, sonst geht der Auftrag an ein anderes Konzernunternehmen. Das sind Dinge, denen man nicht ausweichen kann. Man kann nicht sagen, das

ist uns alles scheißegal; denn da zieht ja auch die Belegschaft nicht mit."
Die Belegschaft muß mitziehen, das Bewußtsein der Kollegen muß berücksichtigt werden, unten an der Basis muß bei der Entwicklung von Widerstand angesetzt werden, dies wurde vielfach zum Ausdruck gebracht. So wichtig nun aber die Entwicklung betrieblicher Widerstandsaktionen sei, wurde ebenfalls argumentiert, dies müsse notwendig isoliert bleiben und könne auch nicht aufgehoben werden durch die gewiß wichtige Kommunikation linker Genossen aus den verschiedenen Betrieben. Das Einbringen von Forderungen wie "voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit", "Kampf gegen befristete Arbeitsverträge", "Absicherung der Effektivverdienste", "Forderung von Tariferhöhungen um gleiche Geldbeträge" usw. müsse auch über die Vertrauensleute in die Gewerkschaften eingebracht werden. Auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung und der Einbeziehung der Arbeitslosen in die gewerkschaftliche Arbeit müsse dort diskutiert werden.
Natürlich müsse man immer untersuchen, in welchem Zustand sich Betriebsrat, Vertrauensleute und örtliche Gewerkschaft befänden. Wo Strukturen vollkommen verfestigt seien, wo sich nichts mehr bewege, müsse man freilich nach anderen Wegen suchen.
Man kann nicht alles nach einem vorgefaßtem Schema lösen. Dies muß, gerade vor dem Hintergrund des geringen allgemeinen Bewußtseinsstandes und aufgrund der großen Ungleichzeitigkeit im Bereich von Betrieb und Gewerkschaften, begriffen werden, wenn man nicht immer wieder die gleichen belanglosen Gesten über die Köpfe der Kollegen hinweg machen will.

# Innergewerkschaftliche Repression am Beispiel der IG Druck + Papier

Die Geschichte der Gewerkschaften ist auch die Geschichte der Unterdrückung bzw. Ausschaltung oppositioneller Strömungen in den Gewerkschaften. So zum Beispiel im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Burgfriedenspolitik während des Ersten Weltkrieges, der Arbeitsgemeinschaftspolitik während der Weimarer Republik, der Kommunisten-Rausschmisse bei Revers-Verweigerungen in den fünfziger Jahren und anläßlich des Mauerbaus in Berlin oder neuerdings auf Basis der Extremistenbeschlüsse.
Ich will im folgenden versuchen, für die IG Druck und Papier Bedingungen, Ursachen, Praxis und Adressaten der Gewerkschaftsausschlüsse an einigen Beispielen aufzuzeigen. Diese Beispiele sind so gewählt, daß durch sie alle relevanten Fragestellungen hinsichtlich der Repressions- und Ausschlußpraxis in der IG Druck und Papier abgedeckt werden:
– Zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen wurden Ausschlußverfahren im größeren Umfang als Mittel gegen oppositionelle Gewerkschafter eingesetzt?
– In welcher Situation erfolgte die formelle Absegnung der Ausschlüsse durch die Unvereinbarkeits-Beschlüsse?
– In welchen Fällen griff die Gewerkschafts-Bürokratie in der Regel nach Ausschluß-Verfahren (zweite, linke Listen bei Betriebsrats-Wahlen, öffentliche Kritik der offiziellen Tarifpolitik, "Fraktionsbildungen" usw.)?
– Welche Gruppen und Personen sind von den Verfahren im besonderen Maße betroffen?
– Was sind die Gründe dafür, daß in gleichgelagerten Konfliktfällen unterschiedlich vorgegangen wird?
– Mit welchen Formen unterhalb der Ebene des Ausschlusses wird gegen die Opposition vorgegangen?
Die Repression und die Ausschlüsse in der IG Druck und Papier sind zu sehen als Antwort der Gewerkschaftsbürokratie auf eine sich entwickelnde oppositionelle Strömung, die sich aus verschiedenen Quellen speiste:
– Aus der graduellen und punktuellen Desillusionierung von Teilen der Druckarbeiter im Gefolge der Krise 1966/67, der Krise 1970/71 und der sich seitdem ständig verschärfenden strukturellen Krise in der Druckindustrie,
– aus dem Übergreifen der Studenten- und Schülerbewegung auf Lehrlinge, Jungarbeiter und junge Journalisten und Publizistikstudenten,
– aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, die zu dieser Zeit noch eine Vermittlung sozialistischer und klassenkämpferischer Inhalte, wie begrenzt auch immer, leistete.
Wie in den anderen Branchen und Gewerkschaften entwickelten sich auch in der Druckindustrie und der IG Druck und Papier Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen (Genossen aus der alten Arbeiterbewegung, desillusionierte Jungarbeiter, Lehrlinge und Redakteure), die – unterstützt durch die Zuarbeit von Intellektuellen (Publizistikstudenten und Sozialwissenschaftlern) außerhalb der Betriebe – eine klassenkämpferische Interessenpolitik mit der erklärten revolutionären Zielsetzung Sozialismus aus dem Betrieb heraus anstrebten und weiterhin anstreben. Daneben verstärkten sich die reformistischen Tendenzen. Im Unterschied zu den anderen Gewerkschaften gewannen die reformistischen Strömungen in der IG Druck und Papier mehr Breite. Publizistikstudenten und Journalisten, die vorwiegend bei den Jusos oder in der DKP organisiert waren oder sind, betrieben die Umwandlung der bisher vorwiegend an Berufsgruppenproblemen orientierten Deutschen Journalisten Union (dju) in der IG Druck und Papier in eine konsequent die eigene Berufsproblematik überschreitende gewerkschaftspolitische Kraft, die massiv Forderungen nach einer konsequenten Interessenpolitik, einer Demokratisierung der Gewerkschaft und einer konsequenten Unterstützung gesamtgesellschaftlicher Reformvorhaben stellte.
Gegenüber diesen oppositionellen Strömungen versagte die traditionelle Integrationspolitik der mehrheitlich kapitalreformerisch orientierten Gewerkschaftsbürokratie. Die Loyalität gegenüber dem bestehenden kapitalistischen System, die enge Bindung an die SPD und die klare Absage an jede sozialistische Alternative zu dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung ließ den etablierten Gewerkschaftsapparat in unversöhnlichem Gegensatz zu den oppositionellen Strömungen stehen. Im Gefolge der Veränderungen der Akkumulationsbedingungen des Druckkapitals 1970/71 – erste negative Veränderung der Wachstumsrate nach dem Zweiten Weltkrieg, zunehmende strukturelle Krisenerscheinungen - der damit einhergehenden Einengung der gewerkschaftlichen Handlungsspielräume und der wachsenden Gefahr, die oppositionellen Kräfte in Betrieb und Organisation nicht mehr unter Kontrolle zu halten, startete die Gewerkschaftsbürokratie kurz vor der Betriebsratswahl 1972 die Gegenoffensive. Diese Gegenoffensive erfolgte zunächst über die verschärfte Anwendung der alltäglichen institutionellen Unterdrückungspraktiken: Nichtinformation, Diffamierung, Genehmigungspflicht für Flugblätter und Aktionen, verschärfte Kontrolle von Wahllisten und Wahlen selbst, Sich-tot-laufenlassen im Gestrüpp der Geschäftsordnungen und Statuten usw. Parallel lief die Vorbereitung des Extremisten-Beschlusses. Diese Vorbereitung wurde eröffnet durch einen Artikel des 1. Vorsitzenden Mahlein im Zentralorgan "druck und papier" und durch einen Artikel von Eugen Stotz (damaliger Chefredakteur des Zentralorgans) in der "feder", dem Organ der dju. Von der "feder" wurden die Journalisten konsequent abgenabelt, d. h. die inhaltliche Gestaltung ihres Berufsgruppen-Organs war nicht ihrer, sondern der unmittelbaren Kontrolle des Hauptvorstandes unterworfen. Tenor dieser Artikel war: Ein linientreuer Kommunist kann nicht zugleich ein guter Gewerkschafter im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms sein. Die Gewerkschaft muß vor den "anarchistischen Unterwanderern", die mit "linksfaschistischen Methoden" die Gewerkschaft "spalten wollen", geschützt werden.

## Beispiel 1: Der Fall Mettke/Reisner

In dieser Phase der Vorbereitung des Extremisten-Beschlusses startete der "Rechtsaußen"-Landesbezirksvorstand in Berlin das erste spektakuläre Ausschlußverfahren gegen die Journalisten und Funktionäre des Landesbezirksvorstandes der dju, Jörg Mettke und Stefan Reisner. Was waren die Ausschlußgründe?
Mettke und Reisner organisierten für die auf die Straße gesetzten 180 Kollegen der Officina-Druckerei eine Sammlung, weil die Kollegen seit Wochen ohne Lohn waren und die Gewerkschaft keine unmittelbare Unterstützung organisierte. Die Erfahrungen mit SPD-Senat und Gewerkschaftsbürokratie bei der Einstellung der Berliner Tageszeitung "Telegraph & Nachtdepesche" (SPD) hatten Mettke und Reisner diesen Schritt tun lassen. Die Reaktion kam prompt in Form des Ausschlußverfahrens. Die mit der Sammlung praktizierte Solidarität wurde als "gewerkschaftsschädigend" angesehen, weil
1. der Kompetenzbereich des Landesbezirksvorstandes (LBZV) verletzt worden sei;
2. mit den Spenden auch Nichtorganisierte unterstützt wurden;
3. mit Zahlungen an Organisierte der Eindruck erweckt würde, die Gewerkschaft sorge nicht hinreichend für ihre Mitglieder;
4. das Verhalten von "den im linksradikalen Bereich angesiedelten Gruppen Gelegenheit (gab) in ihren Publikationen in diffamierender Weise gegen die IG Druck und Papier Stimmung zu machen" (Zentralorgan vom 8.1.1973).
Zu 1: Nur wer formale Gründe über das Wohl einer Belegschaft stellt, kann Kollegen, die praktische Solidarität üben, einen Strick daraus drehen. Zwar fiel lt. Geschäftsordnung die Spendensammlung unter die Genehmigungspflicht des LBZV. Da jedoch der LBZV seiner gewerkschaftlichen Pflicht, die Kollegen mit allen Kräften zu unterstützen, nicht nachkam, haben Mettke und Reisner mit der von ihnen initiierten Spendenaktion genau das getan, was getan werden mußte.
Zu 2: Spenden erhielten alle Kollegen, die bedürftig waren. Die Verteilung der Gelder organisierte der Officina-Betriebsrat. Der Betriebsrat begründete die Unterstützung auch Nichtorganisierter damit, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben, die gemeinsamen Interessen der ganzen Arbeiterklasse zu vertreten und auf eine Überwindung der Spaltung in der Arbeiterklasse hinzuarbeiten haben.
Zu 3: Entgegen der Meinung der Kollegen stellte sich der LBZV auf den Standpunkt, eine wirtschaftliche Notlage sei nicht vorhanden gewesen. (Die Kollegen waren seit Wochen ohne Lohn!)

Zu 4: Auf die Veröffentlichung von Artikeln und Spendenaufrufen in sozialistischen und kommunistischen Betriebszeitungen hatten Mettke und Reisner keinerlei Einfluß.
Diese Ausschlußverfahren lösten eine bundesweite Solidaritätsbewegung für beide aus, die den Widerstand gegen die innergewerkschaftliche politische Disziplinierung deutlich machte, aber auch weitere Reaktionen des Hauptvorstandes auslöste. So drohte der 1. Vorsitzende Mahlein dem Mitglied des Westberliner Landesvorstandes der dju Bodo Zeuner in einem eingeschriebenen Brief an, Strafantrag zu stellen, weil Zeuner die Ausschlüsse auf einer Mitgliederversammlung kritisiert und angemerkt hatte, daß die Ausschlüsse mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen bis nach der Wahl zurückgestellt worden seien.
In dieser Situation, die zusätzlich verschärft wurde durch die harten Auseinandersetzungen im Vorfeld der 73er-Tarifrunde (viele Warnstreiks, starker Druck auf Tarifkommissionsmitglieder und Hauptvorstand, Mehrzahl der Forderungen um 20%), trat der Hauptvorstand bürokratisch die Flucht nach vorn an. Am 19.3.1973 erließ er seinen Extremistenbeschluß, den ersten der deutschen Einzelgewerkschaften.
"Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur 'Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition' (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher Zielsetzung bekennen, deren Bestreben durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschluß aus der Gewerkschaft) Ziffer 1a beziehungsweise 1c anzuwenden."

### § 11 Satzung der IG Druck und Papier

**1. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dieses**
**a) den Bestimmungen der Satzung oder den Beschlüssen der Gewerkschaft nicht Folge leistet, insbesondere bei einem von der Gewerkschaft ausgerufenen Streik Streikbrecherarbeit leistet;**
**c) Handlungen begeht oder begangen hat, die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaft schädigen oder ihren Grundsätzen zuwiderlaufen.**

Worauf der Extremistenbeschluß tatsächlich zielte, erhellen folgende Stellungnahmen: Auf den Hinweis bürgerlicher Journalisten, daß die RGO zahlenmäßig bedeutungslos sei, antwortete der Hauptvorstand unter Verweis auf die Geschichte, man könne solche Fraktionen nicht nur nach ihrer Mitgliederzahl bewerten. Den eigentlichen Adressaten enthüllt eine andere Stellungnahme des Hauptvorstandes, die besagt, daß sich der Beschluß "gegen Gruppen richtet, die es noch gar nicht gibt, die sich spontan sehr schnell bilden können."
Zurück zu Mettke und Reisner. Der Konflikt um ihren Ausschluß und den Extremistenbeschluß zog sich öffentlichkeitswirksam bis zum Gewerkschaftstag im Oktober 1974 hin. Zahlreiche Anträge zur Aufhebung des Extremistenbeschlusses und zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft der beiden Kollegen wurden gestellt. In einem bewußt geschürten Klima der Intellektuellen- und Linksfeindlichkeit und mit Hilfe weiterer bürokratischer Maßnahmen wurde eine revidierte Fassung des Initiativantrags 28 des Hauptvorstandes zur Extremistenfrage vom Gewerkschaftstag angenommen und der Ausschluß der Kollegen Mettke und Reisner bestätigt. Auf dem Gewerkschaftstag erschien u.a. ein gewerkschaftstagsinternes Flugblatt gegen die "Chaoten", hinter den Kulissen lief das Gerangel um den Initiativantrag des Hauptvorstandes, Mahlein intervenierte massiv, und die Verteilung einer Solidaritätsadresse des ehemaligen Officina-Betriebsrates, des dju-Landesbezirks- und des dju-Bundesvorstandes für Mettke und Reisner wurde vom Hauptvorstand verboten. Ganz im Sinne dieses Vorgehens erhielt z. B. der Bundesvorsitzende der dju in der IG Druck und Papier, Eckart Spoo, keinen Zutritt als Gastdelegierter (obwohl beantragt), während der Vorsitzende des berufsständischen Deutschen Journalisten Verbandes (DJV), Helmut A. Crous, ein willkommener Gast war. Dieser Fall macht u. a. deutlich, daß die Blockade von Ausschlüssen trotz breiter Solidarität um so schwieriger wird, je weiter die den Ausschluß verhandelnden Gremien von der Basis entfernt sind.

## Beispiel 2: Der Fall Zintl/Oppenauer

Weniger erfolgreich war die Gewerkschaftsbürokratie in einem zweiten exemplarischen Ausschlußverfahren, das ebenfalls im Vorfeld des Extremistenbeschlusses gegen die Setzerkollegen Zintl und Oppenauer in München lief. Beide betrieben und betreiben gemäß ihrem Selbstverständnis als kommunistische Gewerkschafter eine konsequente Interessenpolitik in Betrieben und Gewerkschaft durch Initiierung von Basisaktivitäten – z. B. die Demonstration zum Tagungshotel der großen Tarifkommission in der Tarifrunde 1972. Dem Ortsvereinsvorstand – einschließlich der DKP-Mitglieder – gingen diese Aktivitäten zu weit. Hinzu kam, daß beide Kollegen den kommunistischen Arbeiterbasisgruppen (ABG) zugerechnet wurden. Das Ausschlußverfahren wurde eingeleitet. Obwohl beide Kollegen unter Berufung auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft es ablehnten, sich schriftlich von den ABG und ihrer Politik zu distanzieren, wurde das Ausschlußverfahren nicht durchgezogen. Die Verankerung der Kollegen und der Druck von unten waren zu stark. (Zur weiteren Entwicklung siehe Kasten)

### Materialien zur Ausschlußpraxis in der IG Druck und Papier

**Zum Fall Mettke/Reisner: "express", Nr. 10 und 11, 1974; Krähling u. a., Bestrafte Solidarität: Drucker und Journalisten im gewerkschaftlichen Kampf, Berlin 1973, S. 31-49**
**Zu den elf Hamburger Ausschlüssen 1974: "Arbeiterpolitik", Heft 4/74, S. 12-16; "express", Nr. 10, 1974, S.6; Arbeiterkampf, Nr. 45, 46, 48, 49**
**Zu den zehn Hamburger Ausschlüssen 1976: Arbeiterkampf, Nr. 84, 86, 87, 90**

## Beispiel 3: Ausschluß in Hamburg

Einen zweiten Höhepunkt in den Disziplinierungsbemühungen gegen innergewerkschaftliche oppositionelle Strömungen gab es im Vorfeld des letzten Gewerkschaftstages in Hamburg. Der Landesbezirksvorstand Nordmark schloß am 11.6.1974 elf junge oppositionelle Kollegen aus. In einem Schreiben an die Delegierten des Ortsvereins Hamburg begründete der Ortsvereinsvorstand (der erste Vorsitzende Heinz Wolf und der zweite Vorsitzende Günter Metzinger stehen auch an der Spitze des Landesbezirks Nordmark) den Ausschluß wie folgt:
"Seit April 1974 treffen sich Mitglieder und Sympathisanten der im Bereich der Druckindustrie tätigen Gruppierungen KPD, KB, KBW und Gruppe Arbeiterpolitik in einer Gruppe 'oppositioneller Gewerkschafter', die den Kampf 'um die Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsführung' führen. Von dieser Gruppierung wurde u. a. die Broschüre 'Alternative' erarbeitet und verbreitet. Einige der Ausgeschlossenen sind als führende Vertreter ihrer Gruppierung auf den Maiveranstaltungen in Erscheinung getreten. Ihre gewerkschaftsoppositionelle Haltung haben sie seit längerer Zeit in den Betrieben und der Delegiertenversammlung bekundet." Was war dem Ausschluß vorausgegangen?
Auf einer Delegiertenversammlung am 25.4.74 hatte der Ortsvereinsvorstand bekanntgegeben, daß er gegen den Kollegen Wittrock, Betriebsratsmitglied und Vertrauensleutesprecher im SPD-Betrieb "Auerdruck" (Hamburger Morgenpost), das Ausschlußverfahren eingeleitet habe. Kurz zuvor hatte Kollege Wittrock bereits seine zweite fristlose Kündigung erhalten, der der Betriebsrat jedoch ebenso wie der ersten Kündigung wider-

sprach. (Der dritten fristlosen Kündigung stimmte der Betriebsrat später zu. In der Begründung der Kündigung hieß es, er habe Informationen unzulässigerweise an den "Druckarbeiter" – Branchenzeitung des Kommunistischen Bundes – weitergegeben. Kollege Wittrock gewann den Kündigungsschutzprozeß ohne gewerkschaftlichen Rechtschutz – in beiden Instanzen.) Als Anlaß für den Ausschlußantrag wie für die zweite Kündigung wurde eine "Persönliche Erklärung" genommen, die Kollege Wittrock im Betrieb nach seiner ersten Kündigung verteilt hatte. Der Vorstand begründete den Ausschluß u. a. damit, daß Kollege Wittrock "mit unwahren Behauptungen den Ortsvereinsvorstand verunglimpft" habe – z. B. durch "Deine (Wittrock's, Anm. der Red.) Feststellung, daß die engen Beziehungen zur Geschäftsleitung... sich für die Kollegen bisher nicht günstig ausgewirkt haben". Kollege Wittrock forderte, gegen die Rationalisierungsmaßnahmen bei "Auerdruck", die insgesamt 120 Kollegen den Arbeitsplatz kosteten und für die verbliebenen Kollegen eine Verschlechterung ihrer Situation brachten, den Kampf aufzunehmen. Die Mehrzahl der Kollegen zog bei dieser Forderung allerdings nicht mit. Der Gewerkschaftsvorstand stimmte den Rationalisierungsmaßnahmen und einem Sozialplan zu, weil er meinte, daß dadurch die anderen Arbeitsplätze sicherer würden.

Und die SPD-Geschäftsleitung? – Sie schrieb im zweiten Kündigungsschreiben: "Herr Wittrock hat... im Betrieb Flugblätter verteilt (gemeint ist die "Persönliche Erklärung" – die Red.), in denen er Kollegen und Geschäftsleitung diffamiert (und) den VLK, der zur Festigung der Beziehungen zwischen Betrieb und Gewerkschaft gegründet wurde, für seine persönlichen Belange einzuspannen und einen Keil zwischen Gewerkschaft und VLK zu treiben" versucht. – Eine wirklich außergewöhnliche Begründung eines Kündigungsschreibens. (Wie sehr die SPD-Gewerkschafter mit den Kollegen "solidarisch" sind, zeigte sich erneut im Streik 1976. Bei Auerdruck stimmten 151 Kollegen für Streik, 6 dagegen. Nachdem die Kollegen Druck gemacht hatten und in die Streikfront hineingenommen worden waren, erschien die "Hamburger Morgenpost" trotzdem, mit Wissen des Betriebsrates und der Gewerkschaft von Streikbrechern, gewerkschaftlich organisierten Leitenden, produziert. Die Kollegen wurden dabei von "ihren" Interessenvertretern getäuscht. Die gegen die sozialdemokratischen Streikbrecher und den Betriebsratsvorsitzenden Ulli Heinemann geforderten Gewerkschaftsausschlüsse wurden bisher abgelehnt. Dagegen flogen 10 im Streik besonders aktive oppositionelle Kollegen raus. Siehe Nachtrag.)

Die Delegiertenversammlung vom 25.4.74 richtete an den Vorstand den Antrag, das Ausschlußverfahren abzubrechen und dem Kollegen Wittrock in seinem Kündigungsschutzverfahren Rechtsschutz zu gewähren. Der Antrag wurde mit 65:39 Stimmen angenommen. (Dennoch erhielt Kollege Wittrock keinen Rechtsschutz und wurde ausgeschlossen.)

Eine ausführliche Diskussion erstickte der Vorstand trotz heftiger Proteste mit formalen Mitteln. Im Anschluß an diese Delegiertenversammlung fand sich spontan ein Kreis von ca. 40 Kollegen zusammen, der sich dann öfter traf und eine Dokumentation "Alternative" über die Entlassung und den Ausschluß des Kollegen Wittrock und andere Ereignisse zusammenstellte. Dieser Kreis oppositioneller Kollegen schmolz jedoch, je mehr sich eine Gruppe von 11 Kollegen mit überzogenen Vorstellungen (aussichtslose Konfrontation mit dem Vorstand, Steuerung betrieblicher Konflikte von außen usw.) durchzusetzen versuchte. Ein Teil der Kollegen stieg aus, weil ihre Mahnungen, von einer realistischen Einschätzung der Kräfteverhältnisse auszugehen, ungehört blieben. Ein anderer Teil blieb weg, weil er resignierte. Übrig blieben die später ausgeschlossenen 11 Kollegen. Am 11.6.74 fand das Ausschlußverfahren in einem Hamburger Hotel statt. Das Beweismaterial hatte sich der Vorstand von "Spitzeln" besorgen lassen – insgeheim gemachte Fotos und Tonbandaufzeichnungen von Treffen. Die 11 Kollegen waren zur Ausschlußsitzung geladen worden. Sie erschienen mit ca. 70 Sympathisanten und forderten eine öffentliche Sitzung, die allerdings vom Vorstand abgelehnt wurde. (In einer schriftlichen Stellungnahme des Vorstandes stand dazu: "Die Betroffenen waren zur Landesbezirksvorstandssitzung geladen, haben es aber ausdrücklich abgelehnt, ihren Anspruch auf rechtliches Gehör wahrzunehmen".) Als der Ausschluß der 11 Kollegen bekannt wurde, stellten mehrere Delegierte Anträge auf Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung. Der Vorstand lehnte unter Berufung auf die Urlaubszeit und die Fußballweltmeisterschaft ab.

In diesem Konflikt wurde einmal mehr deutlich, daß jede Politik, die eine vorgestellte Wirklichkeit für die Wirklichkeit selbst nimmt, in die Isolation führt. Jeder noch so kleine Konflikt, den die Kollegen gemäß ihren Vorstellungen und Kräften selbst austragen, hilft der Klassenbewegung und dem gemeinsamen Ziel Sozialismus mehr als jeder noch so konsequente Kampf einer selbsternannten Avantgarde.

## Ausschlüsse nach dem Gewerkschaftstag

In der Zeit zwischen dem Gewerkschaftstag im Herbst 1974, der den Unvereinbarkeitsbeschluß in Form des modifizierten Initiativantrags 28 des Hauptvorstandes absegnete, und dem Streik im Frühjahr 1976 ist es zu keinen weiteren spektakulären Ausschlüssen mehr gekommen. Vereinzelte Ausschlüsse trafen – soweit mir bekannt – ausschließlich KB-, KBW-, KPD- und KPD/ML-er, meist junge Kollegen, die sich von diesen Organisationen nicht wie gefordert distanzierten und hoffnungslos isoliert hatten. In einigen Ortsvereinen (z. B. Osnabrück, Göttigen, Essen) kam es im Zusammenhang mit diesen Ausschlüssen zur Auflösung der Jugendgruppen.

Ausschlüsse wegen linker, nicht-gewerkschaftlicher Listen bei den letzten Betriebsratswahlen hat es meines Wissens nur in einem Fall in Hamburg gegeben. Sozialisten und Kommunisten kandidierten auf den IG Druck und Papier-Listen. In vielen Fällen wurden Sozialisten und Kommunisten an der Kandidatur dadurch gehindert, daß die Geschäftsleitungen aussichtsreiche Kandidaten rechtzeitig aus betriebs- oder verhaltensbedingten Gründen kündigten. Viele Betriebsräte zeigten sich mit diesen Kündigungen durchaus einverstanden. Sie legten keinen Widerspruch gegen die Kündigungen ein. Manche machten sich sogar offen zum Büttel des Kapitals – wie etwa der Betriebsrat bei Bauerdruck in Köln. Der Kollege Franz Fessler wurde auf Wunsch seiner Kollegen durch den Vertrauenskörper auf der IG Druck und Papier-Liste aufgestellt. Einen Tag vor Einreichen der Liste leitete der geschäftsführende Betriebsrat (leitende Ortsvereinsfunktionäre) über den § 104 BVG das Kündigungsverfahren ein, weil Kollegen dem Betriebsrat "auf einer Unterschriftenliste mit Arbeitsniederlegung gedroht" hätten, falls er "nichts gegen die Kandidatur des Chaoten" unternähme. Selbstverständlich existierte weder die Androhung noch eine Unterschriftenliste. Trotzdem verschwand der Name Fessler von der Wahlliste. Die Geschäftsleitung war über die vom Betriebsrat so ernstgenommene "Feuerwehrfunktion" erfreut und tat ihr Scherflein dazu. Sie verhängte sofort das Betriebsverbot. Kollege Fessler reichte Kündigungsschutzklage ein und stellte Strafantrag wegen Urkunden-(Listen-)fälschung. Wegen ständiger Verschleppungsmanöver des Betriebsrates stehen die endgültigen Entscheidungen in beiden Verfahren noch aus. Dem Rausschmiß aus dem Betrieb folgte automatisch die Aufhebung der Mitgliedschaft in der IG Druck und Papier.

Freundlicher ging man dagegen mit den Kollegen einer zweiten Liste in einem Betrieb in NRW um. Persönliche Gründe und gewerkschaftspolitische Differenzen zwischen Sozialdemokraten hatten zu einer zweiten Liste geführt. Die zweite Liste siegte klar, worauf der Landesbezirksvorstand das Ausschlußverfahren zugunsten der "konsequenten Gewerkschafter" fallen ließ.

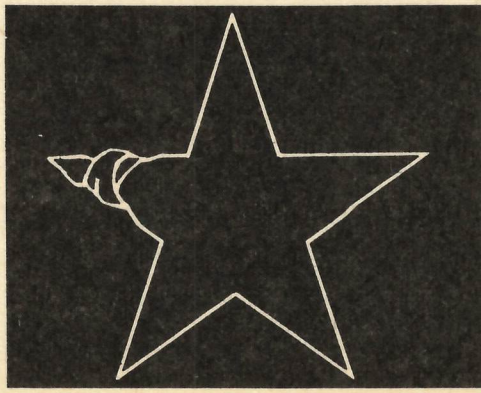
## Aktuelle Situation

In der momentanen Situation wird von oben gegenüber Sozialisten und Kommunisten eine etwas zurückhaltendere Politik gemacht. Dies darf nicht überbewertet werden. Die Zurückhaltung ist lediglich ein momentaner Waffenstillstand gegenüber Sozialisten und Kommunisten, weil sie in der Regel diejenigen sind, die Organisationsbelange im Betrieb am konsequentesten vertreten. Dies ist für die IG Druck und Papier eine zunehmend dringendere Notwendigkeit, weil die Existenz dieser Gewerkschaft organisatorisch wie gewerkschaftspolitisch bedroht ist. Die 35.000 Entlassungen der letzten Jahre haben den Organisationsgrad erheblich gesenkt. Jeder dritte Arbeitsplatz wird nach glaubhaften Prognosen des Bundesverbandes Druck in den nächsten Jahren noch wegrationalisiert. Diese Mitgliederverluste können nur durch massive Neuzugänge aufgefangen werden. Dies fällt der IG Druck und Papier immer schwerer, weil sie von den Druckkapitalisten zunehmend als Sozialpartner nicht mehr ernst genommen wird und dadurch an Schutzfunktion für die Kollegen verliert. Wenn man zu einer richtigen Einschätzung des Druckerstreiks 1976 kommen will, müssen diese Entwicklungen unbedingt berücksichtigt werden.

## Nachtrag

Wie richtig die in der Arbeitsgruppe auf dem Pfingstkongreß aufgestellte These vom nur momentanen Waffenstillstand war, bestätigten das neue Verfahren gegen den Kollegen Zintl in München (siehe Kasten) und die Ausschlüsse von zehn oppositionellen Kollegen nach dem Streik in Hamburg. Die Hamburger Kollegen wurden beschuldigt, "durch aktive Mitarbeit und Verteilen des 'Streik-Info' vor und während des Arbeitskampfes gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen" zu haben. Durch diese Ausschlußverfahren ist die Diskussion um die Aufhebung des Extremistenbeschlusses wieder neu belebt worden.

**ROGER MAIDORN**



# Sparmaßnahmen und Unterdrückung

Die gegenwärtige Situation im öffentlichen Dienst ist durch vier wesentliche Merkmale gekennzeichnet, die zwar als solche nicht neu sind, sich aber in letzter Zeit sehr verschärft haben:

1. Ökonomische Repression gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Hierzug gehören nicht nur die quantitativen Einschränkungen durch die Sparmaßnahmen und die Tarifrunde, sondern die damit verschärfte Differenzierung und Hierarchisierung der Beschäftigten. Differenzierung und Hierarchisierung dienen nicht nur der Einsparung bei den unteren Ebenen, sondern auch und vor allem der Spaltung und Disziplinierung der Beschäftigten.
2. Die Verringerung der öffentlichen Dienstleistungen, von den Einsparungen rein finanzieller Art (Sozialleistungen usw.) bis hin zur Einschränkung der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Gütern. Da der staatliche Repressionsapparat von diesen Sparmaßnahmen weitgehend ausgenommen ist, zeigt sich die allgemeine Tendenz: weniger Sozialpolitik – mehr Einschüchterung und Gewalt.
3. Unterdrückung und Verfolgung all jener, die gegen diese Tendenzen angehen oder als Linke allgemein identifiziert werden.
4. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst leisten nicht nur wenig Widerstand gegen diese Tendenzen, sondern bestärken sie z. T. durch ihre eigene Politik, wie die Gewerkschaftsausschlüsse zeigen.

Dabei ist zu bedenken, daß diese Vorgänge innerhalb der Gewerkschaften widersprüchlich sind, d. h. sie sind nicht pauschal auf die Seite unserer Gegner zu schlagen. Es liegt nicht zuletzt an uns, diese Widersprüchlichkeiten aufrechtzuerhalten.

Nur das besondere Vorgehen gegen die Linken tritt ausdrücklich als politische Repression auf, wird als notwendige Sicherung des Rechtsstaates politisch gerechtfertigt. Dagegen müssen wir alle diese Tendenzen und Maßnahmen als untrennbare Bestandteile einer allgemeinen politischen und ökonomischen Repression sehen. Die bloße Minderung der Einkommen ist nicht nur Ausdruck des politisch abgesicherten Ausbeutungszusammenhanges, sondern hat unmittelbar auch Folgen für die Interessenpolitik der Betroffenen. Die steigende Angst um den Arbeitsplatz, die allgemeine Ideologie des "Opferbringens" in der Krise, verschärfte Rationalisierung und der wachsende Konkurrenzdruck unter den Beschäftigten fördert eine defensive und entsolidarisierende Atmosphäre. Schon das bloße Beharren auf dem ökonomischen Besitzstand, geschweige denn eine offensive Interessenpolitik werden sofort als destruktive Politik diffamiert. Gerade weil die gegenwärtigen Sparmaßnahmen gesamtgesellschaftlich, d. h. durch ökonomische Grundstrukturen unserer Gesellschaft, bedingt sind, ist linke Politik nicht nur auf eine theoretische Alternative hin ausgerichtet, sondern praktisch gezwungen, als Alternative aufzutreten.

Wenn der allgemeine reformerische Rückenwind fehlt, wenn nicht vieles sich von selbst rechtfertigt, ohne daß nach den grundsätzlichen Konsequenzen und politischen Hintergründen gefragt wird, muß die Alternative zu den gegenwärtigen Tendenzen genauer und praktischer formuliert werden.

Konnten in Zeiten der ökonomischen Aufwärtsentwicklung bestimmte Forderungen aufgestellt und z. T. auch durchgesetzt werden, ohne sofort als Bestandteil einer alternativen Gesellschaftsform überall deutlich zu werden, so wird heute mit Erfolg von der anderen Seite dieser Spielraum eingeengt. Ökonomische Repression wird als absolut – über die Parteiendifferenzen hinweg – notwendig propagiert. Wer sich wehrt, stellt sich damit außerhalb jeglicher "Gemeinschaft", die bemüht ist, die unverschuldete Krise zu überwinden. Der Zusammenhang von Ökonomie und Politik, von den Linken schon immer erkannt, in der konkreten Betriebspolitik aber nur z. T. praktisch umgesetzt, wird jetzt offensiv gegen uns verwandt. Offensive Interessenpolitik, deren politische Dimensionen z. T. nur in den Köpfen der jeweiligen linken Gruppen deutlich waren, wird jetzt von oben politisch interpretiert und vor die Alternative: für oder gegen unsere Gesellschaftsordnung gezwungen. Dabei scheint diese Rechnung häufig genug aufzugehen: wo bloße Lohnforderungen als politisch radikale Handlungen angesehen werden, wird leichter auf sie verzichtet. Das erschwert linke Betriebspolitik ungeheuer. Solidarisierung mit unseren Forderungen wird schwieriger und verdächtiger.

Mir ist klar, daß dies Tendenzen sind, die sich noch nicht überall voll durchgesetzt haben. Der – aus anderen politischen Gründen – angekündigte wirtschaftliche Aufschwung und seine ersten Folgen entschärfen z. T. diese Waffen der Herrschenden. Dennoch sollten wir in den Arbeitsgruppen sehr genau diskutieren, welche politischen Chancen uns in solchen Situationen gegeben sind: Ob wir den politischen Fehdehandschuh aufgreifen, mit der Gefahr der Isolierung und in einer exponierten Stellung leichter der Repression ausgesetzt zu sein, oder ob wir uns defensiv verhalten, um den Preis, politisch zu verkrüppeln und der Repression dennoch ausgesetzt zu sein. Sicherlich kann das Problem nicht nur in dieser Alternative formuliert werden, aber es kennzeichnet eines der Hauptprobleme, die Gegenstand der AG's sein müssen.

Die Sparmaßnahmen, die zum Abbau staatlicher Leistungen führen, treffen uns einmal wie alle anderen, zum anderen stellt sich für viele von uns im öffentlichen Dienst die Frage, ob wir noch inhaltlich als Linke tätig sein können. Sozialarbeiter, Lehrer u. a. haben immerhin den Anspruch, in den vorhandenen Spielräumen konkret anders zu arbeiten als dies im unmittelbar staatlichen Interesse liegt. Die diesbezüglichen Konflikte und Berufsverbote zeigen, daß dies versucht und z. T. auch erreicht wurde. Sieht man von der verschärften direkten Repression ab, so zeigt sich, daß die Sparmaßnahmen zusammen mit schärferen Verwaltungsrichtlinien und Gesetzen diese Spielräume auf weniger spektakuläre Weise reduzieren. Selbst wenn man nicht direkt hinausgeschmissen wird, ist es immer weniger möglich, eine an den Interessen der Betroffenen orientierte Arbeit dort zu verwirklichen, so daß das Interesse am Arbeitsplatz mehr noch auf ein rein instrumentelles reduziert wird. Es sind aber auch schärfere Varianten dieses Problems denkbar, daß man an manchen Arbeitsplätzen in allzu direkter Weise Rädchen im Repressionsapparat wird und als Linker kein Interesse an diesem Arbeitsplatz mehr haben kann. Die beste politische Möglichkeit wäre die Verbindung zu den Betroffenen außerhalb des öffentlichen Dienstes. Obgleich dies besonders schwierig ist, da die Betroffenen – von Insassen von Heimen u. ä. abgesehen – voneinander isoliert sind, gibt es Beispiele, deren Relevanz und Verallgemeinerungsfähigkeit diskutiert werden müßten. Zentral kommt es dabei darauf an klarzumachen,

daß die bisherigen staatlichen Leistungen keine Geschenke oder Ergebnis von Umverteilung waren, sondern von den Betroffenen direkt und indirekt selbst finanziert wurden. Werden sie jetzt reduziert, so wird ihnen etwas weggenommen, das ihnen gehört und anderen gegeben. Zu fragen wäre auch, ob wir uns noch darauf beschränken können, die einstmals gegebenen Möglichkeiten unserer Arbeit zu verteidigen oder wieder zu fordern, oder ob wir nicht vielmehr gezwungen sind, offensiv eine andere Qualität des öffentlichen Dienstes zu fordern und bewußt die Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, vor die eine solche Strategie gestellt ist. Dies könnte eines der Probleme sein, auf die wir uns in den entsprechenden Arbeitsgruppen konzentrieren müssen.

Von der Beantwortung dieser beiden Probleme hängt auch unsere Reaktion auf das direkte Berufsverbot ab, aber auch schon zu dessen vorbereitenden Formen des Spitzel- und Denunziantentums, sowie den hierarchischen Instanzen, die mit rechtem politischen Rückenwind ihre Macht ausspielen. Das Problem ist: auf welcher

# ARBEITSGRUPPE ÖFFENTLICHER DIENST

Basis ist hier Widerstand möglich? Zwei extreme Varianten markieren die bislang sehr unterschiedlich gehandhabten Strategien der Linken. Die eine zeichnet sich dadurch aus, daß sie defensiv auf verbriefte Rechte pocht, betont, daß ein Kommunist eine Lokomotive nicht anders fährt als ein CSU-Mitglied und damit das Linkssein zur privaten Weltanschauung degeneriert. Das Gegenteil besteht darin, selbstbewußt das Berufsverbot als "verständliche" Reaktion der bedrohten Machthaber, als Moment eines politischen Kampfes zu akzeptieren, in dem in keiner Weise an den Gegner appelliert werden kann, sondern der Kampf offen weitergeführt werden muß. Dies Problem kann sinnvollerweise nur im Zusammenhang mit den beiden ersten Problemen beantwortet werden. Nur wenn uns klar ist, mit welchen Inhalten und mit welchen Verbündeten wir kämpfen können, können wir auch die Strategie diskutieren.

Das Gleiche gilt für das Problem der Gewerkschaften. Viele Genossen stehen bereits vor Ausschlußverfahren oder werden innergewerkschaftlich an die Kette gelegt. Mitgliedern linker Gruppen oder Parteien wird häufig kein Rechtsschutz gewährt. Auch hier stehen wir vor dem Problem, erst unser Verhältnis zu den Gewerkschaften so klären zu müssen, daß wir politisch entscheiden können, wie unsere Politik gegenüber den Gewerkschaften aussehen muß. Sehr wahrscheinlich gibt es keine einfache und prinzipielle Lösung; umso notwendiger ist es, daß wir unsere konkreten Erfahrungen und Einschätzungen diskutieren.

Neben diesen inhaltlichen Problemen unserer Politik darf der zweite, ebenso entscheidende Aspekt nicht vergessen werden: die praktische

Organisation unserer Diskussion und ihrer Konsequenzen. Unsere Diskussion hier kann nur ein Anfang sein. Ein Grund für unsere Schwäche ist auch unser Verhältnis zueinander, besser gesagt unser vielfaches Nicht-Verhältnis. Dies mag an der berechtigten Kritik an rigiden Parteistrukturen liegen, auch daran, daß unsere Probleme auf der konkreten Ebene der Praxis zu unterschiedlich sind, bzw. daß es erstmal darauf ankommt, im eigenen Bereich Praxis aus den jeweiligen Bedingungen heraus zu organisieren. Die heutige Situation stellt uns hier aber vor andere Notwendigkeiten. Wir unterliegen kollektiv der Repression und können uns auch nur kollektiv wehren, auch wenn es mit der Kollektivität bislang nicht so weit her war. Wir müssen dafür sorgen, daß wir diesen Kongreß nicht als einzelne oder einzelne Gruppen wieder verlassen, und wir müssen vor allem dafür sorgen, daß die Genossen, die vom Berufsverbot bereits betroffen sind, nicht aus den praktischen Zusammenhängen herausfallen. **JOHANN SCHNEIDER**

**Im Dezember 1974 haben Freia Hoffmann und ich eine Hexen-Sendung im SWF 3 gemacht. Unsere letzte Sendung dort, danach wurden wir eingespart. Bei den Vorarbeiten ist uns aufgefallen, daß die mittelalterliche Hexenjagd in vielen Punkten mit der modernen Radikalenjagd übereinstimmt. „Hexen" waren auch mal Frauen, die viel wußten, die helfen konnten und weiter vorausblickten. „Radikale" waren mal Leute, die die Sache bei der Wurzel packten, den Dingen auf den Grund gingen. Dann wurden Hexen unglaublich und unfaßbar böse Wesen, alles vergiftende, zersetzende, gefährdende... und Radikale heute? In den Prozessen gegen Hexen wurde auch nicht mehr gefragt, was die Frauen wirklich getan hatten, warum sie denunziert wurden. Die Inquisition hat nur entlang dem Hexenhammer-Leitfaden von 1487 ihren eigenen Wahn entwickelt. Erklärt heute eine Behörde, was ein Radikaler wirklich in der Schule getan hat, und was eigentlich die freiheitlich-demokratische Grundordnung für ein Heiliger, von Gott geschaffener Kelch ist, dem wir uns nur blind gläubig und auf Knien rutschend nähern können? (Die Geschichten aus dem Hexenhammer-Lied sind übrigens alle authentisch). Und dann die „Proben" der Hexen. Wenn sie bei der Folter schrien und brannten, hieß es: aha, Schuldbeweis. Wenn sie nicht schrien: aha, der Teufel hilft ihr. Schuldbeweis. Vgl. Anhörungsverfahren. Zweifel werden bestätigt oder durch „Ableugnen" erst recht bestätigt. Amen.** ★

## Walter Mossmann: **Die Ballade vom Hexenhammer und vom Schieß-Erlaß**

*Ich sing euch aus grauen Vorzeiten*
*da gabs keinen Schiess-Erlass*
*und trotzdem hatten die Pfaffen*
*und die Spitzel beim Schnüffeln viel Spass*
*Vor vier- oder funfhundert Jahren*
*an einem beliebigen Ort*
*da geht durch das Dorf ein Geflüster*
*„Wer noch Socken hat, mache sich fort"*

*Der Herr Heinrich Institoris*
*und der Jakob Sprenger sind da*
*die kommen vom Heiligen Vater*
*Gruss Gott, Halleluja*
*Die Herren sind Inquisitoren*
*erforschen die Menschen mit Fleiss*
*die foltern die Hexen und sorgen dafür*
*dass sie brennen, Kyrieleis*

*Weil es hat überhand genommen*
*der Aufruhr im Römischen Reich*
*der Pöbel wird frech und rührt sich, als wär*
*die Kirche schon heut eine Leich.*
*Doch der Leib meiner Heiligen Kirche*
*ist ein Heiliges Sakrament*
*und wer ihr nur ein Härchen krümmt*
*ist eine Hex und die Hex die brennt*

*Ein Kräuterweib die kann heilen*
*weil sie Kräuter probiert und viel weiss*
*hat gesagt, dass die Pillen der Mönche*
*seind teuer bezahlter Scheiss.*
*Da sagten die Inquisitoren*
*SALVE CHRISTE VOBISCULI REX*
*Das hat ihr der Satan geflustert*
*eine Hex eine Hex eine Hex*

*Eine Magd dient oben am Gutshof*
*aber tut nicht so, wie man befiehlt*
*ist dem Junker im Bett nicht zu willen*
*der hat Liebeswahnsinn gefühlt*
*Da sagten die Inquisitoren*
*SALVE CHRISTE VOBISCULI REX*
*Das Weib hat den Junker verzaubert*
*eine Hex eine Hex eine Hex*

*Die Hebamme ist in den Dörfern*
*weit und breit sehr beliebt*
*weil sie weiss doch, wie man die Kinder – nicht*
*oder ohne Schmerzen kriegt*
*Da sagen die Inquisitoren*
*SALVE CHRISTE VOBISCULI REX*
*Das Weib soll gebären in Schmerzen*
*eine Hex eine Hex eine Hex*

*Die sehr alte Mutter vom Müller*
*kann lesen, man weiss nicht, warum*
*hat gesagt, dass der Ablass nichts nütze*
*wer ihn kaufe sei selber schön dumm*
*Da sagten die Inquisitoren*
*SALVE CHRISTE VOBISCULI REX*
*Sie leugnet die Heilige Grundordnung*
*eine Hex eine Hex eine Hex*

*Und als dann der Bischof die Mühle*
*sich unter den Nagel riss*
*schrie die Tochter der Müllerin wie am Spiess*
*bei der Messe "verdammter Beschiss"*

*Da sagten die Inquisitoren*
*SALVE CHRISTE VOBISCULI REX*
*Das Weib ist vom Satan besessen*
*eine Hex eine Hex eine Hex*

*S'gab Bauern, die wollten nicht länger*
*vom Fronvogt geschunden sein*
*die machten bei Nacht im Wald einen Ring*
*und schworen im Fackelschein*
*Da sagten die Inquisitoren*
*MALEFIZIUM CUICUNQUE SAUEREI*
*Schon wieder die Unzucht beim Hexensabbat*
*Teufelei Ketzerei Hexerei...*

*So haben sie drei Jahrhundert*
*die Hexen im Feuer verbrannt*
*das haben die Saubermänner getan*
*im Christlichen Abendland*
*So schafften sie Ehrfurcht und Schrecken*
*mit Szepter und Krummstab und Spiess*
*sie schleppten die Weiber aufs Folterbrett*
*oder ins Ehe-Verlies*

*Die Mörder vom Höheren Adel*
*die Priester im Lügner-Amt*
*die haben den Teufel erfunden*
*furs Christliche Abendland*
*Sie haben das Volk geschunden*
*ins Elend gebracht und beraubt*
*und dann gesagt „Die Hexen sind schuld*
*weh dem, der nicht daran glaubt"*

*Und der euch dies Lied gesungen*
*der hatte heut nacht die Vision*
*der sah die Teufel und Hexen*
*schon wieder die Ordnung bedrohn.*
*Keine Bange, Herr SCHIESS und Herr FILBINGER*
*mit dem Hexenhammer sind da*
*die kommen von der Inquisition*
*Gruss Gott. Halleluja.*

★

# Widersprüche ausnutzen!

Vorweg seien die zwei Grundprobleme genannt, die die Diskussionen kennzeichneten und die, obgleich immer wieder auch thematisiert, sich vor allem als Schwierigkeiten der Diskussion selbst herausstellten und nicht bewältigt wurden: Das erste war das des Stellenwertes und Nutzens von theoretischen Überlegungen, wie sie am Vormittag im Mittelpunkt standen, das andere das der Organisierung gemeinsamer Lernprozesse aus den gegenseitig vermittelten Erfahrungen heraus, die am Nachmittag zur Diskussion standen.
Zunächst wurden – im Anschluß an das Einleitungsreferat – allgemeine Einschätzungen der gegenwärtigen Situation im öffentlichen Dienst besprochen. Zwei Aspekte wurden resümierend herausgestellt:
1. Die Notwendigkeit für den gegenwärtigen Staat, die Kosten des öffentlichen Dienstes zu reduzieren, um Mittel für den Akkumulationsprozeß freizumachen, wobei sowohl die Beschäftigten als auch die Bevölkerung die Kosten tragen müssen.
2. Der Herrschaftscharakter des öffentlichen Dienstes zeigt sich nicht nur in den eindeutigen Aufgaben von Polizei- und Ordnungsorganen, sondern kennzeichnet auch – wenn auch in anderem Maße und anderer Qualität – die öffentlichen Dienstleistungen, von Post und Bahn bis zur Sozialverwaltung und Bildungspolitik. Dieser Herrschaftscharakter zeigt sich in der Finanzierung des öffentlichen Dienstes und dem sozialen Charakter dieser "Dienstleistungen" und ihren Funktionen.
Aus beiden Aspekten wurden zentrale politische Probleme für uns abgeleitet.
1. Das Verhältnis zu den "Opfern" des Staatsapparates und ihren Interessen. Ganz allgemein gesprochen muß es uns darum gehen, die Inhalte staatlicher Funktionen zu problematisieren, um im ersten Schritt die Spaltung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes und den Arbeitern und Angestellten in einer Kampfperspektive zu überwinden und weiter, konkret gegen den Klassenstaat und seine Träger Widerstand zu entwickeln.
2. Da sich der Herrschaftscharakter auch in der Struktur des öffentlichen Dienstes selbst niederschlägt, in der Hierarchie und der Spaltung der Beschäftigten, muß zugleich auch hier offensiv versucht werden, eine Interessenidentität aller Arbeiter und unteren Angestellten und Beamten zu erreichen und sich nicht auf Standespolitik, auch wenn sie mit Nachdruck betrieben wird, zu beschränken.
3. Wir müssen die inneren Widersprüche des öffentlichen Dienstes ausnützen, wie sie – wenn auch verschleiert – aus dem Klassenwiderspruch resultieren und diesem ihrem Charakter politisch Rechnung tragen.
Dieser allgemeinen, theoretisch orientierten Diskussion ging bald die Luft aus, was durch eine ausdrücklich gegen Diskussionen gerichtete Opposition unter den Teilnehmern beschleunigt wurde. Wir beschlossen deshalb, nach der Mittagspause unsere konkreten Erfahrungen und Vorstellungen zu diskutieren.
Ein großer Teil der einzelnen Berichte betraf die Folgen der Rationalisierung im weitesten Sinne, konkret vor allem jedoch die praktischen Schwierigkeiten des Widerstandes. Häufig teilen die Beschäftigten (oft nicht ohne Grund) die Meinung, daß der öffentliche Dienst nicht effektiv genug organisiert ist und stehen der Rationalisierung daher zumindest abwartend gegenüber, häufig verstehen sie darunter auch nur ein höheres Maß von Rationalität ohne soziale Folgen für sich selbst. Ein zweites Problem besteht darin, daß nicht alle gleichmäßig von Einsparungen und Rationalisierung betroffen werden. Viele Beschäftigte werden in die Vorbereitung der Maßnahme hineingenommen, erleben dadurch eine

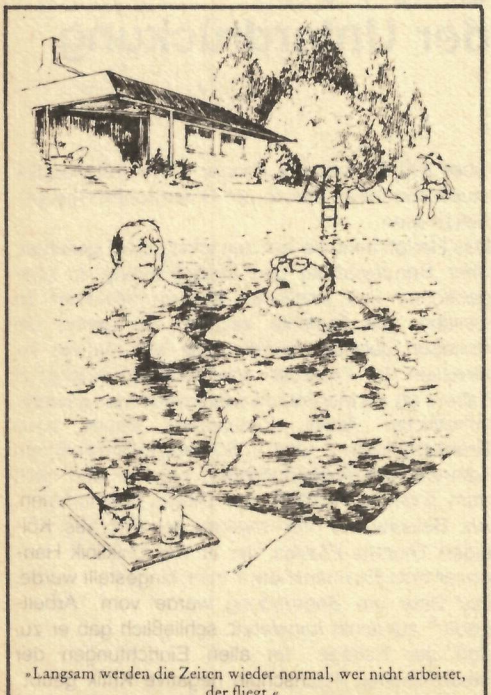
individuelle Höherqualifizierung oder Privilegien und wälzen damit die Lasten auf ihre Kollegen ab. Viele Folgen der Rationalisierung sind für die Beschäftigten häufig nicht sofort sichtbar: Probleme der Eingruppierung, der Aufstiegschancen, der längerfristigen Arbeitsplatzsicherheit, bessere Kontroll- und Disziplinierungsmöglichkeiten usw. werden erst auf längere Sicht deutlich, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wo die Besänftigungsstrategie von oben nicht greift, erledigt allzuoft die Konkurrenz um die Arbeitsplätze oder Privilegien sowie die jeweilige Standespolitik der Gruppen dasselbe Geschäft. Unter den vielen Berichten zu diesem Thema waren nur wenige über zumindest kurzfristig erfolgreiche Widerstandsaktionen. Sie betrafen in erster Linie Einsparungsmaßnahmen, die z. T. abgewehrt werden konnten, z. T. durch Arbeitsumverteilung nach oben (von Sekretärin zu Hochschullehrer) gegen die Hierarchie gewandt werden konnten. Eine besondere Variante dieses Problems stellt sich in sogenannten Reformprojekten, wo die "Mitarbeiter" sich für das Projekt engagieren und im Falle der finanziellen Einsparungen das Projekt auf ihre Kosten retten wollen und somit zu politischem Widerstand unfähig werden. Resümee war, daß es gegen die laufenden Einsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen kaum nennenswerten Widerstand bei den Betroffenen gibt.
Diskutiert wurde auch das Problem der "Gebrauchswertorientierung" im öffentlichen Dienst, also der Vermutung, daß in vielen Bereichen die Beschäftigten sich für ihre konkrete Aufgabe engagieren und von daher eher politisch handeln. Dem wurde in einer Reihe von Berichten widersprochen. Da durch die gegenwärtige Einsparungspolitik sich zwar die Arbeitsmöglichkeiten verschlechtern, diese aber zuvor schon relativ schlecht waren, kann von großem politischen Engagement nicht die Rede sein. Auch den hier infrage kommenden Kollegen sitzt das eigene Hemd näher als z. B. der Rock des Klientel. Die Erfahrungen hierzu waren jedoch nicht einheitlich.
Abschließender Hauptpunkt der Diskussionen war das Verhältnis zur Gewerkschaft und das Problem der praktischen Perspektive. Fast in allen Berichten wurde deutlich, daß die ÖTV und DPG sich zu den jeweiligen Problemen kaum im richtigen Ausmaß engagiert hatten. Dies gilt für Probleme einzelner Gruppen wie für das Problem der Rationalisierung überhaupt. Die ÖTV zeigte sich in allen Fällen durch 1. ihre interne Zersplitterung und 2. durch ihre kooperative Bindung an die SPD auf allen Ebenen lahmgelegt. Dies ändert nichts daran, daß es in vielen Fällen ÖTV- und DPG-Gruppen waren, die konkret in den Betrieben einzelne Erfolge bei der Mobilisierung von Widerstand erzielen konnten. Hier wurde aber bereits ein zweites Problem immer wieder angesprochen: daß die Gewerkschaft alle Basisaktivitäten, die nicht in ihr Konzept passen, mit allen Mitteln abzuwürgen versucht und dies auch meistens schafft. Allerdings sieht die Situation in den verschiedenen Bereichen völlig anders aus. Gibt es einerseits Bereiche, wo die Gewerkschaft und ihr Personalrat die Lage beherrschen und jede linke Opposition zu unterdrücken versuchen, so gibt es andererseits Bereiche, wo die DGB-Gewerkschaft als linke Organisation verschrieen ist und nur einen geringen Organisationsgrad aufweist. Aus solchen Bereichen wurde erzählt, daß es schon ein großer Schritt nach vorne gewesen sei, überhaupt eine ÖTV-Betriebsgruppe zu gründen. So stellte sich das Verhältnis zur Gewerkschaft für die einzelnen Teilnehmer sehr unterschiedlich dar. Einig war man sich darin, daß es nur Sinn hat, an der Basis zu arbeiten, um von daher Druck auf die Gewerkschaften auszuüben.
Im Hinblick auf die weitere Arbeit wurden regelmäßige "express"-Regionalkonferenzen und zentrale Arbeitstagungen zur Situation im öffentlichen Dienst vereinbart.

# Rationalisierung: Eine Form der Unterdrückung

Über 200 Schwestern, Pfleger, Ärzte und Medizinstudenten trafen sich in der Untergruppe Gesundheitswesen.
Das Hauptinteresse war zunächst darauf gerichtet, über Berufsverbote und Disziplinierung im pflegerischen und ärztlichen Bereich informiert zu werden. Die Berichte zeigten, wie genau die Kollegen getroffen werden, die sich für die Interessen der Patienten oder Kollegen eingesetzt haben, ob als Individuum oder im Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit. Zunehmend fliegen auch Krankenpflege- und Schwesternschülerinnen während der Ausbildungszeit oder werden nach dem Examen nicht in den Dienst übernommen. Als Beispiel sei hier erwähnt der Fall des Kollegen Thomas Elkeles, der an der Uniklinik Hannover trotz Examensnote 1 nicht eingestellt wurde. Die Bitte um Begründung wurde vom "Arbeitgeber" zunächst abgelehnt, schließlich gab er zu, daß der Kollege "an allen Einrichtungen der Medizinischen Hochschule negative Kritik geübt" habe. Das Arbeitsgericht gab Elkeles inzwischen

# ARBEITSGRUPPE ÖFFENTLICHER DIENST

recht, die Verwaltung verweigert aber weiterhin die Anstellung.
Auch die Fälle scheinbar unpolitischer, als "routinemäßig" getarnter Kündigungen häufen sich. Jüngstes Beispiel: Zwei Tage vor Dienstantritt wird die Neueinstellung eines Arztes am Hafenkrankenhaus Hamburg zurückgenommen – "aus dringlichen betriebsinternen Gründen". Im Klartext handelt es sich um die Beteiligung des Kollegen an einer Bürgerinitiative gegen die Schließung eben dieses Betriebes.
Ein weiteres Beispiel, ebenfalls aus Hamburg: Klaus Weber, Narkosearzt in der Uniklinik Eppendorf, soll nicht weiterbeschäftigt werden. Ihm wird u. a. vorgeworfen: Vortragen eines Referates auf einer Palästinaveranstaltung (1970), Mitarbeit in der GIM. Vor dem Arbeitsgericht erreichte er mittels einer Einstweiligen Verfügung seine Wiedereinstellung. Wahrscheinlich wird jedoch das Senatsamt für den Verwaltungsdienst in einer Hauptverhandlung versuchen, diesen Beschluß rückgängig zu machen. Die Diskussion am Nachmittag machte deutlich, daß in den Krankenhäusern die allgemeine Unterdrückung wie auch in den anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes meist verpackt ist in das trojanische Pferd "Rationalisierung". Unter dem Vorwand der Kostenentwicklung ist im Zuge der mit der Krankenhausgesetz-Reform eingeleiteten Veränderungen überall darangegangen worden, die Gesundheitskosten auf Versicherte und Beschäftigte abzuwälzen.
Für den Klinikbetrieb typische Beispiele sind die direkte Kürzung von Mitteln für medizinische Verbrauchsgüter, Mehrbelastung des Personals (ein Team für mehrere Operationssäle, Offenlassen freigewordener Stellen, für Monate Nichterfüllung der Stellenschlüssel-Richtlinien der Krankenhausgesellschaft, vermehrter Einsatz von unbezahlten Praktikanten und unterbezahlten Pflegehelfern anstelle der vollqualifizierten Pflegekräfte, Zusammenfassung von Reinemachfrauen in privatwirtschaftlich betriebenen Putzkolonnen, Wiedereinführung des geteilten Dienstes usw.) und Blockierung der Ausbildungswege für Pflegekräfte (Aufnahmestopp in Krankenpflegeschulen, Nichtübernahme der examinierten Kollegen). Fast ausnahmslos kommen die Einsparungen bei den damit erreichten Arbeitsplatzveränderungen nicht den Patienten zugute – diese werden in der



»Langsam werden die Zeiten wieder normal, wer nicht arbeitet, der fliegt.«

Regel mit einer verschlechterten Versorgung belastet – profitieren werden vielmehr die Krankenhausverwaltungen bzw. indirekt die Kapitale als Verursacher der Mehrkosten für Gesundheitsleistungen.
Übereinstimmung bestand darin, daß als wichtigste Voraussetzung wirksamer Gegenmaßnahmen die Organisation der Beschäftigten in den Krankenhausbetrieben vorangetrieben werden muß. Als vorbereitende Initiative für den Aufbau von Betriebsgruppen und Vertrauensleutekörpern diskutierten wir verschiedene Möglichkeiten der verstärkten Mobilisierung von Kollegen in

- Stationsbesprechungen,
- Gesprächskreisen (inner- und zwischenbetrieblich)
- Stammtischen,
- Freizeiten,
- über Krankenhauszeitungen,
- gewerkschaftliche Schulung,

aber darüber hinaus auch durch Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit (Flugblattaktionen, Ausstellungen, Volkshochschulkurse). Unabhängig von der Form dieser Arbeit wird immer von den Arbeitsplatzbedingungen bzw. von der Versorgungslage der Patienten auszugehen sein.
Manche dieser Aktivitäten – das zeigte die kontroverse Diskussion über Gewerkschaftsarbeit im Krankenhaus – stoßen auf Schwierigkeiten, bedingt durch die speziellen Strukturen des Krankenhauses und den Widerstand der ÖTV-Bürokratie, die vielfach auf das Niederhalten der Basis gerichtet ist. Für Sozialisten heißt dies jedoch keineswegs, ihren Kampf in erster Linie gegen die Gewerkschaften zu führen. Nur in der Zusammenarbeit mit den Kollegen dort können wir erreichen, daß die ÖTV ein zuverlässiger Unterstützungsfaktor in den alltäglichen Kämpfen wird.
In diesem Zusammenhang wurde auch eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsfeldern besonders auf der lokalen Ebene gefordert. Es wurde außerdem nachdrücklich vorgeschlagen, alles verfügbare Material über

- berufliche Unterdrückung gegen Kollegen und deren Widerstand dagegen,
- die allgemeine Repression der medizinischen Maschinerie (deren Teil wir sind) gegen die Patienten und potentiell Kranken (Beispiel Einschränkung der Lohnfortzahlung, Kunstfehler, Demontage der Versicherungsleistungen u. a.)

kontinuierlich an die Redaktion des Info Gesundheitswesen weiterzugeben (Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1). Dieses Material wird laufend in den Infos veröffentlicht.
Weitere Vorschläge waren

- die Organisation von überregionalen und regionalen Seminaren,
- die Verbesserung der gegenseitigen Kontakte durch Briefe, Rundschreiben und Besuche,
- der Aufbau eines Facharchivs und eines Pressedienstes.

Durch den Pfingstkongreß des SB und von den versammelten Genossen aus dem Gesundheitsbereich wurde nachdrücklich eine weitere Aufgabe des AF ins Bewußtsein gerückt, nämlich die Solidarität gegen die Unterdrückung. Das Arbeitsfeld kann lokale Initiativen und insbesondere Einzelgenossen bei einem drohenden Berufsverbot unterstützen, z. B. durch eine überregionale Öffentlichkeit. Wir können gemeinsam, wie in der Untergruppe wenigstens ansatzweise geschehen, für unseren Arbeitsbereich Widerstandsformen entwickeln und Erfahrungen austauschen, aber dies nicht nur mit Worten, auch mit praktischer Hilfe. – Deshalb sind alle zur Mitarbeit aufgefordert.

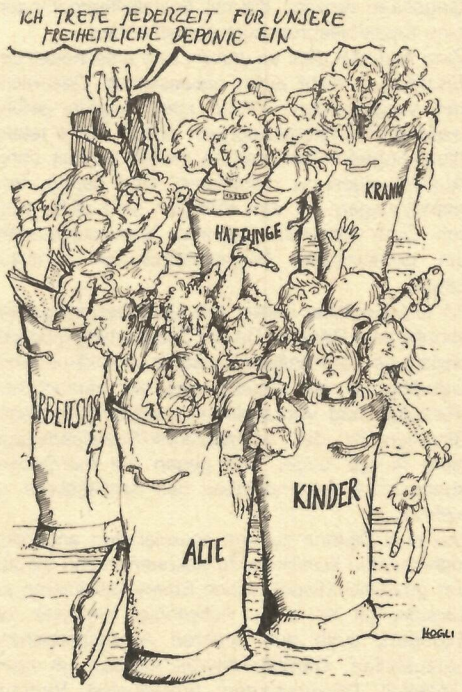
## Linke Christen

**Anwesend waren ca. 120 Teilnehmer, auf einer Liste trugen sich 90 Interessenten ein. Die Teilnehmer kamen verstreut aus der BRD, konnten wegen Gottesdiensten teilweise nur an diesem AK teilnehmen. Es waren wohl verschiedene Richtungen vertreten, die aber in der Diskussion nicht deutlich in Erscheinung traten. Benannt wurde die Mitarbeit in Christen für den Sozialismus, Komitee für Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche und in der ÖTV arbeitenden Genossen und Kollegen. In der Mehrzahl waren Pfarrer, Theologiestudenten und Sozialarbeiter der beiden großen Konfessionen anwesend.**
**Es wurde vereinbart: Das SB soll die weitere Koordination übernehmen, in diesem Falle Stuttgart. Es sollen die Adressen regional gegliedert und verschickt werden, um regionale Treffen und Zusammenarbeit in nächster Zeit zu ermöglichen. Es soll der linkskirchliche Blätterwald durchforstet werden, mit evtl. kurzen Hinweisen und Rezensionen, in "links" dann veröffentlicht und diese Problematik stärker behandelt werden.**
**Anläßlich des nächsten Kirchentages 1977 in Berlin wurde ein größeres Treffen der "fortschrittlichen Kräfte" vereinbart.**
**Ferner wurde ein Info "Kirchliche Praxis als Sozialisten" vorgeschlagen, dessen Funktion es sei: Projektberichte, inhaltliche Fragen, Arbeitskontakte herstellen, Terminkalender, Informationen aus der Kirche.**
**Nach dem Kongreß haben sich eine ganze Reihe von Teilnehmern an das SB Stuttgart als Koordinationsstelle, aber auch an das SB Offenbach gewandt. Dabei kam man überein, möglichst bald zwei regionale Treffen vorzubereiten – eins für den norddeutschen, eins für den süddeutschen Raum.**
**Wer Interessenten kennt oder selbst an einer Teilnahme interessiert ist, möge sich mit dem SZ Stuttgart in Verbindung setzen und ggf. auch gleich Vorschläge für einige Arbeitsschwerpunkte nennen.**
**Neben dem ersten Kurzrundbrief ist ein zweiter, etwas umfangreicherer erschienen, der Vorschläge zur weiteren Arbeit zur Diskussion stellt. Rundbrief/Kontaktwünsche (Rückporto beilegen) über Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, D 7000 Stuttgart 1**

# Unterdrückung und Widerstand im Sozialbereich

## Krise und Sozialpolitik

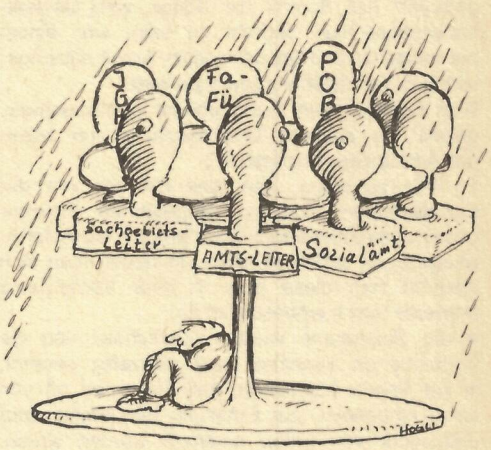
"Es läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß die Kosten für die "Sozialstaatlichkeit" zu hoch geworden sind und deshalb im "Interesse der Allgemeinheit" reduziert werden müssen.
Vor allem die Dynamik der Sozialansprüche ist kaum unter Kontrolle zu halten. Westdeutschlands Sozialpolitiker haben ein derart breitgefächertes Angebot an Sachleistungen und Einkommenshilfen bereitgestellt, daß die Kosten, nutzte wirklich jeder die Staatsofferte bis an die legal zulässigen Grenzen, schon jetzt ins Unermeßliche schießen würden." (Der Spiegel, Nr. 24/75)
Diese Aussage und die tägliche Praxis, aus der wir einige Beispiele zusammengetragen haben, sind fast eine Bankrotterklärung des Sozialstaates. Das gegenwärtige Legitimationsproblem, das mittels Repression kompensiert werden soll, erwächst eben daraus, daß in der ökonomischen Krise, in der die Ansprüche gegenüber dem Sozialstaat notwendigerweise steigen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.), der Sozialstaat nicht funktionieren kann, weil seine ohnehin reduzierten Einkünfte als Investitionshilfen, Steuererleichterungen usw. vorrangig dem Kapital zur Verfügung gestellt werden müssen.
In einer Situation, in der es wieder einmal die Opferbereitschaft des Volkes zu proklamieren und durchzusetzen gilt, werden natürlich diejenigen zu den umfangreichsten Opfern gezwungen, die sich am wenigsten wehren können: z. B. die von Sozialarbeit Betroffenen (Klienten).




Wenn die Parole ausgegeben wird: "Nur wer Verzicht predigt, kann auf Beifall und öffentliches Vertrauen rechnen" (Spiegel, Nr. 36/75, S. 28), heißt dies zugleich auch: Wer Verzicht nicht akzeptiert, diskreditiert sich selbst und stellt sich außerhalb der allenthalben propagierten Krisengemeinschaft.
Von den im Sozialbereich Tätigen wurde schon immer erwartet, daß sie sparsam und "gewissenhaft" mit öffentlichen Mitteln umgehen. Um so überraschender war für viele von uns, in welchem Umfang früher innerhalb der Sozialhilfe gewährte Leistungen noch weiter reduziert oder völlig abgeschafft werden. Insbesondere im Bereich der Ermessensausübung wird deutlich, daß sich die Verwaltung bei ihren Einsparungen nicht scheut, sich am Rande der Legalität, nicht selten auch außerhalb dieser zu bewegen.
In einigen Fällen wurden einfach Rechtskorrekturen vorgenommen, um damit die Ausgaben zu reduzieren: So ist faktisch die Finanzierung eines Studiums im 2. Bildungsweg über das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) nicht mehr möglich, wurde der "Mehrbedarf" für Tbc-Kranke kurzerhand reduziert, müssen Behinderte den Nachweis erhöhter Arbeitsleistungsfähigkeit erbringen als früher, wenn sie in einer der speziell für diesen Personenkreis geschaffenen Einrichtung arbeiten wollen.
Dort, wo Änderungen des gesetzlichen Leistungsanspruchs jedoch nicht möglich sind, bei den Hilfen zum Lebensunterhalt, entstehen die Hauptausgaben. Demnach kann die Verwaltung, ihrerseits angewiesen, die ohnehin zu knappen Mittel sparsam zu verausgaben, nur Einsparungen vornehmen, indem sie das Ermessen strenger handhabt, Leistungen wider besseres Wissen verweigert usw.
Natürlich wird die Entwicklung von jedem Behördenvertreter bestritten werden, sind innerhalb der Verwaltung auch keine schriftlichen Arbeitsanweisungen zu finden, die die Mitarbeiter dazu anhalten, die Gesetze nicht voll anzuwenden. Derartige Arbeitsanweisungen ergehen, wenn überhaupt so direkt, mündlich. Wesentlicher ist jedoch die Erfahrung der Mitarbeiter, daß Sparsamkeit um jeden Preis von den Vorgesetzten mit Beifall bedacht wird, und daß in vielen Fällen von Vorgesetzten "übersehen wird", wenn Untergebene von sich aus sich gesetzeswidrig verhalten. Da werden aus – von Sozialarbeitern befürworteten – Bekleidungsanträgen einfach Positionen gestrichen, erhalten die "Klienten" viel weniger Geld als ihnen nach den Listenpreisen zustehen würde, werden kaum noch schriftliche Bescheide (mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen) erteilt, findet eine im Sozialgesetzbuch vorgeschriebene umfassende Beratung auch wegen der Arbeitsüberlastung der Kollegen nicht mehr statt, erhalten asylsuchende Ausländer grundsätzlich keine Bekleidungshilfen in Form von Bargeld, sondern werden an karitative Organisationen verwiesen, um sich dort getragene Sachen geben zu lassen.
In Westberlin hat sich z. B. durch den Null-Stellenplan, verbunden mit dem Senatsbeschluß, jede 2. freiwerdende Stelle mindestens sechs Monate unbesetzt zu lassen, die Situation noch zusätzlich verschärft. Eine Situation, die nicht auf Westberlin beschränkt ist.
Ähnliches gilt auch für die finanzielle Förderung von Sonderprojekten (Eltern-Kindgruppen usw.). Wurden diese Projekte von der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport einst als modellhaft in der Öffentlichkeit dargestellt, so sind ihre schon bis dato zu geringen Mittel nun gekürzt worden.
Die zunehmende Arbeitsbelastung bei gleichzeitig reduziertem Personal hat zu einer unerträglichen Situation in allen Sozialbereichen geführt. So ist es z. B. keine Seltenheit, daß sich Hunderte von Sozialhilfeempfängern stundenlang in den Korridoren drängen (die Wartezeiten betragen bis zu 5 Stunden), daß drei Mitarbeiter im Sozialverwaltungsdienst bis zu 100 Sozialhilfeempfänger an einem Vormittag abfertigen müssen.
Es ist verständlich, daß es auf beiden Seiten zu gesteigerten Aggressionen kommt und die durch das "Ausgeliefertsein" bedingte "Renitenz" der Betroffenen bei den Kollegen Unsicherheit und Ängste auslöst. Dies führt zur Flucht in die vermeintliche Machtposition und damit zu dem Rückfall in reaktionäre Praktiken (z.B. Anforderung einer Polizeistation im Sozialamt).

## Politische Unterdrückung am Arbeitsplatz und in der Gewerkschaft

Unliebsame Kollegen, die sich über den verwaltungs- oder einrichtungsüblichen Rahmen hinaus für die Interessen der Betroffenen einsetzen, die ihre Interessen als Arbeitnehmer gewerkschaftlich aktiv wahrnehmen oder in Gruppen mit sozialistischer Zielsetzung mitarbeiten, werden diszipliniert oder beim geringsten Anlaß gefeuert.
Nehmen die Sozialarbeiter ihren Auftrag ernst und versuchen, in diesen Zeiten allgemeiner Sparsamkeit alle rechtlichen und finanziellen Mittel im Sinne der Betroffenen auszuschöpfen, gelten sie schon als Radikale.
Damit ist jedoch ein Punkt erreicht, an dem sich Radikalität (auch Verfassungsfeindlichkeit) in der Beurteilung durch viele Kollegen nicht mehr an politischen Aussagen festmacht, sondern ausschließlich daran, wie man selbst zu den Sparmaßnahmen sich verhält.
Die verstärkte Anwendung seit langem bestehender Arbeitsanweisungen, Zeichnungsbefugnisse usw., deren Existenz vielen vorher nicht bekannt war, da die Anwendung lax gehandhabt wurde, führt zu einer verstärkten persönlichen und inhaltlichen Kontrolle der Arbeit. So müssen z. B. in verschiedenen Freizeitheimen sämtliche Einladungen, die nach außen gehen, von Stadträten, Gruppenleitern etc. genehmigt werden, müssen viel mehr Berichte und Stellungnahmen der Sozialarbeiter durch Vorgesetzte unterschrieben oder abgezeichnet werden.




.... SOZIALER SCHIRM

Dieser hier beschriebene Druck auf die Sozialarbeiter und die wenigen Kollegen des Sozialverwaltungsdienstes, die die Folgen der Krise und die Repression nicht einfach nach "unten" weitergeben, führt zu einer nur ansatzweise hinsichtlich der Auswirkungen darstellbaren "Außenseiterposition".
Bei jeder vorgetragenen Forderung des Klienten gegenüber diesen Kollegen ist absehbar, daß es anschließend zu deren Durchsetzung wieder zu einer Auseinandersetzung mit der Verwaltung kommt. Dieser tägliche Kleinkrieg belastet einen dermaßen, daß man längerfristig wohl nur in einer Gruppe, keinesfalls als Einzelgänger bestehen kann. Unter diesen Bedingungen kommt man immer wieder mal in die Versuchung, sich dem Sozialhilfeempfänger gegenüber so ablehnend zu verhalten, wie dies mehrheitlich täglich passiert, um dadurch der Konfrontation mit den Vorgesetzten zu entgehen.
Auch im Hochschulbereich hat die Disziplinierung ihren Eingang gefunden. Zukünftige Sozialpädagogen/Sozialarbeiter werden durch verschärfte

# ARBEITSGRUPPE ÖFFENTLICHER DIENST

Prüfungsbedingungen und funktionalisierte Studieninhalte, der Einschränkung des Projektstudiums etc. zu erhöhter Anpassung und Funktionstüchtigkeit im Sinne des Systems "ausgebildet". Der Radikalenerlaß hat zu einer allgemeinen Einschüchterung geführt. Offene Auseinandersetzungen (z. B. in Dienstbesprechungen) finden kaum noch statt. Vorsichtig versucht man abzutasten, wo der andere politisch steht. Neben der Überprüfung von Bewerbern im Öffentlichen Dienst und in ihm bereits Tätigen werden auch Honorarkräfte verfassungsschutzmäßig behandelt. In einigen Westberliner Bezirksämtern wird in einer bisher nicht gekannten Art auf die Programmgestaltung von Jugendeinrichtungen Einfluß genommen, werden geplante Veranstaltungen (wie z. B. der Auftritt des Grips-Theaters) untersagt.

Zur politischen Einschüchterung am Arbeitsplatz kommt die politische Entmündigung innerhalb der Gewerkschaft, der Organisation, die eigentlich den Kampf gegen die Entdemokratisierung zu führen hätte.

Im Zusammenhang mit den Wahlen der Vertrauensleute der ÖTV im Jahr 1975 erfolgte eine weitgehende Entmündigung der einzelnen Mitglieder und damit der Basisbewegung. U. a. sind an einigen Orten, z. B. Westberlin, Frankfurt, Köln, die Fachgruppen aufgelöst worden und die Mitglieder in örtlich willkürlich zusammengestellten Bereichen organisiert. Entscheidungen, Resolutionen usw. können nur noch vom Vertrauensleutekörper getroffen werden, der selbst in vielen Fällen noch die Genehmigung des Bezirksvorstandes einholen muß.

Zu der allgemeinen Angst, nicht auf dem Boden der FDGO zu stehen, weil man sich politisch geäußert hat, kommt die Sorge, vom Gewerkschaftsausschluß bedroht zu sein, weil einem bei kritischer und oppositioneller Arbeit satzungswidriges Verhalten vorgeworfen wird.

Was macht es dem Sozialarbeiter jetzt so schwer, gegen die stärkere Unterdrückung von seiten der Arbeitgeber anzugehen?

1.) Wir vermuten, daß dies mit der von der sozialliberalen Koalition eingeführten Reformphase zusammenhängt. Zwar brachte die Reformphase auch schon Konflikte, in denen man sich gewehrt hat, diese aber in ihrer Konsequenz teilweise falsch eingeschätzt hat:

- die Spielräume wurden überschätzt und die vorhandenen Grenzen nicht frühzeitig erkannt;
- wir haben übersehen, daß Reformen oft von oben eingesetzt (zur Erhaltung des Status quo) und nicht von unten erkämpft worden waren. Die konkrete Funktion und die eigentliche Qualität der Reformen wurden nicht genügend erfaßt;
- wir haben die gebotenen Handlungsräume nicht genügend ausgebaut und abgesichert und nicht einkalkuliert, daß dadurch die Reformen jederzeit zurücknehmbar sind.

2.) Eine weitere Erklärung für die Hilflosigkeit gegen steigende Unterdrückung könnte das Abschneiden zweier Fluchtwege sein, die im Konfliktfalle früher gegeben waren: Studium oder Beruf.

## Was ist zu tun?

Viele Sozialarbeiter/Sozialpädagogen stehen der politischen und ökonomischen Unterdrückung relativ hilflos gegenüber. Sie beginnen erst langsam, ihren Status als Lohnabhängige zu begreifen und ihre Interessen durch gewerkschaftliche Forderungen und nicht durch standesrechtliche Privilegien durchzusetzen. Noch gering sind bei uns die Erfahrungen, unter den Bedingungen zunehmender Unterdrückung Widerstand zu organisieren.

Es ist zunächst wichtig, bestimmte Gesetzmäßigkeiten im Handeln von Konflikten zu erkennen, um sich rechtzeitig darauf einstellen und diese angehen zu können und nicht den Konfliktablauf zu individualisieren und damit auf persönliches Versagen bzw. auf persönliche Konflikte zu reduzieren.

Rechtzeitiges Erkennen und Angehen von Konflikten und der sie bedingenden Strukturen bedeutet auch, Informationen zu sammeln, begrenzte und erweiterte Öffentlichkeit herzustellen, Bündnispartner und Kollegen oder Öffentlichkeit zu mobilisieren, anstatt den Ereignissen hinterherzulaufen.

Viele Konfliktfälle zeigen, daß die freien und kommunalen Träger sich nicht auf inhaltliche Diskussionen einlassen, sondern – in der jetzigen Krisensituation und der damit verbundenen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt – verstärkt auf einer formalen Ebene argumentieren. Die "demokratische" Verwaltung und die sogenannten "freien" Verbände leugnen nicht gänzlich das Vorhandensein von Konflikten, sie bestimmen aber deren Rahmen, Ausmaß und Form, so daß sie nur in kontrollierbarer Form ablaufen können. Typisches Beispiel ist die von oben gesetzte Notwendigkeit, in allen Auseinandersetzungen mit den vorgesetzten Stellen den Dienstweg einzuhalten, sich jeglicher öffentlicher Stellungnahmen zu enthalten, was auf den Konfliktverlauf entschärfend wirkt und ihn seines eigentlichen Inhaltes beraubt. Für den Arbeitgeber wird der Konflikt dadurch kalkulierbarer und die ihn tragenden Personen kontrollierbarer. In vielen Fällen übernimmt diese Funktion auch die von oben eingesetzte Superrevision.

Da der Arbeitgeber keine kollektiv verantworteten Handlungen zuläßt (der öffentliche Dienst beruft sich auf § 839 BGB in Verbindung mit § 34 GG), führt dies in der Regel zur Vereinzelung und Spaltung der Kollegen.

Den für den Arbeitgeber kontrollierbaren Konfliktverlauf zu verlassen, ist oft die einzige Chance, der Formalisierung von pädagogischen und politischen Inhalten und damit ihrer Pervertierung zu entgehen.

Ganz klar hat sich dies in den neueren Heimauseinandersetzungen in Frankfurt gezeigt (zum Konflikt "Ziegelhüttenweg" siehe "links" 79/1976). Für die Auseinandersetzungen im Heim "Ziegelhüttenweg" war ausschlaggebend, daß die Jugendlichen und die Sozialarbeiter sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem Trägerverband einigten, kollektiv an den Verhandlungen teilnahmen und dort, wo sie sich in ihrer Existenz bedroht fühlten, die Spielregeln bürokratisch formalisierter Verhandlungen durchbrachen. Sie besaßen die "Frechheit", detaillierte Pläne über die Schließung des Heimes zu fotokopieren und zu veröffentlichen. Ihre Vorgehensweise hat bisher dazu geführt, daß die Schließung des Heimes, die Entlassung von Sozialarbeitern und die Verlegung der Jugendlichen verhindert werden konnte.

Andererseits können es sich die Träger nicht erlauben, eine solche Abweichung zuzulassen und versuchen, dies mit allen ihren Möglichkeiten zu verhindern (Spaltung, Unterdrückung, Disziplinierung usw).

## Was sollten wir in allen Konflikten beachten?

1.) Es ist notwendig, Isolierung und Vereinzelung unter Kollegen aufzuheben, d. h. Stehvermögen innerhalb der und durch die Kollegen zu entwickeln. Daher ist es wichtig, trotz Verboten und entsprechender Anweisungen Kontakte und Informationsaustausch zu Kollegen zu haben. Handeln außerhalb und durch Umgehung der Vorschriften ist auch oft erforderlich, um sich für die Probleme der Betroffenen adäquat einsetzen zu können.

2.) Volles Ausschöpfen der rechtlichen und verwaltungsinternen Möglichkeiten. D. h. einmal die Gesetze und Vorschriften (z. B. HPVG, HBB, BVG, BSHG, JWG) sehr genau zu studieren, um sie bis zum Äußersten voll auszunutzen im Interesse der Betroffenen und im eigenen Interesse.

Wie hier auch eine Zusammenarbeit mit den Betroffenen wirksam werden kann, haben Berliner Genossen gezeigt, die mit Sozialhilfeempfängern eine Sozialhilfebroschüre erstellt haben.

Zum anderen geht es darum, sich entscheidenden Situationen nicht allein auszusetzen. Gespräche mit Vorgesetzten sollten unter Zeugen geführt werden. Dienstanweisungen sollten nicht telefonisch angenommen werden, die Möglichkeit, deren Auswirkungen zu reflektieren, sind gering, Verständigungen mit den Kollegen sind nicht möglich. Dies wiederum sind aber Voraussetzungen, um gemeinsame Gegenmaßnahmen durchzuführen.

3.) Die Konflikte haben ihre Ursachen im gesellschaftlichen Bereich. Da der Sozialarbeiter/Sozialpädagoge die Konflikte zunächst subjektiv erfährt, unterliegt er der Gefahr, dies als persönliches Versagen und Verschulden zu erleben. In dieser Situation ist der Sozialarbeiter/Sozialpädagoge nicht in der Lage, sich gegen die moralische, spalterische Argumentation des Arbeitgebers zu wehren.

Um nun Distanz zu den sogenannten angeblich individuellen Konflikten zu bekommen und sie auf der gesellschaftspolitischen Ebene reflektieren zu können, ist es u. a. notwendig, Kontakte mit Kollegen, auch aus anderen Arbeitsbereichen, herzustellen. Darüber hinaus müssen, je nach Einzelfall, Bündnispartner (Personalrat, Vertrauensleute, Gewerkschaft) unter Herstellung einer engeren fachgebundenen oder erweiterten Öffentlichkeit gesucht werden. Daß eine solche Strategie auch erfolgversprechend ist, zeigen wiederum die Auseinandersetzungen um das Jugendwohnheim "Ziegelhüttenweg". Von den Jugendlichen wurden mit Unterstützung der Sozialarbeiter Kontakte zur Fachhochschule, zum Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, zu anderen Heimen, Sozialstationen innerhalb des Trägervereins auf

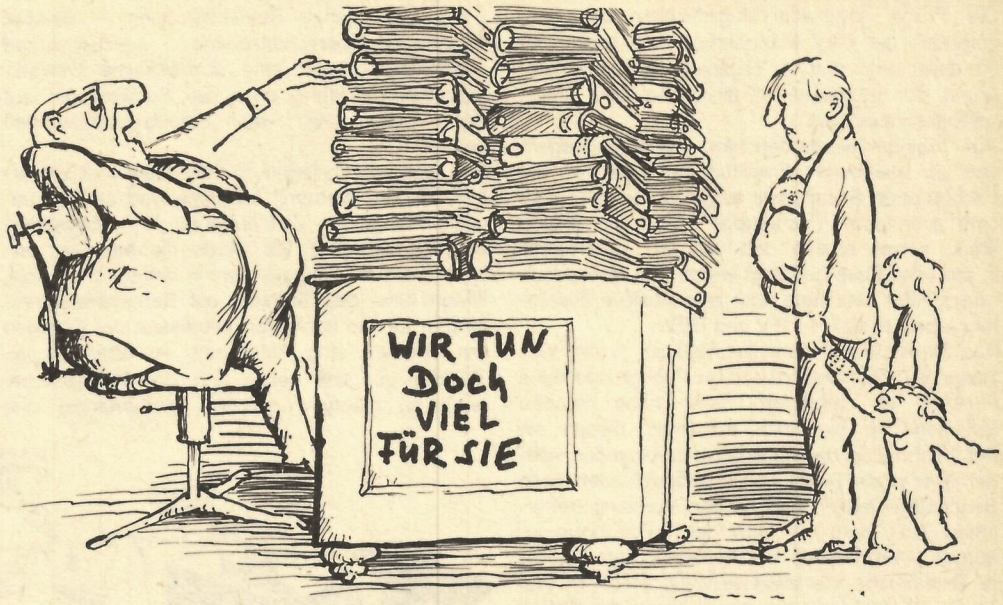
Betriebsversammlungen, zur Öffentlichkeit (u. a. auf dem Antirepressionskongreß), zur Tages- und Fachpresse geknüpft und Unterstützung gefunden.
4.) Gegenstrategie erscheint am Arbeitsplatz und innerhalb der Gewerkschaft möglich, wenn es gegen den Abbau und die Reduzierung von Leistungen des Sozialstaates und gegen die Repression innerhalb des Sozialbereichs (unterhalb der eigentlichen politischen Disziplinierung) geht. Die Schwierigkeiten, die dabei auftreten, machen sich an dem mangelnden Bewußtsein der Kollegen fest. Enorme Überzeugungsarbeit ist wichtig und notwendig, um wenigstens in Ansätzen eine gemeinsame Basis im Arbeitsbereich zu finden.
Der Verwirklichung des Anspruches, in der Gewerkschaft (ÖTV und GEW) den Widerstand zu organisieren, steht die Schwierigkeit entgegen, daß die meisten Mitglieder die politische Linie der Funktionäre widerspruchslos akzeptieren. (Radikalenerlaß, Unvereinbarkeitsbeschlüsse)
Dennoch sehen wir in der Betriebsgruppenarbeit, in der Vertrauensleutearbeit und dort, wo möglich, in der Fachgruppenarbeit, eine, wenn auch geringe, Möglichkeit, Interessen der Basis aufzugreifen und durchzusetzen.
Wir müssen lernen, uns auf Konflikte einzulassen, auch mit der Kalkulation, daß man sie verlieren kann. Nur so kann man sich vor falschen Illusionen und nachfolgender Resignation schützen. Aus diesen Erfahrungen lernen wir für zukünftige Auseinandersetzungen.

# Zusammenfassender Bericht der Untergruppe Sozialarbeit

**Innerhalb der Untergruppe Sozialarbeit haben Diskussionen in sechs Arbeitskreisen mit gleicher Themenstellung und einer Teilnehmerzahl von jeweils ca. 40 - 60 Personen stattgefunden. Eingeleitet wurde die Diskussion mit dem Arbeitspapier des Redaktionskollektivs Info Sozialarbeit "Unterdrückung und Widerstand im Sozialbereich". Die Zusammenfassung erfolgt auf der Grundlage von 3 Arbeitskreisprotokollen. Auch wenn in den Arbeitskreisen die Diskussionsschwerpunkte unterschiedlich gesetzt wurden, so sind in allen Protokollen zumindest 3 Bezugspunkte identisch, die hier zusammengefaßt werden:**

- **Berichte aus der Praxis mit Hinweisen auf die erschwerte Arbeitssituation und die Möglichkeiten der Gegenwehr**
- **Die Rolle des Sozialarbeiters/-pädagogen angesichts der Auswirkungen der Krise auf den Sozialbereich**
- **Eine kritische Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit**

**Bericht aus der Drogenberatung:** Drogenberatungsstellen unterliegen einer zunehmenden Bürokratisierung, verstärkte Einführung von Kontrollmaßnahmen bei den Freien Verbänden. Wachsender Legitimationszwang läßt die Arbeit zur Verwaltungstätigkeit verkümmern, bewirkt einen zunehmenden Konkurrenzdruck unter den verschiedenen Drogenberatungsstellen (Angst vor Schließung bei noch geringerer "Erfolgsquote") und verhindert eine Solidarisierung unter den Kollegen.
**Bericht aus einer Erziehungsberatungsstelle:** Die Stadt plante, für jede Inanspruchnahme der EB eine Gebühr zu erheben. Da sich diese




Maßnahme gegen die unmittelbaren Interessen der Bevölkerung richtete und gleichzeitig eine Reduzierung der Arbeit (damit verbunden Stellenstreichung) bedeutet hätte, konnte eine breite Solidarität hergestellt und die geplante Gebührenerhebung erfolgreich abgewehrt werden (Mobilisierung der Kollegen, Arbeit in den einzelnen Gremien der Gewerkschaft, Herstellung einer breiten Öffentlichkeit – Presse).
**Bericht aus der Jugendarbeit:** Am Beispiel der Jugendpflege in einer Stadt in Ostwestfalen wurde der Abbau sozialer Dienstleistungen verdeutlicht:
1. Kürzung der Mittel für pädagogische Arbeit
2. trotz Mangel an Sozialarbeitern werden keine Planstellen geschaffen
3. Zuschüsse für Jugendverbände wurden gekürzt bzw. ganz gestrichen
4. Propagierung der Offenen Jugendarbeit im Kommunalen Bereich (Wahlschlager) bei gleichzeitiger Einschränkung der Betriebskostenzuschüsse für die gleichen Einrichtungen.

Anläßlich eines Sonderprogramms für arbeitslose Jugendliche in NRW wurden 70 neue Sozialarbeiterstellen eingerichtet, die Sozialarbeiter erhielten jedoch nur befristete Arbeitsverträge, die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis wurde in Aussicht gestellt.
**Folge:** Steigerung des Konkurrenzdrucks, Zunahme der Disziplinierungsmöglichkeiten des Arbeitgebers etc.
Weiter wurde über die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung nach einem Punktsystem berichtet, das die Spaltung der Sozialarbeit in mehr und weniger qualifizierte Tätigkeiten zur Folge hat. Aufgrund dieser Tätigkeitsmerkmale soll dann auch die entsprechende finanzielle Eingruppierung vorgenommen werden.
Sozialarbeiter in Freizeitheimen in Bremen berichteten von Versuchen der Gegenwehr gegen Mittel- und Stellenstreichungen: Die Kollegen kamen nach Diskussion verschiedener Möglichkeiten zu der Strategie, einerseits ihr Engagement im JFH einzuschränken und andererseits mit Hilfe der Gewerkschaft Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Schwierigkeiten gab es einerseits mit den Jugendlichen, die ihrerseits völlig auf die Sozialarbeiter verzichten wollten – andererseits mit der Gewerkschaft: der Apparat erwies sich als völlig ungeeignet für derartige Öffentlichkeitsarbeit. Diese mußte voll von der SB-Gruppe übernommen und finanziert werden.
Beispiel Zingelswiese, Frankfurt: Hier habe sich gezeigt – berichteten Beteiligte –, daß die Gefährdung des Arbeitsplatzes gewisse Beschränkungen auferlegt: Öffentlichkeitsarbeit könne daher nicht von dem Sozialarbeiter, sondern müsse vielmehr von den Betroffenen selber gemacht werden. Davor hat die Bürokratie auch die meiste Angst, wenn sich die Betroffenen mit den Sozialarbeitern solidarisieren (nicht umgekehrt!). Das darf aber nicht dazu führen, aus Angst gar nichts mehr zu machen: Auf die eigene Sicherheit könne man eben nicht Rücksicht nehmen; aber Öffentlichkeitsarbeit muß durch breite Unterstützung abgesichert werden.
**Bericht aus der Familienfürsorge und Bewährungshilfe:** Einführung der "Effizienzkontrolle" (Sozialarbeiter müssen alle 4 Monate Arbeitsberichte ans Hauptamt weiterleiten, dort wird u. a. über Schaffung und natürlich auch Streichung neuer Planstellen entschieden). In diesem Zusammenhang wollte ein Frankfurter Wissenschaftler die Effizienz der Sozialarbeit in Obdachlosenfamilien untersuchen. Hierbei stellte sich die Frage nach der "Wissenschaftlichkeit" und wessen Interessen diese Wissenschaft, die hier unter dem Deckmantel der Wertfreiheit zur Verschleierung von Kontrollfunktionen dient, vertritt. Die Aufklärungsarbeit der betroffenen Sozialarbeiter brachte das Projekt zum Scheitern.
Ferner wurde von fortgeschrittenen Plänen zur Neuorganisation des **Sozialdienstes im Bereich der Justiz** berichtet: Danach soll die Bewährungshilfe praktisch abgeschafft werden: durch Verschärfung der Kontrolle, Weisungsbindung etc. werden die Sozialarbeiter – sollten die Pläne Wirklichkeit werden – praktisch zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft und des Strafvollzugs unter dem Schlagwort "ambulanter Strafvollzug".
Formen der Gegenwehr: Die vorliegenden Entwürfe sind vervielfältigt worden, eine Stellungnahme ist an alle Kollegen in Frankfurt, in der Gewerkschaft, in Personalräten und an der FHS verbreitet worden; den Rechtspflegern sollen die Konsequenzen klargemacht werden; Schaffung von Öffentlichkeit. Auch hier geht es nicht um eine veränderte Funktion der Sozialarbeit, sondern nur um die Verteidigung bisher bestehender Arbeitsmöglichkeiten.
Näher wurden noch die Möglichkeiten in der Gewerkschaft diskutiert: Mehrere Anwesende meinten aufgrund eigener Erfahrungen, daß der Versuch, von vornherein den Gewerkschaftsapparat für eine solche Sache gewinnen zu wollen, aussichtslos ist. Vielmehr müsse zuerst auf der Kollegenebene, durch persönliche Kontakte, Gemeinsamkeit hergestellt werden, um dann gemeinsam Ansprüche an den Apparat erheben zu können. Dabei kann kaum das Abschmettern des Gesetzes als Ziel im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die Politisierung durch Ausschöpfen aller Möglichkeiten der Gegenwehr.

# ARBEITSGRUPPE ÖFFENTLICHER DIENST

Die Frage, inwieweit Möglichkeiten bestehen, innerhalb der ÖTV Maßnahmen der Gegenwehr zu diskutieren und zu organisieren, wurde aufgrund der gemachten Erfahrungen sehr unterschiedlich diskutiert.

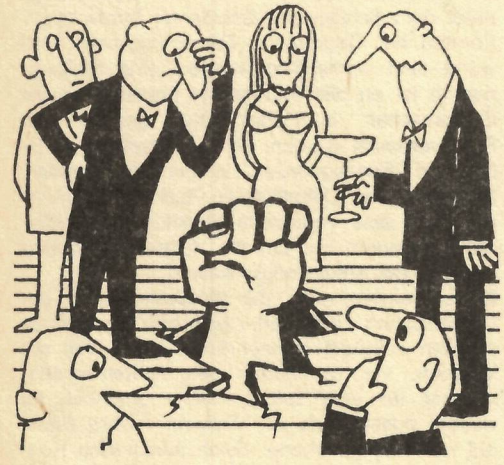
Aus Tübingen wurde berichtet, daß es (im Gegensatz zu Westberlin, Frankfurt und Köln, wo die Fachgruppen Sozialarbeit aufgelöst wurden) noch eine arbeitende Fachgruppe gäbe, die jedoch stark isoliert arbeite und von der ÖTV-Spitze in die linke Ecke gedrängt werde. Ein Hochschulangestellter berichtete über eine positive Zusammenarbeit zwischen ÖTV und GEW.

Aus Berlin wurde berichtet, daß durch die Vertrauensleuterichtlinien (VLR) die Fachgruppe keine Funktion im rechtlichen Sinne habe. In den Bezirken, wo sie noch existieren, dienen sie der Information der Kollegen untereinander, können aber weder Resolutionen verabschieden, noch Beschlüsse fassen und an den Vorstand weiterleiten. Das kann nur noch der Vertrauensleutekörper (VLK). Durch die Aufteilung der Bezirke in Teilbereiche, die teilweise völlig willkürlich sind (z. B. im Sozialamt Kreuzberg sitzen die Sozialarbeiter einer überwiegenden Mehrzahl von Verwaltungsangestellten gegenüber), wurden Strukturen geschaffen, die wesentlich schlechter eine Mobilisierung der Kollegen bewirken können.

In Frankfurt wurden mit den VLR ähnliche Erfahrungen gemacht. In München wurde die Fachgruppe in Sozialarbeiter und Erzieher gespalten, was eine Schwächung der gewerkschaftlichen Arbeit bedeutet. Es finden nur noch selten gemeinsame Sitzungen statt. Die Möglichkeiten der Gewerkschaftsarbeit hängen in den verschiedenen Regionen auch davon ab, ob die SPD stärkste Partei ist (Loyalität der Gewerkschaftsführung) oder ob die SPD in Opposition steht. – Aber auch das läßt sich nicht verallgemeinern. Die Möglichkeiten von AKS-Gruppen zur Vorbereitung der Gewerkschaftsarbeit wurden unterschiedlich eingeschätzt.

In Konfliktfällen (Zingelswiese) können Gruppen wie AKS wichtige Bedeutung zur Informationsvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Bis bestimmte Berichte über Konfliktfälle vor ihrer Veröffentlichung die verschiedenen Genehmigungsinstanzen der Gewerkschaft durchschritten haben, ist – falls es überhaupt veröffentlicht wird – der Konflikt schon vorbei.

Aufgrund der unterschiedlichen politischen Auffassungen in der Gewerkschaft wurde der AKS als wichtige Gruppe zur Erhaltung der "linken Identität" gesehen. Und angesichts der Schwierigkeiten (individuelle Ausschlüsse, Drohung, Einschüchterung und/oder strukturelle Veränderungen – z. B. Aufhebung von Fachgruppen etc. –; von Berlin wurde berichtet, daß der Gewerkschaftsapparat vor nichts zurückschreckt und sogar ganze Betriebsgruppen – Beispiel Gruppe Nachbarschaftsheime – auszuschließen droht), vor denen eine sozialistische Gewerkschaftsarbeit steht, muß der Schwerpunkt auf der Entwicklung der Betriebsgruppenarbeit liegen.



Wie können Kollegen für die Gewerkschaftsarbeit aktiviert werden? Meistens wird als Begründung mangelnde Zeit aufgrund der Arbeitsüberlastung angeführt. Es wurde die Meinung vertreten, daß bei Engagement in betrieblichen Konflikten bzw. bei Eintreten auf Betriebsversammlungen für die konkreten Interessen der Kollegen am ehesten eine Aktivierung zu erreichen ist. Wichtig ist, sich selbst und den Kollegen bewußt zu machen, daß sie lohnabhängig sind und sich von daher mit ihren Arbeitsbedingungen konkret auseinanderzusetzen haben. Bisher ist beispielsweise die gewerkschaftliche Organisierung bei Sozialarbeitern unverhältnismäßig gering. Hinzu kommt die teilweise Organisierung in ständischen Organisationen. Die widersprüchliche Situation, in der die Sozialarbeiter stecken, ist dadurch gekennzeichnet, daß teilweise die Bedürfnisse der "Klienten" und das Eigeninteresse der Sozialarbeiter im Gegensatz stehen. Beispielsweise sollte jeder Sozialarbeiter darauf achten, seine 40-Stundenwoche einzuhalten, während dies in der Praxis insbesondere in der Heimerziehung und der Jugendfreizeitarbeit geradezu eine Seltenheit ist.

Die Leistung von Mehrarbeit (so positiv sich diese für die Arbeit mit dem Klientel auswirken mag) wirft doch eine Reihe von Problemen auf:

– Durch die geleisteten Überstunden spart der Staat Stellen ein;

– Das Arbeitspensum wird als Norm für mitarbeitende Kollegen gesetzt;

– Die Schaffung neuer Planstellen läßt sich nicht durchsetzen, was angesichts zunehmender Klientenzahlen zur eigenen Überlastung führt und angesichts der Arbeitsmarktsituation aber für die arbeitslosen Kollegen zu fordern wäre.

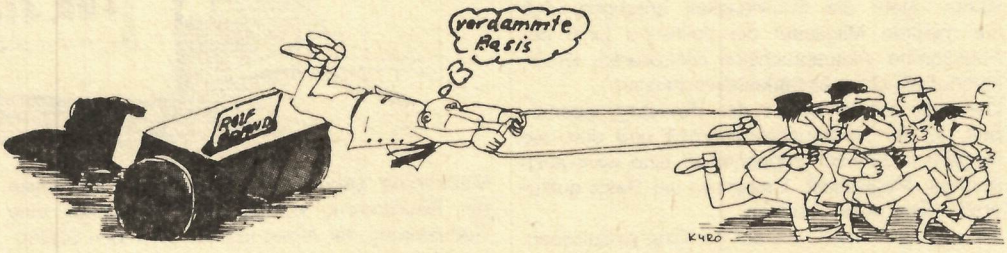
Auf lange Sicht ist den Klienten und den Sozialarbeitern mit ständiger Ableistung von Überstunden nicht gedient.

Als eine mögliche Lösung dieser oft fatalen Situation (ich mache politische Arbeit und mache deshalb Überstunden): einerseits Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Planstellen, andererseits sich voll für die von Sozialarbeit Betroffenen einzusetzen, diesen jedoch die doppelbödige Situation transparent zu machen, in der der Sozialarbeiter steckt.

Die Rolle des Sozialarbeiters angesichts der Auswirkungen der Krise auf den Sozialbereich wurde insbesondere am Beispiel Familienfürsorge und Sozialamt diskutiert. Inoffiziell wird er von seinen Vorgesetzten dazu angehalten, dem Sozialhilfeempfänger zustehende Leistungen, wie Kleidergeld, möglichst gering zu halten. Verhält er sich nach den Richtsätzen des BSHG, wird ihm vorgeworfen, er sabotiere das System, indem er nicht aktiv bei den Sparmaßnahmen des Staates mitwirkt. Linke Sozialarbeiter haben die Aufgabe, trotz Anfeindungen durch Kollegen und Vorgesetzte das Beste für die "Klienten" herauszuholen, d. h. hier bei diesem Beispiel, eine Befürwortung über die vollen Sätze auszusprechen. Wie man aus anderen Erfahrungsberichten erfuhr, stellt es sich im Moment als eine der wichtigsten politischen Funktionen innerhalb der staatlichen Sozialarbeit dar, den gesetzlichen Rahmen voll auszuschöpfen und sich dafür einzusetzen, daß die gesetzlichen Möglichkeiten nicht eingeschränkt werden.

Eine durchaus vorhandene Versorgungshaltung bei einem Teil der "Klienten" darf für uns kein Argument sein, die bestehenden Möglichkeiten nicht voll auszuschöpfen.

**Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften** fällt, so wurde festgestellt, angesichts einer weiterhin im wesentlichen schlafenden Arbeiterbewegung und einer ebenfalls weitgehend regungslosen liberalen Öffentlichkeit **den Linken zu, die in einem täglichen Kleinkrieg versuchen müssen, eine Gegenwehr aufzubauen.** Diese Versuche, vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen, bewegen sich notwenig in dem Widerspruch, Erfüllungsgehilfe des Staates und zugleich Fürsprecher des Klientel zu sein.




Diesen Widerspruch als ein Moment einer politischen, berufsfeldbezogenen Arbeit auszuhalten, Strategien einer langfristig angelegten Arbeit zu entwickeln, Formen der Gegenwehr zu diskutieren: dazu bedarf es stabiler Gruppenzusammenhänge.

**Kongreß gegen Unterdrückung Pfingsten '76 Frankfurt/Main**

Die Diskussion machte aber deutlich, daß sehr viele Sozialarbeiter noch isoliert arbeiten und ein starkes Interesse an AKS-Gruppen haben. Aber auch die AKS-Gruppen verfügen über kein Patentrezept antikapitalistischer Sozialarbeit. Was wir anbieten können, sind Diskussions- und Gruppenzusammenhänge innerhalb des AKS und innerhalb des Sozialistischen Büros, in denen wir die Probleme am Arbeitsplatz, die Funktion der eigenen Arbeit, politische Handlungsstrategien, Möglichkeiten der Gegenwehr etc. gemeinsam überlegen und angehen. Eine wichtige Funktion liegt in der Aufhebung der Isolierung und der Stabilisierung der "linken Identität".

Die Zusammenfassung der Protokolle zeigt, daß noch viele Fragen offen sind, vieles in der Kürze der Zeit nur angetippt werden konnte. Für die Genossen, die im Arbeitsfeld Sozialarbeit im Sozialistischen Büro zusammenarbeiten, bedeutet dies, daß wir an diesen offenen Fragen und Problemen weiterarbeiten.

FORTSETZUNG SEITE 37

# Jugendarbeit in der Krise

Entsprechend der Konzeption des gesamten Kongresses sollten auch die Diskussionen in der Arbeitsgruppe "Jugendzentren - Jugendarbeitslosigkeit" nicht auf einige wenige und herausragende "Fälle" von politischer Repression beschränkt werden. Es kam vielmehr auf eine Bestandsaufnahme der ökonomischen und politischen Entwicklung generell an, und zwar unter dem Gesichtspunkt, wie sie sich auf die Jugendarbeit auswirkt.

Augenfällig und für jeden sichtbar signalisieren Jugendarbeitslosigkeit, der verschärfte Numerus Clausus, Berufsverbote und Abstriche in den Reformen und Finanzierungsspielräumen der staatlichen Jugendpolitik die veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen einer emanzipatorischen Jugendarbeit.

Die Jugendarbeitslosigkeit verweist auf die strukturellen Widersprüche im System der Berufsbildung und der Arbeitsplatzentwicklung. Numerus Clausus, Berufsverbote und die Veränderungen der staatlichen Jugendpolitik zeigen einerseits die Grenzen der Reformhoffnungen der letzten Jahre und sind andererseits zum Instrument der Einengung und Unterdrückung fortschrittlicher Initiativen und gewonnener institutioneller Spielräume geworden. Es wird nun deutlicher als zuvor, daß sich Jugendarbeit, berufliche Bildung und die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in das kapitalistische Kalkül der Krisenbewältigung einzufügen haben.

Ansätze zu selbständiger, an den Interessen der Jugendlichen orientierter Arbeit im Bereich der Jugendzentren, der Verbandsarbeit, der Jugendbildung haben nun neben dem verschärften Leistungs- und Konkurrenzdruck in den Betrieben oder um Ausbildungsplätze und neben den miserablen Freizeitbedingungen auch stärker mit den erklärten Integrationsabsichten der staatlichen und von den freien Trägern betriebenen Jugendpolitik zu kämpfen. Diese Jugendpolitik äußert sich in

- der Kürzung bzw. Umverteilung von Mitteln für die politische Jugendarbeit zugunsten kompensatorischer Maßnahmen für sogenannte Randgruppen;
- in der Einfrierung oder Streichung von Stellen und Mitteln;
- im Rückzug der Verbände und Organisationen auf ihre ureigensten Verbandsinteressen und -ideologien, unter faktischer Aufgabe allgemeiner, emanzipatorischer Zielsetzungen in der praktischen Arbeit;
- in einer wachsenden politischen Kontrolle der beschäftigten Sozialarbeiter und Referenten für politische Bildungsarbeit;
- in der verstärkten politischen Disziplinierung bis hin zur Kriminalisierung derjenigen Jugendlichen, die um Freiräume für ihre politische Arbeit und Freizeitorganisation kämpfen.

Diese hier grob skizzierte Entwicklung sollte in der Arbeitsgruppe "Jugendzentren – Jugendarbeitslosigkeit" gemeinsam diskutiert werden. Darüber hinaus aber war es notwendig, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen und Personen zu verstärken. Denn zu den "normalen" Hemmnissen einer solchen Kommunikation kommt in der Jugendarbeit die Tatsache, daß sie in verschiedene "Bereiche" mit jeweils stark unterschiedlichen Zielen, institutionellen Bedingungen, Arbeitsformen und Zielgruppen von Jugendlichen auseinanderfällt. Dadurch wird eine Einschätzung der allgemeinen, typischen Entwicklungslinien der Repression ebenso erschwert wie eine über punktuelle Aktionen hinausgehende Gegenwehr. Ziel dieser Verständigung sollte es sein, über die Analyse der Repression hinaus zu effektiven Formen der Gegenwehr zu kommen; einer Gegenwehr, die über die defensiven und reaktiven Momente hinauszugehen hätte und die die in der Phase des Aufschwungs der linken Bewegung entwickelten Positionen und praktischen Fragen weitertreiben müßte.

Die Gruppe Frankfurter Bildungsarbeiter im Arbeitsfeld Bildungsarbeit übernahm die Vorbereitung der Arbeitsgruppe. Konzipiert und eingerichtet wurden folgende Untergruppen:

1. Staatliche Jugendarbeit in bezug auf Jugendzentren;
2. Staatliche Finanzierungspolitik und Probleme der Jugendverbandsarbeit;
3. Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit gegen Jugendarbeitslosigkeit;
4. Erfahrungen aus Arbeitsloseninitiativen;
5. Zum Zusammenhang von gewerkschaftlicher Arbeit und Jugendzentrumsarbeit.

Die Untergruppen wurden thematisch grob vorstrukturiert. Die Vorbereitungsgruppe nahm Kontakt zu Genossinnen und Genossen sowie Gruppen auf, die zu den jeweiligen Unterarbeitsgruppen Thesen und Erfahrungen beisteuern konnten.

In den Untergruppen, an denen zwischen 300 - 400 Jugendliche, Sozial- und Bildungsarbeiter, sowie Studenten teilnahmen, zeigte sich dann, daß die Zeit der Vorbereitungsarbeit wohl zu kurz gewesen war. Damit ist weniger die inhaltliche Vorbereitung gemeint; vielmehr konnten Kontakte mit arbeitenden Gruppen und Personen nicht in dem Maße hergestellt werden, wie dies

---

FORTSETZUNG VON SEITE 36

Inhaltlich stehen neben dem Aufgreifen aktueller Konflikte und der Entwicklung von Gegenwehr u. a. die Erarbeitung einer Einschätzung der Entwicklungstendenzen im Sozialbereich, die Bestimmung einer arbeitsfeldbezogenen Politik in und außerhalb der Gewerkschaft zur Diskussion. D. h. wir müssen auch die Auseinandersetzung mit jenen scheinbar marxistischen Ansätzen führen, die nur eine einseitige Analyse der Funktion von Sozialarbeit leisten, dabei aber sowohl die Widersprüchlichkeit der bestehenden Verhältnisse als auch das, was die Sozialarbeiter/-pädagogen so bei ihrer Arbeit im Kopf haben, außer acht lassen. Wir gehen davon aus, daß sich eben nicht alle Sozialarbeiter bruchlos in ihre Berufsrolle fügen und versuchen deutlich zu machen, daß es auch andere Auswege aus diesem Dilemma gibt, als da sind: Ausflippen oder Resignation.

Organisatorisch:

– die bestehenden AKS-Gruppen zu stabilisieren bzw. solche Projekte zu entwickeln, die eine Ausweitung der Arbeit möglich machen, weitere Genossen in die Arbeit integrieren und somit Isolierung, Furcht und Ängste überwinden

– eine inhaltlich bestimmte, über das Arbeitsfeld hinausgehende Zusammenarbeit im Rahmen des Sozialistischen Büros,

– überregionale Zusammenarbeit im Arbeitsfeld Sozialarbeit im SB.

Diese überregionale Zusammenarbeit bezieht sich u. a. auch auf die Mitarbeit und Gestaltung des Info Sozialarbeit. Für 1977 haben wir folgende Themenschwerpunkte geplant:

– Gewerkschaftsarbeit
– Altenarbeit
– Kindergartenarbeit
– Heimerziehung/Jw-Kollektive
– Repression und Widerstand im Sozialbereich

Neben den Schwerpunktthemen enthält der Info Beiträge aus den AKS-Gruppen, aktuelle Berichte aus der Praxis, Materialhinweise, Stellenangebote und Kleinanzeigen. Wer mitarbeiten möchte an den oben genannten Fragen, an den Themenschwerpunkten, oder Materialien, Berichte zu den Themen zur Verfügung stellen kann oder über Informationen verfügt, die für andere Kollegen und Genossen wichtig sind, wende sich entweder an eine örtliche AKS-Gruppe oder direkt an das **Arbeitsfeld Sozialarbeit im SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.**

In den Städten und Regionen, in denen bisher keine AKS-Gruppe existiert, kann Kontakt zu einzelnen Sozialarbeitern über die örtliche SB-Gruppe aufgenommen werden.

# Info Sozialarbeit

**• Sozialarbeit in Institutionen, 80 S., DM 3,-- • Zur Rolle und Funktion der Sozialpädagogik, 104 S., DM 5.-- • Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit, 72 S., DM 4.-- • Sozialarbeit in Jugendzentren, 96 S., DM 5.-- • Knast und Sozialarbeit, 64 S., DM 3,50 • Stadtteilbezogene Sozialarbeit Teil I, 64 S., DM 3,50, Teil II, 80 S., DM 4.-- • Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit, 96 S., DM 5.-- • Sozialarbeit: Studium und Berufspraktikum, 80 S., DM 4.-- • Alternative Psychiatrie, 80 S., DM 4.--**

**Außerdem Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich: • Staatliche Sozialpolitik, DM 8.-- • Zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft, DM 10.-- • Sozialpädagogik und Arbeiterinteressen, DM 3.-- • Dokumentation zum Mannheimer Gefängnisskandal, DM 7.-- • Arbeitermädchen im Jugendzentrum, DM 4.--**

**Bestellungen gegen Vorauszahlung (Briefmarken oder Scheck) bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden; Prospekt über Verlag 2000.**

★

für die Entwicklung einer praktischen Perspektive notwendig gewesen wäre. Erschwerend kam hinzu, daß bei vielen Teilnehmern die Erwartung bestand, die Arbeitsgruppe "Jugendzentren – Jugendarbeitslosigkeit" werde die organisatorische und politische Dimension des JUPOFO (Jugendpolitisches Forum) vom Dezember 1974 erreichen und womöglich noch darüber hinausgehen. Dies war jedoch einmal wegen der knappen Vorbereitungszeit nicht möglich. Zum anderen litt die Arbeitsgruppe daran, daß sie eine Art Zwitterstellung zwischen den Arbeitsgruppen von Betrieb und Gewerkschaft und denjenigen der Sozialarbeiter einnahm. Probleme der Jugendlichen in Betrieb und Gewerkschaft konnten kaum diskutiert werden, weil die daran interessierten Teilnehmer sich an den Diskussionen der Arbeitsgruppe Betrieb und Gewerkschaft beteiligten, dort aber die jugendspezifischen Probleme nicht zur Sprache kamen. Zahlreiche Sozialarbeiter nahmen an der Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst teil, so daß Vorbereitung und Diskussionen in den Unterarbeitsgruppen nicht so gelangen, wie wir es uns vorgestellt hatten. Auch blieb die kommunikations- und organisationsstiftende Wirkung des Kongresses in dieser Arbeitsgruppe zunächst hinter unseren Erwartungen zurück.

Die Fragen der Einschätzung der Repression im Jugendbereich und der Entwicklung von Gegenstrategien sind jedoch seit dem Kongreß nicht links liegengelassen worden. Bei der sich abzeichnenden Reorganisierung im Arbeitsfeld Bildungsarbeit hat die Mitarbeit am Kongreß sicher eine gute Rolle gespielt. Diese Reorganisierung darf nicht als formale betrachtet werden, sondern vollzieht sich in der Weiterverfolgung von Fragestellungen, die auch auf dem Kongreß aufgeworfen und diskutiert worden sind.

So hat sich aus einer parallel zum Pfingstkongreß laufenden Initiative, dem Pfingstlager des Bundes deutscher Pfadfinder (BdP) eine immer engere und verbindlichere Zusammenarbeit von Jugendzentren im hessischen Raum entwickelt. Der BdP, der schon seit mehreren Jahren Jugendzentrums-Initiativen und offene Jugendgruppenarbeit unterstützt, hat die auch auf dem Pfingstkongreß vorgetragene Forderung nach einer Koordinationsstelle für arbeitende Gruppen aus diesem Bereich aufgegriffen, Kontakte hergestellt, Seminare und Treffpunkte organisiert und damit Hilfestellungen für einen Informationsaustausch und Absprachen unter den Jugendzentrums-Initiativen gegeben.

**Als Kontaktadresse kann angeschrieben werden: Koordinationsgruppe Jugendzentrum im BdP, c/o Wolfgang Hätscher, 6 Frankfurt 1, Berger Str. 142, Tel. 0611-494785.**

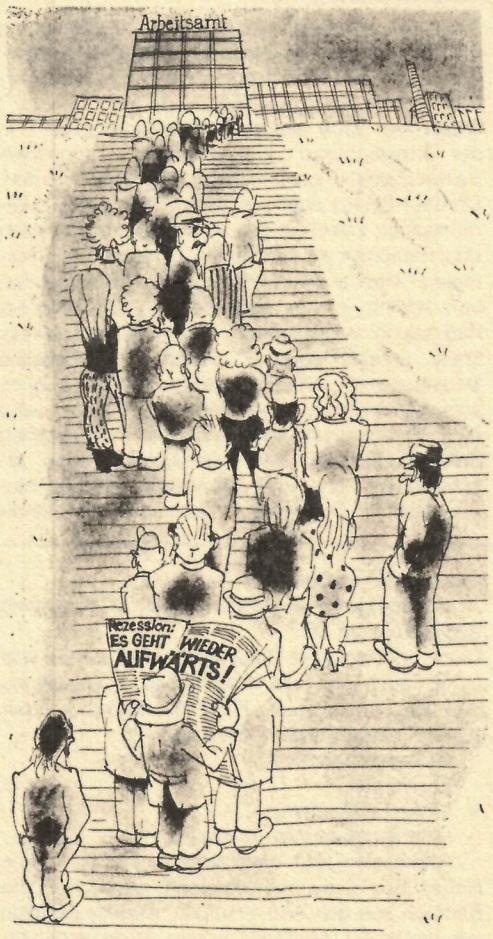
In den anderen Bereichen der Jugendarbeit: der Arbeit mit jugendlichen Arbeitslosen, der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Jugendzentren und der verbandsinternen Arbeit zeichnen sich ebenfalls Entwicklungen ab, die sich jedoch noch nicht organisatorisch und damit greifbar niedergeschlagen haben.

**Zur Information über allgemeine Kontakte, Entwicklungen, Projekte etc. sind anzuschreiben:**
**Für den Bereich der staatlichen Jugendpolitik: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsbereich Jugendhilfe/Jugendpolitik, Langenbeckstraße 9, 62 Wiesbaden 1, Tel. 06121-370263.**
**Für den Bereich der Jugendverbandsarbeit: Hessischer Jugendring, Albrechtstraße 15, 62 Wiesbaden, Tel. 06121-306785.**
**Für den Bereich Gewerkschaften und Jugendzentren: Bund deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend, Landesverband Hessen, Hamburger Allee 49-53, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611-779010.**

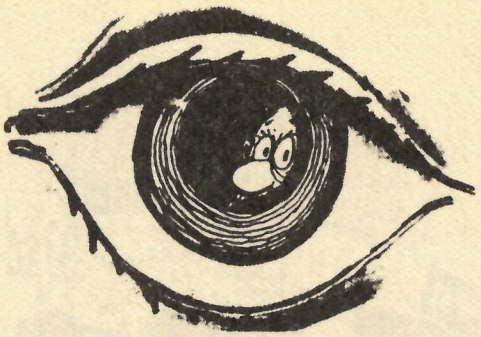
★

# Förderlehrgänge sind kein Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit

1. Im alten (1969) und neuen (1976) Arbeitsförderungsgesetz werden der BA folgende arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen vorgegegen (§ 1):
– einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern,
– die Beschäftigungsstruktur zu verbessern und das Wachstum der Wirtschaft zu fördern.
Damit wird der Charakter der BA als Instrument einer aktiven Arbeitsmarktsteuerung, als Teil des staatlichen Krisenmanagements klar formuliert.
2. Bemerkenswert ist, daß damit unter Durchbrechung des Versicherungsprinzips die Leistungen der Arbeitslosenversicherung bzw. der Versicherten dazu verwendet werden, die "öffentlichen Aufgaben" (Monopol) der Berufsberatung, der Arbeits- und Lehrstellenvermittlung zu finanzieren.




Umgekehrt dient jedoch die Art und Weise der Erfüllung dieser "öffentlichen Aufgaben" weniger dem Interesse des (jugendlichen) Arbeitnehmers und Arbeitssuchenden auf eine längerfristig gesicherte und qualifizierte Arbeitnehmerexistenz, als vielmehr den Erfordernissen der kapitalistischen Akkumulation (und damit der Aufrechterhaltung des damit verbundenen Herrschaftsverhältnisses).
3. Dies zeigt sich u.a.
– in der Einengung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) durch die Bundesregierung (z. B. der "präzisierte" Zumutbarkeitsbegriff),
– in der Veröffentlichungspraxis und Kommentierung von statistischem Material durch die BA, sowie
– in der Bewilligungspraxis von Arbeitslosenunterstützungsleistungen
(Jan. 76: 1,2 Mio Arbeitslose, aber nur 815000 erhielten Unterstützungsleistungen – d. h. ein Drittel ging leer aus; nur 633000, also die Hälfte, erhielt Arbeitslosengeld)
4. Auf dem Hintergrund einer mittelfristigen Reproduktion der industriellen Reservearmee bedeutet aktive Arbeitsmarktsteuerung heute Förderung bzw. Erzwingung eines Umschichtungsprozesses, in dessen Verlauf ausländische Arbeitskräfte abgeschoben und gleichzeitig das Anspruchsniveau hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Arbeitslohn der deutschen Arbeitskräfte, angefangen bei den Arbeitslosen, gesenkt werden sollen.
5. Jugendliche Arbeitssuchende (insbes. Schulabgänger) sind durch diese Entwicklung doppelt in Mitleidenschaft gezogen:
Einmal führt die tendenzielle Verknappung der Ausbildungsplätze als Folge eines strukturell bedingten Rückgangs des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots bei gleichzeitigem Anstieg der Schulabgängerzahlen (demographische Welle) zu einer Verschärfung des Jungarbeiterproblems bis weit in die 80er Jahre, von dem im Zuge eines Verdrängungsprozesses vor allem Hauptschul- und Sonderschulabgänger betroffen sind. Andererseits bilden heute und in Zukunft diese Jungarbeiter (und Jungangestellte) aufgrund ihrer vergleichsweise geringeren Profitabilität beim Produktionseinsatz und ihres geringeren Arbeitsplatzschutzes den harten Kern der westdeutschen Arbeitslosenreserve.
6. In welcher Weise reagiert nun die BA auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit?
Konstruktion und rechtliche Handlungsmöglichkeiten machen die BA gegenüber den für das Problem verantwortlichen strukturellen Veränderungen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt hilflos. Der Schwerpunkt ihrer Maßnahmen muß daher auf der individuellen Ebene des Arbeitslosigkeitsproblems liegen, also bei den Jugendlichen ansetzen.
Dieser Widerspruch führt dazu, daß einerseits in Untersuchungen der BA – die allerdings nur sehr zögernd und spärlich an die Öffentlichkeit gelangen – der strukturelle und längerfristige Aspekt des Jugendarbeitslosigkeitsproblems betont wird. Andererseits führt die BA Lehrgänge als Schwerpunkt ihrer Aktivitäten mit der Zielsetzung durch, subjektive Defizite dieser Jugendlichen hinsichtlich der Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt ausgleichen zu wollen.
7. Die Beschreibung der Lehrgänge und ihrer Zielgruppe legt denn auch nahe und dies wird auch den Jugendlichen vermittelt, als lägen die Ursachen der Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen selbst; dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Lehrgänge ursprünglich geplant und eingerichtet wurden als Maßnahmen für Jugendliche, die tatsächlich den Anforderungen der Arbeitswelt nicht gewachsen waren; mit der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit wurde die Zahl der Lehrgänge und Teilnehmer (im Berichtsjahr 1975/76 über 31000 Jugendliche) sprunghaft ausgeweitet und zunehmend auf Jugendliche ausgedehnt, die unter anderen Arbeits- und Ausbildungsmarktbedingungen größtenteils eine Stelle gefunden hätten. Wie willkürlich Zielgruppenbeschreibungen wie "berufsunreife Jugendliche" oder "Jugendliche, für die eine Berufsausbildung nicht in Betracht kommt" sind, zeigt sich daran, daß die Teilnehmerzusammensetzung der verschiedenen Lehrgangstypen kaum voneinander abweicht und durch große Heterogenität gekennzeichnet ist.
8. Angesichts der weiter anhaltenden Arbeits-



**Augen auf !**

und Ausbildungsmarktprobleme und der Tatsache, daß diese Lehrgänge keinerlei Abschlüsse bieten, haben sie zur Folge, daß das Problem Jugendarbeitslosigkeit lediglich zeitlich verschoben und, da die Teilnehmer in der Arbeitslosenstatistik nicht auftauchen, verschleiert wird. Darüber hinaus werden durch die Lehrgänge den Jugendlichen, ihren Eltern und der Öffentlichkeit Präsenz und Aktivität des Staates vor Augen geführt und damit einem drohenden Verlust staatlicher Legitimation entgegengewirkt.

9. Wichtiger scheint jedoch, daß diese Maßnahmen weniger dazu dienen, die Jugendlichen zu "fördern", sondern vielmehr die Funktion haben, sie in die herrschenden Produktionsstrukturen einzupassen, und zwar

– durch Lenkung des Berufswunschs und Anpassung, d. h. Senkung des Anspruchsniveaus vor bzw. bei Eintritt in das Berufsleben und
– durch Anpassung der Verhaltensweisen der Jugendlichen an die in der "Arbeitswelt" geforderten Normen.

Damit soll verhindert werden, daß die Jugendlichen in der Arbeitslosigkeit Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen ausbilden, die eine spätere (Wieder-)Eingliederung in den Produktionsprozeß erschweren oder gar unmöglich machen. Darüber hinaus sollen vor allem Schulabgänger mit den normativen Orientierungen ausgestattet werden, deren Vermittlung bisher die Funktion der traditionellen Handwerksausbildung war. Im Zuge der "demographischen Welle" besteht die Gefahr, daß immer mehr Schulabgänger als Ersatz für fehlende Ausbildungsplätze derartige Lehrgänge durchlaufen.

10. Indizien dafür, daß es in den Lehrgängen vielmehr um Sozialisation als um Qualifikation geht, sind u. a.

– die Beliebigkeit bzw. in der Regel ausschließliche Kostenbestimmtheit der Wahl der Berufsfelder,
– die Beliebigkeit der Lehrgangsinhalte, solange die Ziele auf der Verhaltensebene gewährleistet sind (dies gilt vor allem für Förderungslehrgänge, Grundausbildungslehrgänge sind stärker an Anforderungen der Kammern orientiert, ohne allerdings einen Abschluß zu bieten),
– die ausschließliche Finanzierung der vorberuflichen Bildung (theoretisch und praktisch) durch die BA, also keine Vorbereitung auf den Hauptschulabschluß.

11. Damit stehen in der Regel Leistungsanforderungen nach schulischem/betrieblichem Vorbild im Mittelpunkt der Lehrgänge. Für die Jugendlichen heißt das aber,

– einerseits dem gleichen Druck wie in Schule oder Betrieb ausgesetzt zu sein,
– andererseits wissen sie oder merken es doch im Verlauf des Lehrgangs, daß sie dadurch auch keine Lehr- oder Arbeitsstelle bekommen.

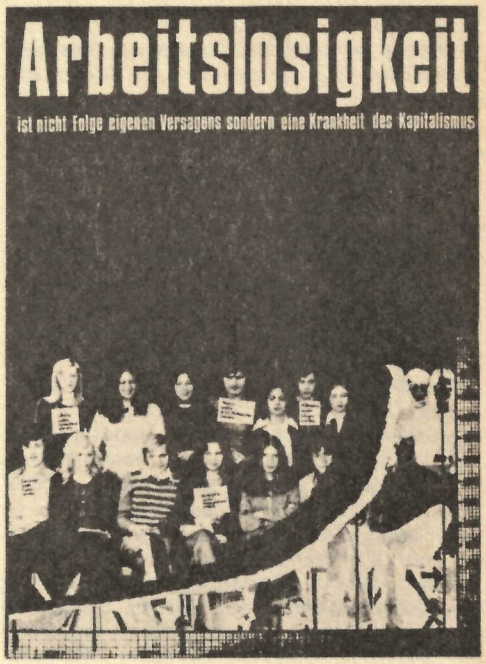
Das Resultat ist daher Motivationslosigkeit, Abbrechen des Lehrgangs oder bestenfalls Widerstand in offener Form. Insofern dient die unerträgliche Minimalausstattung an sozialpädagogischer Betreuung – ein Sozialarbeiter pro 60 Teilnehmer – lediglich dazu, daß nicht allzuviele Jugendliche aus dem Lehrgang herausfallen, und die Lehrgangsstruktur nicht verändert werden muß.

12. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß BA-Lehrgänge hinsichtlich ihrer Struktur und Zielsetzung kaum an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert sind. Sie stellen eher ein Zwischenglied zwischen schulischer und betrieblicher Repression dar bzw. sollen ein Herausfallen aus der betrieblichen Repression verhindern.

13. BA-Lehrgänge als Ansatzpunkt emanzipatorischer Jugendbildungsarbeit?

In vielen dieser Lehrgänge wird versucht, andere (als die von der Arbeitsverwaltung vorgeschriebenen) und stärker an der Situation und den Interessen der Jugendlichen orientierte Ziele zu verfolgen. Dabei soll den Jugendlichen im Rahmen einer Synthese von beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung die Möglichkeit geboten werden,

– das Gemeinsame ihrer bisher zumeist individuell erlebten und verarbeiteten Erfahrungen zu erkennen,
– sich Interpretationsmuster für die Ursachen ihrer Arbeitslosigkeit anzueignen, die es ihnen erlauben, die von der Gesellschaft und ihrer sozialen Umwelt bestärkten Mechanismen individueller Schuldzuweisung zu durchbrechen und
– den Lehrgang als Raum für kollektive Erfahrungen und für die Erprobung kollektiven Widerstands zu nutzen.




14. Die Chancen, derartige Ziele, die sich mit dem Begriff "Hilfe zur Selbsthilfe" kennzeichnen lassen, zu realisieren, hängen einmal davon ab,

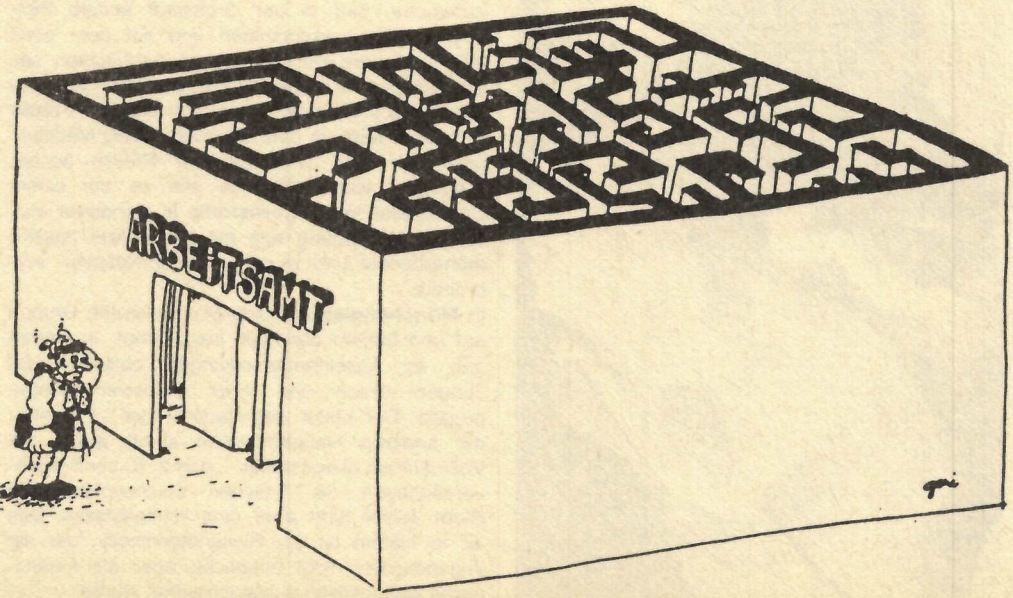
– welche Träger die Lehrgänge durchführen (freie Träger bieten dafür sicher eher Möglichkeiten als Betriebe),
– wie stark die Konkurrenz der Träger um die Lehrgangsmittel ist bzw. wie abhängig damit der jeweilige Träger von der Arbeitsverwaltung ist (Zugeständnisse auf finanzieller, personalpolitischer und konzeptioneller Ebene) und
– inwieweit die interne Zielsetzung des Trägers damit übereinstimmt bzw. seine Organisationsstruktur einen fortschrittlichen Lehrgangsablauf zuläßt.

15. Generell unterliegen derartige fortschrittliche Lehrgangskonzeptionen und ihre praktischen Umsetzungsversuche dem Widerspruch zwischen der Funktion der Lehrgänge (Interesse der Arbeitsverwaltung) und dem Interesse der Teilnehmer:

Die Mitarbeiter können den Jugendlichen nicht das geben, was diese im Grunde fordern, einen qualifizierten Abschluß oder eine Lehr- oder Arbeitsstelle. Die Gefahr ist daher groß, daß derartige Ansätze den Charakter von Sandkastenübungen annehmen (Beschäftigungstherapie, fiktiver Freiraum), und daß lediglich subtilere Formen von Unterdrückung und Entmündigung angewendet werden, um den Lehrgang über die Runden zu bringen; häufig verbunden mit einem Stellvertreter- bzw. Klientelverhältnis zu den Jugendlichen, mit dem Gefühl der Selbstüberforderung der Mitarbeiter und die Verlagerung der Widersprüche in das Mitarbeiterteam.

16. Eine Solidarisierung mit den Jugendlichen läuft Gefahr, diese noch mehr zu verunsichern und in ihrer Hilflosigkeit zu bestärken, wenn sie nicht mit einer adäquaten Vermittlung der Lehrgangsproblematik verbunden ist und konkrete Handlungsperspektiven eröffnet.

Diese stoßen jedoch auf die objektiv durch die gegenwärtige Arbeitsmarktlage auch für Sozialarbeiter, Lehrer und Meister, aber auch durch die zunehmende Repression bei den Trägern bestimmte, subjektiv allerdings meist vorverlagerte Grenze des eigenen Arbeitsplatzrisikos der Mitarbeiter. Mögliche Folgen sind daher Rationalisierungsbedürfnisse ("ein schlechter Lehrgang ist immer noch besser als keiner"), die den Erfolg der eigenen Arbeit überzeichnen und die Legitimationsinteressen der Arbeitsverwaltung (aber auch des Trägers) unterstützen.



17. Erfolge in dieser Arbeit bleiben meist auf der Ebene der (durchaus notwenigen) individuellen Stabilisierung der Jugendlichen; nicht zuletzt deshalb, weil die Lehrgangsgruppe der Jugendlichen in der Regel eine fiktive Zwangsgemeinschaft darstellt, die außerhalb des Lehrgangs keinen Zusammenhang besitzt und die, je drängender die Frage der Nachlehrgangsperspektive wird, um so eher auseinanderzufallen droht. Um eine Übertragung der kollektiven Lehrgangserfahrungen zu ermöglichen, Lernprozesse zu stabilisieren und weiterzuführen und die drohende Vereinzelung und Isolation der Teilnehmer nach Lehrgangsschluß zu verhindern, muß die Lehrgangsarbeit in eine kontinuierliche, stadtteilbezogene Jugend(bildungs)arbeit eingebettet sein; Ansatzpunkte hierfür bieten Jugendzentren, Jugendhäuser, aber auch – das wäre allerdings erst zu fordern und zu entwickeln – DGB-Ortskartelle und DGB-Jugendgruppen. Nur so wäre auch das Problem der Spaltung in Arbeitslose und Arbeitende zu überwinden.

18. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben bzw. zu realisieren, bleibt also die Lehrgangsarbeit isoliert, drohen gerade politisch engagierte und durchaus zusätzlich motivierte Mitarbeiter die idealen Erfüllungsgehilfen der gesellschaftlichen Funktion dieser Lehrgänge zu werden, indem sie die Jugendlichen (zumindest vorläufig) stabilisieren und soweit in die Gesellschaft integrieren, daß die gesellschaftspolitische Brisanz entschärft und die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit und der späteren (Wieder-)Eingliederung der Jugendlichen in Grenzen gehalten werden. Der "Erfolg" der Arbeit bleibt dann also immer zweischneidig; einmal kann er wegen der Struktur der Maßnahmen immer nur vorläufigen Charakter besitzen, zum anderen macht er – gewollt oder ungewollt – adäquatere gesellschaftliche Lösungen überflüssig bzw. unnötig.

# Koordination und Zusammenarbeit der Jugendzentren

**Untergruppe: "Jugendzentren und staatliche Repression – Protokoll –**
**An der Arbeitsgruppe nahmen ca. 120 Genossen teil. Die Gruppe war vorbereitet worden von Jugendlichen aus den Jugendzentren (JZ) Dudenhofen und Wertheim.**

## I. Repressionserfahrungen

**Dudenhofen** ist ein selbstverwaltetes JZ, hat einen eingetragenen Verein gegründet (als formale Hülse und um Verhandlungspartner für die Kommune zu sein) und verfügt über eine vertraglich abgesicherte Autonomie. Als die Arbeit angelaufen war und auch politische Aktivitäten in Gestalt von Arbeitsloseninitiativen, Hauptschülerarbeit u. ä. zustande kam, wurde der SPD-Magistrat repressiv und wollte dem Jugendhaus eine Änderung des Nutzungsvertrages andienen, die praktisch nur eine Selbstverwaltungs-Spielwiese" übrig gelassen hätte (Selbstverwaltung über Putzen u. ä.). Diese Vertragsänderung wurde vom Jugendhaus verweigert, stattdessen erreichte man vor Gericht, daß der Jahresetat von der Stadt weitergezahlt wurde. Problematisch bei diesem Vorgehen war nach Einschätzung der Dudenhofener Jugendlichen allerdings, daß zu wenig andere Jugendzentren einbezogen wurden und es zu wenig überregionale Kommunikation gab.

In der Auseinandersetzung bediente sich die Stadt folgender Mittel: Die Finanzen wurden von der Stadt gesperrt, das JZ sollte quasi ausgehungert werden (Strom, Heizung und schließlich das Haus wurden abgesperrt). Parallel dazu lief eine Verunsicherungskampagne mit Hilfe von Drohungen u. ä., die in einer kleinen Stadt gravierende Folgen haben kann. "Schleichende Repression" erfuhr man durch die Schwierigkeiten, die der eigenen Öffentlichkeitsarbeit bereitet wurden: so wurde man laufend in Verbindung mit Kommunisten und Terroristen aus Frankfurt gebracht.

Primäre Fragestellung für die Dudenhofener war:
– die Stellung der Kommune gegenüber Selbstverwaltung;
– Selbstverwaltung und Hauptamtliche;
– Erfahrungen bei Auseinandersetzungen zwischen JZ und Kommune mit Polizeieinsätzen;
– Struktur der Repression und Strategien der Kommune.

Hauptfrage sollte die Entwicklung von Gegenstrategien sein, darüber hinaus die Möglichkeit regionaler und überregionaler Zusammenarbeit.

Die JZ-Initiative **Wertheim** hat eine bereits 7-jährige Geschichte und 3 Hausbesetzungen hinter sich. Die Repressionserfahrungen in Wertheim liefen vor allem über Kampf und Auseinandersetzungen (ausführliche Informationen gibt es in einer Broschüre, zu beziehen über Aktion Jugendhaus, Mühlenstr. 7, 698 Wertheim).

Von beiden JZ wurde geschildert, daß ziemlich starke finanzielle Probleme vorhanden sind und daß in der Regel nur Modellclubs viel Geld bekämen. Als Gegenbeispiel schilderte ein Kollege aus Limburg, daß dort über 100.000.–DM zur Verfügung stehen, aber kaum aufmüpfige Jugendliche vorhanden sind, folgerichtig auch das JZ von der Polizei verschont wird und eigentlich nur die "scene" rumhängt. Ergänzend wurde von einigen anderen Kollegen berichtet, daß ähnliche Repressionen wie in Wertheim und Dudenhofen auch in städtischen JZ zu beobachten sind. Die Frage dabei wäre vor allem, was Anfang der siebziger Jahre möglich war und was sich bis heute verändert hat bzw. überhaupt noch machbar ist.

Ein Beispiel für Repression in städtischen Jugendhäusern ist, daß in **Frankfurt** eine Sondereinheit der Polizei gebildet wird, um die "Brutstätten" jugendlicher Kriminalität auszuheben.

Aus **Heidelberg** wurde berichtet, daß die Junge Union versucht, das JZ zu kriminalisieren. Anlaß für einen brutalen Polizeieinsatz war, daß

die Stereoanlage geklaut wurde. Die Polizei legitimierte damit eine Hausdurchsuchung. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde schließlich die Sozialarbeiterin entlassen mit der Begründung, sie sei Anführerin der des Diebstahls verdächtigten Cobra-Bande (frühere Rockerbande im Stadtteil).

Auch die Verbindung zwischen Jugendamt bzw. JZ und Polizei oder sogar Verfassungsschutz scheint gut zu klappen: im JZ **Saarbrücken** wurden nach einem Polizeieinsatz Jugendliche vernommen und mit Lebensdaten und Interna aus ihrer Vergangenheit konfrontiert. In Heidelberg wurde eine Sozialarbeiterin dadurch versucht zu erpressen, daß man die eidesstattliche Aussage eines Jugendlichen präsentierte, der angeblich mit ihr geschlafen habe.

Vorgeschlagen wurde, eine weitere Ebene zu unterscheiden: die sogenannte "schleichende" und die offene Repression. Fraglich war, ob man Tendenzen aus der Tatsache ableiten kann, daß einige Jugendhäuser mit Geld geradezu zugedeckt werden, besonders diejenigen, die starken Freizeitcharakter haben bzw. andererseits besonders politisierte JZ-Initiativen oder SV-JZ kein Geld bekommen. Eine vorgeschlagene Unterscheidung war, daß in Großstädten eher offene Repression, auf dem Land eher schleichende Repression auftauche, daß in der Großstadt andere Polizeistrategien vorherrschten und auf dem Land eine geringere Politisierung zu beobachten sei.

Ein Beispiel für offene Repression, wie sie auch publizistisch auftreten kann, war das JH **Frankfurt-Bornheim**, in dem ein herzkrankes Mädchen gestorben war, was von der Presse ausgeschlachtet wurde. Ähnlich sah es bei einem Unglücksfall im JZ **Kornstraße in Hannover** aus, wo die Bildzeitung eng mit der Polizei zusammenarbeitete und bewußt Falschmeldungen verbreitete.

In **Mönchengladbach** trat eine politische Gruppe auf und bekam daraufhin Hausverbot. In **Hamm** gab es Auseinandersetzungen zwischen der Jungen Union und einer Selbstverwaltungsgruppe. Der Leiter des Hauses (der im Konflikt mit anderen Hauptamtlichen steht) wurde mit Vollmachten ausgestattet – darf z. B. bei Drogenverdächtigen die Taschen durchsuchen. Die Stadt selbst führt eher eine Hinhaltetaktik. Das JZ in Hamm ist ein Riesenbetonblock, der die Jugendlichen nicht anspricht, aber als Finanzgröße wahltaktisch ausgeschlachtet wurde.

Aus **Pinneberg** wird berichtet, daß Schwierigkeiten in der laufenden Arbeit hochgejubelt werden, z. B. Drogen, Alkohol und "Brüche" werden in der Presse "gebührend" beachtet, aber auch politische Aktivitäten, z. B. Kampagnen gegen Berufsverbote. Die Stadt benutzt immer abwechselnd beide Ebenen gegen das Jugendhaus.
Aus dem Kreis **Münster** wird berichtet, daß hier wegen der "schwarzen Gegend" besonders wichtig die Verankerung in der Bevölkerung sei. Der Trägerverein ist paritätisch besetzt, es gibt 300 bis 400 Besucher täglich, am Wochenende 700 bis 800. Der Kollege äußert die Vermutung, daß in der Bevölkerung Angst bis Hysterie wegen des Massenbesuchs herrsche.

## II. Kommunale Strategien

Bei der Einschätzung der kommunalen Strategien gegenüber den JZ wurde hervorgehoben, daß zu Beginn der JZ-Bewegung offensichtlich keine einheitliche Bewertungs- oder Reaktionsweise vorhanden war. Hier wurde mehr reagiert als agiert. Reaktionsmuster vieler Kommunalparlamente war es, lange zu "prüfen", hinzuhalten, zu versuchen, die traditionellen Jugendverbände gegen die JZ-Initiativen auszuspielen und/oder insbesondere linke Initiativgruppen zu diffamieren und zu spalten. Allerdings wurden auch zahlreiche JZ in relativ kurzer Zeit zur Verfügung gestellt und z. T. sehr weitgehende Selbstverwaltungsverträge abgeschlossen. Insbesondere bei der SPD stieß die JZ-Bewegung anfangs auf gewisse Sympathien, zumal eine ganze Reihe von Initiativgruppen von Jusos unterstützt wurden. Dabei wurden allerdings in den meisten Fällen nur Minimalvoraussetzungen geschaffen – oft wurden nur abbruchreife Buden zur Verfügung gestellt ohne eine finanzielle, organisatorische und personelle Ausstattung, die qualifizierte Arbeit erlaubt hätte.
In dem Maße, in dem die JZ Konflikte produzierten – sei es durch "Linksradikalismus", Lärm, Sex oder was sonst immer –, wuchs das Interesse der Kommunalpolitiker, die JZ unter Kontrolle zu bringen. Erst dabei scheinen sie bemerkt zu haben, welche Trümpfe sie den Jugendlichen mit der Selbstverwaltung in die Hand gegeben haben und wie weit sie sich durch die vertraglichen Verpflichtungen auf ihre sonst immer nur verbal bekundeten Demokratiepostulate selbst festgelegt hatten. Demgemäß ist in den letzten Jahren auch und gerade bei der SPD ein Trend weg von der Selbstverwaltung und hin zur Stadtverwaltung zu beobachten, dem mit z. T. recht brutalen Mitteln nachgeholfen wird. Dazu wurde in der Diskussion festgestellt, daß sich die Entscheidungen der kommunalen Parlamente und Bürokratien – wie in vielen anderen Fragen auch – in ihrer Taktik vor allem von der Frage leiten lassen: mit welcher Haltung gegenüber dem JZ in der kommunalen Öffentlichkeit der größte positive Effekt bzw. der geringste Ärger erzielt werden kann. Steht in diesem Kalkül eine auch noch als linksradikal abzustempelnde JZ-Initiative, isoliert gegen Presse, Oppositionsparteien, starke örtliche Vereine, Anwohner, ist klar, wie die Entscheidung ausgeht, da eine kleine Gruppe von Jugendlichen im kommunalpolitischen Interessen- und Machtspektrum ohne weitere Bündnispartner naturgemäß nicht gerade sehr potent ist.

## III. Bündnispartner und "massenwirksame Aktivitäten"

Die Frage ist also, welche Bündnispartner es gibt, an denen man in kommunalpolitischen Auseinandersetzungen nicht vorbeigehen kann. Dabei müssen in Fortsetzung der Öffentlichkeits- und inhaltlichen Arbeit Jugendzentren zunächst ihre ganz spezifische Nützlichkeit für die Bevölkerung nachweisen (vielleicht vergleichbar dem Image von Sport- oder Feuerwehrjugend). Sie müssen ihre Aktivitäten als nützlich darstellen. In diesem Zusammenhang sind z. B. in Dudenhofen gute Erfolge mit tatsächlich nachvollziehbaren nützlichen Aktivitäten (z. B. Kinderfreizeit) gemacht worden. Gelingt das, werden vermutlich auch Gegenöffentlichkeitsaktivitäten eine ganz andere Basis besitzen.
Die Frage ist dabei allerdings, inwieweit man die Masse der Bevölkerung auf seine Seite bringen kann oder ob es nicht sinnvoller ist, von der Basisarbeit her eine punktuelle Bündnispolitik zu versuchen.
Ein Beispiel aus einem 15.000 Einwohner-Ort (CDU): dort hat die Jugendhaus-Initiative versucht, andere Verbandsgruppen anzusprechen, indem man in deren Gruppenabende ging und gemeinsame Fragen erörterte, so daß inzwischen zumindest ein Bündnis mit der evangelischen Jugend zustande kam.
Daneben sollten parteipolitische Organisationen angesprochen werden, auch wenn sie nicht unmittelbar mit Jugendarbeit zu tun haben. Im Stadtrat z. B. sind sie eher zu konfrontieren und nachzufragen, weil sich die "Folgen" ihrer Poltik unmittelbar nachvollziehen lassen. Solche Diskussionen, Konfrontationen oder öffentlichen Aktionen sollten möglichst mit Problemen, die auch andere Bevölkerungsteile angehen, verbunden werden.

Als Gegenposition dazu wurde formuliert: Die Bündnisfrage hat sich immer erst bei politischen Auseinandersetzungen gestellt, die Initiativen sind auch immer an politischen Konflikten gescheitert, und es kann quasi nicht die Aufgabe von JZ-Initiativen oder JZ sein, bereits im Vorfeld durch Taktik strategische Grundpositionen aufzugeben.

## IV. Politische Einschätzungen der JZ-Bewegung

Schließlich wurde auch noch kurz eine politische Einschätzung der JZ-Bewegung versucht, wobei man davon auszugehen versuchte, daß es sowohl einen sehr unterschiedlichen Stand der Politisierung in einzelnen JZ bzw. Jugendhäusern als auch innerhalb der JZ bei verschiedenen Jugendlichen gibt. In diesem Zusammenhang wurde auch über den Stellenwert kompensatorischer Arbeit in JZ diskutiert. Man war sich dabei über folgendes einig: Allein aufgrund der Tatsache, daß es ein vorrangiges Interesse der Kommunen ist, mit Hilfe von JZ arbeitslose Jugendliche von der Straße zu holen und Kriminalität zu minimieren etc., sei eine entsprechende Arbeit noch nicht sinnlos. Allerdings könne es nicht allein um diesen integrativen Aspekt der Arbeit gehen, sondern darum, über die Organisierung eines solidarischen Lebenszusammenhangs im JZ den Jugendlichen die Ursache von Arbeitslosigkeit, Kriminalität etc. und sowohl durch konkrete Hilfen und praktische Alternativen als auch durch politische Arbeit die strategischen Perspektiven deutlich zu machen.
Als Einzelmeinung blieb die Position, daß eine Integration von politischer Arbeit in den Freizeitbereich nicht möglich sei, da die Leute dort ausschließlich "durchhängen" würden.
Schließlich wurde auch die Unterscheidung von kompensatorischer und politischer JZ-Arbeit hinterfragt, weil z. B. die Arbeit mit "Knackis" bzw. die Integration von Drogenabhängigen sicher nicht nur "staatserhaltend" ist, sondern eben auch für den Jugendlichen erhaltend...

## V. Lokale/regionale Kooperation und Koordination

Abschließend diskutierten wir noch einmal die von verschiedenen JZ und Initiativen sehr stark nachgefragte Perspektive bzw. die Erfahrungen mit regionaler Koordination. Überregionale Koordination wurde von den meisten JZ-Vertretern als problematisch angesehen. Man hatte so seine Erfahrungen mit dem Koordinationsbüro in Dortmund (früher Neustadt) und mit dem Versuch von Jusos im letzten Jahr in Wetzlar gemacht...

Als Beispiel für regionale Koordination wurde der Versuch des BdP in Südhessen von Kollegen aus Dudenhofen eingebracht. Bei dem Konflikt im JH war es über den BdP möglich, die Problematik sehr schnell zu verbreiten und auch eine breite Welle von Solidarität nicht nur aus dem hessischen Raum zu erreichen. Allgemein sollte regionale Koordination dazu dienen, Gegenöffentlichkeit herzustellen, Hilfe bei Repression zu ermöglichen und vor allem auch eine Unterstützung der praktischen Arbeit zu leisten, z. B. in Gestalt von Material, Videobändern oder auch Lehrgängen, in denen Erfahrungen ausgetauscht werden und inhaltliche thematische Fragen bearbeitet werden. Bisher sei die JZ-Bewegung viel zu autonomistisch gewesen.
Die Bedürfnisse nach Erfahrungsaustausch, z. B. über Seminare, könnten darüber befriedigt werden, daß man einen Jugendverband wie den BdP durchaus "in Dienst nimmt". Die lokale Borniertheit der JZ muß überwunden werden, indem man gemeinsame Fragen, z. B. über einen regelmäßigen Seminarzusammenhang, diskutiert. So veranstaltet der BdP monatlich Wochenendseminare unter thematischen Schwerpunkten, bei denen Teilaspekte der Arbeit konkret geplant werden, und organisiert dadurch einen Erfahrungsaustausch, der nach 3 - 4 Monaten kontrolliert werden kann, unter der Fragestellung: haben uns die theoretischen Diskussionen/Planungen bzw. die Erfahrungen der anderen oder auch neu eingebrachte Vorschläge weitergeholfen, was hat sich dadurch geändert, was sind die positiven bzw. negativen Erfahrungen, welche praktischen Konsequenzen für die weitere Arbeit ergeben sich daraus? Es wurde dazu aufgefordert, in verschiedenen Bezirken und Kreisen ähnliche Versuche zu starten.

# Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Lehrer

Schule und Gewerkschaft als Titel dieser Arbeitsgruppe schließt eine Skizze der gegenwärtigen Situation und die Perspektiven im Titel schon ein. Zu den Perspektiven – Organisationsperspektiven vor allem – wird noch etwas gesagt werden. Zunächst die Frage: wie ist die gegenwärtige Situation?

Wir haben ein Parteienkartell – und nicht nur dies –, das sich anmaßt, diesen Staat, diese Wirtschaftsordnung, die ach so "freie demokratische Grundordnung" allein zu vertreten, zu interpretieren, für sich gepachtet zu haben. Dem gilt unser Widerstand ebenso wie den mit dieser Anmaßung einhergehenden Unterdrückungserscheinungen in Schule, Betrieb und anderswo, der geistigen Unterdrückung wie den materiellen Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen.

Die kapitalistische Krise, deren Mechanismus ich hier sicher nicht auszubreiten brauche, ist nicht der einzige, ursächliche Faktor für die Unterdrückung, die wir erfahren. Sie hat sie nur deutlicher sichtbar werden lassen und auch vielen Genossen im linken Lager der SPD die Augen geöffnet über die Struktur dieses Systems.

Warum erfahren wir im öffentlichen Dienst, in der Schule, diese Repression mit einemmal so deutlich? Nun: in dieser, der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hilft der Staat zum einen in klassischer (neo-) keynesianischer Manier: mit öffentlichen Geldern bzw. Schulden werden Investitionen und damit Profite subventioniert. Arbeitsplätze wurden damit nicht neu geschaffen, sondern wegrationalisiert, wie die unverändert hohe Arbeitslosenzahl deutlich macht. Zum anderen ist da das angebliche Gespenst der Inflation, das zur gleichen Zeit, in der Profite mit öffentlichen Geldern saniert werden, auch zu öffentlichen Sparmaßnahmen führt.

Diese Sparmaßnahmen treffen in überproportionalem Maße öffentliche Dienstleistungsbereiche, so eben die Schulen,

– weil hier kein Unternehmer direkt profitieren kann;

– weil hier die Folgekosten, vor allem im Personalbereich, so hoch sind;

– weil Schulen und Hochschulen in den letzten Jahren zunehmend zu Orten von Unruhe und Protesten wurden.

Wir werden also gleich mehrfach gebeutelt: zu den materiellen Verschlechterungen am Arbeitsplatz (Lohnabbau durch die Besoldungsnovellierung, größere Klassen, längere Arbeitszeit, schlechtere Ausbildung usw.) kommt die politische Disziplinierung durch Anhörungsverfahren und Berufsverbote – Gesinnungsschnüffelei auf der einen Seite, Arschkriecherei und Angst auf der anderen Seite.

Hinzu kommen Heerscharen arbeitsloser Lehrer und Kurzarbeiter etwa in Form der sogenannten 2/3-Lehrer hier in Hessen. Der Staat schafft sich in altkapitalistischer Manier eine ökonomische Reservearmee, und die, die einen Arbeitsplatz haben, werden gespalten, politisch unterdrückt und geben es nur zu oft an ihre Schüler weiter, die auch nur zunehmend die Arbeitslosigkeit nach Ende der Schule vor Augen haben. Die Reformversprechen der späten 60er Jahre waren ein verzweifelter Versuch, ein kaputtes System als ganz zu erklären.

Und die Repression steigt in dem Maße, wie Widerstand dagegen zunimmt. Viele Genossen leiden physisch und psychisch an und in diesem System. Die Konflikte in und um uns sind groß und wachsen weiter. Frustration, die rote Wut im Bauch, müssen sich in organisierten Widerstand umkehren, ehe sie uns kaputt machen und unsere Identität zerstören. Dieser Pfingstkongreß kann es als Kongreßveranstaltung sicher nicht schaffen, aber er kann Genossinnen und Genossen ermutigen, am Arbeitsplatz und im Lebenszusammenhang mit anderen Genossen diese unser Leben bestimmenden Faktoren kollektiv zu verändern.

Noch ein kurzes Wort zur Verfassungsfrage und damit zum Legalismusvorwurf, der von K-Gruppierungen gegen uns gerne kommt; ein Wort deswegen, weil dieses Problem den Kampf gegen Berufsverbote durchzieht: (die vielen Papiere, die gestern am Römerberg dieses Thema ansprachen, zeigen ja, wieviel Zeit Gruppen wie KBW, KPD, KABD usw. zur Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen verwenden: Oberlehrerhaft wird alles in der linken Szene belehrt, wer Avantgarde ist, und wer nur im Troß folgt).

Zur Verfassung dies: natürlich haben wir eine bürgerliche Verfassung und keine sozialistische. Nur: für die Freiheitsrechte, die in diesem Grundgesetz der BRD stehen – Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit usw. – haben auch Proletarier 150 Jahre und mehr gekämpft. Nicht das Grundgesetz ist der Gegner, sondern die es zu ihrem Zwecke unangefochten interpretierende Herrschaftsoligarchie in diesem Lande. Solche Freiheitsrechte würden wir auch in einer sozialistischen Verfassung sehen wollen. Wir halten es für falsch, im Kampf dafür Möglichkeiten, die wir durch positive Rechtsnormen haben, aufzugeben, wie uns das die meisten K-Gruppen raten. Die Erfahrungen im Berufsverbotskampf, die noch geschildert werden, werden diesen Standpunkt sicherlich ergänzen.

Unter den dargestellten Aspekten ergeben sich für Sozialisten im Arbeitsfeld Schule dreierlei Aufgaben:

a) Organisierung in einem sozialistischen Gesamtzusammenhang, d. h. für uns: im Sozialistischen Büro

b) Verstärkung unseres Einflusses auf die Politik in der GEW;

c) Aufbau von Selbsthilfeorganisationen für Bereiche, die über die Arbeit im SB bzw. in der GEW nicht abgedeckt werden können.

- Die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, aber auch die Resonanz, die dieser Kongreß gefunden hat, zeigen, daß es nicht mehr ausreicht, mit dem SB zu sympathisieren, sondern daß es jetzt darauf ankommt, sich im SB zu organisieren. Eine Mitgliedschaft im SB ist auch deshalb notwendig, damit das Arbeitsplatzprinzip – als Ausgangspunkt der Organisierung eigener Interessen – nicht verkommt zu einer Handwerkelei von Gruppen, die sich in einem bestimmten Arbeitsfeld spezialisiert haben. Die arbeitsfeldorientierten Gruppen müssen durch Erfahrungsaustausch mit anderen in die gesamtsozialistische Bewegung eingebettet bleiben, um von daher eine Korrektur oder Überprüfung ihrer Arbeit erfahren zu können.
- Es muß hier weder erwähnt werden, daß die Mitarbeit von Sozialisten in der Gewerkschaft eine Selbstverständlichkeit ist, noch, daß Gewerkschaftsarbeit einen Schwerpunkt unserer Arbeit darstellt. Diese Probleme wurden in der Vergangenheit ausführlich diskutiert. Die knappen Ausführungen müssen sich deshalb auf die Ziele unserer Politik konzentrieren.

Für Sozialisten wird es vorrangig darum gehen, demokratische Strukturen in der GEW zu erhalten, wiederherzustellen bzw. den für uns notwendigen Spielraum durch Ausbau demokratischer Strukturen auszuweiten. Konkret bedeutet das, weiter zu versuchen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse rückgängig zu machen und allen Zentralisierungsabsichten, die zu einer Schwächung der Basisorganisationen führen (wie z. B. der letzte Satzungsentwurf) entgegenzutreten. Dies insbesondere in einer Situation, in der aufgrund der Inaktivität der meist rechtssozialdemokratischen Vorstände unser Einfluß zunimmt.

Hierbei gilt es einerseits, für eine konsequente Interessenpolitik einzutreten, gegen eine Politik des "Gefuchtels mit dem Plastikschwert", andererseits jedoch zu vermeiden, daß die Vertretung von eigenen Interessen in Widerspruch gerät zu den Interessen von Eltern und Schülern. Sogenannte Kampfmaßnahmen wie Reformboykott, Verweigerung von Wanderwochen usw. treffen gerade die Kinder der Lohnabhängigen,

## Kollektiv: Lehrerlied 1976

**Wir – eine Gruppe von Lehrerstudenten – haben uns für die Stadtaktionen ein wenig vorbereitet. Wir haben Plakate gemalt und außerdem zu alten Liedern neue Texte geschrieben und diese mit dem Frankfurter Studentenlied auf Flugblätter gedruckt und sie morgens im Stadtteil und auf der Demo verteilt und gesungen. Es hat die Leute zum Zuhören und Diskutieren motiviert, und uns hat es viel Spaß gemacht.**

*Hundert Mann und eine Stelle,*
*ich bin ein Teil der Lehrerwelle.*
*Ist das nicht ne Sauerei?*
*Hundert Mann, und ich bin dabei.*

*Hab' gebüffelt manche Nacht*
*an Semestern über acht.*
*In der Prüfung man nur schwitzt*
*und dann auf der Straße sitzt.*

*Bist Du doch noch eingestellt,*
*stöhnst Du, wenn's zur Stunde schellt.*
*Wenn Du in die Klasse mußt,*
*Tag für Tag nur noch Verdruß.*

*Schulklassen, die sind sehr voll;*
*das ist auch der Eltern Groll.*
*Doch vom Lehrer wird verlangt:*
*Disziplin und Leistungszwang.*

*Disziplin und Leistungszwang*
*macht doch nur die Schüler krank.*
*Angepaßt und dumm gehalten*
*kann man sie dann gut verwalten.*

*Hast Du Lehrer das gewollt,*
*daß Du das schaffst für Dein' Sold?*
*Machst nur noch den Buckel krumm,*
*Mensch, Kollege, bist Du dumm.*

*In der Schul' bist Du allein:*
*nicht zu viert und nicht zu zwei'n.*
*Die große Angst Dich bald erfaßt*
*und schon bist Du angepaßt.*

*Steter Tropfen höhlt den Stein.*
*Die Lehrerwelle bricht ihn ein.*
*Eltern, Schüler, Lehrer her,*
*setzen wir uns doch zur Wehr!*

**(Zu singen nach der Melodie: "Hundert Mann und ein Befehl")**

für deren Interessen wir uns als Gewerkschafter und Sozialisten einzusetzen haben.

- Schließlich gilt es, in Selbsthilfeorganisationen, wie z. B. Lehrerzentren, einen Bereich abzudekken, der in der allgemeinen politischen Diskussion vernachlässigt wird: den Arbeitsbereich selbst. Hier müssen Erfahrungen über die Arbeit in der Schule, Probleme des Unterrichts, der Lehrerrolle usw. ausgetauscht werden. Gerade hier kann verhindert werden, daß politische Arbeit und berufliche Tätigkeit auseinanderklaffen und Resignation oder Isolation den Kampf gegen die Unterdrückung schwächen.

**ARBEITSFELD SCHULE, FRANKFURT**

# Berufsschule: Ein Meister sieht rot und schlägt zu

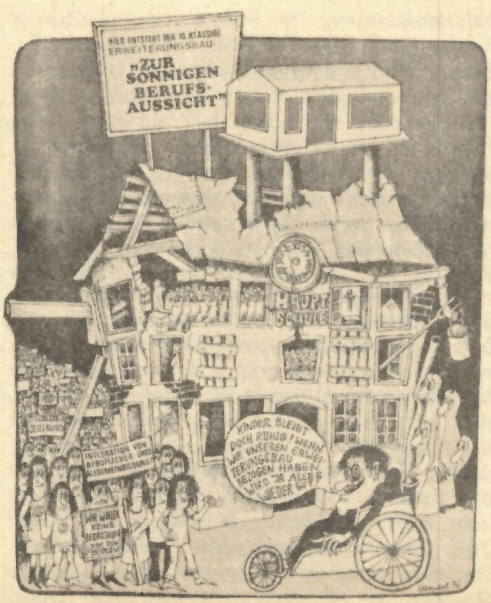
In einer normalen Friseurklasse an einer normalen Berufsschule behandelt eine Lehrerin im normalen Wirtschaftskundeunterricht das Jugendarbeitsschutzgesetz, wie es auch im Rahmenstoffplan vorgeschrieben ist. Im Laufe des Unterrichts stellt sich heraus, daß in vielen Salons gegen das Gesetz verstoßen wird. Einige Lehrlinge berichten, daß bei ihnen regelmäßig die gesetzlich festgelegte Höchstarbeitszeit von 8 Stunden täglich um ein bis zwei Stunden überschritten wird. Die Klasse diskutiert, was die Betroffenen unternehmen könnten, um die Einhaltung des Gesetzes zu erreichen. Eine Schülerin schlägt vor, sich an den betreffenden Innungsobermeister zu wenden und sich bei diesem zu beschweren. Daraufhin lacht eine andere Schülerin und meint: "Mach' das mal, Du wirst schon sehen, was dabei herauskommt. Der ist mein Chef und hält das Gesetz auch nicht ein. Ich muß nach dem Unterricht noch in den Salon, was ja auch verboten ist!" Daraufhin herrscht Erstaunen und Empörung in der Klasse. Eine Gruppe von Schülerinnen vertritt den Standpunkt, man solle sich wehren, das Gewerbeaufsichtsamt einschalten, die Eltern um Unterstützung bitten, in die Gewerkschaft eintreten. Die Mehrheit der Klasse hält dies für aussichtslos und argumentiert mit der Angst vor dem Meister, Angst vor dem Rausschmiß und führt die Situation der Vereinzelung und Konkurrenz im Betrieb an. Von den Eltern sei keine Unterstützung zu erwarten, da sie aus Angst vor Arbeitslosigkeit zur Anpassung rieten. Außerdem sei der Meister in der Lage, einem das Leben zur Hölle zu machen, wenn man aufzumucken wage. Sie wiesen dabei auf ihre gemachten und antizipierten Erfahrungen hin. Die Gruppe, die zur Gegenwehr rät, empfiehlt einen Betriebswechsel, falls die Repressalien unerträglich werden.

Die Schülerin, A., die beim Innungsobermeister "ausgebildet" wird, redet mit diesem, weist auf das Jugendarbeitsschutzgesetz hin und bittet ihn, sie von der Arbeit nach der Berufsschule zu befreien. Der Meister tobt: "Wenn du auf deinem Gesetz bestehst, besteh' ich auf meinem. Dann ist Schluß mit allen Vergünstigungen!" Der Lehrling ist eingeschüchtert und beruft sich zaghaft auf die Lehrerin, die auf die gesetzliche Bestimmung hingewiesen habe. Daraufhin erfolgt eine erneute Schimpfkanonade des Meisters über die Lehrerin, die nur auf den Rechten der Lehrlinge herumreite, die Pflichten aber vergesse, "diese Kommunistin!" Eine Person, die "kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische Agitation" betreibe und in zerschlissenen Jeans herumlaufe, sei als Lehrerin nicht geeignet. Jemand, der in einer "Kommune" gelebt habe, dürfe kein Vorbild für beeinflußbare Schülerinnen sein.

Im darauffolgenden Unterricht verlangen die Schülerinnen wieder eine Diskussion über die betriebliche Situation, in der die letzten Erfahrungen und Ereignisse im Betrieb besprochen werden. Einige können von kleinen Erfolgen aufgrund ihres "Aufmuckens" berichten. Auch A. berichtet von ihrem Vorstoß und der Reaktion des Meisters. Dadurch werden die Ereignisse im Salon in der Schule bekannt, auch die Vorwürfe des Meisters gegenüber der Lehrerin. Ein Kollege derselben Schule spricht daraufhin den Meister an und bittet ihn um eine Aussprache mit der betroffenen Lehrerin, da die Vorwürfe ihr gegenüber so schwerwiegend seien, daß sie nicht unwidersprochen aufrecht erhalten werden könnten. Dadurch wird dem Meister klar, daß A. über die Vorgänge im Betrieb geredet hat und betrachtet dies als Vertrauensbruch (!) und Kündigungsgrund. Er macht A. dermaßen fertig, daß diese am Ende der Auseinandersetzung bloß noch um Gnade fleht. Daraufhin findet ein Gespräch zwischen ihren Eltern und dem Meister statt. Das Ergebnis sieht folgendermaßen aus: A. "darf" im Salon unter der Bedingung bleiben, daß ihre Eltern sich über die Wirtschaftskundelehrerin beschweren (Kleidung). A. muß von nun ab nicht mehr nach der Berufsschule in den Betrieb, dafür aber samstags bis 18 Uhr arbeiten. Die normale Arbeitszeit geht bis 16 Uhr an Samstagen. Außerdem muß sie Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie alle Pausen aufschreiben. Damit will der Meister nachweisen, daß ihre Arbeitszeit seither weniger als 40 Stunden betragen hat, ihre Reklamation somit unberechtigt war. Wenn sie das nächstemal unangenehm auffällt, muß sie den Salon verlassen.

A. kommt verstört in den Unterricht, weint und traut sich nichts mehr zu sagen. Sie deutet an, es seien noch viel schlimmere Sachen passiert, sie dürfe aber nicht darüber reden, sonst sei sie ihre Stelle los.

Wenige Tage später findet ein Gespräch zwischen der Lehrerin, einem Kollegen und dem Meister statt. Der Meister bringt zur Verstärkung noch seine Frau und die Eltern von A. mit. Der Meister bringt noch einmal offensiv seine Vorwürfe gegen die Lehrerin vor. Außerdem rechtfertigt er seine Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz mit dem geringen Gewinn, den ein Friseursalon abwerfe. Er könne die Ausbildungskosten nur neutralisieren, wenn er die Lehrlinge ausbildungsfremd und über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit arbeiten lasse. Nachdem die Lehrerin seine Vorwürfe entschieden zurückweist, seine Gesetzesverstöße anprangert und auf ihre Pflicht als Beamtin hinweist, Gesetzesverstöße anzuzeigen, entschuldigt er sich. Dabei fügt er hinzu, seine Entschuldigung bedeute nicht, daß er seine Meinung über die Lehrerin und die Ausbildung geändert habe, er spreche sie nur nicht mehr öffentlich aus.




Kurz darauf erfährt die Lehrerin, daß der Meister A. vor längerer Zeit vergewaltigt habe. Damit setze er sie nun unter Druck, indem er nun die Sache umdrehe. Er sei Opfer ihrer aufreizenden Kleidung geworden, somit habe sie ihn verführt. A. ist zu eingeschüchtert, um den Meister anzuzeigen. Sie hat sich geschworen, nie mehr den Mund aufzumachen, um keine Schwierigkeiten mehr zu bekommen. Der Lehrerin wird vom Schulleiter empfohlen, die Rechte der Lehrlinge weniger, dafür ihre Pflichten im Betrieb mehr zu betonen. Kollegen raten, sich nicht um Verstöße im Betrieb zu kümmern und sich nicht mit Betrieben anzulegen. Das gebe nur Ärger.

**LEHRER AUS BADEN-WÜRTTEMBERG**

# Arbeitslose Lehrer organisieren sich

In Heidelberg kam ein Treffen von Initiativgruppen arbeitsloser Lehrer vom 15. - 17.10.1976 als Nachwirkung des Pfingstkongresses zustande. Dort hatten sich als eine Untergruppe im Arbeitsfeld Schule/GEW Vertreter von Arbeitsloseninitiativen zusammengesetzt. Allerdings konnte in der kurzen Zeit nicht allzuviel dabei herauskommen. Aber das Bedürfnis war da, sich nochmal überregional zu treffen, um so die noch in den Anfängen steckende Arbeit vielleicht voranzubringen. Ergebnis des Heidelberger Treffens: die anwesenden Genossen konnten sich über die Notwendigkeit der überregionalen Zusammenarbeit verständigen, und einige organisatorische Maßnahmen wurden beschlossen, die die Form dieser Zusammenarbeit bis zum nächsten Treffen bestimmen sollen. Gekommen waren nach Heidelberg etwa 60 Leute, der überwiegende Teil als Vertreter von Arbeitsgruppen aus Hamburg, Berlin, Hildesheim, Frankfurt, Gießen, Landau, Bielefeld, Köln, Öhringen und Heidelberg. Fast alle der vertretenen Initiativgruppen waren in irgendeiner Form, sei es als Arbeitsgruppe oder als Arbeitsausschuß, in der GEW organisiert. Angeschrieben waren allerdings ca. 50 Adressen, davon ungefähr 20 - 30 Gruppen. Man muß sich also fragen, warum relativ wenig Gruppen gekommen waren. Wir vermuten verschiedene Gründe dafür, der einfachste: Wir wissen nicht genau, wieviele der auf dem Kongreß vertretenen Gruppen überhaupt noch existieren. Schon in Frankfurt wurde die Erfahrung geäußert, daß den Arbeitsloseninitiativen leicht die Basis entzogen wird, wenn seitens der Kultusbürokratie Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden, ungeachtet der Tatsache, daß die hierbei angebotenen Arbeitsverträge zumeist nur kurzfristig abgeschlossen werden und der angebotene Lohn zum Teil kaum das Notwendigste deckt.

Dazu kommt, daß Heidelberg nicht zentral liegt. Das muß bei Gruppen, die wie die Arbeitsloseninitiativen eher spontan entstehen und kurzfristig arbeiten, doppelt wirken. Einmal trifft man sich lieber regional, zumal da auch die Länderunterschiede nicht so ins Gewicht fallen. Außerdem: an einer Orientierung, die die eigene Arbeit in eine größere politische Handlungsperspektive einbezieht, besteht kein unmittelbares Interesse. Da-

her scheint sich der lange Weg auch nicht zu lohnen.
Die vorbereitende Gruppe hatte auch nicht den Anspruch, diese umfassendere Perspektive gleichsam in der Einladung vorzuschießen. Tatsächlich waren dann fast alle der anwesenden Gruppenvertreter neben ihrer Arbeit in der AL-Initiative auch noch weitergehend politisch organisiert.
Nach einem kurzen Plenum, auf dem sich die Gruppen vorstellten und wo dann der weitere Verlauf besprochen wurde, teilte man sich auf in vier Arbeitsgruppen, die hier nur kurz skizziert werden können, da die Protokolle noch nicht fertig vorliegen. In der Arbeitsgruppe, die sich mit den bildungsökonomischen Einschätzungen von Lehrerarbeitslosigkeit beschäftigte, ging es um die Frage, ob und wie Tendenzen in der Entwicklung des Arbeitsprozesses und die damit verbundenen Qualifikationsanforderungen an die Ware Arbeitskraft auch Tendenzen in der Entwicklung kapitalistischer Bildungspolitik sichtbar machen. Es zeigte sich, daß diese Frage zu weit gestellt war. Man geriet in der Diskussion immer wieder an den Punkt, wo man nur noch die verschiedenen Qualifikationseinschätzungen gegeneinanderstellen konnte. Auf der einen Seite die These von der Polarisierung der Qualifikation von Arbeitskräften und dagegen die von der Verallgemeinerung der Qualifikation. Es war klar, daß diese Diskussion nur in einem gründlich vorbereiteten Seminar weitergeführt werden könnte.

In der Arbeitsgruppe, die sich mit der Arbeit von AL-Initiativen in der GEW und der Öffentlichkeitsarbeit überhaupt beschäftigte, wurde deutlich, daß der Erfahrungsstand zu unterschiedlich (vor allem aus regionalen Verschiedenheiten erklärbar) und zu wenig vermittelt ist. So konnte den Berliner Genossen kaum verständlich gemacht werden, daß für die Arbeit fortschrittlicher Kollegen, auch zum Thema Lehrerarbeitslosigkeit, innerhalb der GEW sehr verschiedene Bedingungen zwischen Berlin und z. B. Baden-Württemberg bestehen, daß in B-W kurzfristig die Lehrerarbeitslosigkeitsinitiativen eher über Lehrerzentren laufen können, wenn auch mit der Absicht, ein Lehrerzentrum als "Durchlauferhitzer" für die GEW zu nützen.
Am leichtesten zusammen ging es noch in der Gruppe, die versucht hat, den Zusammenhang zwischen Berufsverboten und Lehrerarbeitslosigkeit herzustellen. Kein Wunder, wenn man bedenkt, wie lange Berufsverbotsinitiativen schon arbeiten. Aber auch hier wurde gesagt, daß der Austausch von Informationen überregional viel besser zu leisten sein wird, hier besonders im Zusammenhang mit der Anwendung des "versteckten" Berufsverbotes.
Die letzte Gruppe, in der über alternative Berufsmöglichkeiten für arbeitslose Lehrer gesprochen wurde, kam bei der Aufzählung von praktischen Beispielen (linke Buchläden, Kneipen, Freie Schulen usw.) zu der Einsicht, daß diese nur Arbeits- und Verwirklichungsmöglichkeiten für eine Minderheit arbeitsloser Lehrer bieten können. Hingegen wurde deutlich herausgearbeitet, daß Bestrebungen zum Aufbau einer "Gegenökonomie" nur im Zusammenhang mit einer bestehenden politischen Bewegung in der jeweiligen Region eine Perspektive bieten können; d. h. alternative Bildungs- und Kommunikationsangebote können immer nur Ausdruck, nicht aber Anlaß einer politisch effizienten Berufsalternative für Lehrer sein, die jeweils nur im Rahmen einer übergreifenden Stadtteilarbeit ihre Berechtigung haben kann. Daraus folgt, daß das Schwergewicht der Arbeit von Arbeitsloseninitiativen nicht auf der Entwicklung von Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Schule liegen darf, sondern auf dem politischen Kampf gegen Arbeitslosigkeit gemeinsam mit anderen Gruppen, vor allem im Rahmen von Lehrerzentren, gemeinsam mit Kollegen, die noch im Schuldienst sind und gemeinsam mit und in der Gewerkschaft.
In allen Gruppen herrschte Übereinstimmung darüber, daß der Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit auf sich beschränkt zu kurz fassen muß. In den Arbeitsgruppen wurde daher teilweise sehr grundsätzlich über weitergehende Fragen der politischen Arbeit im Bildungsbereich diskutiert – GEW-Arbeit, Organisation außerhalb der GEW in Lehrerzentren und unabhängigen AL-Initiativen, bzw. deren Verhältnis zur GEW, Bildungsökonomie etc.
Es war übereinstimmende Meinung der Teilnehmer am Schlußplenum, daß eine weiterführende überregionale Zusammenarbeit notwendig ist, um die umfassendere und langfristige politische Perspektive von AL-Initiativen zu bestimmen. Es wurden in diesem Sinn noch Hinweise und Aufforderungen ausgesprochen, die diese Arbeit unterstützen sollen:

- Zu den verschiedenen Bereichen, die den Bedingungsrahmen für den Kampf gegen die Lehrerarbeitslosigkeit darstellen – von der GEW-Arbeit bis zur Theorieaufarbeitung – soll bis zum nächsten Treffen von den Gruppen intensiv gearbeitet werden. Es wurde dabei auch an begrenzte regionale Treffen zu bestimmten Themen gedacht. (Geplant ist z. B. ein Seminar zur bildungsökonomischen Einschätzung der Lehrerarbeitslosigkeit in Heidelberg.)
- Ein allgemeiner Informationsaustausch über den Stand der politischen Entwicklung in den Ländern und die Arbeit der Gruppen (die verschiedenen Beschäftigungsangebote – Berufsverbote – Zahlen...)
- Austausch der verschiedenen GEW-Satzungen und Organisationsstrukturen
- Erstellen eines Fragebogens, um die Situation in den verschiedenen Ländern zu erfassen
- Ein neues Treffen

**Nachbemerkung:** Der Bericht vom Heidelberger Treffen gibt bis hier nur einen Teil dessen wieder, was an dem Wochenende insgesamt lief; nämlich das, was inhaltlich in den Diskussionen thematisiert wurde. Wir wollen hier auf zwei Dinge hinweisen, die für unsere Arbeit ebenfalls wichtig sind. Wir fanden es sehr gut, wie sich der Kontakt zu den meisten der angereisten Genossen entwickelte. Jeder, der an solchen überregionalen Veranstaltungen schon teilgenommen hat, weiß, daß die Art, wie die Kommunikation zwischen den Teilnehmern neben dem eigentlichen Thema läuft, mitbestimmend ist für die eigentliche Arbeit. Außerdem hilft es dem einzelnen Genossen – wenn die Sache gut geht – ein wenig über den täglichen Politfrust hinweg. Wir hatten den Eindruck, daß nicht nur wir uns recht wohl fühlten. Mit dazu trug bei die Tatsache, daß der Freitagabend als Anreisetermin angesetzt war. Die Leute mit weitem Anmarschweg mußten dann nicht vom Auto ins Plenum umsteigen und hatten Zeit, sich am Samstagmorgen zu akklimatisieren. Daneben wirkte es sich positiv aus, daß größere Gruppen in Lehrerwohngemeinschaften untergebracht werden konnten.
Als zweiten Punkt sollte man noch festhalten, daß die Energie, die wir in die Vorbereitung des Treffens gesteckt hatten, sich für die Gruppe ausgezahlt hat. Die gemeinsame Arbeit für ein so konkretes Ziel (wie es die Tagung darstellte) konnte die Gruppenstruktur stärken. Wir denken, daß diese Erfahrung verallgemeinerbar ist.

**LEHRERGRUPPE IM ISZ-HEIDELBERG**

# Wie sieht denn Euer Schulalltag aus?

**Im folgenden schreiben einige Kollegen über die Situation – nicht nur – an Hamburgs Schulen.**

**Was wir stets im Hinterkopf haben müssen, ist der Zusammenhang von staatlicher Sparpolitik und politischer Unterdrückung. Die herrschende Regierungspolitik ist auf eine Umverteilung innerhalb des Staatshaushalts angewiesen. Der Bildungsbereich ist davon besonders betroffen; denn es hat sich für die Herrschenden herausgestellt, daß sich Bildungsinvestitionen doch nicht so schnell rentieren. Statt Bildungsreform Konjunkturprogramme. Diese Politik ist nur durchsetzbar, wenn die Arbeiterklasse stillhält. Neben der Integration der Gewerkschaften in diese Wirtschaftspolitik (die weithin noch gelungen ist), ist es nötig, das Erstarken einer Linken im Keime zu ersticken.**
**Bestandteile dieser Politik sind Strategien zur möglichst reibungslosen Durchsetzung von Restriktionen im Bildungs- und Sozialbereich und Repressionen gegen alle, die dieser Politik Widerstand entgegensetzen oder es in Zukunft tun könnten.**

## Restriktionen im Bildungsbereich

**Die "Reformpolitik" ist gestoppt. Es bleibt allenfalls beim Status quo:**
**– Stellenstopp für Lehrer mit der Folge einer zunehmenden Lehrerarbeitslosigkeit,**
**– Teilzeitbeschäftigung und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen für Lehrer (ABM-Lehrer),**
**– Besoldungsverschlechterungen (2. BesVNG),**
**– Unterrichtskürzungen durch neue Stundentafeln,**
**– Zulassungsbeschränkungen bei den weiterführenden Schulen und Jugendarbeitslosigkeit,**
**– Festschreibung konservativer und Rücknahme fortschrittlicher Lerninhalte.**
**Wir alle erinnern uns daran, wie in der Bundesrepublik der Bildungsnotstand ausgerufen wurde. Diese Zeit ist offenbar vorbei: Wir haben so viele Abiturienten wie nie zuvor, die Reproduktion unserer Elite ist gesichert. Auch der Facharbeiterstamm bildet sich wie durch ein Wunder von selbst heran. So stellt sich die Situation allerdings nur unter einem bestimmten Blickwinkel dar, nämlich, wenn man von oben her als Unternehmer auf den Arbeitsmarkt guckt.**
**Tatsächlich findet eine relative Dequalifizierung der Mehrheit der Schüler statt. Die Hauptschule wurde zur Restschule deklassiert. Die Erfahrung, ein "Rest" zu sein,**

machen die Hauptschulabgänger spätestens, wenn sie eine Lehrstelle suchen und erfahren müssen, daß ihnen die Gymnasiasten und Realschüler meist schon die Stellen weggeschnappt haben. Abgesehen davon, daß die Hauptschüler die falschen Inhalte lernen müssen – Polytechnik wird ihnen verweigert –, kann nicht einmal mehr der Lernerfolg bei den Kulturtechniken garantiert werden. Es droht eine neue Form des Analphabetismus, wenn sie nicht schon eingetreten ist. Zwar beherrscht das Ablesen von Texten wohl jeder, der unsere Hauptschule verläßt; aber Lesefähigkeit in unserer so "hochindustrialisierten Gesellschaft" muß ja wohl mehr bedeuten als „Bildzeitung" lesen zu können oder für das Werberahmenprogramm der Fernsehanstalten aufnahmefähig zu sein. Ein Schulwesen, das es nicht fertig bringt, seine Absolventen dazu zu befähigen, selbständig mit Büchern und informativen Zeitschriften umzugehen oder den Nachrichten etwa der Tagesschau zu folgen, ist gescheitert. Wenn Hauptschulabgänger in der Lage sein sollten, kompliziertere Gedankengänge zu verfolgen, dann haben sie dieses gewiß nicht in unserer Schule gelernt. Diese Volksbildung in unserer westdeutschen Republik ist ein Skandal! Die für Deutschland traditionelle Isolierung der Intellektuellen vom Volk wird dadurch verstärkt, Antiintellektualismus begünstigt. In Hamburg wird ausgerechnet das Fach Arbeitslehre durch die neuen Stundentafeln entwertet, wo es doch darauf ankäme, es zu einem wirklichen polytechnischen Unterricht auszubauen. Andererseits erläßt die Behörde Vorschriften zur Aufwertung und Festigung der propagierten kulturellen Werte: so soll das Kuhn-Papier "Sprachliche Gestaltung von schriftlichen Arbeiten auf der gymnasialen Oberstufe" vom August 76 jeden Lehrer verpflichten, über die Einhaltung der Normen der Mittelschichtsprache durch Herunterzensieren bis zu 3 Punkten (macht eine

Zensur) zu wachen. Weit schwerwiegender noch ist eine geplante Zurücknahme des Oberstufenlehrplans für das Fach Deutsch mit dem Albrecht-Papier vom Februar 75. Durch einen festen Literaturkanon von Texten, "die in ihrem Kulturkreis bestimmend geworden sind", soll eine Festlegung auf einen engen ideologischen Horizont bildungsbürgerlicher Normen erfolgen. Eine Reihe demokratischer und sozialistischer Autoren (Heine, Bredel, Wallraff, u. a.) sollen augenscheinlich verschwiegen werden. Dieses ordnet sich ein in das breite Spektrum behördlicher Maßnahmen zum Abbau der Möglichkeit demokratischen Unterrichts – so werden Lehrbücher nicht zugelassen (Helbig, Politik im Aufriß), laufende Unterrichtsprojekte verboten (Chile-UE).

Die Lehrerarbeitslosigkeit ist für die Herrschenden Problem und Möglichkeit zugleich. Problem, weil dadurch ein Potential Oppositioneller (schließlich wurde vor 2 Jahren noch für den Lehrerberuf geworben) geschaffen wird, das durch Gegenmaßnahmen wieder integriert werden muß. Die Möglichkeiten, die sich aus dem "plötzlichen" Überangebot von Lehrern ergeben, nutzt der Staat zur Spaltung und Verunsicherung der Lehrer. Die Einstellungspraxis, daß zunächst von der Leistung der Bewerber ausgegangen wird, führt zu verstärktem Leistungsdruck im Studienseminar und damit zu Anpassung der Referendare an das, was von ihnen erwartet wird. Die Tatsache, daß das Überangebot von Lehrern im VR-Bereich (Volks- und Realschulen) größer ist als beispielsweise das Überangebot bei den Gymnasien, führt zu einer Abspaltung der VR-Lehrer und zu deren Absinken im Sozialgefüge: zuerst wird das Bewußtsein geschwächt und dann die Besoldung. Zusätzlich wurden innerhalb der VR-Lehrerschaft verschiedene Arten von Lehrern geschaffen, die sich wieder in ihrem sozialen und materiellen Status unterscheiden. Es gibt inzwischen Lehrer mit halber, dreiviertel und ganzer Stundenzahl sowohl im Angestellten- als auch im Beamtenverhältnis, wobei die Angestelltenverträge sogar noch befristet sein können. Außerdem wurden "ABM"-Lehrer geschaffen, die nicht aus den Bildungsetats der Länder, sondern von den Arbeitsämtern bezahlt werden. Sie rangieren auf der untersten Stufe der Rangfolge der im Schuldienst beschäftigten Lehrer. In einer solchen Situation können Sparmaßnahmen auf Kosten der Lehrer, Besoldungsverschlechterungen leicht durchgesetzt werden. Gewisse Teile der Lehrerschaft – die "frischgebackenen" Stufenlehrer der Primar- und Sekundarstufe I – werden als erste von der Herabstufung betroffen sein. Alle anderen folgen nach, in der Hoffnung, daß es bei dieser Salamitaktik zu einer Solidarisierung nicht kommen wird.

## Repression gegen Schüler, Lehrer und Eltern

Die deutschen Amtsärsche kommen ins Schwitzen, die Behördenhengste werden ordentlich kreativ, neue repressive Maßnahmen gegen alles Linksverdächtige und in den Staatsdienst Drängende auszuhecken. Aber da können sie auch auf eine große Tradition in unserem Vaterland zurückgreifen.

Walter Mossmann

## Sieben Fragen eines Schülers und sieben freiheitlich - demokratisch-grundordentliche Antworten

**Geschrieben im Frühjahr 1973, als der Entwurf des Schieß-Erlasses bekannt wurde, in Gebrauch genommen zuerst am 1. Mai 1973 bei einer Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend, zu der die Freiburger Linke in seltener Einmütigkeit gekommen war. Damals mit einem Schluß, der auf den ersten Mai ansprach. Den Schluß kann man überhaupt so schreiben und singen, wie man ihn braucht.**

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Wie war das im Alten Rom*
*Cäsars Schlachten und Schlächtereien*
*die stehn mir schon bis hier oben*
*Was lehrt uns die Geschichte vom Spartacus*
*Wie macht man mit der Knechtschaft Schluß*
*Still mein Junge sei still*
*Wenn ich sowas sagen will*
*Dann will ich doch schon viel zu viel.*

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Wie war das in den Bauernkriegen*
*Warum war der Luther drauf scharf*
*daß die Bauernschinder siegen*
*Was hat der Thomas Müntzer gedacht*
*Wie haben die den bewaffneten Aufstand gemacht*
*O wei mein Junge o wei*
*Ich hab eine Zunge aus Blei*
*Und fühl mich doch dabei*
*ganz frei.*

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Was war Achtzehnachtundvierzig los*
*Die schwarz-rot-goldene Trauermesse*
*in der Paulskirche langweilt mich bloß*
*Waren da nicht auch rote Fahnen gewest*
*und das kommunistische Manifest*
*Nee mein Junge nee*
*Ich bin von Kopf bis Zeh*
*Eingestellt als Beeamter in Spe.*

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Achtzehneinundsiebzig in Paris*
*War die deutsche Fahne nicht in Blut getaucht*
*im Versailler Spiegel-Paradies*
*Wir lernen nur die Sprüche von der Kaiser-Tribüne*
*Was aber lehrt uns die Pariser Commune*
*O Schreck mein Junge o Schreck*
*Steck den „Bürgerkrieg in Frankreich" bloß weg*
*Ich flieg, wenn man den hier entdeckt in Dreck.*

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Was kam nach der deutschen Monarchie*
*War da nicht eine Revolution*
*Und wo verblieb denn die*
*Du denkst so frei wie Marquis Posa und sagst kein Wort über Karl und Rosa...*
*Verdammt mein Junge verdammt*
*Mir sind leider von Amtswegen die Genannten nicht bekannt.*

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*Der Hitler, der war doch kein Vampir*
*der kam doch nicht aus dem Gulli gekrochen*
*der kam doch nicht mir nichts dir... nichts*
*Wer hat den gebraucht, wer hat den bezahlt*
*Die Bourgeoisie oders Proletariat*
*Mann Junge Mann*
*Wenn ich dir das sage, dann sag du mir auch wie lang ich hier noch Lehrer bleiben kann...*

★

*Sag mal, sag mal, sag mal Herr Lehrer*
*das interessiert uns jetzt*
*wie führt man heute den Klassenkampf*
*trotz Klassenjustiz und -gesetz*
*Wie kämpft man gegen das Berufsverbot*
*das dich kastriert, weil es dich bedroht*
*Na und mein Junge na und*
*Ich verbrenn mir halt nicht den Mund*
*Ich schwör dreimal aufs Grundgesetz und komm gesund*
*aufn Hund.*

★

*Hör mal, hör mal, hör mal Herr Lehrer*
*wir stecken dir jetzt ein Licht*
*Einen Lehrer, der nicht aus der Geschichte lehrt*
*den brauchen wir nicht*
*Wir brauchen einen Lehrer, der dem Volke nützt*
*und trotzdem nicht auf der Straße sitzt*
*Und wie man das organisiert*
*Daß sich jeder solidarisiert*
*Das wird jetzt diskutiert*

**Breit ist die Skala ihrer Mittel: Da gibt es die große Breitseite, den Kanonendonner des Berufsverbots, der nur leider im Ausland unangenehm nachhallt. Da gibt es den furztrockenen Amtsbescheid, daß sich die Verbeamtung um ein Jahr verzögern muß. Da gibt es den geschickt injizierten Virus aus der Gerüchteküche der Behörde, etwa derart, daß nur 10 Prozent aller Bewerber eingestellt werden können, und zwar entsprechend ihrer "Eignung".**

**In Hamburg wird ein neues Schulgesetz verabschiedet, das ein Ordnungsrecht für die Schulen einführt, das Eltern mit Haftstrafen für den Fall von Schulstreik bedroht, das die Einschränkung der Lehrmittelfreiheit festschreibt, das die Zulassungsbeschränkungen für weiterführende Schulen verankert, das die Schulpflicht nach der Regelschulzeit**

Die totale Überwachung wird derzeit in Hannovers Innenstadt geprobt (siehe Spiegel Nr. 1/2 1977). Dort ist seit Mitte Dezember das Polizeipräsidium mit Hilfe einer Kabelfernsehanlage für 700.000.–DM – 19 Kameras, um 359 Grad schwenkbar und mit Gummilinse ausgestattet – in der Lage, sich stets einen umfassenden Überblick zu verschaffen und tut dies auch. Neue Geräte müssen schließlich erprobt werden. Alle Kameras sind vom Präsidium zu steuern und erlauben Überblick und Großaufnahme, z. B. bei Demonstrationen. Die übertragenden Bilder lassen sich zur Beweissicherung auf Videorecorder aufnehmen. Durch die zusätzliche Installierung von Mikrophonen läßt sich auch noch ohne weiteres alles Gesprochene mithören und festhalten. Die Möglichkeit der Amtshilfe gewährleistet, daß sich auch Verfassungsschutz und politische Polizei dieser technischen Errungenschaft bedienen.

**durchlöchert, womit auch das Recht auf Bildung geschmälert wird, das die staatliche Verpflichtung zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung von den finanziellen Möglichkeiten abhängig macht, das die Mitbestimmung von Eltern, Schülern und Lehrern einschränkt, indem dem Senat bessere Zugriffsmöglichkeiten gewährt werden, das die Gesamtschule nicht zur Regelschule erhebt, sondern als einen unter vielen Schulversuchen festlegt. Die ohnehin bestehende repressive Praxis der Behörden erhält nachträglich ihre gesetzliche Grundlage.**

**In Hamburg wurden die Berufsverbote ausgeheckt. In Hamburg wird die Praxis der Radikalenverfolgung angeblich liberalisiert – späte Reue? Aber weit gefehlt: Nichts hat sich geändert. Die Zusammenarbeit zwischen einstellender Behörde und Verfassungsschutz läuft wie geschmiert.**

**Jeder Beamtenanwärter (angeblich außer Postboten und Lokführern) wird überprüft. Noch einmal: Jeder.**

**Eine rechtliche Grundlage – Karlsruher Urteil und Hamburger Ausführungsbestimmungen – ist vorhanden und entlastet die Gewissen der Schreibtischtäter. Unterhalb der Schwelle des Berufsverbots spielt sich auch eine Menge ab:**

- **Erhöhung der Durchfallquote in der ersten und zweiten Lehrerprüfung, Verschlechterung der Durchschnittsnoten weisen auf eine generelle Zunahme des Leistungsterrors hin, enthalten aber auch so manche politische Disziplinierung. (Aus Angst vor der Prüfung lassen sich immer mehr Referendare um ein Semester zurücksetzen.)**
- **Einschränkung der Organisations- und Versammlungsfreiheit im Studienseminar und damit verbundene Androhung von Disziplinarmaßnamen.**

**(In der Referendarzeitung der Hamburger Studienreferendare wimmelt es von Pseudonymen. Da schreiben z. B. Lisa Lernziel, Anna Einstieg, Clara Tafelbild, Rosa Durchbruch, Ernst Grau, Anti Duck-Maus und Rumpelstilzchen Artikel.)**

- **Nichteinstellung wegen mangelnder fachlicher Eignung.**
- **Verzögerung der Verbeamtung ohne Grund oder wegen mangelnder gesundheitlicher Fitness oder zwecks weiterer pädagogischer Bewährung. Damit wird ein drittes Staatsexamen eingeführt. Schlimmstenfalls drohen drei unangemeldete Hospitationen durch den Oberschulrat.**
- **Herbeizitieren zu vertraulichen Gesprächen mit dem Vorgesetzten.**

**Die Behörde versucht, mit Anordnungen und Erlassen die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit an den Schulen einzuengen. Da gibt es das berüchtigte Rellstab-Papier über die "Grenzen der Meinungsfreiheit für Beamte". (Dieses Papier wurde in je einem Exemplar an jede Schule, d. h. in die Hand des Schulleiters gegeben.) Wir lesen ein wenig darin: "Die politische Treuepflicht fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren." Eine andere Stelle: "Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit des Beamten besteht grundsätzlich auch gegenüber seiner Berufsvertretung (Gewerkschaft). ...Es wird in der disziplinarrechtlichen Literatur und Rechtsprechung als Flucht in die Öffentlichkeit bezeichnet, wenn der Beamte Wahrnehmungen über Mißstände bei seiner eigenen oder fremden Behörde, Vorschläge für Verbesserung in seinem Dienstbetrieb (verbunden mit Kritik) und sonstige Beobachtungen aus dem dienstlichen Bereich der Öffentlichkeit, z. B. durch Presse, Rundfunk, Flugblätter oder auf Versammlungen, mitteilt."**

### Info Arbeitsfeld Schule

Weitere ausführliche Informationen zur Situation in der Schule, insbesondere auch zur Lehrerausbildung, zum Hamburger Schulgesetz und zur Aktionswoche sind zu finden im Informationsdienst Arbeitsfeld Schule Heft 27. (112 Seiten, broschiert, Preis DM 6,-- bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 605 Offenbach 4, Lieferung nach Vorauszahlung.)

## Was wir dagegen tun können

**In der Aktionswoche der GEW Hamburg vom 8. - 12. November 1976 zeigten sich einige Ansätze, wie man sich wehren kann. Zwar hat die Aktionswoche selbst noch keinen wirklichen Druck auf die Bildungspolitik Machenden ausgeübt, trotzdem wurde ihr sogleich von der Springerpresse eine enorme Hetzkampagne entgegengestellt. Damit muß man also rechnen, um so mehr, wenn man einmal Nägel mit Köpfen machen sollte.**

**In der Aktionswoche wurde die Fähigkeit von Lehrern entwickelt, schulübergreifend zusammenzuarbeiten, und sei's auch nur zur Einrichtung eines Infostandes. Erstmals hat die gewerkschaftliche Basis sich wirklich geregt. Dem ist eine lange Phase der Aktivierung des mittleren Funktionärskörpers vorangegangen. Stellenweise entwickelten sich Kontakte zwischen Eltern und Lehrern, die möglicherweise zu Arbeitszusammenhängen ausgebaut werden können. Die relativ große innergewerkschaftliche Demokratie der GEW Hamburg erlaubte die selbständige Anfertigung von Agitationsmaterial in den Betriebs-**

**gruppen im Rahmen des gewerkschaftlichen Konsens . Das alles ist wenig, aber ein Anfang. Die andere Seite – die staatlichen Instanzen, die konservative Presse, die Unternehmerverbände – ist da besser auf die von ihr angezettelten Auseinandersetzungen vorbereitet. Wir müssen uns darauf einstellen, daß wir es mit einem Gegner zu tun haben, der sich bundesweit (Hamburger Schulsenator Günther Apel "Zwang zur Einheit – Plädoyer für eine Rahmenkompetenz des Bundes in Sachen Schule", DIE ZEIT Nr. 47, 12. November 1976, Seite 52) immer mehr zentralisiert: Die geplanten Besoldungsverschlechterungen z. B. sind nach Verabschiedung des 2. Bes.VNG (Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung der Besoldung) der Gesetzgebung der Bundesländer entzogen. Ihre Bekämpfung verlangt der gesamten bundesdeutschen Lehrerschaft viel Solidarität ab. Angesichts des Zustandes der GEW (Satzungsstreitereien und schlafmützige Landesverbände) und der vorherrschenden Lehrermentalität, müssen wir uns wohl darauf einstellen, daß der Staat noch viele seiner restriktiven und repressiven Vorhaben wird durchsetzen können. Dennoch muß von uns der Widerstand geprobt werden, und wir werden es verstehen, auch aus Niederlagen und Mißerfolgen zu lernen.**

**ERNST GRAU UND KOLLEGEN**

# Allgemeine Bedingungen der Hochschulpolitik

**Der folgende Beitrag ist das Einleitungsreferat für die Arbeitsgruppe Hochschule auf dem Antirepressionskongreß am Pfingstsonntag**

## Von der Rekonstruktionsphase bis zur 'Bildungskatastrophe 1968'

Die Rekonstruktion kapitalistischer Verhältnisse in Westdeutschland verlief fast ohne bildungspolitische Veränderungen. Gerade wegen des sogenannten Wirtschaftswunders blieb eine Bildungsplanung aus. Erst in den 60er Jahren wird das traditionelle Bildungssystem kritisiert: Gründe dafür sind beginnende ökonomische Wachstumskrisen, der Zwang zu technischen Veränderungen (besonders in der Chemie-, Auto-, Flugzeugindustrie). Hinzu kommt, daß seit 1961, dem Bau der Mauer, die in der DDR ausgebildeten und vorfinanzierten Facharbeiter ausblieben.

Die forschungsintensive Privatwirtschaft bedient sich der Faktoren Bildung und Wissenschaft, indem sie private Auftragsforschung an die Universitäten und Institute vergibt und so Einfluß gewinnt. Industrielle Forschungsarbeit wird auf diese Weise zum Teil staatlich finanziert.

Staatlich eingerichtete Institutionen (Bildungsrat, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung) entwikkeln verschiedene Modelle der Bildungsökonomie, die die staatlichen, kommunalen und privatwirtschaftlichen Bildungs- und Wissenschaftsbedarfsprognosen stützen sollen. Diese Modelle sind rein quantitative Modelle. Sie sollten helfen, Kosten zu minimieren, um so Forderungen wie die nach Verdoppelung des Bildungsetats, Verdoppelung der Abiturienten- und Lehrerzahlen zu erfüllen.

Da die staatlichen Bildungsausgaben durch Steuern gedeckt werden müssen, ist die finanzielle Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit nicht unbeschränkt. Je nach politischem Kräfteverhältnis ergeben sich jedoch Chancen bei der Aufteilung des Finanzbudgets.

Das Fehlen einer gesamtgesellschaftlichen Bildungspolitik und die breite öffentliche Diskussion um diesen Bildungsnotstand motivierte eine Vielzahl von Bürgern zu auch qualitativen Forderungen. R. Dahrendorfs Buchtitel zeigt die Tendenz dieser Bewegung recht deutlich: 'Bildung als Bürgerrecht' (1965). Tendenziell antikapitalistisch sich verstehende Aktionen finden unter der Überschrift 'Bildungsreform als Gesellschaftsreform' statt.

Es darf jedoch der Marxsche Satz nicht vergessen werden, daß bei beschränktem (Klassen-) Bewußtsein eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Aktionen mit einem hohen Grad von falschem Bewußtsein betrieben werden. So konnte es passieren, daß eifrige linke Bildungs- und Gesellschaftsveränderer (z. B. der Aktion Bildungswerbung oder der Aktion Student aufs Land) einer Täuschung aufsaßen: sie begriffen nicht, daß ein nur subjektiv vorhandenes, antikapitalistisches Wollen durchaus kapitalistisch vermarktet werden kann.

Aber es kann auch geschehen, daß eine durch und durch reformistische Partei die Tore für Reformen öffnet, die sich zu systemsprengenden Reformen entwickeln. Von dieser Chance oder Illusion gingen einige Linke aus, die in der SPD die Partei der tiefgreifenden 'inneren Reformen' sahen. Vereinzelte regionale Experimente in Schulen und Hochschulen stützten diese Illusion.

## Die Reformphase ab 1968

Die Reformeuphorie ohne Kritik der politischen Ökonomie Anfang der 60er Jahre wird durch die Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Boden der Tatsachen gestellt. Die Linke erarbeitete sich inzwischen die Grundlage für eine radikale Gesellschaftskritik und leitet daraus Kriterien einer Hochschulreform ab (vgl. SDS-Hochschuldenkschrift und die Publikation 'Hochschule und Demokratie').

Formale Demokratisierung im Sinne eines modernen Managements war dagegen das Interesse der forschungsintensiven und technologisch expandierenden Industrie. In diese Bedarfslücke des Kapitals stieß eine Bewegung aus der Basis der Bevölkerung. Eine gleichgerichtet erscheinende Interessenkoalition artikulierte sich. Die SPD ist die bundesrepublikanische Partei, die diese "Basisinteressen" aufnimmt und gleichzeitig so kanalisiert, daß sie nicht antikapitalistisch ausschlagen. Die SPD kann sich dabei auf ihre eigene Geschichte berufen, auf den Reformismus. An die Stelle kollektiv zu erkämpfender Strukturveränderungen setzt der Reformismus die Zielperspektive des individuellen Aufstiegs, eine wahrhaft bürgerliche Perspektive.

Die staatliche Administration ist bemüht, die Forderungen des privaten Kapitals einerseits und die Wünsche der reformorientierten Bevölkerung andererseits durch zentralisierende Maßnahmen in den Griff zu bekommen (Stabilitätsgesetz, Konzertierte Aktion und Notstandsgesetze zur innenpolitischen Friedenssicherung).

Die Verdoppelung der Schüler- und Studentenzahlen (im Vergleich zu 1960) stützt die Forderung der Bevölkerung und zwingt die Administration zu verstärkten Investitionen im Bildungssektor.

Aus wahltaktischen Gründen macht sich die SPD für kurze Zeit zum Fürsprecher der Bildungsreform. Am 28.10.69 gibt Willy Brandt das Stichwort: 'Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen'. Schon eine Mitte 1969 durch eine Grundgesetzänderung ermöglichte Finanzreform erleichterte es der SPD/FDP-Koalition, die Bildungsplanung unabhängig von den Ländern voranzutreiben. Gesamthochschulen werden entworfen, Universitätsgründungen werden eingeleitet, eine Vereinheitlichung des gesamten Bildungs- (auch des Berufsbildungswesens) wird angestrebt. Die Bundesregierung plant eine Verdoppelung des Anteils der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt von 4 auf 8%. In den SPD-regierten Ländern werden liberale Hochschulgesetze verabschiedet.

Alle diese Maßnahmen werden begleitet von massiven Protesten der CDU/CSU, der Unternehmerverbände und des Philologenverbandes. Da sich die globalen Perspektiven der Bildungsplanung und Forschungspolitik finanzpolitisch nicht realisieren lassen, scheinen sich die Unkenrufe der CDU schon schnell zu bewahrheiten.

Die SPD reagiert mit nochmaliger Erweiterung der Bundeskompetenz und damit einer weiteren Zunahme der Zentralisierung im Bildungsbereich. Sie will wenigstens sich selbst als wählbare Partei erhalten und ist dazu bereit, die einmal selbst eingeführten Reformen zu verschleudern zugunsten einer Anpassung an kapitalkonforme Politik.

## Die Nach-Reform-Phase

Ab 1972 setzt weitgehend eine resignative Phase in der Bildungspolitik ein. Langfristige und umfassende Planungsvorhaben werden nur regional und zögernd realisiert. Der Widerspruch zwischen der zentralistisch-kapitalkonformen und emanzipatorischen Dimension in der reformistischen Bildungspolitik der SPD-Regierung tritt offen zutage. Eine Legitimationskrise der staatlichen Administration ist die Folge. Diese ideologische Krise läßt sich nicht länger herrschaftskonform verdecken. Eine größere Zahl marxistisch orientierter Kritiker ist in der Lage, die generelle Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften auf den Begriff zu bringen. Ein Teil der Lehrenden im Ausbildungssektor wird zum Multiplikator für tendenziell systemgefährdende Gedanken und Verhaltensweisen (vgl. die Auseinandersetzung um die Hessischen Rahmenrichtlinien und um die Ausbildungsgänge von Reformuniversitäten, z. B. Bremen).

Der Staat reagiert offensiv durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen (Kommunistenhatz, Radikalenerlaß, innerstaatliche Feinderklärungen, Einreiseverbot für E. Mandel, Berufs- und Ausbildungsverbote). Die Bundeskompetenzen auf den Gebieten

Rolf Schwendter:
**Vom buckligen Männlein**

*Geh' ich in das Proseminar,*
*tu' den Marx zitieren,*
*sitzt ein bucklicht Männlein da,*
*fangt an zu notieren.*

*Geh' ich in die Fachgruppenkonferenz,*
*werd' ich schon ganz zittrig.*
*Sitzt ein bucklicht Männlein da,*
*sagt: "Alles ist rechtswidrig!"*

*Diskutiere ich mit den Studenten,*
*mache Kompromisse,*
*sitzt ein bucklicht Männlein da,*
*schreibt mit, was es so wisse.*

*Geh' ich in das Institut,*
*lese die Wandzeitung,*
*steht schon's bucklicht Männlein da,*
*sorgt für die Verbreitung.*

*Geh' ich in ein Gremium,*
*rezitiere Fakten,*
*gibt's das bucklicht Männlein durch*
*für die Personalakten.*

*Geh' ich in die Fakultät,*
*Protokolle im Tornister,*
*steht das bucklicht Männlein auf,*
*verliest mein Sündenregister.*

*Geh' ich in mein Stammcafé,*
*will mich fühlen besser,*
*sitzt das bucklicht Männlein da*
*mit dem BuFW-Professer.*

*Geh' ich in ein Wirtshaus rein,*
*will ein bißchen schwätzen,*
*kommt das bucklicht Männlein nach,*
*sagt: "Darf mich dazusetzen?"*

*Geh' ich in die Tutorenkommission,*
*lehn' ab den Auflister,*
*telefoniert das bucklicht Männlein schon*
*mit dem Kultusminister.*

*Genossen, wenn in ferner Zeit*
*Ihr die Gesellschaft mal befreit:*
*Genossen, ach, ich bitt', ich bitt':*
*befreit das bucklicht Männlein mit!*

der ideologischen und bildungspolitischen Sicherungen wachsen. Ein Hochschulrahmengesetz zur Vereinheitlichung, Zentralisierung, Disziplinierung und zum rationelleren Planen im Hochschulsektor wird in Aussicht genommen.
Der Finanzrat des Bundes stoppt im September 1972 die Bildungsreform, indem er die Bundesländer verpflichtet, bis 1975 die Bildungsbudgets radikal zu kürzen. Aber schon im Februar 1973 geben die Länder Meldungen über den vorfristigen Vollzug des Sparens ab.
Die Bildungswerbung aus der Reformphase führte zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Hochschulabsolventen, deren materielle Grundabsicherung durch die Gesetze zur Ausbildungsförderung geleistet wurde. Der gleichzeitig stattfindende quantitative Ausbau des Hochschulbereichs vollzieht sich schneller in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereichen. Folge beider Entwicklungen ist der Engpaß in Bereichen wie Medizin, Chemie und den technischen Wissenschaften, wo ein übergroßer Andrang von Studenten zu den materiell besonders lukrativen Fächern auf ein nicht genügend erweitertes Kapazitätsangebot trifft. Die Administration reagiert mit Verschärfungen des Numerus Clausus, der durch einen Staatsvertrag abgesichert wird.
Ab ca. 1973 verlagert sich der bildungspolitische Streit von der Hochschule zum Bereich der Berufsbildung. Da die Berufsbildung 'dual' verläuft (d. h. privater Betrieb und staatliche Schule teilen sich die Aufgabe), ist dieser Streit stärker mit den Klassenkonflikten verbunden und ergreift deshalb auch große Teile der Gewerkschaften.
Im Windschatten des Numerus Clausus werden die ersten 'rückwärtsgewandten' Novellierungen der Länderhochschulgesetze eingeleitet, zum Teil auf Grund von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidungen gegen die Drittelparität und für die Dominanz der Hochschullehrer in Fragen der Lehre, Forschung und Berufung). Gruppen und Organisationen konservativer Professoren sind die wesentlichen Träger dieses Trends. Er mündet schließlich in das 1976 verabschiedete Hochschulrahmengesetz.

## Das Hochschulrahmengesetz

Die zweifelhaften bildungspolitischen Ergebnisse nach der 'Reform' lassen sich sehr gut zusammengefaßt im HRG wiederfinden. Es zeigt am deutlichsten den Trend der Gegenreform im Hochschulsektor. Es ist zu betonen, daß die Gegenreform keine pure Restauration der Verhältnisse von vor 1968 darstellt. Die Ordinarienuniversität wird tot bleiben. Sie würde hinter das heute Notwendige an Disponibilität für den kapitalistischen Verwertungszusammenhang zurückfallen.
Die neue Maxime heißt deshalb: Ökonomisierung der Universitäten, Errichtung von Fachhochschulen im Verband mit Gesamthochschulen, Etablierung von Kurzstudiengängen, Praxisbezug nicht nach Maßgabe von gesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern orientiert an privatwirtschaftlicher Bedarfsplanung, ideologische Disziplinierung, Einschränkung des Spektrums wissenschaftlicher Verfahren und Methoden auf pragmatisch-positivistische Verwendbarkeit, Einführung von verschiedenen Abschlüssen, verbunden mit einem unterschiedlichen Grad von Reglementierung der Studierenden; das Kurzstudium ist in der Form einer rigiden 'akademischen Berufsschule' abzuleisten, das Langstudium dient dem kreativen Training von Grundlagenforschern.
Politisierung von Ausbildung, Ausbildern und Auszubildenden wird an die FDGO gebunden. Die Vorbereitung auf ein derart verschultes Studium findet schon in der reformierten Oberstufe der Gymnasien statt, wo die Schüler ebenfalls bereits auf die FDGO 'vereidigt' werden.
Radikalenerlaß und Berufsverbote, der Gewaltparagraph 88a, innere Zensur und unmittelbare Behinderung der politischen Arbeit an den Hochschulen sind die flankierenden Maßnahmen der politischen Repression des Staates.
Die Länderhochschulgesetze müssen an die Rahmenbedingungen des HRG angepaßt werden. Dies wird auch in den SPD-regierten Bundesländern zügig vorangetrieben. Die SPD holt hier das nach, was die CDU gar nicht erst versucht hat, um dem Vorwurf zu begegnen, sie habe das Tor zu Reformen geöffnet, um Systemveränderer hindurchschlüpfen zu lassen.
Die HRG-Universität soll Personen ausbilden, die die Qualifikation erwerben, die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme zu erfüllen – wobei die Wissenschaft positivistisch funktionalisiert wird auf ihren Beitrag zur Konfliktminimierung in Wirtschaft und Ausbildung.

## Zwei wesentliche Tendenzen

An dieser faktenreichen Darstellung der bildungspolitischen Entwicklung in der BRD seit etwa 1950 sind zwei entscheidende Tendenzen ablesbar:
1) Der Kompetenz- und Machtzuwachs des Staatsapparates für eine zentralistische Planung im Bildungssektor.
2) Der 'Gewaltzusammenhang' einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Wirtschafts- und Sozialstruktur kapitalistisch organisiert ist.
Zu 1) Die durchgängig in der Bildungspolitik zu beobachtende Zentralisierung macht deutlich, daß der Staat immer mehr die Funktion wahrnimmt, eine Klammer für den Klassenwiderspruch zu sein. Ideologische Faktoren verhindern, daß der Staat in diesen Funktionen von der Masse erkannt wird. Theorien wie Staatsinterventionismus und die Ideologie des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaats tragen dazu bei. So sind alle Reformen, die vom Staat ausgehen, insofern begrenzt, als sie nicht mit den Interessen des Kapitals kollidieren durfen. Das aktuellste Beispiel wäre das Scheitern der Berufsbildungsreform.
Zu den Funktionen des Staates speziell im Hochschulbereich zählen die folgenden:
– Die Hochschule wird verwaltungsmäßig unter die staatliche, zentralisierte Kultusbürokratie subsumiert.
– Die Planung von Durchlaufkapazitäten sowie die optimale Ausnutzung der Lehr- und Forschungseinrichtungen dienen der Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft und an die Sicherungsinteressen des Staates.
– Folge ist ein verstärkter Leistungsdruck und Konkurrenz analog der Arbeitshetze im Rahmen der Privatwirtschaft.
– Zweckrationalität und Technokratie werden durchgesetzt als Rahmen- und Legitimationsideologie des 'modernen' Kapitalismus, wodurch der Schein einer 'Entideologisierung' erweckt wird.
Durch alle diese Maßnahmen wird die relative Autonomie der Hochschulen, in der Wissenschaft noch eine kritische Funktion haben könnte, weitgehend zerstört. Sobald diese Kritik sich politisch dagegen organisiert, wird sie als links, systemgefährdend diffamiert und mit Mitteln der politischen Repression bekämpft.
Zu 2) Die Bestrebungen der staatlichen Reformpolitik im Bildungssektor gingen in keiner Phase so weit, den Klassenantagonismus der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich zu überwinden. Der Reformismus war Ausdruck der Notwendigkeit technologischer und ideologischer Anpassung an einen neuen Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung, der gekennzeichnet ist durch die steigende Bedeutung wissenschaftlicher und technischer Qualifikationen für die kapitalistische Produktion. Gleichzeitig mußten die aus der Reformphase erwachsenen Emanzipationsbedürfnisse der Bevölkerung im Sinne einer Sozialtechnik befriedigt werden.

## Auswirkungen der Repression auf die Politik im Hochschulbereich

- Die allgemein-politische Betätigung im Hochschulbereich wird generell eingeschränkt (Asten werden abgeschafft, die Wahrnehmung des politischen Mandats wird verboten).
- Durch Hausordnungen, Raumverbote, Büchertischverbote etc. werden die Agitations- und Wirkungsmöglichkeiten linker Gruppen eingeschränkt bzw. so gut wie unmöglich gemacht.
- Studenten werden durch die bereits praktizierten Berufsverbote eingeschüchtert, nicht mehr in studentischen und universitären Gremien für linke Organisationen zu kandidieren.
- Die verschulenden Regelstudiengänge begrenzen den Spielraum des einzelnen zu politischen Aktivitäten.
- Die Organisation der Studiengänge im Sinne positivistischer Wissensakkumulation verhindert langfristig die Herausbildung eines kritisch-wissenschaftlichen Vermögens bei den Individuen (bei Hochschullehrern und Studenten) sowie die damit verbundene Politisierung über Inhalte.

Die Repression im Hochschulbereich zielt darauf ab, die dort Tätigen zu Objekten einer am Kapital orientierten Planung zu degradieren. Die Individuen in den (nach diesem Referat zu bildenden) Arbeitsgruppen haben den Zustand ihrer gewaltsamen Unterdrückung zu beschreiben, zu analysieren, auf den Begriff zu bringen. Sie haben vornehmlich die Aufgabe, den ihnen aufgezwungenen Objektcharakter, der sie denaturiert, aufzubrechen, indem sie ihre eigenen Bedürfnisse als Sozialisten realisieren und Abwehrstrategien vielfältigster Art gegen die Repression einüben und praktizieren. Auch unter technokratischen Studienbedingungen sind die Mechanismen, die zur Anpassung führen, nicht total. Strategien zur Politisierung müssen an den Bruchstellen ansetzen, wo Anpassungsdruck und Bedürfnis nach freier Entfaltung im unmittelbar erfahrbaren Widerspruch stehen. Dies muß die Richtung unseres Kampfes werden.

**SB-HOCHSCHULGRUPPE HAMBURG**

# Organisation von Sozialisten an der Hochschule

Gesamtgesellschaftliche ökonomische und politische Veränderungen sowie die historischen und aktuellen Ansätze einer politischen Studentenbewegung stellen die Hochschule in den Brennpunkt von Repressionserfahrungen.
Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und die damit verbundene Verknappung von öffentlichen Mitteln (rückläufige Bildungsausgaben, NC) auf der einen Seite und die Technokratisierung und Rationalisierung der Organisation des Wissenschafts- und Studienbetriebes werden als ökonomische "Repression" wirksam.
Die gezieltere politische Repression (Anhörungen, Berufsverbote) führt einen Mehrfrontenkampf: sie richtet sich gegen die Überreste der antiautoritären Sensibilisierung und vorgreifend gegen neue Protestbewegungen (z. B. gegen das HGR) an der Hochschule und darüber hinausgehend gegen eine gesellschaftliche Ausweitung des ideologischen Kampfes, insbesondere in

den Sozialbereichen. Ausdruck dieses Bestrebens sind die Berufsverbote im öffentlichen Dienst, die auf die Hochschule als Einschüchterungs- und Angstfaktor zurückschlagen und damit politische Aktivitäten durch Verinnerlichungsprozesse und "Psychoterror" verhindern.
Strategien zur Politisierung der Studenten und Ansätze der Gegenwehr lassen sich in folgenden Punkten allgemein skizzieren:

- Äußerst wichtig ist die Entwicklung eines historischen Bewußtseins der Studentenbewegung und der gesellschaftlichen Rolle des Intellektuellen.
- Eine Organisation der Studenten und Wissenschaftler nach ihren Interessen muß in einer Vermittlung objektiver und subjektiver Bedürfnisse erfolgen.
- Die politische Arbeit an der Hochschule muß die Berufsperspektive beinhalten und in die politische Organisation in Arbeitsfeldern hineinreichen.

## Arbeitsfeld Hochschule im SB

Die Hochschularbeit im SB ist durch einen spezifischen Widerspruch gekennzeichnet: auf der einen Seite sind weit über die Hälfte der Mitglieder und Sympathisanten in diesem Arbeitsfeld tätig, andererseits drängen viele Studenten und Wissenschaftler in ihren politischen Aktivitäten in "relevantere" politische Projekte, wie z. B. die Betriebs- und Gewerkschaftsgruppe oder die SZs. Diese durchgängige Tendenz deutet auf eine fundamentale politische Identitätsfrage der Intellektuellen hin. Das Problem der gesellschaftlichen Irrelevanz der Intellektuellenorganisation und der am Maßstab der Studentenrevolte gemessene Niedergang studentischer Mobilisierung hat zu erheblichen Schwierigkeiten in der Konstituierung eines Arbeitsfeldes Hochschule geführt. Die zeitweilige Stagnation der SB-Hochschularbeit ist allerdings nicht nur auf eine Organisationsfrage zu reduzieren, sondern hängt auch mit dem Entwicklungsstand konkreter politischer Strategien der SB-Hochschulgruppe zusammen. Der Prozeß einer politischen Selbständigkeit kann sehr viel schneller und fruchtbarer verlaufen, wenn durch Informationsaustausch und Koordinationstreffen eine größere Verallgemeinerung der SB-Hochschularbeit hergestellt wird.

## Das Arbeitsfeld Hochschule auf dem Antirepressionskongreß

Im Zusammenhang mit dem Antirepressionskongreß fand am 9./10. Mai 1976 in Bielefeld ein erstes überregionales Treffen von ca. 20 sozialistischen Hochschulgruppen statt (ca. 10 weitere interessierte Gruppen), die sich im politischen Zusammenhang des SB begreifen. Nach dem nützlichen Erfahrungsaustausch lagen die Schwerpunkte der Arbeitsgruppendiskussionen auf den Organisationsschwierigkeiten der Gruppe (intern und extern) und den inhaltlichen und organisatorischen Politisierungsstrategien.
Zur Vorbereitung der Hochschularbeitsgruppe auf dem Antirepressionkongreß werden zentrale Probleme der Hochschulpolitik unter Bedingungen verschärfter Repression aufgegliedert und zur systematischen Bearbeitung einzelner Hochschulgruppen übertragen, die ihre Arbeitsschwerpunkte in den jeweiligen Themenkomplexen sehen.
Die Grobgliederung umfaßt folgende Fragestellungen:
1. Die gesamtgesellschaftliche Einordnung und historische Analyse der Hochschulsituation soll in einem Eingangsreferat als Diskussionsrahmen vorangestellt werden.

2. In der ersten Arbeitsgruppe soll der Wissenschaftsbegriff, Kritik der bürgerlichen Wissenschaft und der marxistischen Wissenschaftsvermittlung sowie die Veränderung unter den repressiven Bedingungen (HRG, Prüfungs- und Curriculumsordnungen) diskutiert werden.
3. In der zweiten Arbeitsgruppe sollen Probleme der Organisierung an der Hochschule, Politisierungsstrategien etc. behandelt werden.
4. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Berufsperspektive (der Veränderung) und den Berufsverbotsdrohungen.
Die Plenumsdiskussion auf dem Kongreß hat ergeben, daß ein vehementes Interesse an einer Arbeitsgruppe "Studentischer Alltag" besteht – diese Gruppe hatte dann die größte Beteiligung.

## Einführung in die Arbeitsgruppen und Verlaufseinschätzung

Der Massenandrang (ca. 800 -1000), der alle organisatorischen und räumlichen Planungen sprengte, zeigt das enorme Interesse an einer Regeneration der sozialistischen Politik an der Hochschule, hat aber auch gleichzeitig die relative Ineffektivität einer Mammutveranstaltung bewirkt.
Natürlich ist die Erfahrung, Teil einer doch noch ganz schön großen Bewegung zu sein, wichtig und hat für jeden einzelnen einen politisch-psychologischen Stabilisierungswert sowie einen nicht zu unterschätzenden Stimulierungseffekt für die Intensivierung der Hochschularbeit. Andererseits hat die Linke auch und insbesondere an der Hochschule größere Defizite in politisch verankerten Basisansätzen, die inhaltliche und organisatorische Vereinheitlichung voraussetzen als in teilweise noch laufenden massenhaften Diskussionsveranstaltungen. Für eine verbindliche und kontinuierliche politische Arbeit der Hochschulgruppen liegt der erste Schritt in der inhaltlichen Auseinandersetzung und der allgemeinen Strategiefindung, die nur im Rahmen überregionaler Koordinations- und später vielleicht Delegiertentreffen stattfinden kann.
Der Verlauf und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Hochschule sind zu heterogen und widersprüchlich, um sie schlüssig einschätzen zu können. Sicher ist, daß die Erwartungshaltung der meisten Teilnehmer hoch und äußerst unterschiedlich war. Die "Kerngruppen" der Bielefelder Tagung hofften auf eine weiterführende, informationsangereicherte Diskussion der angesprochenen Probleme und Erfahrungen und unterschätzten dabei die mangelnde Arbeits- und Diskussionsfähigkeit der Mammutarbeitsgruppe sowie die Heterogenität der anwesenden Gruppen (SB-Gruppen, Spontis, KB etc.) und der Interessen der Einzelstudenten. Die Masse der nicht organisierten Studenten war einerseits auf einen individuellen Erfahrungsaustausch orientiert ("Student im Alltag") und erwartete andererseits (zumindest unterschwellig) eine Vorgabe von Perspektiven, Strategien und Organisationsmodellen der bestehenden Gruppen, die dazu jedoch auf Grund der eignen unverarbeiteten Ansätze kaum in der Lage waren.
Die Vorstrukturierung der einzelnen Arbeitsgruppen von verschiedenen Hochschulgruppen und die Diskussionsvorgabe von Thesenpapieren hatte zwar einigermaßen geklappt, scheiterte dann aber größtenteils in der praktischen Anwendung an Verteilungsproblemen, an dem Umfang der ausgearbeiteten Beiträge, an der Abstraktheit der Thesen und vor allem daran, daß die unterschiedlichen Bedürfnisse und die Komplexität der Probleme eine stringente Diskussion unmöglich machten.
Die Diskussionsebenen pendelten relativ unverbunden zwischen konkreten ortsspezifischen Erfahrungen, die selten verallgemeinerbar eingebracht wurden und sehr allgemeinen und abstrakten Globaleinschätzungen der Hochschulsituation. Die Abwehrstrategien hatten den Charakter einer Sammlung von Möglichkeiten bzw. schon gelaufener Aktionsansätze und blieben in ziemlicher Unverbindlichkeit stecken, d. h. sie wurden weder inhaltlich vereinheitlicht noch organisatorisch zusammengefaßt. Der Verlauf dokumentiert insgesamt den noch unterentwickelten Organisationsstand im Arbeitsfeld Hochschule. Allerdings sind in dieser relativ chaotischen Bestandsaufnahme eine Vielzahl von inhaltlichen und organisatorischen Problemen sozialistischer Hochschulgruppen angesprochen worden, die nun einer systematischen Verarbeitung in den weiteren Treffen sozialistischer Hochschulgruppen bedürfen.

## Perspektiven des Arbeitsfeldes Hochschule

Auf dem Bielefelder Hochschulgruppentreffen sind erste organisatorische Schritte einer weiteren Zusammenarbeit eingeleitet worden: Das allgemeine Bedürfnis nach einem regelmäßigen Informations- und Materialaustausch wurde in der Einrichtung eines "Rundbriefes Sozialistischer Hochschulgruppen" aufgegriffen. Dieser soll in einem Rotationsverfahren von jeweils einer oder zwei Hochschulgruppen produziert werden, die als Materialsammelstelle fungieren. Der erste Rundbrief vom Mai/Juni 76 beinhaltet ausführlich Protokolle des Hochschulgruppentreffens, die von den Bielefelder Hochschulgruppen (PH und Uni) ausgearbeitet und zusammengestellt worden sind. In diesem Rundbrief ist außerdem eine Liste und kurze Darstellung der beteiligten Gruppen mit Kontaktadressen enthalten. Der zweite Rundbrief ist vor kurzem erschienen und beinhaltet die Vorbereitung des zweiten Koordinationstreffens der Hochschulgruppe mit dem Schwerpunktthema: "Strukturelle Veränderungen im Hochschulbereich und gegenwärtige Bedingungen der Politisierung von Studenten", das am 11./12. Dezember 1976 in Köln stattfand. Weiterhin sind aus der Diskussion einer Vorbereitungsgruppe der Hochschulgruppentreffs folgende Planungspunkte entwickelt worden:

1. Möglichkeiten und Probleme systematischer Schulungsarbeit;
2. Die Frage der Zusammenarbeit von sozialistischen Studenten und Dozenten, d. h. Arbeitsfelderorganisation oder gesonderte Organisierung der Studenten;
3. Sinn und Arbeitsmethoden der Gremienarbeit;
4. Perspektiven der Hochschularbeit im Kontext sozialistischer Politik.

**ARBEITSGRUPPE HOCHSCHULE**

# Materialien zur Hochschulpolitik

Erfahrungsgemäß sind trockene Literaturlisten wenig motivationsfördernd, sich mit Problemen weitergehend auseinanderzusetzen. Daher soll im folgenden wichtiges Material zur Hochschulpolitik im Zusammenhang mit der historischen Entwicklung der Studentenbewegung 67 dokumentiert werden.

Der Ausgangspunkt der **Studentenrevolte** der 60er Jahre liegt in der Erfahrung, daß die gesellschaftliche und speziell auch universitäre Realität mit dem demokratischen Ideal auseinanderfällt. (Krahl: Trauern um den Tod des bürgerlichen Individuums). Die Hochschule ist durch den Widerspruch der "feudalen" Ordinarienstruktur und der verstärkten Subsumtion unter die gesellschaftliche Reproduktion (Arbeitsmarkt/Qualifikation) geprägt. In dieser Umbruchsphase notwendiger Strukturveränderungen beginnen die Studenten, die Ordinarienuniversität zu zerschlagen und kämpfen für das politische Mandat, d. h. eine demokratische Institutionalisierung der verfaßten Studentenschaft. Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) hat programmatisch Analysen und Kampfziele ausgearbeitet:

**SDS Hochschuldenkschrift, Frankfurt 1972 (wiederaufgelegt von 1961) Nitsch/Gerhardt/Offe/Preuß – Hochschule in der Demokratie, Berlin 1965, U. K. Preuß – Das politische Mandat der Studentenschaft, Frankfurt 1969.**

In der Entwicklung der Studentenrevolte wird die Basis des bürgerlichen Demokratieverständnisses verlassen und eine neue politische Qualität hergestellt. Die Vermittlung von theoretischer Analyse (historischer Materialismus), politischer Praxis und Alltagsleben drückt sich in kollektiven Arbeitsformen und kulturrevolutionären Perspektiven und Projekten aus. Die weitestentwickelte selbstreflexive Analyse der Studentenbewegung findet sich in den Aufsätzen des Agitators, Theoretikers und Organisators H. J. Krahl. Krahl reflektiert die zentralen Faktoren studentischer Politik, die den Anspruch gesellschaftlicher Relevanz erhebt: die Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz, die Organisationsfrage und die Verbindung objektiver und subjektiver Interessen in der politischen Arbeit:

**H. J. Krahl – Konstitution und Klassenkampf, Frankfurt 1971**

In Krahls Analyse sind darüber hinaus die Bedingungen des Scheiterns und des Zusammenbruchs der Studentenrevolte ausgeführt: das zentrale Problem der Trennung von der Arbeiterklasse und das immanente Problem der Polarisierung und Dogmatisierung objektivistischen wie subjektivistischen Politikverständnisses.

Nach dem Auseinanderfallen der Massenbewegung und des SDS als "informeller Avantgarde" bilden sich studentische Basisgruppen mit dem Schwerpunkt der Betriebs- und Stadtteilarbeit. Die politische Praxis an der Hochschule ist in der ML-Bewegung (Marxisten/Leninisten) auf die studentische Kaderproduktion beschränkt. In den Roten Zellen werden in zentralistischen Organisationsformen Schulungen im Marxismus/Leninismus alternativ zum Studienbereich entwickelt ("Sozialistisches Studium", "Marx an die Uni"). Die ML-Organisationen stellen im Ablauf der Studentenbewegung einen rigorosen Geschichtsbruch zur antiautoritären Revolte dar; die Widersprüche des politischen Kampfes der Intellektuellen werden durch eine dogmatische Setzung eliminiert (besonders im Verhältnis zur Arbeiterklasse). In der Kontroverse Schmierer (ML) und Krahl wird der Stellenwert dieses politischen Umschlags deutlich.

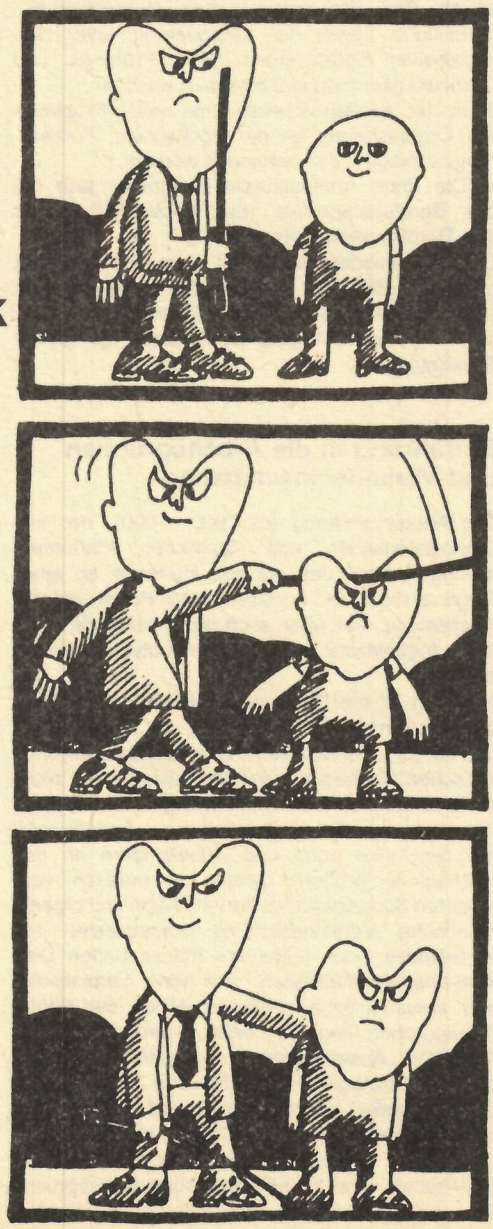
**J. Schmierer – Zur Analyse der Studentenbewegung in : Rotes Forum 5, Heidelberg 1969**

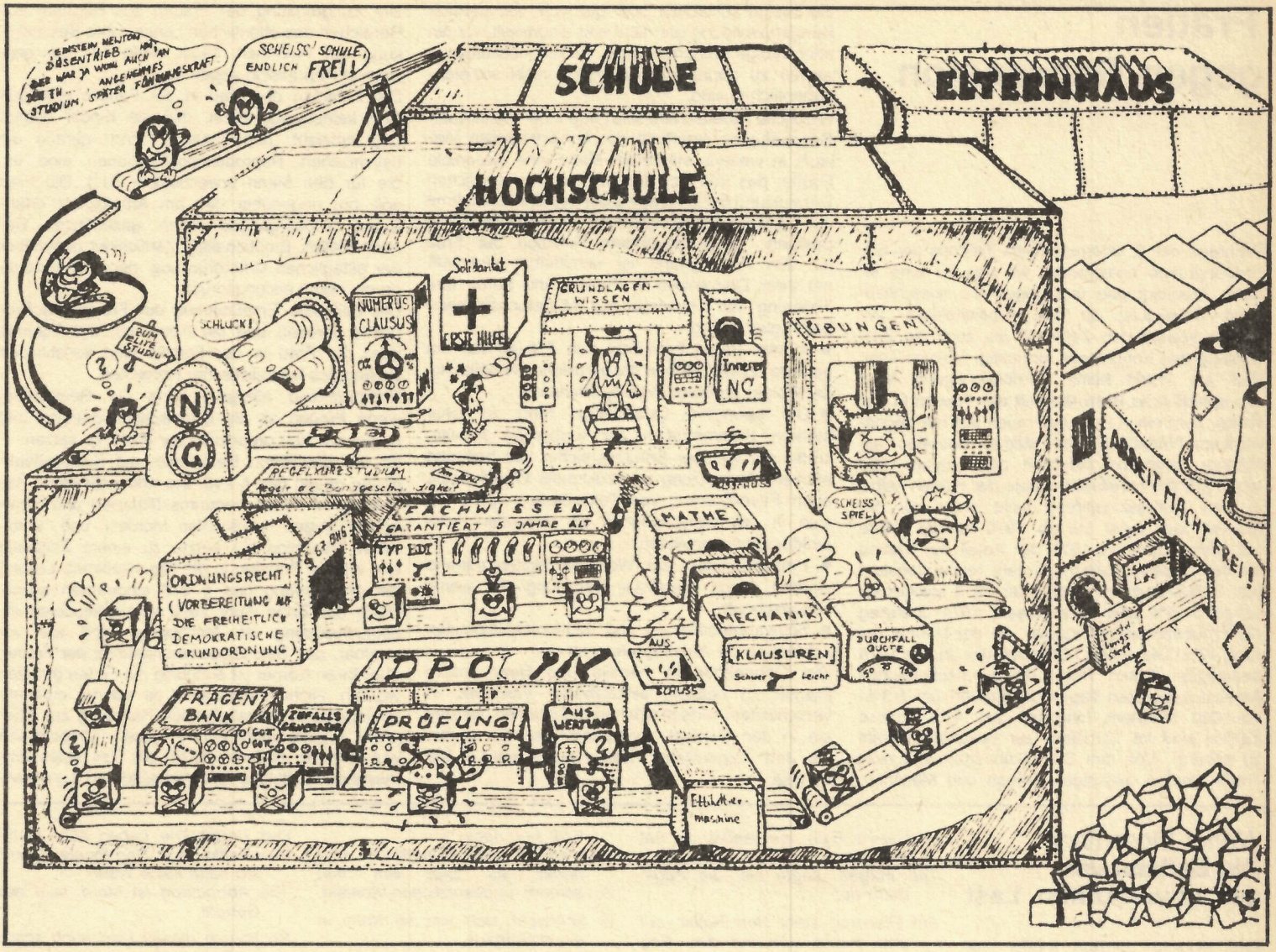
**H. J. Krahl – Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein in: ders. – Konstitution und Klassenkampf, Ffm 1971**

Die allgemeine Aufarbeitung der Offensivphase der Studentenbewegung, wo Schwierigkeiten und Widersprüche der politischen Praxis und Organisation von Intellektuellen konzentriert auftraten, ist eine wichtige Basis der heutigen sozialistischen Hochschulpolitik. Dazu seien folgende Analysen genannt:

**Eisenberg/Thiel – Fluchtversuche, Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Gießen 1975**

**M. Kuckuck – Student und Klassenkampf, Hamburg 1974**






*Merke: Der Vorteil der geschraubten Konstruktion ist, daß man sie auseinandernehmen kann!*

**M. Schneider – Gegen den linken Dogmatismus, eine Alterskrankheit des Kommunismus, in: Kursbuch 25, Berlin 1971**

**Th. Schmid – Facing Reality: Organisation kaputt, in Autonomie Nr. 1/Oktober 1975 diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 1/ Juni 1975**

Die hochschulpolitische Entwicklung der frühen 70er Jahre ist durch die Widersprüche der Bildungsreformphase gekennzeichnet. Einerseits wird die Notwendigkeit deutlich, Ansätze der politischen Praxis auf einer Analyse der objektiven Zusammenhänge des Ausbildungsbereichs zu fundieren, ein marxistisches Instrumentarium muß erarbeitet werden, um die Dimension staatlicher Bildungspolitik einzuschätzen und Gegenstrategien zu entwickeln. Das Resultat sind Theorien der marxistischen Bildungsökonomie, die Wissenschaft und Ausbildung aus dem Kapitalwiderspruch ableiten.

**Altvater/Huisken – Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971**

**Kapitalistische Hochschulreform, Erlangen 1972**

**Texte zur Bildungsökonomie, Frankfurt 1974**

Andererseits ist in dieser Phase die Blütezeit der Reformprojekte. Die emanzipatorische Dimension der Bildungspolitik zeigt sich in dem Aufbau von Reformuniversitäten (Bremen, Oldenburg, Osnabrück), in der Konzipierung des Projektstudiums und in der Vereinheitlichung der Lehrerausbildung (Gesamthochschulen). Mit relativ großem Engagement konzentriert sich die politische Arbeit in den institutionellen Zusammenhängen wie Gremienarbeit, Fachschaftsgruppen, Projekte etc. In den Mittelbau der Universitäten drängen linke Dozenten nach, die einen alternativen Seminarbetrieb aufbauen.

Allgemein erweist sich die Basis der reformerischen Aktivitäten von Hochschullehrern und Studenten als brüchig und illusionär. Die staatlichen Eingriffe in den Ausbildungssektor verdichten sich in Richtung der zentralen administrativen Planung, der technokratischen Effizienz und rationalisierten Studienbetriebsorganisation. Zentrale Mechanismen dieser technokratischen Reform sind der Numerus Clausus und die Kapazitätsverordnung. Der umfassende Eingriff in die Hochschulorganisation, die Studien-, Lehr- und Forschungsinhalte und die politischen Praxisräume wird durch das Hochschulrahmengesetz forciert.

**Nuissl, Rendtorff, Weber – Scheitert die Hochschulreform?, Hamburg 1973**

**Asche, Lüthje, Schott – Der Numerus Clausus oder Wer darf studieren?, Hamburg 1973**

**E. Becker, H. Becker – Kapazitätsverordnung: Neue Zwangsjacke für die Studienreform, in: betrifft: Erziehung 5/6, 1976**

**H. Scherer – Hochschulrahmengesetz: Vom "Guten" zum "Schlechten"?, in betrifft: Erziehung 2/1975**

Unter den Bedingungen ökonomischer und politischer (Angriff auf politisches Mandat, Ordnungsrecht, Berufsverbot im öffentlichen Dienst) Unterdrückung ist die linke Hochschulpolitik in eine Krise geraten. Die objektive Einschränkung politischer Handlungsräume (z. B. Gremienarbeit) und noch in stärkerem Maße der Zwangszusammenhang der Ausbildung führen bei Schülern und Studenten zu Ohnmachtserfahrungen. Die politischen Strategien an der Hochschule müssen sowohl auf der Basis der Analyse ihrer objektiven Zusammenhänge als auch der Veränderung der Interessen und Erfahrungen der "neuen" Studenten neu entwickelt werden. Ansatzpunkte dieser Neubestimmung liegen in den wissenschaftlichen Inhalten (Wissenschaftskritik/Seminarmarxismus) und den Vermittlungsformen (Institution Uni), in der Diskussion der Basisorganisation (Studentenkollektive, Fachbereichsgruppen), in der Relevanz von Gremienarbeit, in der Verteidigung des politischen Mandats und in der Berufsperspektive.

**Juso-Hochschulgruppe – Krise linker Hochschulpolitik, in: diskus, Frankfurter Studentenzeitung, 1/2, 1976**

**Redaktionskollektiv – Sozialistische Hochschulpolitik und institutionelle Mitbestimmung in: B. Scherer – Gedanken über das Leben der Studenten vor dem Sozialismus, in: Politikon, Studentenzeitschrift Göttingen, Nr. 43, 1974, Uni Münster**

**Redaktionskollektiv – Vom Elfenbeinturm zur Betonwüste, G. Eisenberg – Der "neue Student" und die alternde Linke, in: Politikon, Studentenzeitschrift Göttingen, Nr. 53/1976**

**Studium, Hochschule, Studentenpolitik**

# Frauen gegen Repression

Während des 2. überregionalen Treffens der SB-Frauengruppe entschieden wir uns für eine eigene Arbeitsgruppe und gegen die ausschließliche Beteiligung an den Arbeitsfeldern. Wir hielten sowohl den Zeitpunkt als auch die Zielrichtung des Kongresses für richtig, meinten aber, daß ein Punkt keine Berücksichtigung fand: **die spezifische Betroffenheit der Frauen in der Krise.** Zum einen sind die Frauen von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stärker betroffen als Männer. Während zwischen den Jahren 1960 und 1970 die Arbeitslosenquote der Frauen selbst in den Rezessionsjahren nicht unter der der Männer lag, weist sie ab 1970 höhere Werte auf. Zwar blieb bis 1975 der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl relativ konstant (ca. 35%), doch im September 1973 stellten sie schon 51,5% aller Arbeitslosen. 1974 überstieg die Frauenarbeitslosenquote die der Männer um rund 40%! Die ersten 10 Monate des Jahres 1975 bestätigten diesen Trend: die durchschnittlichen Arbeitslosenquoten liegen bei Frauen um 5,3%, bei den Männern hingegen bei 4,3% (diese Zahlen sind im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl zu sehen!). Von den Statistiken überhaupt nicht erfaßt werden diejenigen Frauen und Mädchen, die infolge schlechter oder gar nicht vorhandener Berufsausbildung gar nicht erst eingestellt werden oder infolge vorhergehender Teilzeitbeschäftigung wegen zu geringem Einkommen nicht sozialabgabepflichtig sind.

Weibliche Arbeitskräfte sind gegenüber männlichen Beschäftigten innerhalb des konjunkturellen Verlaufs in weitaus stärkerem Maße eine disponible Größe; das läßt sich anhand der wirtschaftlichen Entwicklung der BRD sowie der Bestandsaufnahme zur geschlechtsspezifischen Arbeitslosenquote belegen. Diese besondere Funktion der Frau für den Arbeitsmarkt ist unmittelbar verknüpft mit ihrer Doppelrolle in Familie und Beruf. Ihre Fixierung auf Haushalt und Mutterschaft beinhaltet gleichzeitig:

- In der Regel bemühen sich Frauen nur um geringe Qualifikation in der beruflichen Ausbildung. Die Folge: größeres Arbeitsplatzrisiko.
- Die geringere Qualifikation führt zu einer starken Konzentration der weiblichen Arbeitskräfte auf weniger Berufsbereiche; das bedeutet stärkere Aussetzung an strukturelle Wandlungen, auch Favorisierung von Teilzeitarbeit: diese hat sich in der Vergangenheit als besonders konjunkturanfällig erwiesen.
- Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme werden durch häusliche Belastung nur wenig ausgeschöpft.
- Schwangerschafts- und Mutterschaftspausen schränken die Aufstiegschancen ein.

Die Doppelrolle in Familie und Beruf macht Frauen zu beliebig einsetzbaren Variablen; in verschärften wirtschaftlichen Situationen werden sie in den Bereich abgedrängt, der von je her als ihre "eigentliche" Bestimmung galt: in die Familie.

Die Ausgrenzung der Frauen aus Berufen, aus Bereichen des öffentlichen Lebens, ihre Beschränkung auf Privatheit, bildet einen Teil der politischen Repression gegen sie.

Die Funktion der Frau in der Familie erschöpft sich keineswegs darin, daß sie Kinder gebiert und aufzieht, den Haushalt führt; gerade die psychischen Reproduktionsfunktionen sind es, die für den Mann unverzichtbar sind. Die Frau soll ihm gegenüber den am Arbeitsplatz erfahrenen Schädigungen einen geschützten Bereich bieten: Emotionalität, Zärtlichkeit gegenüber der alltäglichen Unterdrückung, dem Konkurrenzdruck, dem Leistungsdruck.

Die beliebige Ersetzbarkeit der Frauen im Produktionsprozeß und die Herrschaft des Mannes über die Frau in der Familie sind konstitutiver Bestandteil kapitalistischer Herrschaft.

Entsprechend allergisch sind die Reaktionen, wenn Frauen an die Öffentlichkeit drängen und beginnen, sich organisiert zur Wehr zu setzen – so die staatlichen Reaktionen auf Selbsthilfeaktionen gegen den § 218. Die Kriminalisierung des Frankfurter Frauenzentrums (Razzien und Strafantrag wegen "versuchten Mordes" und "krimineller Vereinigung") setzte zu einem Zeitpunkt ein, als die Parteien in die abschließende Lesung der Neufassung des § 218 eingetreten waren. Nach der Ende April 1976 verabschiedeten Indikationslösung ist Abtreibung nach wie vor strafbar, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper ist endgültig mit Füßen getreten worden. Nicht anders sieht es mit der nunmehr vorliegenden abschließenden Regelung zur Ehe- und Familienrechtsreform aus. Ursprünglich wurde diese Reform (1970) als Teil eines umfassenden Katalogs "zur Verbesserung der gesell-

## Walter Mossmann: **Die Ballade von der unverhofften Last**

*Jetzt sing ich endlich wieder mal ein Liebeslied*
*Mir zittern die Guitarre und die Knie*
*Und ich beschreib den Sommer, wenn die Liebe blüht*
*Mit einer abgeschabten Melodie:*
*'Lala lala lala lala la la la*
*Lala lala lala lala la'*
*Dann kommt der reife Herbst, und ich singe, wenns euch paßt*
*Die Ballade von der unverhofften Last.*

*Am Montag wacht Herr Kaffke auf, mein Gott, wie ist ihm schlecht!*
*Er kotzt sich erst mal aus und bleibt zu Haus*
*Und sagt zu seiner Frau: 'Mein Schatz, ich weiß nicht recht*
*Drei Wochen schon bleibt meine Regel aus...'*
*Die Frau ist mächtig sauer, sagt: 'Du bist ja blöd!*
*Warum hast du nicht besser aufgepaßt?*
*Jetzt bring das schnell in Ordnung, denn es ist zu spät,*
*Wenn du erst einmal schwer zu tragen hast.'*

*Herr Kaffke nimmt die Pille nicht, kriegt Ausfluß, wird krank*
*Und auch Pariser nicht, weil ihn das hemmt*
*Und die Spirale liegt schon längst im Werkzeugschrank –*
*Er hat sich seinen Schwanz mal abgeklemmt...*
*Drum hat er sich von diesen Dingen frei gemacht*
*Und hemmungslos gevögelt (ab und zu)*

*Und seine Frau, die Ilsebill, die hat gelacht:*
*'Die Folgen' sagte sie 'die trägst dann du!'*

*Am Dienstag steht Herr Kaffke auf und macht sich auf den Weg*
*Zu einer Männerärztin in der Stadt*
*Dann wartet er paar Tage ziemlich aufgeregt.*
*Ob die Frau Doktor was gefunden hat.*
*Am Freitag Mittag klingelt dann das Telefon*
*Frau Doktor sagt: 'Jetzt sind Sie Mann!*
*Ich hoffe doch, Sie häkeln und Sie stricken schon*
*In knapp acht Monat kommt der Nachwuchs an.'*

*Herr Kaffke sagt: 'Frau Doktor, aber nein, so geht das nicht!*
*Wie sollte ich allein ein Kind ernähren?*
*Und meine Frau, die Ilsebill, die sagt mir ins Gesicht*
*Sie kann sich nicht mit Mann und Kind beschwern.'*
*Das Wochenende ist für Kaffke eine Qual*
*Am Montag muß er wieder ins Büro*
*Er schleppt die schwere Schreibmaschine ein ums andre Mal*
*Und schluckt Maschinenöl und Sprit im Klo*

*Am Montag Abend fährt er mit der U-Bahn kreuz und quer*
*Und schaut auf seinen Bauch und*

*Frau Doktor sagt: 'Was soll das? Das ist wider die Natur.*
*Vor Ihnen haben das Männer schon geschafft!*
*Und: Kommen Sie mir bloß nicht auf die krumme Tour –*
*Der Mann wird Mann erst durch die Schwangerschaft.'*

*fühlt sich nackt*
*Und schaut sich dauernd um, und denkt, es folgt ihm wer*
*Zu seinem ungesetzlichen Kontakt.*

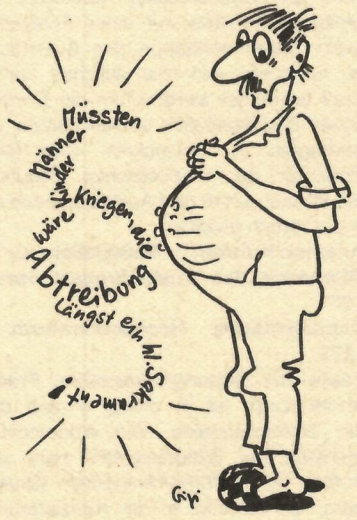
*Er schleicht sich wie im Krimi in ein Hinterhaus*
*Und trifft dort jemand, der Adressen hat*
*Der jagt ihm einen Schreck ein, dann nimmt er ihn aus –*
*In dieser Nacht ist Kaffke furchtbar matt*
*Am Dienstag im Büro erzählt ein Sekretär*
*Es habe den Kollegen Lutz erwischt,*
*Der in der letzten Nacht einfach verblutet war*
*Beim Engelmacher auf dem Küchentisch.*

*Am Dienstag Abend geht Herr Kaffke einsam durch die Stadt*
*Er hat wohl Fieber, ihm wird heiß und kalt*
*Da haut ihm eine Frau so aufn Arsch und sagt:*
*'Komm mit mir, Kleiner, du wirst gut bezahlt!'*
*Herr Kaffke schreit verzweifelt: 'Hau doch ab, du alte Sau!'*
*Und haut dann selber ab. Und zwar nach Haus.*
*Da trifft er dann per Zufall endlich wieder seine Frau*
*Und heult sich bei der Frau erst einmal aus.*

*Am Mittwoch fährt Herr Kaffke mit der Eisenbahn*
*Nach Holland an den letzten Zufluchtsort*
*Am Freitag kommt er wieder in der Heimat an*
*Und wird auch gleich verhaftet: wegen Mord.*
*'Das Leben' sagt der Richter 'ist ist dem Staat egal*

*Das ungeborne Leben aber nicht.'*
*Herr Kaffke sagt: 'Herr Richter, Mann! Ich hatte keine Wahl'*
*'Die Abtreibung ist Mord' sagt das Gericht.*

*So könnte dieses Lied auch schon zu Ende sein*
*Und jeder sagt: 'Na, ja, eine wahres Lied.'*
*Da fällt mir grad noch eine Wendung ein*
*Damit der Fall auch seine Kreise zieht:*
*Am nächsten Morgen wacht der Richter auf, wie ist ihm schlecht!*
*Er kotzt sich erst mal aus und bleibt zu Haus.*
*Und sagt zu seiner Frau: 'Mein Schatz, ich weiß nicht recht:*
*Drei Wochen schon bleibt meine Regel aus...'*



schaftlichen Situation der Frau" konzipiert. Dies geschah in einer Phase, in der die Beschäftigungsrate von Frauen im Industriebereich und Dienstleistungssektor so hoch wie nie zuvor lag. Die Erwartung war: die Integration der Frauen in abhängige Beschäftigungen werde kontinuierlich steigen. Die ursprüngliche Fassung gab den Frauen Emanzipationsmöglichkeiten von der Hausfrauenrolle an die Hand: so die Unterhaltsleistungspflicht des Mannes zum Zwecke der Ausbildung und Weiterbildung der Frau, unabhängig vom Scheidungsgrund. In der verabschiedeten Fassung kann von dieser Möglichkeit nicht mehr die Rede sein.

Aus dieser Einschätzung werden folgende Themenschwerpunkte vorgeschlagen:

- Frauenarbeitslosigkeit und ihre Folgen für a.) die Ausbildungsziele von Mädchen und b.) für die zum Rückzug in die Familie gezwungenen Frauen;
- Frauenspezifische Benachteiligung durch die Reformgesetze der sozial-liberalen Koalition, so durch das neue Ehescheidungsgesetz sowie das in Gestalt des Haushaltsstrukturgesetzes novellierte Arbeitsförderungsgesetz;
- Gewalt gegen Frauen, Bericht vom Brüsseler Frauenkongreß, Erfahrungsberichte von Betroffenen.

Auf einem weiteren Vorbereitungstreffen stießen sowohl die Themenstellung als auch die Vorstellungen zur Form der Arbeitsgruppe Frauen auf Kritik.

Die Themenwahl – so wurde vorgebracht – lasse dem Bedürfnis nach subjektiver Mitteilung zu wenig Raum. Es könne nicht darum gehen, sogleich durch "objektive Darstellung der Situation der Frau" die Probleme der Frauen von ihren individuellen Erfahrungen abzulösen. Da die Erfahrungen erst einmal nur als individuelles

Versagen von den Frauen aufgenommen werden, müssen die Frauen erst einmal ein Verhältnis zu ihren Erfahrungen im Umgang mit Arbeitslosigkeit, mit Gesetzen, mit Gerichten gewinnen. Die individuellen Erfahrungen als solche sollen benannt und dann als gemeinsame begriffen werden. Ausgehend von diesem Standpunkt ist es dann nur konsequent, wenn sich auch die Darstellungsformen in den Arbeitsgruppen entsprechend ändern müssen. Es wurde vorgeschlagen, die herkömmliche Form der frontalen Referate und anschließenden Wortmeldungen zu durchbrechen und nach Regeln der Selbsterfahrung im Rundgespräch unter Einbeziehung aller Anwesenden die individuelle Geschichte zur kollektiven werden zu lassen. Ergänzend sollten Wandzeitungen ermöglichen, Fragestellungen, Unklarheiten usw. zu artikulieren.

Die Identität der Frau werde immer schon gespalten in die Identität als Frau einerseits und andererseits in ihre Identität im Beruf. Separieren sich die Frauen auf dem Kongreß in einer eigenen AG, so reproduzieren sie auch hier diese vorgegebene Trennung: die Probleme im Beruf werden von den Arbeitsfeldern abgedeckt, die Probleme mit der Rolle Frau werden in einer separaten AG behandelt, sie werden wie immer ins Privateckchen abgedrängt. Vielmehr müsse es darum gehen, offensiv die doppelte Unterdrückung der Frau in den jeweiligen Arbeitsfeldern zum Thema zu machen.

Für die eigene Frauen-Arbeitsgruppe sprach

a.) Ist "Öffentlichkeit" nur da, wo auch Männer sind? Und ist es gleich "privat", wenn ausschließlich Frauen sich verständigen?

b.) komme es erst einmal darauf an, daß sich die Frauen untereinander verständigen, und zwar in einer Form, in der es ihnen auch möglich ist, unbefangen über ihre Erfahrungen zu sprechen.

**Die Vorstellungen über die Form der AG setzen sich dann auch in allen am Pfingstsonntag gebildeten Arbeitsgruppen durch, insofern als vorbereitete Referate nicht vorgetragen wurden, sondern ausschließlich anhand autobiografischer Erzählungen Fragestellungen aufgenommen, Probleme artikuliert und Ansätze politischer Gegenstrategien diskutiert wurden.**

Der Beginn des Plenums der AG-Frauen wurde verzögert durch die Tatsache, daß einige interessierte Männer anwesend waren. Es mußte für oder gegen die Teilnahme entschieden werden. Für die Teilnahme sprach, daß es schließlich positiv sei, wenn Männer davon abkämen, ihre herkömmliche männliche Rolle nach außen hin handfest zu verteidigen. Ein Mann unterstrich dies, indem er den Rollentausch in seiner Beziehung beschrieb: Seine Frau garantiere die Reproduktion, während er im wesentlichen Hausmann sei und die Kinder erziehe. Gegen die Teilnahme sprach, daß sich Frauen gehandicapt fühlen könnten, über Erfahrungen mit männlicher Repression zu reden, wenn Männer dabei seien. Obwohl sich nur eine Minderheit von Frauen gegen die Teilnahme der Männer aussprach, wurde beschlossen, auf die Ängste einiger weniger Frauen Rücksicht zu nehmen und die Männer auszuschließen. Es entstand daher außerdem eine gemischte AG. Insgesamt bildeten sich AGs zu folgenden Schwerpunkten: a) Ansätze von Frauenarbeit (autonome politische Ansätze, Organisation der Frauenzentren); b) Sozialismus-Feminismus; c) Hochschulpolitik; d) Frauen und Familie; e) Frauen im Gesundheitswesen; f) Gewalt gegen Frauen; e) Perspektiven autonomer Frauenpolitik in gemischten linken Gruppen.

**SB-FRAUENGRUPPE, FRANKFURT**

# Kritik an der Frauenbewegung: Zu leicht gemacht!

**Was wollen wir mit diesem Artikel? Wie kam es zu dieser Einschätzung? Vor gut einem Jahr erschien die "links"-Sondernummer mit Darstellungen und Aussagen zum Problem der Repression und der möglichen Formen von Gegenwehr gegen die sich für Linke in der BRD zunehmend verschlechternde berufliche und politische Situation. Bei Durchsicht der in dieser "links"-Sondernummer behandelten Thematiken fiel uns auf, daß wir zur Frauenbewegung bzw. der besonderen Betroffenheit von Frauen heute überhaupt nichts gesagt hatten (oder: zu sagen hatten). Um so größer war das Bedürfnis, jetzt das Versäumte nachzuholen. Dabei gingen wir davon aus, daß wir nicht in einem Beitrag das bisherige Versäumnis würden wieder gut machen können.**

**Wir sahen uns vor Abfassen dieses Artikels den Erwartungen seitens vieler Genossen konfrontiert, eine kritische Würdigung der Frauenbewegung zu schreiben und zum Ausdruck zu bringen, daß in letzter Zeit offenbar in der Frauenbewegung nicht mehr alles so gut läuft, wie es noch vor einem Jahr schien. Wir wollen an dieser Annahme ansetzen und hier zunächst die Erwartungen auseinandernehmen, die von Genossenseite mit der Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Frauenbewegung verknüpft sind. Es läßt sich feststellen, daß offenbar diejenigen, die von einem derzeitigen Abflauen der Frauenbewegung sprechen, einer politischen Bewegung nur in dem Maße eine Existenz und auch Erfolg zusprechen, als mit der Bewegung Außenaktivitäten verbunden sind. Um es genauer zu sagen: Effiziente politische Arbeit wird offenbar von diesen nur darin gesehen, daß politisch bereits "bewußte" Genossinnen und Genossen in gesellschaftliche Konflikte eingreifen und möglichst noch zu einem für die Betroffenen glücklichen, d. h. vorteilhaften Ende führen. Bezogen auf die Frauenbewegung würde dieses Verständnis von politischer Arbeit die Vorstellung beinhalten, daß ihre Blütezeit bereits vorbei ist, da sie zur Zeit mit weniger außenwirksamen Aktionen von sich Reden macht. Ihre beste Zeit lag nach dieser Bestimmung in den Vorbereitungen zu § 218-Aktivitäten, wie: Straßentheater zur Aufklärung der Bevölkerung über die diskriminierenden strafrechtlichen Normierungen zur Einschränkung der sexuellen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Frauen; massenhafte Demonstrationen zum Zeitpunkt der Beratungen des vom Gesetzgeber neuformulierten § 218 bzw. der Urteilsfindung des Bundesverfassungsgerichts dazu; Aufklärung durch Filme und Zeitschriften über die Ideologiehaftigkeit bestimmter gesellschaftlicher Frauenbilder – um nur einige Beispiele aus der Zeit der massenhaften Aktivitäten zum § 218 zu nennen. Nunmehr, da die Novellierung der strafrechtlichen Vorschriften der §§ 218 ff StGB in Kraft getreten ist und sich das Unterlaufen dieser Vorschriften durch Organisieren von Hollandfahrten als fragwürdige Alternative herausgestellt hat, deshalb, weil die ratsuchenden Frauen diese Fahrten meist bloß als günstiges Dienstleistungsangebot begriffen und in Anspruch genommen haben, scheint von der politischen Wirksamkeit der Frauenbewegung fast nichts mehr übriggeblieben zu sein – jedenfalls stellt es sich den Außenstehenden so dar.**

**Wir meinen, daß eine derartige Einschätzung, die sich nur festmacht an erfolgreicher Außenwirkung, der Frauenbewegung nicht gerecht würde. Vielmehr ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Bewegung der Bewußtwerdungsprozeß nach innen, der eben nicht einfach an der Zahl der Demonstrationen und sonstigen Aktionen gemessen werden kann und deshalb leicht verkannt bzw. übersehen wird. Die Frauen aus der Bewegung haben von Anfang an ihr Schwergewicht nicht auf die Beschreibung ihrer erfahrenen Unterdrückung nach außen oder gar unmittelbare Umsetzung der erfahrenen Unterdrückung in Handlungen gelegt, sondern auf den Bewußtwerdungsprozeß als Lernprozeß über die eigene Situation und Erkenntnis der Verallgemeinerbarkeit des persönlich Erlebten. Nach Ansicht der Frauen aus der Bewegung ist keine Erfahrung zu persönlich, als daß sie nicht auch die**

# ARBEITSGRUPPE FRAUEN

Erfahrung vieler anderer Frauen berühren und die gesellschaftliche Vermittlung deutlich machen könnte. Aus dieser Erkenntnis heraus schufen sie sogenannte "Selbsterfahrungs"- oder auch "Quatschgruppen" (bzw. sie wurden aus der amerikanischen Frauenbewegung übernommen). Einige in diesen Gruppen thematisierte Fragestellungen seien hier beispielhaft benannt: "Wie haben sich unsere Eltern uns Mädchen gegenüber verhalten?" "Wurden wir als "Mädchen" erzogen"? "Welches waren unsere ersten Erfahrungen mit sexuellen Phantasien, mit sexuellem Geschehen"? "Wie wurde die Entscheidung bzgl. unserer Schulbildung bzw. unserem Beruf getroffen"? "Wie ist unser Verhältnis zu anderen Frauen"?

Der Einbeziehung der eigenen Lebensgeschichte in die politische Arbeit lag die Einschätzung zugrunde, daß Frauen aufgrund ihrer Sozialisation hin zur Übernahme der Rolle der Ehefrau, Hausfrau und Mutter und weniger oder kaum in die Richtung der Identitätsgewinnung durch einen Beruf außerhalb des Reproduktionsbereichs anderenfalls einen wesentlichen Teil ihrer selbst abtrennen würden. Den Frauen ging und geht es noch darum, sich auf die ihnen ansozialisierten "weiblichen Werte" zu besinnen und herauszufinden, welche gesellschaftlichen Interessen daran bestehen, diese Eigenschaften in den Privatbereich zurückzudrängen, aus dem gesellschaftlichen Leben herauszuhalten. Die Selbsterfahrungsgruppen sollten und sollen dazu dienen, sich auf eigene Lebensgeschichten zu besinnen und darauf aufbauend ein neues Selbstbewußtsein zu gewinnen.

Was wir derzeit im Umkreis der Frauenbewegung ausmachen können, ist sowohl der Prozeß selbst, als auch die sich abzeichnenden Früchte des Prozesses der Neugewinnung eines Selbstbewußtseins als Frau. Es gibt vielerlei Anhaltspunkte für die beginnende Durchsetzung eines neuen Selbstbewußtseins von Frauen aus der Bewegung. So hat der Versuch der Entdeckung des Spezifischen der Frau in Ansätzen z. B. die Kreierung einer eigenen Frauengeschichtsschreibung zur Folge. Es wird nicht mehr "his" (s)tory erforscht, sondern "her" story. Daneben werden auf vielen Gebieten die Festschreibungen wissenschaftlicher Aussagen durchbrochen durch die Betonung des Frauenstandpunktes, vgl. etwa die Ansätze einer Theorie der Psychoanalyse weiblicher Sexualität usw. Die von Frauen der Berliner FU und TU organisierte Sommeruniversität 1976 zu frauenspezifischen Themen ist ebenso Ausdruck neugewonnenen Selbstverständnisses wie die Konstituierung eines Frauen-Asta an der Frankfurter Universität, oder die Eröffnung von Frauenhäusern für geschlagene Frauen in Berlin sowie im Anfangsstadium in Köln und Frankfurt.

Bei der Aufzählung dieser Errungenschaften klingen uns schon die immer wiederkehrenden Vorbehalte im Ohr: Aber, wen erreicht eigentlich die Frauenbewegung? Doch wohl nur die Mittelstandsfrauen, also solche Frauen, die von Beginn an gegenüber der Arbeiterfrau privilegiert sind, die nicht um ihr Überleben am Arbeitsplatz kämpfen müssen, die sich ihr bequemes Leben nur noch bequemer machen wollen, die den Klassenfeind in der falschen Ecke wittern und damit die ganze Bewegung spalten. Und im Nachsatz kommt dann der gutgemeinte Rat: Kümmert Euch doch mal um die Arbeiterfrau: solange ihr die nicht in eure Kämpfe mit einbezieht, müssen sie (d. h. die Kämpfe) perspektivlos

bleiben.

Wir wollen an dieser Stelle nicht etwa versuchen, auf kategorialer Ebene die Differenzen um Haupt- und Nebenwiderspruch auszutragen, wir wollen nur dem Vorwurf der Beschränkung der Frauenbewegung, den wir durchaus ernst nehmen, einige Überlegungen entgegensetzen. Wir meinen, daß der Vorwurf, die Frauenbewegung beziehe die Frauen aus den unteren Schichten der Gesellschaft nicht mit ein, von der Vorstellung ausgeht, als bedürfe es nur der Ansprache über den diese Frauen eigentlich betreffenden Berufsbereich. Der Vorwurf unterstellt also u. E., daß lediglich die inhaltlichen Schwerpunkte der Frauenbewegung anders – nämlich zugunsten von Problemen aus dem Produktionsbereich –, zu setzen seien, um das eigentlich revolutionäre Subjekt, die Arbeiterfrau, anzusprechen. Ansatzpunkte gäbe es zur Genüge; da wären z. B. die immer noch aktuellen Leichtlohngruppen, diskriminierende Arbeitsschutzbestimmungen, Entlassungen infolge Minderqualifikation als Folge von Rationalisierungen usw. Gehen wir bei der Frage nach Ansprechmöglichkeiten der Industriearbeiterin von derlei Vorstellungen aus, so drängt sich wie selbstverständlich die Schlußfolgerung auf, daß diese Problembereiche von ihrem Selbstverständnis her eigentlich die Gewerkschaften abdecken. Wir können aber den verschiedensten Statistiken, als auch wissenschaftlichen Untersuchungen über die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung berufstätiger Frauen und auch eigenen Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit mit Frauen entnehmen, daß – aus welchen Gründen auch immer – die Neigung der berufstätigen Frauen und insbesondere der Industriearbeiterin gering ist, mit gewerkschaftlicher Hilfe gegen Probleme am Arbeitsplatz anzugehen. Die Möglichkeit, über gewerkschaftliche Mithilfe eigene Interessen am Arbeitsplatz durchzusetzen, ist im Verlauf bundesrepublikanischer Entwicklung gleich gering geblieben (etwa 10% der berufstätigen Frauen sind gewerkschaftlich organisiert) bzw. bei den Industriearbeiterinnen sogar zurückgegangen.

Wir ziehen daraus den (Umkehr) Schluß, daß es den berufstätigen Frauen vorrangig offensichtlich gar nicht darum geht, am Arbeitsplatz erfahrenen Diskriminierungen schnellstmöglich zu begegnen. (Eine weitere Schlußfolgerung, der in einem gesonderten Beitrag nachzugehen wäre, könnte die sein, daß die Gewerkschaften den Bedürfnissen der erwerbstätigen Frauen nicht gerecht werden). Offensichtlich liegen die Interessen dieser Frauen an anderer Stelle bzw. sind vielschichtiger als bisher angenommen, so daß ihnen auch nicht mit einem wohlmeinenden Angebot von seiten der Frauenbewegung, nunmehr ihre Arbeitsplatzprobleme aufzugreifen, zur Durchsetzung verholfen werden könnte. Uns allen ist inzwischen das Schlagwort von der doppelten Unterdrückung der berufstätigen Frauen vertraut, womit die zweifach erfahrene Unterdrückung – einmal durch den Mann im Haushalt – zum anderen durch den Kapitalisten am Arbeitsplatz – zum Ausdruck gebracht werden soll. Völlig unwissend sind wir jedoch noch in bezug auf die bewußtseinsmäßigen Auswirkungen dieser tagtäglich erfahrenen doppelten Unterdrückung. Zwar haben frühere wissenschaftliche Untersuchungen ergeben, daß sich auch berufstätige Frauen primär mit der Hausarbeit und ihrer Rolle als Hausfrau identifizieren (je nach der Bedeutung der Berufstätigkeit, d. h. unqualifiziertere Arbeiterinnen werden sich mehr mit der Hausarbeit identifizieren als qualifiziertere), das würde jedoch dafür sprechen, daß sich auch und gerade diese Frauen von der Frauenbewegung angesprochen fühlen könnten, dem ist aber, wie wir ja wissen, gerade nicht so. Das Problem muß also vielschichtiger sein.

Wir würden in Anlehnung an die Aussagen von P. Schneider und M. Herzog im Kursbuch 21/70, S. 83 und 110 (siehe auch das 1976 im Rotbuch Verlag von M. Herzog erschienene Buch, Von der Hand in den Mund) über die Frauen bei Bosch, bzw. die Akkordarbeiterinnen bei AEG/Telefunken, die These wagen, daß sich durch die objektive Doppelbelastung der berufstätigen Frauen auch eine subjektive Doppelbelastung ergibt, was eigentlich die Auseinandersetzungsnotwendigkeit mit zwei Welten bedeuten würde. Die objektive Konfrontation mit zwei Formen von Unterdrückung bedeutet jedoch nicht gleichzeitig die subjektive Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit beiden; vielmehr bieten zwei Betätigungsbereiche auch gleichzeitig die Möglichkeit, sich leichter bewußtseinsmäßig zu manipulieren, indem die realen Erfahrungen in dem einen Bereich, dem Arbeitsplatz, durch die Idealisierung des anderen Bereichs (Haushalt, Mann) erträglicher, aushaltbarer gemacht werden. Die Frauen wären nach dieser Vermutung sogar darauf angewiesen, die von seiten des Mannes erfahrenen Diskriminierungen nicht an sich herantreten zu lassen, eine Betroffenheit zu leugnen, ja möglicherweise den Aggressor zu idealisieren, um die beschissene Lage am Arbeitsplatz und die häuslichen Realitäten ertragen zu können. Eine solche Deutung wird gestützt durch Erfahrungen in der Arbeit mit gewerkschaftlich organisierten Frauen, wo von seiten der berufstätigen Frauen immer wieder das partnerschaftliche Verständnis mit dem eigenen Mann betont wird; zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine, noch nicht vollendete Studie des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt/M von Ch. Eckart, H. Kramer und U. Järisch (zur Frage des geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades von berufstätigen Frauen).

Wir wollten mit diesem recht vorläufigen Rekurs auf das Problem des Nichterstreckens der Frauenbewegung auf weite Kreise der weiblichen Bevölkerung, insbesondere aus dem Kreis der Industriearbeiterin, auf bisher möglicherweise unterbelichtete Aspekte hinweisen. Es ging uns nicht darum, den Vorwurf der Beschränkung der Frauenbewegung zurückzuweisen, vielmehr die oft vereinfachte Vorstellung von der Initiierung eigener Interessenwahrnehmung bei weiten Kreisen von Frauen zu relativieren. Sicher gibt es auf diesem Gebiet mehr unbeantwortet gebliebene als bereits gelöste Fragen.

INGE BÖHME
HEIDE ERD-KÜCHLER
BRIGITTE HEPP-ROETHE

# Zusammenfassende Einschätzung der Arbeitsgruppe

Was für den Pfingstkongreß im allgemeinen galt, das traf in besonderem Maße für die Arbeitsgruppe "Medien und Öffentlichkeit" zu: Die Tagung im Bürgerhaus Sprendlingen wurde zu einem weit über den SB-Sympathisantenkreis hinausreichenden Anziehungspunkt für politische Erwartungen und Bedürfnisse. Statt der geschätzten 300 - 400 Teilnehmer kamen annähernd 1.500 zusammen. Davon interessierten sich etwa 400 für den Bereich Bürgerinitiativen.

Ihr Bedürfnis nach Information, Diskussion und Orientierung wurde sicher nur zu einem Teil eingelöst. Die Veranstalter konnten eben nicht herbeizaubern, was es in den Jahren seit der Aufsplitterung der Außerparlamentarischen Opposition in der BRD nicht mehr gab: eine breite und intensive Mediendebatte der Neuen Linken. Mal ganz abgesehen vom Defizit an Kooperations- und Organisationszusammenhängen.

Die APO hatte ein kritisches Bewußtsein in und gegenüber den Medien hervorgebracht. Dafür gab es mehrere Gründe. Zum einen spürte die APO in der Berichterstattung über sich selbst, wie sehr die erdrückende Mehrheit der Presse, aber auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten Partei gegen systemkritisches Verhalten und für die herrschenden Verhältnisse ergriffen. Wie sehr etwa von der Springer-Presse eine strukturelle Gewalt ausgeht, die 1968 im Attentat auf Rudi Dutschke eskalierte. Zum andern lernte die APO die Ideologie der "freien Presse" als repressive Toleranz durchschauen. Schließlich machte die APO die blinden Flecken der bürgerlichen Öffentlichkeit aus, vor allem die Tabuisierung der Produktionssphäre in der BRD.

Welche Wirkung ging von diesen Initiativen der Protestbewegung aus? Welche Spuren hat die Springer-Blockade und welche die Parole vom langen Marsch durch die Institutionen hinterlassen? Nach einer Phase der Verunsicherung haben diejenigen, die über die Medien verfügen, die Zügel wieder angezogen. Die linken Journalisten in Presse, Funk, Fernsehen sind von politischen Zusammenhängen außerhalb der Medien weitgehend isoliert. Daran ändern auch die verstärkten gewerkschaftlichen Aktivitäten mit der Perspektive einer Mediengewerkschaft nichts.

Selbstzensur, versteckte und offene Zensur gehören zum Medienalltag in der zweiten Restaurationsphase. Das Pluralismus-Postulat gefror zur Forderung nach "Ausgewogenheit der Programme": Heute gibt es in den Medien weitgehend ein Artikulationsverbot für alle, die links von der Mitte in der SPD stehen. Die dogmatischen Organisationen, die nach dem Zerfall der APO entstanden, haben die "etablierten" Medien ein- für allemal als reaktionär abgeschrieben. Reale Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und Bruchstellen fallen dabei unter den Tisch. Ganz zu schweigen davon, daß solche Einschätzungen die nach wie vor vorhandene Medien-Loyalität der Lohnabhängigen ignorieren.

Die Protestbewegung hatte – und das war einer ihrer nachhaltigsten Erfolge – eine Vielzahl von Projekten hervorgebracht, die als Träger einer eigenständigen Öffentlichkeit zu einem großen Teil heute noch bestehen – linke Verlage und Buchläden, unter den Zeitschriften vor allem das "Kursbuch". Im Laufe der 70er Jahre sind dann – als praktische Kritik an den tristen Blättern der strammen Fraktionen und aufgrund von Basisinitiativen – neue Formen einer linken Gegenöffentlichkeit entstanden: Volksblätter, Theatergruppen und Videoteams, Musikgruppen und Liedermacher. Außerdem sind die neuen Formen proletarischer Öffentlichkeit zu beobachten, die zuerst in italienischen und französischen Betriebskämpfen auftauchten, mittlerweile aber auch in der BRD zu spüren sind: Selbstartikulation der Betroffenen in Filmen, Streikzeitungen, (Foto) Broschüren über Arbeitskämpfe.

So gibt es wohl Hunderte von Initiativen, aber keine tragfähigen Produktions-, Distributions- und Diskussionszusammenhänge. Adhoc-Organisation ist die Regel. Die Initiatoren bringen sich dadurch um einen großen Teil ihrer möglichen politischen Wirkung. Das Treffen am Pfingstsonntag konnte dieses Defizit nicht beseitigen, hat aber bei vielen zweifellos die Bereitschaft bestärkt, sich an der Herstellung solcher Zusammenhänge zu beteiligen.

Die Teilnehmer waren zu etwa 20 - 30% an Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen beteiligt bzw. interessiert; ca. 10 - 20% waren professionelle und nichtprofessionelle Medienaktive (kommerzielle Presse und Alternativzeitungen, Funk, Fernsehen, Theater, Film und Video, Werkkreis); etwa 50 - 70 % waren neugierig Interessierte, vor allem Studenten, mit der Bereitschaft, sich selbst zu Aktivitäten motivieren zu lassen.

Der Ablauf des Treffens war von der überwältigenden Teilnehmerzahl bestimmt – das Bürgerhaus drohte aus den Nähten zu platzen.

Unterbrochen von einer längeren Mittagspause, die auch für Gespräche und zum Rumhorchen genutzt wurde, tagte das Plenum bis zum frühen Nachmittag. Anschließend trafen sich medienspezifische Gruppen und Untergruppen, denen nach einem Austausch von Informationen in der Regel wenig Zeit blieb für Diskussionen. Trotz der Enge, trotz der Riesenwarteschlangen beim Essen und trotz mancher Improvisationen gab es so gut wie keine Motzereien.

Zwei greifbare Ergebnisse der Tagung: Die wichtigste Initiative kommt aus dem Theaterbereich und enthält Vorschläge ans SB:

- Herausgabe eines Theater- bzw. Medien-Infos;
- Einrichtung einer zentralen Sammel- und Verteilerstelle für aktuelle politische Theatertexte wie z.B. zum Berufsverbot, Lieder usw.;
- Organisation eines entsprechenden Theater- bzw. Medien-Arbeitsfeldes mit Treffen zum Erfahrungsaustausch etc.;
- Vorbereitung eines Medienkongresses.

Inzwischen gibt es eine Initiativgruppe "Theater". Sie wird nach ersten internen Diskussionen ihre Pläne in "links" veröffentlichen (entsprechende Anfragen sind an das Sozialistische Büro, Initiativgruppe Theater, Postfach 591, 6050 Offenbach 4 zu richten).

Außerdem nutzten die Träger der Volksblätter und Volksblatt-Initiativen die Tagung als ersten Schritt auf dem Weg zu einem "linken Medienverbund".

HORST LINDER

# Linke Gegenpresse und Medienarbeit (Plenumsbericht)

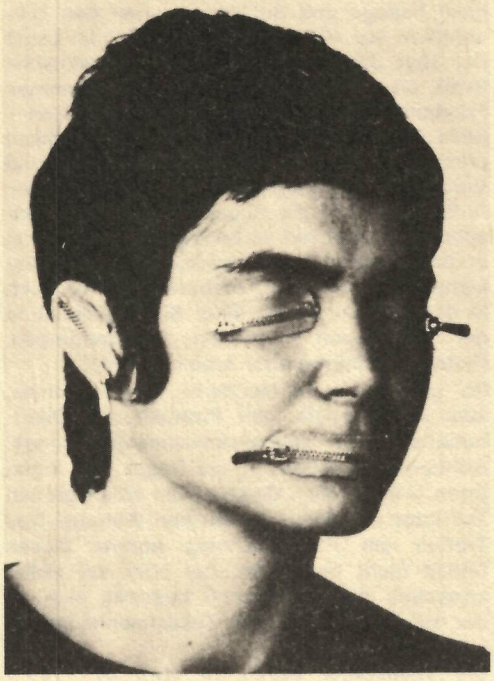
Am Vormittag sollte zunächst in einigen Kurzreferaten die Situation in den verschiedensten Bereichen (Presse, Funk, Fernsehen, Volksblätter, Theater und Freie Theatergruppen) angesprochen werden, um über die Vermittlung von Informationen die Voraussetzung für die weiteren Diskussionen am Nachmittag zu schaffen.

Oskar Negt versuchte, einen größeren theoretischen Zusammenhang herauszustellen. Nach der Unterbrechung knüpfte Alexander Kluge mit einer Charakterisierung bürgerlicher Öffentlichkeit an. Peter Christian Hall vom Evangelischen Pressedienst referierte über "aktuelle Tendenzen in Funk und Fernsehen". Neben einigen umstrittenen Äußerungen, die von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe mit Pfiffen bedacht wurden ("der Freiraum des Rundfunks ist weiterhin beträchtlich"), versuchte Hall vor allem, zwischen den verschiedenen Rundfunkanstalten und Redakteuren zu differenzieren. Zum Beispiel: beim Sender Freies Berlin bestehe ein Auftrittsverbot für die linke

Rockgruppe "Ton - Steine - Scherben", während die gleiche Gruppe vom Norddeutschen Rundfunk den Auftrag zur Gestaltung der Rahmenmusik für ein ARD-Feature bekommen habe. Oder: Franz Alt, nicht gerade als fortschrittlich bekannt, habe das Berufsverbot für den Lokomotivführer Röder als erster aufgegriffen und damit für breite Publizität gesorgt. Angst und verinnerlichte Zensur seien nicht in jeder Rundfunkanstalt gleich groß. Die Konfliktscheu reiche freilich bis in den WDR, die größte bundesdeutsche Rundfunkanstalt. Am Beispiel der ausgestrahlten Sendung "Wyhl - Vor Ort", die von den Reaktionären heftig kritisiert wurde, meinte Hall: "Konflikte finden noch statt".

Stefan Lohr, Hannover, gab einen knappen Überblick über die gegenwärtige Situation von Journalisten bei Tageszeitungen. Er wies auf die Verringerung publizistischer Einheiten in der Bundesrepublik hin. Vielfach erschienen heute Scheinzeitungen mit unterschiedlichen Köpfen, aber denselben Inhalten. Dadurch – und durch die aufkommende Fotosatztechnologie – entstehe für die Journalisten wachsende Existenzbedrohung (Beispiel: Zusammenlegung von Hannoverscher Presse und Hannoverscher Allgemeiner Zeitung). Viele Journalisten versuchten, durch Wohlverhalten im Verlegerinteresse ihren Arbeitsplatz zu sichern. Auf der anderen Seite aber sei zu vermerken, daß gegenwärtig zahlreiche Journalisten ihren "Standesdünkel" aufgeben. Letztes Beispiel: beim Druckerstreik traten etwa 800 Redakteure im gesamten Bundesgebiet in den Sympathiestreik und unterstützten aktiv ihre Kollegen aus der Technik. Die Linke müsse dazu kommen, die Attraktivität lokaler Berichterstattung zu erkennen, die von den Verlegern im Zuge des Konzentrationsprozesses vielfach nicht mehr gewährleistet werden könne. Die Volksblatt-Herausgeber müßten an die konkrete Erfahrung der Zeitungsleser anknüpfen, daß die Zeitungen immer eintöniger werden.

Zwei Mitarbeiter vom Kölner Volksblatt (KVB), der wohl bekanntesten linken Alternativzeitung, informierten über die Entstehungsgeschichte und Arbeitsweise. Entstanden ist das KVB im Jahre 1973, als verschiedene Bürgerinitiativen auf dem Neumarkt Informationsstände aufgestellt hatten und die Notwendigkeit publizistischer Arbeit auch langfristig erkannt wurde. Denn, das wußte man aus der politischen Arbeit: in der Lokalpresse werden bestimmte Nachrichten zunehmend verschwiegen. Das KVB, dessen Auflage von anfangs 5000 auf gegenwärtig 8000 - 10000 gestiegen ist, berichtet nicht nur über klassische Bürgerinitiativen, sondern beispielsweise auch über Berufsverbotskomitees und andere "nicht primär parteigebundene Initiativen". Nachdem man zunächst die Kontakte zu Bürgerinitiativen gesucht



habe – so wurde berichtet –, kamen diese nach einigen Monaten von selbst, als sie merkten, daß über ihre Zielsetzungen objektiv und ausführlich berichtet wird.

Die Zahl der Redakteure beträgt 40 - 50. Davon arbeiten etwa 20 bis 30 regelmäßig mit. Für die technischen Arbeiten sind fünf "Bürodiener" fest angestellt worden. Ihr Dienst ist jedoch auf nur ein Jahr begrenzt worden, um keine Spezialisten herauszubilden. Aus dem gleichen Grund wechselt auch die Arbeit der Redakteure von Monat zu Monat ständig: in den Arbeitsfeldern Werbung, Abonnements, Kartei, Archiv oder nach Themen geordnet Schule, Arbeitslose, Artikelvorbereitung etc. Auch die Schlußredaktion wechselt ständig. Es wurde auf den Unterschied hingewiesen, ob man "über jemand" oder "mit jemanden" einen Artikel schreibe. Bei den Kölnern bestehen beide Möglichkeiten parallel nebeneinander. Wenn jemand sagt "Ich traue mir das nicht zu", dann schreibt ein KVB-Redakteur den Artikel, freilich immer in enger Absprache mit den Betroffenen.

Jeden Mittwoch um 19 Uhr findet eine öffentliche Redaktionssitzung statt, auf der alle Ideen und Vorschläge diskutiert werden. An jedem zweiten oder dritten Mittwoch eines Monats gibt es eine Kritik der letzten Ausgabe. Was für Artikel werden nun in das Volksblatt aufgenommen? Sie müssen Erfahrungen aus der Nachbarschaft, vom Arbeitsplatz vermitteln und nachvollziehbar sein. Ein besonderer Akzent wird auf geglückte Gegenwehr gesetzt. Die Leser müssen erkennen: "Es gibt Möglichkeiten, sich erfolgreich zu wehren".

Das KVB kostet 50 Pfennige. Davon streichen allein Grossist und Kioskbesitzer etwa 25 Pfennige pro Exemplar ein. Jedoch wird ein Drittel der Auflage bei Veranstaltungen und auf der Straße verkauft, so daß die Kosten für Druck, technische Herstellung und Büromaterial durch den Verkaufspreis gedeckt werden können. Der Rest kommt durch regelmäßige und unregelmäßige Spenden herein. Auf die Frage, ob das KVB auch nichtstudentische Leserkreise erreiche, wurde gesagt, daß bei einer Umfrage an Kiosken folgendes festgestellt wurde: an drei bis fünf großen Kiosken, zum Beispiel in der Südstadt, wo monatlich zwischen 100 und 200 Exemplare verkauft werden, setzen sich die Käufer aus "normalen Bürgern" zusammen. Ihr Interesse stieg, als sie merkten, daß das Blatt regelmäßig erscheint und an jedem Monatsersten "da ist".

Seit kurzem erscheint das KVB auch mit einer Landausgabe für Bergisch-Gladbach. **Adresse: Kölner Volksblatt,Hohenzollernring 97, 5 Köln 1, Telefon 529794**

Wolfgang vom Göttinger Betriebs-Express (GBE), einer linken Betriebszeitung, berichtete, daß der GBE seit Ende der 60er Jahre erscheint und in einer Auflage von 5000 Exemplaren monatlich kostenlos vor Betrieben und Berufsschulen verteilt wird. Im Redaktionskollektiv arbeiten Kollegen aus den Betrieben, Intellektuelle und Studenten zusammen. Finanziert wird die 20-seitige Zeitung durch Spenden. Die Berichterstattung läuft überwiegend zu betrieblichen Ereignissen wie Betriebsversammlungen oder Entlassungen. Probleme der Stadtsanierung wurden in letzter Zeit einbezogen. Und auch über Portugal wurde berichtet. Die Resonanz der Kollegen: bei vielen positiv, als sie merkten, daß der GBE regelmäßig erscheint. Die Zeitung stieß aber auch auf Ablehnung. Betriebszeitungen dieser Art, so wurde betont, sind in der Bundesrepublik recht selten. **Adresse: Göttinger Betriebs-Express, Keplerstr. 32, 34 Göttingen.**

Jean Marcel Bougereau von der linken französischen Tageszeitung "Libération", die unterdessen auf dreijährige Erfahrung zurückblicken kann, betonte, "eine tägliche Zeitung zu machen ist eine schwierige Sache, einfach weil sie sechs Tage in der Woche erscheinen muß". Die finanzielle Stabilität der "Libération" sei erst vor sechs Monaten erreicht worden, nachdem die Schwierigkeiten der Anfangsphase überwunden worden seien. 1973 von maoistischen Genossen der "Gauche prolétarienne" gegründet und von Jean-Paul Sartre unterstützt, ist die Zeitung heute unabhängig von politischen Gruppen. Sie wird unter-

F. C. Delius:

## Die neuen Sorgen der freien Mitarbeiter

*Ich habe nichts gegen ein Haus, im Gegenteil,*
*ich würd auch gern eins geschenkt nehmen*
*im Hessischen Bergland oder im Appenin.*

*Aber dann seh ich meine Bekannten, die ein Haus*
*haben und Sorgen ums Haus, und andere ohne Haus*
*sprechen auch schon wie Hausbesitzer.*

*Ebenso sorgenvoll sehn sie die Kämpfe an,*
*bejammern die Resignation und ängstigen sich*
*vor Strauß wie vor Schulden und Hausbock.*

★

*Nichts gegen den weisen Humor der Alten, nichts*
*gegen die paar Minuten Frieden nach gutem Essen, aber*
*das ist doch wirklich zum Kotzen, wenn die Verdauung*

*Im Sessel begleitet wird von den pauschalen Zweifeln*
*am Arbeiter (und wer genaueres weiß von Ford,*
*Pierburg, Daimler, Mannesmann, vielen andern und*

*Von Angestellten, gilt als Romantiker, Romantiker, wenn*
*er fragt nach den schwarzen Arbeitern in Südafrika und*
*ob die unsre Zukunft mehr in der Hand haben als wir).*

*Ich seh 30jährige, die von Erinnerungen zehren.*
*Seh mehrere freie Mitarbeiter der Klassenkämpfe*
*(von denen ich auch einer bin) mutlos werden.*

*Manchmal widersprechen sie schon nicht mehr*
*(da dies Zeit in Anspruch nimmt). sie sind schnell begeistert.*
*Sie nehmen ein herzliches Wesen an. Sie sind gleich beleidigt.*

*Ich seh meine besorgten Bekannten die Sterne betrachten,*
*mit tiefen Gedanken Wein schlürfend baun sie auf Frieden*
*in eigner Hütte (frag mal die Fraun, was das für ein Frieden ist)*

★

*Und erklären den Krieg den Palästen nicht mehr,*
*nur weil ein Funkintendant wieder mal durchgreifen will.*
*Und Theorie wird Ballast, bleibt in Regalen, nur weil*

*Die Konjunktur schwankt — ach wie tief sitzt unsre Angst!*
*Ich sage nicht, daß jeder das durchhalten muß,*
*was auf uns zukommt, ich hab nur den verdammten Eindruck,*

*Wenn ich euch mit oder ohne Haus seh, nüchtern oder betrunken,*
*daß die den Kampf aufgeben ihn doch nur verlängern,*
*auch wenn sie heute in schönerer Landschaft schuldbewußt*

*Ihre Fensterläden am Morgen aufmachen und den Horizont*
*anstarren, als warteten sie auf eine Lösung von dort, und dann*
*kommt doch nur ein Azorenhoch oder der Geldbriefträger.*

stützt von Komitees in ganz Frankreich. Gerade bei einer Tageszeitung sei es sehr schwierig, einen Weg zwischen "Amateurismus" und der "traditionellen journalistischen Praxis" zu finden. Es sei eine Illusion, bei einer täglich erscheinenden Zeitung ein "Rotationssystem" – wie etwa beim Kölner Volksblatt – einzuführen. Dies führe – so die Meinung Bougereaus – zu "allgemeinem Amateurismus".
Bei der Libération arbeiten 30 Redakteure und 30 Techniker. Darunter sind nur wenige Frauen. Die Löhne sind für alle gleich: 1800 Francs pro Monat. Es gibt vier regionale Redaktionen in größeren französischen Städten sowie Korrespondenten im In- und Ausland. Die Auflage beträgt 25000 Exemplare. Allerdings wird jede Zeitung von etwa fünf Lesern gelesen. Allein in Paris-Zentrum werden etwa 10000 Exemplare verkauft.
Als Aufgabe für die Zukunft bezeichnete es Bougereau, die Verbindung der Zeitung zu politischen Bewegungen zu verbessern. Der "pluralistische Anspruch" müsse jedoch aufrecht erhalten werden. Fragen des täglichen Lebens, worüber die bürgerliche Presse nichts sage, müßten aufgegriffen werden. "Wir müssen eine neue und eine andere Form der Politik antizipieren, aber wir dürfen auch die offizielle Aktualität, die Aktualität, die die bürgerliche Presse produziert, nicht ignorieren". Freilich genüge es nicht, einfach Erklärungen abzugeben, wie es manche politische Gruppe üblicherweise tut.
Hermann Treusch, künstlerischer Direktor des Frankfurter "Theater am Turm": "Frankfurt hat im bundesrepublikanischen Vergleich die liberalste Kulturverfassung; das 'Noch' habe ich mir gespart", betonte Treusch. Die Geldgeber hätten freilich ein Interesse daran, für das Modell, das sie bestellt haben, etwas herauszubekommen. "Daraus entstehen große Widersprüche". Und: "Linkssozialistisches Theater und subventioniert – irgend etwas klingt da nicht richtig", sagte Treusch. Eine Frankfurter und ein Teil über Frankfurt hinausgehende Öffentlichkeit habe bestimmte Forderungen an dieses Theater gestellt, die es zum Teil in den Produktionen erfüllen könne.
Treusch forderte eine Umkehrung des "Subventionsbegriffs": "Die Subventionen sind nicht das Geld, das der Staat auf den Tisch legt, um eine von ihm gewünschte Ware dafür einzutauschen, sondern die Subventionen sind, wenn auch in verkehrter Form, der Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse. Nicht der Staat, sondern die Gesellschaft ist 'der Käufer' – sie hat ein Recht, nicht betrogen zu werden".
Nicola Gehrke über die "freien" Theatergruppen: "Unter freien Gruppen werden in der BRD, Österreich und der Schweiz Theater- und Musikgruppen verstanden, die den politischen Aspekt ihrer Kulturarbeit kennen, eine Produktionsform gewählt haben, die auf kollektiven Entscheidungen fußt und unabhängig von Subventionen sind. Das letzte Kriterium ist in der Regel nicht freiwillig gewählt".
Demokratische Kultur bedeute, Kunst als moralische Waffe gegen Unterdrückung und als Werkzeug einzusetzen, um die Fähigkeit zu entwickeln, differenzierter denken, sehen, fühlen und genießen zu können. Der "Ruf des Volkes nach Kultur" beschere uns vielerorts Sommer-Programme, offene Foyers, Mini- und Maxifestivals, "lauter oberflächliche und bestenfalls lautere Einfälle – mit Ausnahmen selbstverständlich". "Und dennoch geht´s den 'freien Gruppen' dreckig. Die Bestätigung herrschenden Klangempfindens durch nervtötende Fanfarenzüge macht Geld aus dem Kultursack locker, Lehrlingstheater und andere 'freie Gruppen' kämpfen gegen Auftrittsbeschränkungen. Nichts gegen die pausbackigen festlichen jungen Fanfarenbläser, aber Steuergroschen haben diese Hobbys nicht nötig, umsomehr kämpferische Kunst".
Zwar gehe es so manchem auf den Wecker, immer wieder zu sagen: 'freie Gruppen' brauchten Geld, Proberäume, organisatorische Hilfen, Geld und nochmals Geld: "Aber dennoch ist es so". Es gebe zahlreiche Lehrlingstheater, professionelle Theatergruppen, die sich nicht gerne 'freie Gruppen' nennen ließen, Kulturgruppen verschiedener Parteien, Organisationen und Initiativen sowie Gruppen, die ihr Hobby Theater bewußter ausüben und einsetzen wollten. 'Freie Gruppen' seien über die Kulturarbeit von Gewerkschaften und politischen Jugendorganisationen zu finden, über Stadtteilzeitungen, auf politischen Veranstaltungen und durch eigene Anschläge. "Diskutiert nach einer künstlerischen Leistung erst über den Inhalt und dann in Abwesenheit des politischen Gegners über die Form und unterstützt die Arbeit der 'freien Gruppen', denn sie brauchen Arbeitsmöglichkeiten" – so lautete die Aufforderung an die Anwesenden.
**Adresse: Büro freier Gruppen c/o Nicola Gehrke, Querstr. 5, 6 Ffm. 1 Tel. 0611/591945**

# Provinz beginnt am Rande der Städte

Dieser Kongreß hat uns vor eine Reihe von Organisationsproblemen gestellt, die nicht nur technischer Art sind. Das zeigt sich, glaube ich, nicht nur in dieser Arbeitsgruppe, sondern, wie ich höre, auch in allen anderen Arbeitsgruppen. Was wir erwartet hatten, war zwar eine relativ große Zahl von Teilnehmern an der Manifestation und Kundgebung dieser Pfingsttage von etwa 7000 bis 8000 Leuten, aber wir haben nicht im Traum daran gedacht, daß es etwa über 20 000 werden könnten: Als eine noch bemerkenswertere Sache möchte ich aber hervorheben, daß ein erheblicher Teil dieser 20 000 den anderen Tag dazu benutzte, in den einzelnen Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Das ist durchaus ein neues Phänomen, weil es ihnen eben nicht nur um eine äußerliche Manifestation geht, sondern um die Befriedigung elementarer Orientierungsbedürfnisse, die die einzelnen haben, um Interessen, die viel stabiler sind, als wir das angenommen hatten.
Eine Reihe wichtiger Fragen sind hier in den Berichten, die ich insgesamt für sehr knapp und übersichtlich halte, vorgetragen worden, was Ansätze für verschiedene Gegenmedien oder Gegenöffentlichkeit betrifft. Diese Ansätze, die es heute gibt und die sich meistens erst in den letzten Jahren herausgebildet haben, zeigen Tendenzen der Herausbildung von Formen der Öffentlichkeit, die auch mit neuen Inhalten arbeiten. Es ist nicht nur eine Gegenöffentlichkeit, die sich auf Demonstrationen und auf Manifestationen der großen Zahl beschränkt. Demonstrationen sind außerordentlich wichtig. Aber genau das, was die Genossen von der Alltagsarbeit, von sozialistischer Öffentlichkeitsarbeit, gesagt haben, ist immer im Auge zu behalten: im Sinne einer langfristigen Tendenz und damit verbundener mühsamer Maulwurfsarbeit, um so etwas wie Gegenmedien und Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Wir haben das als proletarische Öffentlichkeit bezeichnet, was sich in Embryonalformen da andeutet. Das ist noch nicht proletarische Öffentlichkeit, eben weil noch zu geringe Teile der Arbeiterschaft darin ihren politischen Ausdruck suchen und finden. Aber wir können uns die Bedingungen nicht aussuchen, unter denen wir als Sozialisten arbeiten, und ich halte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß solche Ansätze antikapitalistischer Medien zum Teil die Vorausnahme für eine Form von Öffentlichkeit sind, die eines Tages auch die gesamte Arbeiterklasse erfassen wird. Es ist eine sehr wichtige Sache, daß sich hier politische Interessen im Vorgriff artikulieren, wodurch eine objektive, öffentlich erfahrbare Möglichkeit der Verallgemeinerung derartiger Kommunikations- und Kampfformen entsteht. Es bedarf der geduldigen Arbeit, auch, um geschichtlich wirksame Tendenzen auf ihren Explosionspunkt hinzutreiben, und zur Resignation und Verzweiflung besteht kein Grund, selbst wenn es einmal länger dauert. Was zeichnet diese Formen der Öffentlichkeit aus? Die Tatsache, daß Öffentlichkeit als ein Produktionsprozeß verstanden wird und nicht als eine Frage der bloßen Verteilung und der Vermittlung von Information und Meinungen; Produktionsprozeß insoweit, als der Gesamtzusammenhang, in dem Bewußtseinsbildung, Information, selbst Aktivitäten, wie zum Beispiel der Redakteure, systematisch verknüpft sind mit den Interessen und Erfahrungen derjenigen, über die berichtet wird. Ihre Objektrolle muß allmählich verschwinden. Es ist ein ganz wesentlicher Punkt für das, was wir unter einer proletarischen Öffentlichkeit verstehen, daß sie die Parzellierungen der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht mitmacht. Öffentlichkeit ist ein Produktionsprozeß eigener Art, der Erfahrungsbildung und der Erfahrungsvermittlung, in dessen Zusammenhang alle Beteiligten tendenziell zu Produzenten werden.
Der Genosse Bougereau von "Libération" hat darauf hingewiesen, man müßte so etwas wie eine neue Aktualität erzeugen, einen neuen Begriff von Aktualität im Sinne von geschichts-

## Wir lassen uns nicht kriminalisieren

**An die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin, Turmstr. 91, 1000 Berlin 21: Strafanzeige und Strafantrag des Verlag 2000 GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Hohe Str. 28 gegen den Polizeipräsidenten in Berlin, Tempelhofer Damm 1-7, 1000 Berlin 42.**
**Wir erstatten Strafanzeige und stellen Strafantrag aus allen rechtlichen Gesichtspunkten wegen des nachfolgend geschilderten Sachverhalts:**
**Im Jahr 1970 haben sich verschiedene Buchhandlungen, Verlage, Vertriebe und Druckereien lose zu einem Verband des linken Buchhandels (VLB) zusammengeschlossen, um Herstellung, Vertrieb und Handel mit Druckwerken, die bis zu diesem Zeitpunkt in herkömmlichen Buchhandlungen schwer, oft gar nicht, erhältlich waren, wirtschaftlicher zu gestalten. Diesem Verband hat sich auch unser Verlag 2000 GmbH angeschlossen.**
**Am 5.1.1977 erhielt der Geschäftsführer der "Buchladenkollektiv Politische Buchhandlung GmbH & Co. Handels-KG", Wolfgang Rilling, ein Schreiben des Polizeipräsidenten in Berlin vom 29.12.1976, GeschZ. 1755/76, in dem wörtlich ausgeführt ist: "...Außerdem werden Sie verdächtigt, entgegen den Bestimmungen des § 129 StGB die kriminelle Vereinigung VLB (Verband des linken Buchhandels) zu unterstützen bzw. unterstützt zu haben." Diese Behauptung erfüllt zumindest den Tatbestand der §§ 185 ff. StGB...**
**Offenbach, 14. Januar 1977, Verlag 2000 GmbH, gez. Klaus Vack, Verlagsgeschäftsführer.**

trächtiger Aktualität; also nicht nur der punktuell verwertbaren Aktualität bürgerlicher Medien, in denen ein Ereignis, wie beispielsweise das Pfingsttreffen der Vertriebenen in allen Massenmedien breit dargestellt und kommentiert, der Pfingstkongreß des SB aber praktisch totgeschwiegen wird. Irgendeine unsinnige Rede eines drittklassigen Politikers oder ein Straßenunfall hat nach diesen Maßstäben von bürgerlicher Aktualität einen größeren Informationswert als eine politische Demonstration, von der man noch nicht genau weiß, welche Bedeutung sie für die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse hat.

In der Tat: die Kategorie des Neuen ist für die Form von geschichtlicher Aktualität, die ich meine, von zentraler Bedeutung für jede geschichtliche Bewegung. Aktualität ist ein Zeichen für das, was sich herzustellen versucht, was noch nicht da ist, was noch der Hilfe braucht, um sich zu entwickeln, was auf Emanzipation, auf Befreiung angelegt ist. Das wäre eine Form neuer Aktualität.

Aber genauso müssen wir einen neuen Informationsbegriff entwickeln. Information als Vermittlung zerfaserter Tatsachen kann nicht zu einer wirklichen Bewußtseinsbildung führen; einfache Tatsachen tragen nur in den Ländern zur Bewußtseinsbildung bei, wo Öffentlichkeit total ausgeschaltet ist. In autoritären und totalitären Regimen hat auch die schlichte Information schon Aufklärungswert - aber wir müssen davon ausgehen, daß unter Bedingungen bürgerlicher Medien auch kritisch gemeinte Informationen in der Regel neutralisiert werden. Ich erwähne hier nur das Problem der Ausgewogenheit, ein Kampfbegriff, der präzisiert, was Marcuse unter repressiver Toleranz verstanden hat, und der gegenwärtig eine eindeutige Stoßrichtung gegen linke Alternativen hat. Informationen und Meinungen werden so nebeneinandergestellt, daß so etwas wie eine Bewußtseinsbildung, ein Aufbrechen der verdinglichten Decke des Bewußtseins und des Verhaltens ausgeschlossen ist.

Ein dritter Punkt, den die Genossen vom "Kölner Volksblatt" angedeutet haben: nicht über die Leute zu sprechen und zu schreiben, sondern mit ihnen schreiben, eine Art Produktionsprozeß der Kommunikation in Gang zu setzen: das sind alles Elemente für eine neue Form von Öffentlichkeit, die sich hier in Ansätzen andeutet. Aber ein weiteres Moment. Ich bin sicher, auch der Pfingstkongreß ist ein Indiz dafür, daß wir uns gegenwärtig in einer gesellschaftlich relativ unstrukturierten Situation befinden. Unstrukturierte Situation in dem Sinne, daß alte Orientierungen zerbrochen sind, alte Normen, traditionelle Lebensregeln. Aber die Alternativen von neuen Lebensformen und Verkehrsformen sind, obwohl sich überall Polarisierungen vollziehen, noch nicht da, und sie haben auch ihre politische Form noch nicht gefunden. In dieser relativ unstrukturierten Situation – und das wissen die Rechten sehr genau - erhöht sich spontan das Informationsbedürfnis der Menschen; Bedürfnisse aber nicht nur nach Informationen, sondern nach Sinndeutung ihres Lebens und der Realität. Es ist deshalb nicht zufällig, wenn Schelsky, der klügste und politisch raffinierteste Ordnungssoziologe der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, aus den Sinnproduzenten und Sinnvermittlern eine eigene Klasse und zwar die gefährlichste, für das System bedrohlichste Klasse macht. In völliger Verkehrung der tatsächlichen Machtverhältnisse meint er die radikale Linke, während Springer und andere Freibeuter der menschlichen Lebenszusammenhänge diese Sinnvermittlung nach rechts schon immer betreiben und technisch immer besser organisiert haben. Aber ich meine, wir dürfen uns nicht nur in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Medienarbeit, darauf beschränken, Erfahrungen auszutauschen, Interessen zu vermitteln, sondern es kommt wesentlich auf gesellschaftliche und politische Interpretationen und Perspektiven dieser Erfahrungen und Bedürfnisse an. Erfahrungen und Bedürfnisse werden nicht von alleine zu politischen. Nichts entsteht spontan; aber ohne spontanen Aufbruch gibt es keine geschichtliche Entwicklung.

Wir haben im SB, glaube ich, eine nicht so schlechte Öffentlichkeitsarbeit bisher betrieben, was Zeitungen anbetrifft, was Broschüren anbetrifft, was Dinge anbetrifft, die einen großen Umkreis von Personen erreicht haben. Auch dieser Kongreß ist ein Beispiel für diese, leider bisher von sehr wenigen Genossen betriebene Öffentlichkeitsarbeit. Das ist eigentlich der erste Kongreß seit langer Zeit in der Linken wieder, bei dem die Provinz – und das meine ich nicht diskriminierend, sondern sehe darin mit die wichtigste Sache dieses Kongresses - anwesend ist; mit Provinz meine ich nicht nur diejenigen, die auf dem Lande leben; Provinz beginnt häufig bereits am Rande der Stadtzentren. Ich habe hier zum erstenmal nach 10 Jahren wieder Leute getroffen, die ich völlig aus den Augen verloren hatte, und ich war erstaunt, daß es sie überhaupt noch gibt. Auf diesem Kongreß habe ich sie wieder gefunden, den einen avanciert, den anderen hat die Entwicklung irgendwohin verschlagen, aber er hat nicht aufgegeben. Und ich weiß, daß es vielen so geht. Die Form der Öffentlichkeit muß die Provinz erreichen, weil wir aus der Geschichte wissen, daß Revolutionen zwar in den Städten gemacht werden, aber die Konterrevolution vom Lande kommt, von der Provinz. Die Provinz ist eine Existenzfrage jeder sozialrevolutionären Bewegung. Man kann aus der proletarischen Öffentlichkeit nicht ein Stück, ein schönes Stück, herausschneiden und sagen, wir konzentrieren uns auf die Städte, und wenn wir da ein Potential haben, können wir stolz darauf sein. Das ist viel, aber zu wenig. Die Unaufgebrochenheit der Provinz und des Landes führt dazu, daß alle schönen Ergebnisse der politischen Arbeit langfristig wiederum kaputt gemacht werden. Sozialistische Politik ist für uns, wenn wir das Sozialistische Büro in seiner Organisationsstruktur ernst nehmen, unabdingbar mit Formen von Öffentlichkeit verknüpft. Die wichtigsten inhaltlichen Probleme können heute nicht mehr nur in kleinen Zirkeln behandelt werden. Ich glaube, das ist wirklich überholt. Man kann Vorabsprachen machen - das machen wir auch - oder einen Plan formulieren; die aktive Beteiligung der Betroffenen auch an der politischen Planung ist ein wichtiger Bestandteil jeder sozialistischen Politik in Westeuropa und wird es immer stärker sein. Dieses Moment von Öffentlichkeit in der sozialistischen Politik ist strukturell verbunden mit den Formen von sozialistischer Bewegung, wie wir sie vertreten. Darin liegt einer der Gründe, warum wir bisher noch kein Arbeitsfeld Medien oder Öffentlichkeit entwickelt haben. Es ist schwierig, weil es kein Spezialbereich ist; es bezeichnet vielmehr dasjenige Mittel und Medium, in dem sich alle Inhalte unserer politischen Arbeit ausdrücken.

Trotzdem scheint mir das Bedürfnis auf diesem Kongreß sehr groß zu sein, speziellere Probleme von Medien und Medienarbeitern zu diskutieren. Wir wollen deshalb innerhalb des nächsten halben Jahres versuchen, diese Initiativen, die hier aufgetreten sind, aufzugreifen und dann auch eine Tagung des SB zu organisieren, auf der man ausführlicher diskutieren kann über die Erfahrungen und Perspektiven dieser Medien. Was heute in dieser Richtung geleistet werden kann, sind im Grunde nur erste Kontaktaufnahmen und ein Informationsaustausch, bei dem das Interesse an der weiteren Zusammenarbeit kenntlich wird.

Zum Schluß, diese ersten Kontaktaufnahmen sollten aber doch dazu führen, daß wir in den Arbeitsgruppen aus den Erfahrungen und Interessen, die die einzelnen haben, so etwas wie die politische Substanz herauszubekommen versuchen. Was bedeuten diese Erfahrungen für eine langfristige Öffentlichkeitsarbeit? Denn diese Form der Öffentlichkeitsarbeit ist in einem sehr klaren und spezifischen Sinne Arbeit an einer alternativen, autonomen sozialistischen Politik und sozialistischen Bewegung in der BRD. Und ich glaube, es ist ein guter Einstieg gewesen auf diesem Kongreß und in dieser Arbeitsgruppe, jetzt an diesem Punkt weiterzumachen.

**OSKAR NEGT**

# Öffentlichkeit ist ein Produktionsprozeß

Ich kann mich kurzfassen, das meiste hat Oskar schon gesagt, ich würde es nur wiederholen. Für mich ist ebenfalls überraschend gewesen, hier über 20 000 Menschen, die offenbar mit einem Druck nach Öffentlichkeit, danach, sich auszudrücken, hierhergekommen sind. Mir geht es jetzt erst einmal darum, das aufzugreifen, was Oskar sagt: "Öffentlichkeit ist ein Produktionsprozeß und nicht eine Börse".

Ich habe vorhin studieren können, wie ihr reagiert auf jemanden, der recht sachlich den gegenwärtigen Diskussionsstand unter Fernsehexperten referiert. Ich glaube, daß an euerer Ungeduld etwas richtig ist: alle bürgerlichen Medien stehen auf dem Kopf.

Das elementare Massenmedium sind die realen Menschen, ihre Interessen, ihre Erfahrungen. Alle Massenmedien in der Form von Institutionen können davon nur eine Anleihe machen. Sie leben aus fremder Energie und leben aus der Umdeutung, die die Menschen, die diese Medien benutzen, an den Sendungen vornehmen. Nehmen wir Heinz Schubert, der das Ekel Alfred Tetzlaff spielt. Ich kenne ihn, weil ich mit ihm gearbeitet habe. Da bilden sich Fernsehredakteure ein, daß ihre Witze über einen angeblich autoritären Typ, ihre Witze über Sozialdemokratie etc., die sie sich in Redaktionen, an Schreibtischen also, ausdenken, dasjenige sind, was die ungeheure Popularität dieses Mannes, gerade im Ruhrgebiet, in Kneipengespächen usf., ausmacht. In Wirklichkeit haben die Zuschauer die Sache längst umgedeutet. Für sie ist das in erster Linie ein Mann, der den normalen Fernsehton, den angemessenen Ton, die Schul- und Erwachsenenbildung, welche die Redakteure haben, wenn sie über Politik und Interessen reden, außer acht läßt. Das ist nicht die Sprache der Frau Dingwort-Nusseck, nicht die Sprache der "Fernsehvernunft". Das hat eher mit der Sprache der Schulpause zu tun und nicht mit Schulstunde. Diese Abweichung in der Form ist wichtiger als der Inhalt der Sendung.

Das ist dasjenige, an das die Umdeutung knüpft. Und wenn der Darsteller noch etwas zu klein ist und eine Lippe riskiert, dann verknüpfen sie dieses relativ Äußerliche mit sehr substantiellen Erfahrungen, die sie anderweitig nicht ausdrücken, weil keine Gelegenheit dazu ist. Sie projizieren ihre Erfahrungen auf den Darsteller. Sie sind in diesem Moment Produzenten des Mediums und der Sendungen, und deswegen gefällt ihnen dieser Mann.

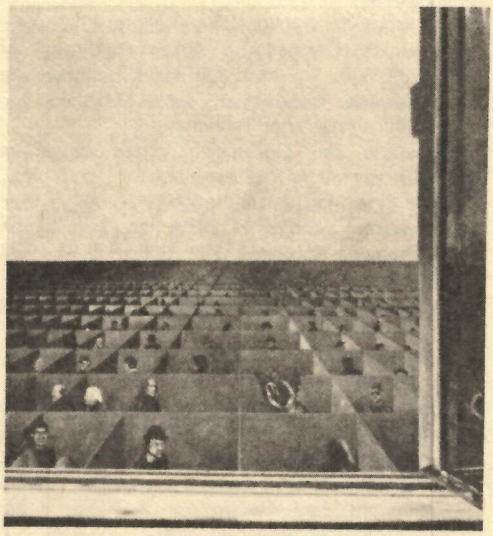
Man kann das gar nicht genug betonen: es ist

unmaterialistisch anzunehmen, daß die Fernsehsendungen das sind, was sich abspielt; sondern was die Leute daraus machen, das spielt sich ab. Und das ist etwas ganz anderes. Mir war das immer verblüffend, wenn ich Fernsehanalysen in unserem Filminstitut betrieben habe, festzustellen, daß bei großen Teilen der Bevölkerung – ich rede jetzt allerdings nicht von denen, die dem Bildungsprozeß stark ausgesetzt waren – diese Umarbeitung zu den Interessen und Erfahrungen hin eine Grundeigenschaft ist, die ganz selbstverständlich und spontan beherrscht wird. Die sehen ein Abendprogramm als Ganzheit. Da ist die Abendschau mit ihren Unglücken, mit den Auftritten der Großen, mit Libanon usf. durchaus ein Stück Fernsehspiel und Roman und wird so umgedeutet. Und das Fernsehspiel ist durchaus ein Stück Dokument. Die machen sich aus dem Gesamtprogramm einen Film. Einen Film, der den Erfahrungen, die sie längst schon vorher im Kopf haben, antwortet. Ohne diese Umdeutung würde kein bürgerliches Massenmedium funktionieren.

Woran erkennt man nun das Charakteristische an bürgerlicher Öffentlichkeit? Daran, daß sich das Spektrum, in dem etwas geäußert werden kann, wie vorhin auch gesagt wurde, zwischen Regierung und Opposition bewegt, also Politik im engsten, von der Mannigfaltigkeit der Interessen abgehobenen Sinne. Für breite Teile der Bevölkerung ist insofern Regierung und Opposition dasselbe, weil es die gleiche enge politische Tonart ist.

Das heißt, das Charakteristische an bürgerlicher Öffentlichkeit sind die Selektionsmechanismen. Diese Öffentlichkeit läßt aus, das ist der Kernpunkt. Und zweitens: sie teilt ein. Sie teilt ein in Sachgebiete, Zuständigkeiten, obwohl doch Erfahrung etwas Zusammenhängendes ist. Sie wird hier zerschnitten. So daß sie jetzt in dieser zerschnittenen, hierarchisierten Form, in dieser Form von besonderer Bedeutung, von besonderem aktuellen Anlaß, Dramaturgie, dem besonderen Film, der besonderen Nachricht, der Weltnachricht usf. eine höher hierarchisierte Stufe erreicht als die Alltagserfahrung, die Produktionserfahrung von Menschen. Sie können dadurch ihre Erfahrung gar nicht entgegenhalten. Ihre Erfahrung wird sortiert, zerschnitten durch die Einteilungsmechanismen. Die Einteilungsmechanismen der bürgerlichen Öffentlichkeit sind genau die Form, in der die Diktatur der bürgerlichen Interessen sich äußert. Ich unterschätze überhaupt nicht, was Berufsverbote bedeuten. Ich unterschätze nicht, was an direkter Repression besteht. Aber es gibt außerdem diese strukturelle Gewalt in den bürgerlichen Medien, und zwar allen, und darin liegt eben kein Unterschied zwischen Bildzeitung und Süddeutscher Zeitung. Es ist ein Prinzip, das einen vielfältigen Ausdruck der Erfahrung unmöglich macht oder sabotiert. Da muß nicht ein böser Mann dahinterstehen. Es ist geradezu angenehm, daß im Fall der Springer-Presse noch ein Mann mit seinen persönlichen, individuellen, ideologischen Ideen erkennbar ist als Urheber einer Massenpresse. In den übrigen Massenmedien geht das ohne Subjekt. Soweit der Kapitalismus auch als Eigentumsgesellschaft an und für sich funktionieren kann, so kann hier auch das Medienprinzip als Abstraktionsprinzip auch von lauter Progressiven getragen werden, tendenziell. Das heißt, wenn ich mir alle Reformen durchgeführt vorstelle, die man sich irgend nur ausdenken kann, und davon sind wir sehr weit entfernt, dann würde sich dieser grundsätzliche Unterschied, daß wir nicht vertrauen können auf diese Medien, daß sie Erfahrungen der Basis nicht artikulieren, der würde sich nicht aufheben.

Was nicht hindert, daß diese Medien gleichzeitig, und das macht die Sache sehr prekär, und das muß man kapieren, eine Massenloyalität, d.h. wirkliche Arbeitsenergie der Menschen, die diese Medien benutzen, binden, und zwar von Menschen, die auch reale Bedürfnisse einbringen und mit oder gegen den Strom befriedigen. Und von dieser Massenloyalität, die dem Kino, der Schule, dem Fernsehen usf. entgegenkommt, dürfen wir uns nicht gleichzeitig trennen. Deswegen ist hier einfache Freund-Feind-Unterscheidung und die Idee, wir machen hier nur Gegenkultur, nur proletarische Öffentlichkeit aus dem Stand, die ist falsch.



Blick aus dem Fenster des Unternehmers

Aus diesem Grunde: weil ein Stück Massenloyalität in die Medien eingeht, weil sie zur Realität gehören, kommen wir nicht darum herum, uns mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Unter Realitätsverzicht kann jedermann nur leiden. Realitätsverlust ist ein Standpunkt ohne Wurzel, d.h. nie radikal. Und deshalb, weil man sich um das Problem nicht auf kühne Weise drücken kann, heute morgen die Bitte von Oskar um Geduld: daß ihr eine Sachdarstellung aus dem ganz anderen Diskussionszusammenhang des Fernsehens mal anhört, selbst wenn sie euch absurd erscheint.

Ich möchte mich auf einen einzigen Punkt beschränken, den Oskar vorhin angeschnitten hat. Es sind, was Öffentlichkeit in einer Gesamtgesellschaft betrifft, z.B. in der Bundesrepublik, drei Phänomene, die ziemlich universal bestehen: Kolonialisierung des Bewußtseins, Departementalisierung durch Zerschneiden der Erfahrung und Zentralisierung, eine Tendenz, die durchs Kapital angereizt wird, aber genauso durch die Legitimationspresse in einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt angereizt werden kann; das sind Großstädter, die Redakteure. Leute, die durch zentralisierte Bildungsgänge gegangen sind. Die Kritik, die darauf antwortet, ist ebenfalls zentralisiert und in den Feuilletons großstädtischer Blätter beheimatet. Das ist also grundsätzlich Metropole.

Und die Folge dieser Zentralisierung ist Provinzialisierung für alles, was aus dem Raster herausfällt. Das berühmte Paris-Syndrom, das der Kollege von Libération genannt hat, das Oskar genannt hat: von der Französischen Revolution, von 1789 an ist bürgerliche Öffentlichkeit dadurch gekennzeichnet, daß in der Hauptstadt eine Programmrevolution stattfindet, die im Jahre Null beginnt und im Jahre Fünf wieder aufhört. Währenddessen wird das ganze Land abgefunden damit, daß die Bauern auf Parzellen gesetzt werden. Sie bilden dann die Mannschaften, die den Bonapartismus tragen. Das hat Marx im "18. Brumaire des Louis Bonaparte" sehr exakt formuliert. Es sind dann diejenigen, die 70/71 die Kommune niederschlagen; es ist 1968 die Wählerschaft, die de Gaulle wieder in Gang setzt.

Dieses Phänomen, das in Frankreich historisch besonders drastisch dargestellt ist, gilt für die BRD genauso. Eine Öffentlichkeitspolitik, und eine Öffentlichkeitsproduktion, bleibt solange Börse, solange ein Distributionsvorgang, bleibt solange idealistisch und wird nicht materialistisch, wie sie nicht die gesamte Gesellschaft erfaßt. Wenn wir also, einfach weil wir´s auch nicht anders wissen und weil die Mobilisierungschance in den Zentren am stärksten ist, an Heidelbergs Hauptstraße, gewissermaßen im Vorgarten der Uni, oder unserem Campus, der Hauptwache, auf der Zeil, oder was Filmer betrifft, in München-Schwabing oder Hamburg, das Zeitungsgelände, was Zeitungen betrifft, wenn wir daran festhalten und dies bereits für Öffentlichkeit halten und nicht vielmehr als Scheinöffentlichkeit bezeichnen, dann machen wir einen der gröbsten politischen Fehler, den wir machen können.

Unsere Fragestellung muß sein: genau die Stelle in der Mitte zwischen Mannheim und Heidelberg, genau die Stelle zwischen zwei Zentren im Ruhrgebiet. Ich weiß nicht, wer das Ruhrgebiet

Arnfried Astel:

## Berufsverbot

*Le berufsverbot,*
*ein deutsches*
*Fremdwort*
*in Frankreich.*

## Telefonüberwachung

*Der »Verfassungsschutz«*
*überwacht meine Gespräche.*
*Mit eigenen Ohren hört er:*
*Ich mißtraue einem Staat,*
*der mich bespitzelt.*
*Das kommt ihm verdächtig vor.*

## Ungeschminktes Bild

*Geschminkt fürs Fernsehen*
*gibt der Innenminister*
*ein "ungeschminktes Bild"*
*von der Gefahr des Anarchismus.*

## Spanien-Poster

*Man sieht das Buch*
*vor lauter Bullen nicht.*
*Der spanische Stand*
*auf der Frankfurter Buchmesse*
*ist ein lebendes Poster.*

## § 88 a

*Lattmann spricht dagegen*
*und stimmt dafür*
*Das stimmt mich bedenklich.*
*Es spricht für sich.*

*Unter dem Strich*
*habe das Chaplin-Niveau,*
*sagt eine Glosse.*
*Das glaube ich nicht.*

*Chaplin hätte*
*dafür geredet*
*und dagegen gestimmt.*

*Analyse: Lattmann*
*ist eigentlich für den § 88 a,*
*aber eigentlich auch*
*gegen den Parlamentarismus.*

## Auf den Busch geschlagen

*Es war einmal ein Rechtsstaat,*
*der hatte die Gestalt*
*eines schönen grünen Busches.*
*Da kam pfeifend und frohen Mutes*
*ein Jägersmann daher*
*und schlug mit seinem Stock*
*auf den Busch, und siehe,*
*da kam ein großer böser Fuchs*
*aus dem Busch gesprungen.*
*Und warum kein Hase?*
*Weil keiner mehr drin war.*

*Moral: Wenn du auf einen Busch*
*schlägst,*
*kann nur rausspringen, was noch*
*drin ist.*

kennt – aber das ist nicht Land und das ist nicht Stadt, es nimmt an der vollen Industrialisierung teil, mit allen Folgen, und hat trotzdem die Öffentlichkeit davon nicht. Dasselbe gilt fürs Altmühltal. Aber es gilt auch für die Vorstädte der großen Städte. Teile der Großstädte sind in diesem Sinne provinzialisiert und nicht Metropole, obwohl dort genau die Produktionszentren sind, von denen die Metropolen leben. Stellt es euch nicht einfach vor, wie man eine Öffentlichkeitspolitik, die das zur Kenntnis nimmt, produziert. Ich will das mal aus meinem eigenen Bereich kurz schildern. In alle Kinos der Bundesrepublik, samt den unabhängigen Abspielstellen, kommunalen Kinos und Abspielstellen, die nicht kommerzialisiert sind, da laufen genau 3 Prozent Arbeiter rein, und Arbeiter weit gerechnet als Betriebsangehörige, da sind alle Sekretärinnen und Angestellten mitgerechnet. An Frauen 7 Prozent. Und was die Kinos tatsächlich bevölkert, ist eine ganz begrenzte Interessentenschicht im Alter von 17 bis 23 Jahren, die sich in der Berufsausbildung oder einem anderen Aufsteigeprozeß befindet. Wenn dies für Öffentlichkeit gehalten wird, und das tut natürlich unsere kommerzielle Filmwirtschaft, dann ist das im Grunde ein Pseudobegriff.

Nun ist es nicht einfach, wenn man weiß, daß 300 Erstaufführer wie Monopoly-Spieler - ihr kennt alle das Spiel Monopoly, da kauft man sich Häuser und nimmt dafür Miete -, die in Verbindung mit ihren amerikanischen Tochtergesellschaften ihren Haifisch, ihr Kuckucksnest usf. absetzen wollen, die Stadtzentren blockieren. Das sind die Kinos mit den absolut höchsten Umsatzzahlen. Ihr kennt das. Während 3000 Theater im Lande verteilt sind, und die kriegen die Filme erst nach eineinhalb bis zwei Jahren, wenn sie in den umsatzstarken Häusern abgespielt sind.

Wir müssen uns also verbünden mit den 3000 Nachspielern. Und das ist schwierig, denn die haben Angst, die leben von Filmen, die bereits abgewrackt sind. Die haben mit einem Zuschauer zu tun, der nur zerfaserte Formen der Öffentlichkeit kennt und darin Gewöhnungen entwickelt usf. Nehmt mal das Altmühltal. Die haben zwar eine Gesamtschule mit 120 Lehrern, die ein unheimliches Öffentlichkeitsbedürfnis in ihrer Isolierung haben, die leben wie auf einer Robinson-Insel. Gleichzeitig gibt es einzelne Schülercafés und andere Einrichtungen, die sind aber alle untereinander nicht verbunden.

Wir müssen einen Teil unserer Arbeitskraft - und wir akkumulieren ja politisch nicht Kapital, sondern Arbeitskraft - abzweigen, um hier systematisch diese Randzonen der Gesellschaft mit Beziehungssystemen zu überziehen, Verbindungen zu legen. Das ist gerade das, was das Sozialistische Büro eben genau macht: Verbindungen herstellen zwischen isoliert Arbeitenden, der Vereinzelungstendenz der Gesellschaft entgegenzuwirken, und diese Produktion ist in sich bereits politisch, weil sie nämlich die Situation überhaupt erst schafft, die gesellschaftliche Fabrik, in der Politik stattfinden kann, erst aufbaut. Es gibt keinen direkten Zugang zur Politik, der nur inhaltlich ist, sondern ich muß erst die Formen produzieren, in Form von Öffentlichkeit, von Beziehungen, von Verkehrsformen, ehe überhaupt die Fläche da ist, auf der sich politische Inhalte bewegen.

Wenn Arbeitskraft dahintersitzt, ist das alles überhaupt nicht unmöglich. Es ist von den chinesischen Marxisten bekannt, daß sie Kanalbauer sind. Sie bauen Kanäle über den Bergrücken hinüber und bewässern damit ihre Felder.

Nun ist unser Problem, in unseren europäischen, industrialisierten Ländern, nach 300 bis 800 Jahren Kapitalismus, nicht mehr die Beackerung von Grund und Boden und deren Berieselung, sondern die Beackerung und Berieselung der zweiten Natur, der gesellschaftlichen Natur, die vom Kapitalismus ruiniert ist. Aus dem Ruin, aus den Bruchstücken, die Gott sei Dank ungleichzeitig sind, d.h. sie sind nicht stabil, sondern formbar, haben Brüche, aus dieser Bruchbude, aus dieser "ungeheuren Warensammlung", müssen wir uns die Mühe machen, neue Situationen, neue Beziehungen aufzubauen.

**ALEXANDER KLUGE**

# Ansätze linker Gegenöffentlichkeit

Vier Themen standen im Mittelpunkt der Diskussion, an der ca. 50 Personen teilnahmen:
– die Arbeit der französischen Tageszeitung 'Libération'
– die SB-Zeitung 'links'
– das Projekt 'Volk im Bild'
– die politischen Arbeitsbedingungen in den Rundfunkanstalten

1) Die Arbeit der französischen Zeitung 'Libération' war bereits Gegenstand eines Referates im Gesamtplenum. Im Anschluß daran beantwortete der Genosse Bougereau, selbst Mitglied der Redaktion, Fragen der Teilnehmer.

Gegenstand der Diskussion waren dabei im wesentlichen sechs Problemkreise:

– Zum einen ist die Libération unabhängig, d.h. sie ist weder Organ einer politischen Organisation noch finanziell abhängig. Ihre politische Aussage ist das Produkt der Diskussionen in der Redaktion, die nicht durch politische Organisationen dominiert wird.

– Zum zweiten, die Libération bewältigt das Problem der Aktualität einer Tageszeitung wesentlich im Stil der bürgerlichen Zeitungen. Das Bemühen um die Konsolidierung als Tageszeitung hat inzwischen soweit zum Erfolg geführt, daß das Problem Aktualität auch im Sinne einer "neuen Aktualität" (s. auch Referat von A. Kluge in der Arbeitsgruppe) angegangen wird.

– Zum dritten, die Informationsbeschaffung läuft auf drei Wegen: Über die Agenturen, über Informationsdienste der Linken und auf dem Wege, daß Journalisten der bürgerlichen Zeitungen Informationen weiterleiten, die sie erhalten, aber in der bürgerlichen Presse unterdrückt werden.

– Zum vierten, in der Libération gibt es eine Pluralität von Meinungen zu Themen, die in der Redaktion kontrovers diskutiert werden.

– Zum fünften, in der Redaktion der Libération gibt es einen Männerüberschuß. Diese Unterrepräsentanz der Frauen stellte der Genosse Bougereau als Problem der Arbeitsanforderungen der Zeitung in einer Männergesellschaft dar.

– Zum sechsten, die Libération ist eine überregionale Zeitung; aber sie erreicht überwiegend Leser in Paris und Umgebung. Zwar waren von vornherein Gruppen in nicht wenigen Städten an der Initiative zu der Zeitung beteiligt und tragen sie mit, aber in der Verbreitung steht Paris bei weitem an erster Stelle.

In der anschließenden Diskussion wurde das Interesse an einer sozialistischen Tageszeitung in der Bundesrepublik geäußert, zugleich aber auch darauf hingewiesen, daß die Linke in der BRD wesentlich schwächer ist als in Frankreich, und daß die Zersplitterung dieser schwächeren Linken das Zustandekommen der Basis für eine Tageszeitung erschwert. In diesem Zusammenhang richten sich Hoffnungen auf den Zusammenhang der linken Lokalzeitungen und überregionalen Informationsträger.

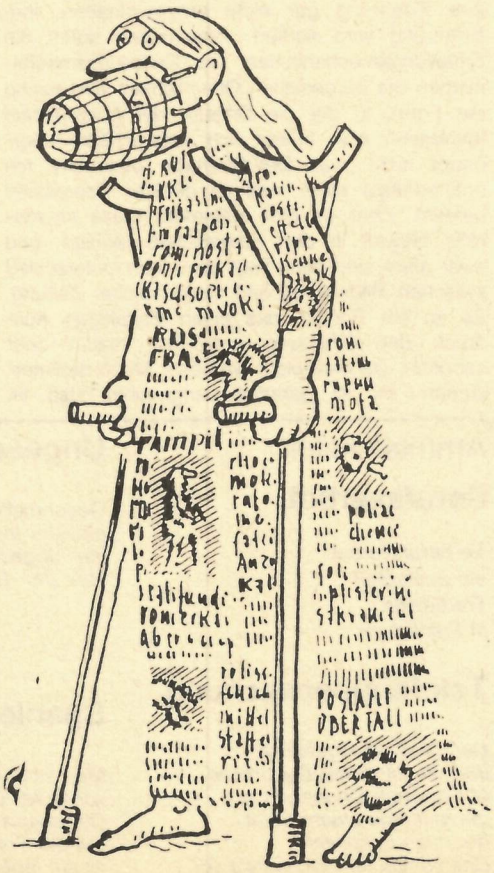
2) Im Anschluß daran ergab sich das Interesse, mehr über "links", die Zeitung des Sozialistischen Büros, zu erfahren.

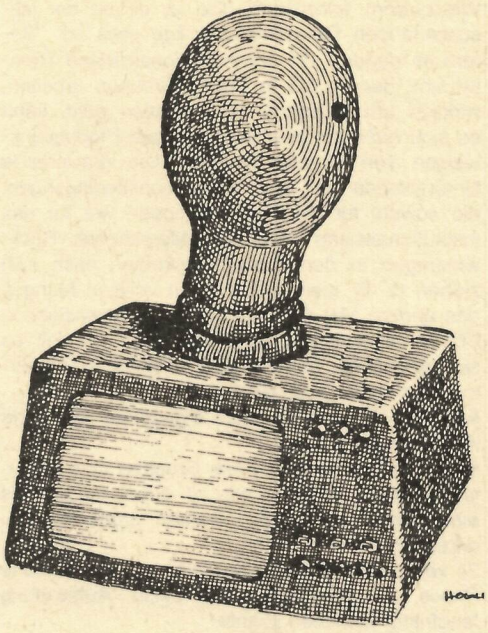
Die "links"-Redaktion ist eingebunden in den Organisationsrahmen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Die Redaktion wird von der Arbeitsgruppe auf einer jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung gewählt und kooptiert darüber hinaus Mitarbeiter an dem wöchentlichen Redaktionstermin in Offenbach. Auf diesem Redaktionstermin werden die Konzeption und die Themenstellungen diskutiert; die Artikel stammen entweder aus dem Kreis der gewählten Redakteure und der Mitarbeiter, oder die Redaktion bittet kompetente Autoren aus der sozialistischen Linken um Artikel.

Die derzeitige Auflage der "links" beträgt 18.000; sie verteilt sich zu 12.000 auf Einzelbezieher und zu 6.000 auf den Verkauf über Buchhandlungen. Aus der Art der Erstellung der Zeitung wird bereits deutlich, daß "links" nicht einfach Organ der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro ist, sondern darüber hinaus Diskussionsforum unterschiedlicher Standpunkte. Positionen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden vom Arbeitsausschuß und vom Delegiertenrat formuliert und in "links" publiziert.

Anknüpfend an die Diskussion über die "Libération" wurde die Frage nach der Umwandlung der "links" in eine Tageszeitung gestellt. In der Diskussion wurde aber darauf hingewiesen, daß die Funktionen beider Zeitungen sehr unterschiedlich sind und daß die "links" kaum den Anforderungen an eine sozialistische Tageszeitung entsprechen kann.

In diesem Zusammenhang kam auch die Diskussion über die Zusammenlegung von "links" und "express" zur Sprache. Da diese Zusammenlegung durch 14tägiges Erscheinen eine größere Aktualität der Zeitung und zugleich eine Integration des Bereiches "Betrieb und Gewerkschaft" in eine allgemeine Publikation bedeuten würde, befür-





worteten die Teilnehmer an der Diskussion einhellig die Zusammenlegung. Dabei wurde jedoch auch auf die Problematik hingewiesen, daß der Bereich "Betrieb und Gewerkschaften" durchaus einer eigenen Publikation bedürfen könne.
Als wichtiger Aspekt der "links" wurde die Darstellung von Gegeninformation und Aktionsmodellen hervorgehoben; dieser Teil der Zeitung sollte ausgebaut werden.
3) Weiter wurde von Kongreßteilnehmern das Projekt "Volk im Bild" vorgestellt. Dabei handelt es sich um eine Initiative, aus der eine linke Zeitung entstehen soll. Das Projekt ist nach einem schwedischen Vorbild konzipiert. Eine Vorbereitungsgruppe hat eine Plattform ausgearbeitet und wirbt darum, daß sich Leute, die diese Plattform für richtig halten, mit einer Einlage von DM 250,– am Grundkapital der neuen Zeitung beteiligen. Da die Plattform in der Untergruppe nicht vorlag, wurde wenig inhaltlich über das Projekt diskutiert. Als Kontaktadresse für Interessenten wurde Einar Schlereth, Bremen angegeben.
4) Die politischen Arbeitsbedingungen in den Rundfunkanstalten wurden in 6 Problemkreisen diskutiert:
– Die konsequente politische und interessenbezogene Arbeit ist in den Rundfunkanstalten eng begrenzt durch deren öffentlich-rechtlichen Charakter und die hierarchischen Strukturen in den Anstalten. Die Zensur, die etwa im Westdeutschen Rundfunk den Gebrauch des Wortes Berufsverbot verhindern sollte, konnte nur durch massives Betreiben der öffentlichen Diskussion über den Zensurvorgang abgewehrt werden. Auch unter der Forderung nach Ausgewogenheit der Sendungen verbirgt sich nichts anderes als politische Zensur.
– In den Rundfunkanstalten herrscht bei vielen Mitarbeitern und Redakteuren Vereinzelung und Angst vor Unterdrückung. Die hierarchischen Strukturen und die Mittelknappheit fördern Konkurrenz, Ängste und Versuche, sich auf Kosten von Kollegen durchzusetzen.
– Eine Einwirkungsmöglichkeit auf die Rundfunk- und Fernsehprogramme besteht über Zuschriften an die Redaktionen. Bei der Entscheidung etwa, ob ein Redakteur erneut eine engagierte Sendung produzieren kann, spielen Zuschriften, sowohl positive als auch negative, eine Rolle, weil die Rückkoppelung zwischen Hörer, Zuschauer und Redaktionen im allgemeinen gering ist. Das gleiche gilt natürlich auch für Zeitungen. In Dänemark gibt es für die Einwirkung der Hörer und Zuschauer Organisationen. In der Bundesrepublik betreibt unseres Wissens lediglich die CSU organisiert eine solche Einwirkung auf Rundfunk und Fernsehen.
– Um den Linken in den Rundfunk- und Fernsehanstalten zu helfen, müssen wir Zusammenhänge zwischen ihnen und uns schaffen, auf die zum Beispiel bei Konflikten in der Institution zurückgegriffen werden kann. Diese Zusammenhänge müssen regional und unmittelbar persönlich organisiert sein. Einerseits, um bereits der Verbreitung von Angst entgegenzuwirken und andererseits, um schnell handlungsfähig zu sein. Denn der wichtigste Schutz bei Auseinandersetzungen in den Rundfunkanstalten ist die Schaffung von Öffentlichkeit.
Als konkrete Beispiele wurden dafür die Konflikte von Arnfried Astel im Saarländischen Rundfunk und von Reinhard Hoffmeister in ZDF genannt. In diesem Zusammenhang nimmt der Evangelische Pressedienst (epd), dessen Mitarbeiter Hall im Plenum der Arbeitsgruppe über politische Trends in Presse und Funk referiert hatte, eine wichtige Aufgabe wahr, weil er konsequent rundfunkinterne Konflikte öffentlich macht.
– Die Position der freien Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten ist durch die Repression und die Verknappung der für die Programmredaktionen verfügbaren Mittel angegriffen. Die "freie", ungesicherte Stellung führt unter den aktuellen Bedingungen zum massiven Anpassungszwang für diejenigen, die auf die Honorare für ihre freie Tätigkeit angewiesen sind. Die Knappheit der Mittel hat darüber hinaus eine Verschärfung der Konkurrenz zur Folge und behindert selbst Kommunikationsstrukturen unter den freien Mitarbeitern, da der einzelne befürchten muß, daß ihm ein Gesprächspartner ein Thema wegschnappt, wenn er sich mit ihm darüber unterhält.
Insgesamt wurde in den Diskussionen über die politischen Arbeitsbedingungen in den Rundfunkanstalten deutlich, daß in den angesprochenen Punkten wichtige Ansatzpunkte politischer Arbeit liegen, die wir bislang weitgehend vernachlässigt haben. Der Diskussion in der Untergruppe "Presse, Funk und Fernsehen" fehlte aber noch das Moment der praktischen Umsetzbarkeit. Hier muß an der Vertiefung der begonnenen Diskussionen und der Erörterung praktischer Konsequenzen weitergearbeitet werden.

# Wir alle spielen Theater

**Zusammensetzung der Gruppe:** etwa 150 bis 200 Personen versammelten sich auf dem Rasen des Bürgerhauses Sprendlingen, nachdem sich das Plenum der AG "Medien" in Diskussionsgruppen aufgelöst hatte, um sich über Theater und seine mögliche politische Funktion zu verständigen. Auf die Frage der Diskussionsleitung, wer aus welchem Arbeitsbereich komme, meldeten sich etwa 73% für den Ausbildungsbereich (Studenten der Uni, Pädagogischen Hochschule, Kunstakademie; Pädagogen im Beruf); etwa 24% meldeten sich als Angehörige von Freien Gruppen; etwa 3% meldeten sich als Mitglieder des institutionalisierten Theaters (alles geschätzte Zahlen).
**Gruppendynamische Schwierigkeiten:** sicher gehört es mit zu einem Protokoll, nicht nur sauber abgelöste Resultate vorzutragen, sondern auch auf die Gefährdungen hinzuweisen, die diese Resultate möglicherweise verhindert hätten. Was auf dem morgendlichen Plenum vorgetragen wurde, hätte einen inhaltlichen Ansatzpunkt für die Diskussion der Gruppe darstellen können: Hermann Treusch machte knappe, aber prägnante Ausführungen (am Beispiel des TAT) über das – wie sich durch das Auf-die Füße-stellen der "Subventionsthese" erwies – nur scheinbare Paradoxon, politisch engagiertes und subventioniertes Theater machen zu wollen: "Die Subventionen sind nicht das Geld, das der Staat auf den Tisch legt, um eine von ihm gewünschte Ware dafür einzutauschen, sondern die Subventionen sind, wenn auch in verkehrter Form, der Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse. Nicht der Staat, sondern die Gesellschaft ist "der Käufer – sie hat ein Recht, nicht betrogen zu werden".
Nicola Gehrke (Büro Freier Gruppen) stellte ihrerseits die Lage der Freien Gruppen ebenfalls vorrangig unter dem Aspekt der Finanzierung und den daraus resultierenden Arbeitsbedingungen dar. Aufgabe der Diskussionsgruppe hätte es sein können, diesen Zusammenhang von materieller Basis und künstlerischer Produktionsweise weiter zu untersuchen – doch bestand über die Relevanz dieser Fragestellung keine Einigkeit. Die Gruppe zerfiel in eine inhaltlich orientierte Minderheit und in eine inhaltlich noch unorientierte Mehrheit, was prompt zu Sprachverwirrung und zu folgenden Vorwürfen der Mehrheit gegen die Minderheit führte: ihr "dominiert" uns, ihr "theoretisiert" nur, ihr gebraucht "Fremdworte", wir aber wollen "praktisch" diskutieren usw.
Der "gemäßigte" Vorschlag, wie mit der schwierigen Lage zu verfahren sei, lautete, es sollten doch von jetzt ab "die zwei Ebenen", die der "Theorie" und die der "Praxis", streng getrennt behandelt werden. Der "radikalere" Vorschlag drängte auf Spaltung: der Teil der Gruppe, der Theater machen wolle, solle sich von dem Teil der Gruppe, der über Theater reden wolle, absondern und "einfach mal die Füße in den Teich dort drüben hängen... sehen, was passiert".
Die endgültige Auflösung der Gruppe wurde verhindert durch einen Beitrag, der nachwies, wie absurd das Auseinanderdividieren von "Theorie" und "Praxis" sei, insbesondere bezogen auf den Gegenstand Theater. Theater sei – richtig aufgefaßt – notwendigerweise die Durchdringung von beidem, könne dementsprechend niemals eine wahllose Form von Praxis sein (s. "einfach mal die Füße ins Wasser hängen"), sondern stets nur eine bestimmte, und die genau gälte es hier zu diskutieren.
Der auf diese Weise zum Vorschein gekommene Widerspruch zwischen Spontaneität und Reflexion war damit nicht aufgehoben, nur überbrückt. Er kehrte bereits im "Grundproblem", auf das die Diskussion mehr oder minder latent bezogen blieb, wieder, wenn auch in anderer Form.
**Das "Grundproblem":** Ziel der Diskussionsleitung war es, die "im Raum stehenden" unterschiedlichen Zugangsweisen zum Gegenstand Theater auf die im Plenum vorgetragene, übergreifende These von Negt/Kluge, Öffentlichkeit sei ein Produktionsprozeß, keine "Börse", zu vereinigen, um von diesem gemeinsamen Ausgangspunkt aus zu fragen: Was heißt das überhaupt? Was heißt das, bezogen auf das Theater? Was heißt das, bezogen auf die Produktionsbedingungen des institutionalisierten Theaters? Was heißt das, bezogen auf die Produktionsbedingungen der Freien Gruppen? Genügt es, wenn Öffentlichkeit als Produktionsprozeß gelingen soll –, d. h. ihren Warencharakter ab-

# ARBEITSGRUPPE MEDIEN + ÖFFENTLICHKEIT

streifen soll –, nur die Produktionsformen zu untersuchen und zu verändern? Müssen nicht auch die Rezeptionsformen untersucht und verändert werden? In welcher Form verwandeln sich die Rezipienten von Theater in Produzenten? Reagiert die institutionalisierte Öffentlichkeit (z. B. Presse, Besucherorganisationen, die "öffentliche Hand" etc.) in angemessener Weise auf veränderte Produktionsformen? Welche Arten des Verschweigens, der Unterschlagung, der Zensur gibt es da? Wie steht es mit Repressionen im "Kulturbetrieb" und gegen die Freien Gruppen? Gibt es Möglichkeiten, sich in organisierter Form zu wehren?

Die Diskussion fiel sozusagen durch die Maschen dieses möglichen Fragegeflechts und fixierte sich auf die Gegenüberstellung von "professionellem" und "nichtprofessionellem" Theater. Diese Gegenüberstellung wurde jedoch – außer an wenigen Bruchstellen – nicht explizit thematisiert, sondern lief lediglich implizit, als unausgesprochenes Kontrastbild mit, besonders dann, wenn die Freien Gruppen ihr Selbstverständnis genauer zu artikulieren versuchten.

**Diskussionsablauf:** einerseits bestand die Tendenz, den Bereich des institutionalisierten, sprich "professionellen" oder "bürgerlichen" Theaters, einfach auszuklammern, zum "alten Eisen" zu legen; hier wurde Mief, Ausgedientes, "Unspontanes" insgesamt vermutet.

Andererseits die Tendenz, jede "nichtprofessionelle" Äußerung mit darstellerischen Mitteln in therapeutischer, pädagogischer, kommunikativer oder sonstwie aufklärerischer Absicht bereits für das geglückte Gegenbeispiel von Theater überhaupt, für die Aufhebung von Mief, Ausgedientem und "Unspontanem" zu halten.

Im ersten Fall wird dabei das, was aus der Sache wurde – die geschichtliche Einstellung des Theaters – für die Sache selbst genommen. Im zweiten Fall wird das, was aus der Sache hätte werden können – die Wiedergewinnung von Spontaneität und Aktion – durch das bare Einverständnis mit dem augenblicklich Hervorgebrachten verhindert. – Im ersten Fall wird vergessen, daß auch das institutionalisierte Theater politisches Theater ist: politisches Theater von seiten des herrschenden Systems. Das scheinbar "Abgestandene", "Inaktuelle", drückt seinen hochaktuellen Herrschaftscharakter aus. Im zweiten Fall wird vergessen, daß nicht jede Form spontaner Entäußerung mit darstellerischen Mitteln schon per se als politische Handlung gelten kann.

Immer wenn in der Diskussion die Einsicht aufblitzte, daß eine dualistische Gegenüberstellung Freie Gruppen – institutionalisiertes Theater das Problem, wie politisch wirksames und engagiertes Theater zu machen sei, nur verdopple, wurde auch die Frage gestellt: wie Theater Medium, "Mittel zum Zweck", bleiben könne, ohne zum Instrument zu verkümmern und ohne zum Selbstzweck zu werden.

Kriterien für die Auflösung dieses Dilemmas sind nur aus der Frage zu gewinnen, wie Öffentlichkeit als Produktionsprozeß gelingen kann. Öffentlichkeit als Produktionsprozeß aber heißt immer und zuallererst: Aufhebung von Privatheit.

Daß die entscheidenden Impulse zur Produktion von Öffentlichkeit augenblicklich von den Freien Gruppen und nicht – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – vom institutionalisierten Theater ausgehen, muß gerade angesichts dieses Kongresses betont werden, der ganz neue Dimensionen von bisher in der Privatheit verbliebener Erfahrung politische Gültigkeit verlieh (s. Dany Cohn-Bendits umjubelte These von "der Einheit von Widerstand und Leben" oder die Artikulation der Frauengruppe).

Die in der Diskussion von den Freien Gruppen immer wieder als ihr Hauptproblem geäußerte Frage, wie "schnelles Theater" gemacht werden könne, wie eine "schnelle Umsetzung" politischer Anlässe zu bewerkstelligen sei, hatte denn auch ihr Zentrum in dem Ziel, den privaten Charakter politischer Betroffenheit möglichst unmittelbar umzusetzen, den objektiven Gehalt subjektiver Erfahrung möglichst direkt in den "noch laufenden Prozeß" einbringen zu wollen.

Hier überstürzten sich die Erfahrungsberichte fast, so daß in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, nur stichwortartig berichtet werden kann:

– **"Theaterhaufen", Marburg:** hier wurden vor allem die Erkenntnisprozesse erwähnt, die beim Montieren von Texten, beim Ausprobieren von ästhetischen Techniken, gemacht wurden.

– **Freie Gruppe, Frankfurt** (Nachfolge von F.A.U.S.T.): hier wurde vor allem das Problem, das sich angesichts der eigenen Ausdrucksmittel stellt, angesprochen; eine Schauspielausbildung soll in Angriff genommen werden.

– **Freie Gruppe, Bielefeld:** hier werden die Kriterien für eine aufklärerisch gerichtete Theaterarbeit aus einer genauen "Zielgruppenanalyse" gewonnen; über "Kooperationsversuche" mit anderen Gruppen in der Stadt wurde berichtet.

– **Freie Gruppe, Kunstakademie Stuttgart:** hier wurden Erfahrungen beim "Mitspiel" gemacht; "Fragen der Form" stehen im Mittelpunkt.

– **"Blitztheater", PH Lüneburg:** hier werden Erfahrungen mit politischer Repression in der PH in Theateraktionen auf der Straße umgesetzt (eben vor kurzem: die Erfahrungen mit dem Polizeieinsatz, der gegen die wegen Prüfungsverschärfung streikenden Studenten mobilisiert wurde).

– **Freie Gruppe, Kirrlach (zwischen Heidelberg und Karlsruhe):** hier wird vor allem mit Schülern und Lehrlingen in Jugendzentren gearbeitet. Das Spiel soll "zur Befreiung von Unterdrückungserfahrung" beitragen: "Die gingen nach einiger Zeit unheimlich aus sich heraus!"

– **Freie Gruppe, Köln:** hier wurde ein Stück "von und mit Arbeitslosen" erarbeitet. Die dabei gewonnenen Einsichten wurden in einem Kampf auf institutioneller Ebene (Arbeitsamt etc.) weitergetrieben.

Sicher fällt auf, daß in allen diesen Versuchen eine prinzipielle Schwierigkeit dominiert: wann kann Re-Aktion in Aktion gewendet werden? Wie kann politische Erfahrung aktiv mit den Mitteln des Theaters verarbeitet werden, so daß der Prozeß der Verarbeitung selbst zur politischen Erfahrung wird? – Nur von hier aus läßt sich die scheinbare Unvereinbarkeit von Freien Gruppen und institutionalisiertem Theater auflösen. Horst Siede (Hess. Staatstheater Wiesbaden) formulierte dies in einem der abschließenden Diskussionsbeiträge etwa so: "Sofern es denen , die am institutionalisierten Theater und denen, die in Freien Gruppen arbeiten, wirklich um politische Emanzipation geht, kann es sich nicht um zwei verschiedene Produktionsweisen von Theater handeln. Um gravierende Unterschiede in den Produktionsbedingungen, die sowohl für die Freien Gruppen wie für das institutionalisierte Theater entsprechende Rückwirkungen in den Produktionsformen nach sich ziehen (z. B. einmal durch den völligen Mangel, das andere Mal durch die kaum zu bewältigende Schwerfälligkeit des Apparates etc.), handelt es sich allerdings; Formen aber sind beim Theatermachen immer auch die Inhalte".

Aus der Diskussion sich ergebende politische Aufgaben wären es:

1) die Aufspaltung in Freie Gruppen und institutionalisiertes Theater mit all ihren Folgen als eine vom herrschenden System produzierte zu erkennen;

2) von dieser Einsicht aus eine organisatorische Praxis zu überlegen, die diese Aufspaltung langfristig aufheben könnte.

**Unmittelbares Arbeitsergebnis:** die Freien Gruppen bitten das SB, seinen organisatorischen Zusammenhang für ihre gegenseitigen Kontaktbedürfnisse einzusetzen. Der erste Schritt dazu wäre die Speicherung und Verteilung der Adressenliste.

Der Pfingstkongreß und die in der "Medienarbeitsgruppe" aufgeworfenen Fragen führten zur Gründung eine Initiativgruppe Theater, die sich mit den eben angesprochenen politischen Aufgaben produktiv auseinandersetzen will.

# Video in der politischen Arbeit

Auf dem Hintergrund der Plenumsreferate wurde ein Einstieg in die Problematik Film/Video versucht. Organisationsformen für eine alternative Film- bzw. Videoarbeit (wie beispielsweise Kommunales Kino, Medienzentrum usw.) scheinen innerhalb der Linken in der BRD noch nicht sehr verbreitet zu sein. Das jedenfalls mußte festgestellt werden. Kaum jemand aus der Arbeitsgruppe war in der Lage, aus eigener Praxiserfahrung mit Film/Video zu berichten. Über die "Hobbyfilmerei" waren die Genossen noch nicht hinausgekommen. So konnten die diskutierten Problemkreise entweder ausschließlich theoretisch, d. h. aufgrund der vorliegenden Literatur, oder nur nachfragend, zur Klärung des eigenen Verständnisses, behandelt werden.

Grundsätzlich – und das zeichnete sich bereits in der Plenumssitzung am Vormittag ab – sind **zwei Ansätze einer alternativen Film/Videoarbeit** zu unterscheiden:

1. der produktorientierte Ansatz und
2. der prozeßorientierte Ansatz.

**Produktorientiert** zu arbeiten heißt hier, z.B. einen Film zu drehen, der an den Bewußtseinsbedingungen des einzelnen anknüpft und versucht, im Sinne einer konfliktorientierten Aufarbeitung des Alltags, Impulse für Gespräche und Handlungsweisen mit Kollegen, Freunden und Genossen zu geben. Dabei taucht meistens ein gewichtiges Problem auf: Die Produzenten müssen über entsprechende oder ähnliche Erfahrungen wie ihre Adressaten verfügen, um eine Vermittlung mög-

lich zu machen. Das schließt den üblichen Profi-Filme-Macher aus.
Eine **Verbreitung** solcher Filme über die öffentlichen Medien Rundfunk und Fernsehen ist meistens nicht möglich, weil diese Filme ihrem Inhalt und ihrer Struktur nach nicht "erwünscht" sind. Abgelehnt werden solche Filme meistens mit der vorgeschobenen Begründung, sie seien technisch nicht einwandfrei oder es stünde keine Sendezeit mehr zur Verfügung. Also muß überlegt werden, wie die Verbreitung organisiert werden kann. Eine Möglichkeit bieten die alternativen Kinos. In einigen Großstädten der BRD gibt es bereits solche Kinos (z.B. Abaton in Hamburg, Bali in Berlin usw.), die neben guten kommerziellen Filmen auch Filme von politischen Gruppen, Filme aus der Subkultur usw. zeigen. Es wäre notwendig, solche Kinos auch in der Provinz aufzubauen. Im Rahmen einer solchen Arbeit (Kommunales Kino) wären auch Eigenproduktionen möglich.
"Filmarbeit ist aber sehr kostspielig und zumeist auch noch sehr kompliziert!" Dieser Einwand war durchgängig und verriet eine relativ große **'Angst vor dem Professionellen'**. Die eigenen Film-/Fernsehgewohnheiten diktieren einem wohl den qualitativen Maßstab, und das führt dann zu einem ohnmächtigen Aufblicken zum technischen Apparat. Hier muß die strukturelle Gewalt der öffentlichen Medien durchbrochen werden, denn wenn dieser Ohnmachtszustand längere Zeit anhält, schlägt er meistens um in eine fatale Gleichgültigkeit, ja teilweise sogar in völlige Ignoranz dem gesamten film-/fernsehschaffenden Sektor gegenüber. Es ist zwar verständlich, aber sicherlich falsch, daß Medien nur als bloße Konsumtionsmittel betrachtet werden. Medien wie Film und Video sind auch immer zugleich Produktionsmittel und, in den Händen möglichst vieler Leute, sozialisierte Produktionsmittel.
Die Gegensätzlichkeit zwischen Produzenten und Konsumenten ist nicht zwangsläufig, sondern durch die ökonomischen und administrativen Vorkehrungen (sog. öffentlicher Auftrag der Rundfunk- und Fernsehanstalten) hervorgerufen. Das kann geändert werden, indem die Medien zur politischen Artikulation der unterdrückten Interessen beitragen. Nicht mehr das Produkt, der Film in seinem kommerziellen Gehalt, ist vorrangig, sondern der Herstellungsprozeß unter dem Aspekt politischer Zielsetzung. Bei einem solchen **prozeßorientierten Arbeiten** besteht auch die Möglichkeit, Öffentlichkeit als Produktionsprozeß zu begreifen und einen neuen Aktualitätsbegriff zu entwickeln. Nicht mehr die unstrukturierte Situation, wie sie von uns erlebt wird, wird uns um die Ohren geschlagen, sondern wir entwickeln unser Geschehen und setzen unsere Interessen durch (historische Aktualität). Da wir den Adressaten kennen und uns mit ihm auseinandersetzen wollen, sind mögliche Vermittlungsschwierigkeiten auf ein Minimum reduziert. Funktionalisierung, Zerschneidung und Zentralisierung, Merkmale der strukturellen Gewalt der öffentlichen Medien, heben sich auf.
Statt weitere Möglichkeiten eines alternativen Film/Videoschaffens zu diskutieren, gerieten wir mehr und mehr in eine kritische Betrachtung bestimmter Filme. Zwei Genossen aus der Pfalz berichteten dann kurz über ihre **Erfahrungen mit** einem von ihnen durchgeführten z. Z. noch **kommerziellen Kino.** Schwierigkeiten bestehen bei ihnen generell im ökonomischen Bereich, berichteten die Genossen. An eine gezielte politische Medienarbeit, z. B. den Aufbau eines Kommunalen Kinos, sei gegenwärtig noch nicht zu denken, zumal es an den nötigen politischen Verbindungen fehlt, die eine entsprechende Kommunikation, d.h. auch Aktualität, ermöglichen.
Anschließend berichtete ein Genosse aus Lüneburg über eine **politische Filmarbeit**, die er mit drei weiteren Genossen und zusammen **mit 30 Lehrlingen** durchgeführt hatte. Die Filmarbeit entwickelte sich innerhalb einer rund zweijährigen Betriebsarbeit. Zusammen mit den Lehrlingen bildeten sie ein Produktionskollektiv und drehten außer kleinen Videofilmen einen 40minütigen Super-8-Film über den Kampf der Lehrlinge um höhere Ausbildungsvergütungen. Der Film wurde selbst finanziert und kann nur im Rahmen einer entsprechenden politisch-pädagogischen Betriebsarbeit verstanden werden. Er richtet sich an einen spezifischen Adressatenkreis (Lehrlinge, Schulabgänger und Betriebs-/Gewerkschaftsgruppen).

# Medien auf dem Kongreß

Der Einsatz von Video auf dem Kongreß lief unbefriedigend ab. Obwohl vier bis fünf Videogruppen relativ ausführlich die Ereignisse dieser Tage auf Band festhielten, war es nicht möglich gewesen, dieses Videomaterial wieder einzusetzen – etwa auf dem Römerbergfest hätte man Erfahrungen an Kongreßteilnehmer weitergeben können, die beispielsweise Veranstaltungen vom Vortage oder die Demonstration nicht miterleben konnten. Organisationsschwierigkeiten zwischen dem SB und den Video-Gruppen waren der Grund, daß dieser Plan nicht realisiert werden konnte.
Am Sonntag verfügte die Video-Arbeitsgruppe erst in letzter Minute über Geräte. So gelang es nicht, die angekündigten Bänder aus Berlin ("Die Gedanken sind frei", über § 88a) und Hamburg ("Presse und Justiz – Pressjustiz") sinnvoll einzusetzen. Die Diskussion konnte in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, nicht so geführt werden, daß Informationen zur Videoarbeit vermittelt oder ausgetauscht und die zunehmende Repression im Medienbereich angesprochen werden konnten.
Gerade der letzte Punkt, Erfahrungen auszutauschen, wäre wichtig gewesen, weil eine Arbeitsgruppe in Hamburg zur rechtlichen und politischen Situation der Medienarbeiter eine Broschüre erstellen will (Informationen, Hinweise, Mitarbeit und Kontakte über das Medienpädagogik-Zentrum in Hamburg, siehe Literaturliste). Im großen Stil wird audio-visuelle Übertragung und Bandaufzeichnung von Vertretern der Industrie, der Polizei und vom Big-TV als publizistisches Mittel genutzt. Aufmerksamen Demonstrationsteilnehmern dürfte nicht entgangen sein, wie die Polizei ihren Medienapparat um Video ergänzt hat (siehe den massiven Einsatz bei der Beerdigung von Ulrike Meinhof in Berlin). Die Polizei der Großstädte Hamburg, Frankfurt, München und Berlin verfügt unterdessen über je zehn tragbare Video-Cassettenrecorder.

**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.**

**Video-Film von der Mediengruppe "Monte Video" des SZ Stuttgart: 51 Minuten Cohn und Rudi, Klaus und Elmar, die Frauen und Moßmann, die Demo, und Du und Du und Du! Postkarte an SZ Stuttgart, Neckarstraße 178. Weiteres Videomaterial zum SB-Kongreß bei: MPZ, Medienpädagogik Zentrum e. V., Grindelhof 59c, 2 Hamburg 13, Stichwort 'SB-Kongreß', W. Zeckai, Heinrich-Baumann-Str. 38, 7 Stuttgart 1 und Telepublik Berlin, Chr. Scholz, Flughafenstr. 7, 1 Berlin 44.**

Anfang der 70er Jahre begannen in der BRD die ersten autonomen Videogruppen, die Möglichkeiten der audio-visuellen Apparate für ihre Sache zu nutzen. Die Apparate – die im freien Handel etwa 5.000 bis 6.000 DM kosten und Magnetbänder zum Preis von etwa 50 Mark benötigen – werden beispielsweise eingesetzt, um Basisarbeiten im Stadtteil (Mieterinitiativen, Kinderladenprojekte) zu unterstützen, Knastarbeit zu dokumentieren, Medienkritik aktiv zu leisten (Alternativprogramme).
Bei zunehmender Repression der Arbeit im Medienbereich tritt verstärkt die Diskussion um eine effektivere Produktion der Bänder in den Vordergrund. Selbstverständlich bestehen neben politischen Auseinandersetzungen technische, finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten. Dieses Problem innerhalb und außerhalb der verschiedenen Gruppen ist gekoppelt mit der Frage nach einer sinnvollen Zusammenarbeit in bezug auf Distribution der Bänder. Bisher wurden die Arbeiten – je nach Eigeninitiative und Möglichkeiten der Gruppen – beispielsweise bei Stadtteilfesten, an der Universität, in linken Kinos und bei Sonderveranstaltungen gezeigt. Ein breiter, gezielter Einsatz aller in der BRD produzierten Bänder konnte bisher nicht erreicht werden. Hier sollte eine dezentrale Vertriebsstruktur Abhilfe schaffen.
In diesem Zusammenhang muß noch einmal auf den geplanten "Medienverbund" eingegangen werden: hier ist anzustreben, alle alternativen Medien (Zeitung, Film, Foto, Video) zu vereinen, um so zu prüfen,
a) welche Medien für welche Probleme eingesetzt werden können,
b) wie die verschiedenen Medien sich gegenseitig unterstützen können. Zum Beispiel im Videobereich: Stadtteilzeitungen veröffentlichen Video-Verleihlisten,
c) wie eine plötzlich notwendige Kampagne von all den alternativen Medien breit getragen werden kann.
Abschließend ist noch zu erwähnen, daß verschiedene Gruppen aus den Viedeo-Materialien ein Band erstellen wollen, das den Pfingstkongreß dokumentieren soll.

# Zur politischen Praxis von Bürgerinitiativen

Am Anfang der Arbeitsgruppendiskussion sollte eine Auseinandersetzung über die Entwicklung und aktuelle politische Bedeutung der Ende der sechziger Jahre einsetzenden Bürgerinitiativen-Bewegung stehen. Die Unterschiedlichkeit der vielfältigen Initiativen hat es gerade der BRD-Linken schwer gemacht, zu einer angemessenen und praktisch-politisch folgenreichen Einschätzung diese Bewegung zu gelangen, obwohl Bürgerinitiativen oftmals in ihren Aktionsformen und im Aufgreifen von unmittelbaren Interessen an die außerparlamentarischen Artikulations- und Protestformen der Studentenbewegung der sechziger Jahre anknüpfen. Gehaltvolle Analysen zur politischen Reichweite und Praxis der Bürgerinitiativen-Bewegung, wie auch organisierte und reflektierte Formen der politischen Zusammenarbeit, sind in der Linken kaum entwickelt worden. Je nach politischem Standpunkt werden Bürgerinitiativen entweder als "Kleinbürgerbewegungen" ins politische Abseits gedrängt, als spezifische Formen von Interessenvertretung im Reproduktionsbereich auf ihre Gewerkschaftsfähigkeit hin beleuchtet ("gewerkschaftliche Orientierung"), oder als "basisdemokratische" Kraft in die Widerstandsfront gegen den Abbau demokratischer Rechte und die Tendenzen zum autoritären Staat eingereiht.

In den Bürgerinitiativen wurden dagegen mit der Linken (besonders mit den K-Gruppen) weitgehend negative Erfahrungen gemacht, auch wenn Sozialisten vereinzelt in diesen Initiativen sinnvoll mitarbeiten. Die weitgehende Abschottung von Bürgerinitiativen und der organisierten Linken erschwert eine Einschätzung der politischen Handlungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen gerade in einer Phase der bundesrepublikanischen Entwicklung, wo auch sie verstärkt von den verschiedenen Formen staatlicher Repression betroffen sind. Das Widerstandspotential dieser Initiativen, die in den letzten Jahren eine erstaunliche Ausbreitung und Weiterentwicklung erfahren haben, bildet jedoch für die Linke einen wichtigen politischen Bezugspunkt, zumal Bürgerinitiativen selbst auch als Reaktionen auf den Funktionsverlust der bürgerlichen Parteien, (kommunalen) Parlamente etc. und die Selbstbeschränkung der Gewerkschaftspolitik auf Tarifpolitik verstanden werden können. Praktische Mitarbeit von Linken in Bürgerinitiativen, die sich auf die begrenzten Ansatzpunkte für politische Lernprozesse und die eingeschränkten Teilziele einläßt, zählt eher zu den Ausnahmeerscheinungen, vorschnelle aufgestülpte Politisierungsabsichten, die sich von den Erfahrungen der Betroffenen entfernen, scheinen eher die Regel. Allerdings gibt es gerade in der undogmatischen Linken auch heute politische Ansätze, deren Chancen und Erfahrungen zu diskutieren wären. Stadtzeitungen, die sich auch als Forum lokaler Bürgerinitiativen verstehen, neue Formen von Stadtteilarbeit, die sich nicht auf studentische Interventionspolitik beschränken, sondern eine Kooperation von verschiedenen Basisinitiativen und den Ansätzen zu einer kritischen Berufspraxis im Stadtteil anstreben, bilden Fixpunkte lokaler Gegenkultur und Gegenöffentlichkeit, die zu wichtigen Elementen sozialistischer Politik werden können.

Auf dem Kongreß sollten einige Bürgerinitiativen und lokale politische Projekte vorgestellt und die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch organisiert werden. Aktuell wird es vordringlich um die Möglichkeiten gemeinsamer politischer Gegenwehr gehen, da nach dem Ende von staatlicher Reformpolitik und materiellen Zugeständnissen an Bürgerinitiativen vor allem der staatliche Repressionsapparat eingesetzt wird. Dazu einige vorbereitende Problemstellungen:

- Ansatzpunkte für die Bildung von Bürgerinitiativen sind Entwicklungen im Reproduktionsbereich, aktuelle Mißstände und die allgemeine Bedrohung bzw. Verschlechterung der Lebensbedingungen, die auf der Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche beruhen. Welchen Einfluß hat die ökonomische Krise auf diese Entwicklungen gehabt; wie haben sich die Initiativen im Reproduktionsbereich angesichts verschärfter Ausbeutung in den Betrieben und der Bedrohung durch Arbeitslosigkeit entwickelt?
- Die soziale Basis von städtischen und lokalen Initiativen ist zumeist äußerst vielschichtig, die Aktivisten kommen häufig aus den "neuen Mittelklassen". Welche Zusammenhänge zwischen der Klassenbasis dieser Initiativen, den konkreten Entstehungsbedingungen und ihrer politischen Praxis und Stoßrichtung lassen sich aufweisen, und was läßt sich daraus an strategischen Schlußfolgerungen ziehen?
- Bürgerinitiativen gehören zu den Widerstandsformen gegen die Angriffe von Kapital und Staat auf das Alltagsleben. Als außerinstitutionelle Kräfte schaffen sie sich dabei mehr oder weniger offene Organisationsstrukturen (von Vereinen, bei denen lediglich die Vorstände aktiv werden, bis zu Formen direkter Demokratie). Welche Entwicklungstendenzen zeigen sich bei den Binnenstrukturen von Bürgerinitiativen, und wie wirken sie sich auf die Durchsetzungskraft und die politischen Lernprozesse der Beteiligten aus?
- Ihre politische Wirksamkeit entfalten Bürgerinitiativen und Stadtteilarbeit durch die konsequente Vertretung von unmittelbaren Interessen, indem sie Formen von Gegenmacht durch Aktionen, Gegenöffentlichkeit, lokale und überregionale Kooperation in der Auseinandersetzung mit Verwaltungen, Verbänden und politischen Parteien hervorbringen. Wie weit werden diese Konflikte zum Medium politischer Selbstaufklärung und praktischer Gesellschaftsanalyse, die den Tendenzen zum staatsbürgerlichen Privatismus und zur hergestellten politischen Apathie entgegenwirken?
- Formen konkreter Interessenpolitik, wie sie von Bürgerinitiativen betrieben werden, müssen sich, wollen sie erfolgreich sein, schon aufgrund ihrer schmalen Basis auf die Kooperation mit Parteien, Gewerkschaften, Stadtverwaltungen etc. einlassen. Dabei sind ihre Interessen von den findigen Umarmungstaktiken, Kooperations- und Integrationsangeboten dieser Institutionen gefährdet. Wenn diese Mittel versagen, haben gerade Bürgerinitiativen bei ihren Aktionen nachhaltige Erfahrungen mit dem repressiven Staatsapparat gemacht. Die politischen Möglichkeiten solcher Konflikt- und Kooperationsstrukturen, die Erfahrungen, die einzelne Initiativen mit Parteien und Gewerkschaften gemacht haben, sollten ein zentraler Punkt des Erfahrungsaustauschs sein.

Aus der Lageeinschätzung der Bürgerinitiativen-Bewegung ließe sich eine Diskussion über das Verhältnis von Sozialisten zu diesen Ansätzen entwickeln, die auf praktische Konsequenzen gerichtet ist. Gemeinsame Perspektiven sind vor allem auf zwei Ebenen zu finden:

- Im Zusammenhang mit den im Sozialistischen Büro entwickelten Arbeitsfeldansätzen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, die sich auf eine politisch verstandene und genutzte Berufspraxis gründen, ergeben sich zahlreiche Berührungspunkte mit Bürgerinitiativen. Welche Erfah-

rungen wurden hier gemacht, seit Bürgerinitiativen als "Reformtreibsätze" ebenso ausgedient haben, wie die verschiedenen Ansätze zur kritischen Sozialarbeit, Bildungsarbeit etc.? Wie stellt sich das Verhältnis von Berufspraxis und Bürgerinitiativen heute dar?

● Die lokale Zusammenarbeit von Bürgerinitiativen und Stadtzeitungen bildet gegenwärtig zentrale Bezugspunkte für die lokale politische Praxis der Linken. Dabei stehen aktuell die Verteidigung der Legitimität konkreter Interessenpolitik und die Möglichkeiten politischer Praxis unter repressiveren Bedingungen im Vordergrund. Ansätze lokaler Organisierung, wie die "Demokratische Initiative" in Aachen oder das "Kritische Forum" in Stuttgart, wären auf ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten hin zu diskutieren und die Chancen einer Übertragung dieser Ansätze auf andere Städte zu prüfen. Dabei kommt es vor allem auf die Bedingungen an, unter denen eine Verknüpfung kontinuierlicher sozialistischer Politik auf lokaler Ebene mit aktuellen Anti-Repressionskampagnen geleistet werden kann.

**ROLAND ROTH**

# Ruhe ist fast nirgendwo

Vorbemerkung: Die AG wurde selbst organisiert. Keine Gruppe oder einzelne Vertreter kannte andere Gruppen oder Personen. Wir waren uns alle fremd. Aus dem Diskussions-Verlauf zu ziehende Schlüsse, Folgerungen oder gar Handlungsanweisungen sind im Bericht nicht enthalten. Mit scheint es wichtig zu sein, die Unterschiedlichkeit der teilnehmenden Gruppen zu verdeutlichen, indem ich getreulich die gemachten Notizen niederschreibe und sonst nichts. Unterschiedlichste Erfahrungsprozesse in dieser Arbeit kennzeichnen politische Standpunkte und Einschätzungen zur Stadtteilarbeit. Vom "na, dann wollen wir mal Stadtteilarbeit machen" bis "hat Arbeit in Bürgerinitiativen überhaupt noch eine Perspektive" war alles vertreten.

Teilnehmer aus Gruppen:

- Bürgerinitiative Berlin-Tegel: Projekt Großflughafen;
- Bürgerinitiative Offenbach-Rumpenheim: Projekt Schloßabbruch, Kinderhaus;
- Arbeiterinitiative Ruhrgebiet: Kinderbetreuung im Stadtteil, Selbstversorgung, KITA´s;
- Emigrantenzentrum Frankfurt-Gallusviertel: Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe mit städtischem Zuschuß;
- KKW-Wyhl;
- Freiburger Bürgerinitiative, Freiburger Stadtzeitung;
- Patientenkollektiv Wien: psychotherapeutische Betreuung;
- Aachen/Schwerpunkt: Stadtplanung, Raumleitplanung;
- Bürgerinitiative für Umweltschutz – Bonn;
- Bürgerinitiative in Köln: Projekt "Wohnen im Stolberg" und generell Stadtsanierung;
- Mieterinitiative Hamburg-Eppendorf;
- Mieterbeirat Berlin-Schöneberg: Mietprobleme, Beratung etc.;

## Ein Beispiel erfolgreicher Stadtteilarbeit

**Im Frühjahr 1974 entstand aus den Aktionen um den § 218 in Hannover eine Frauengruppe. Im Laufe des Jahres wurden sich einige Frauen dieser Gruppe darüber klar, daß nur eine Öffentlichkeitsarbeit, die über Frauenprobleme hinausgeht und mit praktischer Hilfe verbunden ist, eine reale längerfristige Perspektive für sie sein konnte.**

**Sie begannen, sich im Frühjahr 1975 mit Informationsständen im Stadtteil List an die Öffentlichkeit zu wenden, verteilten und diskutierten Informationsblätter über Rechte beim Sozialamt, bei Frauenarztbesuchen, und warben mit der Anregung zu Kinderspielkreisen. So vergrößerte sich die Gruppe rasch. Nach vielen Auseinandersetzungen mit einer entstandenen Müttergruppe über die Ziele der gemeinsamen Arbeit entwickelte und verselbständigte sich eine feministische Gruppe, während eine Fraktion übrigblieb, die mit der Stadtteilarbeit richtig anfangen wollte. Im Herbst wurde dann der Laden in der Edenstr. 38 gemietet. Diese Gruppe ist der Meinung, daß durch den Aufbau eines Frauenladens nur ein bestimmter, geschlechtsspezifischer Teil der sozialen Wirklichkeit für betroffene Frauen erfaßt würde, die partielle Erleichterungs-, Lösungs- und Überwindungsmöglichkeiten suchen. Das hieße: kurzfristige, subjektive Hilfe anbieten für langanhaltende, allgemeine gesellschaftliche Mißstände. Jede Frauengruppe, auch jede Frauengruppe innerhalb einer Stadtteilgruppe, muß natürlich auch in dieser Richtung arbeiten. Erkennt man jedoch, daß z. B. das Problem ungewollter Schwangerschaften in erster Linie ein soziales Problem ist, das nicht nur karitative Hilfe verlangt, muß eine effektive Hilfe verstanden werden als gemeinsames Bewußtwerden und Handeln.**

**Die Probleme der mitmachenden und angesprochenen Frauen treten insofern nur geschlechtsspezifisch auf, jedoch sind in jedem Fall auch Männer davon betroffen. Aus dieser Erfahrung ergab sich das Konzept, die politische Arbeit im Stadtteilladen gemeinsam mit Männern zu organisieren, was dann auch geschah. Durch die Gespräche mit den Leuten an den Informationsständen und bei den privat stattfindenden wöchentlichen Treffen hatten sich bei den Frauen konkrete Vorstellungen über ihre politische Praxis herauskristallisiert. Die Projekte: Rechtshilfe, Sexualinformationen, Kleiderladen, Kinderspielkreise, Filme und Vorträge ließen sich nur über eine Unterbringung in festen Räumen verwirklichen. Der Laden wurde in dem Stadtteil, in dem wir auch wohnen, eröffnet. Es ist ein Altbauwohngebiet am Rande der Innenstadt. Der Laden liegt parterre, ein ca. 50 qm großes ehemaliges Geschäft. Er teilt sich nach Funktionen in Büro, Gruppenraum und Kleiderladen und Teestube.**

**Um geschäftsfähig auftreten zu können – z. B. Vermieter –, haben wir im Oktober den Verein "Stadtteilladen Lister Platz" eintragen lassen. Ursprünglich bestand der Stadtteilladen ausschließlich aus Vereinsmitgliedern, inzwischen werden wesentlich mehr Leute aktiv. Der monatliche Beitrag zur Finanzierung der Unkosten beträgt 2% des Nettoeinkommens.**

**Wir haben bisher folgende Initiativen in Gang gebracht:**

**Eine Gruppe Sexualinformationen arbeitet mit Ärzten und „Pro Familia" zusammen, sie gibt Informationen über Ergebnisse medizinischer Forschung, erläutert Funktion, Gebrauch und Risiken verschiedener Verhütungsmittel, spricht über Partnerprobleme.**

**Der Kleiderladen hat sich aus dem Kinderkleidertausch entwickelt.**

**Hier werden getragene Kleidungsstücke, die zu groß oder zu klein geworden sind, von Stadtteilbewohnern hergebracht und können von anderen Interessenten gegen geringe Gebühr wieder mitgenommen werden. Der Kleiderladen ist täglich am Nachmittag in Verbindung mit einer Teestube geöffnet. Während dieser Zeit nehmen wir auch Kleinanzeigen entgegen, die im Schaufenster ausgehängt werden.**

**Im Rahmen der Rechtshilfe werden von einer Gruppe juristisch qualifizierter und interessierter Laien einerseits juristische Informationen an die Stadtteilladenmitglieder und andererseits einmal wöchentlich praktische Unterstützung bei auftretenden Rechtskonflikten für die Benutzer des Ladens gegeben. Die Rechtshilfe (Arbeitsrecht, Scheidungsrecht, Unterhaltssicherung, Mietrecht, Wohngeld) findet abends statt (wichtig für Berufstätige). Zur Zeit organisiert die Gruppe gemeinsam mit Hausfrauen eine Verbraucheraufklärung.**

**Die Kinderspielkreisinitiative entstand aus der Überlegung der Mütter, Zeit zu gewinnen, um überhaupt mitmachen zu können, und aus der Erfahrung heraus, daß in der Regel die Erziehung in Kindergruppen im Gegensatz zur Einzelkinderziehung der Entwicklung der Kinder dienlicher ist. Mittlerweile sind vier Kinderspielkreise entstanden. Einige von den Müttern machen aktiv bei anderen Projekten im Laden mit. Wichtig zu erwähnen ist, daß wir durch die Mitgliedsbeiträge, durch den Kleiderladen und durch Spenden den Laden finanziell tragen können. Die Mütter aus den Spielkreisen bezahlen zusätzlich einen kleinen Beitrag zur Erhaltung des Ladens.**

**Besondere Schwierigkeiten stellten sich uns noch bei der Suche nach Kontakt mit ausländischen Gruppen. Obwohl wir unser erstes Informationsblatt in spanischer, türkischer und griechischer Sprache herausgebracht haben, um auch ausländischen Mitbürgern den Laden zu öffnen, hatten wir von dieser Seite noch keinen Zulauf. Die Premiere kontinuierlicher multinationaler Stadtteilarbeit in Hannover steht noch aus.**

**Kontakt: "Stadtteilladen Lister Platz", Edenstr. 38, 3000 Hannover.**

★

# ARBEITSGRUPPE BÜRGERINITIATIVEN + STADTTEILARBEIT

– Stadtteilladen Berlin-Kreuzberg: Beratung und Hilfe in Stadtsanierung, Mieten, Schwangerschaft, Gesundheit, arbeiten von 15,00 bis 19,00 Uhr im Laden, machen sonntags Frühschoppen, benutzen Videofilme für lokale Wochenschau;
– Jugendarbeitsinitiative aus Düsseldorf;
– Frauenladen Berlin-Charlottenburg;
– Kulturladen Nürnberg: besteht seit Dezember 1975, er ist eine Art Bürgerzentrum in einem Stadtteil mit hoher Ausländerquote. Die Mitarbeiter versuchen, Ausländer in die (Kultur-) Arbeit einzubeziehen;
– Stadtteilarbeit in Bielefeld-Stuchhard: Das Praxisfeld umfaßt einen Abenteuerspielplatz und einen Laden – vorwiegend für Kinder und Jugendliche. Neben den Aktivitäten im Bereich "Schularbeitenhilfe" und "Freispiel" liegt der Schwerpunkt in der Elternarbeit;
– Initiative Abenteuerspielplatz in Tübingen. Der ASP befindet sich in einem gemischten Alt- und Neubaugebiet. Etwa ein Jahr lang wurde von Studenten Vorarbeit geleistet. Seit einem halben Jahr tragen 30 Mitarbeiter (15 Studenten, 10 Eltern, 5 Lehrlinge) die praktische Arbeit auf dem ASP. Einen "Hauptamtlichen" gibt es nicht. Bezahlt wird alles durch Mitgliedsbeiträge (Trägerverein) und Spenden, die bei Festen hereinkommen;
– Kinderladen in Hamburg-Altona wurde vom "Bund demokratischer Jugend" wegen der schlechten Freizeitsituation für Kinder in diesem Stadtteil eingerichtet. Die Kinder sollten hier "kollektiven Widerstand" erlernen, um später besser für ihre Interessen eintreten zu können. Die Initiatoren haben es – wie sie berichteten – schwer, sich gegen antisozialistische Vorurteile zu behaupten. Durch die praktische Arbeit mit den Kindern gelingt es aber, auch mit den Bewohnern über ihre sozialen Probleme zu sprechen;
– Kinder- und Schülerladen im Unabhängigen Jugendzentrum (Esch-Haus) Duisburg.

Diskussion: Besonders bemerkenswert wurde die Situation des Studenten geschildert, der, ausgehend von Studienarbeiten (Projektarbeiten), Einblick in Mißstände jeder Art erlangt und sich aktiv an der Behebung dieser Mißstände bzw. deren Ursachen, beteiligen will. Nach den ersten Aktivitäten sehen sie sich jedoch isoliert von den Betroffenen. Zitat: "Wie erreichen wir die Verankerung in der Bevölkerung?"

Die finanzielle Basis der Gruppen ist unterschiedlich. Einige bestreiten ihre Arbeit voll aus der eigenen Tasche, mit dem Eingeständnis, daß sie zwar weitgehend unabhängig arbeiten können, jedoch ihre selbstgeleistete finanzielle Unterstützung leicht zum Selbstzweck werden kann. Andere erhalten Zuschüsse von Behörden, berichten aber sogleich, daß sie fast permanent diese Zuschüsse verteidigen müssen, somit kaum zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen.

Diejenigen, die sich mittels Spendenaufkommen aus der Bevölkerung finanzieren (Vereinsbeiträge, Sammlungen) berichten von keinen besonderen Schwierigkeiten.

Das Problem des "Nichtwohnens" im betreffenden Stadtteil überlagert sich mit dem der Isolation und dem der Betroffenheit. Mehrere Gruppen versuchen und praktizieren von außen Gegenwehraktivitäten in den lokalen Bereich hineinzutragen. Dem in dieser Praxis erfahrenen Ablehnungsverhalten von seiten der direkt Betroffenen könnte durch "Hineinziehen in den Stadtteil" entgegengearbeitet werden. Der Berliner Stadtteilladen will dies durchführen, um seine Arbeit zu intensivieren; andere Gruppen versuchen erst hineinzuziehen, um dann Stadtteilarbeit zu betreiben. Es wurde festgestellt, daß durch "Hineinziehen" noch keine Antworten auf die Fragen nach Wahl der Mittel und der Argumente gegeben sind.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit taucht immer wieder die Frage nach der Wahl der Mittel auf. Es wurde davor gewarnt, hierbei allzu leichtfertig mangelnder Resonanz der Betroffenen nur mit technischen Mitteln entgegenzuarbeiten. Die Anwendung militanter Gegenwehr wurde von den Gruppen als ganz selten durchführbar gesehen. Der Grund: die in der Regel pluralistisch durchsetzten Bürgerinitiativen, wo der Hausbesitzer neben dem Mieter, der Lohnabhängige neben dem Chef sitzt, und die vorhandenen Klassenkonflikte 'soft' und am Ende meist mit Kompromissen ausgetragen werden.

Man arrangiert sich mit den potentiellen Gegnern, die klare und kompromißlose Forderung versickert im Sand. Jedoch wurde auch geäußert, daß u. U. ein Kompromiß auch ein Erfolg sein kann, und zwar dann, wenn Teile der Bevölkerung sich zur Gegenwehr aufraffen, aber von anderen ihr Vorhaben als aussichtslos denunziert wird. ("Die da oben machen ja doch, was sie wollen!")

Vor dem Hintergrund aktiver Arbeit im Stadtteil und in Bürgerinitiativen stellten sich manche die Frage nach dem Sinn und Zweck ihrer Tätigkeit. Konkrete Erfahrungen führen dazu, zu erkennen, daß zwar irgendwo eine Misere partiell behoben werden konnte, daß aber die Ursachen der Misere weiterhin bestehen bleiben. Da fragte einer, was denn diese Arbeit da noch für einen Sinn hat. Die Antwort kam: man müsse erst mal 'kleine Brötchen backen', nicht den Umsturz kurzfristig verfolgen, sondern in Kleinarbeit eben die Ursachen von Wirkungen deutlich machen. Nicht das Beheben oder Flicken von Konflikten ist sozialistische Arbeit, sondern die politische Arbeit im Kampf um alle möglichen Projekte sei das. Wenn dabei sich manche vor den jeweiligen parlamentarischen Oppositionskarren gespannt sehen, so müsse auch das verdeutlicht werden.

Von dem langen Themenkatalog, den alle diskutieren wollten, wurde lediglich der Punkt "Öffentlichkeitsarbeit" einigermaßen befriedigend am Beispiel zweier Projekte diskutiert:

1) Rumpenheim liegt in der Nähe der Großstadt Offenbach, zum Stiefkind degradiert nach der Eingemeindung, kleinbürgerliche Idylle, dörflicher Charakter, ca. 3000 Einwohner, Konflikt: drohender Abbruch des zentral gelegenen Schlosses auf Grund eines SPD-Beschlusses. Der Ort wurde als "sozial intakt" charakterisiert, da noch keine Neubauüberfremdung vorliegt, die Leute sprechen noch miteinander, starke familiäre und vereinsmäßige Bindungen. Diese Beobachtungen veranlaßten die Bürgerinitiative, keine eingene Zeitung zu machen, sondern per Mundpropaganda und der Lokalzeitung (Offenbach-Post) die nötige Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen, ergänzt durch Flugblätter für gezielte Informationsvermittlung (Aufruf, Unterschriften, Versammlungen). Die Offenbach-Post stellte jedoch die Arbeit in ein mehr karitatives Licht, die eigentlichen Probleme wurden vernebelt, verniedlicht oder sogar zum Nachteil der Bürgerinitiative publiziert. Trotz dieser Negativerfahrungen hielt man an der Lokalzeitung fest, erarbeitete aber künftig konkrete Unterlagen mit Photomaterial und Daten bzw. Fakten, die dann dem Zeitungsreporter übergeben wurden.

2) Aachen-Burscheid: Vorortsituation, jedoch soziale Monostruktur (viele Ausländer, Heime, Hotels, Eigenheimbesitzer), Konflikt: Bebauungsplan. Die Genossen publizierten ihren Konflikt in der Stadtteilzeitung "Klenkes", verteilten diese im Stadtteil, organisierten eine Versammlung, mit dem Ergebnis, daß mehrheitlich Haus- und Grundstücksbesitzer da waren. Ein Mißerfolg? Offensichtlich wurde der "Klenkes" wahllos verteilt, andere Gruppen berichten, daß sie bessere Ergebnisse erzielten, wenn sie Flugblätter oder Zeitungen per Hausbesuch oder Ansprechen verteilen. Auch der Postversand mit Briefumschlag und persönlicher Anschrift sei vorteilhaft, wenn wir uns nicht über einen mangelnden Rückkoppelungseffekt wundern sollen. Falls viele ausländische Kollegen betroffen sind, muß mehrsprachig informiert werden.

Auch ist das Maß der Betroffenheit zu beachten. Bebauungspläne interessieren nun einmal die Grundstücksbesitzer mehr als die Mieter. Wenn nun aber per Bebauungsplan schlechtere Wohnungsbedingungen zu erwarten sind, so müssen speziell die Bewohner angesprochen werden. ★

# Soldaten nehmen die Repression aufs Korn

Der Bericht ist ein Versuch, die wichtigsten Punkte der Diskussion darzustellen. Grundsätzlich kann man sagen, daß alle anwesenden Soldaten das gleiche Interesse und, davon abgeleitet, die gleichen Probleme hatten: die Einsicht der Notwendigkeit, innerhalb der Kasernen den Widerstand gegen die dort vorgefundene Unterdrückung zu organisieren samt der Frage, wie diese Einsicht konkret umgesetzt werden kann. Von dieser konkret erfahrenen Schwierigkeit aus gab es eine klare Abgrenzung gegenüber Parteilinien, die den Kampf der Soldaten nur als eine Funktion des allgemeinen Klassenkampfes verstehen. Ein weiteres Merkmal der Diskussion war die Beschränkung auf die Praxis: Überlegungen zu einer theoretisch abgesicherten längerfristigen Strategie mußten hinter der Diskussion über praktische Möglichkeiten des Widerstands zurücktreten. Die Basis war die offenbar von allen gemachte konkrete Erfahrung der Unterdrückung und der spontane Wunsch, sich zu wehren. Aus der Diskussion lassen sich folgende Problemkreise zusammenfassen:

## Problemkreis: Grundausbildung

In der Grundausbildung besteht ein Widerspruch zwischen Agitationsmöglichkeit und ihrer Verwirklichung. Einerseits ist allen Rekruten die Erfahrung besonders großer Unterdrückung gemeinsam (einmal, weil das ja eine entscheidende Funktion der GA überhaupt ist, zum anderen deswegen, weil der direkte Übergang aus dem Zivilleben dazukommt) – andererseits steht entgegen:

a) der physische Druck: die GA kann so hart sein, daß die Kameraden, die sich wehren wollen, das einfach nicht mehr schaffen. Sie haben außerhalb des Dienstes nicht mehr die Energie, selbst eine Gruppe zu organisieren oder andere, schon bestehende Gruppen, zu besuchen.

b) der psychische Druck: die Mittel, die Soldaten kaputt zu machen, treffen die Genossen genauso wie die andern; in den Fällen sogar noch stärker, in denen versucht wird, sie zu isolieren und gezielter als einzelne zu treffen.

c) das Bewußtsein der Kameraden wird oft falsch eingeschätzt: das Verhältnis von Druck und Gegenwehr ist erfahrungsgemäß nicht notwendig proportional. Es gab Berichte, wie verschärfter Druck (etwa Massenverhöre durch den MAD; reihenweise Einzelbelehrung durch den Kompaniechef u.a.) die Kameraden so einschüchterte, daß sie resignierten und zurücksteckten. Außerdem wird auch das spontane Widerstandsinteresse oft zu hoch eingeschätzt:

dem steht das Eigeninteresse der einzelnen gegenüber (die z. B. hoffen, durch Anpassung die ganze Zeit leichter rumzukriegen; die sich am Wochenende vom Bund erholen wollen; die sich auf die Zeit nach dem Bund freuen, ohne z. B. den Zusammenhang zwischen Unterdrükkung innerhalb und außerhalb der Armee zu durchschauen);

dem steht aber auch die Tatsache gegenüber, daß die Unterdrückung in der Bundeswehr ja nur ein Element einer langen Reihe ist, das letzte Glied der Sozialisation, deren Ergebnisse Abhängigkeit, Autoritätsangst, Deformierung des eignen Ichs und Entsensibilisierung sind.

Wahrscheinlich kann man zum Verhalten in der Grundausbildung keine generelle Aussage machen. Die Taktik hängt tatsächlich von der jeweiligen Situation ab. Allerdings blieb in der Diskussion völlig offen, ob und wie man die Wehrpflichtigen auf diese Zeit vorbereiten soll.

Ein weiteres Problem der Grundausbildung war die Erfahrung der Fluktuation. Genossen haben erlebt, wie Kleingruppen, die während der Grundausbildung kontinuierlich zusammenarbeiteten, anschließend in alle Richtungen ihrer Division zerstreut wurden. Konsequenzen, die daraus für Inhalt und Form der Arbeit während dieser Zeit zu ziehen wären, wurden nicht mehr angesprochen.

## Problemkreis: Schulung

Trotz der Skepsis gegenüber geschulten Genossen, von denen man die Ausrichtung an vorgegebenen Parteilinien und die damit in der Regel verbundenen Verhaltensweisen wie Meckertum, Kadertum usw. erwartet, wurde dennoch die Notwendigkeit anerkannt, die Wehrpflichtigen schon vor der Einberufung vorzubereiten. Im Mittelpunkt stand das Bedürfnis nach einer gründlichen Schulung über die Rechte des Soldaten, allerdings zugleich mit der Warnung davor verbunden, die Möglichkeiten nicht zu überschätzen, diese Rechte kämpferisch verwenden zu können. Ziel sollte sein, anhand der Beschwerdeordnung die Vereinzelung des Widerstandes zu überwinden. Beschwerden sollten kollektiv diskutiert und beschlossen werden – das würde die Notwendigkeit, sie einzeln zu schreiben, unterlaufen. Ein Ergebnis wäre der Gewinn an Sicherheit unter den Kameraden, zugleich der Verlust an Sicherheit unter den Vorgesetzten. Allerdings auch eine klare Grenze: die Rechtswillkür der Truppendienstgerichte, deren Entscheidungen nicht anfechtbar sind, legen die Beschwerdeordnung als Kampfmittel an einem bestimmten Punkt lahm.

Die Arbeit als Vertrauensmann dient der Aufklärung unter den Kameraden mit dem Ziel, diese Funktion zu einer politischen im Interesse der Mannschaften zu machen.

## Problemkreis: Spaltung der Soldaten

Als Problem wurde gesehen, daß die Agitation häufig auf die Mannschaften beschränkt bleibt, es aber notwendig und sinnvoll ist, den Mittelbau zwischen Mannschaft und Offizieren, d. h. hauptsächlich Unteroffiziere und Zeitsoldaten (2 - 4 Jahre) miteinzubeziehen. Die Tatsache, daß eine Reihe ehemaliger Zeitsoldaten anwesend war, erweist diese Forderung als richtig. Nicht diskutiert wurde, wo tatsächlich innerhalb der Bundeswehr die Grenze liegt; allerdings wird auch hier in jedem einzelnen Fall zu entscheiden sein, wer auf der Seite der Soldaten steht und wer auf der der Bundeswehrführung.

Eine weitere Frage ist das Verhalten gegenüber fortschrittlichen Vorgesetzten, die z. B. durchaus Möglichkeiten haben, einzelne Genossen zu decken und etwa vor MAD-Überprüfungen zu schützen.

Eine dritte Spaltung, auf die dann nicht näher eingegangen wurde, ist die unter den Wehrpflichtigen selbst: die Hierarchie innerhalb der Stammkompanie zwischen Reservisten und Neuen.

Grundsätzlich wurde festgestellt, daß diese Spaltung der Führung nutzt und von ihr (gerade im Verhältnis zwischen Wehrpflichtigen und Unteroffizieren) deutlich gefördert wird; für uns ergibt sich daraus das Interesse, diese Spaltung aufzuheben.

## Problemkreis: Isolierung

Isolierung hat beim Bund verschiedene Erscheinungsformen:

– die grundsätzliche Isolierung der Soldaten überhaupt, die an Standorte kommen, an denen nichts läuft;

– die individuelle Isolierung von Genossen gegenüber den Kameraden, die tatsächlich jeden Genossen kaputt machen kann;

– die Isolierung nach außen unter zwei Aspekten: einmal von anderen Widerstandsbewegungen am jeweiligen Ort, etwa die Kämpfe um Jugendhäuser, Kommunikationszentren u. ä. Die Notwendigkeit, mit Gruppen außerhalb der Kaserne zusammenzuarbeiten, erscheint hier als Wechselwirkung: Unterstützung der Soldaten durch Gruppen (als Beispiel wurde eine Gruppe Kriegsdienstverweigerer genannt, die im Krankenhaus am Kasernenort arbeiteten), die ihrerseits wieder durch die Soldaten unterstützt werden. Der andere Aspekt betrifft die agitatorische Arbeit selbst, die häufig allein auf den Bund bezogen ist und von der Unterdrückung absieht, die schon vorher zu spüren war und in deren Umkreis die Soldaten zurückkehren. Als Konsequenz dieser Einsicht, daß antimilitaristischer Kampf nur sinnvoll im Zusammenhang antikapitalistischen Kampfes ist, wurde insbesondere eine gewerkschaftliche Organisierung der Soldaten gefordert: um hier Lehrlinge und Jungarbeiter vor ihrer Wehrdienstzeit ansprechen und vorbereiten zu können, und um den Zusammenhang zwischen Kämpfen innerhalb und außerhalb der Armee zu institutionalisieren.

## Problemkreis: Soldat und Gewerkschaft

Es gab zwei Argumentationsstränge:

– Betonung der Notwendigkeit des Gewerkschaftseintritts aus den oben genannten Gründen (allerdings mit der Einschränkung, daß dies nur für Zeitsoldaten gilt; andere können während

der Dienstzeit keiner Gewerkschaft beitreten). Die allerdings nicht weiter ausgeführte Perspektive einer reinen Soldatengewerkschaft wurde zudem als eine Möglichkeit angesehen, die Spaltung der Soldaten untereinander aufzuheben. Dagegen stand die Einschätzung, daß es falsch sei, in einer Organisation mitzuarbeiten, deren Apparat ja an der Repression direkt beteiligt sei (Zusammenarbeit zwischen Gewerkschafts- und Bundeswehr-Führung am Beispiel eines Beschwerdebescheids).
Auch dieser Punkt wurde nicht ausdiskutiert. Es entstanden Kontroversen, die z. T. verzerrt wirkten, weil nicht genügend diffenziert wurde. Die Genossen, die für Gewerkschaftsarbeit argumen-

tierten, vertraten nicht die Linie des DGB-Apparats, sondern waren sich der Widersprüche zwischen Basis und Führung bewußt. Die dagegen argumentierten, gingen auf diesen organisationsimmanenten Widerspruch nicht mehr ein.

## Problemkreis: MAD und Konspiration

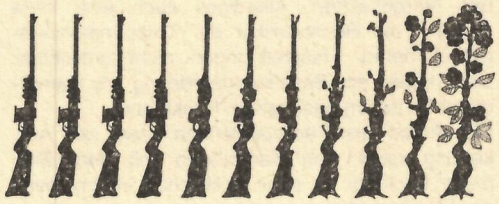
Vier erfahrene Taktiken des MAD gegenüber Widerstand innerhalb der Kasernen:
– Verhöre in der Form von Gesprächen: gefährlich, weil es schwierig einzuschätzen ist, wie man sich verhalten soll. Am besten reagiert man wie beim Verhör: keine Angaben außer denen zur Person.
– Einzelverhör: grundsätzlich ist Aussageverweigerung angebracht.
– Massenverhöre, etwa Verhöre aller Mannschaftsdienstgrade einer Kompanie.
– Spitzeleinsatz: schwierig, wie man sich unter dieser Voraussetzung weiter verhalten soll und wie man die Spitzel erkennen kann.
Ausgehen muß man grundsätzlich von einer engen Zusammenarbeit zwischen MAD, Verfassungsschutz und politischer Polizei.
Ein weiterer Bericht kam über eine typische Counter-Insurgency-Maßnahme: das Unterlaufen einer geplanten Aktion – Handzettelverteilen zum Kantinenboykott – dadurch, daß die Bundeswehr selbst kurz zuvor ähnliche Handzettel verteilte.
Eine Diskussion entspann sich um die Frage offenen Auftretens von Soldaten bei politischen Veranstaltungen, z. B. den Demonstrationen zum 1. Mai. Eine Einschätzung hielt es für zweckmäßig, Inhalte der Veranstaltung (Engagement zum 1. Mai) von der Form (Teilnahme an Demos in Uniform) zu trennen; dabei kam der Hinweis, daß solche Teilnahmen nicht nur in den Haupt-, sondern auch in Nebenstammakten vermerkt würden, die durch die Personalbüros der Industrie angefordert werden können. Diese Einschätzung war ziemlich umstritten; Ein Gegenargument war, das offene Auftreten sei Bedingung dafür, daß die Genossen für die Kameraden erreichbar werden.
Sehr hilfreich Rotbuch 107: "Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält".

## Problemkreis: Praxisformen

Es können nur einzelne Elemente aufgezählt werden, die in der Diskussion angesprochen, aber nicht weiterverfolgt wurden.
– Organisierung des Widerstands in 2 Stufen: zuerst die Bildung einer kleinen Kerngruppe; um diese herum dann die Gruppierung einer grösseren Anzahl von Soldaten.
– Umwandlung bestimmter auf Personen fixierter Formen innerhalb des Schemas von Befehl und Gehorsam (Einsetzung von Kameraden als Vorgesetzte; Stubenälteste, Decksprecher auf Schiffen) in Kollektive: z. B. Decksversammlungen.
– Kollektivierung des Widerstands auf allen Ebenen. Z. B. kollektiver Strafempfang, kollektives Unterlaufen von Sanktionen der Führung. Wichtig zum Durchschauen der Sanktionsprinzipien das Buch von Treiber "Wie man Soldaten macht".
– Ansetzen der Aufklärungsarbeit an der Zielsetzung der eigenen Einheit: am konkret einsehbaren Beispiel kann der Klassencharakter der Armee erklärt werden.
– Als Frage bleibt, was man konkret gegen bestimmte Aktionen der Bundeswehr, vor allen Dingen gegen die Bürgerkriegsmanöver, unternehmen kann?
– Praxisform einer Gruppe: Lokale Zeitung (mit drei Ebenen: lokale Erfahrungsberichte, Rechtsinformationen, allgemeinere politische Einschätzungen); Veranstaltungen (z. B. Beteiligung an der Rundreise von portugiesischen Genossen der SUV); regelmäßige Stammtische der Soldaten.

## Problemkreis: Organisatorische Konsequenzen

Alle Genossen waren sich darüber einig, daß eine regelmäßige Kommunikation zwischen den Soldatenkomitees notwendig sei, um über die Vereinzelung dieser verstreuten Komitees hinauszukommen. Gleichzeitig war klar, daß diese Kommunikation autonom, d. h. ohne Partei im Hintergrund, ablaufen muß. Mehrfach so ge-



nanntes Ziel war die Vereinigung ALLER Antimilitaristen, wobei allerdings die Problematik der Zusammenarbeit mit Gruppen nicht angesprochen wurde, die sich wie ADS, SRK, KJV an Parteilinien orientieren.
Ein vorstellbares Kommunikationszentrum hätte verschiedene Funktionen:
- Informationen zwischen den Komitees austauschen. Ein solches Info-Zentrum besteht im süddeutschen Raum (Austausch von Soldatenzeitungen). Ein Vorschlag war, solche Infos über den Frankfurter ID (Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten) auszutauschen. Es blieb die Frage, inwieweit ein solches Kommunikationszentrum im Rahmen des SB sinnvoll und machbar ist.
Weitere Vorschläge gingen davon aus, daß beim gegenwärtigen Stand der Soldatenbewegung der Aufbau regionaler Zentren, die Herausgabe regionaler Zeitungen mit Schwerpunkten allgemeiner Einschätzungen und lokaler Berichterstattung wichtiger sei.
- Ein solches Zentrum müßte die Verbindung zwischen der antimilitaristischen Arbeit innerhalb der Armee und der außerhalb (Öffentlichkeitsarbeit) herstellen.

## Initiative für ein Arbeitsfeld Antimilitarismus

**In der Arbeitsgruppe Antimilitarismus beim Pfingstkongreß des SB zeigten 45 der rund 150 Teilnehmer Interesse an einer kontinuierlichen Mitarbeit in einem Arbeitsfeld Antimilitarismus des SB, in dem – wie in anderen SB-Arbeitsfeldern – sowohl SB-Mitglieder als auch SB-Nichtmitglieder zusammenarbeiten könnten.**
**Am 18. September diskutierten die Genossen in Frankfurt ihre bisherigen Aktivitäten in antimilitaristischen Kleingruppen (insbesondere Soldaten) und in größeren Verbänden (insbesondere KDVer) sowie als "Einzelkämpfer". Es wurde deutlich, daß ein Arbeitsfeld Antimilitarismus sich vor allem auf drei "Berufsgruppen" stützen müßte: Soldaten, Zivildienstleistende und Friedens-Bildungsarbeiter (Jugendbetreuer, KDV- und Soldatenberater, Pädagogen, Journalisten und Wissenschaftler mit antimilitaristischen Schwerpunkt-Aufgaben), in Zukunft vielleicht auch Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamte, Rüstungsarbeiter usw. Zu den Soldaten und Zivildienstleistenden wird man noch die vor der Einberufung stehenden Wehrpflichtigen und die "Veteranen" rechnen können, die an einer politischen Aufarbeitung ihrer Erfahrungen im Militär- und Zivildienst starkes Interesse haben.**
**Von allen Anwesenden wurde die Auffassung geteilt, daß es möglich sei, den politischen Zusammenhang der verschiedenen antimilitaristischen Aktivitäten im Militär- und Zivildienst, aber auch außerhalb der Soldarbeitsplätze (die ja nur einige Jahrgänge von Männern aller sozialen Gruppen und Dauerberufe unmittelbar betreffen), in Lohnarbeitsverhältnissen und in der Freizeit gemeinsam zu erörtern, auch wenn sich die konkrete antimilitaristische Arbeit meist in den vorhandenen Soldatenkomitees, KDV-Verbänden oder sonstigen Berufsvereinigungen und Berufsfeldern mit friedensrelevanter Tätigkeit abspielt. Ein Arbeitsfeld Antimilitarismus wäre also ein Mittelding zwischen den klassischen SB-Berufsfeldorganisationen (Lehrer, Sozialarbeiter, Gesundheitswesen) und "ideologischen" Arbeitsfeldern (Internationalismus oder Projekte).**
**Als einigendes Band erwies sich das Bedürfnis nach einer gemeinsamen politischen Reflexion des Sinnes und der Ziele der jeweiligen antimilitaristischen "Handwerkelei" (z. B. KDV-Beratung, Vertretung soldatengewerkschaftlicher Forderungen usw.). Andiskutiert wurde auch die Möglichkeit gemeinsamer Aktivitäten antimilitaristischer SB-Gruppen (Informationen für Rekruten, Schüler, Filmabende usw.), sei es in Form von antimilitaristischen Impulsen und Anregungen für die lokale SZ-Arbeit, sei es durch Bildung von lokalen oder regionalen Arbeitsgruppen.**
**Kontaktadressen: Regionalinitiative Antimilitarismus, c/o Buchladen 2000, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/775082 und Antimilitaristischer Arbeitskreis (AMAK), Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart, Telefon 0711/264345. – Die Zentrale Kontaktadresse ist: Initiative Arbeitsfeld Antimilitarismus, c/o Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28, 6050 Offenbach, Telefon 0611/832593.**
**Genossinnen und Genossen, die weitere regionale Treffen organisieren wollen (z. B. Ruhrgebiet, Norddeutschland), sollten sich an die zentrale Kontaktadresse wenden.**

★

Wolfgang Kreutzberger/
Wolf-Dieter Narr

# Kampf um die Verfassung — Kampf um Verfassungspositionen

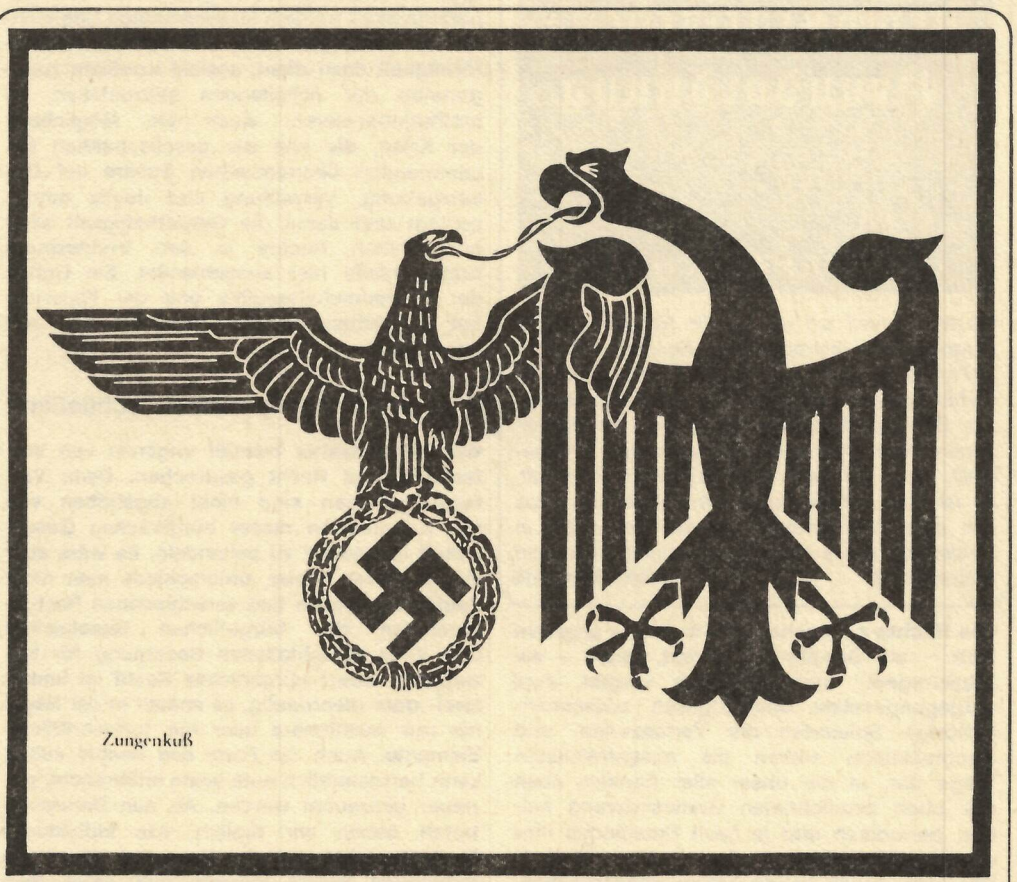
Der Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros war gegen die ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung gerichtet, also gegen Gewalt, erfahren in einer Gesellschaft, die "Freiheit und Recht" zu den leitenden Prinzipien ihrer Verfassung erklärt. Er konnte sich nicht um die Frage herumdrücken, woher Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Unterdrückung stammen und welchen Sinn es haben kann, sich gegen die zur zweiten Verfassung der BRD gewordene Politik der Repression auf Prinzipien ihrer originären Verfassung zu berufen.

Das Rahmenthema "Verfassung, Sozialisten, rechtliche Gegenwehr", für das auf dem Kongreß eine eigene Arbeitsgruppe gebildet wurde, brachte in seiner Bündelung ganz verschiedener Analyse- und Handlungsebenen ehrlich zum Ausdruck, daß eine einigermaßen sichere Einschätzung des Terrains, auf dem der Kampf von Sozialisten und der Kampf für den Sozialismus geführt werden muß, keineswegs vorauszusetzen ist. Ist schon der Begriff der Verfassung, das, was jeweils darunter verstanden wird, unklar, so sind noch mehr die Folgerungen, die aus dem jeweiligen Verfassungsverständnis gezogen werden, politisch schwer auf einen Nenner zu bringen. Das Risiko der Arbeitsgruppe, ganz unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen gerecht werden zu sollen, war damit von vornherein deutlich. Da aber die Frage, wie wir uns zur Verfassung "stellen" (als ob wir nicht notgedrungen immer selbst "mitverfaßt" wären), die Frage, ob und wie wir uns in dieser oder jener Angelegenheit rechtlich verhalten, doch auch immer Urteile über und Anordnungen an unser gesamtes Verhalten in dieser bürgerlichen Gesellschaft provoziert, liegt nahe, daß der größte gemeinsame Nenner in solchen Situationen zur Richtschnur der Diskussion wird.

Durch diesen globalen, mit je besonderen Kräfteverhältnissen und Konfliktzonen nicht mehr vermittelten Anspruch verschiebt sich die Diskussion über Verfassungsfragen allzu leicht ins Abstrakt-Bekennerhafte und wird auf eine sozialistische Gretchenfrage (wenn es die gibt, die falsche!) reduziert: wie hältst Du es mit der bürgerlichen Verfassung? Je nach der Antwort auf diese Frage, ja selbst bei Vorweisen beider Seiten der Medaille, erfolgt dann die Rubrizierung als Verfassungsillusionist oder Gewaltverherrlicher, realitätsblind und alltagsuntüchtig alle beide.

Der Gefahr solcher Frontenbildung ist die Arbeitsgruppe, ohne daß es zu den gewohnten Auswüchsen gekommen wäre, nicht entgangen. Zum Teil lag das sicher daran, daß das Thema offensichtlich gerade Vertreter der Gruppen anlockte, die im revolutionären Rundschlag Verfassungsdiskussionen eben mit Bekenntnisdiskussionen verwechseln. Wenn die Arbeitsgruppe insgesamt nicht gut lief, wenn die Diskussion vor allem am Nachmittag in den meisten Untergruppen in eine Konfrontation abgehobener Stellungnahmen abzugleiten drohte, dann hatte das seinen Grund auch in der Konzentration der "Praktiker" (zumal aus dem Betriebsbereich und dem öffentlichen Dienst) in anderen Arbeitsgruppen. Jedoch verdeutlichte das nur den allgemeinen Mangel an Vorstellungsvermögen darüber, welche politischen und existenziellen Positionen mit "Rechten" eigentlich erkämpft und verteidigt werden, worin umgekehrt die Fessel solchen Rechtskampfs und solcher Rechtsbindung für sozialistische Veränderungsarbeit im einzelnen bestehen kann.

Unter den beschriebenen Umständen macht es wenig Sinn, einen Tagungsbericht zu liefern. (Was in den vorbereitenden Papieren zum Kongreß an allgemeinen Überlegungen zur Lage — noch durchaus unvermittelt zur geforderten praktischen Phantasie tagtäglichen Sozialistseins — enthalten war, soll im Verlauf des Jahres 1977 in einer Broschüre entwickelt werden, die Probleme des "Kampfs um Verfassungspositionen" einmal systematisch und detailliert zugleich darstellen wird.) Hier sollen deswegen — zum Teil in Anschluß an den Blanke/Narr-Artikel (siehe "links"-Sondernummer vom Januar 1976) — nur noch einmal einige grundsätzliche Überlegungen zu politischen Verhaltensfragen knapp formuliert werden; Erwägungen sozusagen zur Luft, in der wir atmen, und daher auch unter bewußtem Verzicht auf zu große Höhen oder Tiefen begrifflicher Abstraktion.



Zungenkuß

*Auf die Veröffentlichung der Grafik "Zungenkuß" in der "Stad(t)tzeitung in und um Kassel" erfolgte Anzeige und Vorladung bei der Polizei wegen "Verunglimpfung des Wappens der Bundesrepublik Deutschland" (§ 90a StGB: bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe!).*

## Zum Problem der Kollaboration

Für Sozialisten heißt in einer bürgerlichen Gesellschaft leben, dauernd dem Problem der Zusammenarbeit, der Einbindung, der Paktiererei ausgesetzt sein. Dies nicht nur, weil sie, solange sie eine — heute noch verschwindende — Minderheit sind, gar nicht "unter sich" existieren könnten, sondern wegen der umfassenden Verfassung dieser bürgerlichen Gesellschaft selber. Ihr Verfassungsrecht, ihre Institutionen, ihre alltägliche Wirklichkeit bilden keinen Tatbestand, zu dem sich ein Sozialist von außen verhalten kann oder eben auch nicht. Selbst unser Widerstreben, unser Widerstand als Sozialisten, nährt sich ja nicht aus einem Utopia, sondern aus der von uns selbst erfahrenen Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft, deren tägliche Verhaltensmuster die unseren auch dort bestimmen, wo wir uns dagegen zur Wehr setzen. Wo immer wir in dieser bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Verfassung im weiten Sinn des Wortes existieren, haben wir uns schon auf sie eingelassen.

Wenn man also in Diskussionen um unser Verhältnis zur bürgerlichen Verfassung so tut, als könnten wir "so oder so" Stellung nehmen und als handele es sich gleichsam um die Frage, ob man diplomatische Beziehungen zu einem fernen Land aufnehmen wolle, solle oder könne, dann lügt man sich in die

Tasche. Dann ist man auch gar nicht in der Lage, Form, Inhalt und Folgen des eigenen Verhaltens in dieser Gesellschaft kritisch zu bedenken, bewußt und aktiv zu gestalten. Der Kampf um die Verbesserung der gegenwärtigen Existenzbedingungen wird dann bestenfalls als taktisches Manöver im Vorfeld revolutionärer Endziele geführt und ganz ohne Verständnis dafür, warum es dem Arbeiter darum geht und gehen muß, seine Situation hier und heute zu verändern.

Erst wenn begriffen ist, daß wir als Teil, wenn auch widerstrebender, widerspenstiger Teil dieser bürgerlichen Gesellschaft schon allzumal "Reformisten" sind, wird die Verfassungsdiskussion nicht mehr zu einer Frage des Ob oder Ob nicht, als die sie uns die Hüter des Grundordentlichen aufzwingen wollen. Wir selbst haben ein Interesse daran, die bürgerliche Verfassung zu entmystifizieren; nicht, indem wir uns (vermeintlich) vor sie stellen und sie "entlarven", sondern indem wir sie zu einer anfänglichen (in diesem Sinn "prinzipiellen") und zugleich instrumentellen Voraussetzung unseres täglichen Verhaltens in den berühmten "Lebenszusammenhängen" machen, vor allem also am Arbeitsplatz. Wenn man nämlich immer schon in diese Verfassung gezwungen ist, kann man nur beginnen und versuchen, sich in dieser Verfassung mit einem Teil ihrer Mittel so zu benehmen, daß man den bürgerlichen Zusammenhang dieser Mittel sprengt.

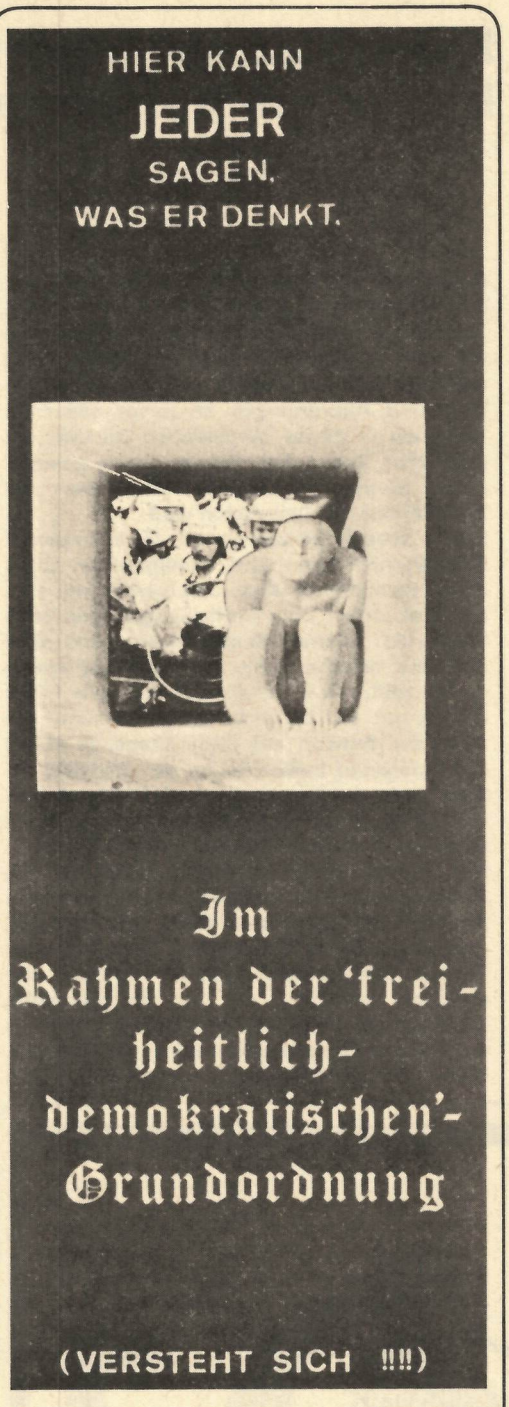
Ein solches Verhalten ist aber in doppeltem Sinn riskant. Die eine Gefahr, der man nicht entlaufen, die man nur zu bestehen versuchen kann, ist, daß man das Minimum an Souveränität in der Beurteilung und Behandlung der Anforderungen und Zwänge des Berufszusammenhangs einbüßt, sozusagen mit Haut und Haar aufgefressen wird und das Sozialistsein für den Feierabend abspaltet. Auf der anderen Seite ist es sehr schnell möglich, daß man die berufliche Existenz und damit auch zum guten Teil den politischen Wirkungsort verliert, weil man nicht funktioniert, zu sehr wider den Stachel gelöckt hat. Es gibt, vor allem nicht abstrakt über alle Bereiche hinweg, kein probates Mittel und keine noch so schöne und runde "Theorie", die solche Verhaltensprobleme auf Dauer zu lösen vermöchte, nach dem Motto: das SB hat in dieser oder jener Frage so entschieden oder angewiesen, also muß ich... Das bescheiden Mögliche und Notwendige ist aber zweierlei: zum einen, in der Diskussion und Vorbereitung der sich stellenden Probleme mit den Beteiligten, aber auch mit Genossen, den schmalen Pfad zwischen unfruchtbarer Anpassung und unfruchtbarer Isolation zu suchen; zum andern der die eigene Gemütlichkeit und das Sicherheitsgefühl gewiß störende Versuch, sich über diese dauernd zweideutige Situation im Klaren zu sein und deshalb unvorbereitet in Situationen hineinzustolpern, die nur den Ausweg der Kollaboration oder des tollkühnen Widerstands lassen.

## Die Gefahr der Verfassungsillusion

Es hieße freilich, der bürgerlichen Scheidung von Politisch-Öffentlichem und Privatem selbst aufsitzen, wollte man das Verhalten im beruflichen Bereich ausschließlich unter der Perspektive der Fall- und Situationsentscheidung, bestimmt durch den gesunden Sozialistenverstand, ausrichten. Dieser kann nämlich nicht umhin, sich bestimmte Vorstellungen über den Ursprung und Charakter des Rechts zu machen, das in immer engerem Netz – als Gewährung, Verbot, Strafe – die "Spielregeln" allen Handelns vorgibt. Zwei entgegengesetzte und zugleich zusammengehörige Spielarten der Verfassungs- und Rechtsillusion stellen die ausgetretensten Wege dar, in die unser aller Denken, eben der oben bezeichneten Gratwanderung halber, periodisch und je nach Umständen hineinzugeraten droht.

Die eine wurde schon knapp angesprochen. Sie besteht in der Als-Ob-Position der Stärke: als ob wir nämlich unser Verhältnis zur bürgerlichen Verfassung und zum bürgerlichen Recht im engeren Sinn nach unserem Gutdünken von außen, gleichsam ohne davon berührt zu sein, bestimmen könnten. Es ist nur folgerichtig, wenngleich "verkehrt", daß gerade Vertreter dieser Als-Ob-Position, die so tun, als ginge sie die bürgerliche Verfassung nichts oder nur in der totalen Negation etwas an, sich im gleichen Atem- oder Schriftzug auf die "klassischen" bürgerlichen Freiheitsrechte berufen, in zahllosen Resolutionen ihre unbedingte Erhaltung fordern, von ihnen emphatisch als Rechten des Volkes Gebrauch machen. Der Widerspruch, daß sie so gesehen ihre Sache auf nichts stellen, wird ihnen offensichtlich gar nicht mehr bewußt.

Diesem verfassungspolitischen Ignorantismus steht auf der anderen Seite ein verfassungspolitischer Idealismus gegenüber, der in zwei zumeist gemeinsam vertretenen Varianten auftritt. Die eine Variante baut auf eine Art substanzielle bürgerliche Öffentlichkeit, die mit Hilfe der Berufung an die gutzuheißende bürgerliche Verfassungsnorm, auf den bürgerlichen Verfassungsanspruch an ihr "eigentliches" Ziel der universellen Herstellung von Freiheit und Gleichheit erinnert werden könne. Es gelte deshalb immer erneut, die schlechte Verfassungswirklichkeit durch die dauernde Erinnerung an die Verfassungsnorm über sich hinauszutreiben, das, was die Norm "eigentlich" meine, aus ihr herauszuholen. Die andere Variante geht noch einen Schritt weiter und sieht in der Rechtsform selbst, im konsequenten Hinarbeiten auf den Ausbau rechtlicher Sicherungen vom Gerichtswesen bis hin zu den rechtlichen Regelungen, die z. B. das Arbeitsverhältnis betreffen, bereits die Garantie materieller, realer Gleichheit. Hier wird nicht nur übersehen, daß die rechtsnotwendige Behauptung der Allgemeinheit und Unparteilichkeit trefflich klassenmäßige Ungleichheit zu verbergen weiß, und daß die Rechtsförmigkeit dazu dient, soziale Konflikte zuungunsten der Arbeitenden stillzustellen, zu institutionalisieren. Auch die Möglichkeit der Krise, die von der gesellschaftlich bestimmenden ökonomischen Sphäre auf Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz durchschlägt und damit die Gewalthaltigkeit allen bürgerlichen Rechts in den Vordergrund bringt, bleibt hier ausgeblendet. Ein Gutteil der Gewerkschaftspolitik und der Fixierung auf die Arbeitsgerichtsbarkeit läßt sich nur so erklären.




*Gestern erhielt ich in der PH Heidelberg Euer Flugblatt zum Antirepressions-Kongreß Pfingsten 1976. Es ist, wie viele Eurer Veröffentlichungen vorher, gerade für mich ein wertvoller Beitrag zur Bewußtseinsbildung gewesen. Vor einigen Tagen habe ich einen Plakatentwurf fertiggestellt, der sich mit der fdGO-Formel befaßt. Es ist eine Fotomontage aus Schrift und Fotos von einer Vaudi-Plastik vor der neuen PH in Heidelberg sowie einem Demonstrationsfoto vom Polizeieinsatz.* **HANS BACHUS**

## Was heißt: Kompromisse schließen?

Wir haben bisher bewußt ungenau von Verfassung und Recht gesprochen. Denn Verfassungsfragen sind nicht abgehoben von der Konstitution dieser bürgerlichen Gesellschaft insgesamt zu behandeln. Es wäre aber ein massiver Fehler, unterschiede man nicht deutlich zwischen den verschiedenen Rechtsbereichen der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer verschiedenen Bedeutung für Sozialisten. Zwar: bürgerliches Recht ist immer zwei- oder mehrdeutig, es enthält in der Regel nie nur reaktionäre oder nur fortschrittliche Elemente. Auch die Form des Rechts selbst kann herrschaftlich aufs beste mißbraucht, genauer gebraucht werden. An den Berufsverboten sehen wir täglich, wie individuelle Freiheitsrechte von der Exekutive gegen die Individuen selbst gekehrt und unter dem Zeichen der Freiheit des Staates zu exekutivistischen Eingriffsrechten verändert werden. Dennoch besteht ein qualitativer Unter-

schied zwischen den bürgerlichen Freiheitsrechten als da sind: Redefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit u.a.m. und dem übrigen politischen Verfassungsrecht, das die Institutionen, die Organisationsform des Staates betrifft. Und nicht nur zwischen Freiheitsrechten und den rechtlichen Regelungen, die der Staatsorganisation gelten, besteht ein qualitativer Unterschied, sondern auch zwischen diesen radikalen Freiheitsrechten und dem riesigen Komplex des bürgerlichen Straf- und Privatrechts (zu dem das Arbeitsrecht bezeichnenderweise zählt). Trotz unmittelbarer rechtlicher Geltung grundrechtlicher, politisch-öffentlicher Rechtspositionen unterliegen diese noch immer als "allgemeine Phrase" der je besonderen Einschränkung durch diverse Abkömmlinge des Staats- und Privateigentumsschutzes in Gesetzesform. Zumindest stehen sie als politische Freiheitsrechte den primär, wenn auch nicht ausschließlich herrschaftssichernden Positionen des Straf- und Privatrechts unvermittelt oder je durch das augenblickliche Kräfteverhältnis variabel, kompromißhaft vermittelt gegenüber.

Sind deshalb die bürgerlichen Freiheitsrechte, weil sie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ihrem allgemeinen emanzipatorischen Anspruch nach nur qualitativ begrenzt und eingeschränkt verwirklicht werden, nur eine leere Hülse, Schall und Rauch, den wegzublasen wir uns im Verein mit dem Gegner bemühen müßten? Räumt man Positionen, weil man nicht das ganze Terrain beherrscht und die Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft nicht erlaubt, den Anspruch der Freiheitsrechte in ihrem radikalen Verständnis uneingeschränkt zu verwirklichen, obwohl doch, noch immer militärisch gesprochen, die schwache Stellung im Bereich spezieller Rechtsnormen des Flankenschutzes allgemeiner politischer Rechtsstaatsprinzipien bedarf? Auch eine sozialistische Gesellschaft, die nicht von der Verallgemeinerung und Verwirklichung demokratischer Rechte ausginge, hätte diesen Namen jedenfalls unter Berufung auf Marx und die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht verdient.

So erweisen sich die politischen Freiheitsrechte als die wie immer punktuelle Basis, von der aus der Kampf um das Ganze der bürgerlichen Verfassung und ihrer Rechtspositionen (der unseren darin) überhaupt erst aufgenommen werden kann. Sind, wie oben gezeigt, Zusammenarbeit, Mitarbeit in den herrschenden Institutionen und entsprechende Kompromisse nicht zu vermeiden, so werden sie bis ins einzelne zu begründen sein nur durch die grundsätzliche Anerkennung eben dieses "bürgerlichen" Fortschritts, und sie werden Unterstützung bei dem geringen liberal-demokratischen Potential in den Institutionen dieses Staates auch nur unter dieser Voraussetzung finden. Auch im Bereich arbeitsrechtlicher Regelungen kehrt die Kompromißstruktur immer wieder, schon deshalb, weil sie wie alle rechtlichen Fixierungen durch den Filter der rechtsetzenden und -exekutierenden Institutionen gegangen und von daher mit dem Stempel des allgemeinen Interesses versehen sind, selbst wo sie nur höchst relative Verbesserungen in der Situation der Arbeitenden darstellen. Der Grad aber, in dem überhaupt auf das Zustandekommen solcher Kompromisse eingewirkt werden kann und in dem sie in der politischen Auseinandersetzung virulent gehalten werden können, ja selbst ihre unmittelbar arbeitsrechtliche Wirksamkeit,

ist von der ungeteilten Inanspruchnahme der politischen Freiheitsrechte abhängig. Jedes Kompromisseschließen auf diesem Feld würde uns in gefährliche Nähe zum Verhalten des bürgerlichen Staates rücken, der je nach Bedarf einschränkt oder ausweitet.

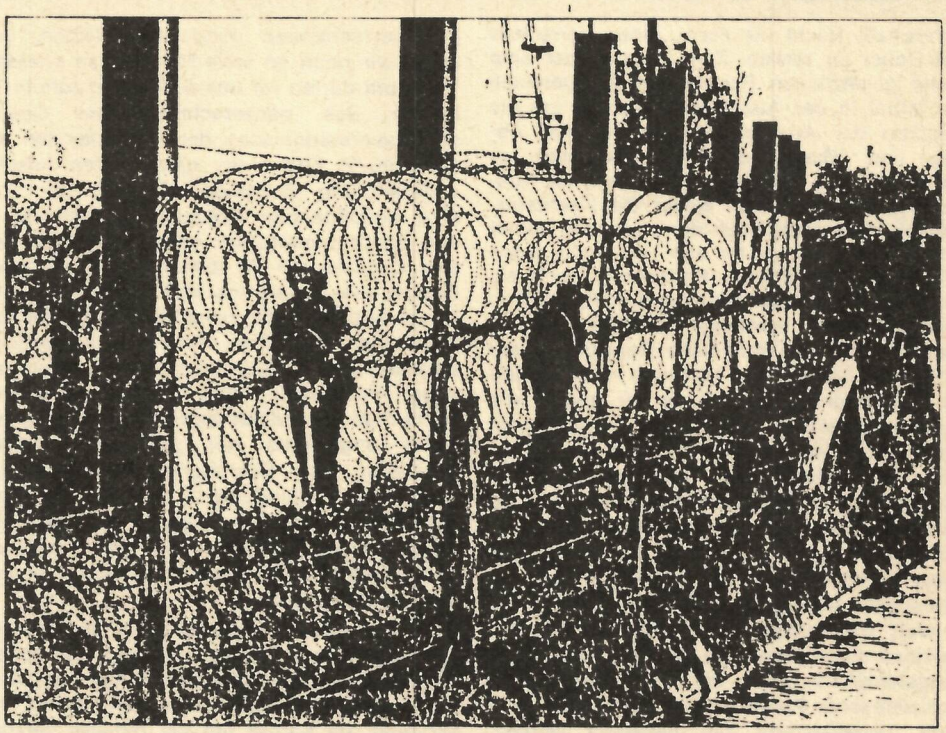
Von solchem manipulativen Mitmischen, das von besten Absichten und der realistischen Erkenntnis unserer Schwäche bestimmt sein kann, ist zu unterscheiden die situationsgerechte Geltendmachung der sozialistischen Grundrechte. Denn wenig ist damit getan, die Flagge kompromißlosen Kampfes zu zeigen, wenn man versäumt, den Genossen und den Bürger in seiner Existenz und in seiner Position zu retten, an dem der bürgerliche Staat oder eine seiner Institutionen (ob nun formell privater oder öffentlicher Natur) wieder einmal ihr Exempel des auch politischen Klassenstaats zu statuieren gedenken. Auch im Kampf um die Freiheitsrechte, das heißt zugleich immer in ihrem praktischen Gebrauch, ist, Brecht zu entlehnen, List angebracht und nötig. Obwohl es um unaufgebbare Prinzipien auch hier und heute geht, befinden wir uns noch immer im Kontakt bürgerlicher Gesellschaft und kämpfen wir nicht um irgendwelche Abstrakta, sondern um die konkrete Freiheit und Existenzmöglichkeiten gerade auch derjenigen, denen bürgerlich-abstrakte Grundrechtsformeln fremd sind. Sie, wie alle von Herrschaftsausübung Betroffenen, müssen unseren letzten Bezugspunkt bilden.

## Gundsätze im sozialistischen Kampf um Verfassungspositionen

- Der Kampf um die politischen Freiheitsrechte richtet sich gegen ihre Einschränkung auf einen eng begrenzten Bereich der sogenannten Politik. Der Kampf um Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Meinungsfreiheit ist eine genuin sozialistische Aufgabe und unabdingbar. Das Minimum an Aktionsfähigkeit hier und heute wie auch die Perspektive der Erweiterung des demokratischen Potentials hängt vom Grad der Verwirklichung dieser Rechte ab. Sie sind zugleich für jede sozialistische Gesellschaft grundlegend.

- Wir können gegenwärtig keine theoretisch und praktisch zwingenden Schritte bezeichnen und tun, die eine mögliche neue Transformation des bürgerlichen Verfassungsstaats zu diktatorialen Gewaltverhältnissen mit einiger Sicherheit verhindern könnten. Heute jedoch gibt es keinen Bereich der bürgerlichen Ordnung, aus dem politische Freiheitsrechte völlig zu verbannen wären. Im Hinblick auf die sonstigen rechtlichen Regelungen der bürgerlichen Gesellschaft kommt es zum einen darauf an, deren instrumentellen Charakter im Rahmen der Eigentums- und Herrschaftssicherung zu begreifen. Der bürgerliche Rechtsstaat ist so gesehen immer zugleich der Verfassungsstaat von Klassen-


Hier baut der Rechtsstaat.*



Dahinter beginnt die FDGO.**

* Schutzwall Kernkraftwerk Brokdorf

** FDGO: freiheitlich-demokratische Grundordnung

herrschaft, Recht die Form, diese Herrschaft auf Dauer zu stellen. Zum andern aber sind diese gesetzlichen Regelungen instrumentell als Mittel in der Auseinandersetzung um die Position der Arbeitenden und um den Abbau von Klassenherrschaft überhaupt zu begreifen. Das Schwergewicht liegt auf Auseinandersetzung, denn weder die Rechtsförmigkeit als solche, noch der materielle Gehalt des Kompromisses an sich bedeuten einen realen, unumkehrbaren Fortschritt, wenn sie nicht durch ständige Nutzung der allgemeinen Freiheitsrechte lebendig gehalten werden. Lassen sich also rechtliche Regelungen sowohl dazu benutzen, in täglichen Auseinandersetzungen und Problemlagen zu zeigen, wie Interessen verletzt, Bedürfnisse eingeschränkt und umdefiniert werden, als auch zu zeigen, wie die augenblickliche Kompromißlinie im gesellschaftlichen Kräftemessen verläuft, so dient der Kampf um Rechtspositionen immer auch der Erfahrung und Bewußtseinsbildung, ohne deren konkrete Durchformung eine sozialistische Bewegung nicht leben kann.

• Weil die politischen Freiheitsrechte das Ausmaß ihrer jeweiligen Geltung, die Handlungsfähigkeit und die Handlungsformen sozialistischer Politik zentral bestimmen, muß jede Illegalisierung zäh bekämpft werden. Mit dem Mittel der Illegalisierung, durch die Erklärung zum inneren Feind, versucht der bürgerliche Staat, sozialistische Politik zu entpolitisieren und zu kriminalisieren. Die Waffe der Legalität darf deshalb nicht den Händen der Herrschenden überlassen bleiben, und wenn wir noch so viele Niederlagen erleiden.

• Darum dürfen wir uns auch nicht zum Frohlocken des panzerschrankhaften Gesellschaftsverständnisses der Herrschenden auf die schiefe Ebene der gewalthaften Auseinandersetzung abdrängen lassen, um dem sich ausbildenden Polizeistaat, nachdem er den agent provocateur gespielt hat, als weitere Legitimation zu dienen. Nicht wir üben Gewalt aus, gegen uns wird Gewalt ausgeübt. Unser Mittel ist die Legalität des interessenbezogenen Kampfes, nicht die Anwendung abgehobener Machtinstrumente zur Durchsetzung interessen- und bedürfnisabstrakter Herrschaft. Das bleibt festzuhalten, auch dann, wenn angesichts der präventiven Unterdrückung des Rechtsgrauzonenstaats das Risiko der Einbindung in eine abstrakte Legalitätsargumentation, der alternativlosen Berufung auf faktisch nicht mehr existente demokratische Verfassungsnormen besonders deutlich wird.

• Im Kampf um die Verfassung, der, solange es bürgerliche Gesellschaft gibt, als Kampf um Verfassungspositionen nicht aufhören wird und auch danach in anderer Form sich fortsetzt, im Kampf um die radikale Geltung der Freiheitsrechte kommt es darauf an, sich nicht in ein Lager einzuschließen, sondern wo immer möglich Bündnisse und Koalitionen einzugehen. Diese Bündnisse müssen ohne Übervorteilung der jeweiligen Partner strikt zweckbezogen sein, müssen die Reichweite der notwendigen Kompromisse klar ausweisen. Als Kompromisse von Organisationen taugen sie nur, wenn dadurch zugleich das demokratische Potential einer weiteren Öffentlichkeit angesprochen wird. Allein die Verteidigung der Freiheitsrechte selbst schließt Kompromisse aus, ob uns nun die politische Position des Betroffenen im einzelnen paßt oder nicht.

• Überblickt man die Rechtsprechung des Jahres 1976, so kann man kaum von einem eindeutigen Fortschritt sprechen. Im Gegenteil: einigen Verwaltungsgerichtsurteilen, die hoffen lassen, stehen systematisch reaktionäre Urteile meist höherer Instanzen gegenüber. Dennoch gilt auch für diesen eingeschränkten Bereich – und dafür sprechen trotz allem die Erfahrungen des Jahres 1976 –, daß jede rechtsstaatliche Möglichkeit, nicht zuletzt um ihres allgemeinen Signals, aber auch um jedes einzelnen willen, bis zur Neige ausgeschöpft werden muß. Das ist keine politische Strategie zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft, wohl aber die uns heute mögliche Strategie des politischen, oft auch persönlich-beruflichen Überlebens. Kampf um die Verfassung – Kampf um Verfassungspositionen; Positionen jedoch, die eine sozialistische Gesellschaft aus ihrer prekären Bedrohtheit in die radikale Demokratie einbringen muß. In beiderlei Sinn ist die Legalität unser!

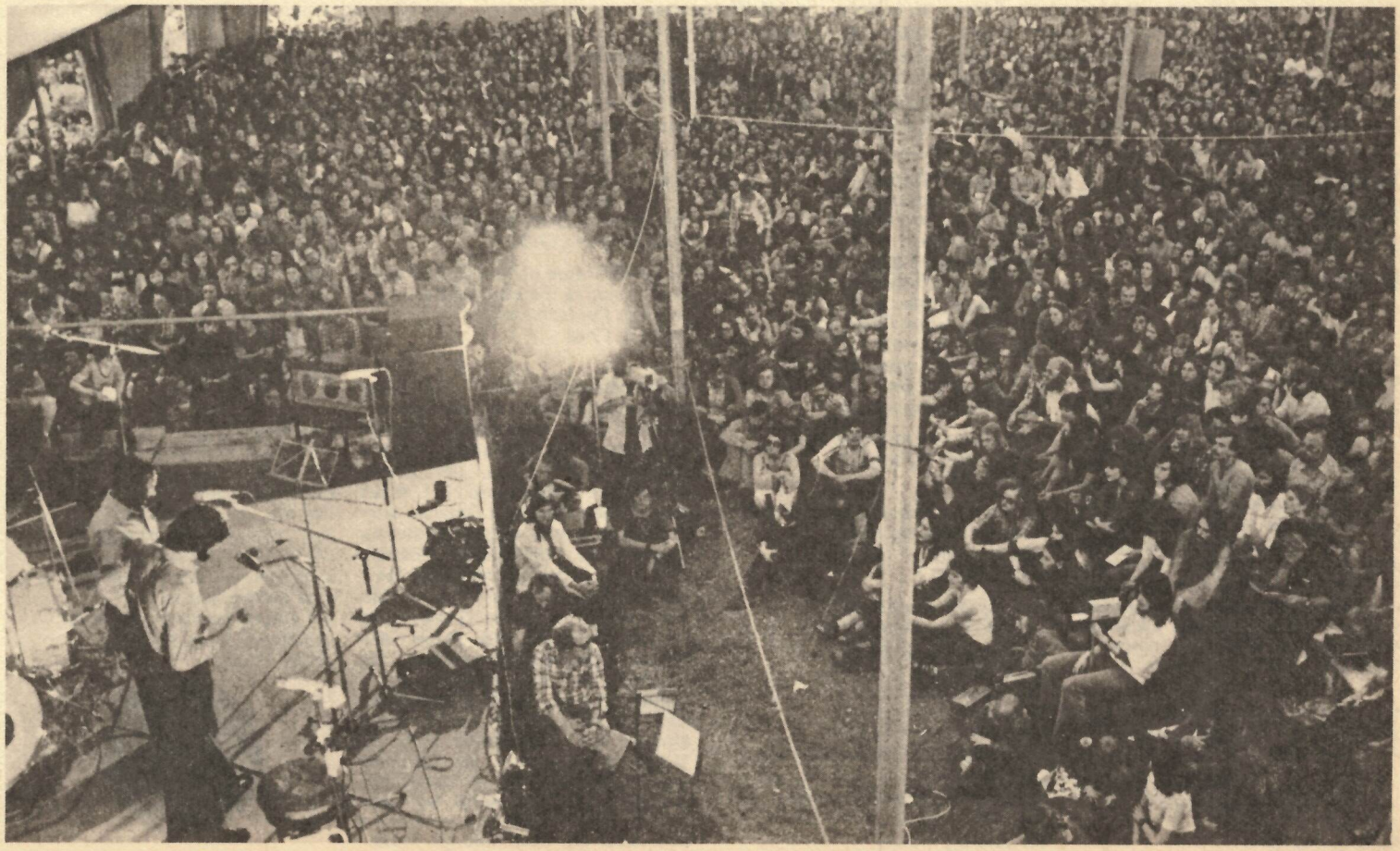
★

Elmar Altvater

# Sozialistische Politik und SPD in Westdeutschland

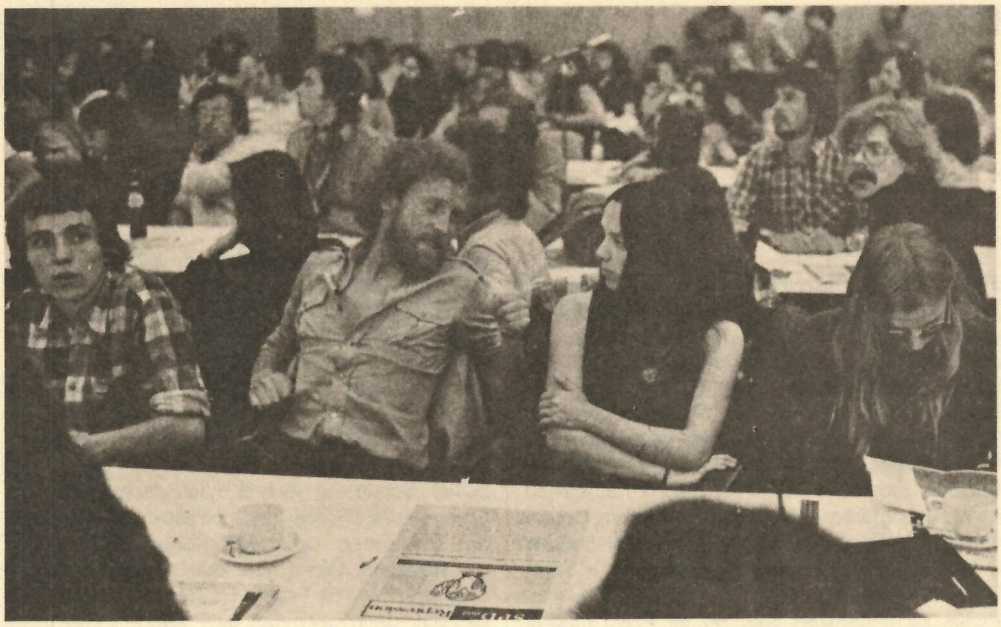
Daß konservative und reaktionäre Kräfte Sozialisten und Demokraten bekämpfen, gehört zur Normalität in bürgerlichen Gesellschaften, wenn auch die Formen dieses Kampfes etwas über den Reifegrad demokratischen Bewußtseins und über die Bedeutung liberaler Traditionen aussagen. Damit ist es aus einer Vielzahl von Gründen, über die ich hier nicht sprechen kann, in der Bundesrepublik nicht weit her, Sozialisten müssen jedenfalls realistisch davon ausgehen, daß die bürgerlichen Rechtsparteien ihre Gegner sind, die alles daran setzen, um den politischen Einfluß von Sozialisten in den Betrieben, in staatlichen Einrichtungen, in der großen und kleinen Politik zu begrenzen und, wo es ihnen möglich ist, zu zerschlagen. Der S k a n d a l, dieses Wort ist keineswegs als moralische Verurteilung gemeint, der Skandal der Politik der Unterdrükkung von sozialistischen und demokratischen Positionen in der BRD besteht vielmehr darin, daß sich die Sozialdemokratie als Repressionsagentur aufführt und alle, die sich links von der rechten Mitte der SPD befinden, sozusagen vorbeugend mit Berufsverbot belegt und damit jeden Versuch der Entwicklung, Artikulation und Vertretung alternativer politischer Positionen zur offiziellen Politik des Bonner Parteienkartells einschüchtert und sogar zu kriminalisieren versucht. Die Sozialdemokratie gehört zu denjenigen, die sich des Grundgesetzes, des Konzepts der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und natürlich des staatlichen Gewaltapparats wie Monopolisten bemächtigt haben, um es wie eine Beute unter sich aufzuteilen und alle anderen Kräfte davon auszuschließen, um sie dann, scheinbar dazu legitimiert, als nicht auf dem "Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehend" zu unterdrücken. Der Boden der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" wird der Linken von den Rechten, auch von den Rechten in der SPD, unter den Füßen weggezogen, so daß man nach dem herrschenden Staatsverständnis nur darauf zu stehen vermag, wenn man selbst Schritt für Schritt nach rechts abdriftet. Eine solche Politik und Entwicklung entspricht der politischen Linie des Konservatismus und der Reaktion. Wenn aber die SPD die politische Unterdrückung in Form von Berufsverboten usw. betreibt, dann gefährdet eine solche Politik nicht nur von außen demokratische und sozialistische Positionen, sondern zersetzt und korrumpiert sie *von innen*. Diese Aussage bedarf einer Erklärung. Aufgrund ihrer traditionellen, wenn auch in den letzten Jahren zunehmend schwächer werdenden Verankerung in der westdeutschen Arbeiterklasse und aufgrund ihrer alten, immer wieder beschworenen Parteitradition, nicht zuletzt auch wegen der starken Bindungen zwischen SPD und westdeutschen Gewerkschaften kann die SPD nicht eindeutig ins reaktionäre Lager abgeschoben werden. Dies muß gerade gegen so manche Vereinfachung hervorgehoben werden. Der Widerspruch zwischen reaktionärer, antidemokratischer Politik der Partei – nicht nur der oberen Führungsorgane, sondern beinahe aller Entscheidungsträger - einerseits und Tradition, sowie spezifischer Interessenlage der Masse der lohnabhängigen Mitglieder andererseits, durchzieht die gesamte Partei. Für Sozialisten ist es daher besonders wichtig, Verlaufsform und krisenhafte Zuspitzungen dieses Widerspruchs zu analysieren, um entsprechende Konsequenzen ziehen zu können. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß sich die Parteimitglieder nicht ohne schwerwiegende Konflikte auf eine von der Führung vorgegebene gleichgerichtete Spur bringen lassen. Zwar versucht dies die Parteiorganisation mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, und sie wendet dabei nicht nur freundliche, demokratische Spielregeln an. Sie scheut dabei auch nicht Repressivmaßnahmen "am Rande" oder gar außerhalb der Legalität.

Damit jedoch gefährdet die Parteispitze tendenziell die Einheit der Partei. Es ist kein Zufall, wenn in den letzten Monaten wieder einmal die Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln der Partei an Schärfe gewonnen haben. Zwar weicht im Interesse des Erscheinungsbildes nach außen und erst recht angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen die Parteilinke zurück und unterwirft sich mit knirschenden Zähnen der repressiv hergestellten "Parteieinheit". Aber es ist fraglich, ob auf Dauer eine solche Politik von der Linken in der Partei akzeptiert werden kann. Die von Parteiführern ausgesprochene Drohung, eine parteiähnliche Organisation mit linkssozialistischem Charakter außerhalb der SPD zu bekämpfen, zu kriminalisieren, möglicherweise ihr Verbot zu betreiben, muß schon aufgeboten werden, um die Parteilinken wenigstens bis zu den Wahlen auf den Friedhofsfrieden von Mannheim zu verpflichten. Dieser Drohung mit der



Peitsche entspricht das Zuckerbrot, das Brandt und Schmidt gerade in den letzten Tagen der Parteilinken hingebröselt haben. Um die Parteilinken für den Wahlkampf zu mobilisieren - denn auf die Karnerarbeit der Jusos ist die SPD trotz der modernen Werbeagenturen, die sie gegen Bezahlung machen läßt, angewiesen - sowie aus Befürchtungen, international isoliert zu werden, wird der "Radikalenerlaß" als Irrtum hingestellt. Für das Eingeständnis dieses Irrtums aber können weder wir noch die Linken innerhalb der Partei etwas kaufen. Wir wollen nicht Worte, sondern Taten; wann werden die von sozialdemokratischen Regierungen mit Berufsverbot belegten Genossen ihrer Qualifikation entsprechend eingestellt? Niemand in der SPD sollte meinen, daß aus Verständnis oder Mitleid mit den "irrenden" Brandt, Schmidt u.a. - im Sinne von: irren ist menschlich, und wer versteht, der verzeiht - die Drangsal, die gerade von dieser Parteiführung vielen Genossen individuell und der sozialistischen Linken generell angetan worden ist, bei den Wahlen vergessen wird!

Es wäre allerdings fatal, würde man die Politik der SPD als Werk von einzelnen Figuren begreifen. Um zu verstehen, daß die Sozialdemokratie zur Agentur der Repression geworden ist, ist es notwendig, die historische Entwicklung dieser Partei insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg zu betrachten. Angesichts des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs und der Stärke des bürgerlich-kapitalistischen Systems im internationalen Rahmen – zusammen mit einem in der Sozialdemokratie verbreiteten Antikommunismus - wurden die Faschismus-Erfahrungen und die Schwüre im Widerstand schnell vergessen. Diejenigen, die dies nicht konnten, weil sie zu sehr unter dem Faschismus gelitten hatten, wurden mehr und mehr an den Rand der Partei gedrängt. Faschismus wurde schon bald nicht mehr als eine besonders brutale Form bürgerlicher Herrschaft begriffen, die aus dem Schoß der so freiheitlich sich gebenden bürgerlichen demokratischen Republik gekrochen war. Faschismus wurde vielmehr als eine mögliche Form totalitärer Herrschaft verstanden, deren andere Form der Kommunismus/Bolschewismus sei: beide seien in gleicher Weise gegen die Demokratie, gegen die westliche Freiheit gerichtet. Die Gleichsetzung von "rot" und "braun" einerseits und das hohe Lied der Demokratie als politischer Herrschaftsform andererseits verabsolutierte Demokratie gegenüber den gesellschaftlichen Produktions- und Klassenverhältnissen und verstellte so den Blick auf Entwicklungstendenzen in der westlichen Welt, auf die scharfen und brutalen, oft genug verbrecherischen Methoden der Verteidigung dieser verabsolutierten "Demokratie", in deren Namen auch der Völkermord in Vietnam gerechtfertigt wurde. Wo keine Klassen mehr sind, da gibt es nur noch "Volk", und so definierte sich die SPD als Volkspartei. Damit war bereits angelegt, was in den gegenwärtigen Repressivmaßnahmen klar herauskommt: die Einengung des Demokratie- und des Gemeinwohlbegriffs, um unter der repressiven Formel von der "Solidarität der Demokraten" (womit nur die drei Bonner Parteien mit ihrem engeren Umfeld gemeint sind) gegen diejenigen vorgehen zu können, die ihre Klasseninteressen als Sonderinteressen vertreten und sie nicht auf die kapitalistische Logik des Gemeinwohls reduzieren lassen. Solange der Klassenantagonismus nicht offen zutage tritt, kann eine solche Gemeinwohl- und Demokratievorstellung plausibel und die darauf sich gründende Politik erfolgreich sein. Die 60er Jahre haben gezeigt, daß mit Reformen, die die SPD tatsächlich durchsetzte, eine Anbindung breiter Kreise der lohnabhängigen Schichten als Wähler an die Partei gelang, und daß mit ihrer Modernisierungsstrategie - z.B. Rationalisierung des Staatsapparats, Stabilitäts- und Wachstumsgesetz - auch Teile des Bürgertums mit der SPD durchaus einverstanden sein konnten, zumal die CDU Mitte der 60er Jahre erstarrt und verbraucht war.



Auch wenn die Reformen niemals im Sinne der gesellschaftlichen und individuellen Emanzipation wirken sollten und tatsächlich wirkten, ist Reformpolitik doch nur in der ökonomischen Prosperität möglich. In der wirtschaftlichen Krise gerät auch die Reformpolitik in die Krise, weil der Finanzspielraum enger wird und zu ihrer Verwirklichung mehr Durchsetzungsvermögen verlangt wird, als die SPD gegenüber dem Kapital und den Parteien rechts von ihr jemals aufbrachte. Die Reform- und Modernisierungspolitik wurde abgeblasen. Zwar redete man in der Sozialdemokratie um so mehr davon. Was aber tatsächlich getan wurde, ist richtigerweise als Gegenreform, als

## Walter Mossmann: **Poder Popular Für André Gunder Frank, im Exil**

**Auf einer der vielen Veranstaltungen gegen die Gewaltparagraphen hat jemand gesagt "man muß die Diktatur bekämpfen, bevor sie da ist". Ich glaube dies ist eine ganz wichtiger Satz, und wir kommen nicht drum herum, von der Repression in der BRD die Linie zu verlängern, dahin, wo wir von einer Diktatur sprechen können, d. h. in Chile; gleichzeitig können wir aber auch aus dem dortigen Widerstand lernen, und weil es Verknüpfungen zwischen der BRD und Chile gibt, singe ich das Lied "Poder Popular":**

*Was hörst du bei Nacht aus Santiago?*
*Was hörst du aus Concepción?*
*Ach, aus Chile*

*Ich höre nur Schüsse und Stille*
*Ich höre kein einziges Lied*
*Nicht aus Chile*
*Nicht aus Chile*

*Das war ein Traum*
*Und doch wirklich wahr*
*Ein Weg in die Freiheit:*
*Poder Popular*
*Die Arbeiter vereint*
*Nehmen die Fabrik*
*Die Bauern das Land,*
*Das ihrer Arbeit Früchte trägt*
*Das Haus für die*
*Drin wohnen, und die Macht*
*Verteilt, damit sie*
*Keinen mächtig macht.*

*Was siehst du in Valparaiso?*
*Iquique und Chanaral?*
*Ach, in Chile*

*Ich seh die quadratische Ordnung:*
*Friedhof Kaserne Knast*
*Das ist Chile*
*Heute Chile*

*Das ist fast vergessen*
*Und doch schrecklich wahr*
*Zerschossen, ermordet:*
*Poder Popular*
*Die Toten verscharrt*
*Die Lebenden gehetzt*
*Die Faust in der Tasche*
*Die Folter unsichtbar im Dunkel*
*Laut und groß*
*Die Schlächter an der Macht*
*Die deutsches Geld*
*So mächtig macht.*

*Was spürst du, mein Freund, hier in Deutschland*
*Am anderen Ende der Welt*
*Weit weg von Chile?*

*Es herrscht eine Kälte in Deutschland*
*Es herrscht ja die Bourgeoisie*
*Noch in Deutschland*
*Noch in Chile*

**Zwischenspiel: Drei Polizisten (verkleidet) stürzen auf die Rednerbühne und versuchen, Walter Mossmann zu verhaften: "Meine Damen und Herren, der Angeschuldigte Mossmann hat eben gegen die geltenden Gesetze verstoßen und wird wegen Verstoßes gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorläufig festgenommen. Ich darf Ihnen das kurz erklären: Meine Damen und Herren behalten Sie Ruhe, der Römer (Kundgebungsplatz) ist umstellt, der Beschuldigte Mossmann hat sich zu Chile geäußert, das ist sein gutes Recht, jeder Bürger hat das Recht sich zu Chile zu äußern – die Gerichte werden klären, ob er damit ein fremdes Land beleidigt hat und gegen die Strafgesetze verstoßen hat. Aber der Beschuldigte Mossmann hat mit dem Lied und dem Verweis auf Zustände in unserer BRD gegen unmittelbare Sicherheit und Ordnung verstoßen und wird daher sofort abgeführt. Ich bitte Sie, ihre Kundgebung so weiter zu machen wie Sie begonnen haben und nicht mehr uber die BRD zu reden." Die Abführung wird verhindert und alle singen die Schlußstrophe:**

*Das ist ein Traum*
*Und doch wirklich wahr*
*Ein Weg in die Freiheit:*
*Poder Popular*
*Der Mensch: ein Mensch,*
*Kein Herr und kein Knecht*
*Die Arbeit keine Ware*
*Und Frau und Mann lebendig*
*Und befreit. Das ist*
*Ein Traum, und der wird wahr*
*In Chile und Deutschland:*
*Poder Popular*

Unterwerfung unter die Zwänge kapitalistischer Logik zu bezeichnen. Selbst die Instrumente der politischen Unterdrückung werden noch als - für das Ausland - vorbildliche Reform verkauft. Wenn schon an Reformen nichts mehr aufzuweisen ist, bleibt nur der Vergleich mit dem Ausland, wo es für den Durchschnittsbürger vollkommen unüberprüfbar "viel schlechter" zugehen soll. Gleichzeitig mit den Reformen gingen die sozialdemokratischen Illusionen von der Steuerbarkeit der Wirtschaft mit dem - wie es arrogant genannt wurde - "modernsten wirtschaftspolitischen Instrumentarium der Welt" flöten. Damit erwies sich die Basis sozialdemokratischer Politik: Reformen und rationales Management durch den Staat als hinfällig. Es zeigte sich auch in aller Deutlichkeit, daß der gesellschaftliche Zusammenhalt in der BRD durch das sprichwörtliche Wirtschaftswunder hergestellt worden war und eine Gefährdung der ökonomischen Stabilität unmittelbar politische Konsequenzen haben kann. Dabei ist gar nicht so sehr bedeutsam, daß die Arbeiterklasse heute oder morgen revoltieren könnte. Diese Aussicht besteht gegenwärtig nur in den Köpfen einiger K-Gruppen, wie nicht zuletzt die Reaktionen in der Arbeiterschaft auf Arbeitslosigkeit und Krise zeigen. Vielmehr ist erstens in Folge der Nachbarschaft zum zweiten deutschen Staat, der DDR, die Schwelle für politische Konflikte im Bewußtsein der Herrschenden, aber auch im Bewußtsein der Massen sehr viel niedriger als in anderen Ländern Westeuropas. Zweitens gehört es zu einer spezifisch deutschen Tradition, daß schon geringe "Störungen der öffentlichen Ordnung" als politische Katastrophe verarbeitet werden. Und drittens, und dies ist entscheidend, sind die geringen sozialen Konflikte, die wenigen Streiks, also die durch keinerlei Kämpfe unterbrochene Kontinuität der Produktion, eine wesentliche Bedingung für den Wettbewerbsvorsprung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt und damit Voraussetzung für den gegenwärtigen leichten Aufschwung.

Wenn die sozialen Konflikte durch ökonomische Prosperität nicht unterhalb dieser niedrigen Schwelle gehalten werden können, dann soll "politisches Krisenmanagement" einsetzen. Im Orientierungsrahmen 85 heißt es: "Die Notwendigkeit, daß der Staat durch autoritative Eingriffe und Regulierungen die gesellschaftlichen Konflikte befrieden muß, nimmt zu". Damit ist die Maxime sozialdemokratischer Politik der nächsten Jahre vorgezeichnet: nämlich Fest- und Fortschreibung der Politik der Repression, um auf diese Weise den "sozialen Frieden" zu gewährleisten, auch wenn ein Teil dieser Politik mit einem Mal als Irrtum deklariert wird. Glaubt denn die Parteispitze der SPD, wir hätten einen kurzen Verstand und würden auf einmal diejenigen unterstützen und wählen, die wie der Wolf im Märchen jetzt, vor den Wahlen, Kreide fressen, um ihre Stimmen sanft zu machen, um uns nach den Wahlen umso leichter auffressen zu können? Diese Politik der Repression versucht, durch "rechtzeitige" Unterdrückung gerade der linken Positionen, die aus dem vorgegebenen Rahmen des ökonomischen und politischen Systems ausscheren, diese wieder in den Rahmen der nach rechts uminterpretierten Verfassung hineinzupressen oder außerhalb des Verfassungsrahmens mit repressiven Mitteln unschädlich zu machen. Im Selbstverständnis der rechten SPD soll eine solche Politik gerade die Rechtsdiktatur oder faschistische Tendenzen verhindern. Brandt sagt, man habe den Radikalenerlaß gemacht, um Schlimmeres, nämlich ein Verbot der DKP und anderer Gruppen bzw. Parteien zu verhüten. So begeht man in der SPD aus Angst vor dem Tode Selbstmord; und es wird so von der Partei der Kampf der Demokraten und Sozialisten

gegen antidemokratisch-faschistische Tendenzen erschwert, indem diejenigen, die ihn führen, als Verfassungsfeinde kriminalisiert werden.

Wenn wir es als das Skandalöse an der Politik der Repression in der BRD bezeichnet haben, daß die Sozialdemokratie ihre treibende Kraft ist - und daher beispielsweise der gewerkschaftliche Widerstand gegen die Berufsverbote weit weniger ausgeprägt ist als er es sicher wäre, wenn an diesen antidemokratischen Machenschaften nur die Reaktionäre der CDU/CSU beteiligt wären -, dann ist diese Aussage noch zu verstärken mit einem Verweis auf die internationale Lage. Der Adenauer-Erlaß der frühen 50er Jahre, der damals schon Kommunisten und konsequenten Antifaschisten den Öffentlichen Dienst weitgehend verschloß, ist nicht nur deshalb weniger skandalös, weil er eine klare Kampfansage der restaurativen Kräfte gegen die Linke insgesamt gewesen ist, sondern auch deshalb, weil im internationalen Rahmen mitten im Kalten Krieg die Verhältnisse anders lagen als heute. Bei einem Anwachsen der demokratischen Bewegungen in beinahe allen westeuropäischen Ländern, angesichts der stärker werdenden kommunistischen und linkssozialistischen Parteien, Gruppen und Tendenzen hat die Politik der politischen Repression in der BRD auch den Charakter einer Stärkung der internationalen reaktionären Kräfte durch die Politik der SPD. Nicht umsonst halten die rechten Parteien im Ausland Radikalenerlaß und Extremistengesetz auch für ihre Länder für vorbildlich und erstrebenswert. Dies ist der Grund, weshalb selbst sozialdemokratische Parteien und Politiker im Ausland gegen die Politik ihrer "Schwesterorganisation" SPD protestieren und dagegen angehen. Wenn sie sich so auf die Seite derer stellen, die gegen die Politik der Unterdrückung in der BRD kämpfen, dann nicht nur aus moralischen Beweggründen, sondern weil sie wie wir wissen, daß die Berufsverbote sehr leicht ein Exportartikel "made in Germany" werden können, wenn die westeuropäische Linke insgesamt nicht aufpaßt und rechtzeitig, d.h. sofort dagegen ankämpft. Mit all denjenigen, die gegen die politische Unterdrückung protestieren und kämpfen, stehen wir auf der gleichen Seite der Front!

Die Frage, die zum Abschluß zu erörtern ist, lautet, ob und wie gegen die Politik der SPD innerhalb der Partei Widerstand entfaltet werden kann, ob und inwieweit Möglichkeiten einer Veränderung des repressiven Kurses innerhalb der Partei gegeben sind. Die Chancen dafür stehen schlecht; die SPD-Linke hat Positionen verloren und wird weitere verlieren, da es ihr innerhalb der Partei unmöglich sein wird, eine *glaubwürdige* Strategie der Veränderungen anzugeben. Allenfalls können linke Gruppierungen in der Partei, wie die Jusos, Programmsätze entwickeln. Sie sind jedoch prinzipiell innerhalb der Partei nicht in der Lage, die Verwirklichungsmöglichkeiten in und erst recht nicht mit der SPD anzugeben und glaubwürdig auszuführen. Wegen dieses strukturellen Widerspruchs nimmt den Jusos niemand ihren Radikalismus so recht ab. Er erscheint deshalb als bloße "Theoriedebatte", als politisch illusionäre und unverbindliche Konstruktion, weil jedermann weiß, daß innerhalb und mit der SPD die schönen Programmsätze sowieso nicht einlösbar sind. Am Schluß bleibt Pragmatismus, häufig Opportunismus, was denn auch die Unglaubwürdigkeit bis zum Mißtrauen der "Basis" gegenüber der Parteilinken steigert. Auch die Erfindung der "Doppelstrategie", die hier Besserung bringen sollte, hat sich als ein politische Zauberwort herausgestellt, das jedoch den Sesam des politischen Einflusses niemals geöffnet hat. Denn schließlich stammt die SPD nicht aus der Welt von Tausendundeinernacht.

Die Folge ist, daß nur außerhalb der SPD eine sozialistische Strategie entwickelt und in viel mühseliger Kleinarbeit, mit vielen Rückschlägen sicherlich, praktisch umgesetzt werden kann. Dies hat nicht nur außerhalb der SPD zu erfolgen, sondern - und das ist das Fatale - dies muß *gegen* die Repressionspolitik der SPD durchgesetzt werden. Nur organisiert wird dies möglich sein. Also besteht unsere vordringliche Aufgabe darin, unsere sozialistische Organisation zur Durchsetzung unserer Interessen aufzubauen. Dabei wird das Sozialistische Büro sicherlich eine entscheidende, aber nicht die einzige Rolle spielen.

★

Alexander Schubart

# Der Zusammenhang von SPD-Politik und Repression

Ich möchte hier keine vorbereitete Rede halten, sondern einen Diskussionsbeitrag zu dem, was wir hier von Elmar Altvater gehört haben. Was ich hier sage, ist nicht eine individuelle Position, sondern die Position von Frankfurter Sozialisten in der SPD, die teilweise noch aktiv in der SPD sind, wenn auch am Rande, zum Teil aber schon im Zusammenhang mit Konflikten ausgeschlossen worden sind, die es um unsere Portugalerklärung gegeben hat. Wir haben, Genossinnen und Genossen, hier ein Kongreßpapier erarbeitet, das orangene Papier, das auch hier im Saal verteilt wurde, das Papier "SPD und Repression"; das ist die Position, die ich hier vertrete.

Doch nun zu meinem Diskussionsbeitrag. Den Ausführungen von Elmar Altvater kann man zum großen Teil, ja fast insgesamt, zustimmen, mit Ausnahme eines kritischen Punktes - und das ist der Punkt, wo ich einhaken möchte. Er hat nämlich die Situation der Jungsozialisten und die Strategie und Theorie der Jungsozialisten hier arg verkürzt dargestellt. Die Doppelstrategie, lieber Elmar Altvater, war wirklich keine Sache aus Tausendundeinernacht, wie Du es dargestellt hast, sondern war eine Sache, die in jener konkreten Situation, als diese Theorie formuliert wurde, eine richtige, eine beachtliche, ja höchst verdienstvolle Sache gewesen ist.

Als die Jungsozialisten mit ihren Hannoveraner Strategiebeschlüssen und mit den Beschlüssen der folgenden Bundeskonferenzen in die Partei hineinstießen, haben sie in ein weitgehendes theoretisches Vakuum hineingestoßen. Nun war das eine Phase, als die SPD die Anpassungsphase, die zwischen dem Godesberger Programm und der Regierung der Großen Koalition lag, überwunden hatte. In dieser Situation nun forderte die SPD - gedrängt durch die Studentenbewegung, getrieben durch die Legitimationskrise, in die der kapitalistische Staat angesichts der ersten größeren Wirtschaftskrise von 1966/67 geraten war - eine Legitimationskrise, die ja auch eine Legitimationskrise der SPD selbst war - die Neu-Linken geradezu auf, in die Partei einzutreten, während auf der anderen Seite ein Teil dieser Linken versuchte, die SPD für ihre weitergehenden sozialistischen Ziele zu instrumentalisieren. Alles nähere könnt ihr in unserem Papier nachlesen. Die Jungsozialisten - ja man kann geradezu von einer Neugründung der Jungsozialisten in der SPD sprechen - waren das Auffangbecken derjenigen, die glaubten, den Gang durch die Institutionen in der SPD am wirkungsvollsten beginnen zu können, weil sie außerhalb der SPD keine Organisationsalternative sahen.

Und sie haben mit ihrer Doppelstrategie

- erstens das Verdienst, daß sie überhaupt den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital innerhalb der SPD, innerhalb einer SPD, die wie gesagt, ein theoretisches Vakuum hatte, thematisiert hatten,
- daß sie, zweitens, für die Transformation dieses Systems in eine sozialistische Gesellschaftsordnung eintraten,
- und drittens – in Anlehnung an André Gorz –, wie ich glaube, mit der Doppelstrategie eine mögliche und eine von der damaligen Einschätzung - ich betone: von der damaligen Einschätzung - realistische Konzeption vorgebracht hatten.

Die Doppelstrategie ging davon aus, daß man die theoretischen Ansätze, die die Jungsozialisten in die SPD hereingebracht hatten, auch zur Strategie der gesamten SPD machen könnte; der SPD deshalb, weil sie von den Lohnabhängigen als ihre Partei angesehen wird, und sie ist die einzige Partei, die eine Massenbasis in der Gesellschaft hat.

Ich sage ja nicht, daß die SPD die Politik betreiben würde, die im Interesse der Lohnabhängigen notwendig wäre. Aber ich bleibe sehr wohl bei meiner Behauptung, daß die SPD die Partei ist, die von den Lohnabhängigen als ihre Partei angesehen wird. Und Ihr könnt gar nicht bestreiten, daß dem so ist.

Nun waren die Jungsozialisten, als sie die Doppelstrategie formulierten, in dem großen Irrtum befangen, sie könnten ihre Theorie zur Theorie der Gesamtpartei machen. Dies ist gescheitert, vollständig gescheitert. Zwar haben die linken Ansätze der Jungsozialisten einen Aufschwung der Theoriediskussion in der Partei bewirkt; aber sie haben zu keinen durchgreifenden Änderungen in der SPD geführt, was auf ihre Struktur zurückzuführen ist.

Es war also so gewesen, daß es den Jungsozialisten - und das war das Entscheidende, Elmar Altvater - nicht gelungen ist, ihre theoretischen Ansätze zu Ansätzen der Gesamtpartei zu machen. Der Abstand zwischen dem, was die Jungsozialisten als Theorie formuliert haben und dem, was amtliche SPD-Programmatik ist, ist weit größer, als etwa der Abstand zwischen herrschender SPD-Programmatik und der Programmatik irgendeiner bürgerlichen Partei. Das muß man sehen, diese große, unwahrscheinlich große Kluft zwischen Juso-Programmatik und herrschender SPD-Programmatik. Denn die herrschende SPD-Programmatik ist an zwei Fixpunkten deutlich zu machen:

Der erste Fixpunkt ist der, daß der SPD bis heute trotz Orientierungsrahmen eine kritische Gesellschaftsanalyse fehlt. Anstelle dieser Analyse, gewissermaßen als deus ex machina, tauchen in der SPD-Programmatik drei Grundwerte auf - schon im Godesberger Programm und dann wieder im Orientierungsrahmen –, nämlich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Das soll gewissermaßen die kritische Analyse ersetzen. Und es fehlt in der SPD-Programmatik bezeichnenderweise der Grundwert Gleichheit; der ist dort nicht vorhanden. Der zweite Fixpunkt, der die SPD-Programmatik auszeichnet, ist folgender: Die SPD geht zwar verbal vom demokratischen Sozialismus aus, aber dieser Sozialismus ist mehr oder weniger ein Rauchvorhang, hinter dem sich antisozialistische Positionen verbergen. Denn der demokratische Sozialismus à la SPD zeichnet sich dadurch aus, daß mit ihm keine grundlegend neue Gesellschaftsordnung angestrebt wird, sondern ein Kapitalismus, der durch diese oder jene Sozialreform verbessert, funktionstüchtiger gemacht werden soll. Die Herrschaftsgrundlagen dieser Gesellschaft, die private Verfügung über die Produktionsmittel, bleiben vollständig unangetastet, ja müssen geradezu geschützt werden. Aus dieser Logik - "Sozialismus" mit kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsverhältnissen - ergibt sich durchaus folgerichtig die Repressionspolitik der SPD: Absicherung der Herrschaftsgrundlage, die durch die ökonomische Krise bedroht ist.

Dies ist ein Punkt, den wir gerade in unserem Papier sehr gründlich aufgearbeitet haben. Wir haben also nicht nur rein emotional die Frage gestellt, inwieweit die SPD - was viele vermuten - gewissermaßen nur Mitläufer einer ihr von der Reaktion aufgezwungenen Repressionswelle ist. Das wäre in der Tat eine Vermutung, die irrig wäre. Denn es läßt sich durch Tatsachen belegen, daß die SPD selbst Urheber und Hauptträger - freilich nicht der alleinige - der gegenwärtigen Repressionswelle ist; einer Repression, die sich in zwei Stoßrichtungen äußert.

- Die eine Richtung, ausgeübt von der SPD als Träger der Regierungsmacht, zielt auf die gesamte Gesellschaft.
- Die andere Richtung zielt nach innen, in die Partei hinein, vermittels einer breiten Skala von innerparteilichen Disziplinierungsmitteln, angefangen etwa bei Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüssen über Einengung der Betätigungsmöglichkeiten von Arbeitsgemeinschaften bis hin zu Sofortmaßnahmen, Funktionsverboten und Parteiausschlüssen.

Die Konsequenzen unserer Diskussionsgruppe sind keine fertigen Antworten, sondern Fragestellungen, die zum lauten Nachdenken anregen sollten, und zwar zum lauten Nachdenken, sowohl der Linken innerhalb der SPD, als auch der Linken außerhalb der SPD. Wir stellen also nur Fragen an die weitere Diskussion. Die erste Frage gilt der Linken innerhalb der SPD. Wir fragen, ob es noch realistisch und sinnvoll ist, gewisse Erwartungen an das Weiterwirken der Linken innerhalb der SPD zu hegen. Wir fragen zum anderen, ob es nicht selbst dann, wenn es keinen feststellbaren Einfluß von Linken auf die konkrete Politik der Partei und Regierungsspitze gäbe, es nicht doch für Sozialisten sinnvoll sein kann, in der SPD zu bleiben und sich an ihren innerparteilichen Konflikten zu beteiligen.

Die zweite Fragestellung betrifft die Linken außerhalb der SPD. Wir fragen, wie wirkt sich die Entwicklung der SPD-Politik auf die Arbeitsmöglichkeiten von Sozialisten außerhalb der SPD aus; ist es möglich, daß Linke außerhalb der SPD Druck auf die SPD ausüben, etwa jetzt - das ist zugegebenermaßen ein kruzfristiger Aspekt – bei Wahlen, inwieweit können gewisse organisierte Formen ein Druckpotential darstellen.

Und schließlich die dritte und letzte, eigentlich entscheidende Frage: Wie steht es mit der Interessenmobilisierung und Organisierung außerhalb der SPD? Dieser Kongreß – und auch Eure Reaktionen hier - zeigen, daß wir es mit einer unwahrscheinlichen Schwäche der Linken in dieser Bundesrepublik Deutschland zu tun haben. Das kontrastiert merkwürdig mit den Entwicklungen in unseren südlichen und westlichen Nachbarländern - insofern gehen die Uhren in Deutschland anders als in unseren Nachbarländern. Ihr könnt nicht behaupten, daß die Ansammlung eines respektablen Zuhörerkreises auf diesem Kongreß nun eine machtvolle Demonstration der Linken insgesamt wäre. Das wage ich in der Tat zu bezweifeln.

Klaus Vack

# Sozialistische Praxis und Widerstand gegen die Repression sind ein und dasselbe!

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir hier auf diesem Schlußplenum neben einigen weiteren zentralen politischen Punkten auch die Organisationsfrage aufgreifen, so vor allem deshalb, weil nicht erst mit diesem Kongreß ein enormes Interesse deutlich wird, sich nicht mehr nur am SB zu orientierten, sondern auch, sich im SB zu organisieren. Niemand sollte von mir erwarten, daß ich mit diesem kurzen Beitrag alle Fragen, die sich mit der Organisierung sowohl im SB selbst stellen als auch von Sympathisanten und Kritikern an das SB gestellt werden, "schlüssig" beantworten kann. Ich habe mir auch nicht die Aufgabe gestellt, das SB und seinen Organisierungsprozeß als einzig mögliche Konsequenz eines revolutionären Gangs der Weltgeschichte hochzustilisieren, wenngleich der Schwerpunkt meines Beitrags auf der Organisationsfrage für das SB selbst liegt. Im SB haben wir es bisher weitgehend vermieden, uns etwas in die Tasche zu lügen. Auch angesichts dieser Pfingstveranstaltung, die gewiß zu einer eindrucksvollen Manifestation gelungen ist, wollen wir offen aussprechen, wie vorläufig unsere Aktions- und Organisationsformen noch immer sind - wie begrenzt noch immer unsere Möglichkeiten, in die politische Entwicklung in Westdeutschland im Sinne sozialistischer Veränderungen einzugreifen.

Als wir in den Gruppen, in Arbeitsfeldern, in den Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft sowie im Delegiertenrat und auf einer zentralen Mitgliedertagung des SB das Konzept einer Kampagne gegen die Repression diskutiert haben, haben wir uns einige - wie ich meine - wichtige Fragen gestellt: Wie können wir die in der gesamten Linken spürbar gewordene Unsicherheit, die Angst und die Resignation, das individuelle Rückzugs- und Anpassungsverhalten, also die Gefahr um sich greifender politischer Desortierung abwenden? Wie können wir die massiven und allgegenwärtigen Maßnahmen unterlaufen, mit denen Staat und Kapital und nicht zuletzt die systemtragenden Parteien und Organisationen mit ihren Berufsverboten und dem gesamten Arsenal ihrer Einschüchterungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Linken vorgehen? Wie können wir durch eine intensive Kampagne und eine solidarische Großveranstaltung, durch offene und repressionsfreie Diskussion unserer Probleme uns selbst stabilisieren, aus der Defensive herauskommen und den Widerstand neu und offensiv organisieren?

Es ging uns also darum, mit dem Kongreß ein Forum zu schaffen, auf dem die neue sozialistische Linke als Hauptopfer der verschärften Repressionspolitik ihre Erfahrungen austauschen und Möglichkeiten der Gegenwehr entwickeln konnte. Es ging uns darum, Formen des organisierten Widerstands gegen politische Unterdrükkung und ökonomische Ausbeutung vor allem für die praktischen politischen Auseinandersetzungen an der Basis, aber auch für die übergreifende Ebene zu diskutieren. Weiterhin war es uns darum zu tun, an der Tradition des SB festzuhalten, die eigene Organisation nicht abzuschotten von dem großen Umfeld der Sympathisanten, von den vielen Genossen, Kollegen und kleinen Praxisgruppen, die sich am Sozialistischen Büro orientieren. Und wir wollten auch jene in den Diskussionsprozeß einbeziehen, die dem SB zwar kritisch gegenüberstehen, jedoch offen sind für

eine Kooperation ohne Diskriminierung und ohne Alleinvertretungsanspruch.

Allerdings haben wir von Anfang an jene Konzeption von Bündnispolitik ausgeschlossen, die die Antirepressions-Kampagne auf den kleinsten politischen Nenner reduziert hätte. Wir wollten nicht in den Fehler verfallen, eine Veranstaltung zu machen, die sich in Appellen an Staat, Parteien und Gewerkschaftsspitzen erschöpft und dabei nur verschleiert, wer die Träger der Repressionspolitik sind und welches die politisch-ökonomischen Ursachen sind für die rapide Verschärfung von politischer Unterdrükkung und ökonomischer Ausbeutung.

Und besonders wichtig: das SB wollte mit diesem Kongreß nicht ein einmaliges, letztlich unverbindliches Politfestival veranstalten. Gerade in unserem eigenen Organisierungsprozeß im SB und in unserer eigenen politischen Sozialisation über die Arbeiterjugendverbände, durch die Ostermärsche, die Antinotstands- und die Vietnamkriegskampagnen, über den SDS und die außerparlamentarische Protestbewegung haben wir gelernt, daß politische Tragfähigkeit, Durchhaltevermögen und revolutionäre Geduld für oft frustrierende Tag-zu-Tag-Arbeit nicht mit gelegentlichen Großaktionen, sondern erst in der Kontinuität der sozialistischen Organisation hergestellt werden können. Eine Politik, die ausschließlich von spontanen Aktionen lebt, vielleicht mit gelegentlichen Teach-ins, in denen aktuelle Erfahrungen vorübergehend aufgearbeitet werden, eine Politik, heute hier und morgen dort etwas anzukurbeln und dann wieder liegenzulassen, muß letztlich reaktiv bleiben angesichts der veränderten Bedingungen politischer Arbeit in der zweiten Restauration der BRD. Organisierung ist inzwischen eine Bedingung dafür, über das bloße Reagieren auf politische Maßnahmen der Herrschenden hinauszukommen. Ausgangspunkt für unsere organisatorischen Überlegungen ist also nicht zuletzt die Frage, wie wir gegen die politische Repression die Handlungsmöglichkeiten von Sozialisten aufrecht erhalten und ausweiten können. Dabei ist auch die Erfahrung der alten Arbeiterbewegung aufzugreifen, daß auf Unterdrückung mit Selbstorganisation geantwortet werden kann, daß Chancen politischer Öffentlichkeit und auch individueller Reproduktion dort auf eigene Faust organisiert werden müssen, wo sie durch Repression bedroht sind. Solche Selbstorganisation meint das Stichwort "Rotarbeit", das auf diesem Kongreß immer wieder in die Diskussion gebracht wurde. Wenn ich sagte, daß der Stellenwert des SB für die Entwicklung des Widerstandes gegen die Repression begrenzt ist, so heißt dies auch, daß Widerstand erfolgreich überhaupt nur möglich ist, wenn es Solidarität zwischen den verschiedenen linken Ansätzen in der Bundesrepublik gibt und wenn diese Solidarität an Raum gewinnt. Insofern müssen wir den Versuch machen, Kooperation mit anderen linken Gruppierungen und auch mit konsequent demokratischen Anhängern der SPD oder liberaler Richtungen offenzuhalten und für mögliche gemeinsame Aktivitäten zu nutzen. Und wir sollten dabei auch in Rechnung stellen, daß es so etwas wie eine aus unterschiedlichen politischen Herkünften und unterschiedlichen Lebensverhältnissen kommende politische Arbeitsteilung geben kann, deren möglicher Nutzen nicht durch unreflektierten Maximalismus gefährdet werden sollte.

Geichzeitig ist aber unverkennbar, daß der gegenwärtige Bestand und der mögliche Ausbau des SB für die Gesamtentwicklung der Linken in Westdeutschland und gerade auch für den Widerstand gegen die Repression eine unbedingt notwendige, durch andere politische Organisationen nicht zu ersetzende Bedeutung haben. Das SB ist gegenwärtig der einzige neue Organisationsansatz von Sozialisten in Westdeutschland, in dessen Geschichte und Zusammenhang die Möglichkeit gewahrt blieb, an Erfahrungen auch der alten Linken, also der sozialistischen Organisationen der ersten Restaurationsphase in der Bundesrepublik anzuknüpfen. Das SB ist ferner ein Organisationsansatz, der es vermieden hat, die Vorläufigkeit der eigenen theoretischen und praktischen Position zur sozialistischen Weisheit letztem Schluß zu machen. Eben deshalb bietet es jetzt für viele Genossen eine Möglichkeit der Organisierung und aktiven Mitarbeit, die sonst leicht in politische Vereinzelung geraten könnten. Das Motiv dafür, sich für das SB zu interessieren oder sich im SB zu organisieren, liegt zur Zeit vielfach in der Enttäuschung über andere politische Organisationen. Das reicht von solchen Genossen, die den Weg vieler K-Organisationen nicht mehr mitvollziehen wollen, bis zu SPD-Mitgliedern, die als Sozialisten Hoffnungen in diese Partei gesetzt hatten und dies als Illusion erkannt haben. Aber es trifft auch in wachsendem Maße zu für nicht wenige Spontis, die Aktionismus, wenn er perspektivlos bleibt, nicht mehr ertragen und die – wie ich meine zu Recht – im SB eine Synthese von Spontaneität und Organisation erwartet.

Aber nicht nur im Hinblick auf organisatorische oder programmatische Herkunft liegt bei den neu zum SB stoßenden Genossen ein breites Spektrum vor. Auch die politischen Handlungszusammenhänge und Arbeitsformen, aus denen diese Genossen kommen oder die sie nun organisationspolitisch neu definieren wollen, sind höchst unterschiedlich. Das SB ist insofern in der Tat noch immer eine Art sozialistische Sammlungsbewegung. Dies wird dem SB häufig zum Vorwurf gemacht. Ich für meinen Teil kann nur feststellen, daß ich aus dieser Tatsache keine Minderwertigkeitsgefühle ziehe. Die Vorstel-

lung jedenfalls, der Organisierungsprozeß von Sozialisten könne sich so vollziehen, daß programmatisch und organisatorisch eindeutige Muster vorgedacht werden, denen man sich dann nur zuordnen müsse, scheint mir nach allen Erfahrungen weniger denn je einsichtig. Wir sollten vielmehr die im SB vorhandenen, oft disparaten und durch verschiedene Erfahrungen geprägten Varianten sozialistischer Praxis und Theorie Schritt für Schritt zugunsten gemeinsamer Positionen und gemeinsamer politischer Aktivitäten ablösen, auch wenn dies mancher "Umwege" und langwieriger und schwieriger Diskussionen bedarf.

Allerdings wirft auch jene nicht-autoritäre Form der Organisierung, wie sie sich im SB vollzieht, durchaus schwierige Probleme auf. Wir wollen erreichen, daß an der präziseren Bestimmung der politischen Position und der Organisationsform des SB alle diejenigen beteiligt sind, die das SB durch ihre Aktivität tragen oder mittragen. Wie aber vermeiden wir dabei, daß sich das SB als diffuse Ansammlung politisch nicht aufeinander bezogener Gruppen und Individuen darstellt, wo jeder sagt und tut, was ihm gerade in den Sinn kommt und wo dann nur noch das Wort Sozialismus die widerstrebendsten Elemente zusammenhält?

Bisher versucht das SB, die Probleme, die in dieser Frage stecken, pragmatisch anzugehen. Die Organisationsform des SB ist für uns kein dogmatisches Prinzip, sondern ein experimentelles Modell. Dabei ist nicht zu übersehen, daß die Verbindung von lokaler und regionaler Organisation und Organisation im Betriebsbereich und in den Arbeitsfeldern am ehesten die Möglichkeit bietet, der Repression bewegliche Widerstandsformen entgegenzusetzen, die sich nicht einfach aus der Vielfalt der sozialen Zusammenhänge verdrängen lassen, in denen die einzelnen Genossen arbeiten. – Da sich die politisch-organisatorische Struktur des SB in einer Aufbauphase befindet, sind Schwächen in den Arbeitsfeldern und den lokalen/regionalen Gruppen und Zentren nicht zu vermeiden. Die jüngste Entwicklung zeigt aber, daß der Aufbauprozeß vorangeht und von Stagnation nicht die Rede sein kann. Daß die Politik der Repression sich gegenwärtig sehr deutlich gegen die Linke im Reproduktionsbereich, also zum Beispiel gegen Lehrer, Hochschullehrer, Sozialarbeiter und Publizisten richtet, bestätigt meines Erachtens einen strategischen Ansatz des SB. Die Aktivität von Sozialisten in den Berufsfeldern enthält ganz offensichtlich Risiken für das herrschende System. Anders wäre die Repressionspolitik in diesen Bereichen nicht zu erklären. – Jedenfalls wäre es völlig falsch, den strategischen Ansatz organisierter politischer Arbeit in den Arbeitsfeldern und Berufsbereichen einzuschränken oder gar aufzugeben zugunsten einer traditionellen Organisationsstruktur mit Zentralvorstand, Bezirksleitungen und Ortsgruppen, die Verbindlichkeit lediglich an der politischen Programmatik festmacht. Vielmehr gilt es, den bisher eher noch zu schwachen Arbeitsfeldansatz weiter zu entwickeln, in allen wichtigen Berufsfeldern Sozialisten zu organisieren, um eine auf die praktischen Arbeitszusammenhänge der Genossen bezogene sozialistische Argumentation und Praxis weiter auszubreiten.

Daß Staat und Kapital präventiv das Vordringen sozialistischer Deutung der gesellschaftlichen Realität in den Betrieben um jeden Preis zu verhindern suchen, bestätigt, daß auch die Schwerpunktsetzung der Betriebs- und Gewerkschaftarbeit richtig ist. Gerade im SB stellt sich die Aufgabe, die zunächst noch bescheidenen Ansätze in diesem Bereich kontinuierlich mit allem nur denkbaren Energieaufwand weiter zu entwickeln. In einer Situation, in der sich Leistungsdruck und Repression in den Betrieben ständig verschärfen, in der die Gewerkschaftsapparate überwiegend jeglicher antikapitalistischer Argumentation den Boden zu entziehen suchen und sogar selbst gegen unliebsame Kollegen mit innergewerkschaftlichen "Extremistenbeschlüssen" vorgehen, besteht umso mehr die Notwendigkeit, in sozialistischen Betriebsgruppen und lokalen Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft Erfahrungen auszutauschen und die Betriebs- und Gewerkschaftspolitik von Sozialisten zu koordinieren und solidarisch abzusichern.

Diejenigen Genossen, die jetzt im SB organisiert sind und vermutlich für eine Weile auch noch diejenigen, die sich dem SB neu anschließen, sind überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, Angehörige der sogenannten Intelligenzberufe. Diese Tatsache können wir nicht einfach überspielen, indem wir uns selbst als Arbeiterorganisation in Szene setzen, eine Versuchung, der das SB erfreulicherweise ja auch entgangen ist. Diese spezifische soziale Zusammensetzung des SB wirft aber wiederum Probleme auf, nämlich, wie schaffen wir es, uns ständig neu vor der bei Intelligenzlern naheliegenden Illusion zu hüten, daß Worte bereits Wirklichkeit bedeuten? Wie lernen wir, daß das schönste Diskussionsergebnis in der Gruppe oder das schlüssigste theoretische Papier an sich noch keine Intervention in das politische Geschehen bedeuten? Wie können wir dafür sorgen, daß die kopflastige Struktur des SB nicht durch eigene Verhaltensweisen noch zusätzlich zementiert wird? Wie also können wir verhindern, daß durch allzu studentisch-akademische Formen des politischen Lebens im SB diejenigen Kolleginnen oder Kollegen aus den Betrieben abgeschreckt werden, die

## Rolf Schwendter: **Ich bin noch immer unbefriedigt**

*Die Zeitungen krakeelen von früh bis spät,*
*daß es wie bisher nicht mehr weitergeht.*
*Ich soll mir meinen Gürtel enger schnallen,*
*das täte manchen oben so gefallen.*
*Ich bin noch immer unbefriedigt.*
*Darum muß ich schrei'n, schrei'n, schrei'n.*

*Man hält mich dumm und hält mich wie ein Tier,*
*man hält mich auch zum Narren: "Konsumier'!"*
*Die Preise, die tun steigen riesengroß.*
*Und immer mehr Arbeiter werden arbeitslos.*
*Ich bin noch immer unbefriedigt.*
*Darum muß ich schrei'n, schrei'n, schrei'n.*

*Sie sagen, wir hätten's aus eigner Kraft geschafft*
*durch die "Soziale Marktwirtschaft".*
*Wenn ich das schon höre, denke ich: "Au weh!",*
*an AUDI-NSU und an VW.*
*Ich bin noch immer unbefriedigt.*
*Darum muß ich schrei'n, schrei'n, schrei'n.*

*Die oben, die schweigen in letzter Zeit still,*
*wenn wer noch Reformen oder Demokratie will.*
*Der Ruf, der da ertönt, der ist nicht lind:*
*aus Sonthofen weht ein wüster Wind.*
*Ich bin noch immer unbefriedigt.*
*Darum muß ich schrei'n, schrei'n, schrei'n.*

potentielle SB-Genossen sind?
Erst die Praxis in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen, in Betrieb, Berufsfeld und Gewerkschaft eröffnet – wenn unter den gegenwärtigen Bedingungen auch nur bescheidene – Möglichkeiten, der sozialistischen Perspektive zur Realität zu verhelfen. Dabei geht es in erster Linie um die Politisierung von Konflikten im kapitalistischen Alltag, von legitimen Ansprüchen und Interessen, wie sie sich einerseits in beruflichen Zusammenhängen und andererseits in der Stadtteilarbeit, bei Bürgerinitiativen und so weiter stellen. Zwar ist die Arbeit in den Arbeitsfeldern und in den Basisprojekten immer in Gefahr, ihren Sichtwinkel bereichsspezifisch zu verengen. Doch viel größer scheint mir die Gefahr, daß das berechtigte Verlangen nach eindeutiger politischer Orientierung zu einer Politik führen könnte, die sich von der konkreten Situation und den Erfahrungen der Betroffenen abhebt. Die Repressionspolitik des Kapitals und des Staates in der Bundesrepublik wird ganz offensichtlich in Zukunft massiver noch als bisher darauf gerichtet sein, jedes Vordringen sozialistischer Argumentation gerade in der Arbeiterschaft zu verhindern und die an Schulen und Hochschulen oder in den Medien zeitweise von Linken erreichten Positionen zu liquidieren. Deshalb ist es in der nächsten Phase eine zentrale Aufgabe der westdeutschen Sozialisten, das Monopol der kapitalistischen Ideologie weiter aufzubrechen. Die hierfür geeignete Vorgehensweise ist nicht die selbstverordnete Abschottung der Linken gegen die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, sondern die weit gefächerte, sich vielfältiger Handlungsfelder und Handlungsformen bedienende Desintegration der herrschenden Argumentation. Die Repression darf uns nicht hindern, eine sozialistische Interpretation der bestehenden gesellschaftlichen Probleme zur selbstverständlich wahrgenommenen Möglichkeit zu machen.
Das Spektrum der hierzu geeigneten Aktivitäten reicht von der Vertretung sozialistischer Positionen in der innergewerkschaftlichen Diskussion über die Inanspruchnahme des Rechts auf antikapitalistische Argumentation in den vielfältigen Berufsfeldern bis hin zur linken lokalen Gegenpresse. Jeder Rückzug auf den Binnenraum kleiner sozialistischer Organisationen, jede Einigelung der Sozialisten wäre strategisch falsch.
Weil wir damit rechnen müssen, daß eindeutiger noch als bisher die kapitalistische Presse und die staatlich gesteuerten Funk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Informationen und Stellungnahmen aus der Linken unterdrücken werden, hat die Entwicklung nicht nur der zentralen, sondern auch einer lokalen linken Gegenpresse großes Gewicht, sowohl für die Festigung der lokalen Betriebs- und Arbeitsfeldansätze, SB-Gruppen bzw. SZ als auch für die Möglichkeit des Zugangs für noch nicht organisierte, aber interessierte Kollegen und Genossen. Die Form einer solchen lokalen Gegenpresse kann vielfältig sein. Ziel derselben müßte sein, daß die Gewißheit besteht: vom SB herausgegebene, initiierte oder mitgetragene Publikationen sichern den Informations- und Kooperationszusammenhang der linken Aktivitäten am Ort; sie machen im übrigen öffentlich, was die kapitalistische Presse verschweigt.
Im Zuge der Vorbereitung des Pfingstkongresses sind von örtlichen SB-Gruppen vielfach Veranstaltungen durchgeführt worden, die eine erstaunlich gute Beteiligung gefunden haben. Der Grund hierfür liegt vermutlich nicht zuletzt darin, daß auf SB-Veranstaltungen am ehesten eine Argumentation möglich ist, die nicht, bevor Fragestellungen überhaupt entfaltet sind, bereits eine vorfabrizierte Antwort gibt. Zum Erfolg dieser SB-Veranstaltungen hat sicherlich auch beigetragen, daß hier eine illusionslose Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen in Westdeutschland vorherrscht. Schließlich hat sich auch bestätigt, daß gerade das SB in der Lage ist, den Diskussionszusammenhang mit verschiedenen Strömungen der Linken und auch mit entschiedenen Liberalen aufrecht zu erhalten und auch hier punktuell zu Kooperation zu kommen. Hervorzuheben ist, daß zu diesen SB-Veranstaltungen verhältnismäßig viele – meist über die Arbeitsfeldansätze des SB mobilisierte – bereits im Beruf stehenden Genossinnen und Genossen, darunter auch Betriebskollegen, einen Zugang fanden. Weiterhin ist hervorzuheben, daß die Vorkampagne und Mobilisierung zum Pfingstkongreß - vor allem in der sogenannten Provinz - sowohl zu Aktivitäten als auch zu neuen Gruppenbildungen geführt hat.
Da der Pfingstkongreß zwar ein erster Höhepunkt, aber keinesfalls Schlußpunkt der Antirepressions-Kampagne ist, müssen die Erfahrungen mit den bisherigen lokalen Aktivitäten aufgearbeitet und sollten solche Veranstaltungen fortgesetzt werden, wobei über die allgemeine Einschätzung der Repression hinaus Informationen zu konkreten Fällen und Erscheinungsformen von Repression und möglicher Gegenwehr – auch und gerade am Arbeitsplatz – zu vermitteln sind. Jetzt gilt es, die neuen Ansatzpunkte (Projekte von Gegenöffentlichkeit, "Rotarbeit", Solidaritätsfonds) in kleine Münze umzusetzen und zu realisieren. Wesentliche Zielsetzung müßte sein, daß im lokalen Zusammenhang die Erwartung besteht und sich festigt: Das SB informiert, diskutiert offen, orientiert und bietet den Orientierten die Möglichkeit der Organisierung und insbesondere auch der bereichsspezifischen politischen Arbeit, bemüht sich also um den Zusammenhalt derjenigen, die der Repression durch offensive Arbeit im Betrieb, in den sozialen Feldern, in den Institutionen und Gewerkschaften entgegentreten.
Das SB wird die wachsende internationale Kritik an der SPD noch intensiver zum Thema der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu machen haben. Die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien der meisten EG-Länder sind immer weniger mit der Repressionspolitik der westdeutschen Sozialdemokratie einverstanden. Wir sehen gegenwärtig, daß die Kritik an diesem Verhalten der SPD im westdeutschen Ausland auch von den der SPD nahestehenden Parteien vorangetrieben wird. Die SPD versucht, ihre Partnerparteien in den anderen EG-Ländern davon zu überzeugen, daß von Unterdrückung in Westdeutschland keine Rede sein könne. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe des SB, stärker als bisher – zum Beispiel über direkte Kontakte, Publikationsaustausch und eventuell über einen besonderen Auslandspressedienst - dazu beizutragen, die tatsächlich von der sozialliberalen Regierungskoalition in der Bundesrepublik betriebene Repressionspolitik innerhalb der westeuropäischen Linken möglichst umfassend bekannt zu machen und das Entstehen einer breiten internationalen Solidaritätsbewegung zu unterstützen.
In Diskussionen auf diesem Kongreß über die Frage, wie es weitergehen soll, sind Befürchtungen ausgesprochen worden, der Organisierungsprozeß und die Konkretisierung der politischen Position des SB könnten behindert werden, wenn das SB weiterhin die Repressionsfrage in den Mittelpunkt seiner politischen Praxis stelle. Das SB könne als Organisator einer Einpunkt-Kampagne auf den Stand eines Dienstleistungsbüros zurückgeworfen werden.
Ich meine, solche Befürchtungen abstrahieren sowohl von den außergewöhnlichen Mobilisierungsaktivitäten der SB-Basis und Hunderter SB-orientierter Gruppen als auch von den Realitäten politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung in diesem Lande. Die Repressionspolitik von Staat und Kapital richtet sich nicht nur gegen unliebsame Individuen. Sie richtet sich vielmehr und in allererster Linie gegen alle Ansatzpunkte sozialistischer Politik. In der zweiten westdeutschen Restauration soll jegliche sozialistische Argumentation, jeder sozialistische Arbeitsansatz durch Repression ausgeschaltet werden. Jeder aktive Sozialist, ob in Schule, Universität oder Betrieb, stößt in seiner politischen Arbeit auf die unsichtbaren und sichtbaren Barrieren der Repression. Die Repressionspolitik ist kein bloßes Phänomen an der Oberfläche der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wer als Sozialist politische Arbeit macht, leistet Widerstand gegen die Repression! Wer gegen die Repression angeht, kämpft um Freiräume für sozialistische Politik! Für Sozialisten kann sich nicht die Alternative stellen: Antirepressions-Kampagne oder sozialistische Arbeit – vielmehr sind sozialistische Praxis und Widerstand gegen die Repression ein und dasselbe!

★

## Wolf Biermann: **Lied vom Roten Stein der Weisen**

*Den Roten Stein der Weisen, gib zu!*
*Den gibts doch nicht, Genosse, auch du*
*Den gibt es doch nicht, Genosse, auch*
*du du hast ihn nicht gefunden.*

*Wir haben wie blödes Federvieh*
*Mit rotem Kamm und Kikeriki*
*Zum Gaudi für die Bourgeoisie*
*uns oft genug zerschunden.*

*Der Kampf ist hart, und unser Feind*
*Ist schlau und hat sich längst vereint*
*Ist schlauer als wir! und hat sich vereint*
*und will uns einzeln schlagen.*

*Genossen! fragt nicht penetrant*
*Wie in dem Märchen hirnverbrannt:*
*Wer ist der Linkste im ganzen Land?*
*– das kann kein Spiegel sagen.*

Dany Cohn-Bendit

# „...andere Organisationsformen, an die wir heute überhaupt noch nicht denken..."

Also erstmal finde ich es langsam unangenehm, daß jedes Mal, wenn Protest aus dem Saal kommt, die Spontis angedeutet werden. Wir werden, so wie in unserem Beitrag am Samstag, heute in der Diskussion uns nicht verleiten lassen, jetzt einen Rundumschlag zu betreiben, sondern wir werden viel einfacher und vielleicht auch manchmal ehrlicher als andere Rednerinnen und Redner hier etwas von unseren Schwierigkeiten sagen, Politik zu machen. Von unseren Schwierigkeiten, Politik zu machen, die wir nicht wie Blindwütige, Wahnsinnige in spontaneistischer Ungeduld acht Jahre lang hier in Frankfurt gemacht haben, sondern von den Schwierigkeiten und der Verzweiflung an der Schwierigkeit, Politik zu machen in einem Land, wo Menschenzerstörung und Menschenvernichtung hingenommen wird. Ich spreche hier nicht vom Zelt, sondern ich spreche von all den Massen, die wir treffen, wenn wir mit Politik anfangen, auch im Betrieb. Ich möchte Klaus Vack ein Wort zu den Begriffen Geduld und Kleinarbeit sagen. Es sind die Begriffe, die in jedem Spontiplenum bis zum Überdruß auch formuliert werden, auch von uns. Hier liegt nicht die Auseinandersetzung zwischen dem Sozialistischen Büro und den Spontis. Ich spreche dabei nicht von den Spontis in der Bundesrepublik oder in der Welt, sondern ich spreche von denen in Frankfurt, weil das die Gruppe ist, wo ich politisch aktiv bin, weil das die Gruppe ist, wo ich die Diskussion übersehen kann. Das heißt, daß wir mit diesen Begriffen auch jetzt nicht hausieren werden, um nicht über den Frust, die politische Frustration, die wir in der Kleinarbeit und in den Versuchen, revolutionäre Politik voranzutreiben, hinwegzureden.

Es ist nun mal so, daß wir uns als Spontis in unserer Politik nicht für das Zentrum der Welt halten, nicht Nabelschau machen wollen, sondern als Bestandteil unseres revolutionären Potentials natürlich unsere revolutionäre Identität einbeziehen müssen, und diese Identität ist zum Teil eine widersprüchliche. Wie das auch am Samstag formuliert wurde, sie kann auch von der Enttäuschung, von Verzweiflung auf der einen Seite, von Ansätzen einer kontinuierlichen Strategie, die ich benennen will, auf der anderen Seite bis zum Aktionismus gelingen. Und ich stehe zu dem Aktionismus nicht, weil ich sage, das ist richtig, sondern ich frage nur, warum hat dieser Aktionismus auch in dieser Stadt Frankfurt eine reale politische Basis. Es ist nun mal so, Genossinnen und Genossen, daß es leicht ist, nach Niederlagen und Kampagnen sich vom Aktionismus zu distanzieren. Wer im Sozialistischen Büro oder in den anderen Organisationen hat uns unterstützt in unserem Aktionismus, als wir die ersten Häuser besetzt haben. Sie haben nur darüber geschrieben. Damit will ich nicht diffamieren, auch in keinem Punkt die Funktion des SB. Aber genauso sage ich hier öffentlich, daß unsere Politik eine Zickzack-Politik ist: Eine Zickzack-Politik, die in bestimmten Zeiten auch hier diese Stadt und die politischen Machtträger dieser Stadt nicht ins Schwanken gebracht hat, – das wollen wir nie behaupten – aber daß wir die politischen Probleme gestellt haben, die als Massenbedürfnisse und Massenproblem auch erkannt wurden. Das war unsere Stellung in dieser Stadt. Und daß wir in anderen Zeiten genau das Gegenteil erreicht haben.

Nur kann ich den Satz des Kongresses weiterführen: Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um. Wer sich nicht auf die Straße begibt, kommt in diesen Betonwüsten um. Deswegen möchte ich zu dem Grundproblem unserer Politik kommen, was auch am Römer benannt wurde. Nämlich die Einheit von Widerstand und Leben. Irgendwie hoffe ich auch, daß Professoren einmal sagen, was treibt sie zum Sozialismus. Welche Bedürfnisse und Gefühle haben sie? Nein Oskar, das ist nicht witzig. Nein, ich meine das nicht als eine Floskel. Es geht darum, daß wir Schwierigkeit haben, Sätze zu formulieren, die sagen – wie heute am Römer –, es treibt uns der Heißhunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Sozialismus. Und da möchte ich sagen, gerade wir als Männer sind es nicht gewöhnt, überhaupt solche Begriffe in politischen Veranstaltungen zu gebrauchen. Und für uns, und da möchte ich zur Organisationsfrage was sagen. Das wesentlichste Merkmal dieser Organisationsfrage ist – das ist die Lehre aus fünfzig Jahren Geschichte der Arbeiterbewegung, der Geschichte des Marxismus-Leninismus –, daß eine Organisation, die sich nur politisch definiert und die nicht zum zentralen Inhalt ihrer Organisationsform das Leben macht, auf den Mülleimer der Geschichte wandern kann. Wenn hier ein paarmal die Spontis angesprochen wurden, so ist das, weil das so oft gebraucht wurde, die materialistische Ebene spontaneistischer Widersprüche, nämlich der Widerspruch, ein anderes Leben zu wollen und in einer Gesellschaft zu leben, die unser Leben zerstört. Das treibt uns zu dem Problem und dem Widerspruch unserer Politik. Und meine Frage in der Diskussion ist: Wo treibt und was treibt das SB zu dem Widerspruch seiner Politik.

Und wenn ich das sage, dann ist es nicht, weil ich das SB angreifen soll und will, sondern um zu den Problemen Berufsverbote und Repression zu kommen, wie wir sie in aller Widersprüchlichkeit sehen. In der Kleinarbeit, in der geduldigen Diskussion der Schwierigkeit unserer Genossinnen und Genossen, die Lehrerinnen, Sozialarbeiter und ich weiß nicht was noch sind, gibt es nämlich ein Problem. Es gibt die politische und ökonomische Unterdrückung, darüber will ich nicht reden, weil viel davon geredet wurde. Das heißt, wenn ich dies hier nicht benenne, so ist es nicht, weil ich es nicht im Kopf habe. Aber es gibt zwei Formen, die das Berufsver-

## Brief an Dany Cohn-Bendit

**Lieber Dany! Viele Wortmeldungen, die am Montag des Pfingstkongresses gegen Unterdrükkung in der Zeltveranstaltung aus zeitlichen Gründen nicht mehr zum Zuge kamen, werden sicherlich auch wichtige Argumente und Positionen enthalten haben. Um meiner Wortmeldung noch nachträglich Gehör zu verschaffen – und es war und ist eine Antwort an Dich –, wähle ich diese Form des offenen Briefes, den ich gleichzeitig an die "links"- und "express"-Redaktion schicken werde.**

**Dany, Du beschreibst mit guten und echten Gefühlen und deshalb sehr überzeugend die Leiden derer, die als Lehrling und Arbeiter die unmenschlichen Bedingungen des Arbeitsprozesses im Kapitalismus nicht mehr ertragen und die Leiden derer, die als Lehrer und Sozialarbeiter usw. sich mit der vorgestanzten Rolle in ihrem Beruf nicht identifizieren können und die Funktionsübernahme, nämlich als Lehrer, Sozialarbeiter widerspruchslos zu funktionieren, ablehnen und verweigern. Denen gilt Deine Sympathie, und Du hast hier großen Applaus bekommen. Auch meine Sympathie gilt diesen Kollegen, aber was nützt ihnen und uns als sozialistischer Bewegung dieser Zustand?**

**Die richtige Beschreibung dieser Leiden ist eine verführerische Analyse, die ohne Aufzeigen der richtigen Konsequenz gefährlich, lebensgefährlich ist.**

**Es geht nicht darum, daß die Genossinnen und Genossen, die unter der Funktion als Lehrer, Sozialarbeiter usw. leiden, Funktions- und Rollenverweigerung machen und notwendigerweise resignieren oder in inselhaften Projekten oder ähnlichem der Illusion von einem besseren Leben und besserer Arbeit nachhängen und ihr individuelles Glück suchen. Das ist das Verführerische und Gefährliche an Deiner Aussage, auch wenn das Leiden Realität ist.**

**Sondern es geht darum, den Widerspruch, in dem wir leben müssen, als einen gemeinsamen zu erkennen. Nur diese Solidarität wird uns befähigen, die kaputtmachende Funktion und Rolle im Beruf aufzuweichen und uns davor zu bewahren, der vorgefertigten Berufsrolle zu verfallen. (d. h. z. B. alternative Lebensformen wie Wohngemeinschaft beizubehalten und sie, so weit es geht, den Kollegen und "zu Erziehenden" weitervermitteln.)**

**Im Kampf gegen die traditionellen Lebens- und Berufsformen (-inhalte) müssen wir uns gemeinsam in die Lage versetzen, neue Lebens- und Berufsformen (-inhalte) für einen zukünftigen Sozialismus zu erstreiten, erleben und erfahren und für immer zu eigen zu machen.**

**Daß viele Genossen von Deinen Erfahrungen und Deiner wichtigen Phantasie für alternative Inhalte profitieren könnten, und zwar nicht nur punktuell profitieren können, wenn Du für eine größere Kontinuität in Deinem öffentlichen-politischen Verhalten sorgen würdest, brauch ich Dir wahrscheinlich gar nicht mehr zu sagen.**

**Mit echt solidarischen Grüßen Gundel Lohmann, eine von den vielen Sozialarbeiterinnen.**

★

bot entwickelt, nämlich eine große Gefahr, und das hat der Genosse von uns, der immer Willy Brandt hier nachgemacht hat, gesagt, das ist kein Witz, nämlich die Gefahr, sich auf die politische Verteidigungslinie zu begeben und zu sagen, aber wir sind doch gute Lehrer, wir sind doch brave Lehrer. Man muß auch im Kampf gegen das Berufsverbot eine Sache nicht aus den Augen verlieren, nämlich das konstituierende Moment von Massenbewegungen – und da spreche ich von Europa – an Schulen und Universitäten. Nämlich die Ablehnung dieser Lehrerrolle und dieser Lehrerfunktion. Und ich möchte doch sagen, daß die beiden Genossinnen und Genossen, die im Lehrerstudienseminar in Offenbach Selbstmord begangen haben, nicht betroffen waren von diesem politischen Berufsverbot, aber sie sind an der Leistungsideologie dieser Gesellschaft kaputt gegangen. Und mir fehlt einfach in diesem Kongreß die Dimension, daß es genau so viele Genossinnen und Genossen gibt, die Berufsverbot haben durch politische Unterdrückung wie Genossinnen und Genossen, die ausgeflippt worden sind und rausgegangen sind, weil sie es nicht mehr ertragen. Was macht man dazu? Es gibt eine Menge, und da komme ich zu dem zweiten Inhalt, also jetzt mal ganz provokativ formuliert, nämlich ich würde sagen, dieser Kongreß hat eine Sozialarbeitermentalität. Und ich möchte das entwickeln, nämlich die Frage, zum Beispiel wurde gestern hier gesungen, da beim Lied "Satisfaction", einer der sagt, er hält´s nicht mehr aus, er ist arbeitslos. Wo sind die Sätze gefallen, von den Jugendlichen und denjenigen, die auch gesagt haben, daß sie auf die Arbeit scheißen, die versucht haben zu formulieren, daß es richtig ist, gegen Arbeitslosigkeit, gegen Zerstörung menschlicher Individualität zu kämpfen? Aber die Kämpfe der siebziger Jahre waren doch genauso getragen von einem Angriff gegen kapitalistische Produktionsorganisation und Lebenszusammenhang. Wo ist dies auf diesem Kongreß formuliert worden? Wo ist dies als eines der tragenden und revolutionären Momente, nicht als das zentrale einzige, damit man mich nicht mißversteht, aber die Einheit von Kampf gegen Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und vom Kampf gegen die Arbeit als generell Zerstörendes. Wir können doch als Revolutionäre nicht den Menschen wünschen, daß sie zum Fließband gehen. Das ist doch ein Problem.

Zuletzt möchte ich auch auf das eingehen, was auf der Kundgebung am Samstag angesprochen wurde, unser Verhältnis zur Gewalt, weil ich auch will, daß wir hier darüber nicht schweigen. Wir haben – und das ist unser Ausgangspunkt – die Nase voll, immer nur Opfer zu sein. Wir haben die Nase voll, immer eins auf den Kopf zu kriegen und zu sagen: „Das ist die Repression", sondern wir wollen mal die Repression zurückschlagen – in Kleinarbeit und mühseliger Arbeit. Darüber will ich nicht diskutieren, das meinen wir auch. Die Art und Weise der Kleinarbeit, die Art und Weise der mühseligen Arbeit muß man diskutieren, denn man kann wie eine graue Maus in den Untergrund gehen (meine ich nicht jetzt in den politischen Stadtguerilla-Untergrund, sondern irgendwie unten an der Erde, da wühlen und wühlen und wühlen), da gehen wir alle am Wühlen kaputt. Es kommt vielmehr auf die dialektische Einheit von Kleinarbeit und Wühlarbeit und spontaner, auch gewalttätiger Eruption an, das ist die Dialektik von Reform und Revolution, die wir als Spontis nicht beherrschen. Nur dieser Kongreß ist ja ein Punkt, der die Perspektive eigentlich erbringen soll. Zu einem Problem haben wir Stellung genommen und haben gesagt, der Tod von Ulrike hat uns tief getroffen. Der Tod von Ulrike hat Enttäuschung, hat Niedergeschlagenheit bei uns hervorgerufen. Nur haben irgendwelche Leute geschrieben, man soll sich nicht von dieser Enttäuschung und Niedergeschlagenheit irgendwohin drängen lassen oder zu Aktionen treiben lassen, die unvorhergesehen bzw. unbeherrscht sind. Nun, dann meine ich einfach, daß wiederum wir uns hier kollektiv, und jetzt will ich nicht nur von den Massen, die draußen sind, sondern von uns hier sprechen, darüber klar werden, wie lange und an welchem Punkt und wer bestimmt das; wann soll diese Trauer, diese Wut, diese Niedergeschlagenheit mal rauskommen? Wie bestimmt man das? Ich sage nicht, daß wir das richtig bestimmen, sondern ich möchte, daß man darüber redet. Und in den ganzen Diskussionen, es waren nicht nur teach-in-Diskussionen in Frankfurt, in den ganzen Diskussionen sind zwei Flügel in der Spontibewegung einfach existent und haben sich politisch artikuliert: Der eine Flügel hat gesagt, unser Haß, unsere Trauer haben uns getrieben, wir sind auf die Straße gegangen, und da wir wußten, daß es einen wahnsinnig harten Polizeieinsatz geben würde, haben wir uns darauf vorbereitet. Jetzt meint man, kann man das kritisieren und politisch diskutieren. Die anderen, es waren vor allem Genossinnen, haben gesagt, wir sollen diese Wut umsetzen in andere Aktionsformen, weil die Genossinnen und Genossen und ich selber auch nicht in der Lage sind, diese Gewalt mit einer gleichen, ähnlichen Gegengewalt zu beantworten. Nun, klatscht erst mal nicht. Denn das Problem ist sehr schwierig. Auf der anderen Seite hat jeder Angsthase, jeder wie ich, der aus physischen Gründen auch die Gewalt verabscheut, irgendwo das als Befriedigung empfunden, daß, nachdem der Angriff der Polizei gestoppt wurde, wir eine Stunde lang frei auf der Zeil gegen den Tod von Ulrike demonstrieren konnten. Das haben alle gesagt, die auch diese Aktion kritisiert haben. Und hier kommt der Widerspruch: Nämlich alle, die mit Recht Gewalt erst einmal verabscheuen, und ich glaube, daß wir sagen können, jeder Revolutionär ist erst einmal konstitutiv ein Pazifist, das heißt, daß er die vorherrschende Gewalt verabscheut, nun, wir wissen, und ich will jetzt nicht die ganze Geschichte einfach als Resignation nehmen, wir wissen aus unserer Erfahrung, daß mit Pazifismus das Problem nicht gelöst ist. Das heißt, wir müssen jetzt diesen Widerspruch, der in uns liegt und nicht zwischen beiden Gruppen, sondern in allen Gruppen, weil er in allen Individuen, die revolutionäre Politik machen, liegt, diesen Widerspruch müssen wir offen diskutieren und sagen. Wir müssen versuchen, in einem Kongreß und in Diskussionen gegen die Repression all die Momente alltäglicher mühseliger Arbeit auch umzusetzen in eine alltägliche mühselige, manchmal sehr verängstigende Rebellion, und zwar in eine Rebellion, die uns die Stärke wiedergibt, die Massenbewegungen in anderen Ländern und wir auch hier erlebt haben. Wir dürfen in unserem Handeln nicht nur verschreckte Individuen produzieren, sondern etwas einüben, wie Ernst Bloch mal in Frankfurt, soviel ich weiß, gesagt hat: Hier kommt der aufrechte Gang der Geschichte. Dieser aufrechte Gang ist kein mühseliger und qualvoller, sondern ein offener, das muß man sehen, sonst ist dieser Gang gar kein Gang, sondern nur ein Niedergang. Und das in dieser alltäglichen Rebellion, da möchte ich fragen: Wo bleibt diese Einheit und Dialektik in der realen Praxis des Sozialistischen Büros, ich spreche nicht von ganz Deutschland, ich kenne es nicht, sondern von Frankfurt am Main.

Das ist mein Nachteil, ich spreche aber auch vom Vorteil einer lokalen Ebene, – es ist einfach, allgemeine Positionen zu bestimmen –, vom konkret Erlebten, als der Genosse Gerhard Strecker im Knast saß und sich wirklich jeder individuell getroffen gefühlt hat, und die Solidarität eine Ebene erreicht hat, wo man nicht nur für Gerhard gekämpft hat, das muß man einfach sehen, sondern wir haben gekämpft für alle von uns, die tagtäglich erniedrigt, und, wie der Genosse Rudi immer sagt, beleidigt werden. Dieses beleidigt, das kam mal raus, diese Kampagne für Gerhard war eine spontane, ein Bedürfnis, das sich nicht massenhaft im Sinne von der Bundesrepublik, aber massenhaft in der Linken artikuliert hat. Das Sozialistische Büro hat eine Woche später ein Flugblatt herausgegeben mit der Entschuldigung, wir haben diesen Kongreß vorbereitet. Meine Kritik gilt nicht der Tatsache, meine Kritik daran ist, daß die Sache mit dem Kongreß nicht stimmt. Sondern, daß auch die Mitglieder des Sozialistischen Büros, und ich mach daraus keinen Vorwurf, schwanken mit ihrem Herzen zwischen auf der einen Seite, wenn es klappt, dem spontaneistischen Aktionismus, und wenn es nicht klappt, der sogenannten ideologischen und überbaumäßigen Artikulation des Sozialistischen Büros. Deswegen, finde ich, daß die Kontroverse wirklich – es beschönigt niemand die Sponti-Politik – darin liegt, die auch unsere Organisationsformen, und wir haben eine Menge Zentren im Moment, wir haben eine Menge von Ansätzen, prägt. Ich will hier nur sagen, daß für uns die politischen Begriffe von Widerstand und Leben nicht nur sich ergänzen, sondern wirklich die Inhalte sind, an denen sich dann Organisation auch ableiten läßt, nämlich daß die Organisationsformen verschiedenartig sind und für uns eine Wohngemeinschaft, eine Gruppe in einem Stadtteil, die sich zusammenorganisiert, eine Organisationsform ist; eine andere Organisationsform ist eine Betriebsgruppe, eine Betriebszelle, eine andere Organisationsform sind alternative Projekte, seien es Landkommunen, andere Organisationsformen sind welche, an die wir überhaupt noch nicht denken. Diese Einheit zu entwickeln, wird eine revolutionäre Organisation bilden. Und deswegen möchte ich einfach hier sagen, ganz klar, daß die Sponti-Bewegung als organisatorischer Zusammenhang an einer Bewegung zerbrochen ist und vielleicht, wenn wir Typen das auch reflektieren, daran genesen könnte, nämlich an der Frauenbewegung, weil wir vor und nach der Frauenbewegung uns nicht mehr so verhalten konnten, wie wir uns früher verhalten konnten.

Ich sage das nicht paternalistisch, weil ich individuell und ganz persönlich wahnsinnige Schwierigkeiten damit habe, ich sage nur, wir können nicht nur von Basisansätzen reden, sondern wir müssen einen Punkt sehen, wo unsere Strukturen, nämlich die Entwicklung einer neuen freien Organisationsform, sie verhindern, und deswegen frage ich auch das Sozialistische Büro: diese Basisansätze, haben sie irgendwann mal die Möglichkeit, dieses ganze Büro auszuspülen, damit mal wirklich Luft und Spontaneität nicht nur in die Papiere, sondern in das Leben des Büros reinkommt.

Arno Klönne

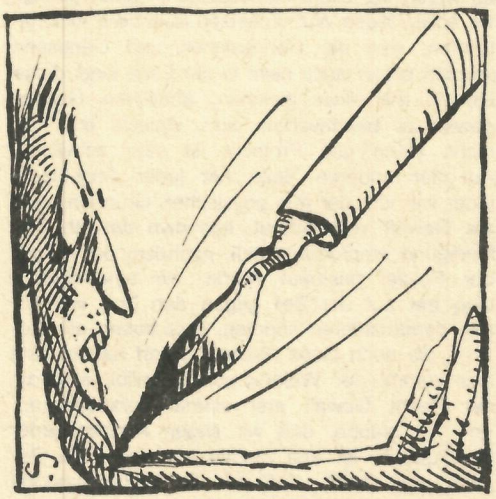
# Anmerkungen zur Berichterstattung über den Pfingstkongreß

Die vom SB in Gang gesetzten Aktivitäten gegen die Repression und dabei insbesondere der Frankfurter Kongreß Pfingsten 1976 haben in der linken Presse der BRD eine vergleichsweise große Publizität gefunden. Im folgenden wird versucht, einen Teil dieser Berichterstattung und zugleich Auseinandersetzung auszuwerten; Vollständigkeit ist nicht beabsichtigt, und es ist auch nicht daran gedacht, Reaktionen auf das SB zum Nachweis für den Erfolg der eigenen Politik hochzustilisieren. Was sich aus der Presse-Auswertung vielmehr lernen läßt, ist: Wie schwierig zur Zeit innerhalb der westdeutschen Linken in all ihren Schattierungen selbst bei einer so existentiellen Frage wie der Abwehr repressiver Politik die Kommunikation ist (um nicht von "Verständigung" zu reden). Außerdem mag eine solche Presseschau geeignet sein, einige Probleme deutlicher zu machen, vor denen das SB steht, – und zugleich andere Probleme, vor denen diejenigen Organisationen stehen, die hier dem SB ihre Meinung sagen.

Die "Frankfurter Rundschau" nahm vor Pfingsten den Kongreß zum Anlaß, in einem Leitartikel die mögliche Funktion des SB innerhalb des linken Spektrums der Bundesrepublik zu erörtern. Die Aufgabenstellung des SB, so meinte FR-Redakteur Ziegler, habe sich erweitert, nachdem die Sozialdemokratie ihre Energien auf die Besitzstandswahrung in der Regierung konzentriert und diesem Zweck die politische Analyse und Diskussion untergeordnet sowie die innerparteiliche Bandbreite eingeengt habe. Parteien wie DKP und KPD wiederum böten keinen Raum für eine freie Debatte über sozialistische Problemlösungen. Kristallisationszentrum für die Sozialisten in Westdeutschland könne angesichts dessen am ehesten das SB werden, – vorausgesetzt, es sei in der Lage, "das gestörte Verhältnis der Linken zur Wirklichkeit zu normalisieren und eine realitätsbezogene Diskussion herzustellen". Weitere Bedingung für die Weiterführung der Funktion des SB nach Meinung der FR: Daß das SB sich vom "Organisationsstatus einer politischen Partei" fernhalte...

Mit anderen Worten: der FR ging es um das Verständnis des SB zur Sozialdemokratischen Partei. Im FR-Bericht nach dem Pfingstkongreß stand dasselbe Problem im Mittelpunkt. Unter dem beziehungsreichen Titel "Die dünne Luft links von der SPD" monierte die FR-Berichterstatterin, daß die Mehrheit der Kongreßteilnehmer keine Neigung mehr verspürt habe, sich mit der Sozialdemokratie rational auseinanderzusetzen. Tendenzen der FR gegenüber dem SB: „freundlich, aber besorgt", wobei die Besorgnis sich vermutlich auch darauf bezieht, daß das SB einen Organisationsanspruch (und nicht nur einen Kritik- und Diskussionsanspruch) gegenüber der SPD stellen könnte. Der aber liegt kaum im Sinne der FR...

Darüber kann man diskutieren; indiskutabel ist hingegen die Attacke, die Fritz Vilmar nach dem Pfingstkongreß in "das da" und im "Vorwärts" gegen das SB startete. Nach Vilmar hat ein "kleiner Kreis von Wortführern" das ursprünglich "undogmatische" und "offene" SB auf eine "doktrinäre, orthodox-marxistische" Linie "getrimmt", und nun betreiben die SB-Genossen nicht nur eine "anarchistische", antiparlamentarische Stimmungsmache gegen die SPD, sondern auch eine "gehässige Verächtlichmachung", eine "schamlose Abspaltungskampagne" gegen die DGB-Gewerkschaften. Das SB, so behauptet Vilmar, sei "gewerkschaftsfeindlich". Seine Beweisführung: Wer sich programmatisch von der SPD abgrenze, wende sich damit automatisch auch gegen die Gewerkschaften. Hier verwechselt Vilmar offenbar sozialdemokratische Betriebsgruppen mit den Gewerkschaften. So töricht seine Argumentation ist, – derlei Diffamierungen haben ihre eigene Dynamik, und Vilmar dürfte sehr wohl wissen, welche Folgen unter den gegenwärtigen Bedin-



gungen in Westdeutschland das Etikett "Gewerkschaftsfeind" für die politische Handlungsmöglichkeiten von Sozialisten haben kann. Mit dem Demokratieverständnis des "demokratischen Sozialisten" Vilmar ist es jedenfalls nicht weit her...

Zur Ehrenrettung des "Vorwärts" ist anzumerken, daß Vilmars Geschimpfe nicht die einzige Reaktion der Zeitung auf den SB-Kongreß darstellte. In einem durchaus ernstzunehmenden Beitrag von Jens Fischer wurde die Frage gestellt, wie denn das SB sich politische Wirksamkeit vorstelle, – durch (wenn auch noch so kritische) Einwirkung auf die SPD oder eben doch durch die Gründung einer neuen Partei? Die Aktivität an der sozialen Basis allein bedeute noch keine politische Eingriffsmöglichkeit, meint der Verfasser; für eine Parteialternative zur SPD aber sei "trotz einer so kopfstarken Veranstaltung wie der in Frankfurt" gegenwärtig keine echte Grundlage zu entdecken. Also bleibe für das SB nur die Funktion, die sozialdemokratische "Massenpartei" in "kritischer Distanz zu begleiten". Im Hinblick auf eine Funktionsbestimmung des SB habe der Kongreß in Frankfurt keinerlei Klärung gebracht. Diese Kritik enthält, fürchte ich, in der Feststellung des Tatbestands Richtiges. Das SB läßt von seinen gegenwärtigen Positionen her sowohl die Interpretation zu, daß es sich hier um einen Ansatz einer neuen Parteibildung, als auch die andere Interpretation, daß es sich hier letzten Endes doch um ein "außerparlamentarisches Korrektiv" zur parlamentarischen SPD handeln könnte. Mit Zweideutigkeiten dieser Art wird man nicht auf Dauer leben können, und auch der Hinweis darauf, daß man die überkommene Form der "Partei" ganz allgemein für problematisch halte, enthält noch nicht ohne weiteres eine Antwort auf die eben beschriebene Frage...

Als einen "Kongreß neben den Ereignissen" wertete die "Deutsche Volkszeitung" das Treffen in Frankfurt. Ihre Argumentation ist bezeichnend für die Kritik, die aus dem Feld der DKP an der Antirepressionskampagne des SB geübt wird. Der Pfingstkongreß habe, so die DVZ, "letztlich Hoffnungslosigkeit verbreitet", was daran liege, daß für das SB "die Welt an der Elbe endet". Anders gesagt: Die Auseinandersetzung mit der Repression, wie sie das SB führt, ist nach Meinung der DVZ perspektivlos, weil dabei nicht das eindeutige und dauerhafte Bündnis mit der DKP und mehr noch den Ländern des "realen Sozialismus" zugrundegelegt sei. Wer den Kampf gegen die Repression in der BRD mit einer politischen Gegnerschaft zu den Verhältnissen in den sozialistischen Ländern verbinde, betreibe objektiv eine "spalterische" Politik. Nur mit dem Rückhalt des "realen Sozialismus" sei die Auseinandersetzung mit der Repression im Kapitalismus erfolgreich zu führen. Die Frankfurter "Tat" kommentiert den SB-Kongreß ähnlich: "gruppenegoistische Motive" hätten hier Vorrang vor der "Einheit des demokratischen Kampfes" gehabt, und das "Liebäugeln mit einer neu zu konstituierenden Linkspartei" habe zusätzlich die Gemeinsamkeit der linken Kräfte beeinträchtigt. Auch die Hamburger "Sozialistische Korrespondenz" interpretierte den Kongreß als "antikommunistisch" beeinflußt und der Wirkung nach spalterisch; zu kritisieren sei insbesondere, daß längst existierende Bewegungen gegen die Repression auf dem Kongreß nicht zur Kenntnis genommen worden seien, weil sie ihre Basis außerhalb des dort repräsentierten linken Spektrums hätten. An dieser Kritik scheint mir zutreffend, daß die Existenz, die Auswirkung und die politischen Probleme anderer Aktivitäten gegen die Repression (meist unter dem Stichwort "Gegen die Berufsverbote" auftretend), die zum erheblichen Teil in Verbindung mit der Politik der DKP zu sehen sind, auf dem Kongreß in Frankfurt zu wenig ins Blickfeld kamen. Dies jedoch als "antikommunistisch" zu werten, verfälscht den Sachverhalt. Die Zurückhaltung des SB gegenüber den Kampagnen gegen die Berufsverbote, wie sie im Umfeld der DKP bzw. mit Unterstützung der DKP zustande gekommen sind, ist zur Zeit eher ein Indiz dafür, daß das SB seine Position gegenüber der DKP noch nicht wirklich geklärt hat und nicht dazu neigt, durch eher emotionale Äußerungen nun in der Tat antikommunistischen Ressentiments Vorschub zu leisten. Unkritisch kann und wird die Einstellung des SB zur Politik der DKP nicht

FORTSETZUNG SEITE 83

# Einige Betrachtungen zum Kongreß

Im folgenden sollen die Erfolge und besonders die Mißerfolge des Pfingstkongresses betrachtet werden, besonders die Mißerfolge, da an diesen Punkten besonders zu lernen ist.
Der Kongreß soll betrachtet werden von einem "am SB orientierten", aber in der Arbeit des SB noch nicht vollaktiven (da durch Bundeswehr verhinderten) Genossen. Gemessen werden soll er an vom SB formulierten Zielen und Erwartungen:

- Ein Kongreß, der Solidarität schafft unter (verunsicherten) Genossen, der zeigt, es gibt uns noch. Ein Kongreß, der beitragen sollte, linke Identität zu stabilisieren. Weiterhin sollte er Spaß machen, er sollte Praxisansätze aufzeigen, und was wir uns unter anderen Lebensformen vorstellen.
- Ein Kongreß, der Kommunikationszusammenhänge schafft: als Aktionsfeld der Planung und Diskussion der SB-Gruppen, als auch von Leuten, die durch die Vorbereitung des Kongresses, und sei es nur durch Flugblatt-Verteilen, zusammen aktiv wurden. Kommunikation auch als Austausch von Erfahrungen (Arbeitsgruppen) und Adressen etc.
- Es sollte das "linke Umfeld" und in gewissem Maße auch die Bevölkerung angesprochen werden. Für die einen (z. B. Jusos) als Organisationsalternative, für die anderen als Sensibilisierung für die Repressionsproblematik.

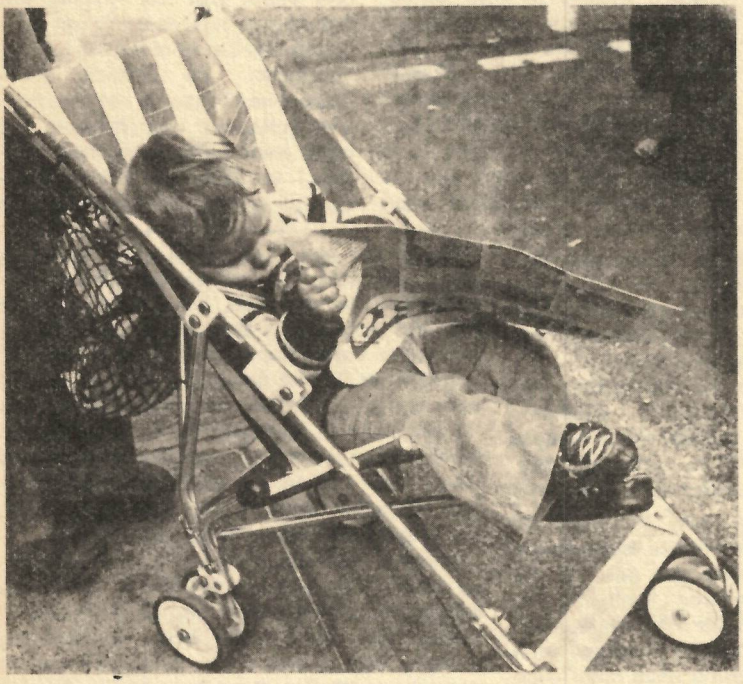
Soviel zur Zielsetzung. Nun zur Analyse dessen, was anhand des sich Vorgenommenen nun auch wirklich geleistet wurde.
Erstens: Der Kongreß hat die Aufgabe der Schaffung von Solidarität untereinander voll erfüllt. Die Solidarität wurde gelebt, war also nicht aufgesetzt, sie war vom politischen Kontext her nicht banal. Bei den meisten linken Festen, die ich bisher mitbekam, setzte sich die Solidarität nur vermittels eines Dritten, eines Mediums durch: Bier, also gemeinsames Trinken, Singen, also das gemeinsame Absingen der Internationalen, Sprüche Kloppen "es hat erst angefangen". Ich möchte das mal als Solidarität aus dem Lebenskontext gerissen bezeichnen. In Frankfurt dagegen haben viele (auch ich) immer wieder erfahren und darüber diskutiert, daß hier konkrete Solidarität herrschte: einer hatte kein Geld, um sich was zum Essen zu kaufen, kurze Sammlung unter umstehenden Genossen: Guten Appetit. Frage, warum bist du hier, Antwort: Arbeite in einer Soldaten-Gruppe – ich auch, zack, ein neuer Kontakt. Man konnte Leute einfach anreden, die Schwelle Angst des Erstmalansprechens und die typisch bürgerliche Reaktion: huch, was will der denn eigentlich, gab es kaum. Gut so. Es herrschte Atmosphäre, man fühlte sich echt freier, wohler, positiv abgesetzt zu den Würstchen- und Rock-Massenveranstaltungen der DKP als Beispiel.
2. Zum Spaß gehörte auch die Demonstration: sie war im Grunde eine alte 68er Sache. Wir gingen mal die ganze Demo ab und stellten fest, daß es sich um eine typische 'Spontimachdichfreidemo' handelte. Man wollte ja aber versuchen, neue Formen der Vermittlung nach außen zu erproben. Die Bevölkerung reagierte mit Lachen (auf das Indianergebrüll z. B.) oder: was soll denn das. Sicher, es hat Spaß gemacht, aber mit neuen Vermittlungsformen hatte das wenig zu tun. Das SB organisiert selten eigenständig Demos, um so wichtiger, hier neue Formen zu erproben (vor allem erst mal finden), um die Demos aus dem "Ritual oder Gagschau-Zusammenhang" wegzubringen. Ich erinnere mich da an eine Kreuzung. 100 gute Bürger schauten uns fragend an; hätte man nicht versuchen können, organisierte Kurzinformation zu leisten, sich zu lösen aus

---

FORTSETZUNG VON SEITE 82

sein, und das SB denkt nicht daran, sich auf eine Sprachregelung einzulassen, wonach um der gemeinsamen Abwehr gegen repressive Politik hierzulande die Kritik an der DDR oder der UdSSR zu verschweigen sei.
Im übrigen liegt es, was die Reaktionen aus dem Bereich der DKP angeht, auf der Hand, daß hier Motive eine Rolle spielen, die wenig zu tun haben mit der Frage nach der wirksamsten Strategie gegen die Repressionspolitik. Je mehr sich die organisatorischen Strukturen des SB festigen, desto stärker tritt auf seiten der DKP die Befürchtung auf, hier wachse eine linkssozialistische, organisierte Konkurrenz zur eigenen Partei heran. Solcherart Befürchtungen sind verständlich – aber die Wortführer der DKP sollten dann das Problem beim Namen nennen und gruppenegoistische Gesichtspunkte nicht einheitsmoralisierend verbrämen...
KPD, KBW und andere Organisationen in der Nachfolge der ML-Strömung kritisierten den Kongreß und das SB nicht zuletzt deshalb, weil hier nicht scharf genug gegen DKP, DDR und UdSSR Stellung bezogen worden sei. Wer für demokratische Rechte eintreten wolle, so meinte die "Rote Fahne" der KPD, müsse zuallererst das Recht auf nationale Einheit vertreten und sich gegen die Hegemonialmächte, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus, wenden. Das SB betreibe eine besondere Form der "Sabotage" des Klassenkampfes, indem es Sozialisten "auf die Verfassung und den bürgerlichen Staat zu verpflichten versuche".
Ähnlich die Zeitung des KBW: Die "Selbsthilfe"-Konzeption des SB, so schrieb "Kommunismus und Klassenkampf", sei zu dem Zwecke erfunden, die westdeutsche "revolutionäre Massenbewegung vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat abzulenken", sie durch Bindung an Verfassungsillusionen "der Bourgeoisie zu unterwerfen". Hier wird eine Art Dolchstoßlegende aufgebaut: Gäbe es nicht die "Heuchler und Roßtäuscher" vom SB, die anstelle der abgewirtschafteten SPD nun reformistische Ideen unter die Volksmassen bringen, so hätten letztere längst den bürgerlichen Staat zerschlagen... Es hat, meine ich, wenig Sinn, auf derlei Anwürfe einzugehen. Wahnvorstellungen sind davor gefeit, sich politischer Diskussion stellen zu müssen.
Daß man das SB und seine Antirepressionskampagne als "reformistisch" kritisieren kann, ohne den Boden marxistischer Analyse und politischer Solidarität zu verlassen, zeigte sich demgegenüber an den Stellungnahmen des KB und der GIM zum Kongreß. Die Konzentration auf Basisprojekte beim Kampf gegen die Repression, wie sie das SB vertrete, verdecke die inneren Probleme der Politik des SB, meinte der "Arbeiterkampf"; im SB sei inhaltlich durchaus unentschieden, was denn mit der Forderung nach mehr organisatorischer Verbindlichkeit gemeint sei und welche politische Perspektive – gerade auch im Hinblick auf die Position gegenüber der SPD – sich damit verbinde.
Die offene thematische Struktur der Diskussion, wie sie den Kongreß kennzeichnete, habe – so schrieb "Was tun" – die Frage nach festumrissenen politischen Konsequenzen unbeantwortet gelassen; "weil alles diskutiert werden sollte, wurde nichts für alle zum Ergebnis". Zwar sei durch den Kongreß jeder für sich um die eine oder andere Erfahrung reicher; damit sei aber noch nicht geklärt, worin gemeinsames Handeln der vielen einzelnen nun bestehen könne.
Das Problem, auf das hier hingewiesen wurde, ist dem SB selbst bewußt. Um es mit den Worten eines Kommentators des WRD zu sagen: "Angesichts der hierzulande herrschenden Tendenz... war es schon erstaunlich, daß das Sozialistische Büro so viele Leute dazu bewegen konnte, Flagge zu zeigen. Anlaß zur Euphorie dürften die Veranstalter des Pfingstkongresses jedoch kaum haben. Denn dem SB... müßte klar geworden sein, daß die große Zahl der Teilnehmer erkauft wurde mit dem Mangel an politischer Verbindlichkeit..." Freilich ist dieser Satz mißverständlich, wenn er "Zahl" (im Sinne der politischen Teilnahme vieler Genossen, die sich nicht mit einer festumgrenzten Organisation identifizieren) und "Verbindlichkeit" als zwei Möglichkeiten gegenüberstellt, die sich ein für allemal ausschließen. Der Versuch, der das SB geprägt hat und weiterhin prägt, besteht eben darin, politische Verbindlichkeit nicht zu verordnen, sondern im Prozeß politischer Praxis gemeinsam Stück für Stück herauszuarbeiten. Das ist ein ziemlich mühseliges Verfahren. Genau hierin sahen viele Zeitungsberichte aus jenem Bereich der Linken, der gegenüber traditionellen Organisationsformen mißtrauisch ist, die Chance des Pfingstkongresses...
"Betrifft Erziehung" schrieb: "...weist die starke Beteiligung auf neuere Trends unter den bundesdeutschen Linken hin: Viele von ihnen sehen sich im Berufs- bzw. Studienalltag isoliert, selbst wenn sie beispielsweise in gewerkschaftlichen Gruppen arbeiten. Daraus resultiert ein Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch z. B. darüber, wie man gewerkschaftliche und sozialistische Arbeit vor Ort machen kann, wie man sie überörtlich am besten koordiniert... Das Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch bestimmte auch das Klima des Kongresses: Kontakte wurden schnell geschlossen. Dazu trug nicht zuletzt der festähnliche Charakter mancher Veranstaltungen bei: Lieder, Theaterszenen, Sketche, Satiren... Die starke Beteiligung war freilich auch Ausdruck dafür, daß viele unorganisierte Linke heute in der SPD keine... Alternative mehr sehen, nicht einmal mehr das 'kleinere Übel'... Viele der Gruppen, die zum Pfingstkongreß gekommen waren, sehen allerdings auch in den bundesdeutschen kommunistischen Organisationen keine Perspektive für eine politische Arbeit: weder in der DKP noch in Gruppen wie KBW und KPD. Obzwar SB-nahe Linke Berufsverbote gegenüber Mitgliedern dieser Gruppen bekämpfen, lehnen sie deren Anspruch ab, Avantgardepartei zu sein..."
"Zum Schluß ließe sich noch feststellen", schreibt das Schorndorfer "Blättle" in seinem Kongreßbericht, "daß der weitaus größte Teil der Anwesenden Intellektuelle und zwischen 20 und 35 Jahren alt waren. Dies ist sicherlich keine überraschende Erkenntnis, muß jedoch beim weiteren Vorgehen berücksichtigt werden..." So ist es.

dem Demozug, auf die Leute zugehen, ihnen erklären, um wen und was es geht und ihnen vielleicht dann das "links-extra" in die Hand drücken. Hätte man nicht 1 Stunde der Demo zur Stadtüberflutung nehmen können? 10er oder 5er Gruppen gehen einfach los und fragen die lieben Bürger, ob sie wüßten, wer da dauernd mit den bunten Klebern rumläuft.
Für viele klingt das sicher sehr merkwürdig und unrealistisch, aber es soll ja nur ein Anfangsversuch sein, Demos zu Kommunikationsmöglichkeiten nach außen zu machen. Hier hätten sich die SBler mal Gedanken machen müssen, um leergelaufenen 68er Aufwasch zu überwinden.



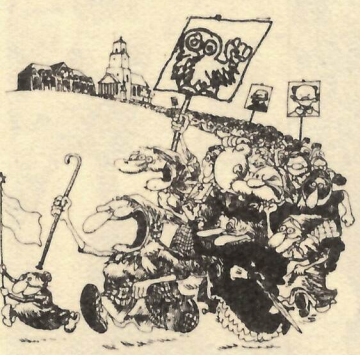
Zweitens: Das Schaffen von Kommunikationszusammenhängen verlief meines Erachtens noch auf zwei Ebenen: einer formal-organisierten und einer informell-spontanen. Was die mehr informelle Ebene betraf, verlief der Kongreß gut: er führte zur Organisierung vieler noch vereinzelter SB-Orientierter, die sich durch den vorzubereitenden Kongreß kennenlernten und zusammen aktiv wurden (Flugblätter verteilen, Infostand...). In Wiesbaden lernte man sich auf dem Frankfurter Regionaltreffen kennen, bei einem Infostand kamen Neue hinzu, auf dem Kongreß selber und durch Hörensagen in Wiesbaden. Gut war auch, daß man als sich erst konstituierende Gruppe ein konkretes Aktionsfeld vorfand.
Nun zur organisierten Seite: Zuerst die Arbeitsgruppe: gute Einleitungsreferate und dann Dominanz, zumindest am Anfang, der K-Gruppen, die sich erst über Sozialimperialismus (so in meiner Gruppe) loswerden mußten. Hätte man nicht in den Referaten schon deutlichere Akzente setzen können, die konkreten Problemfragen nicht klarer und grundlegender zur Diskussionsgrundlage machen können. Und warum ließen die SB-Genossen die K-Litanei über sich ergehen, warum nicht auch mal unterbrechen, man hätte viel Zeit gespart.
In den Arbeitsgruppen sollte über grundlegende Fragen zur Repression und zur Strategie geredet werden. Es wurde über Repression im Betrieb, Gewerkschaft, Schule etc. geredet. Ist man aber auf die Grundfrage im Gesamtzusammenhang zu sprechen gekommen? Ist die SPD wirklich der Träger der Repression in der BRD? Haben wir eine klare Position zur Radikalenfrage?
Zur Kommunikation gehört auch die Beteiligung der SB-Genossen und Gruppen am Kongreß, besonders wichtig für ein Büro, was nicht so viel aufs Zentrale legen will. Auf den 2 Kundgebungen präsentierte das SB nur seine bekannten Redner (Negt/Vack), warum sprach nicht auch ein SB-Basisarbeiter über seine hundsalltägliche (Antirepressions-) Arbeit in einer SB-Gruppe?
Drittens: Die Bevölkerungsinformation war ungemein schlecht, besonders das "links-extra": die Schrift war viel zu klein, die unmögliche Sprache gleich im ersten Abschnitt (ökonomische Ausbeutung, Kapitalismus, Repression, ...). Falsch war, daß man mal wieder den großen Überblick geben wollte, es war viel zu komplex, vielschichtig, abstrakt und lang. Das Info ging über die Köpfe der Leute hinweg, nicht hinein. Schade an sich und schade ums Geld.
Die Informationsstände waren keine Informierung für die Bevölkerung, ihr wurde ein Flugblatt in die Hand gedrückt, wiedersehen, kein Ansprechblickfang an den Ständen, kein ins Gespräch kommen mit zufällig Vorbeikommenden, kein Megaphon, Linke unter sich. Da die Sache mit der Paulskirche nichts wurde und die Presse den Kongreß weitgehend totschwieg, kann man leider von einer fast O-Information der Bevölkerung sprechen. Von oben gezeigt auch Schuld des SB.
Nun zu den bereits Linkstendierenden oder politisch Frustrierten (z. B. Jusos). Diese Richtung wurde fast vollkommen übergangen. Außer Schubarts oft genug unterbrochenem Redebeitrag wurde in diese Richtung kein Anknüpfungspunkt gesetzt. Als politisch zu Diskutierendes wurde nur alles Linke von der SPD zugelassen, damit verspielte man aber politisches Mobilisierungspotential. Eine breitere Mobilisierung auch mehr "Bürgerlicher", die sich auch gegen Repression wenden, wurde verspielt. Es herrschte irgendwie ein gewisses Lagerdenken. Man hat sich bereitwillig nach links geöffnet (Spontis, KB, Anarchos), aber in die bürgerliche Richtung hat man nicht argumentiert, sondern polemisch reagiert.
Zur Frage, wie am SB Orientierte gehalten und integriert werden können, gab es kaum Ansätze. 4. Eine Möglichkeit wäre gewesen, z. B. auf der Römerplatzveranstaltung auf das Bedürfnis vieler nach organisatorischer Hilfe hinzuweisen, und dann Listen auf allen Veranstaltungen auszulegen, wo sich einzelne mit Anschrift und möglichem Arbeitsschwerpunkt hätten eintragen können. Es wäre nun die Aufgabe der Regionalbüros, diese Neugenossen anzusprechen und vielleicht in die Arbeit der SB-Gruppen zu integrieren. Die "Erst mal rein komm"-Schwierigkeit wäre im Kern gelöst, man hätte also Sympathie in mögliche Organisierung umgesetzt. Es wäre eine wichtige Aufgabe für das SB selbst gewesen.

HELGE PEUKERT

## Über Frankfurt hinaus...

Frankfurt als ein Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, Demos und Kongresse der letzten Jahre, machte seiner Tradition alle Ehre: zum Pfingstkongreß des SB gegen die Repression in der BRD kamen 20.000 Leute aus den entferntesten Provinznestern angereist und trafen unerwartet – und jeder für sich wahrscheinlich erstaunt – in der Stadt aufeinander oder vielmehr ineinander. Es war eine ständige, manchmal unübersichtliche Bewegung schon auf dem Uni-Gelände am Samstag. Aus den verschiedenen Knäueln tauchten Genossen auf, die man jahrelang nicht gesehen und die man im Zuge der allgemeinen Privatisierungstendenzen und dem Abreißen von Kommunikationszusammenhängen als Betroffene und Mitkämpfer schon vergessen hatte.
Und so fing es dann am Samstag an: bei strahlender, die Herzen wärmender Sonne versammelten sich die Kongreßteilnehmer auf dem Campus der Frankfurter Uni.
Letzte Einfälle und Parolen wurden noch auf Spruchbänder gemalt, einzelne Genossen stimmten bereits ihre Gitarren, die 'Rote Blaskapelle' – bisher wohl das einzige linke Blasorchester in der BRD – ließ die ersten Töne erklingen, politische Lieder schallten über den Campus und die Genossen sangen mit.
Es wurden immer mehr, die mitwirkten, eine Atmosphäre von Zuversicht, Hoffnung, Wärme und kollektiver Freude zu verbreiten. Der sich anschließende Demonstrationszug war dann ungeheuer eindrucksvoll und vermittelte ein Bild der Stärke: nicht allein deswegen, weil entgegen allen Erwartungen – sowohl des SB als auch der eintreffenden Teilnehmer – 20.000 mitmachten, sondern auch, weil die in den letzten Jahren immer mehr zu Pflichtritualen verkommenen Demonstrationen mit neuem Leben gefüllt wurden. Man begnügte sich nicht mit den tristen Defensivparolen wie 'Weg mit', 'Gegen den Abbau von'..., sondern mit phatasievollen Plakaten, Liedern, Satiren, Masken, etc. wurde Frankfurts verständnislos dreinstarrenden Bürgern ein eigenes Realitätsprinzip vorgeführt: von dem riesigen Plakat, das Frankfurts Polizeipräsident Müller als Chicagogangster porträtierte, bis zu: "Lieber Gott, mach mich krumm, daß ich in den Staatsdienst kumm". Das alles verbreitete eine Atmosphäre einer produktiven Gegenöffentlichkeit, die sich trotz der Zwänge der repressiven Alltagsrealität am Leben erhalten und sich selber – im Vergleich zu vor 5 Jahren – auch weiterentwickeln konnte.
Wir glauben, daß es gerade diese Erfahrung von Solidarität und Wärme und die existierende Fülle von Widerstandsideen und Initiativen gegen die repressive Alltäglichkeit sind, die so ungeheuer viel für eine erneute Selbstverständigung der Linken in der

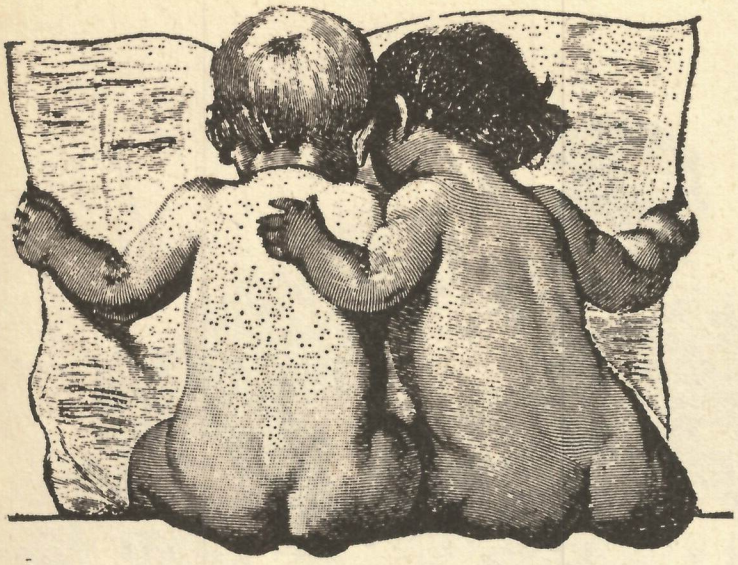
BRD beitragen kann, wieder neuen Mut und Antriebe schaffen kann, und den 'Unterdrückten und Beleidigten' einen Sinn ihrer oft nur unter Selbstopfern möglichen politischen Aktivitäten zurückgeben kann.
Die Erfahrung einer veränderten Demonstrationsform setzte sich in der anschließenden Kundgebung auf dem Römerberg fort: die Beiträge und Berichte vermittelten nicht nur intellektuelle Erkenntnisse und politische Analysen, sondern ließen die Redner auch als subjektiv Betroffene erkennen, so daß es möglich war, sich in öffentlichen Reden auch persönlich wiederzufinden. Besonders deutlich wurde das bei dem Beitrag eines Frankfurter RK-Genossen, der die Probleme der Aufrechterhaltung revolutionäre Identität thematisierte, in der Gratwanderung zwischen Militanz, die leicht in politische Isolierung umschlagen kann und Resignation angesichts des Übergewichts staatlicher Repression.
Die Kundgebung verwandelte sich gegen Abend in ein politisches Fest: der Römerberg füllte sich mit Informationsständen der verschiedensten linken Gruppen, Gedichtlesungen, Liedercollagen, Berichten, Diskussionen, Theaterszenen...
Es gab natürlich auch Probleme im Verlauf des Kongresses: die geplanten Arbeitsgruppen, für die am Sonntag in ganz Frankfurt Bürgerhäuser angemietet worden waren, waren derart überfüllt (z. B. mehr als 1000 Leute in der AG Medien und Öffentlichkeitsarbeit), daß produktive Diskussionen und ausführliche Darstellung aller Projekte mit ihren politischen Problemen und Erfolgen nicht zu realisieren waren. In den AG´s manifestierte sich auch die Unterschiedlichkeit der Interessen der im Umkreis des SB Versammelten: während die



Auf nach Frankfurt !!!

schon in Initiativgruppen und an Projekten arbeitenden Genossen eher angewiesen waren auf eine politische Verständigung und Auseinandersetzung mit anderen, gab es eine Menge anderer Teilnehmer, denen die Erfahrung von Solidarität und Wärme zu einem wichtigen Anstoß wurde. Viele artikulierten ihre Arbeitswilligkeit, zeigten Kooperationsbedürfnisse und Interesse, mit anderen über mögliche Aktivitäten zu diskutieren. So wurden reichlich Adressen getauscht, und das bedeutet vielleicht einen Anfang, die 'interessierte Neugier' vieler produktiv zu organisieren. Es erschien dann nicht weiter tragisch, daß keine handfesten auf´s Papier gebrachten Ergebnisse dabei herauskamen.
Am Sonntagabend war dann der Platz um das riesige Zelt am Ostparkt wie 'befreites Gebiet': 10 - 15.000 Leute hockten dicht gedrängt auf Bänken und im Staub in und vor dem Zelt; draußen produzierten Ausländergruppen und Großfamilien mitten im Gewühl Unmengen Paella, Salate, belegte Brote, schöpften Sangria aus Tonnen und verteilten becherweise Oliven.
Drinnen wurde mit Liedern, Theater, Gedichten, Rollenspielen, Redebeiträgen der offenen und heimlichen Unterdrückung der Kampf angesagt. Sie wurde entlarvt, bezeichnet, verspottet, verlacht und bedroht, und das Bedürfnis nach einem anderen Leben schimmerte durch die Ritzen dieser Entlarvung, wurde ausgesprochen und entfaltete in den Zuhörern die zum Teil schon zugedeckte Lebendigkeit und Phantasie wieder neu und ließ sie spüren, daß es noch mehr gibt, als die Berufsverbote zu bekämpfen, um endlich in den Schuldienst zu kommen.
Rolf Schwendters Lied über Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die im Palmengarten der Nachtigall zuhören, war von ihm als 'Ermutigung' gemeint, die 'Kunst und das Leben' im Kampf nicht von sich abzutrennen. Die Lieder und Gedichte des Abends manifestierten neben ihrer subversiven Kraft in der Tat auch die Lust an Formen des Ausdrucks, die jenseits von politischen Reden und Resolutionen gemeinsame Leidenserfahrungen und Widerstandsmöglichkeiten aufzeigen können.
Das Fest hatte einen völlig unprofessionellen Charakter, die Beiträge wirkten improvisiert aneinandergefügt, und für manche, die auf die Bühne kamen, um etwas vorzutragen, was es sicher eine ziemliche Überwindung, vor 15.000 Leuten zu stehen.
Eine Frau z. B. stand plötzlich am Mikrofon und sang völlig ohne Begleitung ein selbstgemachtes Lied über und für Frauen und nach stürmischen Zugaberufen, die nach dem ersten Erstaunen aus einer Ecke anfingen, noch ein zweites: "...Wir werden taxiert.., aber wir sind schon dabei, uns zu wehren und Selbstbewußtsein miteinander zu entwickeln."

Obwohl wir nicht glauben, daß die Bedeutung und der Gehalt des Kongresses nur in diesen Stimmungseindrücken aufgeht, und wir uns auch in Frankfurt an vielen Punkten schon fragten, ob und wie tragfähig der dort manifestierte Wille zum Widerstand auch über den Kongreß hinaus sein kann, waren doch die oben beschriebenen Erfahrungen nicht nur einfach ein äußerer Formwandel des politischen Ausdrucks (im Sinne von neuen Tricks, um mehr Leute zu erreichen). Sie waren auch wesentlicher Bestandteil des Gehalts des Kongresses und notwendige Bedingung einer qualitativen Weiterentwicklung linker Politik. Wenn die Linke jetzt in dieser Weise die ausgetrockneten Demonstrations- und Kundgebungsformen überwindet, dann heißt das auch, daß sie sich in der alten Form nicht mehr wiederfindet, bzw. nur einen Teil von sich (den, der eher aus abstrakter Einsicht noch demonstriert, als aus wirklicher Betroffenheit); das heißt allerdings auch, daß mit Trauermärschen und bloßer politischer Analyse inzwischen kaum noch jemand agitiert werden kann.
Konsequenzen
1) Der Kongreß hatte zunächst mal in der Dimension eine ziemliche Bedeutung, daß die Existenz von vielen verschiedenen Ansätzen dezentraler linker Projekte und Aktivitäten sichtbar wurde; von Stadtteilzeitungen über Theaterinitiativen, Liedermacher, Buchläden, Frauengruppen, Filmemacher usw. Dieses Sichtbarwerden hatte für sich schon eine bestärkende Wirkung: die Erkenntnis, daß man nicht alleine dasteht, sondern daß es in vielen Ecken der BRD Ansätze gibt, der alltäglichen und der besonderen Unterdrückung zu begegnen. Das Bedürfnis nach Kontakten, Informationen und Austausch zwischen existierenden Projekten und auch für Genossen, die noch nichts oder nichts mehr machen, war deutlich spürbar und stand auch als Ergebnis im Vordergrund...
2) Obwohl wir uns eher mit der Politik des RK und Teilen der Spontis identifizierten, ist nicht zu leugnen, daß der Kongreß vom SB erfolgreich veranstaltet und organisiert wurde. Das gilt es bei aller Kritik zu berücksichtigen: keine einzelne Spontigruppe hätte einen Kongreß derartigen Ausmaßes organisieren können. Die massenhafte Anwesenheit der Genossen aus Stadt und Provinz und deren Informations- und Orientierungsbedürfnisse werden zweifellos Diskus-



sionen über organisatorische Konsequenzen in und außerhalb des SB zur Folge haben. Das SB war mit seinem Organisationsansatz der prinzipiellen Offenheit auf der einen Seite in der Lage, auf diesem Kongreß die unterschiedlichen Ansätze insoweit zu integrieren, als im Resultat fruchtbare und lebendige Anstöße dabei herauskamen; auf der anderen Seite ist es in seinen eigenen theoretischen Positionen aber eher bremsend und blutleer (z. B. die Thesen des SB), und tritt bei konkreten politischen Auseinandersetzungen (wie in Frankfurt bei der Strecker-Kampagne) offensichtlich auch nur zögernd – mehr berichterstattend als mitkämpfend – in Erscheinung.

Dieser Widerspruch ist angesichts der vom SB (vgl. Vack) selber angeregten Diskussion über verbindlichere Organisationsformen möglichst 'im SB' ein wichtiges Problem.

In diesem Zusammenhang muß auch das Verhältnis von 'Metropole und Provinz' diskutiert werden, die Frage der Verallgemeinerbarkeit von Positionen, die auf dem Hintergrund einer nicht abgerissenen politischen Bewegung in Frankfurt z. Zt. am fortgeschrittensten sind, die sich aber für einen Referendar in Emden z. B. völlig anders stellen (und für die Linke in Hannover nochmal anders).

3) Die große Resonanz, die sich auf dem Kongreß selber zeigte, liegt einmal an der Erfahrung der Bestärkung jedes einzelnen durch die vielen anderen und das dadurch aktualisierte Bewußtsein von nicht-isoliertem und entfaltetem Dasein, zum anderen wurde besonders in den Beiträgen der RK-Genossen bei vielen Teilnehmern verschüttete eigene Erfahrung radikalerer Politik und radikalerer Phantasie angesprochen und wieder zur Erinnerung gebracht!

Wenn das über Frankfurt hinaus nicht nur eine schöne Erinnerung bleiben soll, dann muß auf jeden Fall mitreflektiert werden, daß diese Reaktualisierung selber den Bruch noch nicht kittet, der durch das Abreißen von Organisations- und Kampfzusammenhängen und die tendenzielle Reprivatisierung (auch in Hannover) bei jedem einzelnen inzwischen entstanden ist.

Daß der Kongreß auf eine breite Basis von Interessen und Bedürfnissen gefallen ist und in der Lage war, dort anzuknüpfen, ist eine Chance, mit der wir aber nicht dort, sondern hier etwas anfangen müssen.

4) D. h. in Hannover gibt es zwar keinen organisierten Zusammenhang unter den Linken mehr, aber es gibt einzelne Projekte und Ansätze, von Buchladen über 'Neue Kultur', Stadtteilinitiativen, Frauengruppen, Frauenbuchladeninitiative, usw., nicht zuletzt auch das 'Fragezeichen'. Wir sind von dem Kongreß jedenfalls soweit motiviert, daß wir angefangen haben, die hier angeschnittenen Probleme weiterzudiskutieren, ohne so einen Rahmen als neue Organisationsmöglichkeit zu bewerten, bzw. überzubewerten

Alles, was sich auf Hannover bezieht, muß unserer Ansicht nach zunächst mal von den existierenden Ansätzen hier ausgehen – möglicherweise gibt es hier auch ähnliche Kooperations- und Informationsinteressen wie sie in Frankfurt sichtbar wurden.

GENOSSEN DER REDAKTION "FRAGEZEICHEN", HANNOVER

## Politisierung der Berufspraxis zum Ausgangspunkt sozialistischer Politik machen

Ich habe mich spontan darüber geärgert, wieviel Beifall Daniel Cohn-Bendit bekam, und ich meine, die Diskussion am Montag war nicht allein von der "Wärme der Solidarität" gekennzeichnet, sondern auch davon, wie unklar das Verhältnis des SB zu den Spontis ist...

Nun, daß wir alle im Grunde die gleichen Probleme haben und daß die von Cohn-Bendit „angesprochenen Dimensionen ein wesentliches Element sozialistischer Praxis der Neuen Linken" sind –, das alles war schon vor dem Pfingst-Kongreß bekannt. Und daß diese „Dimensionen" nicht im Alleinbesitz der Spontis sind, das haben meiner Ansicht nach die Diskussionen vor allem in den Arbeitsgruppen gezeigt; dort sind allerdings die politischen Fragestellungen konkret und praktisch diskutiert worden.

Wie antiquiert und überflüssig diese spontaneistische „Herausforderung" war, will ich an einem Problem aufzeigen: dem Verhältnis von „Kleinarbeit" und „Aktion". Bereits in der assoziativen Verknüpfung von Kleinarbeit und Mühsal steckt eine entscheidende Verkürzung. Nicht nur im Pfingst-Beitrag von Cohn-Bendit, sondern in den meisten Spontis-Veröffentlichungen ist nur verbal von einem dialektischen Zusammenhang die Rede. In Wirklichkeit steht dem Konstrukt einer freudlosen, biermännisch verrichteten Alltagsarbeit unvermittelt die reine Radikalität von Aktionen gegenüber.

Wenn die Frage nach der politischen Identität im Berufsalltag, die Frage nach den Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns, nach dem Entwickeln alternativer Verhältnisse auch in der Berufstätigkeit erst einmal auf diese Weise weggeschoben ist – dann bleibt in der Tat nur noch die Hoffnung auf die großen geschichtlichen Umwälzungen. Dann bleibt den einzelnen (!) wirklich nur noch die Alternative zwischen vollständiger Anpassung im Beruf oder dem Ausflippen. Dann auch ist das Ausflippen nicht nur verständlich, sondern legitim. Nur – so lautet das Problem nicht. Auch wenn die Spontis es nunmehr schon im verflixten siebenten Jahr so glauben.

Eine der zentralen Bedingungen dafür, daß die Studentenbewegung nicht vollständig scheiterte, liegt in der Entwicklung von Poli-

## Maria und Hinnerik: Lied von der Repression

*Die Repression wird stärker, darum*
*sei jetzt nicht stumm,*
*denn wer Gefahr nur meidet, ja der*
*kommt in ihr um.*
*Man darf nicht überwintern in*
*repressiver Zeit,*
*denn sonst macht diese Repression*
*sich immer stärker breit.*

*Bei uns gibt es schon wieder ein*
*strenges Berufsverbot.*
*Damit macht man in unserm Staat*
*die Leute oft mundtot.*
*Man darf nicht überwintern in*
*repressiver Zeit,*
*denn sonst macht diese Repression*
*sich immer stärker breit.*

*In Erwitte setzte der Seibel die*
*Arbeiter vor die Tür;*
*die ließen sich nicht lumpen, besetz-*
*ten das Werk dafür.*
*Man darf nicht überwintern in*
*repressiver Zeit,*
*denn sonst macht diese Repression*
*sich immer stärker breit.*

*In Wyhl da fing man gerade mit dem*
*Bau vom Atomkraftwerk an.*
*Da kamen viele Bürger, vereitelten*
*diesen Plan.*
*Man darf nicht überwintern in*
*repressiver Zeit,*
*denn sonst macht diese Repression*
*sich immer stärker breit.*

*Ein KKW im Münsterland hat die*
*Regierung zum Ziel.*
*Doch dann machen wir es genauso.*
*wie unsere Freunde in Wyhl.*
*Wir werden nicht überwintern in*
*repressiver Zeit,*
*denn sonst macht diese Repression*
*sich immer stärker breit.*

*Wir haben viele Ängste; das haben*
*wir erkannt.*
*Doch schlagen unsere Ängste nun*
*um in Widerstand.*
*Wir wollen nicht überwintern, denn*
*das bringt uns nicht weit.*
*Kommt Leute, wehrt Euch jetzt, denn*
*jetzt ist es noch Zeit.*

**(Melodie: Mariechen saß weinend im Garten)**

**tisierungsstrategien über den Bereich von Hochschule und Schule hinaus. Eine entscheidende Schwäche dieser Politisierungsstrategien war jedoch – neben anderen –, daß ihre soziale Basis verfiel; die Rebellion der Schüler und Studenten wiederholte sich nicht fortgesetzt, die Bewegung alterte in sich zu Kadergruppen. Dann aber hat die Schüler- und Studentenbewegung sich schwer damit getan, den frisch angeeigneten und entdogmatisierten Marxismus auf sich selber „anzuwenden". Das Schwergewicht der politischen Überlegungen wurde immer mehr auf die Produktion und Reproduktion der Arbeiterklasse gelegt und die damit zusammenhängenden Fragen der politischen Strategie. Dabei wurde immer mehr vernachlässigt, was denn eigentlich die Intelligenz in dieser Gesellschaft produziert, wie sie sich reproduziert. Für große Gruppen der Schüler- und Studentenbewegung wurde die eigene Politisierung in dem Moment zum privaten Problem, wo die Ausbildungssituation sich nicht mehr beliebig verändern ließ, wo ein Beruf sich aufdrängte.**

**Seit den emphatischen Parolen vom langen Marsch durch die Institutionen und von der revolutionären Berufspraxis hat es in der Neuen Linken eine Lücke gegeben. In dieser Zeit mußten die**

**einzelnen mit dem Problem der Vermittlung von politischer Identität und Berufspraxis fertig werden; die von den apologetischen Nachfolgegruppen der Schüler- und Studentenbewegung – den Spontis – gepflegte Phrase von der korrumpierenden Wirkung der Kleinarbeit und Berufstätigkeit im Reproduktionsbereich hat dabei so irregeführt und gelähmt wie der Spruch der K-Gruppen vom Dienst am Volk. Es verwundert deshalb nicht, daß in dieser Phase zahlreiche Genossinnen und Genossen ausgeflippt sind; und zwar nicht nur in der Richtung, die den Spontis in den Kram paßt, daß sie „rausgegangen sind, weil sie es nicht mehr ertragen" –, noch viel mehr sind aus dem politischen Zusammenhang der Neuen Linken ausgeflippt, indem sie privatisierten.**

**Innerhalb der Neuen Linken ist das Sozialistische Büro die einzige Organisation, die die Politisierung der Berufspraxis zu einem Ausgangspunkt und zentralen Bestandteil sozialistischer Politik gemacht hat. Im SB haben sich in Arbeitsfeldern Diskussions- und Arbeitszusammenhänge entwickelt, die, von konkreten Arbeitsbedingungen ausgehend, Vereinzelung überwinden und Grundlage eines „politischen Organisierungsprozesses" sind, „der die Widersprüche des kapitalistischen Systems dort aufgreift und den von ökonomischer Ausbeutung und politischer Repression Betroffenen an Ort und Stelle verdeutlicht, dort, wo sie ihr Leben unmittelbar berühren und wo der einzelne eine konkrete Veränderung erwartet" (Negt). Die Diskussionen in den Arbeitsfeldern sind inzwischen so weit – bei allen Schwierigkeiten –, daß es mir wie eine Verarschung vorkommt, wenn Cohn-Bendit darauf mit keinem Wort eingeht und davor warnt, vor lauter mühseliger Arbeit zur grauen Maus zu werden.**

**Es läßt sich an der Geschichte der spontaneistischen Gruppen, an ihren Aktionen und Publikationen nachweisen (und ich habe es ein paar Jahre selber erfahren): Ein wesentliches Element des bundesrepublikanischen Spontaneismus ist die zum Konzept erhobene Jugendlichkeit, die künstliche Verlängerung der relativ privilegierten Ausbildungssituation, die kollektive Verdrängung jeder Diskussion über politische Praxis und ihren Zusammenhang zur Berufspraxis der Intelligenz.**

**Hier ist nicht der Platz, um an der Rezeption der italienischen Klassenkämpfe, an den Begriffen „Massenarbeiter", „Multinationaler Kampf", „Nichtarbeit" etc. die Momente von studentischer Projektion und wehmütiger Mystifizierung der Schüler- und Studentenbewegung aufzuzeigen. (Daneben sind in den politischen Begriffen und in der Praxis der Spontis auch richtige Elemente. Das SB sollte nur von den Spontis lernen und sich so deutlich mit ihnen auseinandersetzen wie sie mit uns. Auf diese Art kämen vielleicht konkrete Gemeinsamkeiten und nachweisbare Differenzen zutage, anstatt der Gemeinplatz, wir hätten alle die gleichen Probleme.) Die selbstkritische Bescheidenheit der Spontis wäre beeindruckend – und sie hat viele auf dem Kongreß beeindruckt –, wenn sie nicht seit Jahren immer wieder dieselben Fragen produzierte. Solche Phasen der selbstkritischen Reflexion**

**hat es seit Jahren schon gegeben, immer am Ende großer Aktionen und ohne daß sich Grundlegendes geändert hätte.**

**Die Spontis sind von ihrer sozialen Zusammensetzung und politischen Ideologie her unfähig, über jeweilige Aktionsphasen hinausgehende, kontinuierliche politische Arbeit zu organisieren. Und aufgrund ihres reduzierten Begriffs von Radikalität können sie sich zum Sprecher nur kleiner gesellschaftlicher Gruppierungen machen und sich auch nur auf einen kleinen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit überhaupt beziehen.**

**HORST-DIETER ZAHN**

## Walter Mossmann: Das Lied von der GEDANKENFREIHEIT

**Im 19. Jahrhundert – und neuerdings wieder – war ein ächt teutsches Freiheitslied verbreitet, das viel aussagt über den erlaubten Freiheitsdurst. „Ich denke, was ich will, und was mich beglücket, doch alles in einer Still und wie es sich schicket... drum will ich auch immer den Sorgen entsagen und will mich auch nimmer mit Grillen mehr klagen, man kann ja im Herzen stets lachen und scherzen und denken dabei Die Gedanken sind frei..." Im FDJ-Liederbuch von 1973 steht das auch als "Vermächtnis der Generationen vor uns". Genossen haben mich darauf aufmerksam gemacht, daß eine derartige Bescheidenheit der Gedankenstärke wohl nicht bekommen kann. Deshalb die letzte Strofe. Wenn einige musikalische Wendungen Biermann-Reminiszenzen sind, dann u. a. auch deshalb, weil ich beim Thema Berufsverbot auch an Biermann denken muß. Und das auch öffentlich!**

*Ach das waren finstre Zeiten*
*Finstre Zeiten waren das*
*Als man die Gedanken jagte*
*und dabei die Köpfe traf*
*Wenn der Volksmund Lieder plarrte*
*gegen Papst und Königshaus*
*riss man ihm auch gleich die Zunge*
*mit den Lästerliedern aus*
*Selbst die allergrössten Geister*
*litten unter der Zensur*
*und der kleine Strassensänger*
*sass im Knast zur Schweige-Kur.*
*Diese Zeiten sind vorbei*
*„Die Gedanken sind frei"*

*Heute heute sind das helle*
*Helle Zeiten sind das heut*
*Ja ich singe, wie mich heute*
*die Gedankenfreiheit freut*
*Neulich schrieb ich meine wahre*
*Meinung von der Bundeswehr*
*Und ich trug sie hin ins Funkhaus*
*hin zu einem Redakteur*
*Ach, der hat mich nicht erschlagen*
*nicht gefoltert, nicht gepfählt*
*— bloss die Sendung nicht gesendet*
*und jetzt habe ich kein Geld*
*Also bleibt es dabei*
*bloss Gedanken sind frei*

*Meine Freundin die ist Lehrerin*
*hat einen blonden Schopf*
*aussen blond und innen helle*
*und sehr dick ist auch der Kopf*
*Sie erklärte ihren Schülern*
*„Auch der Papst ist bloss ein Mann*
*ohne Kinder, ohne Pille*
*und den geht mein Bauch nichts an'*
*Ihr Direktor ist katholisch*
*voll Verständnis, gar nicht grob*
*und der schrieb ihr einen Brief*
*und heute hat sie keinen Job*
*Also bleibet es dabei*
*bloss Gedanken sind frei*

★

Berthold Happel

# In der Provinz – Dreihausen

Am 3. - 5.12.1976 hatten sich Jugendliche aus hessischen Jugendinitiativen und Jugendzentren zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch versammelt. Eingeladen hatte der Jugendclub Dreihausen, welcher dieses Treffen im Rahmen eines "Jugendzentrumspressefestes" organisiert hatte. Das Dorf Dreihausen: zwei Kirchen, das Doppelte an Kneipen und nochmal das Doppelte an mehr oder weniger gut funktionierenden traditionellen Vereinen (Sport, Gesang, Schützen).

Dieses Angebot an Freizeitverbringungsstätten reichte den Jugendlichen der späten 60er Jahre, an denen die "Zeit der außerparlamentarischen Opposition" nicht wirkungslos vorbeigegangen war, nicht aus.

Am 21.4.71 gründeten 12 Jugendliche den Jugendclub Dreihausen und forderten von der Gemeinde einen Raum, in dem sie ihre Freizeit selbst organisieren wollten. Der Bürgermeister erklärte sie als nicht ganz "dicht" und sorgte dafür, daß die Jugendinitiative im Dorf politisch isoliert und in die "linke Ecke" gedrängt wurde.

Nach langen Kämpfen – zwischendurch hatte man auch mal Unterschlupf bei einem Pfarrer gefunden – wurde endlich ein selbstverwaltetes Jugendhaus von Gemeinde und Kreis bereitgestellt.

Derartiges gab es damals vielerorts, doch entwickelten die Dreihäuser bald Aktivitäten, die einer besonderen Betrachtung wert sind. Um gegen Dorftratsch, Vorurteile und Verleumdungen verschiedenster Art anzukämpfen, verfaßten die Jugendlichen des Zentrums eine sogenannte Dorfzeitung.

Mit großer Ausdauer, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit wurde eine Nummer nach der anderen verfaßt, Abonnenten geworben, diesen jedes neue Werk persönlich ins Haus gebracht, und – sofern Interesse bestand – über die letzten Ausgaben diskutiert. Die Dorfzeitungsredakteure machten nicht den Fehler, nur jugendspezifische Probleme aufzugreifen, sondern mischten sich in die Kommunalpolitik ein, griffen die unterschiedlichsten Fragen auf, die im Dorf von Interesse sind.

Eine weitere Notwendigkeit, in das politische Geschehen des Dorfes einzugreifen, sahen die Jugendlichen darin, gemeinsam mit der im Ort gegründeten Bürgerinitiative gegen eine Großmülldeponie zu kämpfen.

Der Jugendclub ist im Vorstand der Bürgerinitiative vertreten, erstellt Flugblätter, verteilt diese, fährt mit Lautsprecherwagen in die umliegenden Orte, um die Bewohner zu informieren und zu agitieren. Einige Jugendliche haben viele Stunden damit verbracht, gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern der Bürgerinitiative jeden Bewohner des Ortes persönlich zu besuchen, um mit ihm die Einspruchsgründe zu diskutieren und zu erläutern.

Da sich die ortsansässige Lokalzeitung weigerte, Artikel der Bürgerinitiative zu drucken, war dies noch ein Grund mehr, die Probleme der Bürgerinitiative umfassend in der Dorfzeitung zu behandeln. Die Auflage der Zeitung ist im letzten Jahr derart gestiegen, daß inzwischen zwei von drei Haushalten die Zeitung lesen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Jugendclubs muß man zweifelsohne als erfolgreich bezeichnen, auch wenn es noch immer vorurteilsvolle konservative Ruhe- und Ordnungsapostel gibt, denen das kritische und ungezwungene Verhalten der Dreihäuser Jugendlichen ein Dorn im Auge ist.

Zustimmung wird es auch nie von den Bevölkerungsgruppen geben, deren Profitinteresse sich im Widerspruch zu den Interessen der Bevölkerung an einer sauberen Umwelt befinden. Solche radikalen Minderheiten gibt es in Dreihausen reichlich. Vor einigen Jahren hatten sie noch mehr zu melden als der Bürgermeister; mittlerweile merken sie, daß sie überall da ausgespielt haben, wo die von ihren Entscheidungen Betroffenen beginnen, sich ihrer eigenen Interessen bewußt zu werden und demgemäß zu handeln. Mit der Zuspitzung des gemeinsamen Kampfes von Bürgerinitiative, Jugendlichen und einem Teil der Dorfbevölkerung setzt sich in zunehmendem Maße die Erkenntnis durch, daß die eigentlich wichtigen Interessengegensätze nicht zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bestehen.

Die Vorbereitung zum Pressefest anläßlich der 25. Ausgabe der Dorfzeitung waren langfristig angelegt, damit schon möglichst früh viele Jugendzentren an der Gestaltung des "Festes" beteiligt werden konnten. Schon sehr schnell wurde festgestellt, daß, entgegen vielfachen Behauptungen vom Schreibtisch aus, die Jugendzentrumsbewegung keinesfalls gestorben ist, was sich im noch zahlreichen Vorhandensein von Jugendinitiativen und Jugendzentren zeigte.

Unter deren Mitarbeit entstand ein Programm für 3 Tage, mit Film- und Theatervorführungen, Arbeitsgruppen zu Problemen und Möglichkeiten freier Jugendarbeit, einer Großveranstaltung mit Vertretern der Dreihäuser Bürgerinitiative, einem Referenten aus Wyhl und Mitarbeitern anderer Bürgerinitiativen, einem agitatorischen Sonntagvormittag mit Infoständen, Büchertischen, Wandzeitungen, Diskussionsrunden, einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien und Jugendpflege zum "Stellenwert freier Jugendarbeit". Abends sorgten Liedermacher und Popgruppen für Tanz und allerlei Kurzweil.

Bereits am Freitagabend, an dem Laubacher Jugendliche ihren Kampf ums Jugendzentrum theatralisch in Szene setzten, waren schon, allen Erwartungen zuwider, an die 300 Jugendliche eingetroffen.

Die zahlreichen Arbeitsgruppen am Samstagmorgen, zu Problemen und Möglichkeiten demokratischer Basisorganisationen (Jugendzentren, Bürgerinitiativen) waren erstaunlicherweise recht arbeitsintensiv und erfolgreich verlaufen. So kam es, daß in Sachen Müll und Umweltschutz ein Solidarisierungsprozeß mit der betroffenen Dreihäuser Bevölkerung stattfand, welcher sich dann in einer Demonstration durch den 1200-Einwohner-Ort manifestierte.

Spontan wurden Parolen, Lieder und Transparente erstellt, sowie ein Bevölkerungs-

flugblatt verfaßt, so daß die Demonstration inhaltlich von großer Qualität war. Die Teilnehmerzahl von ca. 300 war absolut gesehen gering, – für den Ort entsprach es 1/4 der Einwohnerzahl, – eine "unvorstellbar große Menge."

Nachdem die Demonstranten durchs Dorf gezogen und das geplante Müllgelände besichtigt hatten, zogen sie ins "Dorfgemeinschaftshaus" zu der gemeinsamen Veranstaltung von Bürgerinitiative und Jugendclub, an der auch ein aktiver Bürgerinitiativler aus Wyhl teilnahm.

Fernsehen und Rundfunk waren noch rechtzeitig eingetroffen, um diese spektakulären Ereignisse in Wort und Bild festzuhalten. Am 15. Januar strahlte "Direkt" einen Film des Dreihäuser Jugendclubs aus.

Im Laufe des Samstagnachmittags strömten nun nochmals Hunderte von Jugendlichen nach Dreihausen, so daß die Turnhalle – während der Veranstaltung immer Festhalle genannt – von allen Bänken und Tischen befreit werden mußte, um die ca. 700 Leute fassen zu können. Nachdem Theater- und Singgruppen, die sich teils beim Fest gebildet hatten, agiert hatten, brachten Klaus der Geiger, Toni, Fliege, Waschbrett und Slim die politischen Inhalte des Tages musikalisch auf den Ton. Die Volksmusik der fünf, die viele noch gar nicht kannten, rief große Begeisterung hervor, die jeden zum Mitklatschen und Mitsingen brachte.

Nachdem zwischendurch ein paar Popgruppen gespielt hatten, mußten die fünf noch bis 4 Uhr in der Frühe weiterspielen.

Am Sonntagmorgen wurden zahlreiche Infostände zu den unterschiedlichsten Themen (man konnte sich von der Nützlichkeit biologisch-reinen Brotes überzeugen – praktisch und theoretisch) aufgebaut. Dias, Flugblätter und Zeitungen sowie Filme wurden angeboten, in denen die Gruppen über die Erfahrungen ihrer Kämpfe berichteten.

Am Sonntagnachmittag fand eine Podiumsdiskussion zum Thema "Der Stellenwert freier Jugendarbeit in der kommunalen Jugendpflege" statt. Die Vertreter der CDU-Kreisregierung, welche mit ihrem Kreisjugendplan den Radikalenerlaß praktizieren (..."verfassungsfeindlichen Jugendgruppen und Verbänden (darf) keinerlei Unterstützung zuteil werden".), lehnten es ab, an der Diskussion teilzunehmen.

Der SPD-Vertreter wollte sich dies zunutze machen und sich als "Freund der Jugend" herausputzen, mußte sich allerdings von vielen Jugendlichen vorhalten lassen, daß die SPD überall dort, wo sie die Regierung stellt, ähnlich wie diese CDU-Kreisregierung handelt.

Als Ergebnisse des "Festes" sind festzuhalten: Es zeichnet sich eine neue Phase in der Jugendzentrumsbewegung ab! Nachdem die Jugendinitiativen ihre Häuser erkämpft hatten und massenhaft Jugendliche mit

größtenteils kommerziellen Mitteln "geworben" hatten (Fete, Musik), mußten sie sich mit dem Problem der "inhaltlichen Ratlosigkeit" herumschlagen. Jugendzentren degenerierten zur Ersatzdiscothek, die Aktivisten resignierten, Jugendzentren verkleinerten sich oder wurden gar geschlossen. Vielfach ist es aber geschehen, daß Kerngruppen den Zersetzungsprozeß durchstanden, feste Arbeitsgruppen bildeten (zunächst sehr kleine), konkrete Ziele formulierten (Öffentlichkeitsarbeit, Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Konflikten) und eine neue "Wiederaufbauphase" einleiteten, die sich jetzt in erneutem Zulauf und vor allem in politisch konkreten Inhalten zeigt.

Die Organisationsstruktur dieser Gruppen ist fester gewachsen und läßt vor allem Kontinuität in der Arbeit erwarten. Ferner entstehen in den umliegenden Orten von solchen funktionierenden Zentren wieder zahlreiche neue Gruppen.

Der sogenannte "Rote Faden der Bewegung" ist dahingehend festzumachen, daß die bornierte, abgegrenzte, jugendspezifische Variante der Initiativen aufgegeben ist und nunmehr der Kontakt mit der Bevölkerung gesucht wird, was sich wie folgt zeigt:

Jugendzentren richten Abenteuerspielplätze ein, organisieren mit Erwachsenen Kindergruppen, arbeiten engagiert in Bürgerinitiativen mit, erstellen Alternativzeitungen, bzw. Stadtzeitungen usw...

So sind auch Kommunikationszentren entstanden, wo nicht mehr nur Jugendliche antreten, ihre Freizeit selbst zu organisieren. Im Rahmen des Festes wurden auch vom Hessischen Jugendring und dem Bund Deutscher Pfadfinder Seminare durchgeführt.

Diese beiden Organisationen haben in positiver Weise am Erfolg des Festes mitgewirkt, was hier auch dankenswerterweise erwähnt sein soll.

Der Erfolg des Festes resultiert unzweifelhaft aus dem Stand der Jugendzentrumsbewegung.

Die Dreihäuser haben dazu den Rahmen und die Möglichkeiten geschaffen, die von den Teilnehmern genutzt und weiterentwickelt wurden, so daß in der hessischen Jugendzentrumsbewegung die positive Wende markiert werden konnte.

Ein aus Berlin angereister Jugendlicher verfaßte ein Gedicht und schrieb: "Es war unser Fest". Richtig, es war das Fest all derer, die in den drei Tagen die sinnliche Erfahrung machten, daß freiere und menschlichere Formen des Zusammenseins und Zusammenlebens möglich sind.

Zum Schluß noch das Lied, was in den drei Tagen am meisten gesungen wurde: „...wehrt euch, leistet Widerstand, gegen den Scheiß-Müll in diesem Land, schließt euch fest zusammen, schließt euch fest zusammen..."

Dorfzeitungen und weitere Materialien über das Fest sind erhältlich bei: Berthold Happel, Mühlstück 8, 3557 Ebsdorfergrund 1

## Bruno Eckardt: Drum bin ich rot geworden

*Am Tag als ich geboren ward*
*da wurd es mir schon klar*
*daß das Leben nicht so weitergeht*
*wie es ist und wie es war*
*Drum bin ich rot geworden*
*denn rot sein das ist schön*
*mit der roten Sonne*
*im roten Herz*
*können wir nicht untergehn*

*Und ich kanns nicht mehr ertragen*
*wenn ich die ganze Scheiße seh*
*vor lauter Fäuste ballen*
*tun mir schon die Hände weh*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*Und man sagt mir das war immer so*
*das muß einfach so sein*
*daß die einen immer ackern gehn*
*und der andere steckt die Knete ein*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*Und man sagt mir die Menschen sollen verschieden sein*
*der eine klein der andere groß*
*doch der eine ist arm und ohne Recht*
*und der andere das ist mein Boss*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*Mach ich auch jetzt den Buckel krumm*
*für 4,50 oder 7,10*
*für mich ist diese Welt erst heil*
*wenn die Bosse am Fließband stehen*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*Wenn Minister Genscher auf Arbeitssuche geht*
*und sein Bullenpack dazu*
*dann hat nach ach so langer Zeit*
*meine arme Seele Ruh*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*Und der Krug der geht zum Brunnen bis daß es endlich kracht*
*und das Volk das keine Stimme hat erkämpft sich seine Macht*
*Refrain: Drum bin ich rot geworden...*

*(Musik: Irisches Volkslied, auf dem Pfingstkongreß gesungen von Toni aus Köln.)*

Projektgruppe

# Fortführung der Antirepressionskampagne in Frankfurt

## Sitzung, Montag, den...

Mühsam bewegt sich die Diskussion zwischen den Anwesenden darüber, wie die lange geplante Veranstaltung "Politische Unterdrückung im öffentlichen Dienst Frankfurt" realisiert werden kann. Niemand scheint sich von seiner Arbeitsüberlastung her in der Lage zu fühlen, zu dieser Realisierung beizutragen. Das Vorhaben droht zu scheitern. Pause. Erneute Diskussion. Warten. Endlich bildet sich die zur Vorbereitung notwendige Projektgruppe. Wir kennen uns zu diesem Zeitpunkt zum Teil nur aus Diskussionen im "Sozialistischen Zentrum Frankfurt" (SZ), also kaum. Eine politische Veranstaltung wie die geplante hat keiner von uns vorher gemacht. Nur einer ist schon längere Zeit im Frankfurter SB aktiv, die meisten sind durch den Pfingstkongreß motiviert oder beteiligen sich aus Solidarität mit Alexander Schubart. Auffällig ist, daß von den sieben Mitgliedern der Projektgruppe nur einer selbst dem öffentlichen Dienst angehört.

Die Projektgruppe wird beauftragt, die inhaltliche und formale Struktur der Veranstaltung im einzelnen festzulegen und Aufgaben an die Arbeitsfelder und einzelne Genossinnen und Genossen zu delegieren.

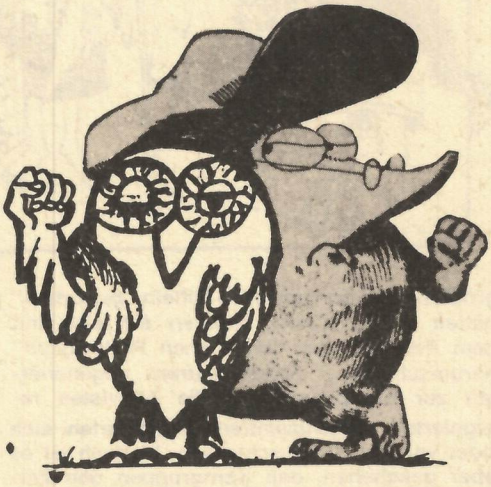
Vorgegeben war aufgrund der Diskussionen im SZ folgender Rahmen:

1.Abend: Darstellung der Repression im Frankfurter Raum in Form von Sprechstücken (tribunalartig) und Analyse der politischen Faktoren, die hinter dieser Entwicklung stehen.

2.Abend: Vorstellung und Diskussion der Möglichkeiten von Widerstand und Rotarbeit. Zum Punkt "Rotarbeit" lag bereits der Entwurf eines Sprechtextes vor.

## Vorgeschichte

Der Vorschlag zu einer Veranstaltung zur "Repression im öffentlichen Dienst" wurde während einer Wahldiskussion im Frankfurter SB-Plenum (die Mitgliederversammlung des Frankfurter SB) ca. 4 Wochen vor den Bundestagswahlen gemacht, in einer Phase, als Alexander Schubart akut bedroht schien – Disziplinierungsversuch durch den hessischen Innenminister und Frankfurter Oberbürgermeister wegen seines Auftretens beim Pfingstkongreß und seiner Beteiligung an Berufsverbotsaktionen der Ernst-Reuter-Schule. Deshalb waren eine Reihe von Genossinnen und Genossen der Meinung, die Veranstaltung müsse in dieser akuten Phase und noch vor den Wahlen stattfinden. Dagegen argumentierten vor allem Genossen aus dem öffentlichen Dienst, daß man die Kollegen aus diesem Arbeitsbereich, die v. a. wir ansprechen wollten, nicht bewegen könne, vor den Wahlen an einer Veranstaltung teilzunehmen, bei der in erster Linie Kritik an der SPD geübt werden müsse. Andere wiesen darauf hin, daß eine größere Veranstaltung so kurzfristig gar nicht organisiert werden könne. Schließlich wurde mehrheitlich beschlossen, die Veranstaltung auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben. Damit verlor sie an Aktualität und augenscheinlich auch an Interesse: Beschlossen und formal getragen vom SB-Plenum, wurde die Diskussion über die konkrete Form der Veranstaltung in das viel kleinere SZ verlagert. (Das SZ ist in Frankfurt ein arbeitsfeldübergreifender regelmäßiger Treff einiger und uneiniger SB-Genossen.)



Diese Verlagerung ins SZ bewirkt u. a., daß bald die Diskussion politischer Fragen im Vordergrund steht, die für die Veranstaltung selbst nur am Rande von Bedeutung sind (Möglichkeiten und Formen der Mitarbeit in Komitees gegen Berufsverbote, Sinn und Möglichkeit von Rotarbeit, "Bündnisfrage"). So wirkt die Bildung der Projektgruppe wie die letzte Instanz eines Verschiebungsprozesses.

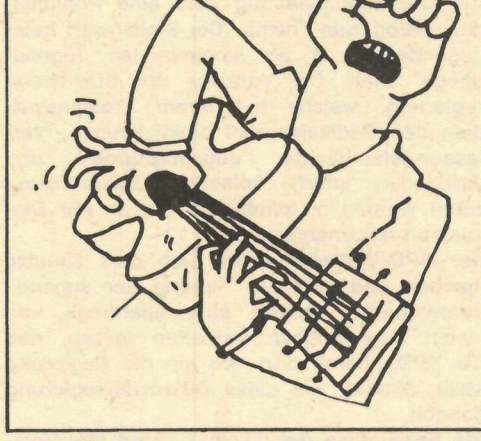
## Konzeptions- und Organisationsprozeß

Nachdem anfangs der vom SZ vorgegebene Rahmen der Veranstaltung von der Projektgruppe akzeptiert worden war – Planung von Referaten zu Repression in den einzelnen Arbeitsfeldern, Podiumsdiskussion mit SB-Prominenten, Vorstellung von Rotarbeitsmöglichkeiten –, wurde dieses Konzept in einem informellen (Biertisch-)Verständigungsprozeß über den Haufen geworfen. Ergebnis: Statt einer traditionellen politischen Veranstaltung wollten wir ein "Spektakel" machen (s. Flugblatt und Programm S. 91), mit Sprechstücken, Sketchen, Gedichten, Musik, Wandzeitungen –, aber auch mit theoretischer Analyse und mit der Darstellung von Widerstandsmöglichkeiten, und das Ganze an einem Abend (16. Dezember):

1. Darstellung der Repression in den einzelnen Arbeitsbereichen
2. Darstellung der daraus folgenden Angst und Ratlosigkeit bzw. der Schwierigkeit, mit Unterdrückung fertig zu werden (linke Fluchtreaktionen);
3. Analyse der politischen Hintergründe;
4. Vorschläge, wie man/frau sich wehren kann (alternatives Handeln).

Dieser Vorschlag wurde vom SZ akzeptiert ohne nennenswerte Diskussion, und von da ab war die ganze Sache im wesentlichen eine Angelegenheit der Projektgruppe. Es gelang, mit Vertretern aus 4 Arbeitsfeldern und Berufsbereichen konkrete Abmachungen zu treffen: Schule, Post, Gesundheitswesen, Sozialarbeit. Mit den Kontaktleuten aus den Arbeitsfeldern gab es regelmäßige Treffen, und bald war klar, daß die Genossinnen und Genossen aus Arbeitsfeldern und Berufsbereichen ihre Erfahrungen mit Repression (zum großen Teil unterhalb der Ebene der Berufsverbote) szenisch darstellen würden.

Für die Projektgruppe blieb: die Koordination der Gruppen, die Festlegung der Reihenfolge, die Organisation bzw. Formulierung eines Textes zur theoretischen Einschätzung der



Repressionsentwicklung, die Herstellung von Kontakten zu Rotarbeitsansätzen und ihre Darstellung (gescheitert), Entwurf und Einübung einer Szene zu Punkt 2 (Fluchtreaktionen), Beratung mit und Einbeziehung von Musikern und Theaterleuten und schließlich auch die Organisation der "Mobilisierung" – die Bekanntmachung der Veranstaltung. Zwei Tage vorher wurden Flugblätter vor den Gebäuden der Ortskrankenkasse, vor Krankenhäusern, Bundesbank, Stadtverwaltung usw. verteilt. An der Universität wurde bis auf den Aushang einiger Plakate mit Absicht kaum etwas unternommen.

Das alles vollzog sich mit nahendem Termin in zunehmender Hektik. Zugleich hielt die Projektgruppe trotz der großen Arbeitsbelastung bis zuletzt am Prinzip der Diskussio

**fest: Bis unmittelbar vor der Veranstaltung waren wir noch immer bereit, Inhalte in Frage zu stellen oder in Frage stellen zu lassen, schon Festgelegtes anzuzweifeln und neu anzufangen.**

## Stellenwert und Erfolgsgründe

**Dieses Verhalten bei der Vorbereitung war wahrscheinlich eine wesentliche Voraussetzung für den "Erfolg" des Abends, auf jeden Fall für die Lebendigkeit unserer Darstellung. Die Veranstaltung selbst erhielt überwiegend Beifallsbekundungen von allen Seiten – auch in der Presse, sofern sie davon Notiz nahm (was nur einmal der Fall war). Wir hörten und fanden selbst: eine gelungene, eine erfolgreiche Sache gerade für Frankfurter Verhältnisse. Zum ersten Mal ist in Frankfurt eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Arbeitsfeldern und Arbeitsgruppen im SZ gelungen. Hieran läßt sich aufzeigen, daß es – entgegen der in jüngster Zeit öfter erhobenen Vorwürfe über eine "Arbeitsfeldborniertheit" – möglich ist, politische Fragen, Diskussionen, Projekte, Veranstaltungen u. ä. als gemeinsame und politische anzugehen und nicht abgelöst von der bisherigen Arbeit im Arbeitsfeld, in der Arbeitsgruppe, sondern verbunden mit dieser Arbeit: für uns eine Bestätigung des Arbeitsfeldansatzes.**

**Vielleicht war eine Ursache dieses Erfolges gerade die Tatsache, daß wir keine "Profis" politischer Arbeit sind, und so den Zuschauern/-hörern eng verbunden, ja fast unsere eigenen Zuschauer/-hörer waren. Dagegen war zweifellos der Beitrag unserer zwei künstlerischen "Profis" (ein Schau- und ein Klavierspieler) von Bedeutung, obwohl sie erst in der letzten Phase der Vorbereitung beteiligt waren, als die Veranstaltung bis auf Übergänge weitgehend "stand". Sie halfen z. B. mit ihrem Überblick und mit einer Reihe Tips, die Stimmung während der – einzigen – Gesamtprobe am Tag vor der Veranstaltung zu stabilisieren, und sie brachten eigens für die Veranstaltung angefertigte Lieder und Verse ein (s. die Aschu-Ballade im Kasten).**

**Wichtig war schließlich noch die Bereitschaft von Genossen außerhalb der Vorbereitungsgruppe – nicht nur aus dem SB –, uns Textvorlagen und Materialien für die theoretische und juristische Einschätzung zu liefern. Wir haben diese Texte zwar sehr stark umgeformt im Hinblick auf Übersichtlichkeit und Verständlichkeit beim Sprechen, und wir haben sie durch gestisch-szenische Elemente aufgelockert; aber ohne diese Zuarbeit hätten wir so kurz vor der Veranstaltung diesen zentralen Teil nicht zustande gebracht.**

FORTSETZUNG SEITE 92

### Programm 16. Dezember

**Szenische Darstellung**

● Berufsverbot für einen Briefträger ● Der Fall Alexander Schubart ● "Aschu-Ballade" Repression im Konferenzzimmer ● ... und im Klassenraum ● Scheinfreiheit im Gesundheitswesen ● "Ein Beamtenanwärter telefoniert mit dem Verfassungsschutz"

**Analyse: Warum und wie triffts grad den öffentlichen Dienst?**

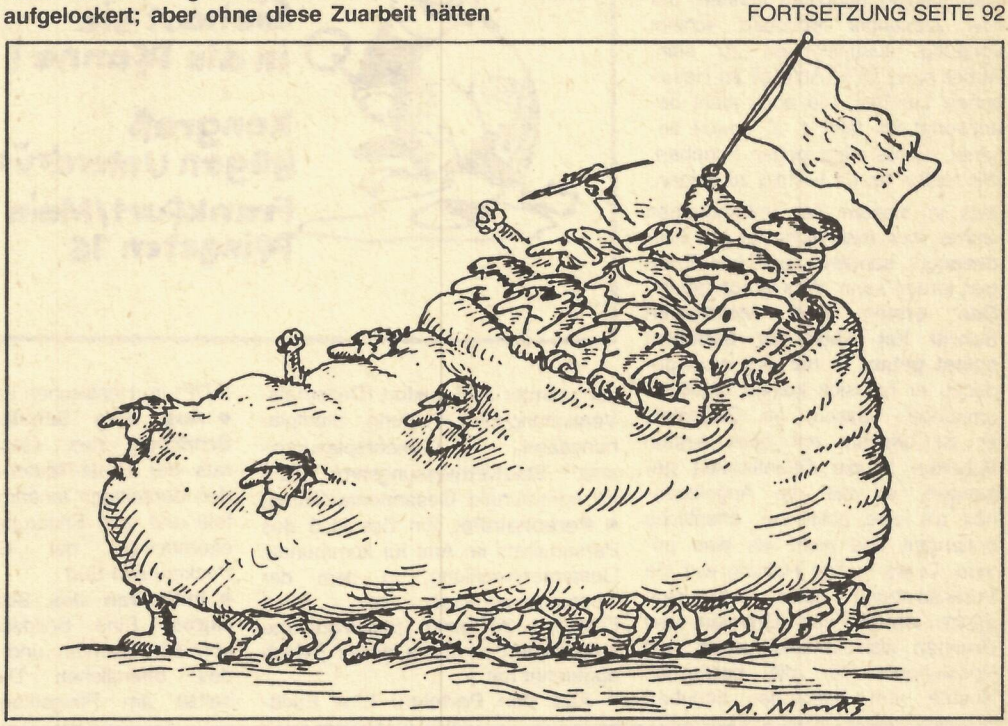
● Text für 6 Sprecher mit juristischen Einlagen ● "Wahlkampflied": Gott schütze unsere Sozialdemokraten

**Fluchtreaktionen**

● 6 Telefonszenen und 3 Abgänge ins politische Abseits

**Widerstand**

● im Fall Alexander Schubart ● im Fall "Gesetz über Nebentätigkeit" ● in der Schule ● Rotarbeit – Rotarbeitsfonds ● Aufruf zur Bildung eines Arbeitsfeldes "Öffentlicher Dienst/Verwaltung"




## Hermann Treusch: **Ein Genosse kämpft**

**Gewidmet: Alexander Schubart, von Freunden und Feinden kurz ASCHU genannt.**

*Liebe Leute, glaubt Ihr bloß,*
*Bei Franz-Joseph ist was los?*
*Na, da irrt Ihr Euch gewaltig,*
*Denn gar schwer und vielgestaltig*
*Ist die Repression gestiegen*
*In den Bundesrepubliken.*
*Darum zeigen wir Euch jetzt,*
*Überall wird schon verhetzt.*

*In dem Frankfurt an dem Maine*
*tat ein Magistratsdirektor das Seine,*
*schrieb mit Reuter-Schule Elternbeirat*
*ein politisches Traktat.*
*Und gab seine Unterschrift*
*zur Resolution, die trifft*
*gegen das Berufsverbot,*
*und fast war*
*er politisch tot.*

*Drum sing ich ein Schubart-Lied*
*auf ein SPD-Mitglied,*
*von Wiesbaden scharf beschossen*
*von CDU und Genossen*
*Sie hielten seine scharfen Texte*
*gegen Berufsverbot für Hetze.*
*Bundesweit tut man sich spreizen,*
*keiner darf mit Worten reizen.*

*Hessen hat ein Beamtengesetz,*
*HGB ist kein Geschwätz,*
*denn da steht in 68*
*wer zu laut denkt, tja, das rächt sich.*
*Denn wer als Beamter „hoch"*
*steht unter ganz speziellem Joch:*
*Zurückhaltung und Mäßigung*
*nimmt ihm den*
*politischen Schwung.*

*Doch der Aschu hatte Glück,*
*denn zum Glück gibts einen Trick:*
*der Staat legt fest, wann Du im Amt*
*politisch sein darfst (nach Feierabend).*

*Drum wars Bielefeld zufrieden,*
*hat die CDU beschieden,*
*daß man alles prüfen wolle,*
*und der Aschu*
*schweigen solle.*

*Rudi selbst und Hessen Süd*
*waren das Gezeter müd,*
*ha'm das schwarze Schaf begnadigt*
*und den Linkskurs schnell begradigt,*
*Doch der rechte Volksmund*
*verlangt von Rudi: „dieser Hund,*
*der in die Hand beißt, die ihn füttert,*
*der muß raus! der etwas wittert!"*

*Laut Hannover 73*
*meint die SPD ergibt sich*
*im Grundgesetz noch mancher Spielraum,*
*weil (und hier kommt dann ein Reim „kaum")*
*die stets garantierte Vielfalt*
*wird bei uns und heute nie alt*
*und auch weiter großer Platz bleibt,*
*und die Reaktion zur Hatz treibt.*

*Drum hat Aschu sich gewehrt*
*und die Jusos schnell bekehrt,*
*daß man denken dürfen wollen*
*und auch mögen sagen solle,*
*wie es jedem garantiert.*
*Und kein Beamter sich mehr ziert,*
*den Maulkorb endlich mal zu lüften,*
*produktiv Unruhe zu stiften.*

*Beamte, geht nicht zu den Mäusen!*
*Sich ducken tut man nur beim Scheißen.*
*Nehmt eF De Ge O beim Wort!*
*Kämpft! Sie ist der letzte Hort!*
*Heiligen Geist gibts nicht nur Pfingsten,*
*In den öffentlichen Diensten*
*wartet Arbeit noch und noch*
*Trotz Erlaß: wir kämpfen doch!*

★

# Erfolgreicher Widerstand

Der Hessische Innenminister Bielefeld und der Frankfurter Oberbürgermeister versuchten, Alexander Schubart (Magistratsdirektor) wegen seiner Teilnahme am Pfingstkongreß und seinem politischen Engagement als stellvertretender Vorsitzender des Elternbeirates an der Ernst-Reuter-Schule an die beamtenrechtliche Kandare zu nehmen (siehe "links" Nr. 81/1976.).

Alexander Schubart wies dieses Ansinnen zurück und trug die Disziplinierungsversuche an die Öffentlichkeit, was ihm wiederum die Androhung von Disziplinarmaßnahmen einbrachte. Daß die Widerstands- und Solidaritätsaktionen bisher erfolgreich waren, soll anhand des Beitrags, der auf der Veranstaltung am 16.12. gehalten wurde, dokumentiert werden:

"Es sieht so aus, als ob wir hier auch von einer **erfolgreichen** Widerstandsaktion berichten können: der Fall Alexander Schubart scheint vorläufig ausgestanden zu sein. Außer einer CDU-Anfrage im Hessischen Landtag, die noch nicht beantwortet ist, läuft z. Z. soweit bekannt, nichts mehr gegen Schubart. Wir halten es für wichtig zu zeigen, was in diesem Fall unternommen wurde, weil man nicht nur aus Niederlagen, sondern auch aus Erfolgen lernen kann. Was wurde getan? **Den ersten und wichtigsten Schritt hat Alexander Schubart selbst getan!** Er hat sich nicht geduckt, er hat sich keinen Maulkorb umhängen lassen, im Gegenteil, er ist offensiv mit allen seinen Schritten in die Öffentlichkeit gegangen, er hat die Angelegenheit als eine politische, öffentliche behandelt und nicht als eine private. Diese mutige Haltung war die Voraussetzung dafür, daß eine ganze Anzahl von Gremien und Gruppen sich in Erklärungen und Resolutionen für die politischen Rechte von Alexander Schubart eingesetzt haben und daß es damit der Bürokratie unmöglich wurde, Alexander Schubart kaltzustellen. Bekannt geworden sind zwischen dem 24. August und 30. September folgende Entschließungen und Resolutionen:

- **Aus dem gewerkschaftlichen Bereich:** Eine Entschließung des Vorstandes der ÖTV-Hauptabteilung "Gemeinden in Frankfurt" und eine Resolution der gemeinsamen ÖTV-Mitgliederversammlung der Planungs- und Vermessungsämter in Frankfurt (Dezernats-Verwaltungsamt Planung, Stadtplanungsamt, Verkehrsplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Amt für kommunale Gesamtentwicklung)
- **Personalräte:** Ein Beschluß des Personalrats im Amt für kommunale Gesamtentwicklung, in dem der Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt zu einer Stellungnahme aufgefordert wird, die dieser jedoch abgelehnt hat
- **Aus den Parteien:** Eine Erklärung des Vorstands der SPD-Betriebsgruppe der Dezernate Planung und Bau, eine Schreiben der Juso-Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Berg/Berkersheim an die Vorsitzenden mehrerer Frankfurter SPD-Ortsvereine; ein Schreiben des Vorstandes des SPD-Ortsvereins Ostend an mehrere SPD-Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk Frankfurt sowie an drei Frankfurter SPD-Landtagsabgeordnete; eine kleine Anfrage der Abgeordneten Holzapfel (SPD) und Weghorn (FDP) im Hessischen Landtag
- **Aus dem Schulbereich:** Ein Schreiben des Gesamtelternbeirats der Ernst-Reuter-Schule I an den derzeitigen Innenminister Bielefeld und eine Erklärung des Schulelternbeirats der Gesamtschule Bockenheim Süd
- **Initiativen des Sozialistischen Büros:** Eine Solidaritätserklärung von 83 Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die selbst am Pfingstkongreß teilgenommen haben, als Anzeige veröffentlicht in der FR und danach auch in "links", sowie eine Flugblattaktion des SB-Frankfurt mit einer Unterschriftensammlung während der Buchmesse

Zur Bewertung des Erfolgs in Sachen Schubart muß man drei Sachen sehen:

1. Schubart ist sicher, verglichen mit der großen Masse der Angestellten und "unteren" Beamten im öffentlichen Dienst, ein Sonderfall: Als Magistratsdirektor und Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD war es für ihn leichter, das Interesse der Öffentlichkeit auf seinen Fall zu lenken und damit auch Widerstand zu mobilisieren.
2. Zugleich aber war dieser Widerstand wichtig auch und gerade für weniger Prominente: Hätte man Alexander Schubart in bekannter Weise maßregeln können, so wäre das zweifellos überall in der Bürokratie als Signal verstanden worden, auf allen Ebenen bei noch viel geringfügigeren Anlässen noch viel schärfer vorzugehen. Der Widerstand im Fall Alexander Schubart ist also auch im Interesse der Kollegen in weniger günstigen Positionen gewesen.
3. Schließlich hat der Widerstand von Alexander Schubart positive Signalwirkung auf der Ebene der Leute in "gehobener Position" im öffentlichen Dienst: Auch für Leute in dieser Position ist es nämlich keineswegs **so** leicht, sich so zu verhalten, wie Alexander Schubart es getan hat. Wie oft hört man: "ich kann mir das in meiner Position nicht leisten", "in meiner Position geht so was nicht", "ich muß hier vor allem die Stellung halten", "ja, wenn ich Straßenbahnschaffner wäre"... All denen, die in dieser Situation sind und Angst haben, hat der Genosse Alexander Schubart Mut gemacht. Er hat gezeigt, daß es auch anders geht und daß man nicht alleine ist.

## Nacharbeit und Selbstreflexion

**Wir haben diesen Bericht zu einem Zeitpunkt geschrieben, zu dem wir unsere eigene "Nachbereitung" noch nicht abgeschlossen hatten. Diese bezieht sich einmal darauf, alle Erfahrungen bei dieser Veranstaltung zu sammeln und so zu notieren, daß sie für spätere Veranstaltungen, auch durch andere Genossen, verwertbar sind. Zu diesem Zweck, d. h. um Erfahrungen und Kritik etwas systematischer auswerten zu können, haben wir zwei Fragebögen verteilt: einen an alle, die in irgendeiner Form an der Vorbereitung beteiligt ware (z. B.: welche Probleme traten bei der Mobilisierung auf?); den anderen an die SB-Genossen und Sympathisanten, die an der Veranstaltung teilgenommen, aber nicht mitgearbeitet haben (Kritik usw.).**

**Die Nacharbeit bezieht sich aber v. a. auf unsere eigenen Erfahrungen in der Vorbereitungsgruppe und mit den anderen Beteiligten und natürlich auf das Ergebnis. Fest steht: für alle war die Erfahrung in der Vorbereitungsgruppe und während der Veranstaltung – trotz vieler Schwierigkeiten und Probleme – eine positive. Und das scheint uns auch politisch nicht belanglos zu sein: Die Frage, wie es möglich ist, Spaß daran zu finden, sich für die eigenen Interessen und für andere einzusetzen und Widerstand zu leisten, kann eine entscheidende sein. Es reicht nicht aus, "das System zu erkennen", die "Sachzwänge" als scheinbare zu analysieren, theoretische Positionen zu erarbeiten (bzw. sich dahinter zu verbarrikadieren); wichtig ist, daß wir dabei in uns und den anderen Genossen, und denen, die es werden können/wollen, die Menschen sehen, die allein es schaffen können – als Menschen und nicht als Apparatschiks –, die politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu überwinden.**

**Aber jenseits dieser positiven Erfahrung gibt es eine Reihe von Fragen, die wir erst stellen, noch nicht beantworten können:**

- **Warum war es so schwierig, Genossinnen und Genossen für die Vorbereitung zu finden, obwohl doch alle "im Prinzip" die Veranstaltung für politisch notwendig hielten? Hat sich an dieser Einstellung durch den "Erfolg" der Veranstaltung etwas geändert? Blockierte die Arbeitsform der Projektgruppe einzelne Genossinnen und Genossen, außerhalb der Gruppe, eigene Aktivitäten zur Vorbereitung der Veranstaltung zu entfalten?**
- **Welche Motivationen waren für die einzelnen Mitglieder der Projektgruppe ausschlaggebend, Zeit und Energie in die Veranstaltung zu stecken, obwohl sie von der politischen Unterdrückung im öffentlichen Dienst nicht direkt betroffen waren? Worin bestand die politische Motivation? Wie können wir unsere politische Identität finden – zwischen partieller persönlicher Betroffenheit, Bedürfnissen, eigenen Erfahrungen und der Notwendigkeit politischer Arbeit? Inwiefern hat die Veranstaltung dazu beigetragen, solche Prozesse zu fördern? Welche Rolle spielte der Spaß am Machen, Erfinden und Phantasieren (Plakate, Texte, Musik, ... General**

FORTSETZUNG SEITE 93

Helmut Ortner

# Linke Alternativen von unten: Gegenpresse in der BRD

Zu den interessantesten, politisch offensivsten Erscheinungen der linken Szene in der BRD gehören die zahlreichen Provinz- und Stadtzeitungen. Mittlerweile gibt es ja schon eine fast institutionalisierte Gegenpresse, die der Gegenöffentlichkeit eine bislang nicht vorhandene Breite verschafft.

Die Betroffenen selbst haben das Wort

Noch 1975 waren Zeitungen dieser Art Einzelerscheinungen, man konnte sie allesamt noch beim Namen nennen. Dies hat sich geändert: Binnen kurzer Zeit sind zahlreiche Zeitungsprojekte entstanden, die eine lokale, oft regionale Öffentlichkeit erreichen. Erst diese Entwicklung hat zum Sammelbegriff "Alternativzeitungen" geführt, die längst nicht mehr nur von Insidern der Linken gemacht und gelesen werden, sondern wo jeder mitarbeiten kann. Hier entfällt die Trennung zwischen Machern und Konsumenten, keine distanzierten Journalistenprofis, sondern die Betroffenen selbst haben das Wort.

Die Zielgruppen der Alternativzeitschriften sind so unterschiedlich wie die Zeitungen selbst. So geben Frauen-, Mieter-, Kinderladen- oder Jugendgruppen eine eigene Zeitung heraus, oder aber es wird nach dem "Leserzeitungs-Konzept" verfahren, wobei eigenständig arbeitende Gruppen gemeinsam eine Zeitung herausgeben und herstellen. Nach dem letztgenannten Modell verfahren derzeit die meisten Stadtzeitungen, was oft eine größere Öffentlichkeit garantiert. Auch die Erscheinungsweise ist unterschiedlich. Einige kommen wöchentlich heraus, andere erscheinen alle vierzehn Tage oder monatlich. Allen an die 100 bestehenden Zeitschriften und Zeitschriftenprojekten ist jedoch vor allem ihre Nicht-Parteigebundenheit gemeinsam. Der "Frankfurter Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten", kurz "ID" genannt, schreibt dazu: "Gegenöffentlichkeit fängt ganz unten an. Gegenöffentlichkeit läßt sich überall und zu jeder Zeit herstellen, ihre Formen und Ausdrucksmittel sind nur durch die Phantasie begrenzt".

## Frankfurter Informationsdienst und Münchner "Blatt" Zwei Beispiele

Der Frankfurter Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten ist wohl das aktuellste und ausführlichste Organ der derzeitigen Gegenpresse. Wöchentlich werden diese "unterbliebenen Nachrichten" veröffentlicht. Hier wird berichtet über neue Aktionen im Betrieb, im Stadtteil, im Ausbildungsbereich, über Justiz, Repression, "Klassenkampf von oben", über Jugendzentren, Frauenbewegung, Ökologie und Bürgerinitiativen, über den Kampf in der Armee und über neue Formen des Widerstands. Dabei bleiben die Nachrichten nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt, regelmäßige Informationen und Berichte über und aus dem Ausland gehören ebenfalls zum festen Bestandteil des Heftes. Der Schwerpunkt liegt bei allen Informationen auf "Basisberichten" und Selbstdarstellungen der eigentlich Betroffenen. Der "ID" richtet sich an politische Gruppen, Zeitungen, linke Journalisten und interessierte Individuen, die für ihren Bereich den "ID" gebrauchen und weiterverbreiten können. Bekannt wurde der Informationsdienst vor allem durch seine Wyhl-Berichte und seine ständigen "Notizen aus Stammheim" zum Stammheimer Prozeß und vor nicht allzu langer Zeit durch die Veröffentlichung von 25 Namen und Anschriften von CIA-Agenten in der Bundesrepublik. Die etwa 20 Leute des Redaktionskollektivs – fast alle arbeiten unbezahlt –, die Woche für Woche annähernd 4000 Exemplare des "ID" drucken, meinen über die Funktion dieser Zeitung: „Der Informationsdienst versteht sich als Baustein für den sozialistischen Nachrichtendienst, dessen Notwendigkeit sich Ende der 60er Jahre deutlich abzeichnete, als sich in Betrieben, Stadtteilen und der Provinz neue Kampfformen gegen die Diktatur des Kapitals entwickelten. Diese Ereignisse und die Erfahrungen daraus mußten und müssen weiterverbreitet werden.

Wir wissen, daß diese Aufgabe von der bürgerlichen Presse ignoriert, unterschlagen wird. Andererseits sind die linken Periodika entweder technisch noch nicht in der Lage, die Gesamtheit dieser Nachrichten rasch zu erfassen und weiterzuleiten, oder sie schließen sich durch ihre absolutistische Haltung („Im Interesse des Volkes die halbe Wahrheit verschweigen") von dieser Möglichkeit aus."

Springers "Bild am Sonntag" sieht dies verständlicherweise etwas anders: "Terroranweisungen gibt es in der Bundesrepublik im Buchhandel zu kaufen, für Interessenten sogar im Abonnement: mit Wissen der Sicherheitsbehörden werden seit zwei Jahren in der Anarchistenzeitschrift "informationsdienst" Tips gegeben, wie man sich zum Beispiel mit Extremisten-Parolen in Live-Sendungen drängeln oder Fahrkartenautomaten knackt..."

Das Münchner "Blatt" gibt es seit drei Jahren. Es wird gemacht von einem Kollektiv von sechs Leuten. Ein Teil lebt davon, zusätzliche feste Mitarbeiter, Helfer und Gruppen unterstützen sie bei der Arbeit, da sie im "Blatt" ein Forum der Gegenöffentlichkeit sehen und es auch als solches verwenden. "Wir Münchner "Blatt"-Leute wollen eine Zeitung von unten machen", heißt es in einem Papier zum politischen Selbstverständnis ihrer Arbeit.

"Wir versuchen, Nachrichten zu vermitteln, die für jeden einzelnen im täglichen Leben praktisch zu verwenden sind:

- billiger bis kostenloser Kleinanzeigenflohmarkt
- Initiativen unterstützen, die nicht von Parteien und Geldgebern getragen werden, sondern in Selbstorganisationen entstehen.
- Meinungen von gesellschaftlich alternativen Gruppen möglichst authentisch in Form von Selbstdarstellungen und Dokumenten wiederzugeben, ohne sie nach eigener Fasson aufzumotzen oder einzufärben.
- Stellung beziehen zu Themen, die von Massenmedien für nicht so wichtig erachtet, unterdrückt oder verzerrt wiedergegeben werden ("Selbst"Morde im Knast, Übergriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, neue Gesetzesentwürfe wie die Todesschußbestimmung, Maulkorbgesetze, Gewerkschaftspolitik).
- Zeigen, daß Widerstand gegen staatliche Unterdrückungsmaßnahmen und Einschränkungen der Freiheitsrechte möglich sind.

Was in die Zeitung reinkommt, bestimmt eine (vorerst) halböffentliche Redaktionskonferenz,

---

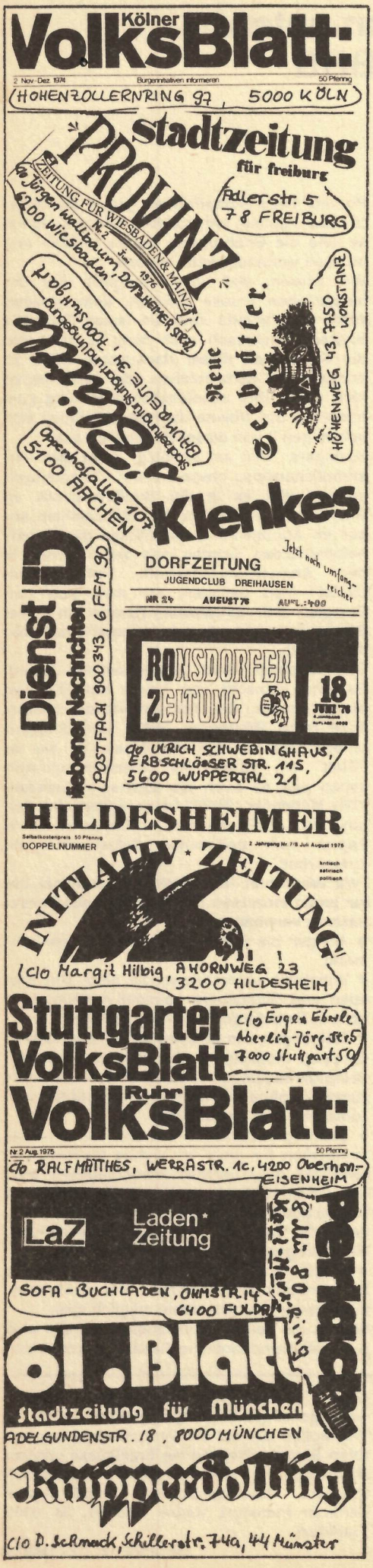
FORTSETZUNG VON SEITE 92

probe, ...)?

- Fördert die Zusammenarbeit mit "Profis" (Theater, Musik) die Entwicklung neuer politischer Ausdrucksformen oder behindert sie die Spontaneität der Selbstdarstellung? War die von uns benutzte Darstellungsform wirklich die richtige? Wie kann verhindert werden, daß der Teilnehmer einer solchen Veranstaltung Konsument wird und bleibt? (Wir haben diesmal keine bessere Lösung gefunden, als für Mitte Januar eine Diskussionsveranstaltung zum gleichen Thema anzukündigen.)
- Worin besteht der politische "Erfolg" über den SB-Rahmen hinaus? (Immerhin waren die Teilnehmer offensichtlich für linke Veranstaltungen nicht "typisch" bzw. es waren nicht ausschließlich Studenten.) Welche weitergehenden Wirkungen gibt es?

Wir wollen die für die Veranstaltung erarbeiteten Sprechtexte und die Ergebnisse unserer Nacharbeit in einer Broschüre zugänglich machen. Kontaktadresse: Sozialistisches Zentrum Frankfurt, Kleine Hochstr. 28, 6000 Frankfurt.

GRUPPE 16. DEZEMBER




die sich aus dem "Blatt"-Kollektiv, den Mitarbeitern und den jeweiligen Artikelschreibern zusammensetzt."

## Netz der Gegenöffentlichkeit

Mittlerweile gibt es eine ganze Reihe solcher lokaler Stadtzeitungen, die im Eigenvertrieb, über Kioske, Buchläden, Theater, Kinos, Kneipen, an Hochschulen und per Handverkauf auf der Straße unter die Leute gebracht werden. Die Auflagenzahlen sind dabei teilweise beträchtlich.
So erscheint die Frankfurter Stadtillustrierte "Hauptwache" derzeit in einer Auflage von 5000, in Köln wird das "Volksblatt" über 6000 mal verkauft, und das Münchner "Blatt" kommt gar mit über 10 000 Exemplaren alle 14 Tage an die Öffentlichkeit. Auch die übrigen Alternativzeitschriften stellen steigende Leserzahlen fest. Zwar haben die Burdas, Bauers und Springers wohl auch in Zukunft nicht um ihre Monopolstellung auf dem "Zeitungsmarkt" zu bangen, dennoch: 10 000 Münchner "Blatt"-Leser signalisieren eine alternative Öffentlichkeit.
In anderen Ländern gibt es bereits ein entwickeltes Netz der Gegenöffentlichkeit. In Frankreich hat sich die Tageszeitung "Libération" durchgesetzt, in Zürich braucht man nur die richtige Nummer zu wählen, und man hört die neuesten Gegennachrichten aus der "Telefonziitig". In England, Schweden und Holland gibt es eine ganze Reihe illegaler Radiostationen, die mit ihren Sendungen mehr Leute erreichen, als es je eine Zeitung könnte. Beim Londoner "Radio Concord" sind es potentiell elf Millionen, die neben unbekannter neuer Musik und Features auch alternative Maklernachrichten hören können – z. B. über leerstehende und somit besetzungsreife Häuser.

## Zeitungsprojekte arbeiten zusammen

Angesichts der stets wachsenden Zahl alternativer Zeitungsprojekte entstand das Bedürfnis, die bis dahin eher sporadischen Kontakte untereinander zu verbessern und eine engere Zusammenarbeit anzustrengen. Damit verbunden ist jedoch keineswegs die Autonomie der einzelnen Projekte, sondern es geht vielmehr u. a. darum, sich gegenseitig zu unterstützen. Auf den ersten Treffen in Aachen und Kassel diskutierten die Gruppen und Redaktionskollektive erste Schritte in diese Richtung.
Beschlossen wurden dort u. a.:

- Regelmäßige Vollversammlungen

Drei- bis viermal im Jahr treffen sich Delegierte, wobei unklar war, ob die Zahl der Teilnehmer je Zeitung beschränkt werden soll oder nicht; dafür spricht die größere Arbeitsfähigkeit, dagegen die Monopolisierung von Kontakten.

- Unterstützungsprogramm innerhalb der Alternativpresse

1) Solidaritätsnachdruck: Wird die Ausgabe einer Zeitung beschlagnahmt, oder ergreift die Justiz andere Zensurmaßnahmen, sollen die anderen Alternativzeitungen über diesen Vorfall berichten. Die betroffene Zeitung stellt dafür zur Verfügung:
– den/das Artikel/Bild des Anstoßes,
– eine Kopie des entsprechenden Erlasses/Verfügung,
– eine Erklärung oder einen Artikel zu dem Vorfall.
Damit soll verhindert werden, daß die Zen-

surschwelle Stück für Stück weiter nach unten geschoben wird, indem an einzelnen Zeitungen Exempel statuiert werden.
2) Solidaritätsfonds: Aus Erfahrungen z. B. des Münchner "Blatt" wissen wir, wieviel Geld die juristischen Auseinandersetzungen kosten. Angesichts der meist nicht so guten Finanzlage der Alternativzeitungen können solche Kosten zum Ruin führen. Um dem entgegenzuwirken, gilt im Moment als Vorschlag: jedes Projekt zahlt mindestens zehn Mark im Monat auf ein Konto.

- Zusammenarbeit im Fall wichtiger Ereignisse und Kampagnen

Die Produktivkraft der Alternativ-Presse wirkt sich erst dann aus, wenn es gelingt, zum gleichen Zeitpunkt (annähernd) das gleiche Thema zu behandeln. Dabei dreht es

sich darum, daß wir uns einigen, ein bestimmtes Ereignis zu behandeln, jede Zeitung aber in der ihr möglichen bzw. wünschenswerten Weise. Also kein für alle verbindlicher Manteltext.
Bei Kampagnen und ähnlichem soll eine Zeitung für den entsprechenden Zeitraum koordinierende Funktion erhalten. Das kann sich richten nach Ausmaß der Vorarbeit, aktive Rolle in dieser Kampagne, geographisch-lokal gutem Bezug usw.

★

Albrecht Funk

# Verschärfte Gewaltanwendung und kein Ende?

Innerhalb der Diskussion der Linken um Repression in der BRD läßt sich wieder einmal eine Verschiebung der Aufmerksamkeit feststellen. Nicht mehr nur die schon fast alltäglich gewordenen Fälle von Berufsverboten werden als herausragende Symptome staatlicher Repression diskutiert. Vielmehr werden die Folgen des Extremistenerlasses und die immer feiner werdenden Methoden der Gesinnungsüberprüfung nur noch als Unterpunkte innerhalb des Maßnahmefächers begriffen, der unter dem Schlagwort der Erhaltung innerer Sicherheit und der Durchsetzung von Recht und Ordnung ausgebreitet wird.

Gleichzeitig wird die Vorgehensweise von Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz nicht nur in der Linken, sondern auch in vielen liberalen Zeitungen diskutiert und kritisiert. Die Sicherung der Baustelle in Brokdorf, die Entfernung des nach Ansicht von Filbinger und Schieß in Wyhl zu lasch vorgegangenen polizeilichen Leiters aus seinem Amt und die breite Anwendung sogenannter präventiver Kontrollmechanismen, wie die Ingewahrsamnahme eines unliebsamen Flugblattverteilers über einen Tag lang (Frankfurt), die erkennungsdienstliche Behandlung von Besuchern einer Universitätsversammlung (München), die Beschattung und Bespitzelung selbst von kirchlichen Veranstaltungen durch den Verfassungsschutz (Niedersachsen) zeigen denn auch deutlich, daß es nicht nur um die Freihaltung des Staates von unliebsamen Beamten geht, sondern um die Erzwingung von Verhaltenskonformität in der Gesellschaft insgesamt.

Die Veränderungen im faktischen Verhalten und Vorgehen des innerstaatlichen Gewaltapparates lassen sich nicht nur als Einzelfälle oder individuelle Willkürakte abtun. Dies zeigt gerade der Versuch der Exekutive, die Polizei selbst wieder zu einer fügsamen und in allen Einsatzfällen Gewehr bei Fuß stehenden Truppe zu machen. Dies spiegelt sich deutlich in dem von den Innenministern in Auftrag gegebenen "Gutachten" über das Berufsbild der Vollzugspolizei wider, in dem auf die notwendige Herrschaftsfunktion der Polizei hingewiesen wird und alle Reformversuche, wie sie etwa von der Gewerkschaft der Polizei vorgeschlagen wurden, als Schwächung der Polizei in ihrer eigentlichen Funktion, der gewaltmäßigen Erzwingung von Gehorsam, schroff abgelehnt werden. Auch die Innenminister lassen keinen Anlaß aus, um zu betonen, daß Reformen in der Polizei (BGS etc.) nicht auf der Ebene ihrer sozialen Funktion und der internen Polizeistrukturen (Hierarchie, Befehlsstruktur etc.) erfolgen können, sondern nur in Hinblick auf Bewaffnung, Schlagkraft und Effizienz des Apparates. Die innerhalb der Polizei durchaus anzutreffenden Symptome der Unzufriedenheit werden vor allem mit einer Verstärkung des formal-militärischen Drucks beantwortet. So ist es keineswegs untypisch, daß in verschiedenen Bundesländern selbst noch sogenanntes "individuelles Fehlverhalten" von Polizisten (Alkohol im Dienst, schlampige Kleidung, lange Haare, Diebstahl, nicht jedoch zu brutales Vorgehen auf Revieren, im Einsatz etc.) gemeinsam mit der sonst so polizeifreundlichen Springerpresse zu Zucht- und Ordnungskampagnen in der Polizei umfunktioniert werden (typisch etwa Schwarz-Erlaß in Rheinland-Pfalz, ähnlich Berlin).

Die hier angesprochene Rückkehr zu alten – vor der Reformperiode Ende der sechziger Jahre durchaus schon üblichen – Methoden staatlicher Zwangsausbildung und die Versuche, die Polizei am alten militärisch-hierarchischen Modell auszurichten, sind selbst nur Ausdruck der insgesamt auf rechtlicher, organisatorischer und ideologischer Ebene betriebenen Erweiterung der staatlichen Zugriffsmöglichkeiten gegenüber den zu inneren Feinden erklärten Gruppen und Individuen. Diese erweiterten Zugriffsmöglichkeiten werden innerhalb der Debatte um Innere Sicherheit hinter der Formel der notwendigen "Steigerung der Effektivität" des staatlichen Zwangsapparates versteckt.

Einer Effektivitätssteigerung durch verschärftes Durchgreifen der Polizei, durch Zentralisierung und Ausbau des Apparates, mittels Technisierung und verbesserter finanzieller Ausstattung sind aber enge Grenzen gesetzt. Für den Gewaltapparat ist deshalb der "kostenlose" Abbau von Grundrechten der zentrale Hebel zur Steigerung der Effektivität, indem unbestimmte bzw. der polizeilichen Interpretation offene rechtliche Normierungen potentiell einen beliebigen Zugriff auf den einzelnen Bürger erlauben, wenn auch in der Realität keineswegs alle gleich betroffen sind (etwa von Hausdurchsuchungen, Überwachungen etc.).

Eines der Merkmale der neueren Entwicklung ist es, daß die Sicherheitsapparate selbst in zunehmendem Maße die rechtlichen Normierungen unter ihrem Effektivitätskalkül neu definieren. Der ursprüngliche Sinn dieser rechtlichen Regulierungen, nämlich Ausgangspunkt und Schranke für das Handeln des staatlichen Zwangsapparates zu sein, geht verloren. So versuchen etwa Polizei und Innenministerium, durch eine Vereinheitlichung der verschiedenen Polizeigesetze (im Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz), die verfassungsrechtlichen Beschränkungen der staatlichen Gewalt weiter zu lockern (insbesondere bei den Bestimmungen zur Durchsuchung von Wohnungen §§ 17-19 und zum Schußwaffengebrauch). Darüber hinaus will die Exekutive über die Neufassung des Polizeirechts Parlamente und Justiz zwingen, andere Rechtsbereiche an diese neuen polizeilichen Bestimmungen anzupassen. Indem etwa im Musterentwurf die Bestimmungen zur erkennungsdienstlichen Behandlung und über die Vorführung von Personen zur Vernehmung durch die Polizei in einer solchen Weise neu definiert sind, daß sie im klaren Widerspruch zur Strafprozeßordnung stehen, wird praktisch für den Fall der Verabschiedung des Musterentwurfes eine Novellierung der Strafprozeßordnung erzwungen.

Die gleiche Tendenz zeigt sich auch bei dem Versuch, über die Hintertür des Polizeirechts dem Ziel näherzukommen, den Straftatbestand der Teilnahme an einer gewalttätigen Demonstration wieder einzuführen. Polizeiführung (insbesondere der Frankfurter Polizeipräsident Müller), ehemalige Bundesanwälte (Martin, der Vorgänger von Buback) und Politiker wie Schwarz beklagten schon seit langem die 1970 vorgenommene Liberalisierung des Demonstrationsstrafrechtes. Insbesondere vermißten sie die Möglichkeit, wie früher alle Demonstrationsteilnehmer bei etwaigen Gewalttätigkeiten (worunter auch ein Sitzstreik gegen Straßenbahnen oder das "feindselige" Vorrücken gegen eine polizeiliche Absperrung gerechnet wird) wegen Landfriedensbruch verantwortlich machen zu können, gleich ob den einzelnen Teilnehmern individuell gewalttätige Handlungen nachgewiesen werden konnten oder nicht.

Die "neue Qualität" des Paragraphen, der den Schußwaffengebrauch gegen Menschenmengen regelt, besteht nun genau darin, daß wiederum alle Demonstranten zu 'Kollektivtätern' erhoben werden. Zwar heißt es im ersten Absatz scheinbar eindeutig, daß Schußwaffen gegen eine Menschenmenge nicht gebraucht werden dürfen, wenn dabei erkennbar Unbeteiligte gefährdet werden. Im zweiten Absatz heißt es dann aber, daß unbeteiligt nicht ist, wer sich nach der polizeilichen Aufforderung, sich zu zerstreuen, weiterhin in einer gewalttätigen Menschenmenge aufhält. Der einzige Unterschied ist vorläufig nur der, daß nach dem Polizeirecht in Zukunft wieder jeder Demonstrant als Beteiligter an den Gewalttaten gilt und im Zweifelsfall auch erschossen werden kann; auch wenn die bloße Teilnahme vorläufig noch nicht strafbar ist.

Ähnliche Tendenzen ließen sich auch für die Verfassungsschutzgesetze zeigen, bei deren Vereinheitlichung vom Schutz der Freiheitsrechte kaum, um so mehr aber von der unabdingbaren Notwendigkeit der Erhöhung des behördlichen Bewegungsspielraumes die Rede war.Schließlich sind in diesem Zusammenhang auch das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft zu erwähnen, die bei der Neudefinierung der Verfahrensregeln im Strafprozeß (angefangen von der Vorbeugehaft bis zum Verteidigerausschluß) praktisch zum Ersatzgesetzgeber geworden sind.

Das verschärfte Durchgreifen der Polizei und die Versuche, ihre Befugnisse in dem angestrebten Polizeigesetz zu erweitern, sind insgesamt – bezieht man die Änderungen beim Strafverfahren, die Versuche zur Verschärfung des Strafmaßes (siehe die Vorschläge der CDU/CSU in Sachen kriminelle

Vereinigung) und der Verschärfung der Haftbedingungen ein – nur ein Glied in der allgemeinen Konzeption "innerer Sicherheit". Doch kommt dem Gewaltapparat innerhalb der allgemeinen Sicherheitsdebatte eine Sonderrolle zu, da er die angeblichen Feinde, die "Fronten" der Bedrohung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, immer schon selbst vorformuliert und mit der Beschwörung der Gefahr die Verstärkung der eigenen Effektivität fordert.

Wer als Terrorist zu gelten hat, steht schon lange vor jeder Gerichtsverhandlung fest, und wer zu dem Dunstkreis, dem Nährboden, der Szene etc. gehört, kann sich gegen diesen Verdacht auch nicht wehren. BKA-Chef Herold entdeckt nun sogar, daß "Mitglieder linksextremer Randgruppen.. (neuerlich)... terroristische Aktionen unterstützen oder gar selbst durchführen" und denunziert vorsorglich alle Befürchtungen "in den oberen geistigen Rängen des Auslandes" über polizeistaatliche Tendenzen in der BRD auch als Produkt einer "aus der Szene genährte(n) Verleumdung" (Die Polizei, 12/1976). Es sind denn auch weniger die Terroristen selbst denn das "zunehmend gefährlicher werdende Umfeld" (Herold), mit dem eine Steigerung der repressiven Effizienz gefordert wird und die von den Parteien ohne jede verfassungsrechtliche Skrupel zugestanden wird, ganz nach dem Motto von Schwarz, der in einem Spiegelinterview sagte: "Ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben der Politik, daß sie notwendiges polizeiliches Handeln legalisiert und den Polizisten nicht zwingt, Tricks anzuwenden" (Nr. 32/1976). Die Erfahrung der scheinbar kaum begrenzten Kraft des Sicherheitsapparates, einzelne Individuen wie ganze Gruppen der Gesellschaft abstempeln zu können, wie die Erkenntnis, daß die Polizei in ihrer Funktion "als Drohgebärde des Staates" (Polizeipräsident Schreiber, München) nicht nur immer bedrohlicher wird, sondern auch hart zuschlägt, hat in weiten Kreisen der Linken ein gefährliches Gefühl der Ohnmacht erzeugt. Die Rede vom Polizeistaat, vom neuen Faschismus, der umfassenden präventiven Konterrevolution, die alle überwacht und alle Aufmuckenden bestraft, ist in vielerlei Form in Diskussionen über die Lage in der Bundesrepublik anzutreffen (etwa auf dem Frankfurter Pfingstkongreß). Gefährlich ist dieses Gefühl der Ohnmacht nicht nur dort, wo es zu Starrheit und Nichtstun führt und den Kampf um wichtige materielle Rechtspositionen gar nicht aufnehmen läßt; Rechtspositionen, die aber eine Voraussetzung dafür bilden, gesellschaftliche Interessen zu wahren und durchzusetzen. Das Gefühl der Ohnmacht wird auch dort zur Gefahr, wo es in die Vorstellung umschlägt, daß nur die "direkte Aktion" übrigbleibe.

Demgegenüber gilt es zunächst daran festzuhalten, daß das Bewußtsein einer "zunehmenden Verschärfung" allerorts und überall die geschichtliche Entwicklung und die historisch abgelaufenen Kämpfe und Konflikte der Arbeiterklasse kaum in sich aufgenommen hat. Was aktuell als Zunahme erfahren wird, ist selbst nur die Rücknahme der wenigen und zögernden Versuche einer Zivilisierung des polizeilichen Einsatzes, wie sie sich Ende der sechziger Jahre herausgebildet haben (neue Demonstrationstaktiken, Liberalisierung des Strafrechts, Diskussionskommandos der Polizei etc.). Man braucht nicht einmal auf die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung im Faschismus zu verweisen, sondern nur die fünfziger Jahre näher zu betrachten, um nicht alle "Verschärfungen" als neue Qualität zu kennzeichnen. Die Anwendung von Schußwaffen gegen Menschenmassen (Demonstration, Essen 1952), die Ausbürgerung aller "Kommunisten", für die große Teile des normal geltenden Rechts nicht galten, die Streikübungen des BGS, die sogar den Protest des DGB provozierten (1956) und die zum Teil noch offen vorhandenen faschistoiden Äußerungen von Polizeioffizieren seien hier nur als Beispiel genannt. Nur wenn man diese repressive Tradition nicht unterschlägt, lassen sich die zweifellos vorhandenen Unterschiede in der heutigen Entwicklung (etwa Totalisierung des Feindverdachtes, Verstärkung der präventiven Kontrollmechanismen) analytisch einordnen und strategisch einschätzen.

Ohnmachtsgefühle und die daraus folgende Propagierung der direkten Aktion sind bloßer Reflex auf die einzige "gesellschaftliche" Strategie des staatlichen Gewaltapparates: des Versuches der Vereinzelung, des Anden-Rand-Drängens, der Isolierung der potentiell als Feind erkannten Gruppen und Bewegungen. Diese repressive Strategie stößt aber dort an Grenzen, wo der Abbau einzel-

FORTSETZUNG SEITE 97

## Yaak Karsunke: **Am Beispiel Peter Paul Zahl**

P. P. Zahl ist in erster Instanz im Mai 1974 wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Er wurde, weil dies der Staatsanwaltschaft nicht hoch genug war, auf deren Revision am 12.3.1976 wegen zweifachen Mordes in Tateinheit mit besonders schwerem Widerstand zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

In der Urteilsbegründung heißt es: "Der Angeklagte ist von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen und setzt sich äußerst intolerant und rücksichtslos über alle geltenden, seiner Auffassung nach unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg... Auch die über 3 Jahre andauernde Untersuchungshaft hat auf den Angeklagten bisher keinen Eindruck gemacht... Die Schwere der Tat und die Persönlichkeit des Angeklagten erforderten daher die Verhängung einer langen Freiheitsstrafe, wobei im Vordergrund die spezielle Abschreckung des Angeklagten und die Sicherung der Allgemeinheit vor diesem Angeklagten stand."

Über die Persönlichkeit von P. P. Zahl geben 3 Gedichte Auskunft, die ich hier verlesen will. Zwei dieser Gedichte sind nach dem Urteil geschrieben worden und zeigen, wie man sich durch Terror trotzdem nicht kaputtmachen läßt. Das können wir von P.P. Zahl lernen.

## p. p. zahl: **februarsonne**

*die pritsche schräg*
*vor's fenster stellen*

*sich auf sie legen*
*auf den rücken*

*den kopf*
*gleichmäßig drehen*

*sonst machen die gitter*
*muster im gesicht*

*manchmal streicht*
*etwas wind*
*über meine geschlossenen*
*augen*

*ich stelle mir vor*
*es waren deine finger*

*sacht streicht der wind*
*und sacht denk ich mir*
*deine finger*

*denn stärker*
*könnte ich das nicht*
*ertragen.*

## im namen des volkes

*am 24.mai 1974*
*verurteilte mich*
*das volk*
*— drei richter*
*und sechs geschworene —*

*zu vier jahren*
*freiheitsentzug*

*am 12. marz 1976*
*verurteilte*
*mich das volk*

*— nach der reform*
*nur noch drei richter*
*und zwei geschworene —*

*in gleicher sache*
*zu funfzehn jahren*
*freiheitsentzug*

*ich finde*
*das sollen*
*die volker*
*unter sich ausmachen*

*und mich*
*da rauslassen*

## singin' the blues

*kommt bessie inne zelle*
*setzt sich breitbeinig*
*auffe pritsche*

*mit ihren 220 pfund oder mehr*
*wischt sich schweiß vonn stirn*
*lächelt mir zu*

*langt untern rock holt ein*
*klavier drunter vor*
*mit nem bier oben drauf*

*und so'n alten specknacken*
*von pianisten bis anne ohren*
*voll mit boogie-woogie*

*holt tief luft*
*und fangt an*

*und holt tief luft*
*und fangt an*

*o mann*

*fur mich*
*ganz alleine*

Joachim Hirsch

# "Selbstrepression" und Widerstand an den Hochschulen

Wenn die Hochschulen in der letzten Zeit nicht mehr so deutlich im Zentrum der Berufsverbotspraxis zu stehen scheinen, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß die Zustände dort liberaler geworden wären. Nach wie vor bildet die repressive Gewährleistung ideologischer Massenintegration im Schul- und Hochschulbereich einen zentralen Eckpfeiler politischer Herrschaftssicherung (vgl. dazu "Krise der Massenintegration" in "links" Nr.81). Aber inzwischen deutet einiges darauf hin, daß die offenen Konflikte innerhalb der Hochschulen und zwischen Hochschulen und Staatsapparat deshalb weniger spektakulär geworden sind, weil sich die Tendenzen zur internen Vorwegnahme staatsadministrativer Eingriffe verstärkt haben. Dies gilt sowohl für Gremienbeschlüsse wie etwa die Erstellung von Berufungslisten, auf denen aus "realpolitischen" Gründen vom Berufsverbot Bedrohte schon gar nicht mehr erscheinen, bis hin zu vielfältigen individuellen Verhaltensweisen – etwas mehr Vorsicht bei dem, was man sagt oder schreibt, welche Resolution man noch unterzeichnet, welchen hochschulpolitischen Konflikt man noch wagt usf. Die schon länger drängende Frage, weshalb der Widerstand gegen politische Repression an den Hochschulen angesichts der doch nicht ganz so geringen Zahl von Liberalen und Linken verhältnismäßig schwach war, muß in diesem Zusammenhang behandelt werden: es geht um das sich verstärkende Ineinandergreifen von staatlicher Unterdrückung und faktischer Selbstrepression, das nicht auf die Hochschulen beschränkt ist, hier aber eine besondere Bedeutung hat.

Das hier zu diesem Problem Gesagte erfüllt nicht den Anspruch einer gesicherten Analyse. Grundlage und Ausgangspunkt sind subjektive Erfahrungen eines "Lehrenden" und ein erster Versuch, sie in einen Begründungszusammenhang zu bringen. Nicht zuletzt deshalb wäre es erforderlich, mit einer breiteren Diskussion über den ganzen Problemkomplex zu beginnen. Daß es allerdings dringlich ist, die Ursachen von "Selbstrepression", von Angst und der Unfähigkeit zu solidarischem Widerstand ernsthaft zu diskutieren, erscheint unbestreitbar.

Für die heutige politische Situation an den Hochschulen ist der Zerfall der Studentenbewegung von entscheidender Bedeutung. Genau genommen ist dieser "Zerfall" Bestandteil einer radikalen Umstrukturierung der Hochschulen, die in den letzten Jahren administrativ durchgesetzt wurde: Ausweitung der Studentenzahlen mit den damit verbundenen Veränderungen der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft, Numerus Clausus, Studienreglementierung, Verschlechterung der materiellen Lage u.a.m. Bemerkenswert ist, daß die Hochschulen im Zuge dieser Entwicklung zu einer massenhaft berufsqualifizierenden Institution ausgebaut wurden, während sich gleichzeitig mit wachsender allgemeiner Arbeitslosigkeit auch die Berufsaussichten der Hochschulabsolventen dramatisch verschlechterten. Die Hochschulen sind dadurch weniger denn je in der Lage, ihren Studenten gesicherte berufliche "Marktchancen" zu vermitteln. Zusammen mit der Tatsache, daß die Studentenbewegung und die durch sie eingeleiteten politischen Auseinandersetzungen um die Universitäten die sorgsam gepflegten Weihen der alten Akademie einigermaßen gründlich weggeblasen haben, resultiert daraus eine wohl recht tiefgehende Desillusionierung der Studenten in bezug auf die Institution, deren Riten und Zwängen sie für einige Jahre unterworfen sind. Entmystifizierung des "Wissenschaftsbetriebs", verschärfter Anpassungs- und Leistungsdruck, das Scheitern emanzipativer

---

FORTSETZUNG VON SEITE 96

ner Rechtspositionen nicht bloß als "Terroristen-", "Studentendemonstrations-", "Ausländer-" oder "Kriminellengesetze" hingenommen wird, sondern der materielle Kern dieser Rechte für die Inanspruchnahme der eigenen Interessen (etwa Streik) gesehen und verteidigt wird.

Natürlich wäre es falsch, die Möglichkeiten, durch Repression ganze gesellschaftliche Bewegungen unterdrücken und zerstören zu können, nicht ernst nehmen zu wollen. Aber alle Konzepte, die mit Schlagworten wie neuer Faschismus, präventive Konterrevolution etc. suggerieren, die Zugriffsmöglichkeiten des Staatsapparates in der Bundesrepublik seien total und umfassend, bzw. der Kampf um Verfassungspositionen sei Unsinn, weil doch nur noch das Faustrecht gelte, unterschlagen, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik keineswegs in ihrer Gesamtheit nur noch mittels staatlichen Zwangs zusammengehalten wird. Dort wo sich das Problem so stellt – und dies zeigen auch die Angstvorstellungen der Sicherheitsexperten wie Nollau, Schwarz etc. deutlich –, wird die Lage kritisch, weil eine breite und tiefe gesellschaftliche Konfrontation mittels Gewalt nie sicher zugunsten des bestehenden Herrschaftssystems entschieden werden kann.

Wichtiger als Spekulationen über solche gesellschaftlichen Konfrontationen, die sich auch bürgerliche Sicherheitsexperten selten anders als typische Barrikadenkämpfe vorstellen können, ist der Versuch, den Legitimationszirkel zwischen staatlicher Sicherheitsdefinition und den real vorhandenen Unsicherheitsgefühlen in der Gesellschaft aufzubrechen. Hier zeigen sich auch einige erfreuliche Ansatzpunkte, etwa bei der Debatte um den Musterentwurf, der Kritik am Vorgehen der Polizei im Druckerstreik, den Einsätzen in Brokdorf etc. An diesen Ereignissen wird auch für Teile der Gewerkschaften, Linksliberale und Teilnehmer an Bürgerinitiativen deutlich, daß die staatliche Definition von Sicherheit nicht die real vorhandenen Ängste auffängt – sei es um die Erhaltung der sozialen Sicherheit, der Arbeitsplätze, der Renten etc., ja noch nicht einmal der Angst, einem Gewaltverbrecher zum Opfer zu fallen –, sondern nur einer Bewegung für die Durchsetzung einer starken staatlichen Ordnung dient. An diesem Punkt wird auch deutlich, daß die allgemein formulierten Maßnahmegesetze nicht nur die Linke treffen, wie es Verfassungsschutz und Innenminister versichern, sondern auch alle anderen in dem Augenblick, in dem sie ihre Interessen auch außerhalb des erlaubten Parteienkartells zu formulieren und durchzusetzen versuchen.

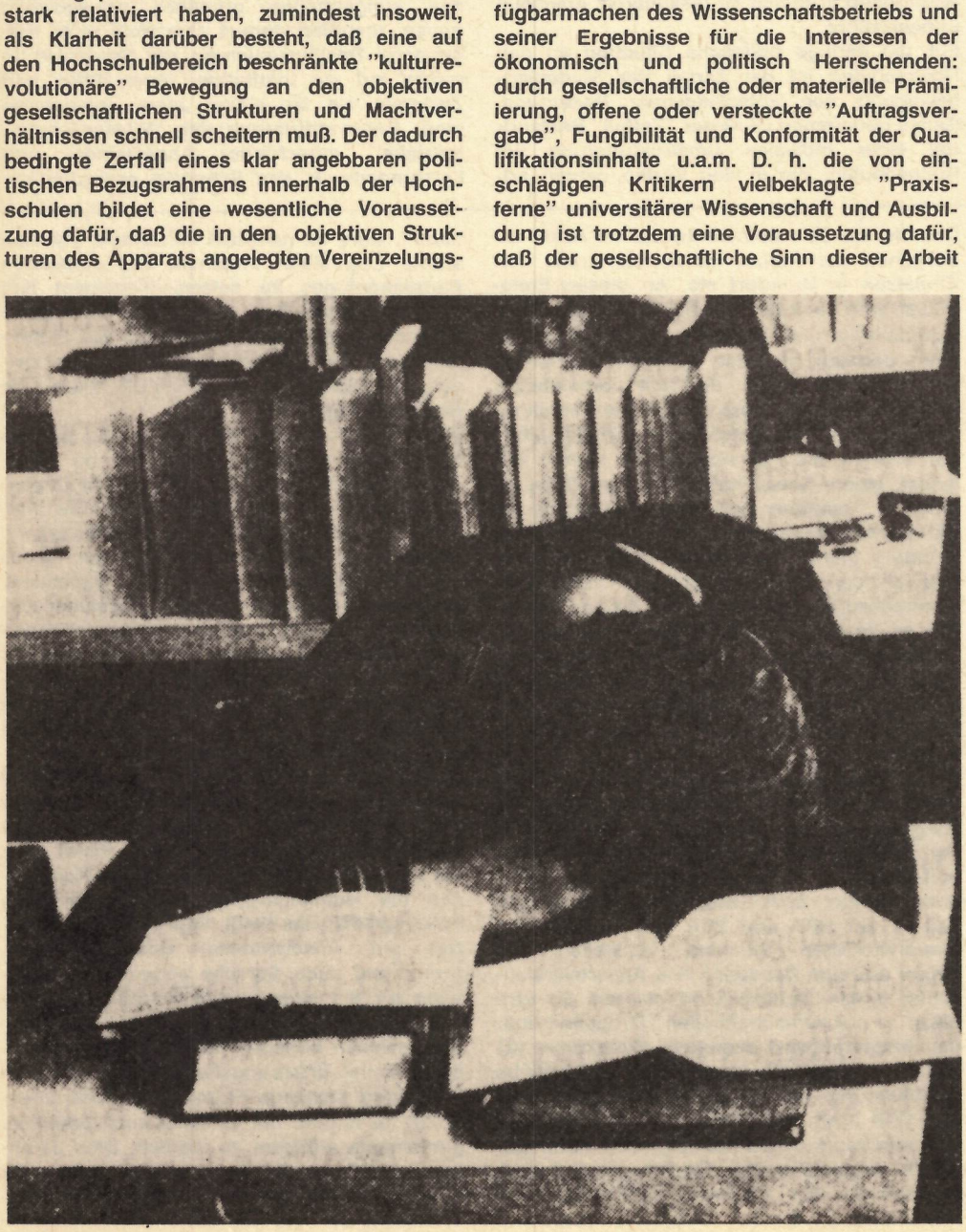
Die Ansätze sind gewiß noch nicht so breit, daß man von einer gesellschaftlichen Bewegung gegen die "Law and Order-Parolen" von Dregger, Strauß und Schwarz, aber auch von Maihofer, Neubauer und Schmidt sprechen könnte. Zwar lassen sich seit einiger Zeit in der SPD und FDP und auch in den Gewerkschaften Stimmen feststellen, die gegen einzelne Bausteine des Allparteienkonzepts: Innere Sicherheit opponieren. So wird etwa in gewerkschaftlichen Gruppen über den Musterentwurf diskutiert. Steinkühler (IG Metall) protestierte gegen die polizeiliche Beobachtung von Tarifverhandlungen. Teile der FDP und SPD haben sich gegen den Musterentwurf in der vorliegenden Form gewandt. Angesichts der Tatsache, daß Sozialdemokraten wie Neubauer maßgebend die Ausarbeitung dieses Entwurfes bestimmt haben, wäre es natürlich illusorisch, auf eine starke Opposition innerhalb des etablierten Parteiengefüges zu setzen. Insgesamt läßt sich aber feststellen, daß von einem Aufbrechen der einheitlichen Konzeption von Sicherheit trotz der vorhandenen Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD/FDP kaum die Rede sein kann.

Verhängnisvoll wäre es aber m. E., hieraus den Schluß ziehen zu wollen, als ob "wirksame" Opposition nur in einer linken Gegenöffentlichkeit zu organisieren wäre. Die Vielzahl von Veranstaltungen zu "Bullenterror", "Polizeistaat" etc., in denen doch nur aktionistische Verhaltensweisen oder Ohnmachtverhalten hergestellt wurden, sprechen dagegen. In kaum einer der Veranstaltungen wird nämlich überhaupt die Frage gestellt, inwieweit und wo unterhalb der institutionalisierten Parteienebene Ansätze zur Kritik – wie sie oben skizziert wurden – sichtbar werden und in welcher Form man sich darauf beziehen kann und Bezug nehmen auf solche Ansätze – wie etwa auf die Initiative gegen den Musterentwurf in Niedersachsen (mit einem ehemaligen Oberst im Vorstand) oder auf die in Vorbereitung befindlichen Kampagnen der Humanistischen Union gegen das Polizeigesetz. Das heißt natürlich nicht, in bezug auf Ansatzpunkte, Erfahrungshintergrund und auch Sprache andersartige Initiativen für die eigene linke Betroffenheit oder gar "Organisation" zu reklamieren. Sich darauf beziehen bedeutet dabei vor allem, unterschiedliche Erfahrungshintergründe etc., in Rechnung stellende Formen der Zusammenarbeit zu finden, die es dann auch erlauben, gemeinsam wirksam zu werden. Dies garantiert gewiß keinen kurzfristigen Erfolg, ist aber sicher die einzige Möglichkeit einer Verbreiterung der Anti-Repressionsbewegung.

Reformansätze, nicht zuletzt die offen einsetzende politische Repression sind Faktoren, die eine problemlose Identifizierung mit der Institution Hochschule erheblich erschweren. Die Folge sind offenkundige Tendenzen zu Apathie, Resignation und nicht zuletzt zu einem explizit instrumentellen Verhalten gegenüber einem verhältnismäßig chaotisch organisierten und in seiner Funktionsweise kaum durchschaubaren Ausbildungsapparat. Die strukturell veränderten Bedingungen von "Student-sein" heute lassen es jedenfalls recht unwahrscheinlich erscheinen, daß eine "Studentenbewegung" in der alten Form jemals wiederaufleben wird.

Für die an der Hochschule berufstätigen Wissenschaftler bedeutet dies, daß sie zunächst einmal einen sozialen Bezugspunkt innerhalb der Institution verlieren, der eine gewisse kollektive politische Orientierung und subjektive Stabilisierung gewährleistet hatte. Schon von daher ist es zu erklären, daß die Hochschul-Linke sich tendenziell wieder in eine Ansammlung mehr oder weniger isolierter und bezugsloser Individuen auflöst, die sich – alten politischen Positionen mehr oder weniger treu bleibend – recht und schlecht durchschlagen. Dabei ist wesentlich, daß die Erfahrungen der Studentenbewegung die Bedeutung politischer Arbeit in der Universität stark relativiert haben, zumindest insoweit, als Klarheit darüber besteht, daß eine auf den Hochschulbereich beschränkte "kulturrevolutionäre" Bewegung an den objektiven gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen schnell scheitern muß. Der dadurch bedingte Zerfall eines klar angebbaren politischen Bezugsrahmens innerhalb der Hochschulen bildet eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die in den objektiven Strukturen des Apparats angelegten Vereinzelungs- und Entsolidarisierungstendenzen verstärkt durchschlagen können. Um so dringlicher wird es, diese Strukturen, die das alltägliche Verhalten am Arbeitsplatz oft ganz unbewußt bestimmen, einer nüchternen Analyse zu unterziehen.

Die Hochschulen sind, allgemein gesehen, "ideologische Apparate" der bürgerlichen Gesellschaft, deren Grundlage die kapitalistische Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist. Auf der Basis dieses Verhältnisses kann sich die besondere Kategorie der wissenschaftlichen Intellektuellen herausbilden, denen im Laufe ihres beruflichen Werdegangs spezifische soziale Praktiken ansozialisiert werden. Die institutionell fixierte Trennung des universitären Wissenschaftsbetriebs vom materiellen Produktions- und Reproduktionsprozeß der Gesellschaft erzeugt eine charakterisierte "Praxisferne" der wissenschaftlichen Arbeit. Dies hat zur Folge, daß die Entwicklung von Relevanzkriterien vom materiellen Reproduktionsprozeß der Gesellschaft und den ihn vorantreibenden Klassenauseinandersetzungen relativ abgekoppelt wird. Diese institutionell fixierte Unfähigkeit zur Entwicklung gesellschaftlicher Relevanzkriterien für die wissenschaftliche Arbeit hat indessen durchaus einen funktionalen Sinn: sie ist Voraussetzung für ein relativ reibungsloses Verfügbarmachen des Wissenschaftsbetriebs und seiner Ergebnisse für die Interessen der ökonomisch und politisch Herrschenden: durch gesellschaftliche oder materielle Prämierung, offene oder versteckte "Auftragsvergabe", Fungibilität und Konformität der Qualifikationsinhalte u.a.m. D. h. die von einschlägigen Kritikern vielbeklagte "Praxisferne" universitärer Wissenschaft und Ausbildung ist trotzdem eine Voraussetzung dafür, daß der gesellschaftliche Sinn dieser Arbeit unthematisiert und damit ihre Ergebnisse tendenziell herrschaftstechnisch verfügbar (oder gegebenenfalls neutralisierbar) bleiben. Auf dieser institutionell fixierten Basis kann sich eine "Wissenschaftlergemeinschaft" bilden, die trotz aller inneren Gegensätze und Konflikte durch eine ganze Reihe gemeinsamer Strukturmerkmale und Praktiken charakterisiert ist. Die generelle Wirkungsweise dieser Struktur ist, daß Individualisierung und Konkurrenzverhalten fortwährend reproduziert werden.



Wie sich das auswirkt, läßt sich daran aufzeigen, was es heißt, innerhalb des hierarchischen Apparats der Hochschule "Karriere" zu machen. Dabei muß man sehen, daß dies zu tun oder nicht zu tun in der Regel nicht dem subjektiven Belieben anheimgestellt ist: die Absicht, längerfristig an der Hochschule zu arbeiten, setzt einen Karrierezwang, der nicht zu umgehen ist – sonst fliegt man früher oder später eben raus.

Was bedeutet dies? Zunächst einmal die Notwendigkeit, sich – unbeschadet der faktischen Vergesellschaftung der Wissenschaftsproduktion – als isoliertes Forscherindividuum profilieren zu müssen, um individuell zurechenbare Leistungen vorweisen zu können. Dies allein erzeugt ein eigentümliches Konkurrenz-, Abgrenzungs- und Privateigentümerverhalten, das sich schlimmstenfalls in unproduktiven Polemiken, gegenseitigen Abqualifizierungs- und Verrißstrategien äußert. Kooperative und kollektive Arbeit – wenn sie sich auf Praxiszusammenhänge außerhalb etablierter Herrschaftsstrukturen richtet, intensive Zusammenarbeit mit Studenten und solidarische hochschulpolitische Aktivitäten werden grundsätzlich negativ "belohnt". Der so etablierte Konkurrenzmechanismus richtet sich nach Kriterien von eigentümlicher Irrationalität. Maßgebend für den Berufserfolg ist die Konformität mit einem spezifisch eingeengten und deformierten Wissenschaftsbegriff: gekennzeichnet durch den Vorrang formaler und quantitativer Kriterien, die wenig Bezug zu gesellschaftlicher Realität haben wie etwa abstrakte handwerkliche "Sauberkeit", Versiertheit in der Beherrschung scientifischer Glasperlenspiele, inhaltslose "Originalität", "Eleganz", Übereinstimmung mit dem herrschenden "Paradigma", Orientiertsein über das, was gerade "in" ist, oder schlicht die Länge der Publikationsliste geraten zu vorrangigen Beurteilungsmaßstäben, denen gegenüber das, was die wissenschaftliche Arbeit politisch-praktisch bringt, weit in den Hintergrund tritt. Um so schwieriger wird es, den Inhalt seiner Tätigkeit mit seinen Problemen und Interessen zu vermitteln. Da man trotzdem unter dem Zwang steht, eigenständig "schöpferische" Leistungen zu erbringen, wird ein erhebliches Maß an abstrakter Selbstdisziplinierung erforderlich, was nur dadurch geht, daß man sich mit den herrschenden Normen und Verkehrsformen halt doch teilweise identifiziert.

Nicht extra betont zu werden braucht, daß sich diese Problematik für diejenigen zusätzlich verschärft, welche auf der Basis der Marxschen Theorie arbeiten und damit Gefahr laufen, von den etablierten Positionsinhabern der "Wissenschaftlergemeinschaft" a priori der Unwissenschaftlichkeit geziehen zu werden – ein Makel, der nur durch Mehrarbeit und oft nur durch verschärfte formale Anpassungsleistungen wettgemacht werden kann.

Nun ist klar, daß sich dieses System nicht selbsttätig reproduziert. Besonders in de

Sozialwissenschaften – aber nicht nur dort – ist die kritische Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität und damit auch der eigenen Arbeitsbedingungen und Praktiken im Wissenschaftsprozeß nicht ganz zu vermeiden, was es notwendig macht, das herrschaftsadäquate Funktionieren des Apparats gegen mögliche "Abweichungen" repressiv abzusichern: durch Eingriffe der Staatsbürokratien von Kultusministerien bis Verfassungsschutz, durch die Herrschaft "informeller", durch Geldvergabe, offizieller Publizität, Gutachter- und Beratertätigkeit von außen abgestützter Cliquen innerhalb der Institution u.a.m.

Man muß vor allem sehen, daß die z. B. durch das Hochschulrahmengesetz legalisierte repressive Reglementierung der Hochschulen (vgl. dazu Claus Numerus in "links" Nr. 76), die Art und Weise, wie finanzielle Restriktionen durchgesetzt werden und die in der herrschenden Berufsverbotsjustiz durchgesetzte Definition dessen, was "Wissenschaft" zu sein hat (vgl. dazu z. B. W.-D. Narr in "links" Nr. 83) exakt darauf hinzielen, diese Strukturen zu zementieren.

Das Problem ist jedoch eben nicht allein die äußere staatliche und intern-hierarchische Repression, sondern vor allem auch die Tatsache, daß diese Herrschaftsverhältnisse auf eigentümliche Weise in den Betroffenen selber verankert sind: die Vorbereitung auf einen Hochschulberuf bedeutet halt auch, sich in den vorhandenen Strukturen des Apparats sozialisieren zu müssen, bis zu einem gewissen Grade seine Verkehrsformen und Praktiken zu internalisieren, um sich behaupten zu können. Genau so wesentlich ist, daß jeder Versuch, individuell gegen diese Strukturen und Praktiken anzugehen, erst einmal heißt, sich die Basis des eigenen Berufserfolgs zu gefährden – solange es keine Alternative zum etablierten bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb gibt. Das in Diskussionen und Auseinandersetzungen hin und wieder bemühte "kleinbürgerliche" Bewußtsein der Wissenschaftsproduzenten hat eine recht handfeste und subjektiv nicht einfach überspringbare Basis. Die vielfältigen Erscheinungen von "Selbstrepression" sollten daher nicht nur als subjektives Versagen, sondern auch als Auswirkung objektiver Strukturen gesehen werden, und vor allem diese sind es, die politisch zur Debatte stehen müssen.

Wenn es richtig ist, politisch bestimmte Berufsarbeit an der Hochschule nicht überhaupt aufzugeben – und dagegen spricht zunächst und vor allem einmal die Bedeutung, welche die "ideologischen Apparate" im ideologischen Klassenkampf haben –, so läßt sich aus dem Gesagten ableiten, daß der Kampf gegen politische Repression an der Hochschule sich nicht kurzschlüssig nur gegen staatliche Eingriffe richten darf, sondern sich auf die "stumme Gewalt" der etablierten Organisationsstrukturen, institutionalisierten Beziehungen und Praktiken im Apparat selbst konzentrieren muß. Die Politik der Studentenbewegung hat sich stark auf die Inhalte von Wissenschaft einerseits und auf formale Organisationsprinzipien andererseits (wie Gremienkompetenzen, Paritäten usw.) konzentriert, während die grundlegenden Strukturen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs und die daraus hervorgehenden individuellen Praktiken zwar thematisiert, aber kaum nachhaltig verändert werden konnten. Daß die Inhalte von Wissenschaft nicht unabhängig sind von den Formen und Praktiken, in denen sie betrieben werden, und daß damit auch "linke" Theoriearbeit an der Universität spezifischen inhaltlichen Deformationen unterliegen muß, wird freilich immer klarer. Gerade dieses Problem, das mit dem etwas leichtfertig (weil subjektivistisch gewendet) in die Welt gesetzten Schlagwort von der "Akademisierung des Marxismus" neuerdings wieder in die Diskussion gekommen ist, kann nur in diesem weiteren, die materiellen Strukturen der Gesellschaft einbeziehenden Zusammenhang folgenreich behandelt werden.

Bleibt die Frage, was gegen die strukturell produzierten Isolations-, Individualisierungs- und Konkurrenzmechanismen, die daraus folgende Angst und die damit verbundenen Tendenzen zur Selbstrepression getan werden kann. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß abstrakte Appelle zu politischer Solidarität ziemlich umsonst sind, solange die objektiven Strukturen unverrückt weiterbestehen. Um sie zu verändern, muß man sie allerdings erst mal klar realisieren, und in dieser Hinsicht ist es schon eigentümlich, daß genauere Analysen der objektiven Bedingungen der eigenen alltäglichen "Berufspraxis" und der daraus folgenden Konsequenzen für politisches Verhalten innerhalb der "linken" Sozialwissenschaften mehr als Mangelware sind. Hier ist noch ein weites Feld für politisch relevante wissenschaftliche Arbeit. Eine derartige Analyse wird sicher zu dem Ergebnis führen, daß es auch bei realistischer Lageeinschätzung durchaus Ansatzpunkte gibt, die bestehenden Strukturen zunächst einmal wirkungsvoll zu unterlaufen (um mehr kann es vorerst kaum gehen, solange sie vom Staat erfolgreich formal abgesichert werden können).

Innerhalb vorgegebener Strukturen gegen diese Strukturen angehen zu wollen, scheint auf den ersten Blick allerdings etwas Münchhausenhaftes an sich zu haben, solange man nicht bedenkt, daß es halt doch die Individuen sind, welche Strukturen – d. h. institutionalisierte Praktiken – reproduzieren. Das Verteufelte daran ist, daß dies eben zum Teil unbegriffen geschieht. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die an der Hochschule Berufstätigen damit anfangen, ihre wissenschaftlichen Bemühungen sozusagen reflexiv auf sich selbst zu richten und auf dieser Basis Verständigungsprozesse über die eigene Lage, objektive Verhaltensdeterminanten, eingeschliffene Rollenmuster und ihre Konsequenzen einzuleiten – nicht in Form einer weiteren abstrakten "Klassenanalyse", sondern durch Untersuchungsarbeit über konkrete alltägliche Praktiken. Dabei wäre auch zu diskutieren, weshalb diejenigen, die "Karriere" gemacht haben und sich inzwischen in relativ gesicherten Beamtenpositionen befinden, die alten, gewissermaßen zwangsweise ansozialisierten Verkehrsformen und Praktiken weiterbetreiben, obwohl der materielle Zwang dazu weitgehend weggefallen ist. Oder andersherum: ob und inwieweit es wirklich notwendig ist, auch noch als etablierter Hochschullehrer sich nach den Maßstäben des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs zu profilieren, sich entsprechend "auszuweisen", nach Anerkennung bei einer "Wissenschaftlergemeinschaft" zu suchen, deren Strukturen und Mechanismen man doch längst durchschaut haben müßte. Wie gesagt, es geht hier nicht um moralische Appelle, sondern um die Forderung nach realistischer Analyse der eigenen Lage und der wirklichen Spielräume für alternatives Verhalten auch innerhalb der Institution, um die alltagspraktischen Konsequenzen eingenommener politischer Positionen. Erst dann wird es möglich sein, sich gegenüber den institutionell festgefahrenen Mechanismen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs so taktisch zu verhalten, wie es nottut. Welche politischen Strategien sich aus einem solchen Prozeß ergeben, kann nur aus dem konkreten Zusammenhang heraus entwickelt werden, aber man muß sehen, daß die objektiven Strukturen der Wissenschaftsapparate gerade das Gegenteil von "Zusammenfassungstendenzen" bewirken, und daß jede Politik, die das ausblendet, kurzschlüssig und wahrscheinlich perspektivlos ist. Erst auf dieser Basis scheint auch eine Verständigung über wissenschaftliche Inhalte und Relevanzkriterien möglich, die nicht a priori "akademisch" deformiert sind. Es geht nicht abstrakt um eine "andere Wissenschaft", sondern darum, Wissenschaft anders zu machen.

Kurzgefaßt bräuchten wir eine Hochschulpolitik, die weniger kurzschlüssig auf die vorhandenen Apparate und ihre Mechanismen bezogen ist und damit selbst noch einmal dazu tendiert, die bestehenden repressiven Beziehungen und Praktiken zu verewigen. Die Arbeit an wisenschaftlichen Inhalten muß sich mit der Arbeit an der Veränderung der eigenen Verkehrsformen und Arbeitsweisen verbinden. Erst dies wird die Basis schaffen für die Entwicklung von politischer Solidarität, die Voraussetzung ist für die Absicherung wissenschaftlicher Inhalte und der sie produzierenden Individuen gegen die Zwänge der Institution.

Was die Studenten angeht, so kann man wohl davon ausgehen, daß angesichts der veränderten Verhältnisse mit einer "autonomen" Studentenbewegung nach dem Muster der 60er Jahre in absehbarer Zeit nicht mehr gerechnet werden kann. Um so wichtiger ist es, daß Studenten und "Lehrende" Formen der Kooperation entwickeln, welche die eingeschliffenen und sich immer wieder neu einschleifenden autoritär-bürokratischen Verkehrsformen durchbrechen, und zwar dadurch, daß die Aufarbeitung der objektiv vorhandenen und strukturell bedingten Interessenkonflikte selbst zur Grundlage politischer Arbeit innerhalb und gegen die Institution gemacht wird.

Im übrigen bleibt natürlich die Linke in den Hochschulen auf jeden Fall extrem schwach und repressionsanfällig, solange ihre strukturelle Isolierung bestehen bleibt. Daß die große Annäherung an das Proletariat infolge einer glatten Fehleinschätzung der realen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht funktionieren konnte, beseitigt das Problem keinesfalls. Viel relevanter sind die bescheidenen, vielfach noch scheiternden, frustrierenden und jedenfalls mühseligen Versuche, die im Rahmen von Projektstudium, von Jugendarbeit, gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, kollektiver politischer Berufspraxis, Stadtteilarbeit usw. gemacht worden sind. Hier anzusetzen, d. h. eine kontinuierliche und verbindliche Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen außerhalb des akademischen Zirkels zustandezubringen ist – einmal ungeachtet der damit verbundenen und in bezug auf die akademische Berufsperspektive sicher dysfunktionalen Mehrarbeit – ein zentraler und langfristig ausschlaggebender Bestandteil erfolgreicher Anti-Repressionspolitik. Einiges spricht dafür, daß eine Durchbrechung der akademischen Individualisierungs- und Entsolidarisierungsmechanismen nur auf diesem Wege dauerhaft zu bewerkstelligen ist.

Joachim Klein

# Auf der Flucht

Daß Krisenzeiten, allen Gradualisten und Vereinfachern zum Trotz, für die Linke nicht zwangsläufig Aufschwung, Belebung und Produktivität, sondern Leerlauf, Unsicherheit, Vergeblichkeit und Langeweile mit sich bringen können, dürfte mittlerweile hinlänglich erfahren worden sein. Das gilt umso mehr in einem Land, das, wenn auch krisenanfällig, von Erschütterungen und Brüchen weitgehend unbehelligt geblieben ist, im Gegenteil, unterm Strich gestärkt aus Krisen hervorgegangen ist. Sein Staat scheint unangreifbar, seine Gesellschaft immerwährend zu sein. Ein guter Boden zum Auf-der-Stelle-Treten, ein guter Nährboden für Langeweile, zumal für die, die angetreten sind, das nicht mehr mitzumachen.

Linkssein ist ein Zustand, in wenigen Fällen Tätigkeit und wo Tätigkeit, dort politische Alltagsarbeit, deren Sinnhaftigkeit sich aus "Notwendigkeit" und "Verbindlichkeit" ergibt. "Um den leidigen Zwang sich erträglicher zu gestalten", sagt Kracauer, "haben sie eine Arbeitsethik erfunden, die ihre Beschäftigung moralisch verbrämt und ihnen immerhin eine gewisse moralische Genugtuung verschafft." Gewohnheit, die solcherart zur Unentbehrlichkeit geworden ist, verlangt – weil sie nicht abschaffbar ist – ständig Tätigkeiten. Die dauerhafteste, von äußerlichen Widrigkeiten unabhängige Tätigkeit ist die der Selbstbeschäftigung. Aus unserer eigenen Geschichte wissen wir, daß die Organisationsdebatte – die offenkundig politischste aller Selbstbeschäftigungsarten – immer ein Hinweis auf die Krise in den Köpfen derer ist, die sich da zum Organisieren anschicken.

Die große ("die zweite") Organisationsdebatte vom letzten Jahr fand just zu dem Zeitpunkt statt, als die Linke oder zumindest der daran teilnehmende Teil der Linken übern Daumen gepeilt nirgendwo besser, im öffentlichen und im linken Bewußtsein nur als Opfer politischer Unterdrückung und als Teilnehmerschaft eben dieser Organisationsdebatte präsent war. Nicht viel besser im SB selbst: die noch partikular, regional geführten Organisations- oder zutreffender Organisierungsdiskussionen deuten auf einen traurigen Ersatz einer nicht weitergeführten Antirepressionskampagne hin. Nach dem Pfingstkongreß war in Frankfurt am Anfang das Wort von dem zu erwartenden Zulauf, und nicht etwa die Frage, wie die Kampagne weiterzuführen sei.

Wie dem auch sei, Ergebnisse im SB stehen noch aus, Tendenzen zeichnen sich ab, über deren zweifelhafteste und unkomplizierteste, nämlich Krisenbewältigung durch Orthodoxie und Traditionsbeflissenheit in der Organisationsfrage, bald noch viel gesagt werden wird.

Unbemerkt von den Kombattanten in diesen wichtigen Auseinandersetzungen der SB- und Nicht-SB-Linken haben sich wie ganz selbstverständlich Ansätze und Initiativen gebildet, welche die Erfahrung von Unterdrükkung im politischen und Vergeblichkeit im kapitalistisch orientierten Leben in eine eigentümliche Form der Selbstbeschäftigung einmünden lassen, und zwar nicht in der Weise einer politische Arbeit begleitenden Selbstreflexion, sondern einer unmittelbaren Beschäftigung mit sich selbst, mit seinem eigenen Körper, seinen Beziehungen und seiner Umwelt.

Eilige !nterpreten, die in diesem Phänomen Flucht ins Innere sehen, weisen auf skurrile Erscheinungen hin: die Landkommunen, die makrobiotische Kost, Lederbastler, den selbstgekelterten Apfelwein, Körpermassage. Der Fingerzeig auf die Geschichte bleibt nicht aus: Fidus (ein Spinner und Maler), Lichtfreunde, Genossenschaften der Weltverbesserer, der Dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der für viele, die ihn beschritten, letztlich ins Dritte Reich geführt hatte. In der Tat ruft die "Alternativbewegung", wie sie andere Interpreten zu nennen wissen, allerhand Merk- und Denkwürdigkeiten auf den Plan: da ist schon mal – vorsichtig gesagt – der Kaffeesatz ein probates Mittel, gesellschaftliche Entwicklungen zu bestimmen, da gibt es schon mal eine todsichere –alternative– Methode der Empfängnisverhütung, nämlich eine astrologische. Unser Naserümpfen über Zukunftsdeuten und Sternelesen müßte allerdings genauso den verborgenen und konsumgüterhaft steuerbaren Massenbedürfnissen gelten, die in Trimm-Dich, Volksläufen, Wohnwagen und Urlaubsfabriken zum Ausdruck kommen.

Nicht zufällig besteht aktuell auch in den bürgerlichen Medien ein starkes Interesse an der historischen Jugendbewegung, die anders als 67/68 nicht mehr zur Erklärung des unerklärlichen Phänomens der Hippies herhalten muß, sondern eher als Hinweis auf eine im Ansatz richtig erkannte "Zivilisationsmüdigkeit" zu gelten hat.

Nicht von ungefähr gewinnen alternative Lebens- und Politikvorstellungen gerade zu dem Zeitpunkt eine gewisse Bedeutung, als der technische Fortschritt und die gesellschaftlichen Bedingungen, die diesen Fortschritt ins Werk setzten, in bisher nachhaltigster Weise hinterfragt werden. Und dies nicht in der Folgelosigkeit bloßer Einsicht, auch wenn sie sich noch so militant gibt,

## Lied, im Festzelt gesungen

*Refrain: Ach wie oft sollt nicht das deutsche Staatsgebäude*
*gerettet werden vor dem Untergang.*
*Aber wenn man sich die Retter ansieht, Leute,*
*wird einem angst und bang.*
*Der Rechtsstaat will vor dem Verfassungsfeind*
*sich angeblich schützen und bewahren,*
*die links von ihm stehn sind damit gemeint,*
*das lehrt uns die Geschichte seit hundert Jahren.*

*Erinnert euch des Jahres 1848:*
*Da saßen Preußens Lehrer auf den Straßen.*
*Für ein einiges freies Deutschland kämpften sie,*
*aus Königs Diensten wurden sie entlassen.*
*Das ging ruckzuck, sie wußten selbst nicht wie.*

*Nicht anders war's im Jahre 1878:*
*Bismarck erließ das Sozialistengesetz.*
*Wer für Bebel ist und Sozialdemokraten,*
*der hat, hieß es, Preußens Staat verraten.*
*Und wieder wurden sie an die Luft gesetzt.*

*Und nach 1918:*
*Und wie war es nach dem großen Krieg,*
*als Ebert für die Weimarer Republik?*
*Wer immer links stand von der SPD,*
*der konnte stempeln als Beamter a.D.*

*Ach wie oft...*

*Und nach 1933?*
*Jetzt hieß es: Auch Sozialdemokraten*
*haben den völkschen Staat verraten.*
*Alle mußten nun den Dienst quittieren,*
*die unterm Hakenkreuz nicht wollten marschieren.*

*Und nach 1945?*
*Da glaubte Deutschland wieder an die Freiheit.*
*Und wollte abrechnen mit der Vergangenheit.*
*Bald saßen die Beamten in den Naziroben*
*getarnt als Demokraten wieder oben.*

*Und dann kam das Jahr 1953:*
*Ja da war's dann wieder mal so weit:*
*Ein Kommunist galt als Verfassungsfeind.*
*Der Adenauerstaat sah wieder rot*
*und dekretiert erneut: Berufsverbot!*

*Ach wie oft...*

sondern in der er-lebbaren und nachprüfbaren Praxis.
Jedoch dürfte für die Alternativbewegung dort der Springpunkt sein, wo der Rückzug auf eine selbstgefällige und nur auf sich selbst bezogene Sammlerkultur und auf eine vor- und antiindustrielle Produktionsweise in eine planvolle Veränderung der gesellschaftlichen und nicht nur dinghaften Umwelt gewendet werden kann. In diese Richtung drängen zweifellos diejenigen, die Widerstände gegen "das bessere Leben" nicht verleugnen, sondern aus den eigenen Interessen heraus zwangsläufig bekämpfen. Nicht zuletzt deshalb werden derartige Ansätze, namentlich von den Literaten und ideologischen Verwaltern der Alternativbewegung, als würdiger Ersatz einer gescheiterten Interventions- und Stellvertreterpolitik gesehen: raus aus der Fabrik und den Stadtteilen, rin ins Gemüse. Die Eigenart des Gemüses aber, nicht im trauten Durcheinander der verschiedenen Sorten zu gedeihen, ist auch die der alternativen Projekte: es sind nur sehr schwer gemeinsame Bedingungen ihres Wachsens festzulegen. Unverbundenheit und Isoliertheit gehören scheinbar dazu: Eine Genossenkneipe, und funktionert sie im Kollektiv betrieben noch so gut, sind die Kommunikationsstrukturen noch so ideal, steht mit einem bestimmten Ausstoß von Bierleichen pro Abend in auffallendem Kontrast zur makrobiotischen Ernährung. Eine Autoreparaturwerkstatt, die von Genossen betrieben wird, macht sich noch schlecht aus gegenüber Forderungen nach alternativen ökologischen Systemen. Offene Widersprüche, aber diskutierenswert und diskussionsbedürftig. Kritischer ist der Zustand, in dem sich die vereinzelten Projekte und Ansätze aufgrund ihrer Unverbundenheit und thematischen Verschiedenheit nichts zu sagen haben, denn fragwürdig blieben die Alternativbewegungen dort, wo sie sich auf Selbsthilfe beschränken und Widerstand nur dann erfolgt, wenn dieser Selbsthilfe von oben, nämlich von Staats wegen, repressiv Grenzen gesetzt sind. Zudem ist wegen dieser Isoliertheit und wegen der häufig nachdrücklichen Ablehnung des tradierten Politikverständnisses die Auseinandersetzung und Betätigung in und mit der Öffentlichkeit, einem wichtigen Element etwa der Studentenbewegung, sehr behindert. So ist die kürzlich in Frankfurt abgelaufene Aktion einer Baumpflanzung, wiewohl für die Öffentlichkeit inszeniert, nicht unbedingt Ausdruck des Ensembles alternativer Projekte, in Verlaufsform und Inhalt fragwürdig: das Bäumchen, in die Betonwüste der Frankfurter Universität gepflanzt, kann mit dem Wachstum der Hochhäuser in der Umgebung nicht Schritt halten, ist keine reale Bereicherung, sondern ein trauriges Mahnmal. Eine Verbesserung der Lebenssituation durch Selbsthilfe in den Städten steht in keinem Verhältnis zur Zerstörung der Städte durch eine menschenverachtende Politik. Wo die Ergebnisse des Handelns nicht mehr nachprüfbar sind – und das Bäumchen zudem sehr symbolträchtig kurz darauf verdorrt – entsteht entweder Resignation oder Magie. Selbstveränderung und alternative Lebenform, in der Not der Entmenschlichung von Lebensumständen geboren, geraten, mit Ausschließlichkeit und Selbstgefälligkeit praktiziert, ins Abseits der un-politischen, wenn nicht gar religiösen Tugend. Der okkulte Boom des Zen-Buddhismus, der Anthroposophie, gepaart mit Autarkievorstellungen der Landkommunen, offenbart eine bedrohliche Nähe zur geistigen Essenz der bürgerlichen Fluchtbewegung. Die Bedingungen, die dieses Abwandern verhindern könnten, sind in der BRD selbstredend denkbar schlecht. Alternativen, die selbst nur am Rande oder in den Ghettos der Gesellschaft existieren, sind nicht in der Lage, Impulse auf existente oder potentielle Massenbewegungen und -initiativen zu geben, wie es idealerweise der Fall sein müßte – weil es diese nicht gibt. Wir befinden uns nun mal hierzulande in der einzigartigen Situation, daß es, aus der Blickrichtung der Tradition der Arbeiterbewegung gesehen, eine traditionell korrumpierte Sozialdemokratie gibt, die nur mehr politische Dummköpfe zur Masseninitiative befähigt sehen; und wir haben eine große KP, die uns in Gestalt eines eigenen Staates im deutschsprachigen Raum gegenübertritt, der allerdings hier zuweilen sehr öffentlichkeits- und massenwirksam zu unserem Schaden auftritt.

Da ist der Rückzug in die Exklusivität der Außenseiter und Bohèmiens wahrhaftig das sauberste Mittel, sich mit den bestehenden, wenn auch widrigen Verhältnissen zu arrangieren. Das Goutieren (und damit hat´s sich in den meisten Fällen leider schon) von "Medea", Herzogfilmen, die Pilgerfahrten zu Jugendstilausstellungen kündigen eine Renaissance der Vernissagenheinis und Parkettläufer an, die nicht mehr als salonkommunistisches Beiwerk der revolutionären Massen im Stile des eleganten, homburgtragenden George Grosz (ja, ja) oder des heute weniger bekannten, dafür damals mit Monokel, Seidenhemd und Stöckchen aus Rhinozeroshaut um so eindrucksvoller ausstaffierten Rudolf Leonhard, sondern anstelle der revolutionären Massen auftreten. Der Erfolg der Kulturszene in der linken Scene beweist das Abrücken von der Unmittelbarkeit und setzt neues Freizeitverhalten gegen den Zwang der linkspolitischen Pflichtübung. Welche expressiven Möglichkeiten dagegen im kulturellen Engagement liegen, das zeigen uns die zahlreichen – alternativen – Theatergruppen. Aber es ist die Erhabenheit grosser Kunstwerke, welche die Altvorderen der Bewegung vor der Öde immerwiederkehrender Rituale in der politischen Praxis und vor der Langeweile der Polit- und Privatfeste rettet, deren dereinst "wilder, animalischer Rock" (Lindenberg) nur noch nostalgische Erinnerung an bessere Zeiten der mittlerweile altgewordenen Neuen Linke ist.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Neben der sozialistischen Zeitung „links" gibt das Sozialistische Büro „express", eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heraus.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" bringt kritische Beiträge zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, die man nicht in der offiziellen Gewerkschaftspresse findet.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland.

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" veröffentlicht Analysen zur sozialen Lage und zum Bewußtsein der arbeitenden Klasse, diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

Probeexemplare können angefordert werden bei Verlag 2000 GmbH + Sozialistische Büro, 605 Offenbach4, Postfach 591.

Christine Huth/
Jürgen Schmidt

# „Eine Zensur findet nicht statt" (Art. 5 GG)

Hinter uns liegt fast ein Jahr praktische Erfahrung mit den Maulkorbparagraphen, den sogenannten Gesetzen zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens (§§ 88a, 130a, 126, 140 des Strafgesetzbuches). Durch sie ist endgültig der gesellschaftliche Bereich dem Zugriff staatlicher Repression ausgesetzt, der in den Selbstdarstellungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie stets als heiligster Ort der Freiheit gepriesen ist: der Hain der Kultur, die Aktivitäten in der Kunst und im Medienbereich.

Aber nicht erst seit der jüngsten Welle von Repression dient er als Nutzholzlager, aus dem das Modell Deutschland gezimmert werden soll. Seit dem Bestehen der bürgerlichen Gesellschaft hat der Kulturbereich einen zwiespältigen Charakter. Einerseits und vordringlich dient er als Medium der ideologischen Vermittlung, Darstellung und Festigung der Herrschaft, andererseits besteht in ihm ein relativer Freiraum, der ein breites Band von Meinungen, Standpunkten usw. zuläßt. Freilich nur so lange, als die wesentliche Funktion der ideologischen Herrschaftssicherung nicht gefährdet wird, d. h. solange die Diskussionen sich in diesem Rahmen bewegen, oder den der Narrenfreiheit nicht sprengen. Die Einengung der Freiräume, die heute wieder zum totalen Äußerungsverbot abweichender Meinungen reicht, findet ihr Maß an der wirklichen oder vermeintlichen Gefährdung der bürgerlichen Gesellschaft, oder, was sich in den Maulkorbparagraphen zeigt, es soll vorsorglich jede Gefährdung ausgeschlossen werden. Damit ist die Kontinuität vom faschistischen "vorverlegten Staatsschutz" (Freisler) über die Kommunistenjagd der Adenauer-Ära zur Repression der siebziger Jahre sinnfällig hergestellt.

Bekanntlich geht es bei den Zensurparagraphen um die Bestrafung der "Befürwortung von Gewalt", die "geeignet ist, die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch Begehung solcher (Gewalt-) Taten für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherung der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen." (§ 88a)

Bestraft wird, je nach politischer Opportunität, vom Autor über den Verlag und Vertrieb, die Buchläden bis zum Leser jeder, der eine Schrift (und das schließt juristisch auch Filme etc. ein) "verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, ... einzuführen oder ... auszuführen unternimmt", im ganzen oder stückweise, d. h. zum Beispiel auch als Zitat.

Zudem, um bestraft zu werden, ist noch nicht einmal die genaue Kenntnis des Inhalts erforderlich; es reicht, wenn man sich hätte denken können, daß eventuell etwas Gesetzwidriges enthalten ist.

Mit diesem Rundschlag sind dem willkürlichen Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden sämtliche Türen geöffnet; die gewünschte "Flexibilität" der Justizorgane ist gewährleistet. Die Straftatbestände zeigen wiederum, wo die wirklichen Radikalen im öffentlichen Dienst sitzen: dort nämlich, wo nach der Abschaffung eines wesentlichen Bestandteils bürgerlicher Rechtsauffassung – Handlungen, nicht aber Gesinnungen (also "Befürwortung von Gewalt") werden bestraft – jetzt die Gesinnung auf gesicherter legaler Grundlage fleißig geprüft und bestraft wird. Das Risiko nichtangepaßten Denkens und Handelns ist nicht mehr kalkulierbar.

Das wichtigste Resultat der neuen Paragraphen ist vorerst tatsächlich: ein Klima weiter Verunsicherung und sich ausbreitender Angst. Im folgenden soll an exemplarischen Fällen verdeutlicht werden, welche einschüchternde Wirkung das Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens bisher hatte.

Um nicht selbst zensiert zu werden, scheint es üblich geworden zu sein, eine Vorzensur einzuführen, die für Außenstehende oftmals als solche nicht erkennbar ist und deren Zusammenhang mit den Maulkorbparagraphen sorgsam zugedeckt wird.

So werden im Medienbereich täglich Journalisten gehindert, von ihrem Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon erfährt. Abgesehen von gezielter Personalpolitik, durch die es gelingen soll, "unliebsame Personen" von bestimmten "öffentlichen" Bereichen fernzuhalten, gibt es zahlreiche andere Möglichkeiten zu verschleiern, daß es sich hier um einen politischen Selektionsprozeß handelt. Man kann das je nach Belieben als "Wahrnehmung von Programmverantwortung", "an den Leserinteressen vorbeigeschrieben" oder "Platzmangel" nennen, wenn bestimmte Artikel einfach nicht erscheinen können. Besonders hart trifft es meist die freien Mitarbeiter. Man löst einfach ihre Verträge, wenn sie nicht mehr als angenehme Materialienlieferanten funktionieren.

Exemplarisch hier ein Beispiel aus den westdeutschen Rundfunkanstalten:

Arno Münster, seit 1969 freier Mitarbeiter verschiedener westdeutscher Rundfunkanstalten und seit 1972 ständiger freier Journalist des WDR in der Hauptabteilung 'Kulturelles Wort', wurde seit einiger Zeit stark wegen der "Tendenz" seiner Beiträge angegriffen und dann endgültig aus den Rundfunkanstalten herausgeworfen. Auch aus der "Frankfurter Rundschau", für die er seit Jahren als freier Mitarbeiter geschrieben hatte, wurde er herausgeholzt: "Ich darf Sie bitten, unter diesen Umständen in Zukunft auf Zusendung von Manuskripten an die 'FR' zu verzichten. Mit vorzüglicher Hochachtung Werner Holzer" (22.8.75). Die Umstände, die zu Münsters Kündigung führten, waren das Anprangern der Unterdrückung sämtlicher Portugalbeiträge, die er im Juni/Juli 1975 in den westdeutschen Medien veröffentlicht haben wollte.

Der letzte Portugalbeitrag von A. Münster, eine 15 minütige Sendung mit Interviews mit einem MFA-Vertreter und Alvaro Cunhal, war am 4.4. in der "Kritischen Chronik" des WDR gesendet worden. Nach der Sendung, in der Cunhal auch auf die Kommunistenverfolgung in der BRD eingegangen war, entschuldigte sich der verantwortliche Redakteur für den Inhalt. Als Münster wenige Wochen später im "Kritischen Tagebuch" des WDR weitere aktuelle Reportagen über den fortschreitenden Demokratisierungsprozeß in Portugal und vor allem über die Affären "Renascenca" und "Republica" machen wollte, wurden diese brüsk abgelehnt. Man konnte sich mit ihnen "nicht befreunden", sie waren "zu lang" und "schwer kürzbar", oder schlichtweg "zu detailliert", womit sie keinen "Bogen zur Beurteilung und Einschätzung dessen (liefern), was eben diese Fälle für die Weiterentwicklung

in Portugal bedeuten..."; oder Direktbeiträge für aktuelle Magazinsendungen sind mehrmals kurzfristig "ausgebucht". Außerdem sah er für seine vorbereiteten Beiträge keinen Pfennig, obwohl es üblich ist, Ausfallhonorare zu zahlen.

Eine andere Form der Vorzensur ist, im vornehmeren Sprachgebrauch, die "Programmschmälerung" im politisch-wissenschaftlichen Teil der bürgerlichen Verlage.

So stellte z. B. Fischer die Reihe "Texte zur politischen Theorie und Praxis" ein und die wissenschaftskritische FAT-Reihe wurde aus inhaltlichen Gründen abgestoßen; oder Suhrkamp schmälert zugunsten literarischer Produktionen...

Doch nicht nur solche verdeckte Vorsorge wird getroffen, sondern direkte Vorzensur.

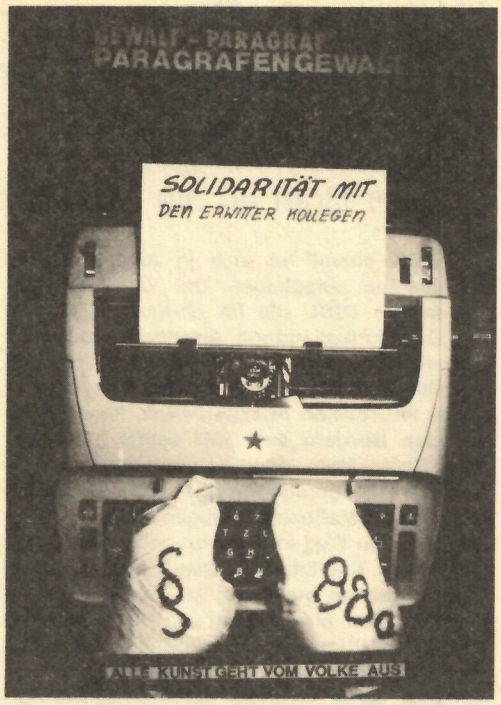
Als Reaktion auf das "Mädchen"-Buch von Antje Kunstmann, – ein Aufklärungsbuch, in dem "vor allem klassenkämpferische Aufrufe und Tendenzen zur Organisierung Unterdrückter gesehen wurden" und das vom Verlag eingestampft werden mußte – forderte der Raith-Verlag schon vor einem Jahr (d. h. schon nach der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag) seine Autoren und Mitarbeiter auf, staatsgefährdende Äußerungen in Zukunft aus ihren Manuskripten herauszustreichen, da "der Verlag im Falle eines staatlichen Zugriffs nicht imstande sein wird, die Autoren wirksam zu schützen." (Brief des Raith-Verlages vom 1.7.75)

Der jüngste Fall von öffentlich bekannt gewordener Selbstzensur betrifft wohl den Roman "Der Einzelgänger" von Régis Debray, erschienen im Luchterhand Verlag, in dem eine Stelle der Zensur zum Opfer fiel, in der die Romanfigur Frank sich über die Sprengstoffbesessenheit seines Dialogpartners Armando lustig macht. (s. „links", Nov. 1976)

Aber nicht alle Verlage bemühen sich so eifrig, der staatlichen Zensur zuvorzukommen. Sie berichten weiterhin über autonome Widerstandsaktionen in Wyhl, Erwitte, bei Lip oder in der Dritten Welt und lassen sich nicht die Themenauswahl und die Form der Darstellung von den Restriktionsmaßnahmen des Staates vorschreiben. Die Folgen sind repressive Willkürmaßnahmen, nicht nur gegen die literarischen Produzenten, sondern gegen das gesamte Vertriebs- und Verkaufssystem der literarischen Produkte.

Hier mehren sich die Fälle, in denen faktische Zensur durch Beschlagnahme ausgeführt wird, die sich sogar gegen bloße dokumentarisch-wissenschaftliche Zitierung historischer Texte richtet.

Ein Beispiel ist die – inzwischen wieder aufgehobene – Beschlagnahme des Wagenbach-Taschenbuches von den Haymarket-Ereignissen in Chicago 1886; ein Bericht über die Entstehung des 1. Mai, den Kampf um den Achtstundentag und die genaue Dokumentation eines seit Jahrzehnten als "klassischer Justizmord" bekannten Verfahrens gegen




acht "Anarchisten", die überwiegend deutsche Einwanderer waren. Als Grund für die Beschlagnahme wurde angegeben: In diesem Buch 'Die deutschen Anarchisten von Chicago' – eigentlicher Titel: Haymarket 1886, Die deutschen Anarchisten von Chicago, Reden und Lebensläufe – wird beschrieben, wie mit Hilfe von Dynamit Sprengkörper hergestellt werden und gegen 'reiche Müßiggänger, Militär, Polizei und Pinkertons' eingesetzt werden können."

Hierzu ein Auszug aus den beanstandeten Stellen:

Albert Arm schreibt hier 1885 im "Alarm", eine der sieben Zeitungen, die die "Schwarze Internationale" von 1883 bis 1886 herausgab:

"Arbeiter von Amerika, lernt die Herstellung und den Gebrauch von Dynamit! Dynamit wird in eurer Hand zur mächtigsten Waffe, zu einer Waffe des Schwachen gegen den Starken. Der Kampf um Brot ist ein Kampf ums Überleben. Tod und Verderben einem System, welches Männer, Frauen und Kinder als Arbeitstiere ausbeutet und versklavt!" So fallen die Beschwörungen von SPD/FDP, alle neuen Zensurgesetze richten sich 'selbstverständlich' nicht gegen Wissenschaft, Kunst und Berichterstattung der in der Gesetzbegründung angeführten "Entartung" der "eigentlichen Absicht" zum Opfer, denn mit Begriffen wie "scheinbar wissenschaftliche Abhandlungen", "theoretische Tarnungen" oder mit "Nachahmabsicht gebilligte historische Ereignisse" fällt es keinem Gericht schwer, sozialistischen Künstlern, Wissenschaftlern und Literaten eine "entartete eigentliche Absicht" nachzuweisen.

Peter Brückner spricht von einer "Berührungsfurcht", die erreicht werden soll, die nicht mehr nur Personen oder Aktionen betrifft, sondern auch die Sprache: "Begriffe des revolutionären Sozialismus, Kommunismus, der anarchistischen Tradition sollen tabuisiert werden" und aus dem Sprachgebrauch verschwinden.

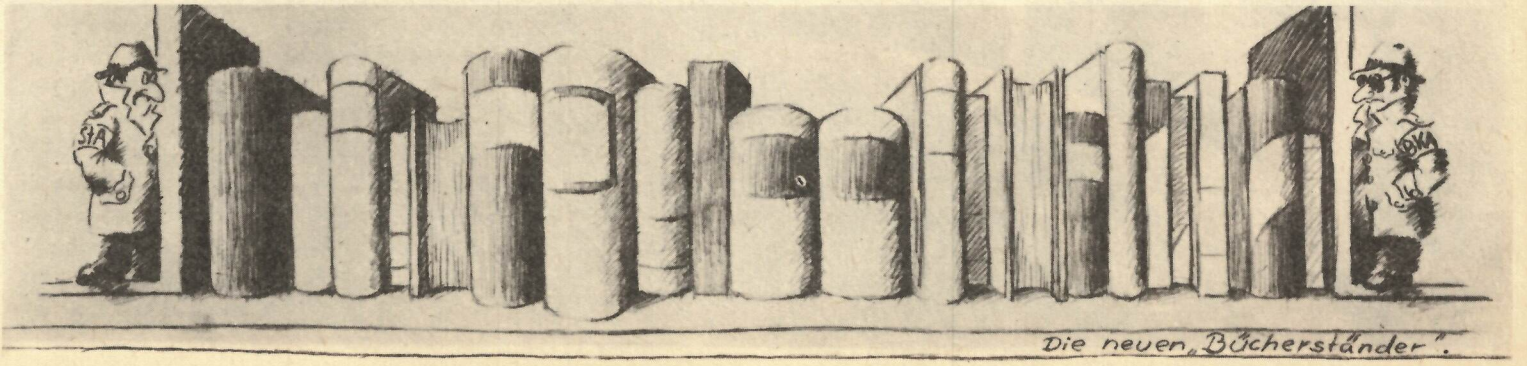
Da es aber nicht gelingt, die linken Verlage trotz Einschüchterungskampagnen und harter Repression zur Selbstzensur zu zwingen, wird zusätzlich versucht, sie ökonomisch in den Ruin zu treiben. So wurden bei Trikont z. B. während der ersten Aktion gegen das "Bommi"-Buch – mitten im Weihnachtsgeschäft – nicht nur 300 vorhandene Exemplare des gesuchten Titels, sondern zusätzlich 1.300 andere Bücher, alle Schreibmaschinen und der Composer, sämtliches Prospektmaterial, Tonbänder für Plattenaufnahmen, Kundenkartei u. dergl. beschlagnahmt.

Dies betrifft nicht nur die linken Verlage, auch die linke Presse wird verfolgt, Druckereien durchsucht, in Buchläden wahllos beschlagnahmt.

Das "Blatt", Stadtzeitung von München, kann ein Lied davon singen; und die bundesweiten Aktionen im August dieses Jahres gegen Buchläden, Verlage und Druckereien, um nach versteckten Stimmen und Helfershelfern von "Anarchisten" zu suchen, damit der revolutionäre Zorn nicht in die Hirne der dieses Blatt eventuell Lesenden stiege, sind auch noch deutlich genug in Erinnerung.

Die Flut von Informationen, Dokumentationen über Ein- und Übergriffe des Staatsapparates und seiner Justiz steigt täglich, im Gegensatz zu den Berichten in der bürgerlichen Presse. So "aufgeschlossen" bestimmte Presseorgane, Medien und Verlage am Ende der 60er Jahre einmal waren, so sehr haben sie sich mittlerweile wieder abgedichtet, um nicht in den Verruf zu kommen, "staatsgefährdende Umtriebe" zu unterstützen.

Dagegen zeigt das Ergebnis des Trikont-Prozesses, wie notwendig es ist, eine breite Öffentlichkeit herzustellen, die auch in der Lage ist, massiven politischen Druck auszuüben. Und das ist nur deshalb gelungen, weil sich der Kreis der 380 Herausgeber der Zweitauflage des Bommi-Buches nicht auf das "linke Ghetto" beschränkte, sondern auch radikaldemokratische bürgerliche Autoren und Kulturarbeiter zur Zusammenarbeit motiviert hat. Nur wenn alle von der Zensur Betroffenen (und dies sind sie sicher auf unterschiedliche Art und Weise) gemeinsam gegen repressive Maßnamen des Staatsapparates vorgehen, ist Widerstand erfolgreich möglich. So gewinnt diese Herstellung von Öffentlichkeit Modellcharakter für Formen der Gegenwehr im Kulturbereich. Der Erfolg sollte jedoch nicht die Illusion schüren, daß es eine Zensur nicht mehr gäbe, sondern zeigen, daß in solidarischem Handeln versichert werden kann: eine Selbstzensur findet nicht statt.




Die neuen „Bücherständer".

SB-Initiative

# Unterschriftensammlung in Sachen Wolf Biermann

## Offener Brief an die Regierung der DDR

*Direkt nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR hat das Sozialistische Büro mit einem offenen Brief an die Regierung der DDR eine Unterschriftensammlung gegen diese Maßnahme und die politische Repression in der DDR initiiert. Innerhalb von vier bis fünf Wochen wurden über 26.000 Unterschriften abgegeben. Der offene Brief an die Regierung der DDR hat folgenden Wortlaut:*

**Als Unterzeichner dieses Briefes protestieren wir gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns sowie auch gegen die nach dieser Ausbürgerungsmaßnahme zugespitzte Einschüchterungs- und Verfolgungskampagne gegen zahlreiche andere kommunistische Kritiker in der DDR. Mit diesem Protest reihen wir uns nicht in die Front derjenigen ein, die in den Maßnahmen der DDR gegen den Kommunisten Wolf Biermann einen willkommenen Anlaß sehen, antikommunistische Propaganda zu betreiben, die DDR zu verteufeln und gegen die Normalisierung der Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten aufzutreten. Wir gehören auch nicht zu jenen westdeutschen Kritikern der DDR, die in Wahrheit nicht das Defizit an Demokratie im anderen Teil Deutschlands angreifen wollen, sondern es noch immer nicht aufgegeben haben, die DDR in das kapitalistische System der BRD „zurückführen" zu wollen. An unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik läßt sich ablesen, daß wir auch nichts gemein haben mit denjenigen, die nach Bürgerrechten für Wolf Biermann rufen, im eigenen Land aber den Abbau von demokratischen Freiheiten betreiben.**

**Die DDR nimmt für sich in Anspruch, den Sozialismus aufzubauen. Der Versuch, Kritiker in der DDR, die im übrigen sehr wohl die Grundentscheidung für den Aufbau des Sozialismus mittragen, durch Ausbürgerung und Berufsverbote oder andere Praktiken politischer Repression auszuschalten, kann weder vor den Bürgern der DDR selbst noch vor den Sozialisten und Kommunisten außerhalb der DDR gerechtfertigt werden. Im Gegenteil, solche Maßnahmen fügen allen Anstrengungen, den Weg in eine von den historischen Übeln des Kapitalismus freie Gesellschaft zu finden, ebenso massiven wie törichten Schaden zu. Dies einzusehen und die Ausbürgerung Wolf Biermanns zurückzunehmen, täte dem Ansehen der DDR keinen Abbruch, sondern käme vielmehr der Marxschen Forderung nach, derzufolge die sozialistische Bewegung in ihrem Verlauf unablässig auch sich selbst praktisch zu kritisieren hat.**

**Wir Sozialisten in der BRD kämpfen gegen die zunehmende politische Repression in der Bundesrepublik nicht nur aus taktischen Gründen und nicht nur, um hier und heute dem Rechtstrend in diesem Lande entgegenzuwirken. Vielmehr geht es uns gerade auch darum, republikanische Freiheitsrechte auch in der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen und immer wieder neu zu erkämpfen, auch wenn wir wissen, daß erst in einer sozialistischen Demokratie die Freiheit sich voll entfalten kann. Das heißt für uns auch, daß jeder, der in der BRD von Berufsverboten und anderen politischen Repressionsmaßnahmen betroffen wird, unserer uneingeschränkten Unterstützung in der Verteidigung seiner Rechte sicher sein darf, gleichgültig, ob solche Maßnahmen ihn als Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen oder wegen nonkonformistischen Verhaltens in Beruf und Gewerkschaft treffen.**

**Sowohl die Ausbürgerung Biermanns und das zwölfjährige Berufsverbot gegen Wolf Biermann als auch die gegenwärtig verschärfte Repressionswelle und die Einschüchterungsmaßnahmen gegen kommunistische und sozialistische Kritiker des Systems der DDR schlagen den Prinzipien einer sozialistischen Demokratie ins Gesicht. Sie machen kritische Kommunisten und Sozialisten zu Unterdrükkungsobjekten eines Systems, das sich selbst als ein sozialistisches bezeichnet. Gleichzeitig erzeugen die Maßnahmen gegen Wolf Biermann und ähnliche Praktiken der DDR-Regierung gegenwärtig in der BRD (und nicht nur hier) mehr antikommunistische Ressentiments als dies selbst die CDU/CSU-Parole „Freiheit oder/statt Sozialismus" vermochte. Die Maßnahme gegen Wolf Biermann richtet sich deshalb gegen die sozialistische und kommunistische Linke auch in der Bundesrepublik.**

**Wenn Sozialisten und Kommunisten immer wieder betonen, daß der Sozialismus der repressiven Schikanen nicht bedarf, dann gilt es, dies auch am Beispiel Wolf Biermann unter Beweis zu stellen. Auf diesen Beweis von seiten der DDR-Regierung warten wir!**

★

# Verbreitet diese „links"-Sondernummer

**Diese "links"-Sondernummer und Dokumentation des Pfingstkongresses 1976 sollte in allen Bereichen an Kollegen und Genossen, Interessierte und Betroffene, in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, in Institutionen und politischen Organisationen und Gruppen verbreitet werden. Alle "links"-Abonnenten, alle Mitglieder, Gruppen und Sympathisanten des SB sind aufgerufen, nach ihren Möglichkeiten größere Posten der Sondernummer gegen Bezahlung zu übernehmen und weiterzuverkaufen bzw. zu verteilen. Der Stückpreis ist DM 5.--; ab 10 Stück gibt es 20%, ab 20 Stück 30% und ab 30 Stück 40% Rabatt. Die Lieferung erfolgt (ausschließlich gegen Vorauszahlung; Scheck, Bargeld oder Briefmarken der Bestellung beilegen) durch Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Die Sondernummer ist zum Einzelverkaufspreis von DM 5.-- auch im linken Buchhandel erhältlich.**

★

**HINWEIS DER REDAKTIONSGRUPPE: Die Koordination, redaktionelle Bearbeitung, Korrektur und Gestaltung dieser "links"-Sondernummer besorgte eine Redaktionsgruppe, und zwar Birgit Arnold, Jutta Rücker, Eva Senghaas-Knobloch, Hannelore und Sonja Vack, H. E. Brand, Peter Grohmann, Günter Pabst, Roland Roth, Jürgen Schmidt, Michael Schwelien und Klaus Vack. Beim Umbruch dieser Sondernummer mußten aus Platzmangel oder um unnötige Überschneidungen zu vermeiden, Kürzungen und kürzende Zusammenfassungen vorgenommen werden, die im einzelnen mit den Autoren bzw. Protokollanten nicht abgesprochen werden konnten.**

**In dieser "links"-Sondernummer wurden Bilder, Karikaturen, Fotomontagen, Plakate u. ä. verwendet von u. a.: Jürgen Alberts, Hans Bachus, dpa, Dieter Esche, Fachwerk/Produktionskollektiv Berlin, Georg-von-Rauch-Haus-Kollektiv Berlin, Gigi, Claus Gumprecht, Hogli, Kurt Halbritter, Kurt Jotter, Nikolaus Jungwirth, Gerhard Kromschröder, Kulturplatz Bremen, Mai-Kollektiv Frankfurt, Elfriede Kohut, Mediengruppe Kreuzberg, Urs Maltray, Marie Marks, popo Stuttgart, Pitter, Klaus Rose, J. Rosenz, Eckard Supp, Andreas Seltzer, G. Seyfried, Christian Schaffernicht, Abisag Tüllmann, VK-Kollektiv Berlin. Uns wurden von sehr vielen Genossinnen und Genossen Bilder, Karikaturen u. ä. zugesandt — oft ohne Namens- oder Quellenangabe. Sollten wir in der vorstehenden Aufzählung den einen oder anderen Zeichner, Fotografen, Karikaturisten o. ä. nicht genannt haben, so ist dies auf Unkenntnis zurückzuführen. Allen, die uns auf die eine oder andere Weise bei der Ausgestaltung dieser "links"-Sondernummer unterstützt haben, sagen wir hiermit herzlichen Dank!**

# Lokale Gruppen- und Kontakt-Adressen des SB

**Aachen:** SB-Gruppe, c/o Adalbert Evers, 51 Aachen, Elsaßstr. 55a

**Augsburg:** Arbeitskreis Sozialistisches Büro, 89 Augsburg, Vorderer Lech 45

**Bamberg:** Wolfgang Stephan, 86 Bamberg, Schützenstr. 9

**Bochum:** Herbert Goßmann, 463 Bochum, Markstr. 118, Zimmer 808, Tel. 0234/72034

**Bremen:** Heiner Heseler, 28 Bremen 1, Berliner Str. 33, Tel. 0421/75476

**Delmenhorst:** Arbeitskreis Sozialistisches Büro, c/o Kinny, 287 Delmenhorst, Bürgerkampsweg 36, Tel. 04221/51426

**Dortmund:** Jürgen Heinze, 46 Dortmund 30, Postfach 300 149

**Düsseldorf:** Hans Hanke, 4 Düsseldorf 1, Hüttenstr. 65, Tel. 0211/377945

**Duisburg/Mülheim:** SB/AG, Wohngemeinschaft, 433 Mülheim, Düsseldorfer Str. 128, Tel. 0208/481229

**Ennepe-Ruhr-Kreis:** Wilfried Rehfeld, 5802 Wetter, Kaiserstr. 132, Tel. 02335/4363

**Essen:** Herbert Querfurt, 43 Essen, Rübezahlstr. 18, Tel 0241/472410

**Esslingen:** SZ Esslingen, c/o Provinzbuch, 73 Esslingen, Grabbrunnenstr. 8

**Frankfurt:** Buchladen Verlag 2000, 6 Frankfurt, Jügelstr. 1, Studentenhaus, Tel. 0611/775082

**Freiburg:** Sozialistischer Bund, 78 Freiburg, Postfach 5132

**Fulda:** SB-Gruppe, c/o Teestube/Leipziger Hof, 64 Fulda, Leipziger Str. 165

**Gelsenkirchen:** Willi Scherer, 465 Gelsenkirchen, Overwegstr. 16, Tel. 02322/23806

**Gießen:** Christoph Nix, 63 Gießen, Händelstr. 20

**Göttingen:** Helmut Korte, 34 Göttingen, Goetheallee 6, Tel. 0551/46661

**Gronau/Westmünsterland:** Manfred Henning, 4432 Gronau, Postfach 1422

**Hamburg:** Initiative Sozialistisches Zentrum, 2 Hamburg 6, Altonaer Str. 28

**Hanau/Main-Kinzig-Kreis:** Jens Huhn, 645 Hanau 8, Haydnstr. 3, Tel 06181/69123

**Hannover:** Sozialistisches Büro Hannover, c/o Offizin Druckerei, 3 Hannover 1, Stiftstr. 11

**Heidelberg:** Initiative Sozialistisches Zentrum, 69 Heidelberg, Ingrimstr. 28

**Kaiserslautern:** Willi Michel, 675 Kaiserslautern, Wolfsangel 42

**Kassel:** Ulrich Restat, 35 Kassel, Kirchweg 68, Tel. 0561/18629

**Kiel:** SB-Initiative, c/o Volker Schauer, 23 Kiel, Wörthstr. 1

**Köln:** SB Köln, c/o Der andere Buchladen, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 197, Tel. 0221/420214

**Konstanz:** Jörg Stübling, 775 Konstanz, Höhenweg 43, Tel. 07531/63215

**Mannheim:** Initiative Sozialistisches Zentrum, 68 Mannheim, Ifflandstr. 3

**Marburg:** SB-Marburg, c/o Karl Heinz Dieler, 355 Marburg, Haspelstr. 4, Tel. 06421/21738

**München:** Sozialistisches Zentrum, 8 München 40, Heßstr. 80

**Münster:** Sozialistische Gruppe Münster im SB, c/o Jürgen Rose, 44 Münster, Hoyastr. 34, Tel. 0251/272866

**Nürnberg/Nordbayern:** "Die Bücherkiste", 85 Nürnberg, Jakobstr. 26

**Offenbach:** Sozialistisches Büro, 605 Offenbach, Hohe Str. 28

**Oldenburg:** Carl von Ossietzky Buchhandlung, 29 Oldenburg, Bergstr. 1, Tel. 0441/13949

**Osnabrück:** SB-Osnabrück, 45 Osnabrück, Postfach 1129

**Reutlingen:** SZ/FHS, c/o Hartmut Boger, 741 Reutlingen, Liststr. 21, Tel 07121/41632

**Saarbrücken:** Dietmar Spor und Werner Schmitt, 66 Saarbrücken, Dudweiler Str. 51

**Siegerland:** Buchhandlung Bücherkiste, 59 Siegen 21, Weidenauerstr. 224, Tel. 0271/45135

**Schweinfurt/Unterfranken:** Buchladen am Fischerrain, 872 Schweinfurt, Am Fischerrain 32

**Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt:** Hilmar Hoppe, 683 Schwetzingen, Richard Wagner Str. 5, Tel. 06202/5334

**Stuttgart/Ludwigsburg:** Sozialistisches Regionalbüro, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178, 0711/264345

**Tübingen:** Sozialistisches Zentrum, Kommunikationszentrum, 74 Tübingen, Münzgasse 7 I; jeden Samstag offener Abend für Kontakte

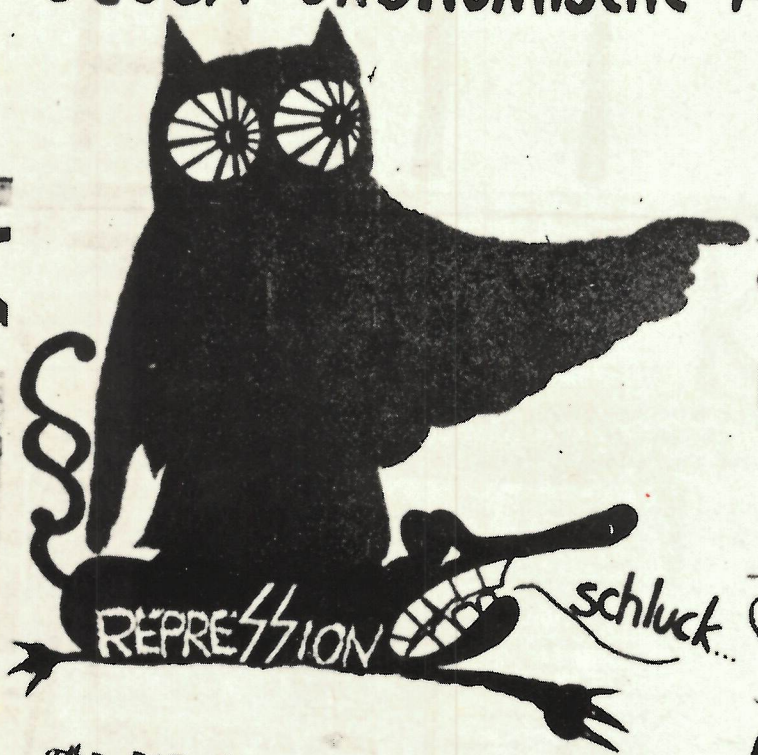
**Ulm:** Leserkreis "links", c/o Heinrich Lohr, 7905 Dietenheim 2, Schulstr. 30

**Westberlin:** Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Region Westberlin, 1 Berlin 30, Postfach 3013

**Wuppertal:** Rainer Rüggeberg, 56 Wuppertal 1, Höchsten 47

# PFINGSTKONGRESS

## GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG
## GEGEN ÖKONOMISCHE AUSBEUTUNG




FÜR DIE AUSWÄRTIGEN GENOSSINEN UND GENOSSEN WERDEN NOCH SCHLAFPLÄTZE GESUCHT. MELDET EUCH, WENN IHR PLATZ HA[illegible] IM BUCHLADEN IM ST[illegible]ENT[illegible]V-HAUS ODER IM [illegible]UB [illegible]LTA[illegible]

Fr 4.6.
Staatstheater Wiesbaden
15⁰⁰ Pupille
20⁰⁰ Campus

Sa 5.6.
10⁰⁰
Demonstration
14⁰⁰
Römerberg 16⁰⁰
Römerbergfest
18⁰⁰
23⁰⁰

So 6.6.
Arbeitsgruppen in verschied. Bürgerhäusern
10⁰⁰
19⁰⁰

Abschlußplenum
Podiumsdiskussion
10⁰⁰ Großzelt Ratsweg
Theater u. Hansestadt Bremen
15⁰⁰